VERGLEICHENDE GESCHICHTSTABELLEN VON 1878 BIS ZUM KRIEGSAUSBRUCH 1914

VERGLEICHENDE GESCHICHTSTABELLEN VON 1878 BIS ZUM KRIEGSAUSBRUCH 1914



1921

VERLAG VON K. F. KOEHLER IN LEIPZIG

Die »Vergleichenden Geschichtstabellen« sind von Seiner Majestät dem Kaiser Wilhelm II. im Jahre 1919 zusammengestellt und nach dem ihm seither zugänglich gewordenen Quellenmaterial vervollständigt worden. Ursprünglich für den persönlichen Gebrauch des Kaisers bestimmt, wurden sie im Jahre 1920 »als Handschrift« gedruckt und einem engeren Kreise mitgeteilt. Die niederländische Zeitung »Het Volk«, die auf unbekannte Weise in den Besitz eines Abdrucks gelangt war, veröffentlichte im Frühjahr 1921 die Tabellen. Dadurch kamen sie gegen den Willen des Verfassers in die Presse. Auf vielfache Anregungen hin hat der Kaiser sich jetzt entschlossen, die Tabellen der Öffentlichkeit zu übergeben.

Der Gedanke, der den Kaiser bei Ausarbeitung der Tabellen geleitet hat, ist: eine übersichtliche Zusammenstellung streng geschichtlicher Tatsachen zu liefern, die es dem Leser ermöglicht, über die politische Entwicklung der Weltlage seit dem Berliner Kongreß 1878 und über die Vorgeschichte des großen Krieges sich ein eigenes Urteil zu bilden.

Den Ertrag seiner Arbeit hat der Kaiser für die »Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft« bestimmt.

Leipzig, im Dezember 1921. DER VERLAG.

Allgemein	Deutschland	Österreich-Ungarn	Italien	England
		1878		
13. Juni bis 13. Juli. Berliner Kongreß unter Vorsitz Bismarcks. Pontifikat Leos XIII. (1878 bis 1903.)	Seit dem Berliner Kongreß Verschlechterung der Beziehungen zu Rußland. Aus Bericht des belgischen Gesandten in Berlin 17. März 1882: »Deutschland darf sich nicht verhehlen, daß der Panslawismus in dem Vertrage von Berlin (Berliner Kongreß) eine Niederlage erblickt, daß er daran arbeitet, sich dafür eine Revanche zu schaffen.« [1]*	Übernahme der Verwaltung von Bosnien und der Herzegowina.	*9. Jan.* König Viktor Emanuel II. † Regierungsantritt König Humberts.	*4. Juni.* Bündnis mit der Türkei. Übernahme der Verwaltung Cyperns.
		1879		
	7. Okt. Deutsch-österreichisches Bündnis zum Schutze Österreichs gegen Rußland und zum Schutze Deutschlands gegen Frankreich. [2] Übergang zur Schutzzollpolitik.	*8. Okt.* Rücktritt des Außenministers Graf Andrassy. Nachfolg.: Frhr. v. Haymerle.		*26. Mai.* Unterwerfung der Afghanen. *3. Sept.* Aufstand in Kabul. Fortsetzung des Afghanischen Krieges.
		1880		
4. Juni bis 3. Juli. Madrider Konferenz: Anerkennung der Souveränität und Integrität Marokkos. *16. Juni bis 1. Juli.* Kongreß in Berlin: Zuweisung von fast ganz Thessalien und Südepirus an Griechenland.	*April.* Ablehnung der von Bismarck eingebrachten Samoa-Vorlage durch den Reichstag. Zusammengehen mit Frankreich auf der Madrider Konferenz gegen England.			Räumung Afghanistans. Liberal. Ministerium Gladstone an Stelle Disraelis (bis 1885)

* Die Zahlen in den eckigen Klammern beziehen sich auf den Quellennachweis im Anhang.

Frankreich	Rußland	Balkanländer	Türkei	Amerika	Japan
1878					
	Die im Frieden von San Stefano (März 1878) gewonnene Vormachtstellung Rußlands auf dem Balkan wird auf dem Berliner Kongreß nicht aufrecht erhalten. Seitdem Verschlechterung des Verhältnisses zu Deutschland. (»Revanche für San Stefano.«)		*4. Juni.* Bündnis mit England.		
1879					
30. Jan. Jules Grévy Präsident (bis 1887), als Nachfolger von Mac Mahon.	*8. Febr.* Friede mit der Türkei.		*8. Febr.* Friede mit Rußland.		
		29. Juni. Wahl des Prinzen Alexander von Battenberg zum Fürsten der Bulgaren.	*24. Juni.* Absetzung des Khediven Ismael von Ägypten durch den Sultan. Nachfolger: Mehemed Tewfik (bis 1892).		
Dez. Nationalistisches Kabinett Freycinet.					
1880					
Zusammengehen mit Deutschland auf der Madrider Konferenz gegen England.	1880/81. Eroberung Turkestans.		*Juni.* Reformnote der Mächte wegen Armenien.		
Besprechungen zwischen Ministerpräsident Freycinet und dem russischen Botschafter Fürsten Orlow über eine Annäherung zwischen Frankreich und Rußland. [3]					
Kabinett Jules Ferry (bis 1881).					

Allgemein	Deutschland	Österreich-Ungarn	Italien	England
		1881		
	18. Juni. Dreikaiserverhältnis (Kaiser Wilhelm I., Franz Joseph I., Alexander III.) [4]	*28. Juni.* Geheimer Bündnisvertrag mit Serbien (auf 10 Jahre). [5] Frhr. v. Haymerle †. Graf Kalnoky Außenminister.	*1. Febr.* König Humbert in Wien. *Mai.* Mißstimmung gegen Frankreich wegen Tunis. *Okt.:* Das ital. Königspaar in Wien.	*Aug.* Vertrag von Pretoria. Selbstregierung Transvaals unter englischer Suzeränität.
		1882		
	20. Mai. Dreibund zwischen Deutschland, Österreich-Ungarn und Italien zum Schutz gegen einen unprovozierten Angriff Frankreichs oder Rußlands. [6]			*11. Juni.* Beschießung der offenen Stadt Alexandria. Besetzung Ägyptens.
		1883		
	15. Juni. Krankenversicherungsgesetz. *30. Okt.* Bündnis Deutschlands und Österreich-Ungarns mit Rumänien (zum Schutz gegen einen unprovozierten Angriff). [7] Teilnahme König Alfons' XII. von Spanien an den deutschen Manövern im Elsaß.			Lord Cromer bevollmächtigter Minister in Ägypten (bis 1907).
		1884		
28. Juni bis 2. Juli Londoner Konferenz wegen Ägypten. *15. Nov. bis 26. Febr. 1885.* Kongo-Konferenz in Berlin. Die festländischen Mächte einig in ihrer Politik gegen England.	Gründung der deutschen Kolonialmacht: Erwerbung von Deutsch-Südwestafrika, Togo, Kamerun, des Bismarckarchipels und eines Teils von Neuguinea. *27. März.* Erneuerung des Dreikaiserverhältnisses (Deutschland, Rußland, Österreich-Ungarn). [8] *6. Juli.* Unfallversicherungsgesetz für Industriearbeiter. *15 bis 17. Sept.* Dreikaiserzusammenkunft in Skierniewice (Kaiser Wilhelm I., Franz Joseph I., Alexander III.).			Gründung der Imperial Federation League für einen engeren Zusammenschluß Englands mit seinen Kolonien. *26. Febr.* Englisch-portugies. Vertrag über das untere Kongogebiet. *27. Febr.* Londoner Vertrag: Teilweise Aufgab. d. engl. Suzeränit. üb. Transvaal. *12. Mai.* Protest gegen den englisch-portugiesischen Vertrag vom 26. Febr. seitens Deutschlands und Frankreichs. *16. Okt.* Annexion v. Berbera (Ägypten). *22. Okt.* Schutzherrschaft üb. die Südostküste Neuguineas.

Frankreich	Rußland	Balkanländer	Türkei	Amerika	Japan
1881					
12. Mai. Protektorat über Tunis. *Nov.* Kabinett Gambetta (bis Jan. 1882).	*13. März.* Zar Alexander II. †. Regierungsantritt Alexanders III. (bis 1894.) *18. Juni.* Dreikaiserverhältnis mit Deutschland und Österreich-Ungarn. [4] Grenzvertrag mit Persien.	*28. Juni.* Geheimer Bündnisvertrag Serbiens mit Österreich-Ungarn. [5] Rumänien Königreich. König Karol (Prinz von Hohenzollern).	*24. Mai.* Annahme der Beschlüsse des Kongresses in Berlin 1880.	Präsident Arthur, Republikaner (bis 1885), Nachfolger von Garfield.	
1882					
Jan. Sturz Gambettas. Zweites Kabinett Freycinet. Spannung mit England wegen Ägypten.	*9. April.* v. Giers Außenminister, an Stelle Gortschakows.	Serbien Königreich. (König Milan Obrenowitsch.)			
1883					
Kabinett Jules Ferry (bis 1885). *8. Juni.* Zweiter Protektoratsvertrag mit Tunis. *21. Aug.* Zweiter Protektoratsvertrag mit Anam. 1883 bis 1885 Unterwerfung Madagaskars.		*30. Okt.* Bündnis Rumäniens mit Deutschland und Österreich-Ungarn. [7]	Der deutsche Oberstleutnant Colmar Frhr. v. d. Goltz Leiter der militärischen Bildungsanstalten (bis 1895).		
1884					
Krieg mit Tonking und China (bis 1885).	Unterwerfung der Turkmenen. Einnahme von Merw. *27. März.* Erneuerung des Dreikaiserverhältnisses. [8] *April.* Unterbringung einer Anleihe in Deutschland. *15. bis 17. Sept.* Dreikaiserzusammenkunft in Skierniewice.			*April.* Die Unionsregierung erkennt, als erste von allen, die afrikanische Kongo-Gesellschaft des Königs von Belgien an.	

Allgemein	Deutschland	Österr.-Ungarn	Italien	England
1885				
26. Febr. Kongo-Akte (Unabhängiger Kongostaat unter Souveränität König Leopolds II. von Belgien) als Ergebnis der von Frankreich und Deutschland angeregten Kongo-Konferenz.	27. Febr. Kaiserliche Schutzbriefe für die Ostafrikanische Gesellschaft. 29. April. Deutsch-englischer Vertrag über Neuguinea. 7. Mai. Deutsch-englischer Vertrag über Westafrika. 15. Okt. Erwerbung der Salomon- und Marschallinseln.		5. Febr. Festsetzung in Massauah.	26. Jan. Niederlage im Sudan gegen den Mahdi. Verlust der Festung Khartum. General Gordon †. Als Frankreich im Kriege mit China Reis als Bannware behandelte, erklärte der britische Außenminister Lord Granville (27. Febr.): Die britische Regierung könne nicht zulassen, daß Lebensmittel als Kriegskonterbande behandelt würden lediglich deshalb, weil sie für einen Hafen der Kriegführenden bestimmt wären. [9] 29. April. Vertrag mit Deutschland über Neuguinea. 7. Mai. Vertrag mit Deutschland über Westafrika. 9. Juni. Konservatives Ministerium Salisbury (bis 1886). 10. Sept. Englisch-russischer Vertrag über Afghanistan. 30. Sept. Annexion von Betschuanaland. Eroberung von Birma.
1886				
	10. April. Vertrag mit England über Abgrenzung von Einflußsphären im Stillen Ozean. 8. und 9. Aug. Zusammenkunft der Kaiser Wilhelm I. (mit Bismarck) und Franz Joseph I. (mit Kalnoky) in Gastein. Ergebnis der Besprechung: Konstantinopel soll der Türkei bleiben, falls Rußland sich in den Besitz der Dardanellen setzt, wird für Österreich-Ungarn Erwerbung eines Handelshafens im östlichen Mittelmeer in Aussicht genommen. Sept. Prinz Wilhelm von Preußen im Auftrage Kaiser Wilhelms I. und Bismarcks in Brest-Litowsk, um den Zaren der Unterstützung seiner Orientpolitik durch Deutschland zu versichern. 1. Nov. Vertrag mit England über Sansibar.	Stellungnahme gegen Rußland, das Bulgarien zu einem Vasallenstaate machen und den Balkan unterwerfen will.		Jan. bis Juli. Ministerium Gladstone. Juli. Zweites Ministerium Salisbury (bis 1892). Annexion von Birma. Kämpfe mit den Zulus.

Frankreich	Rußland	Balkanländer	Türkei	Amerika	Japan
		1885			
April. Sturz Jules Ferrys. Kabinett Brisson (bis 1886). *9. Juni.* Friede mit China: Anerkennung der französischen Eroberungen Anam und Tongking.	Gegensatz zum Fürsten Alexander von Bulgarien. *März.* Sieg über die Afghanen bei Penschdeh. Bedrohung Herats.	Vereinigung Ostrumeliens mit Bulgarien (ohne Rußlands Zustimmung). *19. Nov.* Sieg der Bulgaren über die Serben bei Sliwnitza. Wiedererwachen der russisch-österreichischen Gegensätze in der Balkanpolitik.		*März.* Präsident Cleveland, Demokrat (bis 1889). Der amerikanische Botschafter in Berlin bezeichnet die Erklärung von Reis als Bannware (durch Frankreich) als »Rückkehr zu barbarischen Kriegsgewohnheiten«. [10]	*18. Aug.* Vertrag von Tientsin: Einigung mit China über Korea.
		1886			
Jan. Ernennung des Generals Boulanger, des Revanchepolitikers, zum Kriegsminister. Neues Heeresgesetz, große Rüstungsausgaben. *Dez.* Goblet Ministerpräsident, Boulanger bleibt Kriegsminister.	*Juli.* Schließung des Freihafens von Batum.	*3. März.* Friede zu Bukarest zw. Bulgarien und Serbien. *7. Sept.* Fürst Alexander von Bulgarien, durch eine Revolution gestürzt, verzichtet nach seiner Rückkehr infolge russischen Drucks auf den Thron. Regentschaft Stambulows. Russischer General Kaulbars in Bulgarien betreibt die Russifizierung.			

Allgemein	Deutschland	Öster.-Ungarn	Italien	England
	1887			
	20. Febr. Erneuerung des Dreibundes. [11]			
			12. Febr. Mittelmeerabkommen zwischen England und Italien. [14]	
	11. März. Annahme der Militärvorlage (Septennat).	*24. März.* Beitritt Österreich-Ungarns zu dem englisch-italienischen Mittelmeerabkommen. [15]		
		1887 bis 1888. Gespanntes Verhältnis zu Rußland wegen der bulgarischen Krisis. Der Krieg vermieden durch Bismarcks Vermittlung.		*4. Febr.* Im Standard, dem damaligen konservativen Regierungsorgan, Erklärung, in einem deutsch-französ. Kriege sei gegen die Inanspruchnahme eines Wegerechts durch Belgien seitens Deutschlands nichts einzuwenden. Der liberale Führer äußert sich in gleichem Sinne. [16]
	18. Juni. Rückversicherungsvertrag mit Rußland an Stelle des Dreikaiserverhältnisses. [12] Der deutsche Geldmarkt auf Anordnung Bismarcks für Rußland geschlossen.		*4. Mai.* Mittelmeerabkommen mit Spanien.	*Mai.* Große Verstärkung der Flotte. Aufstellung des Zweimächtestandards. Erste großbritann. Kolonialkonferenz in London.
	22. bis 30. Nov. Schriftwechsel Bismarcks mit Lord Salisbury. Deutsche Unterstützung des »Orientdreibundes« zugesagt. [13]		*Aug.* Ministerium Crispi (bis 1891).	*Aug.* Markenschutzgesetz gegen Deutschland (»Made in Germany«).
		Dez. »Orientdreibund« – England, Öster.-Ungarn und Italien – über den status quo auf dem Balkan (Bulgarien) und an den Dardanellen. Spitze gegen Rußland. [17]		
				30. Dez. Rede Chamberlains in Toronto üb. d. Einheit d. Angelsachsentums.
	1888			
	1. Febr. Militärkonvention mit Italien.		*1. Febr.* Militärkonvention mit Deutschland.	
	3. Febr. Veröffentlichung d. deutsch-öster. Bündnisses durch Bismarck als Warnung für Rußland.			
	6. Febr. Bismarcks Reichstagsrede »Wir Deutsche fürchten Gott, aber sonst nichts in der Welt!« ebenfalls als Warnung für Rußland.		*März.* Beginn eines Zollkriegs mit Frankreich.	*Apr.* Stanley erreicht Emin Pascha in Äquatoria.
	9. März. Kaiser Wilhelm I. †. Regierungsantritt Kaiser Friedrichs III.		*15. Mai.* Anschluß an das Bündnis Deutschlands und Österreich-Ungarns mit Rumänien. [18]	
	15. Juni. Kaiser Friedrich III. †. Regierungsantritt Kaiser Wilhelms II.			
29. Okt. Suezkanal-Akte.	Besuche Kaiser Wilhelms II. in Petersburg, Wien und Rom. Aufstand in Deutsch-Ostafrika, 1890 durch Wissmann niedergeschlagen.			

Frankreich	Rußland	Balkanländer	Türkei	Amerika	Japan
1887					
Präsident Carnot ⟨bis 1894⟩. *April.* »Schnäbelezwischenfall.« Kriegsrüstungen gegen Deutschland. *Juli.* Sturz des Ministeriums Goblet mit Boulanger. Ministerium Rouvier.	*Aug.* Der Panslawist Katkow †. *Nov.* Alexander III. in Berlin, erhält Aufklärung über die gefälschten bulgarischen Briefe, die dem Fürsten Bismarck unterstellt wurden, um seine Politik beim Zaren zu verdächtigen.	*7. Juli.* Ferdinand von Koburg Fürst von Bulgarien. Anlehnung an Österreich.			
1888					
Anerkennung des französischen Protektorats über die Katholiken des Orients durch die Bulle Aspera rerum conditio. *8. Febr.* Vertrag mit England: Djibuti am Roten Meer kommt zu der französischen Kolonie Obok. *März.* Freycinet Kriegsminister. *Dez.* Russische Anleihe.	*22 Juli.* Neunhundertjähriges Jubiläum der Einführung des Christentums in Kiew. Panslawistische Kundgebung: »Heerschau des Panslawismus«. [19] Militärische Vorbereitungen an der deutschen und österreichischen Grenze. *Nov.* Große russische Waffenbestellungen in französisch. Fabriken.		*Okt.* Erste Bahnkonzession i. Kleinasien an die Deutsche Bank. ⟨Haidar Pascha — Angora.⟩ *29. Okt.* Suezkanal-Akte. Erste deutsch-türkische Anleihe.		

Allgemein	Deutschland	Österreich-Ungarn	Italien	England
		1889		
		9. Febr. Erneuerung des geheimen Vertrages mit Serbien (bis 1895).	Friede von Utschalli mit Abessinien.	Flottengesetz (Naval Defence Act).
14. Juni. Samoa-Akte zwischen England, Deutschland und den Vereinigten Staaten.	*Juni.* Peters bricht von Bagamoyo in das Innere Afrikas auf. *22. Juni.* Alters- u. Invaliditätsgesetz. *Aug.* Erster Besuch des Kaisers in England. Seine Ernennung zum Ehrenadmiral der englischen Flotte. *Okt.* Der Zar in Berlin. *Nov.* Kaiser Wilhelm in Konstantinopel.			*Okt.* Gründung der Chartered Company of South Africa durch Cecil Rhodes.
		1890		
	24. Jan. Kronratssitzung. Stellungnahme Bismarcks gegen die vom Kaiser geplante Arbeiterschutzgesetzgebung (Beschränkung der Frauen-, Kinder- und Sonntagsarbeit), sowie in der Frage der Behandlung der Sozialdemokratie. *20. März.* Rücktritt Bismarcks. Ernennung Caprivis zum Reichskanzler. Marschall von Bieberstein Staatssekretär des Auswärtigen. Nichterneuerung des Rückversicherungsvertrages mit Rußland. [21] *1. Juli.* Erwerbung Helgolands im Tausch gegen Sansibar und Witu. Berliner Arbeiterschutzkonferenz. Empfang französischer Delegierter durch den Kaiser. *Nov.* Übernahme Deutsch-Ostafrikas durch das Reich.		*1. Jan.* Gründung der Colonia Eritrea. Geheimabkommen zwischen England (Lord Salisbury) und Italien (Crispi). Überlassung von Tripolis an Italien als Gegengewicht gegen die zunehmende französische Seemacht im Mittelmeer. — (Plan Salisburys zur Aufteilung der Türkei.) [22]	Vertrag mit Deutschland über Ostafrika, mit Frankreich über Westafrika und Sansibar.

Frankreich	Rußland	Balkanländer	Türkei	Amerika	Japan
			1889		
	Febr. Aus Bericht des belgischen Gesandten in Petersburg: »Die slawophile Presse, ich könnte auch sagen: die russische Presse mit wenigen Ausnahmen, läßt gegenüber ihrem Erbfeinde, d. h. dem Deutschen, niemals die Waffen ruhen. Unaufhörlich greift sie die Politik ihrer Nachbarn an und trägt ihre Abneigung gegen die deutsche Nation und ihre Regierung zur Schau.« [20] *30. Mai.* Rede Alexanders III. auf Montenegro, als den einzigen treuen Freund Rußlands.	*9. Febr.* Erneuerung des geheimen Vertrages zwischen Serbien und Österreich (bis 1895). *März.* Abdankung König Milans von Serbien. Regierungsantritt König Alexanders I.	*Nov.* Kaiser Wilhelm II. in Konstantinopel.	Präsident Harrison, Republikaner (bis 1893). *Okt.* Panamerikanischer Kongreß in Washington: Vergeblicher Versuch eines Zusammenschlusses aller amerikanischen Staaten.	
			1890		
Drittes Kabinett Freycinet (bis 1893). *5. Aug.* Anerkennung der französischen Herrschaft im Gebiet des Niger, der westlichen und mittleren Sahara durch England. Abschluß der Freycinetschen Armeereform.	Nichterneuerung des Rückversicherungsvertrages infolge Deutschlands Ablehnung. *18. Aug.* Besuch Kaiser Wilhelms in Narva. Besprechung über den Rücktritt des Fürsten Bismarck und die Nichterneuerung des Rückversicherungsvertrages. Der Zar tritt für den Gedanken einer Wiederherstellung der Monarchie in Frankreich ein, weil er in der französischen Republik eine Gefahr für den Frieden sehe.		Handelsvertrag mit Deutschland.	MacKinley-Bill (Schutzzoll).	*Juli.* Erste Parlamentswahlen.

Allgemein	Deutschland	Österreich-Ungarn	Italien	England
		1891		
	Febr. Kaiserin Friedrich in Paris. Deutschfeindliche Kundgebungen. Dazu berichtet der belgische Gesandte in Berlin 28. Febr.: »Ich hatte nur allzuviel Veranlassung, Ihnen .... zu schreiben, daß man der Aufnahme der Aufmerksamkeiten des Deutschen Kaisers und seiner Regierung in Paris nur einen ganz geringen Wert beimessen dürfe. Man hat auf Höflichkeitsbezeugungen mit Brutalitäten geantwortet.« [23]			
	6. Mai. Verlängerung des Dreibundes auf sechs Jahre. [24]			*April* bis *Mai.* Konflikt mit Portugal in Südafrika.
	Handelsverträge mit Österreich, Italien, Belgien.		Vertrag zwischen England und Italien über die Aufteilung Abessiniens in zwei Interessensphären.	
			Rücktritt Crispis, Ministerium Rudini (bis 1893).	
				Aug. Die französische von Kronstadt in Ports

Frankreich	Rußland	Balkanländer	Türkei	Amerika	Japan
1891					
	Bau der Transsibirischen Bahn. 1891 bis 1893. Unterwerfung Pamirs.				
					11. Mai. Attentat auf den russischen Großfürsten-Thronfolger durch einen japanischen Fanatiker.
23. Juli. Besuch der französischen Flotte in Kronstadt. Russisch-französische Verbrüderung. Dazu bemerkt der belgische Gesandte in Berlin 1. Aug.: »....Die Annäherung beruht nur auf dem gemeinsamen Hasse Frankreichs und Rußlands gegen Deutschland. Sie kann daher nur einen agressiven Charakter haben....« [25]					
Aug. Einleitung des Bündnisses zwischen Rußland und Frankreich. (Russisch-französischer Notenwechsel.)					
Flotte auf der Rückreise mouth. Ausrottung der französischen Missionen in Uganda durch England.	*19. Nov.* Der belgische Gesandte berichtet aus Petersburg: »Der Zar gehört nicht sich selbst. Er ist der Sklave der panslawistischen Partei. An dem Tage, wo diese Partei ... entscheidet, daß man zu den Waffen greifen müsse, wird der Zar, weil er sich zu schwach fühlt, diesem Druck zu widerstehen ... den Leuten gehorchen, ... deren verbrecherische Unternehmungen er fürchtet.« [26]				

Allgemein	Deutschland	Österreich-Ungarn	Italien	England
		1892		
	4. Juni. Der Zar und der Großfürst-Thronfolger zum Besuch des Kaisers in Kiel. *23. Nov.* Beitritt Deutschlands zum zweiten österreich.-rumänischen Vertrage. [27] Handelsverträge mit Österreich-Ungarn und Italien.	*25. Juli.* Zweiter Bündnisvertrag mit Rumänien. [27] Handelsvertrag mit Serbien.	*28. Nov.* Beitritt zum zweiten Bündnisvertrage Österreich-Ungarns mit Rumänien. [27] Handelsverträge mit Deutschland und Österreich-Ungarn.	*Aug.* Drittes Ministerium Gladstone (bis 1894).
		1893		
	Armeereform. (Zweijährige Dienstzeit.) Schwere Kämpfe um die neue Militärvorlage. Dazu berichtet der belgische Gesandte in Berlin, 14. Jan.: »... Die Annahme der Militärvorlage ist unerläßlich nicht nur für Deutschland, sondern für ganz Europa. Deutschland muß nach innen und außen stark sein im Interesse der Erhaltung des Friedens, dessen hauptsächlichste, wenn nicht einzige Stütze es ist ...« [30] *Juli.* Nach Reichstagsneuwahlen Annahme der Militärvorlage. *14. Aug.* Vertrag mit England über Guinea. *15. Okt.* Kamerun-Abkommen mit England.		Zweites Ministerium Crispi (bis 1896).	*14. Aug.* Vertrag mit Deutschland über Guinea. *15. Okt.* Kamerun-Abkommen mit Deutschland. (England erhält freie Hand im Nilgebiet.) *15. Nov.* Schutzvertrag mit Afghanistan.

Frankreich	Rußland	Balkanländer	Türkei	Amerika	Japan
1892					
Eroberung von Dahome.		Zweites Bündnis Rumäniens mit dem Dreibund. [27] Handelsvertrag zwischen Serbien und Österreich-Ungarn.	*Jan.* Regierungsantritt des Khediven Abbas II.		
17. Aug. Russisch-französische Militärkonvention. Im Fall der Mobilmachung auch nur einer Macht des Dreibundes wird die unverzügliche und gleichzeitige Mobilmachung der gesamten französischen und russischen Streitkräfte und ihre schleunige Einsetzung zu entscheidendem Kampfe vereinbart. [28]					
18. Aug. General Boisdeffre, Souschef des französischen Generalstabes, beim Zaren. Übereinstimmung in dem Grundsatze, daß Mobilmachung gleichbedeutend mit Krieg sei. [29]					
1893					
			Febr. Zweite Bahnkonzession in Kleinasien für die Deutsche Bank. (Strecke Angora—Konia).	Zweite Präsidentschaft Clevelands (bis 1897).	
17. Juni. Handelsvertrag zwischen Frankreich und Rußland.					
17. Juni. Neues Kadergesetz. Besetzung von Timbuktu. *Juli.* Konflikt mit Siam. *Okt.* Die russische Flotte in Toulon.					

Allgemein	Deutschland	Österreich-Ungarn	Italien	England
		1894		
	15. März. Kamerun-Vertrag mit Frankreich.			*März.* Ministerium Rosebery (bis Juni 1895).
	Mai. Einspruch Deutschlands und Frankreichs gegen das englische Abkommen mit dem Kongostaat.		*5. Mai.* Neuer Vertrag zwischen England und Italien über Abessinien.	
				12. Mai. Abkommen mit dem Kongostaat: Abtretung eines Streifens an England. (Kap-Kairo!) Deutsch-französischer Protest.
	Aug. Unterwerfung des Aufstandes in Deutsch-Südwestafrika (Hendrik Witboi).			*Aug.* Lösung des englischen Abkommens vom 12. Mai mit dem Kongostaat.
	Handelsvertrag mit Rußland.			
	29. Okt. Fürst Hohenlohe Reichskanzler an Stelle Caprivis.			
				Dez. Auflösung der Imperial Federation League. Übernahme ihres Programms durch die British Empire League.
				Unterwerfung der Matabelen.
		1895		
				England läßt das englisch-österreichisch-italienische Mittelmeerabkommen von 1887 fallen.
				Konflikt mit Venezuela und den Vereinigten Staaten.
	April. Beteiligung an dem Einspruch Frankreichs und Rußlands gegen den Frieden von Shimonoseki.	*Mai.* Graf Goluchowski Außenminister (bis 1906) an Stelle Kalnokys.		Unterwerfung der Aschanti.
	Juni. Eröffnung des Nordostseekanals.	Nichterneuerung des Bündnisses mit Serbien.		*Juni.* Drittes Ministerium Salisbury (bis 1902).
				Chamberlain Kolonialsekretär.
	Juli-Aug. Ablehnung englischer Aufteilungspläne der Türkei.			*Juli-Aug.* Der englische Plan einer Aufteilung der Türkei von Deutschland abgelehnt. [32]
	Aug. Der Kaiser in Cowes.			*Aug.* Der Kaiser in Cowes. Salisbury sucht den Kaiser für den vorstehenden Plan zu gewinnen, erfährt aber die gleiche Ablehnung. [32]
				24. Aug. Hetzartikel der Saturday Review zum Kriege gegen Deutschland. [33]
				30. Dez. Einfall Jamesons, Administrators der englischen Kolonie Rhodesia, in Transvaal.

Frankreich	Rußland	Balkanländer	Türkei	Amerika	Japan
		1894			
4. Jan. Abschluß des Bündnisses zwischen Frankreich und Rußland. [31]		*30. März.* Entlassung des bulgarischen Ministerpräsidenten Stambulow.			*Juli.* Krieg gegen China wegen Korea.
Mai. Einspruch Frankreichs und Deutschlands gegen das englische Abkommen mit dem Kongostaat. *25. Juni.* Ermordung des Präsidenten Carnot. (Der Deutsche Kaiser läßt sich bei der Beisetzung vertreten.) Nachfolger Carnots: Casimir Périer (bis 1895). Hanotaux Minister des Auswärtigen. Dreyfußprozeß: angebliche Spionage zugunsten Deutschlands. Starke deutschfeindliche Stimmung.	*1. Nov.* Zar Alexander III. †. Regierungsantritt Nikolaus' II. Besuch des Prinzen von Wales in Petersburg. Handelsvertrag mit Deutschland.				
		1895			
Präsident Faure (bis 1899).	*26. Jan.* Minister des Auswärtigen v. Giers †. Sein Nachfolger Fürst Lobanow (bis 1896). *11. März.* Englisch-russische Konvention über die russisch-afghanische Abgrenzung im Pamirgebiet.		Unruhen in Armenien und Mazedonien.	Scharfes Auftreten Clevelands gegen England. Erweiterung der Monroedoktrin.	*17. April.* Friede zu Shimonoseki mit China. *23. April.* Einspruch Rußlands, Frankreichs und Deutschlands gegen eine japanische Festsetzung auf dem asiatischen Festland.
April. Einspruch Frankreichs, Rußlands und Deutschlands gegen den Frieden von Shimonoseki.		*15. Juli.* Ermordung Stambulows. Nichterneuerung des serbischen Bündnisses mit Österreich-Ungarn.			
	Okt. Besuch Lobanows – auf der Rückreise aus Frankreich – beim deutschen Kaiser in Hubertusstock, um die wachsenden französischen Rüstungen als für Deutschland unbedenklich hinzustellen.				*8. Nov.* Friede zu Peking mit China: Rückgabe Liautungs an China.

Allgemein	Deutschland	Österreich-Ungarn	Italien	England
		1896		
	3. Jan. Telegramm des Kaisers an Präsident Krüger: Glückwunsch zur Vereitelung des räuberischen Einfalls Jamesons in Transvaal.		*1. März.* Niederlage bei Adua geg. die Abessinier. *März.* Sturz Crispis. Rudini Ministerpräsident (bis 1898). Annäherung an d. Westmächte, Verschlechterung d. Verhältnisses zu Österreich-Ungarn.	*Jan.* Große Erregung wegen des Krüger-Telegramms. *1. Febr.* Saturday Review: »Germaniam esse delendam«. Gründung der Daily Mail durch Harmsworth-Northcliffe.
	Mai. Stillschweigende Erneuerung des Dreibundes. [35]			
	5. Sept. Besuch des Zaren in Breslau. *24. Okt.* Bekanntgabe des Rückversicherungsvertrages durch Bismarck in den Hamburger Nachrichten.	*30. Sept.* Verlängerung des Bündnisses mit Rumänien. [34]	*Sept.* Anerkennung des französ. Protektorats über Tunis. *24. Okt.* Vermählung des Thronfolgers mit der Prinzessin Helene von Montenegro.	Krieg zur Eroberung des Sudans. Niederwerfung des Aufstandes der Afridis.
		1897		
	15. Juni. Tirpitz Staatssekretär des Reichsmarineamts. *23. Juli.* Vertrag mit Frankreich über Togo. *Aug.* Besuch des Kaisers in Peterhof. Nach Beseitigung der von Murawiew auf Grund des von ihm angeführten »Rechtes d. ersten Ankerung« (droit du premier mouillage) erhobenen Einwendungen kommt Abmachung zustande: Einverständnis mit Pachtung Kiautschous durch Deutschland. Rußland behält sich Erwerbung von Port Arthur vor.	*24. April.* Kaiser Franz Joseph in Petersburg. Russisch-österreichisches Abkommen über die beiderseitige Politik auf der Balkanhalbinsel. [37]		*Jan.* Schiedsgerichtsvertrag mit Amerika (auf fünf Jahre). Zolltarif Kanadas: Begünstigung Englands um 25% vor dem Ausland. Milner Oberkommissar für Südafrika.
	20. Okt. v. Bülow Staatssekretär des Auswärtigen. Frhr. Marschall, der bisherige Staatssekretär des Auswärtigen, wird Botschafter in Konstantinopel.		*28. Okt.* Friede zu Adis Abeba zwischen Italien und Abessinien.	*11. Sept.* Saturday Review verlangt von neuem Krieg gegen Deutschland. (»Wenn Deutschland morgen aus der Welt vertilgt würde, so gäbe es übermorgen keinen Engländer in der Welt, der nicht um so reicher sein würde .... Germaniam esse delendam.«)
		5. Nov. Abkommen zwischen Österreich-Ungarn und Italien über Albanien.		
	14. Nov. Besetzung von Kiautschou. *Dez.* Auslaufen der Verstärkung für Ostasien unter dem Befehl des Prinzen Heinrich.		*Dez.* Camille Barrère wird französischer Botschafter in Italien, betreibt Italiens Anschluß an Frankreich.	

Frankreich	Rußland	Balkanländer	Türkei	Amerika	Japan
1896					
Jan. Erklärung des französischen Botschafters in London: »Frankreich hat nur einen Feind auf der Welt, und das ist Deutschland. England kann seine Politik danach einrichten.« [36] *April.* Ministerium Méline. *Aug.* Annexion von Madagaskar.	*9. April.* Vertrag mit Japan über Korea. *30. Aug.* Fürst Lobanow †.	Annäherung Bulgariens an Rußland. *14. Febr.* Übertritt des bulgarischen Erbprinzen zur griechisch-orthodoxen Kirche. *30. Sept.* Erneuerung des Bündnisses zwischen Rumänien und Österreich-Ungarn, sowie später (1899) mit den beiden anderen Dreibundmächten. [34]			*4. Juni.* Handels- und Schiffahrtsvertrag mit Deutschland. *9. Juni.* Vertrag mit Rußland über Korea.
Okt. Besuch des Zaren in Paris.	Konzession von China für eine Eisenbahn bis Port Arthur und an den Stillen Ozean. China erhält Schutz Rußlands zugesichert.				
1897					
April. Zusammenkunft des Fürsten Hohenlohe und des Ministers Hanotaux in Paris. Einzige Begegnung der Leiter der auswärtigen Politik beider Staaten zwischen 1871 und dem Weltkriege. *23. Juli.* Vertrag mit Deutschland über Togo.	Graf Murawiew Außenminister (bis 1900). *24. April.* Vereinbarungen des Zaren mit Kaiser Franz Joseph über die beiderseitige Politik auf dem Balkan. [37]	Serbisch-bulgarischer Handelsvertrag. *März.* Besuch König Alexanders von Serbien in Sofia.		Abschluß eines »Gentleman's-agreement« zw. angesehenen Personen aus Frankreich, England und Amerika gegen die angeblich vom Pangermanismus drohende Gefahr. Verpflichtung d. Vereinigten Staaten v. Amerika zur Hilfe geg. Deutschland u. Österreich-Ungarn im Kriegsfall. [38] *Jan.* Schiedsger.-vertrag mit England (auf 5 Jahre). MacKinley, Republikaner, Präsident (bis 1901). *Juni.* Annexion von Hawai. *Juli.* Dingley-Tarif (Schutzzoll).	Protest Japans gegen die Annexion Hawais durch die Vereinigten Staaten.
		April bis Dez. Siegreicher Krieg der Türkei gegen Griechenland.			
23. bis 29. Aug. Präsident Faure in Peterhof. Der Zar spricht zum ersten Male von Rußland und Frankreich als den »Alliierten«. *18. bis 21. Sept.* Der Zar bei den Manövern in Compiègne.					
		16. Dez. Friede zu Konstantinopel.			

Allgemein	Deutschland	Österreich-Ungarn	Italien	England
		1898		
Jan. Kreta-Konflikt.				Vorschlag Lord Salisburys an Deutschland: Teilnahme an anti-amerikanischer Intervention zur Verhinderung des spanisch-amerikanischen Krieges. Von Deutschland abgelehnt. [40]
	6. März. Vertrag mit China über Kiautschou.			
	April. Englischer Bündnisantrag mit ausgesprochener Spitze gegen Rußland, von Deutschland abgelehnt, um nicht als englischer Festlandsdegen gegen Rußland gebraucht zu werden und um den Weltfrieden zu erhalten. [39]			
	10. April. Flottengesetz.			
	Mai. Manila-Konflikt mit den Vereinigten Staaten.			*19. Mai.* Gladstone †.
				20. Mai. Besetzung von Weihaiwei.
				14. Juni. Englisch-fran- Nigeria. Frankreich unter- Ultimatum.
	30. Juli. Fürst Bismarck †.			
				2. Sept. Sieg Kitcheners bei Omdurman (Sudan). Niederwerfung der Derwische.
				19. Sept. Eintreffen Kit- lisch-französischer Kon-
	Okt. Kolonialvertrag mit England über die portugiesischen Kolonien.			*Okt.* Kolonialvertrag mit Deutschland über die portugiesischen Kolonien.
	13. Okt. bis 24. Nov. Palästinareise des Kaiserpaares.			*4. Nov.* Frankreich unter- Ultimatum. Niederholung
			21. Nov. Handelsvertrag mit Frankreich.	

Frankreich	Rußland	Balkanländer	Türkei	Amerika	Japan
1898					
Wahlsieg des Blocks der gemäßigten Republikaner (Führer Waldeck-Rousseau), Radikalen (Führer Clémenceau) und Sozialisten (Führer Jaurès).			*Jan.* Kreta-Konflikt.		
	10. März. Zar Nikolaus II. weist 90 Millionen Rubel zum Ausbau der Flotte an. *27. März.* Festsetzung in Port Arthur.			*April bis Aug.* Siegreicher Krieg gegen Spanien um Kuba, Porto-Rico und die Philippinen.	
zösischer Vertrag über wirft sich dem englischen	*25. Juni.* Anerkennung der Unabhängigkeit Koreas durch Rußland und Japan.				
29. Juni. Delcassé Außenminister (bis 6. Juni 1905). Verhandlungen wegen eines deutsch-französischen Abkommens über die portugiesischen Kolonien werden von Delcassé nicht weitergeführt.					
18. Juli. Hauptmann Marchand hißt in Faschoda die Trikolore.	*24. Aug.* Rußland erläßt Einladungen zu einer Friedenskonferenz.				
cheners in Faschoda. Engflikt. Kriegsgefahr.			*13. Okt. bis 24. Nov.* Kaiser Wilhelm II. in Konstantinopel und Palästina.		
wirft sich dem englischen der Trikolore in Faschoda.			*19. Nov.* Islamfreundliche Rede des deutschen Kaisers in Damaskus.		
Nov. Paul Cambon Botschafter in London.				*10. Dez.* Friede zu Paris.	

Allgemein	Deutschland	Österreich-Ungarn	Italien	England
		1899		
				»Windsor-Vertrag« mit Portugal, der die Abmachungen mit Deutschland vom Okt. 1898 hinfällig macht. *Jan.* Vertrag mit der ägyptischen Regierung über den Sudan.
	12. Febr. Erwerbung der Karolinen und Marianen von Spanien.			
21. Mai bis 29. Juli. Erste Haager Friedenskonferenz. Abkommen zur Errichtung eines internationalen Schiedsgerichtshofes im Haag.	*März.* Cecil Rhodes in Berlin. Empfang durch den Kaiser. Genehmigung des Baues einer Telegraphen- und später einer Eisenbahnlinie Kap-Kairo (mit deutschem Personal und Material) durch das Hinterland von Deutsch-Ostafrika. Rhodes verspricht dafür seinen Einfluß einzusetzen für Überlassung von Samoa an Deutschland.			*21. März.* Abkommen Frankreich über Afrika. *28. April.* Abkommen mit Rußland über Interessensphären in China. Sir John Fisher, Vertreter Englands auf der Haager Friedenskonferenz: »Wenn es das Wohl Englands gebiete, werde es sich den Teufel um völkerrechtliche Abmachungen scheren.« [41]
				9. Okt. Beginn des Burenkrieges.
	8. Nov. Der Zar mit Murawiew in Potsdam. *20. bis 27. Nov.* Der Kaiser mit Bülow in England. *2. Dez.* Vertrag mit England und Amerika über Südseeinseln. (Samoa-Abkommen.) *Dez.* Rechtswidrige Aufbringung deutscher Postdampfer (»Bundesrat« und »Herzog«) durch englische Schiffe an der afrikanischen Küste während des Burenkrieges. *Dez.* Deutsch-türkisches Abkommen über die Bagdadbahn.			*Nov. bis Dez.* Niederlagen Englands im Burenkriege. *Nov.* Chamberlain betreibt ein Bündnis mit Deutschland und Amerika. Dieses kommt nicht zum Abschluß wegen der Ablehnung Amerikas und der durch rechtswidrige Aufbringung der deutschen Postdampfer entstandenen Schwierigkeiten. [42] *Dez.* Samoa-Abkommen. Lord Curzon Vizekönig von Indien.

Frankreich	Rußland	Balkanländer	Türkei	Amerika	Japan
1899					
zwischen England und (Sudan-Vertrag). Präsident Loubet (bis 1906). Ministerium Waldeck-Rousseau (bis 1902). Besetzung von Kwangtschouwan.	*28. April.* Abkommen mit England über China.				
				6. Sept. Rundschreiben des Senators Hay über die offene Tür in China: Mäßigung der Politik der Weltmächte gegen China. *3. Okt.* Schiedsgerichtsvertrag mit England im Venezuelakonflikt.	
			Dez. Abkommen mit Deutschland über die Bagdadbahn.	*Dez.* Samoa-Abkommen.	

Allgemein	Deutschland	Österreich-Ungarn	Italien	England
		1900		
	Febr. Russisch-französischer Vorschlag zum Vorgehen gegen das durch den Burenkrieg festgelegte England. Von Deutschland abgelehnt, um den Weltfrieden zu erhalten. [43] Warmer Dank der Königin von England für Mitteilung dieses Entschlusses durch den Kaiser. Diese Mitteilung gestattet, die französisch-russische Verdächtigung, der Vorschlag gehe von Deutschland aus, sogleich als Intrigue festzustellen.		*24. Jan.* Abkommen mit Frankreich über den Sudan.	*Jan.* Erklärung Lord Salisburys: »Lebensmittel mit feindlicher Bestimmung können nur dann als Kriegs-Bannware angesehen werden, wenn sie für die feindliche Streitmacht bestimmt sind. Es genügt nicht, daß sie dazu verwandt werden können, es muß dargetan werden, daß dies tatsächlich ihre Bestimmung zur Zeit der Beschlagnahme war.« [46]
Mai. Unruhen in China.				
20. Juni. Ermordung des deutschen Gesandten v. Ketteler. Belagerung der Gesandtschaften in Peking.	*14. Juni.* Flottengesetz.		*29. Juli.* Ermordung König Humberts. — Regierungsantritt König Victor Emanuels III.	
14. Aug. Besetzung von Peking durch europäische und japanische Truppen.				
Okt. Graf Waldersee übernimmt den Oberbefehl über die europäischen Truppen in China.	*16. Okt.* Abkommen mit England über China.			*16. Okt.* Vertrag mit Deutschland über China.
	18. Okt. v. Bülow Reichskanzler (bis 1909).			*6. Nov.* Lansdowne Leiter der auswärtigen Politik.
	5. Dez. Marinekonvention zwischen Deutschland, Österreich-Ungarn und Italien. [44]			
			14. bis 16. Dez. Geheimes italienisch-französisches Mittelmeer-Abkommen (Marokko und Tripolis).	*1. Dez.* Vertrag mit Amerika über den Panamakanal. Australien erhält Verfassung.
		Dez. Erneuerung des italienisch-österreichischen Abkommens von 1897 über Albanien. [45]		

Frankreich	Rußland	Balkanländer	Türkei	Amerika	Japan
1900					
1. Febr. Antrittsrede des späteren Präsidenten der Republik Deschanel in der französischen Akademie: »Deutschland sei der Feind. Frankreichs Aufgabe sei, Rußland und England einander zu nähern.«					
Febr. Der russisch-französische Plan zum Vorgehen gegen das durch den Burenkrieg festgelegte England scheitert an Deutschlands Ablehnung. [43]					
Unterwerfung der Sultanate von Bornu und Kanem südlich der Sahara.	*21. Juni.* Graf Murawiew †.				
	Besetzung der Mandschurei während der Boxerunruhen.				
	Finanzabkommen mit Persien.				
Nov. Begeisterte Aufnahme des Burenpräsidenten Paul Krüger in Paris. Empfang durch den Präsidenten.					
14. bis 16. Dez. Geheimes Mittelmeer-Abkommen mit Italien.				*1. Dez. (und 18. Nov. 1901).* Hay-Pauncefote-Vertrag mit England über den Panamakanal. ‹Erhebliche Einschränkung der englischen Rechte.›	

Allgemein	Deutschland	Österreich-Ungarn	Italien	England
		1901		
	Aus Schreiben des belgischen Außenministers vom 12. Jan.: »Alles beweist ..., daß der Kaiser, dessen Hauptsorge die Erhaltung des europäischen Friedens ist, sich nach wie vor bestreben wird, Reibungen zu vermeiden, und mit Frankreich so gute Beziehungen aufrecht zu erhalten, wie die Lage sie ermöglicht.« [47]			*22. Jan.* Königin Viktoria †. Der Deutsche Kaiser zu den Trauerfeierlichkeiten in London. Regierungsantritt König Eduards VII.
	21. Jan. Der Kaiser am Sterbebett der Königin von England.		*Febr.* Zanardelli Ministerpräsident, Gegner Österreichs.	*Febr.* England lehnt die in Aussicht gestellte Beteiligung am Bagdad-Unternehmen ab. Seitdem Widerstand Englands gegen das Unternehmen überhaupt. [51]
	März. England verlangt unter Berufung auf das Abkommen vom 16. Okt. 1900 Vorgehen gegen Rußlands Absichten auf die Mandschurei. Deutschland lehnt ab. [48]		*April.* Besuch eines italienischen Geschwaders unter dem Herzog von Genua in Toulon. Begrüßung durch Präsident Loubet.	
	März bis Mai. Englischer Bündnisvorschlag scheitert an Dreibundtreue Deutschlands, da England Zuziehung der anderen Dreibundstaaten ablehnt. [49]			*März bis Mai.* Bündnisvorschlag an Deutschland scheitert an dessen Dreibundtreue. [49]
	Aug. König Eduard VII. in Wilhelmshöhe.			
7. Sept. Friede zu Peking zwischen China und den Mächten.	*Sept.* Besuch des Zaren in Danzig.			
	Okt. Erneuter russischer Vorschlag zum Vorgehen gegen das durch den Burenkrieg festgelegte England von Deutschland abgelehnt. [50]	*Okt.* Sokolfest in Prag. (Verbrüderung von Tschechen, Russen und Franzosen.)		*25. Okt.* Deutschfeindliche Rede des Kolonialministers Chamberlain. Schmähung der Haltung des deutschen Heeres 1870/71 zur Entkräftung der gegen die englischen Truppen im Burenkriege erhobenen Anklagen (Konzentrationslager, Niederbrennung der Burenfarmen). [52] Die öffentliche Meinung fordert Bündnis mit Frankreich.

Frankreich	Rußland	Balkanländer	Türkei	Amerika	Japan
1901					
	7. Jan. Graf Lambsdorff Minister d. Auswärtigen (bis 1906).		Englisch-türkischer Konflikt wegen des Hafens Koweit, des natürl. Endpunktes der Bagdadbahn. England will d. Bahn nicht an den Persischen Golf gelangen lassen.	Präsident Roosevelt, Republikaner (bis 1909).	
22. bis 24. April. Delcassé in Petersburg.					
					2. Mai. Ministerium Katsura.
26. Juli. Vertrag mit Marokko, der die »friedliche Durchdringung« vorbereitet.					
	Sept. Bei seinem Besuch in Danzig überrascht der Zar d. Deutschen Kaiser und den Reichskanzler v. Bülow durch die Mitteilung, daß Rußland ein. Krieg gegen Japan vorbereite.				
18. bis 21. Sept. Der Zar bei den Manövern in Compiègne. Präsident Loubet regt eine englisch-russische Verständigung an.				Panamerikanischer Kongreß in Mexiko.	
	Okt. Erneuter russischer Vorschlag eines Vorgehens geg. England anläßlich d. Burenkrieges. Von Deutschland wiederum abgelehnt. [50]				

Allgemein	Deutschland	Österreich-Ungarn	Italien	England
1902				
	8. Jan. Zurückweisung der Chamberlainschen Rede vom 25. Okt. 1901 im Reichstag durch Bülow. *Febr.* Prinz Heinrich in Amerika. Die englische Presse nimmt die Reise zum Anlaß, Deutschland zu verdächtigen, daß es während des spanisch-amerikanischen Krieges eine amerikafeindliche Politik getrieben habe (vgl. 1898). Deutschland beweist durch Veröffentlichung amtlicher Dokumente die Unrichtigkeit dieser Verdächtigung. Das belgische Außenministerium sagt darüber in einem Rundschreiben, 6. März: »...So hat die englische Intrigue, eine Annäherung zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten im Augenblick der Reise des Prinzen Heinrich nach New York zu verhindern, ein entgegengesetztes Ergebnis gehabt, als ihre Urheber erwarteten. Sie hat zur Veröffentlichung von Dokumenten geführt, die beweisen, daß Deutschland während des spanisch-amerikanischen Konflikts von strikter Neutralität nicht abgewichen ist, und daß es sich geweigert hat, an einem Schritte teilzunehmen, um einen Druck auf die Regierung der Vereinigten Staaten auszuüben. Sie hat also ein Mißverständnis zerstreut, daß die Beziehungen zwischen den beiden Ländern trübte.« [53]	*17. April.* Verlängerung des Bündnisses mit Rumänien. [55]	*Juni.* Außenminister Prinetti läßt Frankreich wissen, daß der Dreibund keine Bestimmung über einen Angriff auf Frankreich enthalte.	Beginn der englischen Einkreisungspolitik gegen Deutschland. *30. Jan.* Englisch-japanisches Bündnis mit der Spitze gegen Rußland und Deutschland. *31. Mai.* Friede von Pretoria. *11. Juli.* Ministerium Balfour (bis 1905). Kolonialkonferenz in London, auf der politische, wirtschaftliche und militärische Fragen erörtert werden, jedoch ohne Ergebnis.
	28. Juni. Erneuerung des Dreibundvertrages. [56] Das belgische Außenministerium sagt dazu in einem Rundschreiben, 15. Juli: »...Was man mit Sicherheit weiß, ist, daß der Dreibund rein defensiv ist und kein anderes Ziel im Auge hat als die Aufrechterhaltung des Friedens...« [54]			
	25. Juli. Beitritt zur Verlängerung des österreichisch-rumänischen Bündnisses. *6. bis 9. Aug.* Der Kaiser in Reval.		*1./2. Nov.* Geheimer Neutralitätsvertrag mit Frankreich für den Fall eines deutsch-französ. Krieges. [57]	
	7. Nov. Der Kaiser in Sandringham. *Dez. (bis Febr. 1903).* Deutsch-englische Venezuela-Aktion, der später auch Italien beitritt. Deutschfeindliche Hetze in England und Amerika.		*12. Dez.* Beitritt zum österr.-rumän. Bündnisse. [55] Beitritt z. dtsch.-engl. Venezuela-Aktion.	*Dez. (bis Febr. 1903).* Die gemeinsame deutsch-englische Aktion gegen Venezuela wird von der öffentlichen Meinung Englands (Northcliffe-Presse) verurteilt.

Frankreich	Rußland	Balkanländer	Türkei	Amerika	Japan
1902					
			Jan. Neue Konzession an die Bagdadbahn-Gesellschaft.		*30. Jan.* Bündnis mit England; Spitze gegen Rußland.
				Febr. Reise des Prinzen Heinrich von Preußen nach Amerika.	
16. März. Erklärung Rußlands und Frankreichs über Ostasien: Gemeinsame Aufrechterhaltung des status quo in Ostasien im Falle der Bedrohung Chinas oder Koreas. [58]					
	8. April. Vertrag mit China über die Mandschurei. Rußland verpflichtet sich zur Räumung innerhalb 1 1/2 Jahren.	*17. Apr.* Verlängerung des rumänischen Bündnisses zunächst mit Österreich-Ungarn, dann mit den anderen Dreibundmächten. [55]			
	Mai. Militärkonvention zwischen Rußland und Bulgarien. [59]			*Mai.* Deutsch-amerikanisches Schiffahrtsabkommen.	
Nov. Verhandlungen mit Spanien (Ministerium Sagasta) über eine Teilung Marokkos unter Ausschluß Englands. Nach Sturz des Ministeriums Sagasta lehnt das konservative Ministerium Silvela mit Rücksicht auf England ab, die Verhandlungen weiter zu führen.	*Aug.* Begegnung des Zaren mit dem Deutschen Kaiser in Reval. Der Zar erklärt, er werde den Krieg gegen Japan voraussichtlich 1904 beginnen.				
Ministerium Combes (bis 1905).					
1./2. Nov. Geheimer Neutralitätsvertrag mit Italien für den Fall eines deutsch-französischen Krieges. [57]				*Dez. bis Febr. 1903.* Deutschfeindliche Hetze in Amerika anläßlich der Venezuela-Aktion.	

Allgemein	Deutschland	Österreich-Ungarn	Italien	England
		1903		
	19. März. Erklärung Bülows im Reichstage: Unveränderter Grundsatz der deutschen Politik sei, daß wir keine aktive Orientpolitik treiben und in Orient- und Balkanfragen für niemand die Kastanien aus dem Feuer holen.			Zollkrieg zwischen Deutschland und Kanada. König Eduards VII. Reisen nach Italien, Frankreich, Portugal, Österreich.
Juli. Papst Leo XIII. †. Pontifikat Pius' X.	*Juli.* Besuch des ehemaligen Ministerpräsidenten Waldeck-Rousseau beim Kaiser auf der Nordlandreise.			*Juli.* Flotten- und Invasionspanik. Deutschfeindliche Hetze. Neuer Flottenstützpunkt am Firth of Forth.
		31. Aug. König Eduard VII. in Wien.		
	Okt. Begegnungen des Kaisers mit dem Zaren in Wiesbaden und Wolfsgarten. Abkommen mit Frankreich über die Bagdadbahn.	*1. Okt.* Zusammentreffen Kaiser Franz Josephs und des Zaren in Mürzsteg: Einigung über die Aufrechterhaltung des status quo auf dem Balkan und gemeinsame Erledigung etwa auftretender strittiger Punkte.		
			Nov. Giolitti Ministerpräsident. Tittoni Minister des Auswärtigen. *25. Dez.* Schiedsvertrag mit Frankreich.	

Frankreich	Rußland	Balkanländer	Türkei	Amerika	Japan
1903					
April. Präsident Loubet in Rom. *Mai.* Besuch König Eduards VII. in Paris.	Militärisches Abkommen mit Persien. Witte Ministerpräsident (bis 1906).		*März.* Erteilung der Konzession für die Reststrecke der Bagdadbahn.		
Juli. Präsident Loubet mit dem Außenminister Delcassé in London. Erster Besuch eines französischen Staatsoberhauptes in England.		*Juni.* Ermordung König Alexanders von Serbien. Nachfolger: Peter Karageorgewitsch (Kandidat Rußlands). Minister Paschitsch.			
	Aug. Einsetzung einer Statthalterschaft des Fernen Ostens.	Aufstand in Mazedonien gegen die Türkei (bis 1905).			*Aug.* Japan verlangt von Rußland Räumung der Mandschurei.
14. Okt. Englisch-französischer Schiedsgerichtsvertrag. Abkommen mit Deutschland über die Bagdadbahn.	*Okt.* Beschluß, die Mandschurei zu behalten. *1. Okt.* Mürzsteger Vereinbarungen mit Österreich über Mazedonien. *Okt.* Begegnung des Zaren mit Kaiser Wilhelm II. in Wiesbaden und Wolfsgarten. Der Zar erklärt, die Vorbereitungen für den Krieg mit Japan seien noch nicht so weit gefördert, wie er gehofft, daher habe er den Krieg verschoben. Er werde nicht 1904 beginnen wie zuvor beabsichtigt.		*Nov.* Annahme der Mürzsteger Vereinbarungen.	*Nov.* Panama wird »unabhängige« Republik unter tatsächlicher Herrschaft der Vereinigten Staaten.	

5

Allgemein	Deutschland	Österreich-Ungarn	Italien	England
		1904		
22. Febr. Haager Schiedsspruch in der Venezuela-Frage.	*Febr.* Sehr wohlwollende Neutralität für Rußland im Russisch-japanischen Kriege.			
	Eingeborenenaufstand in Deutsch-Südwestafrika (bis 1906).		*April.* Besuch des Präsidenten Loubet im Quirinal.	*8. April.* Englisch-fran- Ausgleich der beiderseiti- Auslieferung Marokkos der »Entente cordiale«.
				1. Juni. Anweisung des Außenministers Lord Landsdowne an den Botschafter in Petersburg, zu erklären: Die englische Regierung bemerke »mit großer Unruhe, daß Reis und Lebensmittel als unbedingte Bannware behandelt würden, ein Schritt, den sie als unvereinbar mit dem Völkerrecht betrachte«. [63]
	12. Juli. Schiedsvertrag mit England.			*12. Juli.* Schiedsgerichtsvertrag mit Deutschland.
	Schiedsvertrag mit den Vereinigten Staaten vom amerikanischen Senat abgelehnt.			*25. Aug.* Drohung Lord Landsdownes: Falls Japan wegen der deutschen Kohlenlieferungen an Rußland gegen Deutschland die Waffen ergriffe, würde England auf Bitte der japanischen Regierung den Bündnisfall als gegeben erachten. (Kriegslieferungen Englands an Japan!)
	Okt. Eröffnung des ersten Teils der Bagdadbahn.			*7. Sept.* Protektorat über Tibet. Einmarsch in Lhasa.
	17. Nov. Vorschlag des Kaisers an den Zaren: Abschluß eines deutsch-russischen Vertrages als Abwehr gegen englische Herausforderung. [60]	*15. Okt.* Zusicherung wohlwollender Neutralität an Rußland. [62]		*Okt.* Starke deutschfeindliche Hetze anläßlich des Zwischenfalls an der Doggerbank. Drohung des Militärblattes »Army and Navy Gazette« mit Überfall auf die deutsche Flotte.
	12. Dez. Deutschland erhält Rußlands Unterstützung zugesichert, falls ihm aus den Kohlenlieferungen an die russische Ostseeflotte Schwierigkeiten entständen. [61]			*Dez.* Umgruppierung der englischen Flotte.

Frankreich	Rußland	Balkanländer	Türkei	Amerika	Japan
1904					
15. Febr. Neutralitätserklärung im Russisch-japanischen Kriege.	*10. Febr.* Beginn des Russisch-japanischen Krieges durch Überfall der Japaner auf die russische Flotte vor Port Arthur.	*30. März.* Vertrag zwischen Serbien und Bulgarien.	*1904 bis 1905.* Aufstand in Arabien unter engl. Einfluß.	Schiedsverträge mit Frankreich und England.	*10. Febr.* Beginn des Russisch-japanischen Krieges.
zösischer Kolonialvertrag. gen Interessengegensätze, an Frankreich. Anfang				Schiedsvertrag mit Deutschland vom Senat abgelehnt.	
April. Besuch des Präsidenten Loubet im Quirinal.				Wiederwahl des Präsidenten Roosevelt.	
				Mai. Beginn des Baus des Panamakanals.	
28. Aug. Abbruch der diplomatischen Beziehungen zum Vatikan.					
			1. Sept. Eröffnung des ersten Teils der Hedschasbahn.		
6. Okt. Geheimvertrag mit Spanien über Marokko.	*21./22. Okt.* Zwischenfall an der Doggerbank.				

Allgemein	Deutschland	Österr.-Ungarn	Italien	England

1905

Allgemein

12. April. Vorschlag Deutschlands zur Einberufung einer internationalen Marokko-Konferenz.

7. Juni. Norwegische Unabhängigkeitserklärung. Auflösung der Skandinavischen Union.

Okt. Aus einem Bericht des belgischen Gesandten in Berlin:

»... Die alte Konstellation der Mächte ist aus der Ordnung gekommen, und man sucht tastend, eine neue zu schaffen. Der dauernde Isolierungsfeldzug gegen Deutschland hat als ersten Akt die englisch-französische Annäherung, als zweiten den Bündnisvertrag zwischen England und Japan gezeitigt. Der dritte Akt ist der Versuch einer englisch-russischen Annäherung, vorbereitet durch die Londoner Presse, die zu erweisen trachtet, daß der englisch-japanische Vertrag nicht gegen Rußland gerichtet ist und ein Einverständnis zwischen dem Zarenreiche und England durchaus nicht hindert ...« [64]

Heeresvermehrung der Großmächte von 1905 bis 1907: [65]

Rußland um	39000	Mann
Frankreich um	20000	Mann
Deutschland um	7000	Mann
Österreich-Ungarn um	—	Mann

Flottenausgaben der Großmächte von 1905 bis 1914: [66]

	im Jahresdurchschnitt auf den Kopf der Bevölkerung Mark	insgesamt während der zehn Jahre Milliarden Mark
England	17,80	8
Frankreich	8,07	3,2
Vereinigte Staaten von Amerika	5,86	5,3
Deutschland	5,82	3,8
Italien	5,05	1,7
Japan	3,05	1,6
Rußland	1,94	2,9
Österreich-Ungarn	1,89	0,96

Deutschland

31. März. Der Kaiser in Tanger.

Wahrung der deutschen Rechte gegenüber der »Tunifikation« Marokkos.

Konflikt mit Frankreich.

24. Juli. Begegnung des Kaisers mit dem Zaren bei Björkö. Einigung auf den Entwurf des Kaisers zum Abschluß eines Schutz- und Trutzbündnisses zwischen den beiden Völkern, mit der Maßgabe, daß den beiderseitigen Verbündeten sowie anderen Staaten der Anschluß freistehen solle — gedacht als Kern eines Völkerbundes ohne Präsidialmacht. — Die Ratifizierung scheitert am Widerspruch der russischen Regierung. [67]

England

Mehrwöchige Frühjahrs- nach Frankreich und Al- Präsident Loubet und

Übergang Englands zum Dreadnoughtbau.

3. Febr. Drohung des Zivillords der Admiralität Lee mit Vernichtung der deutschen Flotte:

»Wenn ein Seekrieg zu erklären wäre, würde die englische Flotte losschlagen, bevor man auf der anderen Seite (also in Deutschland) Zeit hätte, die Kriegserklärung in der Zeitung zu lesen.« [68]

Juni. Trotz der deutsch-französischen Entspannung setzt England die Hetze gegen Deutschland fort.

Juli. Eine englische Flotte

Aug. Eine französische

Aug. Demonstration der engl. Flotte in der Ostsee.

12. Aug. Erweiterung des engl.-japan. Bündnisses.

21. Nov. Rücktritt des Kolonialministers Chamberlain.

10. Dez.
Liberales Ministerium Campbell-Bannerman.

Grey Staatssekretär des Auswärtigen.

Frankreich	Rußland	Balkanländer	Türkei	Amerika	Japan
			1905		
reise König Eduards VII. gier. Besprechungen mit Delcassé.	*2. Jan.* Kapitulation von Port Arthur.				
Konflikt mit Deutschland wegen Marokko.	*Jan.* Ausbruch der Revolution.				
	1. bis 10. März. Russische Niederlage bei Mukden.				
	27. Mai. Vernichtung der russischen Flotte bei Tsuschima.		*6. Mai.* Scharfe Reformnote der sechs Signatarmächte der Berliner-Kongreß-Akte über Mazedonien.		
6. Juni. Rücktritt Delcassés. (Seine Mitteilung über die beabsichtigte Landung von 100000 Engländern zur Unterstützung Frankreichs in einem deutsch-französischen Kriege.)	*3. Juni.* Der deutsche Kaiser schlägt dem Zaren für die Friedensvermittlung den Präsidenten Roosevelt vor. [69]				
Rouvier Ministerpräsident und Außenminister. Annahme des deutschen Kongreßvorschlages.					
in Brest. Flotte in Portsmouth.					*12. Aug.* Zweites Bündnis mit England auf zehn Jahre.
1. Sept. Zweiter Vertrag mit Spanien wegen Marokkos.	*5. Sept.* Friede von Portsmouth mit Japan unter Vermittlung des Präsidenten Roosevelt.				*5. Sept.* Friede von Portsmouth mit Rußland.
	Beginn der russisch-englisch. Annäherung.				
	Okt. Manifest über Einführung einer Volksvertretung.				*17. Nov.* Vertrag mit Korea.
			4. Dez. Annahme der Reformnote.		

Allgemein	Deutschland	Österreich-Ungarn	Italien	England
		1906		
16. Jan. bis 7. April. Konferenz von Algeciras. Der belgische Gesandte in Berlin berichtet über sie am 16. Jan.: »Die englische Presse hat alles Erdenkliche getan, um zu verhindern, daß die Algeciras-Konferenz zum Ziele führe. Es besteht kein Zweifel mehr, daß es der König von England gewesen ist, der unabhängig von seiner Regierung Herrn Delcassé in eine kriegerische Politik hineingetrieben und ihm das übrigens nicht ausführbare Versprechen gegeben hatte, 100000 englische Soldaten in Holstein zu landen. Die Einladung des Königs an Herrn Delcassé während seines Aufenthalts in Paris kann nur als Herausforderung ausgelegt werden. Konnte darüber noch irgendein Zweifel bestehen, so würde ihn der sonderbare Schritt des Oberst Barnardiston (englischer Militärattaché in Brüssel) beim General Ducarne zerstreut haben ....« [70]	Isolierung Deutschlands auf der Algeciras-Konferenz. *13. Dez.* Reichstags-Auflösung wegen Nichtbewilligung der Regierungsforderung für den südwestafrikanischen Feldzug.	*März.* Zollkrieg mit Serbien. *Juni.* Besuch Kaiser Wilhelms in Schönbrunn. *24. Okt.* Frhr. v. Ährenthal Außenminister an Stelle Goluchowskis.	*8. Febr.* Kabinett Sonnino. Stellungnahme gegen Deutschland auf der Algeciras-Konferenz. (Visconti Venosta.) *29. Mai.* Kabinett Giolitti.	*Jan.* Vereinbarungen Englands mit der belgischen Regierung für den Fall eines Krieges mit Deutschland. Antwerpen soll Verpflegungsbasis für gelandete englische Truppen bilden. (Besprechungen des englischen Militärattachés Barnardiston mit dem belgischen Generalstabschef Ducarne.) [71] Lord Roberts beantragt ein stehendes Heer. *Jan.* Geheime Abmachungen Greys mit einem deutsch-französischen Kriege Festlegung eines gemeinsamen Ope- Kriegsfall durch die englisch-franzö- Admiralstäbe. [72] (Dazu Bericht des belgischen Geschäfts- 14. Jan.: »... Grey sagt wiederholt, daß gegenüber Verpflichtungen eingegangen sei, nachkommen werde, selbst im Falle eines und auf alle Gefahr hin ...«). [73] *27. Febr.* Vertrag Englands und Neuen Hebriden. *März und Mai.* König Eduard VII. fang Delcassés. (»... In diplomatischen Kreisen wird diese in diesem Augenblick als höchst gefährlich fürchtet man in ihr einen Ausdruck des zu müssen, die Lage so weit zu vermeidlich wird.« – Bericht des belgischen *April.* Anerkennung der Oberhoheit Chinas über Tibet. Lord Haldane in Berlin (zum Studium der deutschen Heereseinrichtungen). *Mai.* Aus einem Bericht des belgischen Gelierung Deutschlands dienen sollen, ist eines der Feldzug der Presse. Seit Jahren unter- Machenschaften, die ihm fernliegen, und Wiederholung dieser Falschheiten hat man drohung der europäischen Ruhe zu sehen, schafft hat, und daß die Gefahr nicht von ist, sondern von den Mächten, die bestrebt bund hat uns während langer Zeit den Frierung der Mächte, die man zustande zu *Dez.* Verfassung für Transvaal.
			13. Dez. Vertrag zwischen England, Frankreich und sphären in	

Frankreich	Rußland	Balkanländer	Türkei	Amerika	Japan
1906					
				Panamerikanischer Kongreß zu Rio de Janeiro.	
Cambon, die England in an Frankreich binden. rationsplanes für den sischen General- und trägers in London vom Großbritannien Frankreich denen es bis zum Äußersten deutsch-französischen Krieges Frankreichs über die in Paris. Im März Emp- Kundgebung als unnötig und angesehen ... Im ganzen englischen Wunsches sehen giften, daß der Krieg unver- Gesandten in Paris.) [74]	*Mai.* Iswolski Außenminister (bis 1910). Zusammentritt der ersten Duma (21. Juli aufgelöst). Der belgische Gesandte in Petersburg vertritt den Standpunkt, Frankreich könne in jedem Falle auf Unterstützung durch Rußland rechnen. [75]	*März.* Zollkrieg zwischen Serbien und Österreich-Ungarn.	*April, Mai.* Zwischenfall von Akaba. Englische Flottendemonstration. Berichtigung der türkisch-ägyptischen Grenze.		
Präsident Fallières (bis 1913).	Unterbringung eines Teils der russischen Anleihe in England.				
sandten in Berlin. » ... Unter den Mitteln, die der Iso- der am meisten verwendeten und eines der wirksamsten stellt man Deutschland planmäßig machiavellistische ehrgeizige Pläne, an die es nie gedacht hat. Durch es fertig gebracht, in der deutschen Politik eine Be- und vergißt, daß sie uns 35 Jahre des Friedens ver- Deutschland kommt, das mit seinem Besitze zufrieden sind, die europäische Karte zu ändern ... Der Drei- den garantiert. Es ist zweifelhaft, ob die neue Gruppie- bringen sucht, dieselbe Sicherheit bietet ... « [76]					
7. März. Léon Burgeois Minister d. Auswärtigen. *Okt.* Ministerium Clémenceau (bis 1909). Italien über Interessen- Abessinien.					

Allgemein	Deutschland	Österreich-Ungarn	Italien	England
		1907		
	Jan. Optantenvertrag mit Dänemark. *19. Febr.* Zusammentritt des neugewählten Reichstages (Block gegen Zentrum und Sozialdemokraten).		*18. Apr.* Zusammenkunft König Eduards VII. mit König Viktor Emanuel III. in Gaeta.	*Febr.* König Eduard VII. in *8. April.* Zusammenkunft König Eduards mit König Alfons XIII. von Spanien in Cartagena. Dazu berichtet der belgische Gesandte in Berlin: »... Wie der Bündnisvertrag mit Japan, die entente cordiale mit Frankreich, die mit Rußland schwebenden Verhandlungen, so ist der Besuch des Königs von England beim König von Spanien ein Manöver in dem von S. M. Eduard VII. persönlich mit ebensoviel Ausdauer wie Erfolg geleiteten Feldzuge zur Isolierung Deutschlands ... Dieser Eifer, Mächte, die niemand bedroht, angeblich zu Verteidigungszwecken zu einigen, kann mit vollem Recht verdächtig erscheinen. . .« [81]
15. Juni bis 18. Okt. Zweite Haager Friedenskonferenz.	*3. bis 6. Juni.* Besuch des Kaisers in Kopenhagen.			
	8. Juli. Verlängerung des Dreibundvertrages. [80]			*18. April.* Zusammenkunft König Eduards VII. mit König Viktor Emanuel III. in Gaeta.
Heeresvermehrung der Großmächte von 1907 bis 1914: Rußland i. Winter um 591000 Mann Rußland i. Sommer um 191000 Mann Frankreich um 215000 Mann Deutschland um 132000 Mann Österreich-Ungarn um 96000 Mann [77]	*3. Aug.* Begegnung des Kaisers mit dem Zaren bei Swinemünde im Beisein Bülows und Iswolskis. *Sept.* König Eduard VII. in Wilhelmshöhe, begleitet von Hardinge. *Okt.* Graf Wedel Statthalter von Elsaß-Lothringen. *29. Okt.* Abkommen mit Rußland über die Ostsee (Aalandsinseln). [78] *9. Nov. bis 12. Dez.* Reise des Kaisers nach England, Aufenthalt in Windsor und Highcliffe. Angebot des Kaisers in der Bagdadbahn-Angelegenheit: Überlassung des Zuganges zu der Nordküste des Persischen Golfs an England. Das englische Kabinett beantwortet das Entgegenkommen mit der unannehmbaren Zumutung, diese Frage vor eine Konferenz unter Zuziehung Rußlands und Frankreichs zu bringen. [79]	*15. Aug.* König Eduard VII. bei Kaiser Franz Joseph in Ischl.		*April bis Mai.* Kolonialkonferenz in London. *16. Mai.* Englisch-französisch- die Mittelmeergebiete. *24. Mai.* Aus Bericht des belgischen Gesandten in London: »Es ist klar, daß das amtliche England im stillen eine deutschfeindliche Politik befolgt, die auf eine Isolierung Deutschlands abzielt und daß König Eduard es nicht verschmäht hat, seinen persönlichen Einfluß in den Dienst dieser Idee zu stellen, aber es ist sicher sehr gefährlich, die öffentliche Meinung in so offenkundiger Weise zu vergiften, wie es die unverantwortliche Presse tut.« [82] *Aug.* Ministerpräsident Clé- Eduard VII. in Marienbad. Verfassung für die Oranjekolonie. *2. Aug.* Kriegsminister Haldane. Gesetz über die Reorganisation des Landheeres auf Grund des in Berlin gewonnenen Materials. *31. Aug.* Vertrag mit Rußland über Persien, Afghanistan und Tibet. [83]

Frankreich	Rußland	Balkanländer	Türkei	Amerika	Japan
		1907			
Jan. Jules Cambon Botschafter in Berlin. Paris.					
	5. März. Zusammentritt der zweiten Duma (16. Juni aufgelöst).				
	26. März. Ein russisches Geschwader bei Portsmouth.				
					9. Juni. Vertrag mit Frankreich über China.
	28. Juli. Vertrag mit Japan über China.				*28. Juli.* Vertrag mit Rußland über die Integrität Chinas.
spanischer Vertrag über	*3. Aug.* Begegnung des Zaren (mit Iswolski) und Kaiser Wilhelms (mit Bülow) bei Swinemünde.				
23. Mai. Vertrag mit Siam. Erweiterung der französischen Besitzungen in Hinterindien.	*31. Aug.* Vertrag mit England über Persien, Afghanistan und Tibet. [83]				
10. Juni. Vertrag mit Japan über China.					
menceau bei König	*29. Okt.* Abkommen mit Deutschland über die Ostsee (Aalandsinseln). [78]				
	14. Nov. Zusammentritt der dritten Duma.				

Allgemein	Deutschland	Österreich-Ungarn	Italien	England
		1908		
		27. Jan. Bekanntgabe des Projekts der Sandschakbahn durch den Außenminister Frhr. v. Aehrenthal.		Aus Bericht des belgischen Gesand- »Herr Delcassé rühmt sich, dank König von England gegen Deutsch- politik den Weltfrieden erhalten zu Ruhe Europas bedroht gewesen, Revanchegedanken?... Die Politik, dem Vorwande führt, Europa vor Gefahr zu retten, hat eine nur allzu heraufbeschworen, die für uns (Bel- lich ist.« [86] Ministerium Asquith (bis 1916).
23. Apr. Deklaration über die Erhaltung des status quo in Nord- und Ostsee. [84]	*25. März.* Der Deutsche Kaiser in Venedig.	*13. Aug.* König Eduard VII. bei Kaiser Franz Joseph in Ischl. Sein erneuter Versuch, Österreich dem Bündnis mit Deutschland abwendig zu machen, wird von Kaiser Franz Joseph scharf abgelehnt.		*März.* Vorschlag des Ersten Seelords, Lord Fisher: Die Unfertigkeit Deutschlands (kein Dreadnought gegenüber zehn englischen) auszunutzen, um die deutsche Flotte mitten im Frieden zu überfallen. („To copenhagen — à la Nelson.“) [87] *25. Mai.* Präsident Fallières in London. Englisch-französische Ausstellung. *9. Juni.* Zusammenkunft Eduards VII. mit dem Zaren auf der Reede von Reval. Vereinbarungen über mazedonische Reformen und Herstellung einer englisch-russischen Interessengemeinschaft in der orientalischen Frage. — Sir Charles Hardinge vertritt dabei den Standpunkt, es läge »im Interesse des Friedens und der Erhaltung des Gleichgewichts«, daß für künftige europäische Verwicklungen Rußland zu Lande und zu Wasser möglichst stark sei. [88]
	11. Aug. König Eduard VII. in Homburg. *Sept.* Deutsch-französischer Zwischenfall in Casablanca. *Sept.* König Eduard VII. in Kronberg, begleitet von Hardinge. Dieser verlangt von Kaiser Wilhelm Einstellen des deutschen Flottenbaues unter versteckter Kriegsdrohung. Der Kaiser lehnt dieses Ansinnen ab.	*4. Sept.* Verhandlungen Aehrenthals mit Tittoni zu Salzburg über die bevorstehende Annexion Bosniens und der Herzegowina.	*4. Sept.* Verhandlungen Aehrenthals mit Tittoni zu Salzburg über die bevorstehende Annexion Bosniens und der Herzegowina.	
15. Nov. Belgien übernimmt die Ausübung der Hoheitsrechte über die Kongokolonie. *4. Dez. 1908 bis 26. Febr. 1909.* Londoner Konferenz zur Reform des Seekriegsrechts. Londoner Seekriegsrechts-Erklärung.	*Nov.* Aus einem Bericht des belgischen Gesandten in Berlin: »...Unbestreitbar verdanken wir Deutschland und den im tiefsten Grunde friedliebenden Absichten des Kaisers die 37 Jahre der Ruhe, deren wir uns erfreut haben.« [85]	*16. Sept.* Verhandlungen Aehrenthals mit Iswolski zu Buchlau, ebenfalls über Bosnien und Herzegowina. *3. Okt.* Einverleibung von Bosnien und Herzegowina. Handelsvertrag mit Serbien.		*18. Okt.* Englisches Memorandum (Grey) zur Lösung der Meerengenfrage in russischem Sinne. [89] *28. Okt.* Veröffentlichung eines Interviews mit Kaiser Wilhelm im »Daily Telegraph«.

Frankreich	Rußland	Balkanländer	Türkei	Amerika	Japan
1908					
ten in Berlin vom 27. Jan.: seiner im Vereine mit dem land geführten Einkreisungs- haben... Wann ist denn die außer durch den französischen die König Eduard VII. unter einer eingebildeten deutschen wirkliche französische Gefahr gien) in erster Linie bedroh-					
			Mai. Vollendung der Hedschasbahn bis Medina.	*30. Mai.* Notenaustausch zwischen Amerika und Japan über die Aufrechterhaltung des status quo im Stillen Ozean.	
	9. Juni. Begegnung des Zaren mit König Eduard VII. vor Reval. Vereinbarungen über mazedonische Reformen und Herstellung einer englisch-russischen Interessengemeinschaft in der orientalischen Frage. [88]		*Juli.* Jungtürkische Revolution. Said Pascha Großwesir an Stelle von Ferid Pascha. Wiedereinführung der Konstitution von 1876.		
		6. Okt. Erklärung der Unabhängigkeit Bulgariens.		Große Demonstrationsfahrt der amerikanischen Flotte nach Japan.	
27. Juli. Zusammenkunft des Präsidenten Fallières mit dem Zaren vor Reval.		*7. Okt.* Proklamierung der Vereinigung Kretas mit Griechenland.			
Aug. Ministerpräsident Clémenceau bei König Eduard in Marienbad. Er veranlaßt den König die Verstärkung des im Kriegsfalle zu sendenden Expeditionskorps ins Auge zu fassen. [90]	*16. Sept.* Buchlauer Verhandlungen zwischen Aehrenthal und Iswolski über die bevorstehende Annexion Bosniens und der Herzegowina.	Serbien wendet sich gegen Österreich wegen der Einverleibung von Bosnien und Herzegowina. Handelsvertrag zwischen Serbien und Österreich-Ungarn.			
	Okt. Iswolski zu dem serbischen Ministerpräsidenten Milowanowitsch: »Seine Politik sei darauf gerichtet, unter Liquidierung aller russischen Fragen außerhalb Europas Rußland wieder seinen europäischen Zielen zuzuführen. Serbien sei in dieser Politik ein wichtiger Faktor als Zentrum der Südslawen.« [91]				
Dez. Kongo-Vertrag mit Belgien.	*12. Nov.* Der Zar zu dem serbischen Ministerpräsidenten: »Die bosnische Krise werde nur durch den Krieg entschieden werden.« [92]		*Dez.* Zusammentritt des Parlaments.		

Allgemein	Deutschland	Öster.-Ungarn	Italien	England
		1909		
	9. Febr. Marokko-Abkommen mit Frankreich. *10. Febr.* König Eduard VII. in Berlin. Äußerung des Königs zum Kaiser: »Er finde die Erregung in der öffentlichen Meinung und der Presse in England anläßlich der progressiven Vermehrung der deutschen Flotte lächerlich. Der Kaiser habe die Zustimmung des Reichstages erhalten zu dem Programm, das er für die Deutschland notwendige Seestreitkraft aufgestellt habe, und er müsse dieses Programm ausführen.« [93] *29. Febr.* Bülow gelobt Österreich-Ungarn bei den durch die bosnisch-herzegowinische Frage entstandenen Schwierigkeiten »Nibelungentreue«.	*Febr.* Verständigung mit der Türkei über Bosnien und Herzegowina. *30. März.* Beendigung des Konflikts mit Serbien. Serbien gibt nach.		*Febr.* Aus einem Berichte des belgischen Gesandten in Berlin: »...Der König von England versichert, daß die Erhaltung des Friedens immer das Ziel seiner Bestrebungen gewesen sei, das hat er seit Beginn des diplomatischen Feldzuges immer gesagt, den er erfolgreich durchgeführt hat, um Deutschland zu isolieren. Aber man muß doch bemerken, daß der Weltfriede niemals ernstlicher bedroht war, als seitdem der König von England sich damit befaßt, ihn zu befestigen...« [95] Flotten- und Invasionspanik. Agitation für allgemeine Wehrpflicht (Lord Roberts). *März.* Erwerbung siamesischer Gebiete. *12. März.* Große Flottenvorlage.
9. April. Anerkennung d. Annexion Bosniens u. der Herzegowina durch Rußland, England u. Frankreich.	*Mai.* Generaloberst v. d. Goltz wird vom Sultan mit der Reorganisation der türkischen Armee betraut.			Während der bosnischen Frankreichs und Englands Botschafters in Berlin, seine östl. Armeekorps Maßnahmen zur Vorbe- Regierung vereinbart mit bei Malta. Die britische tungen der Ententemächte nisterrat erklärt, es sei
			29. April. Begegnung König Eduards VII. mit dem König von Italien in Bajä. König Eduard spricht von der Wahrscheinlichkeit baldigen Konflikts mit Deutschland. [96]	
	17. Juni. Zusammenkunft des Kaisers und des Zaren in den Finnischen Schären. *14. Juli.* v. Bethmann Hollweg Reichskanzler (bis 1917). *Aug.* Beginn der Verständigungsversuche mit England. (Bis Frühjahr 1912.)		*23. Okt.* Der Zar in Racconigi. Vertrag von Racconigi: »Italien und Rußland verpflichten sich, sich wohlwollend zu verhalten — das erstere zu den Interessen der russischen Meerengenfrage, das zweite zu den Interessen der Italiener in Tripolis und der Cyrenaika.« [94]	*2. Aug.* Begegnung des Zaren mit König Eduard VII. in Cowes.
17. Dez. König Leopold II. von Belgien †. Regierungsantritt König Alberts.			*10. Dez.* Ministerium Sonnino.	

Frankreich	Rußland	Balkanländer	Türkei	Amerika	Japan
1909					
9. Febr. Marokko-Abkommen mit Deutschland.	*März.* Gutschkow zu dem serbischen Gesandten Kosutitsch: »Ist unsere Rüstung einmal vollkommen durchgeführt, so werden wir uns mit Österreich-Ungarn auseinandersetzen. Beginnt jetzt keinen Krieg. Verschweigt jetzt eure Absichten und bereitet euch vor. Es werden die Tage eurer Freuden kommen.« [97]			Präsident Taft, Republikaner (bis 1913).	*23. Jan.* Japan garantiert die Unabhängigkeit und Integrität des Kaiserreichs Korea.
	März. Iswolski spricht sich zu dem serbischen Gesandten dahin aus, daß Italien im Dreibund immobil sei, zwischen England, Frankreich und Rußland die Harmonie immer besser werde. Der Kampf mit dem Germanentum sei unabwendbar. Serbien würde solange zu kärglichem Leben verurteilt sein, bis der Moment des Verfalls Österreich-Ungarns einsetze. [98]	*27. März.* Kronprinz Georg von Serbien verzichtet auf die Thronfolge. *30. März.* Serbien gibt im Konflikt mit Österreich nach. (Loyalitätserklärung: Versprechen, sich antiösterreichischer Agitation zu enthalten.)	*13. April.* Gegenrevolution in Konstantinopel.		
Krise: Geheime Mobilmachungsvorbereitungen gegen Deutschland auf Anregung d. französischen Jules Cambon. Frankreich gibt Urlaubsverbot für und führt Truppenverschiebungen sowie andere reitung der Mobilmachung durch. Die britische der französischen Versammlung eines Geschwaders Admiralität trifft ihre Maßregeln. — Die Vorberei- müssen eingestellt werden, da der russische Mi- für Rußland unmöglich, Krieg zu führen. [99]		*19. April.* Anerkennung der Unabhängigkeit Bulgariens durch die Türkei.			
24. Juli. Ministerium Briand löst Clémenceau ab.	*17. Juni.* Begegnung Kaiser Wilhelms und des Zaren in den Finnischen Schären.	*10. Okt.* Sir Charles Hardinge versichert den serbischen Gesandten in London der außerordentlichen Sympathie Englands für das serbische Volk. [100]	*27. April.* Absetzung Abdul Hamids. Mohammed V. Sultan. Hilmi Pascha Großwesir. *Mai.* Frhr. v. der Goltz als Reorganisator des türkischen Heeres nach Konstantinopel berufen.		
31. Juli. Begegnung des Zaren mit Präsident Fallières in Cherbourg.					
	2. Aug. Der Zar in Cowes beim König von England.				
	Dez. Russisch-bulgarische Militärkonvention. (Artikel 5: »In Anbetracht dessen, daß die Verwirklichung der hohen Ideale der slawischen Völker auf der Balkanhalbinsel .... nur nach einem günstigen Ausgange des Kampfes Rußlands mit Deutschland u. Österreich-Ungarn möglich ist...«) [101]				

Allgemein	Deutschland	Österreich-Ungarn	Italien	England
			1910	
	4. bis 5. Nov. Der Zar mit dem Außenminister Sasonow in Potsdam.		*30. März.* Ministerium Luzzatti. Außenminister San Giuliano.	*6. Mai.* König Eduard VII. †. Kaiser Wilhelm zur Beisetzung in London. Regierungsantritt König Georgs V. *31. Mai.* Proklamierung d. Südafrikanischen Union. *Dez.* Gesetz zur Verstärkung der Heimflotte (gegen Deutschland gerichtet.)
			1911	
	Mai. Verfassung für Elsaß-Lothringen. *Mai.* Der Kaiser in London zur Enthüllung des Standbildes der Königin Viktoria. *Juni.* Handelsvertrag mit Japan. *1. Juli.* Der »Panther« vor Agadir. Nach Kennzeichnung durch den französischen Publizisten Millet »Aufforderung an die französische Diplomatie, von Geschäften zu reden.« [102] Konflikt mit Frankreich. *19. Aug.* Vertrag mit Rußland über Persien. *4. Nov.* Abkommen mit Frankreich über Marokko und Westafrika.		*15. Febr.* König Peter von Serbien in Rom. *27. März.* Ministerium Giolitti (an Stelle Luzzattis). *Sept.* Beginn des Tripoliskrieges.	*Febr.* Englisch-amerikanisch-französischer Schiedsvertrag. *29. April.* Bericht des belgischen Gesandten in Paris: den marokkanischen Sumpf gestoßen hat, betrachtet sein *16. Mai.* Kaiser Wilhelm in London zur Enthüllung des Standbildes der Königin Viktoria. König Georg erklärt, England werde Frankreich in Marokko keine Schwierigkeiten machen. Frankreich täte dort nur dasselbe, was England in Ägypten getan. *Mai.* Grey teilt dem deutschen Botschafter mit, daß im Falle eines Konflikts wegen Marokko alle englischen Verpflichtungen »operative« werden würden. Er versichert, »daß England in jedem Falle und unter allen Umständen seinen Verpflichtungen Frankreich gegenüber nachkommen werde.« [103] *13. Juli.* Zweite Erneuerung des Bündnisses mit Japan. (England bei einem Kriege Japans mit Amerika nicht zur Hilfe verpflichtet.) *21. Juli.* Drohende Rede Lloyd Georges im Unterhause. Warnung, daß Deutschland im Falle einer Herausforderung die britische Macht an Frankreichs Seite finden würde. Aus Bericht des belgischen Gesandten in Berlin, *6. Dez.*: jedermann in England oder in Frankreich die Entente Dies entspricht genau dem Charakter, den der verstordiale ist nicht auf der positiven Grundlage der Verteinegativen Grundlage des Hasses gegen das Deutsche *20. Dez.* Bericht des russischen Botschafters in Paris: »... äußerst bemerkenswert, daß in den verhängnisvollen Sommertagen England, ohne mit Frankreich durch einen formellen Akt gebunden zu sein, bereit war, nicht nur seine ganze Flotte, sondern auch seine ganze Expeditionsarmee gegen Deutschland in Bewegung zu setzen.« [104]

Frankreich	Rußland	Balkanländer	Türkei	Amerika	Japan
			1910		
	4. Juli. Vertrag mit Japan über die Mandschurei. *28. Sept.* Rücktritt des Ministers des Auswärtigen Iswolski. Nachfolger: Sasonow. Iswolski wird Botschafter in Paris. *Nov.* Der Zar mit Sasonow in Potsdam.	*28. Aug.* Montenegro Königreich. *Okt.* Venizelos griechischer Ministerpräsident.	*10. Jan.* Hakki Pascha Großwesir.	*Jan.* Knox Proposal: Beseitigung der russisch-japanischen Eisenbahnkonzessionen in der Mandschurei. Von Rußland und Japan abgelehnt.	*4. Juli.* Vertrag mit Rußland über die Mandschurei. *Aug.* Annexion Koreas.
			1911		
1. März. Delcassé Marineminister. »England, das Frankreich in Werk mit Wohlgefallen.« [105] *21. Mai.* Eroberung von Fez, dadurch Bruch der Algeciras-Akte. *26. Juni.* Ministerium Caillaux. *2. Juli.* Bericht des belgischen Gesandten in Paris: »Heute ist es unbestreitbar, daß durch die Haltung der französischen Regierung die Landung der Spanier in Larasch und die Entsendung eines deutschen Kriegsschiffes nach Agadir herbeigeführt oder ermöglicht worden ist.« [106] *4. Nov.* Abkommen mit Deutschland über Marokko und Westafrika.	*7. Mai.* Russisch-japanischer Mongolei-Vertrag. *19. Aug.* Vertrag mit Deutschland über Persien und Bagdadbahn. *14. Sept.* Ermordung Stolypins. *Nov.* Protektoratsvertrag mit der Mongolei.		*März.* Neue Verträge mit der Bagdadbahn-Gesellschaft. (Sicherstellung des sofortigen Weiterbaus der Bahn bis Bagdad.) *Sept.* Beginn des Krieges mit Italien um Tripolis.	Besuch der amerikanischen Flotte in England. *Febr.* Abkommen zwischen Amerika und Japan über die japanische Einwanderung. *14. März.* Rede des Admirals Sims in der Guildhall zu London: Amerika werde seine Freundschaft für England bis zum letzten Dollar u. letzten Blutstropfen beweisen. In einem gleichzeitigen Bericht führt der Admiral aus, daß er nach Besprechungen in englischen Heeres- und Flottenkreisen allgemeine Übereinstimmung darin gefunden habe, daß der Krieg nicht länger als vier Jahre aufgeschoben werden könne, und daß er mit dieser Ansicht übereinstimme. [108]	*7. Mai.* Russisch-japanischer Mongoleivertrag. *Juni.* Handelsvertrag mit Deutschland. *13. Juli.* Zweite Erneuerung des englisch-japanischen Bündnisses.
»... Mit oder ohne schriftliche oder mündliche Verpflichtung sieht cordiale als ein Defensiv- und Offensivbündnis gegen Deutschland an. bene König von England ihr hat geben wollen. Die Entente cordigung gemeinsamer Interessen begründet worden, sondern auf der Reich ....« [107]					

Allgemein	Deutschland	Österreich-Ungarn	Italien	England
		1912		
12. Febr. China Republik. Yuanschikai Diktator, später Präsident.	*7. Febr.* Ankündigung einer neuen Flottenvorlage. Lord Fisher in seinen Erinnerungen: »Die Deutschen bauen nicht in dieser fieberhaften Eile, um uns zu bekämpfen. Nein! Es ist ihr ewiger Schrecken vor einem zweiten Kopenhagen.« Bis 1915 seien sie im Hintertreffen, ihre Küsten den Engländern zugänglich. [109] *8. Febr.* Der englische Kriegsminister Haldane in Berlin. Sein Angebot war: England werde sich verpflichten, daß es »keinen unprovozierten Angriff auf Deutschland machen, und sich einer aggressiven Politik gegen Deutschland enthalten werde«, wenn Deutschland dafür die Flottenvorlage fallen lasse. Hierauf konnte Deutschland nicht eingehen. Bei den weiteren Verhandlungen erklärte Grey, »ein direktes Neutralitätsabkommen würde . . . die französische Empfindlichkeit reizen«. England ging so weit, daß es schließlich das Verbleiben Bethmanns im Amt forderte, da dieser das Vertrauen Englands besitze. Trotzdem eine Einigung nicht erzielt wurde, baut Deutschland ein verringertes, England dagegen sein volles Programm. [110] *Mai.* Marschall Botschafter in London. *10. Mai.* Annahme der neuen Heeresvorlage. Auch jetzt stellt Deutschland immer noch 24 Bataillone weniger auf als Frankreich nach dem neuen Kadergesetz. *4. Juli.* Der Kaiser in Baltisch-Port. Letzter Besuch in Rußland vor Ausbruch des Krieges.	*17. Febr.* Graf Aehrenthal †. Graf Berchtold Minister des Auswärtigen.	*6. Juli.* Äußerung Poincarés zu Iswolski, Frankreich und Rußland wünschten nicht den formalen Austritt Italiens aus dem Dreibund, da »Italien ein hemmendes Element im Dreibunde sei.« [111]	*8. Febr.* Sendung des Kriegsministers Haldane nach Berlin. Aus einem Bericht des russischen Botschafters in London vom 8. Febr.: »... Nicht ohne Ehrgeiz, seine kolonialen Besitzungen zu vergrößern, geht Deutschland doch eher auf dem Wege der Durchdringung vor, indem es sich hauptsächlich großartigen Unternehmungen zuwendet, bei denen es jedoch stets auf den Widerstand Englands stößt ... Der schlagendste Beweis scheint mir die Bagdadbahn zu sein ... Die Finanz fast ganz Europas, selbst Englands beteiligt sich an diesem Projekte. Und doch ist es hauptsächlich England, welches Schwierigkeiten in den Weg legt ...« [112] *9. Febr.* Rede des Ersten Seelords Churchill gegen die deutsche »Luxusflotte«. Äußerung des englischen Militärattachés Oberst Bridges zum belgischen Generalstabschef Jungbluth: »Im Kriegsfall würde England sofort, auch ohne die Zustimmung Belgiens abzuwarten, Truppen in Belgien gelandet haben.« [113] Die belgische Regierung erhebt hiergegen keinerlei Protest. *Juni.* Aus einem Bericht des belgischen Gesandten in Berlin: » ... Eine andere, vielleicht tiefer liegende Ursache für die Abneigung des englischen Volkes gegen das deutsche hat Sir Edward Goschen mit Stillschweigen übergangen: nämlich die Nebenbuhlerschaft auf dem Gebiete der Industrie und des Handels. Mit wohlverständlichem Neide sieht England, wie ein europäisches Volk im Kampfe auf dem Weltmarkte jedes Jahr an Boden gewinnt und so auch in dieser Hinsicht die Vormachtstellung bedroht, die es sich gesichert hatte ...« [114]

Frankreich	Rußland	Balkanländer	Türkei	Amerika	Japan
1912					
Das Kader-Gesetz ergibt, daß die französische Armee um 24 Bataillone stärker ist als die deutsche.	*März.* Geheimbefehl: »Allerhöchst befohlen, daß Verkündigung der Mobilmachung auch Verkündigung des Krieges gegen Österreich und Deutschland ist.« [116]			Schiedsgerichtsvertrag mit England.	
Jan. Poincaré Ministerpräsident und Minister des Auswärtigen.	*März.* Gründung des Balkanbundes unter russischer Führung mit Spitze gegen Österreich und die Türkei (vor den Mittelmächten geheim gehalten). [117]				
30. März. Protektorat über Marokko.	*März.* Äußerung des Zaren zum serbischen Kronprinzen Alexander: »daß nunmehr die Aspirationen Serbiens gegenüber Österreich-Ungarn bald in Erfüllung gehen werden«. [118]				
Frühjahr. Erlaß Poincarés an den französischen Botschafter in Berlin: »Die deutsche Regierung scheint mit unermüdlicher Hartnäckigkeit eine Annäherung (an Frankreich) zu verfolgen, welche nur durch Rückgabe von Elsaß-Lothringen möglich werden würde. Wenn wir auf solche Annäherungsvorschläge eingingen, würden wir uns mit England und Rußland überwerfen. Wir würden alle guten Ergebnisse der Politik einbüßen, die Frankreich seit langen Jahren verfolgt hat.« [115]	*4. Juli.* Zusammenkunft des Zaren (mit Sasonow) und Kaiser Wilhelms (mit Bethmann) vor Baltisch-Port. In allen Besprechungen wurde der im Frühjahr geschlossene Balkanbund verschwiegen unter Vortäuschung friedlicher Absichten der russischen Politik. [119]				*8. Juli.* Russisch-japanischer Vertrag, der Rußland gestattet, im Fall eines europäischen Krieges, seine Truppen aus Sibirien zurückzuziehen. Japan erhält Kiautschou zugesichert. [123]
	8. Juli. Russisch-japanischer Vertrag für den Fall eines europäischen Krieges. Rückendeckung Rußlands in Ostasien. [120]				*30. Juli.* Kaiser Mutsuhito †. Thronbesteigung Kaiser Yoshihito's.
16. Juli. Marinekonvention zwischen Frankreich und Rußland. Verlegung der französischen Flotte schon im Frieden in das östliche Mittelmeer zur Erleichterung von Rußlands Aufgabe, die Herrschaft über das Schwarze Meer (also die Meerengen) zu gewinnen. [121]					
Aug. Poincaré in Petersburg. Verspricht Einführung der dreijährigen Dienstzeit. [122]					

Allgemein	Deutschland	Österreich-Ungarn	Italien	England
		noch 1912		
	24. Sept. Tod des deutschen Botschafters in London, Frhrn. Marschall. Nachfolger: Fürst Lichnowsky.			*6. Juni.* Admiral Limpus erhält vom Sultan das Kommando über die türkische Flotte.
				Sept. Sasonow in Balmoral. König Georg: Die Engländer würden im Falle eines Krieges nicht nur die deutsche Kriegsflotte, sondern auch die deutsche Handelsflotte vernichten. (»Wir werden jedes deutsche Handelsschiff versenken, das in unsere Hände kommt.«) Grey: »England würde gegebenenfalls alles daran setzen, um der deutschen Machtstellung den fühlbarsten Schlag zuzufügen.« Er bestätigt das Vorhandensein eines englisch-französischen Abkommens, wonach England sich im Falle eines Krieges mit Deutschland verpflichtet habe, Frankreich nicht nur zur See, sondern auch auf dem Kontinent durch Landung von Truppen zu unterstützen. [126]
				Sept. Englisch-franzö- England übernimmt im französischen Nordküste. wird ganz in das Mittel-
	Okt. Sasonow in Berlin.		*18. Okt.* Friede zu Lausanne mit der Türkei.	*Nov.* Grey zum russischen Botschafter. Sofortiges Eintreten Englands in einem Kriege auf seiten Rußlands hätte zwei Voraussetzungen: »1. daß durch aktives Eingreifen Frankreichs dieser Krieg zu einem allgemeinen werde, 2. daß es durchaus notwendig sei, daß die Verantwortung für den Angriff auf den Gegner falle... Es sei daher nötig, den agressiven Charakter der österreichischen oder deutschen Politik möglichst klar hervortreten zu lassen.« [127]
		21. Okt. Besprechungen zwischen Graf Berchtold und San Giuliano zu San Rossore: Einigung über Albanien.		
			Nov. Poincaré erinnert Tittoni an das französisch-italienische Abkommen von 1902, »kraft dessen Frankreich das Recht habe, für den Fall eines Krieges mit Deutschland und Österreich auf die Neutralität Italiens zu rechnen«. [124]	
12. Nov. Große belgische Militärvorlage, die die Kriegsstärke der Armee von 180000 auf 340000 Mann bringen soll.				*22./23. Nov.* Briefwechsel schen Botschafter: Ab- tige Waffenhilfe Englands eines unprovozierten An- oder eines »Ereignisses, den bedrohte«. [128]
17. Dez. Beginn der Botschafter-Konferenz in London über die albanische Frage.	*5. Dez.* Erneuerung des Dreibundes. [125]			

Frankreich	Rußland	Balkanländer	Türkei	Amerika	Japan

noch 1912

Frankreich

Herbst. Französische Generalstabsreise auf belgischem Boden, bekannt geworden durch die Erkrankung des Oberstleutnants Picard in Namur.

Sept. Poincaré zu Iswolski: »... Sollte der Zusammenstoß Rußlands mit Österreich ein bewaffnetes Eingreifen Deutschlands nach sich ziehen, so erkennt Frankreich das von vornherein als casus foederis an.« [129]

sische Marinekonvention.
Kriegsfalle den Schutz der
Die französische Flotte
meer verlegt. [130]

Während des Balkankonflikts:

17. u. 18. Nov. Telegramme Iswolskis aus Paris: »Poincaré überlasse Rußland die Initiative. Entschließe sich Rußland zum Kriege, so werde Frankreich mitmachen, sobald Deutschland Österreich-Ungarn unterstütze.« [131]

Greys mit dem französi-
machungen über gegensei-
und Frankreichs im Falle
griffs einer dritten Macht
das den allgemeinen Frie-

Rußland

Sept. Sasonow in Balmoral.

Nov. Aufhebung des Befehls vom März betreffend Eröffnung der Feindseligkeiten gegen Deutschland und Österreich, da es vorteilhaft sein könne, den Aufmarsch durchzuführen, ohne dem Gegner unwiederbringlich die Hoffnung zu nehmen, den Krieg noch zu vermeiden. Die militärischen Maßnahmen Rußlands müßten dabei durch geschickte diplomatische Verhandlungen verschleiert werden, um die Befürchtungen des Gegners möglichst einzuschläfern. [132]

26. Nov. Bericht des serbischen Gesandten in Bukarest: »Die Gesandten Rußlands und Frankreichs raten als Freunde Serbiens, man solle es in der Frage des Ausganges zur Adria nicht zum Äußersten treiben... Es sei besser abzuwarten, daß Serbien, welches mindestens zweimal so groß würde als es bisher war, sich kräftige und sammle, um möglichst vorbereitet die gewichtigen Ereignisse zu erwarten, die unter den Großmächten eintreten müssen.« [133]

Dez. Bericht des serbischen Gesandten in Petersburg über Äußerung Sasonows: »... Er habe nach unserem großen Erfolge Vertrauen zu unserer Kraft und glaube, daß wir Österreich erschüttern werden. Deshalb sollten wir uns jetzt mit dem begnügen, was wir bekommen werden, und dies nur als eine Etappe betrachten, denn die Zukunft gehöre uns.« [134]

7. Dez. Abkommen mit China über die Mongolei.

Balkanländer

Okt. Erster Balkankrieg (zwischen der Türkei und Bulgarien, Serbien, Montenegro, Griechenland). Siegreiches Vordringen der Verbündeten bis zur Tschataldscha-Linie bei Konstantinopel.

14. Dez. Beginn von Friedensverhandlungen in London.

Türkei

29. Okt. Kiamil Pascha Großwesir.

Allgemein	Deutschland	Österreich-Ungarn	Italien	England
1913				
	Jan. v. Jagow Staatssekretär des Auswärtigen.			
	26. Febr. Beitritt zu dem wieder erneuerten Bündnis Österreich-Ungarns mit Rumänien. [135]	*5. Febr.* Erneuerung des Bündnisses mit Rumänien. [135]		
	Aus Bericht des belgischen Gesandten in Berlin, *8. März*: »... Was die kriegerischen Pläne betrifft, die man Deutschland zuschreibt, so genügt es, jeden Morgen eine Pariser Zeitung zu öffnen, um sich darüber klar zu werden. Derartige Pläne stimmen schlecht zu dem im tiefsten Sinne religiösen und friedliebenden Charakter des Kaisers ...« [136]			
28. März. Bewilligung der großen belgischen Heeresvorlage.	*März.* Wehrvorlage. (Angenommen 30. Juni.)		*5. März.* Beitritt zum österreich-rumänischen Bündnis. [135]	
				9. April. Bericht des serbischen ... teilte mir mit, daß wir um der Gefahr eines allgemeinen weshalb dieser Krieg mit ge- ist, unter anderem auch auf Gelegenheit zur Erholung, in einer nicht fernen Zukunft Außerdem habe ich, ebenfalls welche die Anwesenheit des des deutschen Kaisers auf werden soll durch eine andere dieseletztere eine viel größere
	Mai. König Georg V. von England mit Gemahlin und der Zar in Berlin zur Hochzeit der Prinzessin Viktoria Luise mit dem Herzog Ernst August von Braunschweig.	*8. Mai.* Österreich-italienisches Abkommen über Albanien. [137]		
	Bei Besprechung der politischen Lage sagt der Zar: Er erhebe keinen Anspruch, weder auf Stambul noch auf die Dardanellen; der Sultan solle der »Portier der Dardanellen« bleiben. Der König von England stimmte dieser Auffassung des Zaren, die sich mit der Politik des deutschen Kaisers deckte, restlos zu.			

Frankreich	Rußland	Balkanländer	Türkei	Amerika	Japan

1913

Frankreich

17. Jan. Wahl Poincarés zum Präsidenten.

Viviani Ministerpräsident und Minister des Auswärtigen.

Der belgische Gesandte in Paris berichtet am *14.* und *21. Febr.*: »... Herr Poincaré ist Lothringer und läßt keine Gelegenheit vorübergehen, daran zu erinnern, er war der Mitarbeiter und der Anstifter der militaristischen Politik des Herrn Millerand. ... Unter seinem Ministerium sind die militaristischen und etwas chauvinistischen Instinkte des französischen Volkes wieder erwacht...« [138]

25. Febr. Aus einem Bericht des russischen Botschafters in London: von allen Mächten sei seinem Eindruck nach Frankreich die einzige, die einen Krieg ohne Bedauern sehen würde. [139]

Rußland

März. Einführung der »Kriegsvorbereitungsperiode« (vor Ausspruch der Mobilmachung zu treffende geheime Vorbereitungen). [140]

Äußerungen Sasonows — nach Berichten des serbischen Gesandten in Petersburg *12. Mai*: Serbien müsse für künftige Zeiten arbeiten, wo es viel Land von Österreich-Ungarn erhalten werde... [141]

Frankreich / Rußland

24. März. Delcassé, Botschafter in Petersburg, an Stelle von George Louis. Frankreich dringt auf Beschleunigung des russischen Mobilmachungsapparats und der Bahnbauten an der russischen Westgrenze.

Gesandten in Paris: »Eine kompetente Persönlichkeit die Mitte der vorigen Woche herum unmittelbar vor europäischen Krieges standen, und daß der Grund, wissen moralischen Opfern für jetzt vermieden worden den Wunsch zurückzuführen ist, den Balkanverbündeten Sammlung und Vorbereitung für Eventualitäten, die eintreten könnten, zu gewähren.
aus sehr zuverlässiger Quelle, erfahren, daß die Wirkung, englischen Königspaares bei der Hochzeit der Tochter die öffentliche Meinung haben wird, rasch paralysiert Manifestation im Sinne des Dreiverbandes und daß politische Bedeutung haben wird.« [142]

Balkanländer

6. Jan. Abbruch der Friedensverhandlungen in London.

Febr. März. Erneuerung des Bündnisses Rumäniens mit den Dreibundmächten. [135]

26. März. Einnahme von Adrianopel durch die Bulgaren.

29. März. Beschluß der Londoner Botschafterkonferenz über die Grenzen Albaniens.

23. April. Besetzung von Skutari durch die Montenegriner.

4. Mai. Räumung Skutaris durch die Montenegriner.

6. Mai. Aus Schreiben Sasonows an den russischen Gesandten in Belgrad: »Serbiens verheißenes Land liegt im Gebiete des heutigen Österreich-Ungarn. ... Die Zeit arbeitet für Serbien und zum Verderben seiner Feinde, die schon deutliche Zeichen der Zersetzung aufweisen.« [143]

Balkanländer / Türkei

30. Mai. Friede zu London. Ende des ersten Balkankrieges.

Türkei

11. Juni. Ermordung des Großwesirs Mahmud Schewket Pascha.

Amerika

4. März. Präsident Wilson, Demokrat (bis 1921).

Allgemein	Deutschland	Österreich-Ungarn	Italien	England
noch 1913				
			2. Juli. König Viktor Emanuel mit Gemahlin in Kiel.	
	Aug. Paraphierung des deutsch-englischen Abkommens über die portugiesischen Kolonien.			
				Sept. Bewegung in Ulster.
		Okt. Konflikt mit Serbien wegen Albanien.		*Okt.* Aus einem Bericht Sacaré berichtete, »daß obwohl land nicht der geringste ge- die General- und Admiral- timer Verbindung miteinan- unterbrochen völlig aufrichtig
	1. Nov. Marinekonvention zwischen Deutschland, Österreich-Ungarn und Italien. (Einheitliche Verwendung der Seestreitkräfte im Mittelmeer.) [144]			

Frankreich	Rußland	Balkanländer	Türkei	Amerika	Japan
		noch 1913			
		5. Juli. Beginn des zweiten Balkankrieges. (Rumänien, Serbien, Griechenland gegen Bulgarien.)			
Aug. Wiedereinführung der dreijährigen Dienstpflicht.		*10. Aug.* Friede zu Bukarest zwischen den Balkanstaaten.			
Herbst. Großfürst Nikolai Nikolajewitsch bereist die französisch-deutsche Grenze.		Äußerung des serbischen Ministerpräsidenten Paschitsch: »Die erste Partie ist gewonnen. Nun muß man die zweite vorbereiten gegen Österreich.« [148]			
		9. Sept. Friede zu Konstantinopel zwischen Türkei und Bulgarien.			
sonows an den Zaren: Poin- zwischenFrankreich undEng- schriebene Vertrag bestehe, stäbe beider Länder in in- der stehen und einander un- alle Nachrichten mitteilen.« [145]		*3. Okt.* Kandidatur des Prinzen Wilhelm von Wied als Fürst vonAlbanien. *20. Okt.* Räumung Albaniens durch die Serben.			
	5. Nov. Zweiter Mongolei-Vertrag mit China. Äußerungen Sasonows: »Die Friedensliebe des deutschen Kaisers bürgt uns dafür, daß wir den Zeitpunkt des Krieges selbst zu bestimmen haben werden.« [146] »Serbien sei der einzige Staat auf dem Balkan, zu dem Rußland Vertrauen habe. Für Serbien werde Rußland alles tun.« [147]	*14. Nov.* Friede zu Athen zwischen Türkei und Griechenland.			
			Dez. Berufung des Generals Liman v. Sanders nach Konstantinopel zur Reorganisation des türkischen Heeres. — Einspruch Englands, Frankreichs u. Rußlands gegen Übertragung des Kommandos über das Stambuler Armeekorps an Liman.		

Allgemein	Deutschland	Österreich-Ungarn	Italien	England
		1914		
Mai. Äußerung des belgischen Ministerpräsidenten und Kriegsministers de Brocqueville zu dem deutschen Militärattaché: »Wenn ich Generalstabschef von Deutschland oder auch von Frankreich wäre, und das strategische Interesse, das Wohl meines Vaterlandes erforderte es, so würde ich keinen Moment zögern, neutrales Gebiet zu betreten und mir den Durchmarsch zu erzwingen. Das ist so selbstverständlich, daß ich mich gegebenenfalls nur über das Gegenteil wundern würde.« [149]	*15. Febr.* Deutsch-französisches Abkommen über Vorderasien. *3. März.* Aufsehenerregender Artikel der »Kölnischen Zeitung« über russische Rüstungen und die Anstrengungen der russischen Presse, den Krieg gegen Deutschland populär zu machen.		*21. März.* Ministerium Salandra. Italienisch-österreichische Gegensätze in Albanien.	*2. Jan.* Rede Generals Smuts im Parlament der Südafrikanischen Union: »Sicher sei der Tag nicht fern, an dem zum größten Teile, ja vielleicht gänzlich alles Land in Südafrika südlich des Äquators sich in der Union von Südafrika befinden wird.« [154] *28. März.* Bericht des Führers der panslawistischen Bewegung Brantschaminow über Äußerung Greys: »England werde an dem großen Kriege teilnehmen, der in ein paar Monaten ausbrechen werde. Für England bedeute der Krieg einen erwünschten Ausweg aus den inneren Schwierigkeiten.« [155] *März bis Juni.* Verhandlungen über eine englisch-russische Marinekonvention. (Einheitliche Operation der beiden Flotten.) [156]
Friedensstärken der Landheere 1914 [150]: Deutschland 760908 Österr.-Ung. 477859 1238767 Rußland 1445000 Frankreich*) 910000 England 248000 Serbien 51600 Belgien 61282 2715882 im Winter treten für Rußland noch 400000 Mann hinzu = 3115882	*April.* v. Dallwitz Statthalter von Elsaß-Lothringen an Stelle des Grafen Wedel.			*April.* Ansammlung von Gold in den englischen Banken. *21. April.* Das englische Greys in Paris.
Verhältnis der Friedensstärken zur Bevölkerungszahl [151]: in Frankreich 2 v.H. in Deutschland 1,17 v.H. in Österreich-Ungarn 0,94 v.H. Zahl der eingestellten Wehrpflichtigen [152]: Frankreich: 78 bis 82% Deutschland bis 1913: 50 bis 55% *) einschließlich 67000 Farbige nach Buat.	*Juni.* Paraphierung eines deutsch-englischen Bagdadabkommens. Aus Bericht des belgischen Gesandten in Berlin *12. Juni:* »... Deutschland braucht sich nur zu gedulden, braucht nur in Frieden seine wirtschaftliche und finanzielle Macht weiter zu steigern, braucht nur die Wirkungen seines Geburtenüberschusses abzuwarten, um ohne Widerspruch und ohne Kampf in ganz Mitteleuropa zu herrschen ...« [153] *Juli.* Deutschland führt noch im Juli Gold und Getreide aus, auch nach den Ententeländern.		*29. Mai.* Vertrag mit Frankreich über die italienischen Interessen in Tunis.	*25. Juni.* Grey erklärt dem deutschen Botschafter, daß die Intimität zwischen England, Frankreich und Rußland in den letzten Jahren so innig geworden sei, »als ob sie verbündet wären«. [157]

Frankreich	Rußland	Balkanländer	Türkei	Amerika	Japan
1914					
Jan. Das französische Kriegsministerium stellt namhafte Beträge für die Verproviantierung von Paris zur Verfügung. Bei den Verhandlungen sagt der Generalgouverneur von Paris, General Michel: Dies Jahr ist ein außergewöhnliches, wir wissen nicht, ob im März oder April Mobilmachung sein wird. [158]	Neujahrsaufsatz d. russischen Militärblattes »Raswjädschik«: Uns allen ist sehr wohl bekannt, daß wir uns für einen Krieg an der Westgrenze vorbereiten, vornehmlich gegen die Deutschen .... Das ganze russische Volk muß an den Gedanken gewöhnt werden, daß wir uns zum Vernichtungskampfe gegen die Deutschen rüsten und die deutschen Reiche vernichtet werden müssen, auch wenn wir dabei Hunderttausende von Leben verlieren würden.« [162]		*Jan.* Enthebung Liman von Sanders von seiner Stellung als Oberbefehlshaber in Konstantinopel. *3.Febr.* Vertrag mit England über die Bagdadbahn.		
		9. März. Friede zu Konstantinopel zwischen der Türkei und Serbien.			
Jan. Paléologue, Freund Poincarés, französischer Botschafter in Petersburg an Stelle Delcassés.					
Aus Bericht des belgischen Gesandten in Paris *16. Jan.*: »Es sind in der Tat die Herren Poincaré, Delcassé, Millerand und ihre Freunde, die die nationalistische, militaristische und chauvinistische Politik erfunden und befolgt haben, deren Wiedererstehen wir feststellten. Nun bildet diese Politik eine Gefahr für Europa und für Belgien. Ich sehe darin die größte Gefahr, die heute den Frieden Europas bedroht...« [159] Königspaar in Begleitung	*Jan.* Neue Anleihe von $2\,^{3}/_{4}$ Milliarden in Frankreich zum Bau strategischer Bahnen. *2. Febr.* Audienz des serbischen Ministerpräsidenten beim Zaren. Erörterung der kriegerischen Ziele der gemeinsamen Politik gegen Österreich-Ungarn in ihren Einzelheiten. Der Zar sagt: »Für Serbien werden wir alles tun.« [163]	*Mai.* Aufstand in Albanien.	*9. April.* Vertrag mit Frankreich: Erweiterung der französischen Interessensphären im Orient.		*April.* Der deutsche Marineattaché in Tokio berichtet, »er sei geradezu betroffen über die Gewißheit, mit der dort alles den Krieg der Tripelallianz gegen Deutschland in naher Zeit für sicher halte ... Es liege etwas in der Luft wie eine Art Beileid über ein noch nicht ausgesprochenes Todesurteil.« [164]
April. Äußerung Clémenceaus zum Handelsattaché bei der italienischen Botschaft in Paris Sabini: »In drei Monaten werden wir den Krieg haben. Wird Italien mit uns sein?« [160] *8. Mai.* Bericht des belgischen Gesandten in Paris: »Eines der gefährlichsten Momente der augenblicklichen Lage ist die Rückkehr Frankreichs zum Gesetze der dreijährigen Dienstzeit. Sie wurde von der Militärpartei leichtfertig durchgesetzt, aber das Land kann sie nicht ertragen. Innerhalb von zwei Jahren wird man auf sie verzichten oder Krieg führen müssen.« [161]	*14. Juni.* Besuch des Zaren in Rumänien.				

Allgemein	Deutschland	Österreich-Ungarn	Italien	England
		noch 1914		
				In der Märznummer 1921 der »Foreign Affairs« (Official Organ of the Union of Democratic Control London) ist ein Brief des Professors Conybeare abgedruckt, der u. a. nachstehende Angaben enthält, deren Nachprüfung hier nicht möglich ist, die aber der Vollständigkeit wegen wiedergegeben werden sollen: 1. er wisse persönlich, daß im März 1914 britische Offiziere die Quais von Le Havre und anderen Häfen vermessen hätten, im Hinblick auf eine Landung britischer Truppen, 2. der frühere britische Lloydagent in Petersburg Mac Lelland habe ihm erzählt, daß er vor dem 28. Juni 1914 (der Ermordung des Erzherzogs Franz Ferdinand) Drahtbefehl aus London erhalten habe, in Kronstadt eine große britische Handelsflotte zu empfangen. Die Schiffe seien leer angekommen. Sie seien bestimmt gewesen, russische Truppen aufzunehmen und in Deutschland zu landen. Der Bürgermeister von Petersburg habe ihm gesagt, daß der Krieg bevorstehe.
		28. Juni. Ermordung des Erzherzogs Franz Ferdinand.		

Frankreich	Rußland	Balkanländer	Türkei	Amerika	Japan
	noch 1914				
	21. Febr. Konferenz in Petersburg unter Vorsitz Sasonows. Festlegung des vom Zaren gebilligten Programms zur Annexion Konstantinopels, die für nahe Zukunft in Aussicht genommen wird. Aus dem von Sasonow, dem Generalstabschef und dem Marineminister unterzeichneten Protokoll geht hervor, a) daß die russische Regierung seit Frühjahr 1914 militärische und technische Vorbereitungen für einen Handstreich auf Stambul getroffen hat. b) daß dieses Vorgehen im Rahmen eines Krieges mit Österreich-Ungarn, nicht eines russisch-türkischen gedacht, daß der serbische Angriff auf Österreich unmittelbar in die Rechnung eingesetzt war und daß der baldige Ausbruch des Krieges als selbstverständlich angesehen wurde. [166]				
	März bis Juni. Verhandlungen über eine englisch-russische Marinekonvention. [156]				
	12. März. Ein auf den Kriegsminister zurückzuführender Artikel in der Petersburger Börsenzeitung kündigt Rußlands Kriegsbereitschaft an. [167]				
Aus Bericht des belgischen Gesandten in Paris *24 Juni:* »Frankreich und Rußland spielen wahrhaftig in diesem Augenblick ein sehr gefährliches Spiel. Sie steigern sich wechselseitig auf dem Wege der Rüstungen bis zum äußersten und geben sich — hauptsächlich Rußland — einem Bluff hin, der die ernstesten Folgen zeitigen könnte ....« [165]	*Ende März.* Ansprache des Generals Schtscherbetschew, Direktors der Kriegsakademie in Petersburg an seine Offiziere: »Der Krieg mit den Dreibundmächten sei infolge der gegen Rußlands Interessen gerichteten österreichischen Balkanpolitik unvermeidlich geworden. . Höchstwahrscheinlich werde er noch in diesem Sommer zum Ausbruch kommen. Rußland sei die Ehre geworden, sofort die Offensive zu ergreifen.« [168]				
	April. Bericht des belgischen Gesandten in Berlin über eine aus Petersburg eingetroffene japanische Militärmission: »In den Regimentsmessen hatten die Japanischen Offiziere ganz offen von einem nahe bevorstehenden Kriege gegen Österreich-Ungarn und Deutschland reden hören. Man sagte dabei, daß die Armee bereit sei, ins Feld zu rücken, und der Augenblick sei ebenso günstig für die Russen, wie für ihre Verbündeten, die Franzosen.« [169]				
Juli. Erklärung des Generals Pedoya, Vorsitzenden des Heeresausschusses der französischen Kammer: »So hatte am 1. Januar d. J. eine Nation von weniger als 40 Millionen (Frankreich) mehr Soldaten unter Waffen als eine Nation von 68 Millionen (Deutschland).«	*Mai.* Beginn von Maßnahmen, die den Maßnahmen erster Kategorie der Kriegsvorbereitungsperiode entsprechen. [170]				
	13. Juni. Neuer vom Kriegsministerium inspirierter Artikel der Petersburger Börsenzeitung: »Rußland ist bereit, Frankreich muß es auch sein«. [171]				

Von der Ermordung des Erzherzogs Franz Ferdinand bis zur Kriegserklärung Englands*).

28. Juni. Erzherzog Franz Ferdinand und Gemahlin in Sarajevo vom serbischen Studenten Princip ermordet. Die Fäden der Verschwörung führen auf amtliche serbische Stellen zurück**).

5. Juli. Der Kaiser erhält ein Handschreiben des Kaisers Franz Josef, in dem die durch Serbien geschaffene Lage und die Absichten der österreichischen Politik dargelegt sind. [172] Die deutsche Regierung betrachtet die Auseinandersetzung mit Serbien als eine österreichische Angelegenheit, in die Deutschland sich nicht einmischen wolle. [173]

Besprechungen des Kaisers mit den einzelnen Ressortchefs über die Lage. Keinerlei Anordnung von Kriegsvorbereitungen. [174]

6. Juli. Abfahrt des Kaisers zur Nordlandreise.

7. Juli. Ministerrat in Wien. Beschlußfassung über eine an Serbien zu richtende Note. [175]

14. Juli. Ministerrat in Ischl. An Stelle einer Note wird ein Ultimatum an Serbien beschlossen. [176]

16. Juli. Die englische Flotte, die sich seit dem Frühjahre in fortschreitender Auffüllung zur »Probemobilmachung« befand, ist seit dem 16. Juli in mobilem Zustande (in a state of mobilisation) zu Manövern um Portland versammelt (alle drei Heimflotten = 8 Schlachtschiffgeschwader und 11 Kreuzergeschwader, zusammen 460 Wimpel). [177]

Die englische Botschaft in Wien erhält durch Verrat Kenntnis von dem Inhalt des österreichischen Ultimatums an Serbien und drahtet ihn nach London. [178] In gleicher Weise erhalten die französische und die russische Regierung von dem Ultimatum Kenntnis.

19.–23. Juli. Präsident Poincaré und Ministerpräsident Viviani am Zarenhofe.

22. Juli. Die Großfürstinnen Anastasia und Militza sagen dem französischen Botschafter Paléologue: ihr Vater, der König von Montenegro, habe ihnen in einem Chiffretelegramm mitgeteilt, »daß wir vor Monatsende (russischen Stils, also vor dem 13. August neuen Stils) Krieg haben werden.... Von Österreich wird nichts übrig bleiben.... Ihr werdet Elsaß-Lothringen wiedernehmen.... Unsere Heere werden sich in Berlin treffen.... Deutschland wird vernichtet werden.« [179]

23. Juli. 6h abends. Überreichung des österreichischen Ultimatums an Belgrad. [180]

---

*) Zeitangaben nach mitteleuropäischer Zeit.

**) Nach einem Aufsatz des amerikanischen Senators Philipp Francis im Milwaukee Herald vom 8. April 1921 erhielt das »Neue politische Volksblatt« in Ofenpest am 15. März 1914 ein Telegramm aus London, des Inhalts, daß der serbische Kronprinz in London, wo er nach seinem Petersburger Aufenthalt eingetroffen war, sich in der Trunkenheit gerühmt habe, um eine Verschwörung gegen den Erzherzog Franz Ferdinand zu wissen. Der Anschlag solle bei der bevorstehenden Reise des Thronfolgers nach Bosnien und der Herzegowina ausgeführt werden.

24. Juli. Deutschland setzt sich in Noten an die anderen Großmächte für Lokalisierung des österreichisch-serbischen Streitfalls ein. [181]

Rußland und Frankreich suchen Sir Edward Grey zu bestimmen, offiziell eine entschiedene Stellung einzunehmen. Grey lehnt ab. [182]

Der russische Außenminister Sasonow erklärt, daß die russische Mobilmachung auf jeden Fall durchgeführt werden müsse. [183]

Sasonow sagt dem serbischen Gesandten in Petersburg, daß Rußland keine aggressiven Handlungen Österreichs gegen Serbien zulassen könne. [184]

Der französische Botschafter teilt der russischen Regierung mit, daß Frankreich nötigenfalls alle durch das Bündnis bedingten Verpflichtungen erfüllen werde. [185]

Nachmittags. Ministerrat in Petersburg. Feststellung, daß Rußland zum Kriege bereit und gewillt sei, Serbien zu unterstützen. [186] Beschluß, eine Verlängerung der Serbien von Österreich-Ungarn gesetzten Frist durchzusetzen. [187]

25. Juli. In einer Beratung in Krasnoje Selo unter Vorsitz des Zaren wird die Teilmobilmachung (Militärbezirke Kiew, Moskau, Odessa und Kasan) gegen Österreich beschlossen, falls Österreich offensiv gegen Serbien vorginge. [188]

Sasonow erklärt dem englischen Botschafter, daß Rußland, wenn es der Hilfe Frankreichs sicher sei, das gesamte Risiko des Krieges auf sich nehme. [189]

3^{0} nachmittags. Mobilmachung Serbiens. [190]

Grey schreibt an den englischen Botschafter in Petersburg: Er glaube nicht, daß die öffentliche Meinung Englands es billigen würde, daß es wegen des serbischen Streites zum Kriege käme. Wenn es aber zum Krieg käme, könnte England durch andere Erwägungen sich in denselben hineingezogen sehen. [191]

Anordnung zur Auffüllung der Führerstellen in der englischen Flotte. [192]

6^{0} nachmittags. Überreichung der serbischen Antwort auf das österreichische Ultimatum. Abbruch der diplomatischen Beziehungen Österreichs zu Serbien. [193]

9^{30} abends. Teilmobilmachung Österreich-Ungarns gegen Serbien (22 Infanterie- und 2 Kavalleriedivisionen). [194]

11^{40} abends. In Rußland Anordnung des Rücktransportes der Truppen aus den Lagern in ihre Standorte. [195]

Der französische Botschafter in London, Paul Cambon, in Paris — bis 27. Juli. [196]

Auf Grund der ihm vorliegenden Nachrichten tritt der deutsche Kaiser die Rückkehr von der Nordlandsreise an.

26. Juli. 1^{0} morgens. Erklärung des Kriegszustandes für die russischen Festungen. [197]

3^{26} morgens. Offizielles Inkrafttreten der Kriegsvorbereitungsperiode für das gesamte europäische Rußland, also auch gegen Deutschland. [198]

Suchomlinow gibt dem deutschen Militärattaché in Petersburg sein Ehrenwort, daß noch keine Mobilmachungsorder ergangen, kein Pferd ausgehoben, kein Reservist eingezogen sei. [199]

Warnung der deutschen Regierung an die russische: Russische Mobilmachungsmaßnahmen gegen Deutschland müßten die deutsche Mobilmachung zur Folge haben. [200]

(noch 26. Juli) England entspricht nicht der deutschen Bitte, in Petersburg mäßigend zu wirken, macht Vorschlag einer Botschafterkonferenz (England, Frankreich, Italien, Deutschland). [201]

4° nachmittags. Befehl an die bei Portland zusammengezogene englische Flotte, die in Aussicht genommene Demobilmachung einzustellen. [202]

Rückberufung der deutschen Flotte aus den nordischen Gewässern. [203]

Frankreich: Mesures de précaution (Urlaubsverbot, Rückberufung der Urlauber). [204]

26. od. 27. Juli. Äußerung des französischen Botschafters in Berlin, Cambon, zu dem früheren serbischen Geschäftsträger Boghitschewitsch: »Wenn Deutschland es auf einen Krieg ankommen lassen will, so wird es auch England gegen sich haben. Die englische Flotte wird Hamburg forcieren. Wir werden die Deutschen glatt schlagen.« — Von dieser Unterredung nimmt Boghitschewitsch die »Gewißheit« mit, daß der Krieg, falls nicht schon früher, gewiß bei der Begegnung Poincarés mit dem russischen Kaiser in Petersburg beschlossen worden war. [205]

27. Juli. Bekanntgabe der englischen Regierung, daß die Flotte mobil zusammenbleibt. [206]

Die russische Kriegsvorbereitungsperiode nimmt ihren Fortgang. [207]

Frankreich: Rückbeorderung sämtlicher Truppenteile in ihre Standorte. [208]

Deutsche Ablehnung des Greyschen Vorschlags einer Botschafterkonferenz, da ihre Zusammensetzung eine Österreich ungünstige Entscheidung mit Sicherheit voraussehen läßt. [209]

Eintreffen Kaiser Wilhelms in Potsdam. Der Kaiser setzt sich persönlich ohne Verzug für die Erhaltung des Friedens ein. (Telegramme an den Zaren und den König von England. Einwirkung auf die österreichisch-ungarische Regierung im Sinne einer Verständigung.)

28. Juli. 11° vormittags. Kriegserklärung Österreich-Ungarns an Serbien. [210]

Telegramm des Kaisers an den Zaren mit der dringenden Bitte, seine Bemühungen zur Erhaltung des Friedens zu unterstützen. [211]

Deutschland empfiehlt der österreichisch-ungarischen Regierung, Vermittlungsvorschlägen gegenüber nicht mehr die bisherige Zurückhaltung zu zeigen. [212]

Telegramm Sasonows an den russischen Botschafter in Berlin: »Infolge der Kriegserklärung Österreichs gegen Serbien wird die Kaiserliche Regierung morgen (29.) die Mobilmachung in den Militärbezirken von Odessa, Kiew, Moskau und Kasan anordnen. Bitte die deutsche Regierung davon zu verständigen und zu betonen, daß Rußland keinerlei aggressive Absichten gegen Deutschland hegt.« [213]

Der englische und der französische Botschafter in Petersburg suchen die Politik der russischen Regierung dahin zu beeinflussen, daß die Schuld am Kriege auf Deutschland geschoben werden könne. Dies sei das einzige Mittel, die öffentliche Meinung Englands für einen Krieg geneigt zu machen. [214]

Der Chef des zweiten Bureaus des französischen Generalstabes berichtet, daß die deutschen Vorbereitungen lange nicht so weit vorgeschritten seien wie die französischen. [215]

29. Juli

7^{0} morgens. Auslaufen der 1. englischen Flotte nach Scapa Flow. Fahrt um die Ostküste (statt, wie vorgesehen, um die Westküste), »weil Aussicht auf einen Zusammenstoß mit der in den norwegischen Gewässern versammelten deutschen Flotte bestehe.« [216]

In England ergeht »Warnungstelegramm« (warning telegram) für Heer und Flotte. [217]

Morgens. Telegramm des russischen Generalstabschefs an den Kommandierenden des Militärbezirks Warschau: »Der 17./30. Juli wird bekanntgegeben als erster Tag unserer allgemeinen Mobilmachung«. [218]

Äußerung Greys zu Lichnowsky: Solange der Konflikt sich auf Österreich und Rußland beschränke, könne die britische Regierung abseits stehen. Würden aber Deutschland und Frankreich hineingezogen, so sei die Lage sofort eine andere und die britische Regierung könne dann nicht lange abseits stehen. Von dieser Unterredung hat Grey den französischen Botschafter vorher in Kenntnis gesetzt. Infolgedessen bestand für Frankreich über Englands bewaffneten Beistand kein Zweifel. [219]

6^{30} nachmittags. Telegramm des Kaisers an den Zaren [220], mit dem Erfolge, daß dieser gegen 11^{0} abends telephonisch Suchomlinow befiehlt, die Teilmobilmachung gegen Österreich anzuhalten. Der Befehl bleibt unbeachtet*). [221]

Deutsches Neutralitätsangebot an England für den Fall eines deutsch-französischen Krieges gegen die Zusicherung, daß Deutschland keine Gebietserweiterungen auf Kosten Frankreichs plane. [222]

Sasonow dankt der französischen Regierung für die Zusage unbedingter Waffenhilfe. [223] Viviani erneuert die Versicherung der Unterstützung Rußlands durch Frankreich. [224]

In Deutschland erfolgt auf österreichische Mitteilung von der russischen Mobilmachung in den Militärbezirken Odessa, Kiew, Warschau, Rückberufung aller außerhalb befindlichen Truppen in ihre Standorte. [225]

Generalstabschef Januschkewitsch gibt — den vom Zaren unterschriebenen Mobilmachungsbefehl in der Tasche — dem deutschen Militärattaché in feierlicher Form sein Ehrenwort, daß die Mobilmachung nirgends erfolgt sei. [226]

Offizielle Bekanntgabe der russischen Teilmobilmachung gegen Österreich-Ungarn. (55 Infanterie-, $8\frac{1}{2}$ Kavalleriedivisionen.) [227] Im geheimen Beginn der allgemeinen russischen Mobilmachung**). (111 Divisionen.) [228]

---

*) Suchomlinow hat in dem gegen ihn angestrengten Hochverratsprozeß ausgesagt: Die vom Zaren befohlene Einstellung der Mobilmachung sei geeignet gewesen, die ganze Mobilmachungsorganisation in Unordnung zu bringen. Deshalb habe er — im Einverständnis mit Januschkewitsch — den Befehl des Zaren nicht ausgeführt und der Mobilmachung ihren Lauf gelassen. Die (alsbald als solche festgestellte) Falschmeldung des »Berliner Lokalanzeigers« über Erlaß eines deutschen Teilmobilmachungsbefehls vom 30. Juli sei dann zum Anlaß genommen für die Erklärung der allgemeinen russischen Mobilmachung. [229]

**) Nach Aussagen im Suchomlinow-Prozeß war am 29. die allgemeine Mobilmachung in Rußland bereits im Gange und blieb im Gange trotz des Gegenbefehls des Zaren.

30. Juli. Die deutsche Regierung empfiehlt der österreichischen nochmals dringend, auf den englischen Vermittlungsvorschlag einzugehen: »Die Verweigerung jedes Meinungsaustausches mit Petersburg würde ein schwerer Fehler sein. Wir sind zwar bereit, unsere Bündnispflicht zu erfüllen, müssen es aber ablehnen, uns von Wien leichtfertig und ohne Beachtung unserer Ratschläge in einen Weltbrand hineinziehen zu lassen.« [230]

1^{30} nachmittags. Telegramm des Zaren an den Kaiser: Der Zar dankt für die Vermittelungsversuche des Kaisers, räumt ein, daß die militärischen Maßnahmen, die jetzt in Kraft getreten sind, vor 5 Tagen als Verteidigungsmaßnahme gegen Österreich getroffen seien, und kündigt die Entsendung seines Generals à la suite Tatischtschew mit Instruktionen an. [231] Weder Tatischtschew noch ein Schreiben sind je angekommen. [232]

3^{00} nachmittags. Telegramm des Kaisers an den Zaren: Hinweis auf die ernste Gefahr, die die russische Mobilmachung darstelle. »Wenn .... Rußland gegen Deutschland mobil macht, so wird meine Vermittlerrolle, mit der Du mich gütigerweise betraut hast, und die ich auf Deine ausdrückliche Bitte übernommen habe, gefährdet, wenn nicht unmöglich gemacht werden. Das ganze Gewicht der Entscheidung ruht jetzt ausschließlich auf Deinen Schultern, sie haben die Verantwortung für Krieg oder Frieden zu tragen«. [233]

Der deutsche Botschafter in Petersburg legt im Auftrage der deutschen Regierung die Schritte dar, die zur Erhaltung des Friedens deutscherseits in Wien unternommen sind, und weist nach, daß die russischen Maßnahmen zum Kriege führen müssen. Sasonow antwortet: Eine andere Politik könne er nicht treiben, ohne das Leben des Zaren zu gefährden. Er fordert Entscheidung der serbischen Frage durch die Großmächte und Abänderung der im österreichischen Ultimatum gestellten Forderungen. [234] England tritt der russischen Auffassung grundsätzlich bei.

Frankreich: Befehl zur Aufstellung des Grenzschutzes (ordre de départ en couverture), wonach 11 Infanterie- und 3 Kavalleriedivisionen ohne weiteres mobil werden. [235]

In Rußland 6^{0} nachmittags offizielle Ausdehnung der Mobilmachung auf das ganze Reich. [236] (Damit werden alle Versuche zu friedlicher Verständigung vernichtet und die vom Zaren erbetene Vermittlung des Deutschen Kaisers zur Aussichtslosigkeit verurteilt.)

31. Juli. Zwischen 8^{0} und 9^{0} vormittags wird der Gesamtmobilmachungsbefehl in Petersburg angeschlagen.

Der italienische Ministerrat faßt den Beschluß, daß in dem bevorstehenden Kriege der Bündnisfall auf Grund des Dreibundvertrages nicht gegeben sein würde. Italien würde neutral bleiben. [237]*)

---

*) Mr. Tyrell, Privatsekretär von Sir Edward Grey, hatte bereits am 29. Juli zum Fürsten Lichnowsky gesagt, er wisse, daß Italien sich an einem wegen Serbiens ausbrechenden Kriege (auf Seiten des Dreibundes) nicht beteiligen werde. [238]

(noch 31. Juli) 2^{04} nachmittags: Ein weiteres Telegramm des Kaisers an den Zaren: Hinweis auf die alte traditionelle deutsch-russische Freundschaft, eindringliche Warnung vor den verhängnisvollen Folgen der russischen Kriegspolitik. [239] Das Telegramm kreuzt sich mit einem Telegramm des Zaren an den Kaiser: Die Einstellung der militärischen Vorbereitungen sei technisch unmöglich. Er gebe aber sein Wort darauf, daß seine Truppen, solange die Verhandlungen andauerten, keine herausfordernde Handlung begehen würden. [240]

Graf Pourtalès versucht vergeblich, den Zaren zu bewegen, die Mobilmachung rückgängig zu machen. Der russische Hausminister Graf Fredericks sagt Pourtalès, daß Suchomlinow und Maklakow die Mobilmachungsorder durchgesetzt hätten, weil die innere Lage Rußlands auf eine Entscheidung dränge. [241]

Österreich-Ungarn 12^{33} nachmittags: Allgemeine Mobilmachung. [242]

Deutschland 1^{0} nachmittags: Erklärung des Zustandes drohender Kriegsgefahr.

3^{30} nachmittags: Telegramm des Reichskanzlers an den Botschafter in Petersburg: Deutschland sei durch die russische Mobilmachung gezwungen worden, zur Sicherung des Reiches die »drohende Kriegsgefahr« auszusprechen. Die Mobilmachung müsse folgen, falls Rußland nicht binnen zwölf Stunden die Kriegsmaßnahmen gegen Deutschland und Österreich einstelle. Dieses Telegramm wurde um Mitternacht Sasonow vorgelegt. [243]

Die deutsche Regierung stellt 7^{0} abends in Paris die Frage, ob Frankreich in einem deutsch-russischen Kriege neutral bleiben werde. [244] Der französische Minister des Auswärtigen gibt bei der Unterredung mit dem deutschen Botschafter vor, »über eine angebliche Gesamtmobilmachung der russischen Armee in keiner Weise unterrichtet zu sein« [245], obwohl er am Morgen ein Telegramm Paléologue's mit Meldung über die russische Gesamtmobilmachung erhalten hatte. [246]

Ermordung des kriegsfeindlichen französischen Sozialistenführers Jaurès in Paris.

1. August. Grey teilt Cambon mit, daß er eine Verletzung der belgischen Neutralität nicht dulden und jede Demonstration der deutschen Flotte an der französischen Küste verhindern werde. [247]

Auf die Anfrage des deutschen Botschafters, ob, wenn Deutschland verspreche, Belgiens Neutralität nicht zu verletzen, England sich verpflichte, neutral zu bleiben, gibt Grey ausweichende Antwort. Die weitere Frage, welche Garantien England für seine Neutralität fordere, sowie das Angebot der Integrität Frankreichs und seiner Kolonien, erfuhren die gleiche Ablehnung mit der Begründung: »England müsse sich die Hände freihalten«. [248]

1^{0} nachmittags: Antwort der französischen Regierung auf die deutsche Anfrage vom vorigen Abend: »Frankreich werde tun, was seine Interessen ihm geböten«. [249]

4^{23} nachmittags: Eingang eines Telegramms Lichnowskys im Auswärtigen Amt: Grey habe gefragt, ob Deutschland sich verpflichten würde, in einem deutsch-russischen Kriege Frankreich nicht anzugreifen, falls es neutral bliebe. [250]

(noch 1. Aug.) Deutschland erklärte sich sofort bereit unter der Bedingung, daß England die Garantie für die französische Neutralität übernehme. [251] Aus diesem Grunde erteilte der Kaiser den Befehl, die für den 1. Mobilmachungstag (2. August) in Aussicht genommene Besetzung Luxemburgs zu unterlassen. [252] Noch am Abend aber wurde englischerseits, durch den König und durch die Regierung, die ganze Anfrage als Mißverständnis erklärt. [253] Die durch den Mobilmachungsbefehl eingeleiteten planmäßigen Maßnahmen nahmen daher ihren Fortgang.

4^{40} nachmittags: Allgemeine Mobilmachung in Frankreich. [254]

5^{0} nachmittags: Mobilmachung des deutschen Heeres. [255]

Da Rußland das deutsche Ultimatum unbeantwortet läßt, erfolgt 6^{0} abends die Kriegserklärung an Rußland. [256]

10^{30} abends: Telegramm des Kaisers an den Zaren: letzte dringende Mahnung, den Frieden zu erhalten. [257]

2. August. 2^{26} vormittags: Offizieller Mobilmachungsbefehl für die englische Flotte [258] ($17^1/_2$ Stunden vor Übergabe des deutschen Ultimatums in Brüssel).

England übernimmt in bindender Form den Schutz der französischen Küsten und der französischen Schiffahrt gegen die deutsche Flotte. [259]

8^{0} abends: Da über die französisch-belgischen Abmachungen für den Mobilmachungsfall kein Zweifel bestand, richtet Deutschland ein Ultimatum an Belgien, den Durchmarsch deutscher Truppen zu gestatten. [260]

Zahlreiche französische Grenzverletzungen. [261]

3. August. Neutralitätsbeschluß der rumänischen Regierung. König Karol hatte sich im Kronrat warm für Erfüllung des Bündnisses mit Deutschland und Österreich-Ungarn eingesetzt. [262]

Deutsche Erklärung, daß Bedrohung der Nordküste Frankreichs nicht erfolgen werde, solange England neutral bleibe. [263]

12^{0} mittags: Mobilmachung des englischen Landheeres (Expeditionskorps). [264]

6^{0} nachmittags: Kriegserklärung Deutschlands an Frankreich. [265]

Der Flügeladjutant v. Kleist, vom Kaiser zum König von Italien entsandt, um diesen an die Erfüllung der aus dem Bündnisvertrage Italien erwachsenen Pflichten zu erinnern, meldet die Antwort des Königs: Er persönlich sei mit ganzem Herzen bei Deutschland. Zusammengehen mit Österreich würde aber im Lande Entrüstungssturm entfesseln. Einen Aufstand könne die Regierung nicht riskieren. [266]

Nachts: Einmarsch deutscher Truppen in Belgien.

4. August. Kriegstagung des deutschen Reichstages. Thronrede des Kaisers: »Ich kenne keine Parteien mehr, ich kenne nur noch Deutsche.«

Bis Mitternacht befristetes englisches Ultimatum an Deutschland: Zurückziehung der deutschen Forderungen an Belgien und Beobachtung der belgischen Neutralität. Die Ablehnung dieses Ansinnens bedeutet die englische Kriegserklärung. [267]

Quellennachweis.

Abkürzungen.

Belg. Aktenst. = *Belgische Aktenstücke 1905/14. Berichte der belgischen Vertreter in Berlin, London und Paris an den Minister des Äußeren in Brüssel. Herausgegeben vom Auswärtigen Amt, Berlin, 1915.*

Boghitschewitsch = *M. Boghitschewitsch, Kriegsursachen. Zürich 1919.*

Corbett = *Julian S. Corbett, History of the Great War, based on Official Documents: By Direction of the Historical Section of the Committee of Imperial Defence. Vol. I, London 1920.*

Deutsche Dokumente = *Die deutschen Dokumente zum Kriegsausbruch, herausgegeben von Kautsky, Graf Montgelas und Schücking. 4 Bde. Charlottenburg 1919.*

Gooß = *R. Gooß, Das Wiener Kabinett und die Entstehung des Weltkrieges. Wien 1919.*

Pribram = *Die politischen Geheimverträge Österreich-Ungarns 1879—1914, herausgegeben und bearbeitet von A. F. Pribram, Bd. I, Wien-Leipzig 1920.*

Schwertfeger = *Zur europäischen Politik 1897—1914. Unveröffentlichte Dokumente. In amtlichem Auftrage herausgegeben unter Leitung von Bernhard Schwertfeger. 5 Bde. Berlin 1919.*

Siebert = *Diplomatische Aktenstücke zur Geschichte der Ententepolitik der Vorkriegsjahre. Herausgegeben von B. von Siebert, ehem. Sekretär der russ. Botschaft in London, Berlin-Leipzig 1921.*

Weißbuch = *Deutschland schuldig? Deutsches Weißbuch über die Verantwortlichkeit der Urheber des Krieges. Berlin 1919.*

Untersuchungsausschuß = *Zur Vorgeschichte des Weltkrieges, Heft 2: Militärische Rüstungen und Mobilmachungen. Beilage zu den Stenogr. Berichten über die öffentlichen Verhandlungen des Untersuchungsausschusses (1. Unterausschuß), Berlin 1921.*

---

1) Schwertfeger V, S. 36.
2) Pribram S. 6.
3) Schwertfeger V, S. 8 ff.
4) Pribram S. 11.
5) Pribram S. 18.
6) Pribram S. 24.
7) Pribram S. 29.
8) Pribram S. 35.
9) Note Granvilles an Waddington. Vgl. John B. Moore, A Digest of International Law, VII, Washington 1906, S. 682.
10) Schreiben des amerikanischen Botschafters Kasson in Berlin vom 23. April 1885 an den amerikanischen Staatssekretär Bayard, Vgl. Moore a. a. O. S. 683.

11) Pribram S. 42.

12) Pribram S. 305.

13) Vgl. den Aufsatz von Professor Felix Rachfahl, Der Rückversicherungsvertrag, der Balkandreibund und das angebliche Bündnisangebot Bismarcks an England vom Jahre 1887, Weltwirtschaftliches Archiv Juni 1920.

14) Pribram S. 36.

15) Pribram S. 37 ff.

16) Charles Dilke in der »Fortnightly Review« vom Juni 1887. Sir Charles war vorher in der liberalen Regierung unter Gladstone Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt gewesen. Seine Äußerung lautet: »Verträge laufen ohne Zweifel mit der Zeit ab. Der Vertrag von 1839 über Belgien ist schließlich viel älter als der Vertrag von 1855 über Schweden. Frankreich und England würden es heute für einen Wahnsinn halten, die Integrität Schwedens gegen Rußland zu wahren, und ähnlich denkt England ganz offenbar jetzt bezüglich Belgiens.«

17) Pribram S. 51 ff.

18) Pribram S. 30 ff.

19) Schwertfeger V, S. 46 ff.

20) Schwertfeger V, S. 53.

21) Vgl. J. v. Eckardt, Bismarcks Kampf gegen Caprivi. Leipzig 1920. S. 44 ff.; Gesandter a. D. Raschdau, Der deutsch-russische Rückversicherungsvertrag. Grenzboten 1921, Heft 4/5.

22) Die Memoiren Francesco Crispis, deutsch von W. Wichmann, Berlin 1912, S. 454 ff. Vgl. auch S. W. Blunt, My Diaries, 2. Teil.

23) Schwertfeger V, S. 88.

24) Pribram S. 64.

25) Schwertfeger V, S. 286.

26) Schwertfeger V, S. 302/03.

27) Pribram S. 69.

28) L'Alliance Franco-Russe. Troisième livre jaune français 1918, Nr. 71.

29) Ebenda.

30) Schwertfeger V, S. 315.

31) L'Alliance Franco-Russe, Nr. 91, 92.

32) Vgl. dazu den Aufsatz von R. Fester, Das angebliche Bündnisangebot Englands von 1895, Grenzboten 1921 S. 171 ff.

33) Zitiert z. B. bei H. F. Helmolt, Ein Vierteljahrhundert Weltgeschichte 1894—1919, Charlottenburg 1919, S. 20.

34) Pribram S. 73 ff.

35) Pribram S. 229 ff.

36) Vgl. Deutsche Revue, September 1908, S. 260.

37) Pribram S. 78.

38) Roland G. Usher, Pangermanisme, London 1913, Kapitel 10, S. 139 ff.; The Problem of Japan, Amsterdam 1918, S. 119 ff., bes. S. 134, W. S. Blunt, My Diaries, 2. Teil. — Ein ähnliches »Gentleman's agreement«, das im Jahre 1913 zwischen Wilson und England mit Bezug auf den kommenden Weltkrieg getroffen sei, wird in einem vom Gesandten a. D. v. Kemnitz im November 1921 gehaltenen Vortrage erwähnt. Danach hätte Amerika England wohlwollende Neutralität und reichliche Versorgung mit Waffen und Munition zugesichert. (Tägl. Rundschau Nr. 533/21.)

39) Vgl. den Aufsatz von F. Salomon, Die englisch-deutschen Bündnisverhandlungen von 1898—1901 im weltpolitischen Zusammenhang. Grenzboten 1920, S. 200 ff.

40) Im Jahre 1902 anläßlich der englischen Verleumdungen (vgl. Tabelle 1902) veröffentlichte die deutsche Regierung das hierauf bezügliche Material. Vgl. Staatsarchiv Bd. 66, auch Schultheß' Europ. Geschichtskalender 1902, S. 38.

41) H. Friedjung, Das Zeitalter des Imperialismus, Berlin 1919, S. 277.

42) Vgl. den unter Anmerkung 39 genannten Aufsatz von F. Salomon.

43) Vgl. z. B. O. Hammann, Der mißverstandene Bismarck, Berlin 1921, S. 73, sowie R. Kjellén, Die Koalitionspolitik im Zeitalter 1871—1914, in Schmollers Jahrbuch 1921, S. 124.

44) Pribram S. 214, Anm. 175.

45) Pribram S. 84.

46) John B. Moore, A Digest of International Law, VII, Washington 1906, S. 685.

47) Schwertfeger I, S. 68.

48) Vgl. darüber Näheres bei J. Hashagen, Umrisse der Weltpolitik, Bd. I, Leipzig 1918, S. 111, sowie O. Hammann, Zur Vorgeschichte des Weltkrieges, Berlin 1918, S. 126 ff.

49) Vgl. den unter Anmerkung 39 genannten Aufsatz von F. Salomon.

50) Hammann, Der mißverstandene Bismarck, S. 74; Kjellén a. a. O. S. 126.

51) K. Helfferich, Die deutsche Türkenpolitik, Berlin 1921, S. 16.

52) Vgl. Schultheß' Europ. Geschichtskalender 1901, S. 221.

53) Vgl. Anmerkung 40 und Schwertfeger I, S. 98/99.

54) Schwertfeger I, S. 100.

55) Pribram S. 85.

56) Pribram S. 92.

57) Vgl. den Briefwechsel Delcassé-Barrère-Prinetti in dem französischen Gelbbuch vom Dezember 1919, s. auch Oskar Müller, Der italienische Rückversicherungsvertrag in: Deutsche Politik vom 16. Januar 1920.

58) Staatsarchiv Bd. 69, Nr. 13066.

59) Dokumente aus den russischen Geheimarchiven. Berlin, Weißbuch des Auswärtigen Amtes, S. 12.

60) Briefe Wilhelms II. an den Zaren 1894—1914, herausgegeben von Walter Goetz, Berlin 1920, Briefe Nr. 39 und 40.

61) Vgl. Kjellén, Die Koalitionspolitik im Zeitalter 1871—1914, in Schmollers Jahrbuch 1921, S. 143, s. auch Dokumente aus den russ. Geheimarchiven, S. 345, Nr. 25.

62) Pribram S. 98.

63) John B. Moore, A Digest of International Law, VII, Washington 1906, S. 17.

64) Schwertfeger II, S. 70/71.

65) Graf Max Montgelas, Zur Schuldfrage, Berlin 1921, S. 13.

66) Nauticus, Jahrbuch für Deutschlands Seeinteressen, Berlin, Jahrgang 1914, S. 534/35.

67) Der Wortlaut des Übereinkommens ist abgedruckt in den Dokumenten aus den russ. Geheimarchiven, S. 20.

68) Vgl. z. B. H. Friedjung, Das Zeitalter des Imperialismus, Berlin 1919, S. 459/60.

69) Briefe Wilhelms II. an den Zaren, Nr. 47.

70) Belg. Aktenst. Nr. 17.

71) Vgl. den Bericht des Generals Ducarne an den belgischen Kriegsminister vom 10. April 1906, der im belgischen Kriegsministerium in einem Umschlage mit der von Ducarne eigenhändig geschriebenen Aufschrift: »Conventions Anglo-Belges« aufbewahrt wurde. Er findet sich abgedruckt und faksimiliert in den Aktenstücken zum Kriegsausbruch, herausgegeben vom Auswärtigen Amt, Berlin, S. 61 ff.

72) Lord Loreburn, How the war came, London 1919, Kapitel 4.

73) Belg. Aktenst. Nr. 15.

74) Bericht vom 6. März 1906. Schwertfeger II, S. 105/06; Belg. Aktenst. Nr. 16.

75) Schwertfeger II, S. 110.

76) Schwertfeger II, S. 116/17.

77) Graf Max Montgelas, Zur Schuldfrage, Berlin 1921, S. 13.

78) Dokumente aus den russ. Geheimarchiven, S. 26.

79) K. Helfferich, Die deutsche Türkenpolitik, Berlin 1921, S. 19.

80) Pribram S. 259.

81) Belg. Aktenst. Nr. 29.

82) Belg. Aktenst. Nr. 30.

83) Dokumente aus den russ. Geheimarchiven, S. 21 ff.

84) Vgl. die Darstellung bei Kjellén, Die Koalitionspolitik im Zeitalter 1871—1914 in Schmollers Jahrbuch 1921, S. 160 ff.

85) Schwertfeger III, S. 99.

86) Belg. Aktenst. Nr. 39.

87) Lord Fisher, Memories, London 1919, S. 4.

88) Siebert S. 777—79.

89) Siebert S. 512, 675.

90) Vgl. die Aufzeichnungen des früheren Wiener Berichterstatters der Times, Mr. Steed, veröffentlicht in den Times Dezember 1920.

91) Boghitschewitsch S. 162.

92) Boghitschewitsch S. 140.

93) Vgl. dazu auch Siebert S. 726.

94) Aufsatz Pokrowskis in der Prawda vom 23. Februar 1919. Abgedruckt im Weißbuch S. 188 ff.

95) Belg. Aktenst. Nr. 54.

96) Siebert S. 450.

97) Bericht Kosutitschs, Weißbuch S. 112.

98) Bericht Kosutitschs, Weißbuch S. 113/114.

99) Siebert S. 114.

100) Weißbuch S. 103 ff.

101) Boghitschewitsch S. 117.

102) Vgl. Schultheß, Europ. Geschichtskalender 1911, S. 422.

103) Siebert S. 417, 419.

104) Siebert S. 448. Die Bereitschaft des englischen Kabinetts zum Kriege bezeugen auch die Auslassungen des Hauptmanns Faber im Daily Telegraph November 1911.

105) Belg. Aktenst. Nr. 67.

106) Belg. Aktenst. Nr. 73.

107) Belg. Aktenst. Nr. 85.

108) Vgl. Europäische Staats- und Wirtschaftszeitung 1919, Nr. 28/29.

109) Lord Fisher, Memories, London 1919, S. 190.

110) Vgl. Bethmann Hollweg, Betrachtungen zum Weltkriege, I. Teil, Berlin 1919, S. 48 ff. bes. S. 56, sowie A. von Tirpitz, Erinnerungen, Leipzig 1920, S. 185 ff.

111) Siebert S. 468/69.

112) Siebert S. 738.

113) Aktenstücke zum Kriegsausbruch, herausgegeben vom Auswärtigen Amt Berlin, S. 67—72.

114) Belg. Aktenst. Nr. 92.

115) Bericht der Historiker E. Bourgeois und G. Pagès über die Schuldfrage, dem französischen Senat im Oktober 1919 erstattet, zitiert von F. Thimme, Preuß. Jahrb. April 1921, S. 64.

116) R. Hoeniger, Rußlands Vorbereitung zum Weltkrieg, Berlin 1919, S. 5.

117) Vgl. Kjellén, Die Koalitionspolitik im Zeitalter 1871—1914 in Schmollers Jahrbuch 1914, S. 169. Siehe auch bezügl. der Geheimhaltung Weißbuch S. 96.

118) Boghitschewitsch S. 36.

119) Vgl. Weißbuch S. 96.

120) Weißbuch S. 140.

121) Weißbuch S. 141, 145.

122) Bewiesen durch den Bericht der Humanité über das Gespräch Clémenceaus mit Poincaré im Frühjahr 1913 und durch de Godarts Artikel im Courrier Européen vom 23. Juli 1914, beide zitiert bei Morel, Truth and the war, S. 189.

123) Weißbuch S. 140.

124) Siebert S. 473.

125) Pribram S. 268 ff.

126) Aufsatz Pokrowskis in der Prawda vom 23. Februar 1919, abgedruckt im Weißbuch S. 188 ff.

127) Siebert S. 588.

128) Englisches Blaubuch 1914 Nr. 105.

129) Weißbuch S. 193.

130) Weißbuch S. 141.

131) Weißbuch S. 149/50.

132) Rußlands Mobilmachung für den Weltkrieg. Neue Urkunden zur Geschichte des Weltkrieges, Berlin 1919, Anl. 5.

133) Weißbuch S. 125.

134) Boghitschewitsch S. 128.

135) Pribram S. 107.

136) Schwertfeger IV, S. 130.

137) Dokumente aus den russischen Geheimarchiven S. 38.

138) Belg. Aktenst. Nr. 97/99.

139) Weißbuch S. 153.

140) Rußlands Mobilmachung für den Weltkrieg, Berlin 1919, Anl. 2.

141) Weißbuch S. 127.

142) Weißbuch S. 128/29.

143) Weißbuch S. 99.

144) Pribram S. 108.

145) Geheimbericht Sasonows vom 24. Oktober 1913 an Zar Nikolaus II., veröffentlicht von M. Wassiljew in der Istwestija vom 15. August 1919.

146) Aufzeichnungen des Freiherrn H. v. Rosen, früheren Mitglieds des russischen Reichsrats. Vgl. Kriegschronik (Verlag von Berg), Juli 1918, S. 35.

147) Weißbuch S. 130.

148) Boghitschewitsch S. 65.

149) Untersuchungsausschuß S. 95.

150) Ebenda S. 152, sowie H. von Kuhl, Der deutsche Generalstab in Vorbereitung und Durchführung des Weltkrieges, Berlin 1920, S. 105.

151) Graf Max Montgelas, Zur Schuldfrage, Berlin 1921, S. 14.

152) Untersuchungsausschuß S. 42.

153) Belg. Aktenst. Nr. 118, Schwertfeger IV, S. 204.

154) Vgl. dazu auch Dr. Forkel, Geschichtliche Beweisstücke für Englands Schuld am Krieg, Hamburg, H. O. Persihl, 1921, S. 19.

155) Nowoje Zweno vom 28. März 1914.

156) Siebert S. 806 ff.

157) Telegramm des russischen Botschafters in London vom 25. Juni 1914 an den russischen Außenminister, Siebert S. 623.

158) Aussage des ehemaligen deutschen Botschafters von Schön, vgl. Berliner Lokalanzeiger Nr. 646 vom 21. Dezember 1918.

159) Belg. Aktenst. Nr. 110, Schwertfeger IV, S. 174.

160) Sabini, Le fond d'une querelle. Auszug veröffentlicht im Resto del Carlino, 4. Oktober 1921. (Vgl. Kölnische Zeitung 1921, Nr. 694.)

161) Belg. Aktenst. Nr. 115.

162) R. Hoeniger, Rußlands Vorbereitung zum Weltkrieg, Berlin 1919, S. 43.

163) Boghitschewitsch S. 170 ff.

164) Bericht Kapitäns z. S. v. Knorr vom April 1914, abgedruckt im Deutschen Offiziersblatt Nr. 36/20 vom 11. November 1920.

165) Schwertfeger IV, S. 205.

166) Weißbuch S. 169 ff.

167) Abgedruckt Weißbuch S. 182.

168) Vgl. Hamburger Correspondent vom 20. Februar 1921.

169) Schwertfeger IV, S. 189.

170) Untersuchungsausschuß S. 104/105.

171) Weißbuch S. 186 ff.

172) Deutsche Dokumente Nr. 13.

173) Vgl. das Telegramm des Reichskanzlers an den deutschen Botschafter in Wien vom 6. Juli 1914 — Deutsche Dokumente Nr. 15.

174) Über die Propaganda-Legende von dem sogenannten »Potsdamer Kronrat«, der an diesem Tage stattgefunden habe und in dem der Weltkrieg beschlossen sein soll, vgl. die Feststellungen im Weißbuch S. 57—59, sowie Deutsche Dokumente I, Vorbemerkungen S. XIII—XVI.

175) Gooß S. 50 ff.
176) Gooß S. 70, 85 ff.
177) Corbett S. 22.
178) Engl. Blaubuch Nr. 161.
179) M. Paléologue, La Russie des Tsars pendant la grande guerre. Revue des Deux Mondes 1921, S. 242.
180) Gooß S. 102 ff.
181) Telegramme des Reichskanzlers an die deutschen Botschafter in Petersburg, Paris und London. Deutsche Dokumente Nr. 100.
182) Blaubuch Nr. 6.
183) Ebenda.
184) Nowoje Wremja vom 10./23. Dezember 1914, Norddeutsche Allgemeine Zeitung vom 5. Januar 1915.
185) Blaubuch Nr. 6.
186) Schreiben des Adjutanten eines Großfürsten vom 25. Juli 1914, in: Aktenstücke zum Kriegsausbruch 1915, S. 57 und Telegramm des deutschen Botschafters in Petersburg vom 25. Juli 1914 an den Reichskanzler, Deutsche Dokumente Nr. 205.
187) Deutsche Dokumente Nr. 291.
188) Französisches Gelbbuch Nr. 50.
189) Blaubuch Nr. 17.
190) Gooß S. 167.
191) Blaubuch Nr. 24.
192) Corbett S. 23.
193) Gooß S. 165 ff. Text der Note im Rotbuch Nr. 25.
194) Untersuchungsausschuß S. 19 ff., 154.
195) Untersuchungsausschuß S. 10.
196) E. Sauerbeck, Der Kriegsausbruch, Stuttgart-Berlin 1919, S. 486/87.
197) Untersuchungsausschuß S. 24.
198) Ebenda S. 10, 155.
199) Telegramm des deutschen Botschafters in Petersburg vom 27. Juli 1914 an das Auswärtige Amt. Deutsche Dokumente Nr. 242.
200) Deutsche Dokumente Nr. 219.
201) Deutsche Dokumente Nr. 199, vgl. auch B. W. von Bülow, Die Grundlinien der diplomatischen Verhandlungen bei Kriegsausbruch, Charlottenburg 1920, S. 102, und Blaubuch Nr. 36.
202) Corbett S. 24.
203) Weißbuch S. 71.
204) Untersuchungsausschuß S. 10.
205) Boghitschewitsch S. 96.
206) Gelbbuch Nr. 66, Blaubuch Nr. 47, 48. Vgl. auch Untersuchungsausschuß S. 17.
207) Deutsche Dokumente Nr. 194, 216, 230, 242, 264, 274, 275, 276, 281, 291, 294, 295, 296.
208) Untersuchungsausschuß S. 12.

209) Deutsche Dokumente Nr. 279, 314. Dieser Vorschlag ist der einzige der zahlreichen englischen Vorschläge, den Deutschland nicht angenommen hat, vgl. B. W. von Bülow, Die Grundlinien der diplomatischen Verhandlungen bei Kriegsausbruch, Charlottenburg 1920, S. 102.

210) Gooß S. 216 ff.

211) Deutsche Dokumente Nr. 335.

212) Deutsche Dokumente Nr. 323.

213) Blaubuch Nr. 70.

214) Paléologue, Revue des Deux Mondes, S. 255.

215) Untersuchungsausschuß S. 12.

216) Corbett S. 26.

217) Ebenda.

218) Hoeniger, Rußlands Vorbereitung zum Weltkrieg, S. 100.

219) Deutsche Dokumente Nr. 368.

220) Deutsche Dokumente Nr. 359.

221) Vgl. die Aussagen im Suchominow-Prozeß (»Die völkerrechtlichen Urkunden des Weltkrieges«, Jahrbuch des Völkerrechts Bd. IV), ferner v. Eggeling, Die russische Mobilmachung und der Kriegsausbruch, Oldenburg 1919, S. 36 ff., auch Deutsche Dokumente Nr. 401, 445.

222) Deutsche Dokumente Nr. 373, Blaubuch Nr. 85.

223) Russisches Orangebuch Nr. 58.

224) Gelbbuch Nr. 101.

225) Deutsche Dokumente Nr. 327, Untersuchungsausschuß S. 12.

226) Deutsche Dokumente Nr. 370, vgl. auch R. Hoeniger, Fürst Tundutow über die russische Mobilmachung, Deutsche Rundschau 1918, S. 156.

227) Untersuchungsausschuß S. 12.

228) Untersuchungsausschuß S. 13, 154.

229) Untersuchungsausschuß S. 135.

230) Deutsche Dokumente Nr. 396.

231) Deutsche Dokumente Nr. 390.

232) Vgl. Untersuchungsausschuß S. 141.

233) Deutsche Dokumente Nr. 420.

234) Deutsche Dokumente Nr. 421.

235) Untersuchungsausschuß S. 14.

236) Untersuchungsausschuß S. 155, Tundutow S. 157 ff.

237) Deutsche Dokumente Nr. 534.

238) Deutsche Dokumente Nr. 355.

239) Deutsche Dokumente Nr. 480.

240) Deutsche Dokumente Nr. 487.

241) Deutsche Dokumente Nr. 535.

242) Untersuchungsausschuß S. 55.

243) Deutsche Dokumente Nr. 490.

244) Deutsche Dokumente Nr. 491.

245) Deutsche Dokumente Nr. 528.

246) Pokrowski, Aus den Geheimarchiven des Zaren, Berlin 1919, S. 31.

247) Bericht Cambons vom 1. August 1914, Gelbbuch Nr. 126.

248) Deutsche Dokumente Nr. 596; Blaubuch Nr. 123.

249) Deutsche Dokumente Nr. 571; vgl. auch das Telegramm Vivianis vom 31. Juli nach Petersburg, Gelbbuch Nr. 117.

250) Deutsche Dokumente Nr. 562.

251) Deutsche Dokumente Nr. 575.

252) Vgl. den Aufsatz des Generalmajors a. D. von Haeften über »Die Steinerschen Enthüllungen« in der Deutschen Allgemeinen Zeitung vom 11. Oktober 1921, Nr. 477.

253) Deutsche Dokumente Nr. 603, 612.

254) Untersuchungsausschuß S. 155.

255) Ebenda.

256) Orangebuch Nr. 76.

257) Deutsche Dokumente Nr. 600.

258) Corbett S. 29.

259) Blaubuch Nr. 148; Deutsche Dokumente Nr. 784.

260) Deutsche Dokumente Nr. 376, 648.

261) Deutsche Dokumente Nr. 739.

262) Deutsche Dokumente Nr. 811.

263) Deutsche Dokumente Nr. 714.

264) Untersuchungsausschuß S. 155.

265) Deutsche Dokumente Nr. 734.

266) Deutsche Dokumente Nr. 771.

267) Deutsche Dokumente Nr. 839, 848.

Druck von Breitkopf & Härtel in Leipzig.



WILHELM II.

EREIGNISSE UND GESTALTEN

1878-1918

Kaiser Wilhelm II.

Ereignisse und Gestalten

aus den Jahren

1878–1918

1922

Verlag von K. F. Koehler in Leipzig und Berlin

Dem

Gedächtnis der Kaiserin,

deren Anregung diese Aufzeichnungen

ihre Entstehung verdanken

Inhaltsverzeichnis

Bismarck

Die staatsmännische Größe des Fürsten Bismarck und seine unvergänglichen Verdienste um Preußen und Deutschland sind historische Tatsachen von so gewaltiger Bedeutung, daß es wohl in keinem politischen Lager einen Menschen gibt, der es wagen könnte, sie anzuzweifeln. Deshalb schon ist es eine törichte Legende, daß ich die Größe Bismarcks nicht anerkannt hätte. Das Gegenteil ist richtig. Ich verehrte und vergötterte ihn. Das konnte nicht anders sein. Man bedenke, mit welcher Generation ich groß geworden bin. Es war die Generation der Bismarckverehrer. Er war der Schöpfer des deutschen Reiches, der Paladin meines Großvaters, wir alle hielten ihn für den größten Staatsmann seiner Zeit und waren stolz darauf, daß er ein Deutscher war. Bismarck war der Götze in meinem Tempel, den ich anbetete. Aber Monarchen sind eben auch Menschen aus Fleisch und Blut, deshalb sind auch sie den Wirkungen ausgesetzt, die sich aus den Handlungen Anderer ergeben. So wird man wohl menschlich verstehen können, daß Fürst Bismarck durch seinen Kampf gegen mich mit wuchtigen Schlägen selbst den Götzen zertrümmert hat, von dem ich vorher sprach. Meine Verehrung für den großen Staatsmann Bismarck ist davon unberührt geblieben.

Als ich noch Prinz von Preußen war, habe ich oft gedacht: Hoffentlich lebt der große Kanzler noch recht lange, denn ich wäre geborgen, wenn ich mit ihm zusammen regieren könnte. Meine Ver=

ehrung für den großen Staatsmann konnte mich indessen nicht veranlassen, als ich Kaiser geworden war, politische Pläne oder Handlungen des Fürsten, die ich für Fehler hielt, mir zu eigen zu machen. Schon der Berliner Kongreß 1878 war meines Erachtens ein Fehler, ebenso der Kulturkampf. Außerdem war die Reichsverfassung auf Bismarcks ungewöhnliche Maße zugeschnitten, die großen Kürassierstiefel paßten nicht jedem andern. Dann kam die Arbeiterschutzgesetzgebung. Ich habe den daraus zwischen uns entstandenen Konflikt aufs tiefste bedauert, aber ich mußte damals den Weg des Ausgleichs gehen, der überhaupt in der inneren wie in der äußeren Politik mein Weg gewesen ist. Deshalb konnte ich den offenen Kampf gegen die Sozialdemokratie, den der Fürst wollte, nicht führen. Diese Differenz über politische Maßnahmen kann aber meine Bewunderung der staatsmännischen Größe Bismarcks nicht schmälern. Er bleibt der Schöpfer des Deutschen Reiches, mehr braucht wahrlich ein Mann seinem Lande nicht geleistet zu haben.

Weil mir die große Tat der Reichseinigung immer vor Augen stand, habe ich mich durch Hetzereien, die damals an der Tagesordnung waren, nicht beeinflussen lassen. Auch daß man Bismarck als den Hausmeier der Hohenzollern bezeichnete, hat mein Vertrauen zum Fürsten nicht erschüttern können, obwohl er an eine politische Tradition seines Hauses vielleicht gedacht hat. Er war z. B. unglücklich darüber, daß sein Sohn Bill kein Interesse für Politik hatte, und wollte seine Macht auf Herbert überleiten.

Meine Tragik im Falle Bismarck liegt darin, daß ich der Nachfolger meines Großvaters wurde, also gewissermaßen eine Generation übersprang. Das ist schwer. Man hat immer mit alten verdienten Männern zu tun, die mehr in der Vergangenheit als in der Gegenwart leben und in die Zukunft nicht hineinwachsen können. Wenn der Enkel auf den Großvater folgt und einen von ihm verehrten,

aber alten Staatsmann von der Größe Bismarcks vorfindet, so ist das nicht ein Glück, wie es scheinen könnte und wie ich gedacht hatte. Bismarck selbst deutet das in seinem dritten Bande (S. 40) an, als er im Kapitel über Bötticher von der greisenhaften Vorsicht des Kanzlers und dem jugendlichen Kaiser spricht. Und der Fürst hat, als Ballin ihn einen Blick auf den neuen Hamburger Hafen werfen ließ, selbst empfunden, daß eine neue Zeit herangebrochen war, die er nicht mehr völlig verstand; der Fürst sagte damals staunend: „Eine andere Welt, eine neue Welt!" In ähnlicher Weise zeigte sich diese Erscheinung bei dem Besuche des Admirals v. Tirpitz in Friedrichsruh, als dieser den Altreichskanzler für die erste Flottenvorlage gewinnen wollte.

Ich persönlich habe die Genugtuung, daß Bismarck mir 1886 die recht delikate Mission nach Brest anvertraute und von mir gesagt hat: „Der wird einmal sein eigener Kanzler sein." Der Fürst muß also etwas von mir gehalten haben. Ich bin ihm wegen des dritten Bandes seiner Erinnerungen nicht gram; ich habe diesen freigegeben, nachdem ich mein Recht gesucht und gefunden hatte. Die weitere Zurückhaltung des Bandes hatte keinen Zweck, weil der Hauptinhalt durch Indiskretionen schon bekannt geworden war. Sonst hätte man über die Zweckmäßigkeit der Erscheinungszeit wohl verschiedener Meinung sein können. Bismarck würde sich im Grabe umdrehen, wenn er wissen könnte, zu welchem Zeitpunkte der dritte Band herausgekommen ist und welche Wirkung er ausgelöst hat. Ich würde es aufrichtig bedauern, wenn der dritte Band dem Andenken des großen Kanzlers geschadet haben sollte, denn Bismarck ist eine der Heroengestalten, die das deutsche Volk zu seiner Aufrichtung braucht. Meine Dankbarkeit und Verehrung für den großen Kanzler kann weder durch den dritten Band noch durch irgendetwas anderes angefochten oder ausgelöscht werden.

In der ersten Hälfte der 80er Jahre war ich auf Antrag des Fürsten Bismarck in das Auswärtige Amt kommandiert worden, das vom Grafen Herbert Bismarck geleitet wurde. Der Fürst gab mir bei meiner Meldung bei ihm eine kurze Skizze der Persönlichkeiten im Amt. Als er dabei Herrn v. Holstein nannte, der damals einer der hervorragendsten Mitarbeiter des Fürsten war, klang es mir durch die Worte des Fürsten wie eine Warnung vor diesem Manne.

Ich erhielt ein eigenes Zimmer und zum Studium die ganzen Akten über die Vorgeschichte, die Entstehung und den Abschluß des Bündnisses mit Österreich (Andrassy). Ich verkehrte viel im Hause des Fürsten und bei dem Grafen Herbert. Als ich in dem Bismarckschen Kreise vertrauter geworden war, wurde über Herrn v. Holstein offener gesprochen. Er sei sehr gescheut, eine gute Arbeitskraft, maßlos eitel, ein Sonderling, der sich niemals irgendwo zeige und keinerlei gesellschaftlichen Verkehr habe, voller Mißtrauen und sehr von Schrullen beherrscht, dabei ein guter Hasser, also gefährlich. Der Fürst nannte ihn den „Mann mit den Hyänenaugen", von dem mich fern zu halten ich gut tun würde. Offenbar reifte schon damals die herbe Kritik, mit der der Fürst später seinen früheren Mitarbeiter bedacht hat.

Das Auswärtige Amt war äußerlich disziplinarisch durch Graf Herbert, dessen Grobheit gegen seine Beamten mir auffiel, sehr scharf aufgezogen. Die Herren flogen, wenn sie gerufen oder entlassen wurden, vor dem Grafen so, daß, wie man damals scherzhaft sagte, „ihnen die Rockschöße wagerecht vom Körper standen". Die auswärtige Politik wurde ganz allein vom Fürsten geleitet und diktiert, nach Rücksprache mit dem Grafen Herbert, der die Befehle des Kanzlers weitergab und in Instruktionen umredigieren ließ. So war das Auswärtige Amt nur ein Büro des großen Kanzlers, in dem auf dessen Weisung gearbeitet wurde. Hervorragende Männer mit selbständigen Ideen wurden in ihm nicht geschult und ausgebildet. Im Gegensatz zum Generalstab unter Moltke. Hier wurde nach Grund-

sätzen, die sich bewährt hatten, unter Wahrung alter Traditionen und unter Berücksichtigung aller Erfahrungen der Neuzeit der Nachwuchs sorgfältig ausgebildet und zu selbständigem Denken und Handeln erzogen. Im Auswärtigen Amt hingegen befanden sich nur ausführende Organe eines Willens, die, über die großen Zusammenhänge der ihnen zur Bearbeitung überwiesenen Fragen nicht orientiert, keine selbsttätige Mitarbeit leisten konnten. Der Fürst lagerte wie ein mächtiger Granitfindling auf der Wiese: wälzt man ihn fort, so findet man hauptsächlich Gewürm und abgestorbene Wurzeln darunter.

Ich gewann mir das Vertrauen des Fürsten, der vieles mit mir besprach. Als z. B. der Fürst die ersten Kolonialerwerbungen (Groß- und Klein-Popo, Togo usw.) veranlaßte, orientierte ich ihn auf seinen Wunsch über die Stimmung, die im Publikum und in der Marine dadurch ausgelöst wurde, und schilderte die Begeisterung, mit der das deutsche Volk die neue Bahn begrüßte. Der Fürst meinte, das sei die Sache wohl nicht wert.

Späterhin habe ich noch öfters über die Kolonialfrage mit dem Fürsten gesprochen und stets mehr die Absicht vorgefunden, die Kolonien als Handels- oder Tauschobjekte zu benutzen, als sie für das Vaterland nutzbringend zu verwerten oder zur Rohstofflieferung zu gebrauchen. Ich machte pflichtgemäß den Fürsten darauf aufmerksam, daß der Kaufmann und der Kapitalist energisch anfingen, die Kolonien zu entwickeln, und demgemäß — wie ich aus Hansakreisen wußte — auf Schutz durch eine Flotte rechneten. Daher müsse man für den rechtzeitigen Ausbau einer Flotte sorgen, damit deutsche Werte im Auslande nicht schutzlos blieben. Die deutsche Flagge habe der Fürst nun mal in der Fremde entfaltet; hinter ihr stehe das Volk; es müsse aber auch eine Flotte dahinter stehen. Allein der Fürst machte taube Ohren und gebrauchte sein beliebtes Motto: „Wenn die Engländer bei uns landen sollten, würde ich sie arretieren lassen"; die Kolonien würden zu Haus verteidigt. Der Fürst legte keinen

Wert darauf, daß schon die bloße Annahme, die Engländer könnten in Deutschland ungehindert landen — Helgoland war englisch —, für Deutschland unerträglich war, und daß wir, um eine Landung von vornherein auszuschließen, eine genügend starke Flotte und Helgoland brauchten.

Das politische Interesse des Fürsten konzentrierte sich eben im wesentlichen auf den Kontinent Europa. England lag etwas abseits seiner täglichen Sorgen, um so mehr als Salisbury mit dem Fürsten gut stand und namens Englands seinerzeit den Zwei- bzw. Dreibund bei seiner Schöpfung begrüßt hatte. Der Fürst arbeitete vorwiegend mit Rußland, Österreich, Italien und Rumänien, deren Beziehungen zu Deutschland und untereinander er andauernd kontrollierte. Über die Umsicht und Kunst, mit der er operierte, machte Kaiser Wilhelm der Große einmal seinem Kabinettschef v. Albedyll gegenüber eine treffende Bemerkung. Der General fand Seine Majestät nach einem Vortrage Bismarcks sehr erregt, so daß er für die Gesundheit des alten Kaisers fürchtete. Er bemerkte daher, der Kaiser möge sich doch den weiteren Ärger ersparen; wenn der Fürst nicht wie Seine Majestät wolle, möge man ihn gehen lassen. Darauf erwiderte der Kaiser: Trotz seiner Bewunderung und Dankbarkeit für den großen Staatsmann habe auch er schon daran gedacht, da das selbstbewußte Wesen des Fürsten manchmal allzu drückend werde. Aber er und das Vaterland brauchten ihn zu nötig, da der Fürst der einzige Mann sei, der mit fünf Kugeln jonglieren könne, von denen mindestens zwei immer in der Luft seien; das könne er, der Kaiser, nicht.

Daß der Fürst durch den Erwerb von Kolonien seinen Blick über Europa hinaus zu richten hatte und mit England in besonderem Maße große Politik zu führen automatisch gezwungen war, das sah er nicht. England war wohl eine der fünf Kugeln in seinem diplomatisch-staatsmännischen Spiel, aber nur eine unter den fünf,

und ihr wurde die besondere Bedeutung, die ihr zukam, nicht zugebilligt.

Deshalb war auch das Auswärtige Amt ganz auf die Kontinentalkonstellation eingespielt und hatte für Kolonien, Flotte oder England nicht das erforderliche Interesse und keine Erfahrung in Weltpolitik. Die englische Psyche und Mentalität in der restlosen, wenn auch durch allerhand Mäntelchen verhüllten Verfolgung des Planes der Welthegemonie war dem Auswärtigen Amt ein Buch mit sieben Siegeln. Der Fürst sagte mir einmal, sein Hauptaugenmerk sei, Rußland und England nicht zu einem Einverständnis kommen zu lassen. Darauf erlaubte ich mir zu antworten: Der Moment, dies in weite Ferne zu rücken, wäre ja beinahe gegeben gewesen, wenn man 1877/78 die Russen nach Stambul gelassen hätte; dann wäre die englische Flotte ohne weiteres zur Verteidigung Stambuls eingefahren und der Konflikt wäre dagewesen. Statt dessen habe man den Russen den Vertrag von San Stefano aufgenötigt, sie vor den Toren der Stadt, die sie nach furchtbaren Kämpfen und Mühen erreicht hatten und vor sich sahen, zur Umkehr gezwungen. Das habe in der russischen Armee einen unauslöschlichen Haß gegen uns entfesselt (Mitteilung preußischer Offiziere im russischen Heer, welche den Feldzug mitgemacht hatten, insbesondere des Grafen Pfeil). Obendrein habe man dann den Vertrag umgestoßen und durch den Berliner Kongreß ersetzt, der uns in den Augen der Russen noch mehr als Feinde ihrer „berechtigten Interessen im Orient" belastet habe. Auf diese Weise sei der vom Fürsten erhoffte Konflikt zwischen Rußland und England in weite Fernen gerückt.

Der Fürst teilte diese Beurteilung „seines" Kongresses, auf dessen Ergebnis er als „ehrlicher Makler" so stolz war, nicht, und bemerkte ernst, er habe einer allgemeinen Konflagration vorbeugen und seine guten Dienste zur Vermittlung anbieten müssen. Als ich später einem Herrn des Auswärtigen Amts diese Unterredung mitteilte, erwiderte

dieser, er sei damals dabeigewesen, als der Fürst nach Unterzeichnung des Berliner Vertrages in das Auswärtige Amt gekommen und von den dort versammelten Beamten die Glückwünsche entgegengenommen habe. Darauf habe der Fürst sich emporgereckt und geantwortet: „Jetzt fahre ich Europa vierelang vom Bock!" Der Herr bemerkte dazu: da habe der Fürst sich geirrt, denn damals drohte schon an Stelle der russo=preußischen Freundschaft die russo=französische zu entstehen, also zwei Pferde waren aus dem Viererzug schon heraus. Disraeli's Staatskunst hatte aus Bismarcks ehrlichem Maklertum in den Augen Rußlands die Vermittelung eines anglo=österreichischen Sieges über Rußland gemacht.

Trotz mancher Verschiedenheit unserer Auffassungen blieb der Fürst mir freundlich und gewogen, und trotz dem großen Altersunterschiede bildete sich ein angenehmes Verhältnis zwischen uns, da ich, wie die ganze Generation, ein glühender Bewunderer des Fürsten war und durch meinen Eifer und meine Offenheit sein Vertrauen gewonnen hatte und es niemals getäuscht habe.

Während des Kommandos zum Auswärtigen Amt hielt mir u. a. Geheimrat Raschdau Vorträge über Handelspolitik, Kolonien usw. Dabei wurde ich schon damals auf unsere Abhängigkeit von England aufmerksam, die darauf beruhte, daß uns eine Flotte fehlte und Helgoland in englischen Händen war. Man beabsichtigte zwar unter dem Druck der Notwendigkeit eine Erweiterung der kolonialen Erwerbungen, aber alles konnte nur mit Erlaubnis Englands geschehen. Das war schwierig und für uns eigentlich unwürdig.

Das Kommando zum Auswärtigen Amt hatte für mich eine große Unannehmlichkeit gezeitigt. Meine Eltern standen dem Fürsten Bismarck nicht sehr freundlich gegenüber und verdachten es dem Sohne, in seine Kreise eingetreten zu sein. Man befürchtete Beeinflussung gegen die Eltern, Hyperkonservativismus und wie die Gefahren alle hießen, die von Ohrenbläsern aller Art aus England wie

aus „liberalen Kreisen", welche im Vater ihren Hort erblickten, gegen mich angeführt wurden. Ich habe mich niemals auf solche Dinge eingelassen. Aber die Stellung im Elternhause ist mir dadurch recht erschwert und manchmal peinlich gestaltet worden. Ich habe wegen meines Arbeitens unter dem Fürsten und meiner oft auf die schwersten Proben gestellten Diskretion für den Kanzler in der Stille recht Schweres zu tragen gehabt; der Fürst fand das anscheinend ganz selbstverständlich.

Zum Grafen Herbert habe ich gute Beziehungen gehabt. Er konnte ein lustiger Gesellschafter sein und verstand es, interessante Männer um seinen Tisch zu sammeln, die zum Teil aus dem Auswärtigen Amt, zum Teil aus anderen Kreisen stammten. Aber zu einem wirklichen Freundschaftsverhältnis ist es zwischen uns nicht gekommen. Das zeigte sich besonders, als beim Ausscheiden seines Vaters auch der Graf seinen Abschied forderte. Meine Bitte, er möge doch bei mir bleiben und mir helfen, die Tradition in der Politik fortzuführen, erfuhr die scharfe Erwiderung: Er sei nun einmal gewöhnt, nur seinem Vater vorzutragen und Dienste zu leisten; man könne unmöglich von ihm verlangen, daß er mit der Mappe unter dem Arme bei jemand anders zum Vortrage antrete als bei seinem Vater.

Als der nun ermordete Zar Nikolaus II. großjährig wurde, erhielt ich auf Antrag des Fürsten Bismarck den Auftrag, dem Großfürsten Thronfolger in Petersburg den Schwarzen Adlerorden zu überreichen. Sowohl der Kaiser wie der Fürst belehrten mich über die Beziehungen der Länder und Häuser zu einander, wie über Sitten, Personen etc. Der Kaiser bemerkte zum Schluß, er gebe seinem Enkel denselben Rat mit, den ihm als jungem Mann seinerzeit bei seinem ersten Besuche in Rußland Graf Adlerberg gegeben habe: „Im übrigen liebt man auch hier wie anderswo das Lob mehr als den Tadel." Der Fürst endigte seine Informationen mit der

Bemerkung: „Im Orient sind alle Leute, die das Hemd außerhalb der Hose tragen, anständige Menschen; sobald sie es hineinstecken und noch einen Halsorden dazu haben, sind es Schweinehunde."

Von Petersburg aus habe ich wiederholt meinem Großvater wie dem Fürsten Bericht erstattet. Selbstverständlich schilderte ich nach bestem Wissen die Eindrücke, die ich empfing. Es war mir vor allem klar geworden, daß die alten russo-preußischen Beziehungen und Gefühle doch stark erkaltet und nicht mehr in dem Maße vorhanden waren, wie der Kaiser und der Fürst in ihren Gesprächen es vorausgesetzt hatten. Nach meiner Rückkehr bin ich von meinem Großvater und auch vom Fürsten für meine schlichte, klare Berichterstattung belobt worden, was um so erfreulicher für mich war, als mich das Gefühl bedrückte, daß ich in manchem die hohen Herren hatte enttäuschen müssen.

Im Jahre 1886, Ende August, Anfang September, nach der letzten Gasteiner Zusammenkunft Kaiser Wilhelms des Großen und Bismarcks mit Kaiser Franz Joseph, bei der ich auf Befehl meines Großvaters zugegen war, wurde mir der Auftrag zuteil, dem Kaiser Alexander III. persönlich Mitteilung von den Absprachen in Gastein zu machen und mit dem Zaren die das Mittelmeer und die Türkei betreffenden Fragen zu behandeln. Der Fürst gab mir seine Instruktionen, die vom Kaiser Wilhelm sanktioniert waren. Sie betrafen besonders den Wunsch Rußlands, nach Stambul zu gehen, dem der Fürst keine Schwierigkeiten bereiten werde; ich erhielt im Gegenteil den direkten Auftrag, Konstantinopel und die Dardanellen anzubieten (San Stefano, Berliner Kongreß also fallen gelassen!). Es war beabsichtigt, die Türkei freundschaftlich davon zu überzeugen, daß eine Verständigung mit Rußland auch für sie wünschenswert sei.

Ich fand freundliche Aufnahme beim Zaren in Brest-Litowsk und nahm an den dortigen Truppenschauen, Armierungs- und Verteidigungsübungen usw. teil, die schon unzweifelhaft ein antideutsches Gesicht trugen.

Als Ergebnis der Gespräche mit dem Zaren ist die Bemerkung des letzteren von Bedeutung: „Wenn er Stambul haben wolle, werde er es sich nehmen, wann es ihm passe; der Erlaubnis oder Zustimmung des Fürsten Bismarck bedürfe er dazu nicht." Nach dieser schroffen Ablehnung des Bismarckschen Angebotes von Stambul sah ich meine Mission als gescheitert an. Ich faßte meinen Bericht an den Fürsten entsprechend ab.

Der Fürst muß, als er sich zu dem Angebot an den Zaren entschloß, seine politische Auffassung, die zu San Stefano und zum Berliner Kongreß geführt hatte, geändert haben, oder er hielt, durch die Entwicklung der allgemeinen politischen Lage in Europa veranlaßt, den Zeitpunkt für gekommen, die politischen Karten anders zu mischen, oder, wie mein Großvater gesagt hätte, anders zu „jonglieren". Das konnte sich nur ein Mann von der Weltgeltung und von den staatsmännischen und diplomatischen Maßen des Fürsten Bismarck erlauben. Ob der Fürst gar sein großes politisches Spiel mit Rußland von vornherein so angelegt hatte, daß er mit dem Berliner Kongreß zunächst einmal einen allgemeinen Krieg verhindern und England streicheln wollte und zu diesem Zwecke die russischen Orientaspirationen erst einmal behinderte mit dem genialen Vorsatz, sie später um so augenfälliger herbeiführen zu helfen, vermag ich nicht zu entscheiden; denn seine großen politischen Konstruktionen gab der Fürst niemandem preis. Dann hätte er in dem starken Selbstvertrauen auf seine Staatskunst darauf gerechnet, uns bei Rußland um so beliebter zu machen, weil die russischen Aspirationen allein von Deutschland erfüllt würden, und zwar zu einem Zeitpunkte, in dem die allgemeine politische Situation in Europa weniger gespannt war als 1877/78. Wenn dem so wäre, so hätte niemand außer dem Fürsten Bismarck selbst dieses großartige Spiel erfolgreich zu Ende spielen können. Darin liegt die Schwäche der Vorzüge großer Männer. Hatte er auch England über sein Angebot an den Zaren

informiert? Dieses mußte dagegen sein wie anno 1878. Jedenfalls nahm der Fürst nunmehr die Politik auf, die mir schon damals vorgeschwebt hatte, als ich die Enttäuschung der Russen, die vor Stambul standen und nicht hineingelassen wurden, erfahren hatte.

Ich konnte in Brest-Litowsk bei den andauernden militärischen Veranstaltungen aller Art sehr wohl beobachten, daß das Verhalten der russischen Offiziere mir gegenüber wesentlich kühler und hochmütiger war als bei meinem ersten Besuch in Petersburg. Nur die kleine Zahl alter Generale, zumal bei Hofe, welche noch aus Alexanders II. Zeit stammten und mit Kaiser Wilhelm dem Großen bekannt und ihm zugetan waren, trugen ihre Ehrfurcht für ihn und ihre Deutschfreundlichkeit noch zur Schau. Bei einem Gespräch mit einem von ihnen über die Beziehungen der beiden Höfe, Armeen und Länder zu einander, die ich als in Änderung gegen früher begriffen fand, sagte der alte General: „C'est ce vilain Congrès de Berlin! Une grave faute du Chancelier. Il a détruit l'ancienne amitié entre nous, planté la méfiance dans les cœurs de la Cour et du Gouvernement, et fourni le sentiment d'un tort grave fait à l'armée russe après sa campagne sanglante de 1877, pour lequel elle veut sa revanche. Et nous voilà ensemble avec cette maudite République Française, pleine de haine contre vous et remplie d'idées subversives, qui en cas de guerre avec vous, nous coûteront notre dynastie."*) Eine prophetische Voraussage des Unterganges des russischen Herrscherhauses!

---

*) „Daran ist dieser abscheuliche Berliner Kongreß schuld! Der war ein schwerer Fehler des Kanzlers. Er hat die alte Freundschaft zwischen uns zerstört, Mißtrauen in die Herzen des Hofes und der Regierung gepflanzt und die Überzeugung ausgelöst, daß man der russischen Armee nach dem blutigen Feldzug von 1877 ein schweres Unrecht zugefügt hat, für das sie nun Vergeltung will. Und nun halten wir mit dieser verwünschten französischen Republik zusammen, die voller Haß gegen Deutschland ist und erfüllt von Umsturzideen, die uns im Falle eines Krieges mit Ihnen unsere Dynastie kosten werden."

Von Brest begab ich mich nach Straßburg, wo mein Großvater zum Kaisermanöver weilte. Trotz dem Scheitern meiner Mission fand ich eine ruhige Beurteilung der politischen Lage vor. Mein Großvater freute sich über die herzlichen Grüße des Zaren, die wenigstens im persönlichen Verhältnis der beiden Herrscher keine Veränderung zeigten. Zu meiner Überraschung erhielt ich auch vom Fürsten Bismarck ein Schreiben, in welchem er mir Dank und Anerkennung für meine Tätigkeit und meinen Bericht aussprach. Dies bedeutete um so mehr, als meine Ausführungen meinem Großvater und dem Kanzler nicht angenehm sein konnten. Der Berliner Kongreß hatte, zumal in den russischen Militärkreisen, die Reste der bei uns noch gepflegten Waffenbrüderschaft beseitigt und einen durch den Verkehr mit dem französischen Offizierkorps geschürten Haß gegen alles Preußisch-Deutsche erzeugt, der von den Franzosen zu dem Wunsche nach Rache durch die Waffen gesteigert wurde. Das war der Boden, auf dem später der Weltkriegsgedanke unserer Gegner Nahrung finden konnte: „Revanche pour Sedan" vereint mit „Revanche pour San Stefano." Die Worte des alten Generals in Brest sind mir unvergeßlich geblieben und haben mich zu den vielen Zusammenkünften mit Alexander III. und Nikolaus II. veranlaßt, bei denen mir die von meinem Großvater auf dem Sterbebette mir ans Herz gelegte Pflege der Beziehungen zu Rußland stets als Leitmotiv vor Augen stand.

Im Jahre 1890 bei den Manövern in Narwa mußte ich dem Zaren die Geschichte des Abganges des Fürsten Bismarck genau schildern. Der Zar hörte mir aufmerksam zu. Als ich geendigt hatte, ergriff der sonst sehr kühle und zurückhaltende Herrscher, der selten über Politik sprach, ganz spontan meine Hand, dankte mir für den Beweis meines Vertrauens, bedauerte, daß ich in solche Lage gebracht worden sei und fügte wörtlich hinzu: „Je comprends parfaitement ta ligne d'action. Le Prince avec toute sa grandeur n'était

après tout rien d'autre que ton employé ou fonctionnaire. Le moment où il refusait d'agir selon tes ordres, il fallait le renvoyer. Moi, pour ma part, je me suis toujours méfié de lui, et je n'ai jamais cru un mot de ce qu'il me faisait savoir ou me disait, car j'étais sûr et je savais qu'il me blaguait tout le temps. Pour les rapports entre nous deux, mon cher Guillaume — es war das erste Mal, daß mich der Zar so nannte — la chute du Prince aura les meilleures conséquences. La méfiance disparaitra. J'ai confiance en toi, tu peux te fier à moi."*) Ich habe mir seinerzeit dieses wichtige Gespräch sofort aufgezeichnet. Ich bin objektiv genug, mich zu fragen, in wie weit die Courtoisie von Herrscher zu Herrscher und darüber hinaus vielleicht die Genugtuung über die Ausschaltung eines Staatsmannes von Bismarcks Bedeutung für die vorstehende Äußerung des Zaren bewußt oder unbewußt mitbestimmend war. Der Glaube des Fürsten Bismarck an das Vertrauen des Zaren war subjektiv zweifellos echt. Außer allem Zweifel steht auch die Achtung, die Alexander III. vor dem staatsmännischen Können Bismarcks hatte.

Jedenfalls hat der Zar bis zu seinem Tode zu seinem Worte gehalten. An der allgemeinen Politik Rußlands hat das zwar nicht viel geändert, aber vor einem Überfall von dort war Deutschland wenigstens sicher. Der gerade Charakter Alexanders III. bürgte dafür — bei seinem schwachen Sohne wurde es anders.

---

*) „Ich verstehe vollkommen Deine Handlungsweise. Der Fürst war trotz all seiner Größe schließlich doch nichts anderes, als Dein Beamter oder Beauftragter. In dem Augenblick, wo er sich weigerte, nach Deinen Befehlen zu handeln, mußte er entlassen werden. Ich meinerseits habe immer Mißtrauen gegen ihn gehegt und ihm niemals ein Wort von dem, was er mich wissen ließ oder selbst mir sagte, geglaubt, denn ich wußte genau, daß er mich immer anführte. Für die Beziehungen zwischen uns beiden, mein lieber Wilhelm, wird der Sturz des Fürsten die besten Folgen haben. Das Mißtrauen wird schwinden. Ich habe Vertrauen zu Dir. Du kannst Dich auf mich verlassen."

Mag man sich nun zu Bismarcks Russenpolitik stellen wie man will, das eine muß gesagt werden, nämlich, daß der Fürst es trotz dem Berliner Kongresse und der Annäherung Frankreichs an Rußland verstanden hat, Reibungen ernster Art zu vermeiden. Das bedeutet vom Berliner Kongreß ab gerechnet ein überlegenes diplomatisches und staatsmännisches Spiel über 12 Jahre (1878–1890). Man wird auch hervorheben müssen, daß es ein deutscher Staatsmann war, der 1878 einen allgemeinen Krieg verhinderte und dafür sogar die Beziehungen Deutschlands zu Rußland schwächte im berechtigten Vertrauen darauf, daß es seiner genialen zielsicheren Staatskunst gelingen würde, sie nach Überwindung der allgemeinen Krisis wieder zu stärken oder wenigstens Konflikte zu vermeiden. Das ist ihm 12 Jahre lang und seinen Nachfolgern am Staatsruder weitere 24 Jahre gelungen. –

Von der Parteipolitik habe ich als Prinz mich absichtlich fern gehalten und mich ganz auf meinen Dienst in den verschiedenen Waffen, denen ich zugeteilt wurde, konzentriert. Dieser gewährte mir Befriedigung und füllte mein Leben aus. Deshalb ging ich als Prinz von Preußen allen Bemühungen aus dem Wege, mich in das politische Parteigetriebe zu zerren. Häufig genug wurde es versucht, mich unter dem Deckmantel harmloser Veranstaltungen, Tees u. dgl. für politische Zirkel oder für Wahlzwecke einzufangen. Ich habe mich immer zurückgehalten.

Der Verlauf der tückischen Krankheit, die den Kaiser Friedrich III. dahinraffte, war mir von deutschen Ärzten, die als Experten von Sir Morell Mackenzie, dem englischen Arzt, hinzugezogen worden waren, ganz offen vorausgesagt worden. Mein tiefer Schmerz und Kummer waren um so größer, als es mir fast unmöglich war, meinen heißgeliebten Vater allein zu sprechen. Er wurde von den englischen Ärzten wie ein Gefangener bewacht, und, während Reporter aus allen Ländern vom Ärztezimmer aus den armen Kranken

beobachten durften, wurden mir alle möglichen Schwierigkeiten in den Weg gelegt, an meinen Vater heranzukommen oder mit ihm auch nur schriftlich in dauernder Verbindung zu bleiben; meine Briefe wurden oft aufgefangen und nicht abgegeben. Außerdem wurde aus dem Bewachungskreise eine infame, regelrechte Verleumdungskampagne gegen mich in der Presse geführt. Besonders taten sich zwei Journalisten hierbei hervor: ein Herr Schnidrowitz und Monsieur Jaques St. Cère vom „Figaro" — ein deutscher Jude —, der den späteren Kaiser jahrelang in giftigster Weise in Frankreich verleumdete, bis ihm der Prozeß des „Petit Sucrier" den Hals brach.

Die letzte Freude, die der sterbende Kaiser erlebte, konnte ich ihm durch den Vorbeimarsch der von mir persönlich dem Vater vorgeführten 2. Garde-Infanterie-Brigade bereiten. Es waren die ersten und letzten Truppen, welche Friedrich III. als Kaiser sah. Auf einem kleinen Zettel schrieb er seinem dadurch beglückten Sohne auf: Er sei dankbar für die Freude, diese Truppen zu sehen, und stolz darauf, sie die seinigen nennen zu können. Dieses Ereignis war ein Lichtblick in den schweren 99 Tagen, die auch für mich als Kronprinzen viel Kummer, Demütigungen und Verdächtigungen brachten. Ich beobachtete während dieser Krise pflichtgemäß wachsamen Auges alle Vorkommnisse in militärischen, Beamten- und Gesellschaftskreisen und war innerlich empört über die Zeichen der Lockerung, die ich überall wahrnahm, vor allem aber über die sich mehr und mehr bemerkbar machende Feindschaft gegen meine Mutter. Auf der anderen Seite mußte mich die andauernd gegen mich gerichtete Verleumdungskampagne, die mich als mit meinem Vater im Zwiespalt befindlich schilderte, tief verletzen.

* * *

Nachdem Kaiser Friedrich III. die Augen für immer geschlossen hatte, fiel die schwere Bürde der Regierung des Reiches auf meine jungen Schultern. Ich stand zunächst vor der Notwendigkeit, in vielen Stellen einen Personenwechsel eintreten zu lassen. Die militärische Umgebung der beiden Kaiser sowie das Beamtentum waren überaltert. Die sogenannte „Maison militaire" Kaiser Wilhelms des Großen war durch Kaiser Friedrich III. im ganzen beibehalten worden, ohne zum Dienst herangezogen zu werden. Dazu trat nun noch die Umgebung Kaiser Friedrichs III. Ich entließ in freundlichster Weise die Herren, welche in den Ruhestand treten wollten; einige erhielten Anstellung in der Armee, einzelne jüngere Herren blieben für die Zeit des Überganges noch in meinem Dienst.

Als Kronprinz hatte ich mich in den 99 Tagen schon im stillen mit den Persönlichkeiten beschäftigt, die ich später anzustellen gedachte, weil mir die Ärzte keinen Zweifel darüber gelassen hatten, daß mein Vater nur noch kurze Zeit leben würde. Ich sah von höfischen Rücksichten oder Äußerlichkeiten ab; nur die Leistungen und der Charakter waren maßgebend. Ich schaffte das Wort „Maison militaire" ab und verwandelte es in „Hauptquartier Seiner Majestät". Als Ratgeber bei der Auswahl der Umgebung befragte ich nur einen Mann, auf den ich besonderes Vertrauen setzte. Es war mein früherer Vorgesetzter und Brigadekommandeur General — später Generaladjutant — v. Versen, ein gerader, ritterlicher, etwas schroffer Charakter, ein altpreußischer Offizier von echtem Schrot und Korn. Dieser hatte, in Linie und Garde dienend, mit scharfem Auge die höfischen Einflüsse und Strömungen beobachtet, welche oft zum Nachteil des Offizierkorps in der alten „Maison militaire" sich fühlbar machten. Auch die höhere Damenwelt, welche ihres Alters wegen im Kameradenkreise spottend „trente et quarante" genannt wurde, spielte dabei eine Rolle. Solche Einflüsse wollte ich beseitigen.

Als meinen ersten Generaladjutanten wählte ich den General v. Wittich, als meinen ersten Chef des Militärkabinetts den Kommandeur der 2. Garde-Infanterie-Division General v. Hahnke; letzterer war ein Freund Kaiser Friedrichs III., und, als ich noch beim 1. Garde-Regiment zu Fuß stand, mein Brigadekommandeur gewesen: zwei Männer von militärischer Erfahrung und eisernen Grundsätzen, die ganz den Gedankengang ihres Herrn teilten und mir bis zu ihrem Lebensende mit vorbildlicher Mannentreue verbunden geblieben sind.

Als Chef des Hofes wählte ich den mir von meiner Jugend her bekannten früheren Hofmarschall meines Vaters, den Grafen August Eulenburg, der noch 82jährig bis zu seinem im Juni 1921 erfolgten Tode das Ministerium des Königlichen Hauses geleitet hat. Ein Mann von feinem Takt, ungewöhnlicher Begabung, klarem Blick auf höfischem, wie politischem Gebiete, von lauterem Charakter und goldener Treue zu seinem König und dessen Hause. Seine vielseitige Begabung hätte ihm gestattet, ebenso wie er als „der" Hofmarschall in ganz Europa bekannt war, mit demselben Geschick eine Botschaft oder den Reichskanzlerposten zu versehen. Von nie erlahmender Arbeitskraft, mit gewinnender Höflichkeit ausgestattet, hat er mir auf manchem Gebiet, dem des Hauses, der Familie, des höfischen und öffentlichen Lebens mit Rat zur Seite und mit vielen Männern aller Schichten und Berufe im Verkehr gestanden, von allen verehrt und geachtet, von mir mit Freundschaft und Dankbarkeit umgeben.

Als Chef des Zivilkabinetts wurde nach Rücksprache mit dem Fürsten Bismarck Herr v. Lucanus, aus dem Kultusministerium, gewählt. Fürst Bismarck bemerkte scherzend, er freue sich über diese Wahl, da Lucanus ihm als guter und passionierter Jäger bekannt sei. Das sei stets eine gute Empfehlung für einen Zivilbeamten; ein guter Jäger sei auch ein ordentlicher braver Kerl. Herr v. Lucanus über-

nahm sein Amt aus den Händen Exzellenz v. Wilmowski's. Er hat es glänzend geführt und ist mir, auf allen Gebieten der Kunst, Technik, Wissenschaft und Politik wohlbewandert, ein Ratgeber, rastloser Mitarbeiter und Freund gewesen. Mit gesundem Menschenverstand verband er eine gute Dosis feinen Humors, der ja den Germanen oft fehlt. –

Mit dem Fürsten Bismarck stand ich mich aus der Zeit meines Kommandos zum Auswärtigen Amt her sehr gut und vertrauensvoll. Ich verehrte nach wie vor den gewaltigen Kanzler mit allem Feuer meiner Jugend, stolz darauf, unter ihm gedient zu haben und nunmehr mit ihm als meinem Kanzler gemeinsam arbeiten zu können.

Der Fürst, der bei den letzten Stunden des alten Kaisers anwesend war und dessen „politisches Testament" an seinen Enkel, nämlich die besondere Pflege der Beziehungen zu Rußland, mit angehört hatte, veranlaßte die Sommerreise nach Petersburg als erste politische Aktion vor der Welt, um nach dem letzten Willen des sterbenden Großvaters das Verhältnis zu Rußland zu unterstreichen. Er ließ auch „Reisedispositionen" für mich aufstellen.

Der Ausführung dieses Projektes trat eine Schwierigkeit entgegen durch einen Brief der Königin Victoria von England, welche, auf die Nachricht von dem beabsichtigten Besuch in Petersburg, in großmütterlichem, aber zugleich autoritärem Tone an ihren ältesten Enkel ihre Mißbilligung über die geplante Reise schrieb. Erst müsse ein Trauerjahr verstreichen und dann gebühre selbstverständlich ihr als der Großmutter und England als dem Vaterlande meiner Mutter der erste Besuch, ehe andere Länder berücksichtigt würden. Als ich dieses Schreiben dem Fürsten vorlegte, bekam er einen heftigen Zornanfall. Er sprach das Wort von der „Onkelei in England" und dem „Dreinreden" von dort, die aufhören müßten; aus dem Tone des Briefes könne man ermessen, in welcher Weise der Kronprinz und Kaiser Friedrich beordert und bearbeitet worden sei

von Schwiegermutter und Frau usw. Der Fürst wollte nun den Text eines Antwortschreibens an die Königin entwerfen. Ich bemerkte, ich würde schon die passende Antwort aufsetzen, in der die Mittellinie zwischen Enkel und Kaiser richtig eingehalten werden würde. Sie werde dem Fürsten vor der Absendung erst vorgelegt werden.

Die Antwort wahrte die äußere Form der engen Verwandtschaft des Enkels seiner Großmutter gegenüber — die ihn als Baby auf ihren Armen getragen und schon durch ihr Alter ehrfurchtgebietend war —, betonte aber im Kern die Stellung und Verpflichtung des Deutschen Kaisers, der einen die vitalsten Interessen Deutschlands betreffenden Befehl seines sterbenden Großvaters unbedingt auszuführen habe. Diesen Befehl des Großvaters müsse der Enkel respektieren im Interesse des Landes, dessen Vertretung ihm durch Gottes Willen nunmehr übertragen sei. Wie er das tue, müsse die Königliche Großmutter ihm überlassen. Im übrigen sei ich der ihr in Liebe anhängende Enkel und werde stets dankbar für jeden Rat der durch ihre lange Regierung erfahrenen Großmutter sein. Aber in deutschen Angelegenheiten müsse ich mir freies Handeln vindizieren. Der Besuch in Petersburg sei politisch notwendig, der Befehl meines Kaiserlichen Großvaters entspräche den engen Familienbeziehungen mit dem russischen Kaiserhause und werde daher ausgeführt.

Der Fürst war mit dem Briefe einverstanden. Die nach einiger Zeit einlaufende Antwort war überraschend. Die Königin gab ihrem Enkel recht; er müsse tun, was im Interesse seines Landes sei; sie werde sich freuen, ihn später auch bei sich zu sehen. Von dem Tage an ist mein Verhältnis zu der selbst von ihren eigenen Kindern gefürchteten Königin das denkbar beste gewesen. Sie hat ihren Enkel nur noch wie einen gleichgestellten Souverain behandelt. —

Bei den Antrittsreisen wurde ich vom Grafen Herbert als Vertreter des Auswärtigen Amtes begleitet. Er redigierte die Reden und

führte die politischen Unterhaltungen, soweit sie geschäftlicher Natur waren, nach den Anweisungen seines Vaters.

Nach meiner Rückkehr aus Stambul 1889 schilderte ich dem Fürsten auf seinen Wunsch meine Eindrücke in Griechenland, wo meine Schwester Sophie mit dem Thronfolger Kronprinz Konstantin verheiratet war, und in Stambul. Dabei fiel mir auf, daß der Fürst recht wegwerfend von der Türkei, den Männern in maßgebenden Stellungen und den dortigen Verhältnissen überhaupt sprach. Als ich zum Teil wesentlich günstigere Momente hervorheben zu können glaubte, half das nicht viel. Auf meine Frage, worauf der Fürst sein so ungünstiges Urteil gründe, erwiderte er: Graf Herbert habe sehr abfällig über die Türkei berichtet. Der Fürst und Graf Herbert sind der Türkei nicht hold gewesen und haben meiner Türkenpolitik — der alten Politik Friedrichs des Großen — nicht beigepflichtet.

Während der letzten Zeit seiner Kanzlerschaft bezeichnete Bismarck die Erhaltung der guten Beziehungen zu Rußland, dessen Zar ihm sein besonderes Vertrauen schenke, als den hauptsächlichsten Grund seines Verbleibens im Amte. In diesem Zusammenhange machte er mir die ersten Andeutungen über den geheimen Rückversicherungsvertrag mit Rußland. Bisher war ich weder vom Fürsten noch vom Auswärtigen Amt von diesem Vertrage unterrichtet worden, obwohl ich mich gerade mit den russischen Angelegenheiten befaßt hatte. —

Als ich durch den frühen Tod meines Vaters zur Regierung kam, folgte damit, wie ich schon früher hervorhob, die Generation des Enkels auf die des Großvaters. Es wurde dadurch die ganze Generation Kaiser Friedrichs übersprungen. Diese war durch den Verkehr mit dem Kronprinzen Friedrich Wilhelm mit vielen liberalen Ideen und Reformprojekten gerüstet, die unter ihm als Kaiser Friedrich ins Werk gesetzt werden sollten. Durch sein Hinscheiden

sah sich diese ganze Generation, zumal die Politiker, in ihrer Hoffnung, zu Einfluß zu gelangen, getäuscht; sie fühlte sich gewissermaßen verwaist. Diese Kreise standen mir, obwohl sie mich und meine inneren Gedanken und Ziele gar nicht kannten, mißtrauisch und zurückhaltend gegenüber, anstatt ihr Interesse vom Vater auf den Sohn zum Vorteil des Vaterlandes zu übertragen.

Ein Vertreter der Nationalliberalen machte eine Ausnahme: der vornehme, noch jugendfrische Herr v. Benda. Schon als Prinz war ich mit ihm auf den großen Hasenjagden beim Amtsrat Dietze in Barby bekannt geworden. Dort hatte er meine Zuneigung und mein Vertrauen gewonnen, wenn ich als Zuhörer in dem Kreise der älteren Männer den Diskussionen über politische, landwirtschaftliche und nationalökonomische Fragen beiwohnte, bei denen Herr v. Benda durch sein freies, interessantes Urteil meine Aufmerksamkeit fesselte. Einer Einladung auf den Landsitz Bendas, Rudow bei Berlin, bin ich gern gefolgt. Daraus entstand ein regelmäßiger Besuch einmal im Jahre. Die Stunden im Rudower Familienkreise, in dem von den talentierten Töchtern die Musik eifrig gepflegt wurde, sind mir in guter Erinnerung geblieben. Die politischen Gespräche zeigten, daß Herr v. Benda einen weiten Blick besaß, der, frei von aller Parteischablone, eine so klare Auffassung über die allgemeinen Staatsnotwendigkeiten offenbarte, wie sie bei Parteimännern selten zu finden ist. Er hat mir aus treuem altpreußischen Herzen, das fest an seinem Königshause hing, unter weitgehender Toleranz anderen Parteien gegenüber, manchen wertvollen Rat für die Zukunft erteilt.

Daß ich in keiner Weise gegen irgendeine Partei — abgesehen von den Ultra-Sozialisten — ablehnend gesinnt, auch nicht antiliberal war, hat meine spätere Regierungszeit bewiesen. Mein bedeutendster Finanzminister war der Liberale Miquel; mein Handelsminister der Liberale Moeller; der Führer der Liberalen, Herr v. Bennigsen,

war Oberpräsident von Hannover. Mit einem älteren liberalen Abgeordneten, den ich durch Herrn v. Miquel kennen lernte, habe ich besonders während der zweiten Hälfte meiner Regierungszeit nahe Beziehungen gepflogen, es war Herr Seydel (Chelchen), Besitzer eines Landgutes im Osten; ein Kopf, dem ein paar kluge Augen aus dem glattrasierten Gesicht schauten. Er war Mitarbeiter Miquels in Eisenbahn- und Kanalfragen; ein grundgescheiter, einfacher, praktischer Mann, Liberaler mit konservativem Einschlag.

Mit der konservativen Partei bestanden naturgemäß zahlreiche Beziehungen und Berührungspunkte, da die Herren vom Landadel auf Hof- und anderen Jagden viel mit mir zusammentrafen oder zu Hofe kamen, auch in Hofstellungen Dienst taten. Durch sie konnte ich ausgiebige Orientierung über alle Agrarfragen erhalten und hören, wo den Landmann der Schuh drückte.

Die Freisinnigen unter ihrem „unentwegten Führer" haben keine Beziehung zu mir aufgenommen; sie beschränkten sich auf die Opposition.

In den Gesprächen mit Benda und Bennigsen wurde oft über die Zukunft des Liberalismus gesprochen. Dabei tat Benda einmal den interessanten Ausspruch: „Es ist nicht nötig und auch nicht gut, wenn der Thronfolger in Preußen in Liberalismus macht; das können wir nicht brauchen. Er muß in larger und nicht beengter Weise ohne Voreingenommenheit gegen andere Parteien doch im Grunde genommen konservativ sein."

Als ich mit Bennigsen die Notwendigkeit erörterte, daß die Nationalliberalen ihr Programm, das ursprünglich unter der Devise: „Aufrichtung des Deutschen Reiches und Pressefreiheit" die Mitglieder um die liberale Fahne geschart habe — was nun lange schon erreicht sei —, revidieren müßten, damit die werbende Kraft des alten preußischen Liberalismus beim Volke nicht verloren gehe, gab Bennigsen das zu. Die preußischen Liberalen wie Konservativen,

fuhr ich fort, machten beide den Fehler, daß sie noch zu viel Erinnerungen an die alte Konfliktszeit von 1861—1866 bewahrten und bei Wahl- oder anderen politischen Kämpfen in Gewohnheiten von damals zurückfielen. Jene Zeit sei für unsere Generation bereits Geschichte geworden und erledigt. Für uns fange die Jetztzeit mit dem Jahre 1870, dem neuen Reiche, an; unter 1866 hätten wir einen Strich gemacht. Man müsse auf dem Boden des Reiches neu bauen, auch die Parteien müßten sich in ihren Zielen danach einrichten, aber nicht altes Vergangenes, noch dazu Trennendes, mit herübernehmen. Das ist leider nicht geschehen. Bennigsen machte eine sehr treffende Bemerkung, indem er sagte: „Wehe den norddeutschen Liberalen, falls sie unter die Führung der süddeutschen Demokraten kommen sollten, dann ist es mit dem wirklichen, echten Liberalismus zu Ende. Dann kriegen wir die verkappte Demokratie von da unten, die können wir hier nicht brauchen."

Die ehrenwerte und königstreue konservative Partei hat leider nicht immer überragende Parteiführer hervorgebracht, die zugleich geschickte, taktisch geschulte Politiker waren. Der agrarische Flügel war zeitweise zu ausgeprägt und bedeutete eine Belastung der Partei. Auch waren die Erinnerungen an die Konfliktszeit noch zu stark. Ich riet zu dem Zusammenschluß mit den Nationalliberalen, fand aber wenig Gegenliebe. Ich habe oft darauf hingewiesen, daß die Nationalliberalen reichstreu und daher kaiserlich gesinnt, also durchaus als Bundesgenossen für die Konservativen zu begrüßen seien. Ich könne und wolle im Reiche nicht ohne sie, keinesfalls gegen sie regieren; der norddeutsche Konservativismus werde in manchen Teilen des Reiches nicht verstanden, eine Folge der anders gearteten historischen Entwicklung; deshalb seien die Nationalliberalen der natürliche Bundesgenosse. Aus diesem Grunde habe ich z. B. auch den Hofprediger Stöcker — einen auf sozialem Gebiete in seiner Missionstätigkeit glänzend bewährten Mann — aus seinem Amte entfernt,

weil er in Süddeutschland eine demagogische Hetzrede gegen die dortigen Liberalen gehalten hatte.

Das Zentrum war durch den Kulturkampf zusammengeschweißt und stark antiprotestantisch, dem Reiche nicht hold. Trotzdem habe ich mit vielen bedeutenden Männern der Partei Beziehungen gepflogen und sie zum Nutzen des Ganzen für praktische Mitarbeit interessieren können. Besonders Schorlemer (der Vater) half mir dabei. Er hat nie ein Hehl aus seiner preußischen Königstreue gemacht. Sein Sohn, der bekannte Landwirtschaftsminister, hat sich sogar der konservativen Partei angeschlossen. Bei vielen Vorlagen hat das Zentrum mitgearbeitet, das in seinem alten Führer Windthorst einstmals den schärfsten politischen Kopf im Parlament besitzen durfte. Aber bei allem war doch der Unterton nicht zu verkennen, daß das Interesse der Kirche Roms stets gewahrt sein müsse und nicht zu kurz kommen dürfe.

* * *

Als Prinz Wilhelm war ich des längeren zum Oberpräsidenten der Provinz Brandenburg v. Achenbach kommandiert, um in die innere Verwaltung eingeführt und in wirtschaftlichen Fragen orientiert zu werden, auch praktisch tätigen Anteil an den Arbeiten zu nehmen. Aus dieser Zeit habe ich mir, durch die fesselnden Vorträge Achenbachs angeregt, besonderes Interesse für die wirtschaftliche Seite der inneren Entwicklung des Landes bewahrt, während die rein juristische Seite der Verwaltung mich weniger fesselte. Meliorationen, Kanalbauten, Chaussee-Anlagen, Waldwirtschaft, Hebung aller Arten der Verkehrsverbindungen, Wohnungsverbesserung, Einführung der Maschinen in die Landwirtschaft und deren genossenschaftliche Entwicklung waren Fragen, die mich auch später andauernd beschäftigt haben; in ganz besonderem Maße der Wasserbau und die

Entwicklung des Eisenbahnnetzes, zumal in dem sehr vernachlässigten Osten.

Alle diese Fragen wurden, nachdem ich den Thron bestiegen hatte, mit den Ministern besprochen. Ich hatte ihnen zur Aneiferung freies Arbeiten in ihren Ressorts zugesagt. Das stellte sich aber, solange Fürst Bismarck im Amte war, als kaum möglich heraus, da der Fürst sich in allen Angelegenheiten die Hauptentscheidung vorbehielt und dadurch die Selbständigkeit seiner Mitarbeiter lähmte. Es zeigte sich mir bald, daß die Minister, ganz in Bismarcks Hand befindlich, sich zu „Neuerungen" oder Ideen des „jungen Herrn", die Bismarck ablehnte, nicht bekennen konnten. Das Ministerium war in der Tat ausschließlich ein Instrument in Bismarcks Hand und handelte nur nach seinem Befehl. Dieser Zustand war an sich natürlich, denn ein so überragender Ministerpräsident, der für Preußen und Deutschland so große politische Erfolge errungen hatte, beherrschte eben sein Ministerium und leitete es autoritativ. Ich befand mich dadurch aber in einer schwierigen Lage, denn bei meinen Anregungen wurden mir die typischen Antworten zuteil: „Das will der Fürst Bismarck nicht; das ist nicht bei ihm zu erreichen; das würde Kaiser Wilhelm I. nicht verlangt haben; das verstößt gegen die Tradition" usw. Ich erkannte mehr und mehr, daß ich *eigentlich kein Staatsministerium zur Verfügung hatte*, sondern daß *sich die Herren* — aus langer alter Gewohnheit — *als die Beamten des Fürsten Bismarck ansahen.*

Ein Beispiel möge erläutern, wie das Ministerium in jener Bismarckschen Zeit zu mir stand. Es handelte sich um die Erneuerung des Sozialistengesetzes, einer politischen Maßregel des Fürsten Bismarck, um den Sozialismus zu bekämpfen. Ein bestimmter Paragraph sollte gemildert werden, um das Gesetz zu retten. Bismarck wollte nicht. Es kam zu scharfen Auseinandersetzungen. Ich befahl einen Kronrat. Bismarck sprach im Vorzimmer mit meinem Ad-

jutanten und erklärte: Seine Majestät vergesse ganz, daß er Offizier sei und ein Portepee trage; er müsse auf die Armee zurückgreifen und sie gegen die Sozialisten führen, falls diese zu revolutionären Taten schreiten sollten: der Kaiser solle ihm freie Hand lassen, dann werde man endlich Ruhe haben. Im Kronrat blieb Bismarck bei seinem Standpunkt. Die einzelnen Minister, zur Meinungsäußerung aufgefordert, sprachen sich lau aus. Es kam zur Abstimmung, und das ganze Ministerium stimmte gegen mich.

Diese Abstimmung zeigte mir wiederum die absolute Herrschaft, die der Kanzler über seine Minister ausübte. In tiefem Unmut besprach ich den Vorfall mit Exzellenz v. Lucanus, der ebenso betroffen über diese Erscheinung war. Lucanus suchte einige von den Herren auf und stellte sie über ihr Verhalten zur Rede. Die Herren machten geltend, sie seien „nicht in der Lage", gegen den Fürsten Stellung zu nehmen, und erklärten, man könne ihnen doch unmöglich zumuten, gegen den Fürsten zu stimmen.

Der große westfälische Bergarbeiterstreik im Frühjahr 1889 traf die Zivilverwaltung überraschend. Eine dementsprechende Kopf- und Ratlosigkeit trat zumal bei der Provinzialverwaltung Westfalens in die Erscheinung. Alles rief nach Truppen, ein jeder Grubenbesitzer wollte womöglich Posten vor seinem Zimmer stehen haben. Die Kommandeure der requirierten Truppen meldeten immediat über die vorgefundene Lage an mich, darunter einer meiner früheren Regimentskameraden aus dem Garde-Husarenregiment, v. Michaelis, der seines Witzes halber berühmt war. Er war zwischen den streikenden Arbeitermassen, die in dem ungewöhnlich warmen Vorfrühling auf den Halden herum lagerten, allein und unbewaffnet umhergeritten und hatte es bald verstanden, durch sein vertrauenerweckendes joviales Wesen einen harmlosen Verkehr mit den Leuten herzustellen. Durch Frage und Antwort gelangte er in den Besitz vieler wertvoller Informationen über das, wodurch sich die Arbeiter — mit Recht oder

Unrecht — bedrückt fühlten, sowie über ihre Absichten, Hoffnungen und Wünsche für die Zukunft. Er erwarb sich bald allgemeine Anerkennung und Beliebtheit bei den Arbeitern und wußte sie so richtig zu behandeln, daß in seinem Rayon absolute Ruhe herrschte. Durch nervöse und besorgte Telegramme der Großindustriellen und Behörden, die auch beim Reichskanzler einliefen, veranlaßt, fragte ich bei Michaelis an, wie die Lage aufzufassen sei. Als Antwort traf folgendes Telegramm ein: „Alles ruhig, mit Ausnahme der Behörden."

Auf Grund aller im Laufe des Frühjahres und Sommers einlaufenden Meldungen und Berichte sammelte sich ein Material an, das klar erkennen ließ, daß in der Industrie nicht alles in Ordnung war. Mancher Wunsch der Arbeiter hatte seine Berechtigung und hätte zum mindesten wohlwollender Prüfung unterzogen werden sollen, sowohl seitens der Arbeitgeber, wie der Behörden. Diese Erkenntnis, welche auch von meinem von mir befragten, in den sozialen Erscheinungen besonders seiner Provinz gut orientierten früheren Erzieher, Geheimrat Dr. Hinzpeter, bestätigt wurde, ließ in mir den Entschluß reifen, den Staatsrat zusammenzuberufen, zu den Verhandlungen Arbeitgeber und Arbeitnehmer hinzuzuziehen und unter meinem persönlichen Vorsitz eine eingehende Beleuchtung der Arbeiterfrage zu veranlassen. Es sollten dabei leitende Grundsätze und Material gewonnen werden, die dann dem Kanzler und der preußischen Staatsregierung als Unterlagen für die Ausarbeitung dementsprechender Gesetzesvorlagen dienen sollten.

Mit diesem Gedanken trat ich an Exzellenz v. Böttticher heran, der sofort den Widerstand des Kanzlers gegen solches Verfahren in Aussicht stellte und dringend davon abriet. Ich bestand auf meinem Vorsatz, den Grundsatz Friedrichs des Großen anführend: „Je veux être un roi des gueux"*); es sei meine Pflicht, für die von der

---

*) „Ich will ein König der Armen sein."

Industrie aufgebrauchten Landeskinder zu sorgen, ihre Kräfte zu schützen und ihre Existenzmöglichkeiten zu verbessern.

Der vorhergesagte Widerstand des Fürsten ließ nicht lange auf sich warten. Es kostete, da die Großindustrie sich zum Teil hinter den Kanzler scharte, viel Mühe und Kämpfe, bis meine Absicht durchgesetzt war. Der Staatsrat trat unter meinem Vorsitz zusammen. In der Eröffnungssitzung erschien unerwartet auch der Kanzler. Er hielt eine Ansprache, in der er das ganze von mir ins Werk gesetzte Unternehmen mit Ironie kritisierte und mißbilligte und seine Mitwirkung versagte. Dann verließ er den Saal.

Nach dem Fortgang des Kanzlers stand die Versammlung unter dem Eindruck dieser eigenartigen Szene. Die Wucht und Rücksichtslosigkeit, mit der der große Kanzler für seine und gegen meine Politik eintrat, weil er von der Richtigkeit seiner Auffassung durchdrungen war, machte auf mich und alle Anwesenden einen imponierenden Eindruck. Trotzdem mußte mich der Vorfall tief verletzen. Die Versammlung nahm dann ihre Arbeiten wieder auf und lieferte reiches Material zur Weiterbildung der von Kaiser Wilhelm dem Großen ins Leben gerufenen sozialen Gesetzgebung, die den Stolz Deutschlands bildet und eine Fürsorge für das arbeitende Volk darstellt, wie sie in keinem Lande der Welt zu finden ist.

Daraufhin beschloß ich, einen allgemeinen Sozialkongreß einzuberufen. Auch dem widersetzte sich Fürst Bismarck. Die Schweiz hegte einen ähnlichen Gedanken und beabsichtigte, einen Kongreß nach Bern zu berufen. Der schweizerische Gesandte Roth erfuhr von meiner Absicht und empfahl die Einstellung der Einladungen nach Bern und die Annahme einer solchen nach Berlin. So geschah es. Dank der Loyalität des Herrn Roth konnte der Kongreß nach Berlin einberufen werden. Das aus ihm resultierende Material ist zu Gesetzen verarbeitet und ausgenutzt worden, allerdings nur in Deutschland.

Späterhin habe ich mit Bismarck über sein Ansinnen, die Sozialisten im Falle revolutionärer Betätigung durch Kanonen und Bajonette zu bekämpfen, gesprochen und versucht, ihn davon zu überzeugen, daß ich, kaum daß Kaiser Wilhelm der Große nach gesegneter Regierung die Augen geschlossen, doch unmöglich meine ersten Regierungsjahre mit dem Blut meiner eigenen Landeskinder beflecken könne. Bismarck blieb dabei und erklärte, er werde das auf seine Kappe nehmen, ich sollte ihm die Sache nur überlassen. Ich erwiderte, daß ich das mit meinem Gewissen und meiner Verantwortung vor Gott nicht vereinbaren könnte, um so weniger, als ich genau wüßte, daß die Arbeiterwelt in einer schlechten Lage sei, die unbedingt gebessert werden müßte.

Der Gegensatz der Anschauungen des Kaisers und des Kanzlers über die soziale Frage, d. h. die Förderung des Wohles der Arbeiterbevölkerung unter Anteilnahme des Staates, ist der eigentliche Grund zum Bruche zwischen uns gewesen und hat mir die Feindschaft Bismarcks und damit die eines großen Teiles des ihm ergebenen deutschen Volkes und besonders des Beamtentums auf Jahre hinaus eingetragen.

Dieser Gegensatz zwischen dem Kanzler und mir entstand durch seine Meinung, daß die soziale Frage mit scharfen Maßregeln und eventuell mit der Truppe gelöst werden könne, nicht aber mit Grundsätzen allgemeiner Menschenliebe oder Humanitätsduselei, die er bei mir annehmen zu müssen glaubte. Bismarck war – das möchte ich nach dem Gesagten betonen – nicht etwa arbeiterfeindlich. Im Gegenteil! Er war ein viel zu großer Staatsmann, um die Wichtigkeit der Arbeiterfrage für den Staat zu verkennen. Er faßte diese ganze Angelegenheit aber rein vom staatlichen Zweckmäßigkeitsstandpunkte auf. Der Staat sollte für die Arbeiter sorgen, soweit und wie dies der Regierung gut schien. Von einer Mitwirkung der Arbeiter bei diesem Werke war kaum die Rede. Verhetzungen und

Auflehnungen sollten scharf, nötigenfalls mit Waffengewalt, unterdrückt werden. Fürsorge auf der einen, die Panzerfaust auf der anderen Seite, das war die Bismarcksche Sozialpolitik. Ich aber wollte die Seele des deutschen Arbeiters gewinnen und habe um dieses Ziel heiß gerungen. Ich war von einem klaren Pflicht- und Verantwortlichkeitsbewußtsein meinem ganzen Volke, also auch den arbeitenden Klassen gegenüber, erfüllt. Was diesen von Rechts wegen und billigerweise zukam, sollte ihnen werden, und zwar, soweit es angängig oder notwendig war, wo der Wille und das Vermögen der Arbeitgeber aufhörten, von seiten des Landesherrn und seiner Regierung. Sobald ich erkannt hatte, daß Verbesserungen notwendig waren, zu denen sich die Industrie zum Teil nicht verstehen wollte, griff ich aus Rechtsgefühl für die Arbeiterschaft ein.

Ich hatte genügend in der Geschichte studiert, um nicht den Illusionen allgemeiner Volksbeglückungsmöglichkeit zum Opfer zu fallen. Daß es *einem* Menschen nicht möglich ist, ein Volk „glücklich" zu machen, war mir klar. Schließlich ist nur das Volk glücklich, das zufrieden ist oder wenigstens sein will, ein Wille, der allerdings ein gewisses Maß an Erkenntnis des Möglichen, also Sachlichkeit, voraussetzt. Leider gebricht es daran recht oft!

Ich wußte genau, daß bei den maßlosen Forderungen der sozialistischen Führer die unberechtigte Begehrlichkeit stets neu entfacht werden würde. Aber gerade um den unberechtigten Aspirationen mit reinem Gewissen und überzeugend entgegentreten zu können, durfte den berechtigten die Anerkennung und Förderung nicht versagt werden.

Die das Wohl der Arbeiter ins Auge fassende Politik hat zweifellos den gesamten Industriellen Deutschlands durch die bekannten Gesetze für den Arbeiterschutz schwere Lasten in der Konkurrenz auf dem Weltmarkt auferlegt — zumal einer Industrie gegenüber wie der belgischen, die ungehindert die Menschenreserven Belgiens mit billigen Löhnen bis zum letzten Tropfen ausquetschen konnte, ohne Gewissens-

bisse darüber zu empfinden und ohne Mitgefühl für die sinkende Moral des ausgeschöpften, ungeschützten Volkes. Solche Zustände habe ich für Deutschland unmöglich gemacht durch meine soziale Gesetzgebung, deren Einführung ich auch in Belgien während des Krieges durch Generaloberst Freiherrn v. Bissing zum Wohl der belgischen Arbeiter veranlaßte. Diese Gesetzgebung ist aber zunächst, um einen sportlichen Ausdruck zu gebrauchen, ein Handicap auf der deutschen Industrie im Weltkonkurrenzkampf gewesen und verstimmte viele Großindustrielle, was von ihrem Standpunkte verständlich war. Der Landesherr muß aber stets das Gesamtwohl im Auge haben, und deshalb bin ich meinen Weg unbeirrt weitergegangen.

Diejenigen Arbeiter andererseits, die blindlings den sozialistischen Führern folgten, haben mir keinen Dank für den ihnen geschaffenen Schutz und für meine Arbeit gezollt. Uns trennt der Wahlspruch der Hohenzollern: „Suum cuique". Das heißt: „Jedem das Seine", aber nicht, wie die Sozialdemokraten wollen: „Allen dasselbe"!

Auch der Gedanke beschäftigte mich, wenigstens der kontinentalen Industrie Europas durch eine Art von Kontingentierung des Absatzes im Auslande einen Teil des Konkurrenzkampfes zu ersparen und dadurch eine Erleichterung der Produktion zu schaffen, die wiederum eine gesündere Lebensweise der arbeitenden Klassen ermöglichen sollte.

Sehr bezeichnend ist der Eindruck, den fremde Arbeiter beim Studium der sozialen Gesetzgebung in Deutschland gewannen. Wenige Jahre vor dem Kriege erwachte man in England unter dem Druck der Arbeiterbewegungen zu der Überzeugung, daß es geboten sei, für die Arbeiter besser zu sorgen. Es kamen Kommissionen nach Deutschland, auch solche von Arbeitern. Sie besuchten unter Führung von deutschen Vertretern, auch von Sozialisten, die Industriegebiete, Fabriken, Wohltätigkeitsanlagen, Heilstätten der Versicherungsgesellschaften usw. und waren überrascht von allem, was sie sahen. Bei dem Abschiedsmahl, das ihnen gegeben wurde, wandte sich der

englische Führer der Arbeiterdeputationen an Bebel mit der Schlußbemerkung: „Nach dem, was wir alles gesehen haben, was in Deutschland für die Arbeiterwelt geschieht, frage ich Sie: da sind Sie auch noch Sozialisten?!" Einem Gewährsmann gegenüber bemerkten die Engländer, wenn es ihnen gelänge, nach langen Kämpfen in ihrem Parlament den zehnten Teil von dem durchzusetzen, was in Deutschland schon seit Jahren für die Arbeiter geschähe, dann würden sie sehr zufrieden sein.

Ich hatte diese Besuche der englischen Deputationen mit Interesse verfolgt und wunderte mich über deren Unkenntnis der deutschen Verhältnisse. Noch mehr aber über die durch die englische Botschaft übermittelten Fragen der englischen Regierung zu demselben Thema, die eine geradezu erstaunliche Unkenntnis der in Deutschland auf dem Gebiet sozialer Reformen erfolgten Entwicklung verrieten. Ich befragte den englischen Botschafter und bemerkte, England sei 1890 auf dem Berliner Sozialkongreß vertreten gewesen und habe doch gewiß, wenigstens durch die Botschaft, Kenntnis erhalten von den Reichstagsdebatten, die über die einzelnen sozialen Maßnahmen in breiter Weise stattgefunden hatten. Der Botschafter erwiderte: Er habe denselben Gedanken gehabt, daher habe er die früheren Akten der Botschaft nachsehen lassen. Dabei sei konstatiert worden, daß seitens der Botschaft auf das genaueste nach London Bericht erstattet worden und daß über jedes wichtige Stadium der fortschreitenden sozialen Reformen umfangreiche Berichte nach Hause gesandt worden seien; allein „because they came from Germany, nobody ever read them, they were simply »pigeonholed«, and remained there ever since, it is a downright shame! Germany does not interest people at home".*) So fügte der Brite achselzuckend hinzu. Weder König

*) „Weil sie aus Deutschland kamen, wurden sie von niemand gelesen, man packte sie einfach in die Aktenschränke, und dort sind sie seitdem geblieben. Es ist eine wahre Schande! Deutschland interessiert die Leute zu Hause nicht."

noch Parlament besaßen das Gewissen oder Zeit oder Lust, sich mit der Hebung der Arbeiterklasse zu beschäftigen. Die „Einkreisungspolitik" zur Vernichtung Deutschlands, vor allem seiner Industrie und damit seiner Arbeiterbevölkerung, war ihnen viel wichtiger und lohnender. Am 9. November 1918 schlossen sich die radikalen deutschen Sozialistenführer mit ihrer gleichgearteten Gefolgschaft diesem britischen Vernichtungswerke an. –

Auch im Kleinen habe ich auf Gebieten, die meinem Einfluß zugänglich waren, z. B. in der Verwaltung meines Hofes, im Kaiserlichen Automobil-Club u. dgl., den sozialen Gesichtspunkten zur Geltung verholfen. So habe ich u. a. aus den Geldern, die bei der Besichtigung der Schlösser den Dienern gegeben wurden, einen Fonds errichten lassen, der als lediglich der Dienerschaft gehörend angesehen wurde und im Laufe der Zeit eine stattliche Summe erreicht hat. Aus seinen Mitteln erhielten die Diener und ihre Familien Badereisezulagen, Kurkosten, Begräbniskosten, Aussteuern für Kinder, Konfirmationszulagen und ähnliche Zuwendungen.

Als ich auf die Bitte des neugeschaffenen „Kaiserlichen Automobil-Clubs" das Protektorat über ihn angenommen hatte, folgte ich einer Einladung zu einem Frühstück in den schönen Räumen des von Ihne gebauten Hauses. Hier fand ich außer Magnaten, wie den Herzögen von Ratibor, von Ujest u. a., eine Menge Herren aus der Berliner haute finance und Industrie vor, die sich teilweise recht „hermelintoll" gebärdeten. Als das Gespräch auf die Wagenführer kam, schlug ich vor, einen Fonds zu begründen, der diesen bei Unglücksfällen eine Beihilfe für die Krankheitsbehandlung, bei Todesfällen eine Sicherstellung ihrer Hinterbliebenen gewähren sollte. Der Vorschlag fand allgemeinen Beifall, und der Fonds hat dann sehr segensreich gewirkt. Eine ähnliche Einrichtung habe ich späterhin auch für die Kapitäne und Ersten Steuerleute im „Kaiserlichen Yacht-Club" in Kiel geschaffen.

Besondere Freude bereitete mir das von mir begründete „Kaiser Wilhelm-Kinderheim" in Ahlbeck, in dem im Frieden alljährlich von Mai bis Ende September, abteilungsweise alle vier Wochen wechselnd, eine große Anzahl von Kindern aus den ärmsten Berliner Arbeitervierteln untergebracht wurden. Das Heim steht heute noch unter der bewährten Leitung der hervorragenden Oberin Fräulein Kirschner, der Tochter des früheren Oberbürgermeisters von Berlin, und hat sowohl physisch wie psychisch ein glänzendes Resultat erzielt. Aus abgehärmten, blassen, dürftigen Großstadtkindern wurden frische, blühende, lebensfreudige kleine Wesen, von deren Gedeihen ich mich des öfteren persönlich freudebewegt überzeugt habe. –

Ich möchte, gerade weil ich von meinem Zerwürfnis mit Bismarck wegen der Arbeiterfrage gesprochen habe, – außer dem vorhin über seine grundsätzliche Stellung Gesagten – ein Beispiel dafür anfügen, wie glänzend sich der Fürst in einer Angelegenheit benahm, die die Arbeiterschaft anging. Dabei haben ihn gewiß auch nationale Motive geleitet, aber er erkannte doch sofort, daß es galt, eine große Belegschaft vor Arbeitslosigkeit zu schützen, und griff mit seiner ganzen Autorität durch. Ich hatte – noch als Prinz Wilhelm – in Stettin etwa 1886 in Erfahrung gebracht, daß die große Schiffsbauwerft „Vulkan" aus Mangel an Bestellungen vor dem Konkurs und damit die ganze mehrtausendköpfige Arbeiterschaft vor der Brotlosigkeit stand. Dies war auch für die Stadt Stettin katastrophal. Die Werft konnte nur durch eine Bestellung auf ein großes Schiff über Wasser gehalten werden. Sie war, durch Admiral v. Stosch seinerzeit aufgefordert – um uns vom englischen Schiffbau endlich loszumachen –, mutig darangegangen und hatte das *erste* deutsche Panzerschiff gebaut, dessen Taufe Anno 1874 meine Mutter an ihrem Geburtstag vollzog, wobei ich zugegen gewesen bin. Seither hatten ihre Schiffe stets die Zufriedenheit der Kriegsmarine erworben; doch diese baute nur selten. Die Handelsmarine aber hatte nicht gewagt,

den kühnen Schritt Admirals v. Stosch nachzutun. Nun stand diese tapfere deutsche Werft vor dem Ruin, denn der Bremer Lloyd hatte ihr Angebot auf einen Passagierdampfer abgelehnt mit dem Bemerken, das könnten die Engländer besser à conto ihrer langjährigen Tradition. Die Not war groß. Ich eilte zum Fürsten Bismarck und legte ihm die oben geschilderten Vorgänge dar. Ein heller Zorn ergriff den Kanzler, und blitzenden Auges schlug er mit der Faust auf den Tisch. „Was? Diese Pfeffersäcke wollen lieber ihre Kähne in England als bei uns bauen? Das ist ja ganz unerhört! Dabei soll eine gute deutsche Werft zugrunde gehen? Der Deibel soll diese Kaufmänner beim Kanthaken kriegen!!" Er klingelte, ein Diener trat ein. „Geheimrat X. aus dem Auswärtigen Amt sofort hierher!" Nach wenigen Minuten, während deren der Fürst auf- und abstampfte, erschien der Gerufene. „Telegramm nach Hamburg an den Gesandten: der Lloyd in Bremen hat sein neuestes Schiff in Stettin beim Vulkan bauen zu lassen!" Der Geheimrat verschwand eiligst mit „wagerecht abstehenden Rockschößen um die offene Tür herumwalzend". Der Fürst wandte sich zu mir und sagte: „Ich bin Ihnen zu besonderem Danke verpflichtet. Sie haben dem Vaterland und auch mir einen wichtigen Dienst erwiesen. Fortan wird nur noch bei uns gebaut. Das werde ich den Hanseaten schon klar machen. Sie können an den Vulkan telegraphieren, daß der Kanzler sich für den Bau auf der Vulkanwerft verbürgt; möge es der Anfang einer langen Reihe sein! Die Arbeiter aber, die Sie auf diese Weise vor Arbeitslosigkeit geschützt haben, mögen sich bei Ihnen bedanken!" Ich benachrichtigte Geheimrat Schlutow in Stettin, die Freude war groß. Es war der Anfang, der zu dem Bau der herrlichen Schnelldampfer führen sollte.

Als ich im Dezember 1888 nach meinem Regierungsantritt nach Stettin fuhr, um meinen pommerschen Grenadieren die Erinnerungsbänder an ihre Fahnen zu verleihen, besuchte ich auf Bitten des Vor-

standes auch den Vulkan. Nach Empfang durch den Vorstand außerhalb der Werft taten sich die großen Flügeltore auf, und ich schritt hinein. Aber statt Arbeit und dröhnender Hämmer empfing mich tiefe Stille. Die gesamte Arbeiterschaft stand im offenen Halbkreis versammelt und entblößte ihre Häupter. In ihrer Mitte stand der älteste Arbeiter mit schneeweißem Bart, einen Lorbeerkranz in der Hand. Ich war ergriffen. Schlutow flüsterte mir zu: „Eine kleine Freude, die die Arbeiter sich selbst ausgedacht haben." Der alte Schmied trat vor, und in kernigen schlichten Worten sprach er mir den Dank der Arbeiter dafür aus, daß ich sie und vor allem ihre Frauen und Kinder durch meine Verwendung bei Bismarck für das Schiff vor Not und Hunger bewahrt hatte. Als Zeichen der Dankbarkeit der Arbeiterschaft bat er, den Lorbeerkranz überreichen zu dürfen. Auf das tiefste bewegt nahm ich den Kranz entgegen und verlieh der Freude darüber Ausdruck, daß ich im Frieden ohne einen Tropfen Blut meinen ersten Lorbeer aus der Hand braver deutscher Arbeiter empfinge. Das war Anno 1888! Damals wußte die deutsche Arbeiterschaft den Segen der Arbeit zu schätzen.

Caprivi

General v. Caprivi war bei meinem Regierungsantritt Chef der Admiralität. Er war der letzte General in diesem Amt. Ich nahm den Aufbau und die Reform, ja man kann sagen die Neugründung der Kaiserlich Deutschen Marine auf Grund meiner Vorstudien in England und daheim sofort energisch in die Hand. Das paßte dem tüchtigen, aber etwas eigensinnigen und von Eitelkeit nicht ganz freien General nicht.

Er hatte sich unzweifelhaft große Verdienste um die Mobilmachung, die Hebung des Offizierkorps und die Förderung und Entwicklung des Torpedobootwesens erworben. Dagegen lag der Schiffbau, der Ersatz altwerdenden Materials, ganz darnieder, zum Schaden für die Flotte und zum Kummer der aufblühenden, nach Beschäftigung verlangenden Schiffbauindustrie. Caprivi war als alter preußischer General der Ansicht seiner Zeit- und Altersgenossen von 1864, 1866 und 1870/71: die Armee habe immer alles gemacht und so werde es weiter bleiben. Daher dürften für die Marine keine großen Geldforderungen an das Land gestellt werden, weil sonst die Gefahr bestände, daß die Armee um die andernfalls ihr zufließenden Mittel gekürzt und dadurch ihre Entwicklung gehemmt würde. Diese Vorstellung, von der Caprivi nicht abzubringen war, war falsch. Der bewilligte Betrag floß nicht in ein Reservoir, aus dem man durch Umstellung einer Klappe den Geld-

strom bald in den Armee-, bald in den Marinekanal leiten konnte. Wenn Caprivi für Marinebauten nichts fordern wollte, um dadurch der Armee mehr zuzuwenden, so war das also verkehrt. Die Armee bekam deswegen nicht einen Maravedi mehr, sondern auch nur das, was der Kriegsminister nach dem Etat für sie anforderte und erhielt. Das zu schaffende Staatssekretariat für die Marine mußte ganz unabhängig vom Kriegsministerium soviel für die Flotte fordern und durchsetzen, wie für den Schutz unseres Handels und unserer Kolonien erforderlich war. So ist es später auch geschehen.

Caprivi trat bald mit der Bitte an mich heran, ihn von seinem Posten abzulösen. Dieser befriedige ihn an sich schon nicht; dann aber hätte ich allerhand Zukunftspläne mit der Marine, die er schon deshalb für unrealisierbar halte, weil der Nachwuchs der prima plana (Offiziere) fehle — damals Zugang 60 bis 80 Kadetten im Jahr — und eine große Marine ohne ein großes Offizierkorps undenkbar sei. Zudem habe er bei den Inspizierungen Seiner Majestät sehr bald gesehen, daß der Kaiser von Marineangelegenheiten mehr verstünde als er, der General, und das bringe ihn seinen Untergebenen gegenüber in eine unmögliche Lage.

Unter diesen Umständen trennte ich mich von ihm unter Verleihung des Kommandos eines Armeekorps. Nach dem Spruch: „Die Marine den Seeleuten!" bestimmte ich zum erstenmal einen Admiral zu ihrem Leiter, was von den Seeleuten mit großer Freude begrüßt wurde. Es war Admiral Graf Monts.

Als nun der Abgang des Fürsten Bismarck für mich doch ziemlich unerwartet eintrat, war die Wahl des Nachfolgers schwer. Wer es auch sein mochte — den Nachfolger dieses gewaltigen Kanzlers erwartete von vornherein ein schweres Opfer ohne Aussicht auf Anerkennung; er würde als Usurpator auf einem ihm nicht gebührenden Platz gelten, den auszufüllen er doch nicht imstande sei. Kritik, Kritik und nichts als Kritik war das tägliche Brot, auf das der

neue Kanzler rechnen mußte, und die Feindschaft aller derer, die zum Fürsten hielten, einschließlich der vielen, die sich früher in Opposition gegen ihn nicht genug hatten tun können. Eine starke Strömung würde dem neuen Kanzler Widerstand bereiten, nicht zum mindesten der alte Fürst selbst.

Aus solchen Überlegungen heraus wurde beschlossen, einen Mann aus der Generation des Fürsten zu wählen, der während der Kriege eine leitende Stellung bekleidet und bereits ein Staatsamt unter dem Fürsten geführt hatte. So kam Caprivi. Sein Alter verbürgte, daß er einen überlegten und ruhigen Ratgeber für den „verwaisten" jungen Kaiser abgeben werde.

Sehr bald kam die Frage der Verlängerung des Rückversicherungsvertrages mit Rußland. Caprivi erklärte, ihn schon in Rücksicht auf Österreich nicht mehr erneuern zu können, da die darin enthaltene Spitze gegen Österreich bei seinem kaum vermeidbaren Bekanntwerden in Wien zu recht unangenehmen Konsequenzen zu führen geeignet sei. So wurde der Vertrag hinfällig. Meiner Ansicht nach hatte er seinen Hauptwert damals schon verloren, da die Russen doch nicht mehr mit dem Herzen dahinter standen. In dieser Auffassung bestärkte mich eine Denkschrift des Unterstaatssekretärs Grafen Berchem, eines Mitarbeiters des Fürsten Bismarck.

Die Agrarkonservativen machten Front gegen Caprivi als „Mann ohne Ar und Halm", und ein heftiger Kampf tobte um die Handelsverträge. Diese Schwierigkeiten wurden noch wesentlich dadurch vermehrt, daß Fürst Bismarck, unter Fallenlassen seiner früheren Grundsätze, sich an dem Kampf gegen seinen Nachfolger mit der ihm innewohnenden Energie beteiligte. So begann die Fronde der Konservativen gegen Regierung und Krone, und der Fürst säte persönlich die Saat, aus der später der „mißverstandene Bismarck" und die so oft in der Presse angeführte „Reichsverdrossenheit" erwuchs. Der „mißverstandene Bismarck" hat meine ganze Regierungszeit

hindurch in Zitaten, Wort und Schrift, sowie durch passive Resistenz und gedankenlose Kritik meinen Anregungen und Zielen permanenten Widerstand geschaffen. Alles, was geschah, wurde von der sich dem Fürsten bereitwilligst zur Verfügung stellenden und sich oft noch bismärckischer als Bismarck selbst gebärdenden Presse schlecht gemacht, lächerlich gefunden und unterschiedslos in Grund und Boden kritisiert.

Besonders markant zeigte sich diese Erscheinung bei der Erwerbung von Helgoland. Dieses Eiland, den großen Wasserstraßen, die zu den Haupthandelsplätzen der Hansa führen, dicht vorgelagert, war in der Hand der Briten eine beständige Drohung gegen Hamburg und Bremen und machte jeden Gedanken an einen Flottenausbau unmöglich. Ich hatte daher den festen Entschluß gefaßt, dieses alte deutsche Eiland seinem Vaterland wieder zu gewinnen.

Auf dem Kolonialgebiet fand sich der Weg, um England zur Aufgabe des roten Felsens zu veranlassen. Lord Salisbury zeigte sich geneigt, den „unfruchtbaren Felsen" für Zanzibar und Witu in Ostafrika herzugeben. Durch Handelskreise und die Meldungen der Kommandanten der deutschen Kreuzer und Kanonenboote, die dort lagen und an der Küste der neuerworbenen deutschen ostafrikanischen Kolonie kreuzten, wußte ich, daß mit dem Aufblühen von Tanga, Dar-es-Salam usw. an der Küste Afrikas der Wert Zanzibars – als Hauptumschlagshafen – dahin sein würde. Denn, sobald diese Plätze genügenden Tiefgang und Ladeeinrichtung für Handelsdampfer erhalten haben würden, brauchten die aus dem Inneren an die Küste kommenden Güter nicht mehr mit Dhaws nach Zanzibar hinübergebracht und dort nochmals umgeladen zu werden, sondern man konnte sie aus den neuen Hafenplätzen der Küste direkt verfrachten.

So war ich der Überzeugung, daß wir einmal ein annehmbares Tauschobjekt, zum anderen eine gute Gelegenheit hatten, um kolonialen Reibungen mit England aus dem Wege zu gehen und uns

à l'amiable mit ihm zu arrangieren. Caprivi stimmte zu, die Verhandlungen wurden zum Abschluß gebracht, und eines Abends kurz vor Tisch konnte ich der Kaiserin und einigen Vertrauten die hocherfreuliche Mitteilung machen, daß Helgoland deutsch geworden war. Eine wichtige – unblutige – Mehrung des Reiches war gelungen, die erste Bedingung für den Ausbau der Flotte war erfüllt, ein jahrhundertelanger Wunsch der Hansen und Norddeutschen in Erfüllung gegangen. Ein bedeutendes Ereignis hatte sich in der Stille vollzogen.

Wenn die Erwerbung Helgolands unter des Fürsten Bismarck Kanzlerschaft erfolgt wäre, dann wäre sie wahrscheinlich mit Jubel begrüßt worden. Unter Caprivi setzte die Kritik ein. Es waren ja bloß der Usurpator Caprivi, der sich erkühnte, auf des Fürsten Stuhl zu sitzen, und der „unberechenbare", „undankbare", „impulsive" junge Herr gewesen, die das gemacht hatten! Wenn Bismarck nur gewollt hätte, den „ollen Felsen" konnte er alle Tage haben, aber die vielversprechenden afrikanischen Besitzungen den Engländern dafür preiszugeben, so ungeschickt hätte er nie gehandelt und sich nie so übers Ohr hauen lassen: so lautete es fast von allen Seiten. Des Fürsten Blätter stimmten laut in diese Kritik mit ein, allerdings sehr zum Kummer der Hansen.

Merkwürdig nahmen sich die Vorwürfe wegen des Austausches von Zanzibar und Witu in der Presse des Fürsten aus, der mir früher, als ich unter ihm arbeitete, immer wieder gesagt hatte, daß er an und für sich von Kolonien nicht viel halte und sie hauptsächlich als gelegentliche Tauschobjekte betrachte, um sich mit den Engländern auseinanderzusetzen. Sein Nachfolger handelte im Falle Helgoland danach und wurde dafür auf das heftigste kritisiert und angegriffen. Erst im Laufe des Weltkrieges sind mir Aufsätze in deutschen Zeitungen zu Gesicht gekommen, die rückhaltlos den Erwerb von Helgoland als Tat vorausschauender Politik anerkannten und Betrachtungen daran

knüpften, was wohl geschehen sein würde, wenn Helgoland nicht deutsch geworden wäre.

Das deutsche Volk hat allen Grund dazu, dem Grafen Caprivi für diese Tat Dank zu wissen, denn durch sie ist seine Flotte und der Sieg am Skagerrak ermöglicht worden. Die deutsche Marine hatte das schon längst erkannt.

Das Schulgesetz des Grafen Zedlitz brachte neue heftige Konflikte. Als sie zu Zedlitz' Rücktritt führten, wurde aus den Reihen seiner Anhänger bereits der Ruf laut: „Geht der Graf, muß der Kanzler auch gehen."

Caprivi ging in stiller, vornehmer Weise. Er hat redlich nach seinen Kräften und seinem Können versucht, die Traditionen des Fürsten Bismarck fortzuführen. Er hat dabei wenig Unterstützung seitens der Parteien gefunden, dafür um so mehr Kritik und Befehdung im Publikum und von denen, die von Rechts wegen und aus Staatsinteresse ihm hätten zur Seite stehen sollen. Ohne ein Wort der Rechtfertigung hat Caprivi vornehm schweigend den Rest seiner Tage in einsamer Zurückgezogenheit verlebt.

Hohenlohe

Wiederum stand ich vor der schwierigen Aufgabe, einen Kanzler wählen zu müssen. Seine Stellung und sein Wirken würden ungefähr unter denselben Auspizien und Bedingungen stehen wie die seines Vorgängers. Nur daß jetzt mehr der Wunsch in die Erscheinung trat, es müsse ein Staatsmann sein, natürlich ein älterer, der dem Fürsten Bismarck mehr Vertrauen einflöße, als ein einfacher General. Ein Staatsmann werde es besser verstehen, in den politischen Fußtapfen des Fürsten zu schreiten, und diesem weniger Flächen zur Kritik und zu Angriffen bieten. Letztere hatten allgemach angefangen, in der ganzen Beamtenschaft, die meist noch aus der Zeit des Fürsten stammte, eine nicht zu verkennende Nervosität und Unzufriedenheit auszulösen, durch welche die Arbeit des ganzen Regierungsmechanismus nicht unerheblich beeinträchtigt wurde, wie auch im Parlament die Opposition immer neue Verstärkung aus bis dahin regierungstreuen Kreisen erhielt und sich lähmend fühlbar machte. Namentlich im Auswärtigen Amt begann sich der Geist Holsteins, des vermeintlichen Vertreters der „alten bewährten Bismarck-Traditionen", stark zu regen und machte sich die Unlust an der Mitarbeit mit dem Kaiser besonders bemerkbar; man glaubte dort offenbar, selbständig die Politik Bismarcks fortführen zu müssen.

Nach reiflichen Erwägungen entschloß ich mich, den Fürsten Hohenlohe, der damals Statthalter der Reichslande war, mit der

Kanzlerschaft zu betrauen. Er hatte beim Ausbruch des Krieges 1870 als bayerischer Minister durchgesetzt, daß Bayern an Preußens Seite trat. Seitdem wurde er vom Fürsten Bismarck wegen seiner Reichstreue hochgeschätzt. Man konnte erwarten, daß diesem Nachfolger gegenüber des Fürsten Gegnerschaft nachlassen werde. Diese Kanzlerwahl war also stark beeinflußt durch die Rücksicht auf die Person des Fürsten Bismarck und die von ihm inspirierte öffentliche Meinung.

Fürst Hohenlohe war der Typus des alten vornehmen Grandseigneurs. Sehr urban in seinem ganzen Wesen und in seinen Umgangsformen, von feinem Geist, der einen leichten Beigeschmack von feiner Ironie zuweilen durchblicken ließ, durch sein Alter abgeklärt, ein kühler Beobachter und Beurteiler der Menschen. Trotz unserem großen Altersunterschiede hat er sich sehr gut mit mir eingelebt. Das wurde auch äußerlich dadurch betont, daß er sowohl von der Kaiserin wie von mir als Oheim behandelt und angeredet wurde, wodurch sich eine gewisse Atmosphäre von familiärer Vertraulichkeit beim Beisammensein um uns wob. In seinen Gesprächen mit mir, besonders bei Beurteilung von Beamten für die Stellenbesetzungen, gab er sehr charakteristische Schilderungen der betreffenden Herren, oft mit philosophischen Betrachtungen verbunden, die eine tiefe Reflexion über das Leben als solches und über die Menschen in ihm verrieten und die auf Lebenserfahrung begründete Reife und Weisheit des höheren Alters zeigten.

In die erste Zeit der Kanzlerschaft Hohenlohes fällt ein Vorfall, der auf die Beziehungen zu Frankreich und Rußland ein interessantes Licht wirft. Als ich zur Zeit der russo-französischen Verbrüderungen durch den Generalstab wie durch die Botschaft in Paris sichere Nachrichten erhalten hatte, daß Frankreich beabsichtige, seine Truppen aus Algier zum Teil zurückzuziehen, um sie in Südfrankreich entweder gegen Italien oder gegen das Elsaß zu dislozieren, machte

ich dem Zaren Nikolaus II. davon Mitteilung mit der Bemerkung, ich würde zu Gegenmaßregeln schreiten müssen, wenn der Zar seine Verbündeten nicht von so provozierenden Schritten abhalte. Russischer Minister des Auswärtigen war damals Fürst Lobanow, früher Botschafter in Wien, wegen seiner Francophilie bekannt. Er weilte im Sommer 1895 in Frankreich und war dort sehr gefeiert worden. Im Herbst, als ich gerade im Jagdschloß Hubertusstock in der Schorfheide bei Eberswalde weilte, meldete sich Fürst Lobanow auf der Rückreise von Paris im Auftrage des Zaren zur Audienz bei mir an. Bei seinem Empfang schilderte er die ruhige und vernünftige Stimmung, die er in Paris konstatiert habe, und suchte mich auch über die oben erwähnten Truppendislokationen zu beruhigen, die nur leeres Gerücht und Gerede ohne jeden positiven Anhalt seien. Er bringe die beruhigendsten Versicherungen mit; ich brauche gar keine Angst zu haben. Ich erwiderte ihm mit bestem Dank für die Mitteilung: Das Wort „Angst" käme im Wörterbuch des deutschen Offiziers nicht vor. Wenn Frankreich und Rußland Krieg machen wollten, könnte ich es nicht hindern. Worauf der Fürst mit frommem Augenaufschlag gen Himmel blickend das Kreuz schlug und sagte: „Oh la guerre? quelle idée, qui y pense, celà ne doit pas être!"*) Ich sagte darauf: Ich denke gewiß nicht daran; aber für einen Beobachter, der nicht einmal sehr scharfsinnig zu sein brauche, böten die andauernden Feiern und Reden, sowie offiziellen und inoffiziellen Besuche zwischen Paris und Petersburg doch gewisse Symptome, die nicht unbeachtet bleiben könnten und in Deutschland sehr verstimmten. Sollte es gegen meinen und meines Volkes Willen zum Kriege kommen, so hätte ich das Vertrauen zu meinem Gott, wie zum deutschen Heer und Volk, daß Deutschland mit beiden Gegnern fertig werden würde.

---

*) „Oh, Krieg? Welche Vorstellung! Wer denkt denn daran! Das darf nicht sein!"

Ich fügte noch einen mir aus Paris gemeldeten Ausspruch hinzu, den ein russischer Offizier, der als Mitglied einer Offiziersdeputation in Frankreich weilte, geäußert hatte. Auf die Frage eines französischen Kameraden, ob die Russen sich auch getrauten, die Deutschen zu schlagen, antwortete der brave Slawe: „Non, mon ami, nous serons battus à plate couture, mais qu'est-ce que ça fait? Nous aurons alors aussi la république."*) Der Fürst sah mich erst wortlos an, dann zuckte er mit den Achseln: „Oh la guerre, il ne faut pas même y penser."**) Der Offizier hatte nur das gesagt, was die allgemeine Ansicht der russischen Intelligenz und Gesellschaft war. Schon bei meinem ersten Aufenthalt in Petersburg im Anfang der 80er Jahre sagte mir eine Großfürstin bei Tisch in aller Gemütsruhe: „Man sitzt hier permanent auf einem Vulkan, man erwartet die Revolution jeden Tag! Die Slawen sind nicht treu und keine Monarchisten; sie sind alle Republikaner im Innern und verstellen sich und lügen alle und immer."

Drei größere Ereignisse, die mit der äußeren Politik zusammenhingen, fielen in die Zeit des Fürsten Hohenlohe: 1895 die Eröffnung des unter Kaiser Wilhelm dem Großen begonnenen Kaiser Wilhelm-Kanals (Nord-Ostsee-Kanal), zu der als Vertreter Geschwader oder Schiffe der ganzen Welt geladen wurden; 1897 die Erwerbung von Tsingtau; zum dritten die vielumstrittene Krügerdepesche.

Bei der Erwerbung von Tsingtau hat Fürst Hohenlohe besonderen Anteil genommen. Auch er war der Ansicht, daß Deutschland für seine Schiffe notwendig eigene Kohlenstationen brauche, und daß das Drängen der Handelskreise, die Gelegenheit der Aufschließung Chinas für den internationalen Handel nicht vorübergehen

---

*) „Nein, mein Freund, wir werden gänzlich geschlagen werden; aber was macht das? Wir werden dann auch die Republik bekommen."

**) „Oh, Krieg! Daran darf man nicht einmal denken!"

zu lassen, berechtigt sei. Es sollte unter Wahrung der chinesischen Reichshoheit und Bezahlung des Likins ein Handelsplatz mit maritimer Kohlenstation als Schutz gegründet werden, wobei China die größtmögliche Mitwirkung zugedacht war. Die Station sollte vor allem dem Handel zugute kommen, der militärische Teil nur den Schutz für die Entwicklung der Handelsstadt gewähren, nicht aber Selbstzweck oder Basis für weitergehende militärische Unternehmungen werden.

Es waren schon verschiedene Plätze ins Auge gefaßt worden, die sich aber bei näherer Betrachtung als nicht geeignet erwiesen, zumeist, weil sie schlechte oder gar keine Verbindung mit dem Hinterland besaßen, handelspolitisch nicht aussichtsreich oder nicht frei von fremden Vorrechten waren. Auf Grund der Berichte des Admirals Tirpitz, der damals Chef der ostasiatischen Kreuzerdivision war, und des Urteils des Geographen Freiherrn v. Richthofen, der auf eine Anfrage hin ein vielversprechendes Bild der Entwicklungsmöglichkeit in Shantung gegeben hatte, einigte man sich schließlich auf die Gründung einer Niederlassung in der Bucht von Kiau-Tschou.

Es wurden nun seitens des Kanzlers Orientierungen eingezogen über die politischen Fragen, die dabei auftauchten und zu berücksichtigen waren. Insbesondere galt es, Rußland nicht in die Quere zu kommen oder zu stören. Auch bei unserer ostasiatischen Division wurden weitere Erkundigungen angeordnet. Von ihr liefen gute Meldungen ein über Ankergrund und Eisfreiheit der Bucht von Kiau-Tschou und über die Aussichten eines etwa dort zu gründenden Hafenplatzes. Bei dem Verkehr mit der russischen Chinadivision war aus Gesprächen der Führer miteinander bekannt geworden, daß der russische Admiral auf Befehl seiner Regierung einen Winter in der Bucht geankert, diese aber so öde und entsetzlich einsam gefunden habe – es gab keine Teehäuser mit japanischen Geishas, die von den Russen als für den Winteraufenthalt unbedingt nötig angesehen

wurden –, daß das russische Geschwader niemals wieder dorthin gehen werde. Auch habe der russische Admiral seiner Regierung auf das dringendste abgeraten, die Idee, sich in dieser Bucht festzusetzen, weiter zu verfolgen, weil dort absolut nichts zu holen sei. Also die Russen hätten dort keine Absichten.

Diese letzte Auskunft traf ziemlich gleichzeitig mit der Antwort des russischen Außenministers Grafen Muraview an den deutschen Botschafter auf die vom Kanzler veranlaßten Sondierungen ein. Muraview ließ wissen, Rußland habe zwar keine direkten vertraglichen Ansprüche auf die Bucht durch Abkommen mit China, es erhebe jedoch Besitzanspruch auf Grund des „droit du premier mouillage" (Recht der ersten Ankerung), weil die russischen Schiffe dort zu allererst vor anderen Flotten geankert hätten. Diese Antwort stand also im Gegensatz zu dem Bericht unserer ostasiatischen Division über die Äußerungen des russischen Admirals.

Als ich mit Hollmann beim Kanzler zusammen kam, um diese Antwort zu diskutieren, begleitete der Fürst deren Verlesung mit seinem feinen ironischen Lächeln und fügte sodann hinzu, er habe im Auswärtigen Amt keinen Juristen finden können, der ihm über diese wunderliche Behauptung hätte Auskunft erteilen können; ob die Marine vielleicht dazu in der Lage sei? Admiral Hollmann erklärte auf Grund seiner Erfahrung im Auslandsdienst, daß er niemals etwas davon gehört habe; das sei Unsinn und eine Erfindung Muraview's, der nur nicht wolle, daß ein anderes Volk sich dort etabliere. Ich empfahl, um die Frage zu klären, den damals noch lebenden berühmtesten Kenner des internationalen Seerechts, Geheimen Admiralitätsrat Perels, eine anerkannte Autorität auf diesem Gebiet, zu einem Gutachten aufzufordern. Das geschah. Das Gutachten lautete vernichtend für Muraview's Ansicht, bestätigte die Hollmanns und räumte mit der Legende vom „droit du premier mouillage" gründlich auf.

So gingen die Monate hin, und mein Besuch in Peterhof im August 1897 stand bevor. In Übereinstimmung mit dem fürstlichen Oheim beschloß ich, mit dem Zaren persönlich und offen die ganze Frage zu besprechen, und wenn möglich den Murawiewschen Noten und Ausflüchten ein Ende zu bereiten. Die Aussprache fand in Peterhof statt. Der Zar erklärte, er habe an den Landesteilen südlich der Linie Tientsin-Peking kein Interesse, also sei kein Grund für ihn vorhanden, uns in Shantung Hindernisse zu bereiten. Sein Interesse konzentriere sich auf die Landesteile am Yalu, Port Arthur usw., nachdem die Engländer ihm in Mokpo Schwierigkeiten gemacht hätten. Er werde sich sogar freuen, wenn Deutschland in Zukunft auf der andern Seite des Golfes von Tschili als Rußlands gern gesehener Nachbar erscheine. Nachher hatte ich ein Gespräch mit Muraview. Er wandte alle seine Tricks an, drehte und wendete sich und brachte endlich sein berühmtes „droit du premier mouillage" vor. Ich hatte bloß auf diesen Augenblick gewartet und ging nun meinerseits zur Offensive über, indem ich ihm gründlich mit dem Perelsschen Gutachten zu Leibe rückte. Als ich ihm schließlich, wie der Zar es gewünscht hatte, das Ergebnis des Gesprächs der beiden Souveräne mitteilte, wurde der Diplomat noch mehr betreten, verlor seine gekünstelte Ruhe und kapitulierte.

So war der Boden politisch vorbereitet. Im Herbst kam die Nachricht des Bischofs Anzer über die Ermordung der beiden deutschen katholischen Missionare in Shantung. Die ganze deutsche katholische Welt, besonders die „Kolonialen" in der Zentrumspartei, verlangte energische Maßnahmen. Der Kanzler schlug mir sofortiges Einschreiten vor. Auf der Winterjagd in Letzlingen beriet ich in einem der kleinen Türme des Schlosses mit ihm die zu ergreifenden Schritte. Der Fürst machte den Vorschlag, den anwesenden Prinzen Heinrich von Preußen mit dem Kommando des zur Verstärkung der ostasiatischen Division hinauszusendenden Geschwaders zu betrauen.

Ich machte meinem Bruder hiervon in Gegenwart des Kanzlers Mitteilung. Der Prinz und die anwesenden Herren waren hocherfreut. Der Kanzler sandte die Mitteilung an das Auswärtige Amt und an den auf Reisen befindlichen neuen Staatssekretär des Äußeren, Herrn v. Bülow.

Im November 1897 wurde Kiau-Tschou besetzt. Im Dezember des Jahres ging Prinz Heinrich mit seiner Division an Bord der „Deutschland" nach Ostasien hinaus, wo er später das Kommando über das gesamte ostasiatische Geschwader übernahm. Am 6. März 1898 wurde der Pachtvertrag über Kiau-Tschou mit China unterzeichnet. Zur selben Zeit regte Mr. Chamberlain in London beim japanischen Gesandten Baron Kato den Gedanken des Abschlusses eines englisch-japanischen Bündnisses an, um dem Vordringen Rußlands im Osten einen Riegel vorzuschieben.

Man wird naturgemäß fragen, warum bei unserem kühnen Vorgehen nicht auch von England die Rede ist, das doch wesentlich daran interessiert war. Aber ein Vorspiel mit England war bereits vorausgegangen. Ich hatte, um dem Mangel an deutschen Kohlenstationen abzuhelfen, die Absicht gehabt, solche möglichst im Einverständnis mit England zu gründen, zu pachten oder käuflich zu erwerben. Da mein Oheim der Kanzler, als Hohenlohe ein Verwandter der Königin Victoria, Ihrer Majestät von früher her persönlich bekannt und von ihr sehr geschätzt war, so erhoffte ich hiervon einige Erleichterung in den Verhandlungen, die zu dem erwähnten Zweck mit der englischen Regierung geführt wurden. Diese Hoffnung erwies sich als trügerisch. Die Verhandlungen zogen sich in die Länge, ohne Aussicht auf erfolgreichen Abschluß zu bieten.

Ich nahm daher auf Wunsch des Kanzlers Veranlassung, die Angelegenheit mit dem englischen Botschafter in Berlin durchzusprechen. Ich beklagte mich über die Behandlung seitens der englischen Regierung, die sich überall selbst den berechtigtsten deutschen

Wünschen entgegenstellte. Der Botschafter gab dies unumwunden zu und äußerte sein Erstaunen darüber, daß man in England so wenig entgegenkommend und so kurzsichtig sei. Denn wenn eine junge aufstrebende Nation wie Deutschland, deren Entwicklung doch nicht aufzuhalten sei, statt frischweg zuzugreifen oder sich mit andern Nationen zu verbinden, sich direkt an England wende, um mit dessen Einverständnis Erwerbungen vorzunehmen, so sei das eigentlich schon mehr, als England verlangen könne. Und, da England fast schon die ganze Welt gehöre, könne es doch wohl eine Stelle finden, wo es Deutschland gestatte, sich eine Station zu etablieren. Er verstehe die Herren in Downingstreet nicht. Wenn Deutschland die Anlagen nicht *mit* Englands Beistand erhalte, werde es sich voraussichtlich selbständig geeignete Stellen nehmen, denn irgendein Recht, es daran zu hindern, gäbe es schließlich nicht.

Ich betonte, daß dies durchaus meine Auffassung sei, und faßte zum Schluß dem Botschafter gegenüber meinen Standpunkt nochmals dahin zusammen: Deutschland sei das einzige Land der Welt, das trotz seinem Kolonialbesitz und seinem sich rasch ausdehnenden Handel noch keine Kohlenstationen habe. Wir wollten solche gern im Einvernehmen mit England erwerben. Weigere sich England, Verständnis für unsere Lage und Entgegenkommen zu zeigen, so müßten wir uns an eine andere Großmacht wenden, um mit deren Hilfe Niederlassungen zu gründen. Auch dieses Gespräch nutzte nichts. Schließlich wurden die Verhandlungen von England in ziemlich unhöflicher Form ohne Resultat abgebrochen. Daraufhin entschlossen sich der Kanzler und ich, uns an Rußland zu wenden.

Die Besetzung von Kiau-Tschou löste bei der englischen Regierung Überraschung und Ärger aus. Sie hatte bei ihrer Ablehnung bestimmt darauf gerechnet, daß niemand Deutschland zum Ziele helfen werde. Nun war es anders gekommen, und Rekriminationen aus London blieben nicht aus. Als der englische Botschafter diesen Aus-

druck verlieh, wurde er auf das Gespräch mit mir hingewiesen, und es wurde ihm klar gemacht, daß es allein die Schuld seiner Regierung war, wenn es zu keinem Arrangement mit Deutschland gekommen sei. –

Die ablehnende Haltung Englands hat uns damals befremdet. Ein Vorgang, der mir zu jener Zeit noch nicht bekannt gewesen ist, dürfte geeignet sein, jetzt Licht in die Angelegenheit zu bringen. In einer Publikation „The Problem of Japan"*), die im Jahre 1918 anonym im Haag erschienen ist und von einem „Exdiplomaten aus dem fernen Osten" geschrieben sein soll, wird ein Auszug aus einem Werke des Professors der Geschichte an der Washington Universität in St. Louis, Roland Usher, veröffentlicht. Usher ist, ebenso wie sein früherer Kollege, Professor John Bassett Moore von der Columbia-Universität in New York, des öfteren vom State Department in Washington als Ratgeber auf dem Gebiete auswärtiger Beziehungen herangezogen worden, da er wie wenige Männer in Amerika eine eingehende Kenntnis der internationalen Fragen, die auf die Vereinigten Staaten Bezug haben, besitzt. Professor Usher hat in seinem 1913 erschienenen Werke zum ersten Male das Vorhandensein und den Inhalt eines „Agreement" oder „Treaty" (Abkommen oder Vertrag) geheimer Natur zwischen England, Amerika und Frankreich aus dem Frühjahr 1897 bekannt gegeben. In diesem Agreement war vereinbart, daß, falls Deutschland oder Österreich oder beide einen Krieg um des „Pangermanismus" (Alldeutschtums) willen beginnen würden, die Vereinigten Staaten sich sofort für England und Frankreich erklären und alle Kräfte aufbieten sollten, diesen beiden Mächten beizustehen. Professor Usher führt des längeren alle Gründe, auch kolonialer Natur an, die es für die Vereinigten Staaten zwingend machten, sich unbedingt auf seiten Englands und Frank-

---

*) Deutsche Ausgabe: „Das Problem Japans". Leipzig 1920 (K. F. Koehler).

reichs an einem Kriege gegen Deutschland zu beteiligen, den Professor Usher 1913 als bald bevorstehend voraussagt!!

Der ungenannte Verfasser von „The Problem of Japan" hat sich der Mühe unterzogen, die Abmachungen zwischen England, Frankreich und Amerika von 1897 tabellarisch zu rubrizieren und dadurch das Maß der gegenseitigen Verpflichtungen in greifbarer Gestalt darzulegen. Das Kapitel*) ist außerordentlich lesenswert und gibt einen guten Einblick in die Vorgeschichte und die Vorbereitung des Weltkrieges seitens der „Entente", die sich damals schon gegen Deutschland vereinigte, wenn sie auch noch nicht unter dem Namen Entente cordiale auftrat. Der Exdiplomat bemerkt hierzu: „Hier hat man einen Vertrag, von dem Professor Usher behauptet, er sei schon Anno 1897 geschlossen worden, in welchem jede Phase der Anteilnahme und Betätigung Englands, Frankreichs und Amerikas bei zukünftigen Ereignissen schon vorgesehen ist, einschließlich der Eroberung der spanischen Kolonien, der Kontrolle über Mexiko und Zentralamerika, der Öffnung Chinas und der Annexion von Kohlenstationen. Professor Usher will uns nun glauben machen, daß alle diese Maßnahmen getroffen wurden, um die Welt vor dem ‚Pangermanismus' zu schützen."

„Es ist überflüssig," fährt der Exdiplomat fort, „Professor Usher daran zu erinnern, daß, wenn wir wirklich annehmen wollen, daß das Gespenst des ‚Pangermanismus' überhaupt existiert, doch 1897 bestimmt noch niemand etwas davon gehört hatte — denn zu dieser Zeit hatte Deutschland noch nicht einmal sein großes Flottenprogramm aufgestellt, das überhaupt erst 1898 verlautbart wurde. Wenn es also wahr ist, daß England, Frankreich und die Vereinigten Staaten die gemeinsamen Pläne hegten, die Professor Usher ihnen nachsagt, und daß sie ein Bündnis zu deren Durchführung schlossen, so wird

*) In der deutschen Ausgabe S. 91—106.

es kaum angehen, die Konzeption zu diesem Gedanken und den Antrieb zu seiner Durchführung einem so schwachen Vorwand wie dem Aufkommen des ‚Pangermanismus' zuzuschreiben." Soweit der Exdiplomat.

Man muß staunen. Ein direkter Aufteilungsvertrag gegen Spanien, Deutschland usw. wird von Galliern und Angelsachsen im tiefsten Frieden bis in die Details geregelt, abgeschlossen, ohne jede Gewissensbisse, zum Zwecke Deutschland-Österreich zu zertrümmern und ihre Konkurrenz vom Weltmarkt auszuschließen! 17 Jahre vor Beginn des Weltkrieges ist dieser Vertrag von den vereinigten Gallo-Angelsachsen geschlossen und sein Ziel systematisch durch diese ganze Zeitperiode hindurch vorbereitet worden! Nun begreift man auch die Leichtigkeit, mit der König Eduard VII. seine Einkreisungspolitik betreiben konnte; die Hauptakteure waren schon lange einig und bereit. Als er den Pakt „Entente cordiale" taufte, war diese Erscheinung für die Welt, zumal für die deutsche, ein unangenehmes Novum, für drüben war es nur die offizielle Anerkennung der dort längst bekannten Tatsachen.

Angesichts dieses Agreements versteht man nun auch den Widerstand Englands im Jahre 1897 gegen ein Abkommen mit Deutschland über Kohlenstationen und den Ärger darüber, daß es Deutschland mit russischem Einverständnis gelungen war, festen Fuß in China zu fassen, über dessen Ausnutzung ohne Deutschlands Mitwirkung man sich eben zu dritt geeinigt hatte. Usher hat aus der Schule geplaudert und schlagend bewiesen, bei wem die Schuld am Weltkrieg wirklich liegt. Es ist der gegen Deutschland gerichtete Vertrag — „Gentleman's agreement" zuweilen genannt — vom Frühjahr 1897, der die Grundlage, den Ausgangspunkt bildet und von den Ententeländern durch 17 Jahre systematisch ausgebildet wurde. Als es ihnen gelungen war, auch Rußland und Japan für sich zu gewinnen, schlugen sie los, nachdem Serbien den Mord von

Serajewo inszeniert und damit die Lunte in das sorgfältig gefüllte Pulverfaß geschleudert hatte.

Professor Usher's Mitteilungen bedeuten aber auch eine glatte Abfertigung für alle die Leute, die während des Krieges in einzelnen militärischen Handlungen seitens Deutschlands, wie z. B. dem Lusitaniafall, der Verschärfung des U-Bootkrieges usw., den Grund für die Teilnahme der Vereinigten Staaten am Kriege suchen zu müssen glaubten. Nichts von alledem ist richtig. Das jüngst erschienene vortreffliche Buch von John Kenneth Turner „Shall it be again?" weist auf Grund überzeugenden Beweismaterials nach, daß Wilsons angebliche Kriegsgründe und -ziele nicht die wirklichen gewesen sind. Amerika – oder richtiger sein Präsident Wilson – war wohl von Anfang an, jedenfalls seit 1915, entschlossen, gegen Deutschland Stellung zu nehmen und zu fechten. Das letztere tat es unter dem Vorwand des U-Bootkrieges, in Wirklichkeit unter dem Einfluß mächtiger Finanzgruppen und auf das Drängen und Bitten seines Partners Frankreich, dessen Menschenmaterial sich mehr und mehr erschöpfte. Amerika wollte das geschwächte Frankreich nicht allein mit England lassen, dessen Annexionsgelüste auf Calais, Dünkirchen usw. ihm wohlbekannt waren. –

Für Deutschland ist es verhängnisvoll gewesen – das sei hier im allgemeinen eingeschaltet –, daß unser Auswärtiges Amt der großzügigen Einkreisungspolitik Englands und der Verschlagenheit Rußlands und Frankreichs keine ebenbürtige diplomatische Kunst entgegen zu stellen verstanden hat. Zum Teil war das eine Folge davon, daß es unter Fürst Bismarck nicht eigentlich geschult worden und infolgedessen, als nach des Fürsten und Graf Herberts Abgang der alles beherrschende Wille und Geist fehlte, der Aufgabe, nun selbständig die äußere Politik zu führen, nicht recht gewachsen war. Es ist aber in Deutschland überhaupt schwer, einen guten diplomatischen Nachwuchs heranzuziehen. Denn es fehlt unserem Volk

der Sinn und die Begabung für Diplomatie, die sich nur in einzelnen Geistern, wie Friedrich dem Großen und Bismarck, glänzend gezeigt hat. Ungünstig für das Auswärtige Amt war auch der im Laufe der Jahre reichlich häufige Wechsel der Staatssekretäre. Die jeweiligen Reichskanzler behielten, nach dem Muster Bismarcks, die Einwirkung auf das Auswärtige Amt und schlugen die Staatssekretäre vor, die es leiten sollten. Ich habe den hierauf bezüglichen Anträgen der Reichskanzler Rechnung getragen, da ich ihnen das Recht zuerkannte, ihre ersten Mitarbeiter auf dem Gebiete der auswärtigen Politik selbst zu wählen. Daß der hiermit verbundene häufige Wechsel für die Kontinuität in der Politik nicht förderlich sein konnte, war ein Nachteil, der in Kauf genommen werden mußte.

Im Auswärtigen Amt herrschte vielfach der Grundsatz „nur keine unliebsamen Störungen mit anderen Mächten!", „surtout pas d'histoires!"*), wie der französische General einer Kompagnie sagte, von der ihm gemeldet wurde, sie habe meutern wollen. Einer der Staatssekretäre sagte mir einmal bei einem Vortrage, als er auf die scheinbar bedenkliche Lage in einer äußeren Frage von mir hingewiesen wurde: Das müsse sich wieder zurecht ziehen, für das Auswärtige Amt komme vor allem der Grundsatz in Betracht: „Nur Ruhe!" Aus dieser Anschauung ist auch die Antwort zu verstehen, die der deutsche Vertreter in einer südamerikanischen Republik einem deutschen Kaufmann erteilte, der sich bei ihm Hilfe und Fürsprache erbat, weil ihm sein Laden geplündert und sein Vermögen gestohlen worden sei: „Ach lassen Sie mich doch mit diesen Sachen ungeschoren. Wir haben eben so gute Beziehungen mit der Republik etabliert, die werden ja durch eine Aktion für Sie nur gestört." Es bedarf kaum der Erwähnung, daß ich — wo immer mir eine derartige Auffassung zur Kenntnis gekommen ist — den Betreffenden aus seiner Stellung entfernt habe.

*) „Nur keine Geschichten!"

Das Auswärtige Amt hat sich im Volke wie im Heere allgemeiner Unbeliebtheit erfreut. Ich habe wiederholt bei verschiedenen Kanzlern eine gründliche Reform angeregt. Aber vergebens. Jeder neue Kanzler, zumal wenn er nicht selbst aus dem Auswärtigen Dienste kam, brauchte das Auswärtige Amt, um sich in die äußere Politik einzuarbeiten. Das erforderte erst einmal Zeit. Hatte er sich aber eingearbeitet, dann war er der Behörde zu Dank verpflichtet und scheute sich, mit anderen Arbeiten überbürdet und auch aus Mangel an eingehender Personalkenntnis, durchgreifende Veränderungen vorzunehmen, zumal er doch immer noch des Rates der „Orientierten" zu bedürfen glaubte. —

Doch kehren wir noch einmal zu Tsingtau zurück. Hier war alles auf die Belebung von Handel und Industrie zugeschnitten, und alles wurde gemeinsam mit den Chinesen geschaffen, wie auch die Flagge des chinesischen Reiches über der Zollbehörde in Tsingtau wehte. Die Entwicklung war derart, daß der Ort in den letzten Jahren vor dem Kriege im Handelsregister der großen chinesischen Kaufmanns- und der Handelsgilde gleich hinter Tientsin an sechster Stelle unter allen chinesischen Handelsplätzen stand. Tsingtau war eine aufblühende deutsche Handelskolonie, von den Chinesen geschätzt und bewundert, und viele Chinesen wirkten in ihr mit. Es war gewissermaßen ein großes Musterlager deutschen Könnens und deutscher Leistungen zur Auswahl und Nacheiferung für die Chinesen, die Deutschland, seine Leistungsfähigkeit und Produkte vorher nicht gekannt hatten; ein Gegensatz zu den rein militärischen, auf Beherrschung und Eroberung gerichteten Flottenbasen Rußlands und Englands.

Das schnelle Aufblühen Tsingtaus als Handelsplatz hat den Neid der Japaner und Engländer erregt, wenn letztere es sich auch nicht nehmen ließen, in Scharen mit ihren Familien den herrlichen Strand, die kühle Luft und das schöne Strandhotel der Kolonie aufzusuchen und sich hier dem Polo und Lawntennis zu widmen, nachdem sie

der Hitze Hongkongs, Kantons und Shanghais entflohen waren. Aus Neid verlangte England 1914, Japan solle Tsingtau nehmen – obgleich es de facto chinesisch war. Japan tat es mit Freuden unter dem Versprechen der Rückgabe an China. Aber diese ist erst nach langem Drängen Anfang 1922 erfolgt, trotzdem Japan mit Amerika vereinbart hatte, daß es, ohne Washington vorher zu konsultieren, keine territorialen Veränderungen in China vornehmen dürfe. Damit ist ein großes deutsches Kulturwerk im Ausland, das vorbildlich für die Art und Weise war, wie ein Kulturland einer anderen Nation die Vorteile seiner Kultur zeigen und mitteilen kann, durch englischen Handelsneid vernichtet worden. England wird es einstmals, wenn Hongkong denselben Weg gegangen sein wird, bereuen und sich bittere Vorwürfe machen, daß es seinen alten Grundsatz, nach dem es so lange mit Vorteil gehandelt hat, verließ: „White man together against coloured man!"*) Wenn Japan erst seine Parole „Asien für die Asiaten" verwirklicht und China und Indien unter seine Botmäßigkeit gebracht haben wird, dann wird England sich noch nach Deutschland und seiner Flotte umsehen.

Über die „Gelbe Gefahr" ist es später, nach dem russisch-japanischen Kriege, bei einer Begegnung mit dem Zaren zu folgender Unterhaltung gekommen. Der Zar stand damals sichtlich unter dem Eindruck der wachsenden japanischen Macht und der von ihr ausgehenden Bedrohung Rußlands und Europas, und bat mich um meine Meinung darüber. Ich antwortete ihm: Wenn die Russen sich zu den kultivierten Mächten Europas zählten, müßten sie auch deren Schutz gegen die „Gelbe Gefahr" zu übernehmen bereit sein und für und mit Europa fechten für ihre und seine Existenz und Kultur. Fühlten sich dagegen die Russen als Asiaten, so würden sie sich mit der „Gelben Gefahr" verbinden und gemeinsam mit ihr über Europa

---

*) „Die weißen Völker immer zusammen gegenüber den farbigen!"

herfallen. Danach müsse der Zar seine Landesverteidigung und sein Heerwesen einrichten. Auf die Frage des Zaren, was ich denn erwarte, daß die Russen tun würden, erwiderte ich: „Das zweite." Der Zar war entrüstet und wünschte sofort zu wissen, auf welche Tatsachen sich dieses Urteil gründe. Meine Antwort lautete: Auf die Tatsachen des Eisenbahnbaues und des Aufmarsches des russischen Heeres an der preußisch-österreichischen Grenze. Darauf protestierte der Zar: Er und sein Haus seien Europäer, und sein Land und seine Russen würden gewiß zu Europa halten, und es werde ihm eine Ehrenpflicht sein, dieses vor den „Gelben" zu beschirmen. Ich bemerkte darauf, wenn er so stände, dann müsse er ungesäumt seine militärischen Vorbereitungen dementsprechend treffen. Dazu schwieg der Zar.

Jedenfalls habe ich die Besorgnisse des Zaren Nikolaus II. vor der wachsenden japanischen Macht für Deutschland und für die gesamte europäische Kultur auszuwerten gesucht. Rußland ist trotz dem Zusammengehen mit Japan als erster der am Kriege beteiligten Staaten niedergebrochen.

Die klugen Staatsmänner in Japan, deren es gar manche gibt, werden inzwischen wohl in einigem Zweifel darüber sein, ob sie ihr Land im Weltkriege auf die richtige Seite gestellt hatten. Ja, sie werden sich vielleicht fragen, ob es für Japan nicht vorteilhafter gewesen wäre, wenn es den Weltkrieg verhindert hätte. Das hätte in seiner Macht gelegen, wenn es sich stark und eindeutig auf die Seite der Mittelmächte gestellt hätte, von denen es in vergangener Zeit so gern und viel gelernt hat. Hätte Japan rechtzeitig eine derartige Orientierung seiner Außenpolitik vorgenommen und ähnlich wie Deutschland mit friedlichen Mitteln um seinen Anteil an Handel und Wandel in der Welt geworben, so hätte ich mit Freuden die „Gelbe Gefahr" in die Ecke gestellt und die aufstrebende Nation, „die Preußen des Ostens", im Kreise aller friedfertigen Völker begrüßt.

Niemand bedauert mehr als ich, daß die „Gelbe Gefahr" nicht schon ihren Sinn verloren hatte, als die Krise von 1914 anbrach. Die Erfahrungen des Weltkrieges können diesen Wandel noch bringen.

Daß Deutschland den Schritt Frankreichs und Rußlands in Shimonoseki mitgemacht hat, war durch die politische Lage Deutschlands in Europa begründet. Eingekeilt zwischen dem aufmarschierenden, Preußens Grenze bedrohenden Rußland und dem seine Grenzen mit Forts und Festungsgruppen neustärkenden Frankreich, die eine bündnisartige Freundschaft gegen Deutschland verband, sah man in Berlin mit Sorge der Zukunft entgegen. Die Rüstungen der beiden Mächte waren uns weit voraus und ihre Flotten viel moderner und stärker, als die aus ein paar alten, kaum einen Gefechtswert besitzenden Schiffen bestehende Deutschlands. Somit schien es uns ein Gebot der Klugheit, dem Vorschlage dieser starken Gruppe Folge zu leisten, damit sie sich nicht – im Falle unserer Ablehnung – sofort an England wandte und dessen Zutritt erzielte. Das hätte schon damals die Kombination von 1914 ergeben, der gegenüber Deutschland einen schweren Stand gehabt hätte. Japan hingegen stand sowieso schon im Begriff, mit seinen Sympathien nach England überzuschwenken. Außerdem bot das Mitgehen Deutschlands mit der franco-russischen Gruppe immerhin die Möglichkeit, infolge der im fernen Osten gemeinsam vertretenen Politik allmählich auch in Europa zu einem vertrauensvolleren und weniger gespannten Verhältnis und Nebeneinanderleben mit den beiden Nachbarn zu kommen. Unsere hier eingeschlagene Politik bewegte sich mithin auch hier folgerichtig auf der Linie der Erhaltung des Weltfriedens. –

In der ganzen Frage von Kiau-Tschou hat Fürst Hohenlohe trotz seinem hohen Alter eine Zielbewußtheit und eine Entschlußkraft an den Tag gelegt, die ihm hoch angerechnet werden müssen. Leider hat ihn seine Umsicht und sein sonst so klarer Blick in der Angelegenheit der Krügerdepesche im Stich gelassen; anders ist sein starres

Festhalten an ihrer Absendung nicht zu verstehen. Der Einfluß einer so energischen, der Rede mächtigen Persönlichkeit, wie Herr v. Marschall, der ehemalige Staatsanwalt, es war, mag wohl ein so präponderanter, und die Sirenenklänge Herrn v. Holsteins mögen so überzeugend gewesen sein, daß der Fürst sich ihnen gefügt hat. Immerhin hat er seinem Lande einen schlechten Dienst damit erwiesen und mir sowohl in England als auch im Inlande sehr schweren Schaden getan.

Da die sogenannte Krügerdepesche viel Aufsehen erregt und starke politische Nachwirkungen verursacht hat, will ich ihre Geschichte eingehend schildern.

Der Jameson-Einfall hatte in Deutschland eine große, sich steigernde Erregung ausgelöst. Das deutsche Volk empörte sich über diesen Versuch der Vergewaltigung einer kleinen Nation, deren Ursprung niederländisch, also auch niedersächsisch-deutsch ist, und die aus völkisch-verwandtschaftlichen Gründen Sympathie bei uns genoß. Mir machte diese heftige Erregung, die auch die höheren Kreise der Gesellschaft ergriff, wegen etwaiger Verwicklungen mit England große Sorge. Ich war der Ansicht, daß man England, wenn es die Burenstaaten erobern wollte, daran nicht hindern könnte, obwohl auch ich der Überzeugung war, daß diese Eroberung zu Unrecht geschehe. Aber ich vermochte gegen jene Stimmung nicht aufzukommen und wurde sogar in meinem näheren Bekanntenkreise wegen meiner Stellungnahme recht ablehnend beurteilt.

Als ich mich eines Tages zu einer Besprechung bei meinem Oheim dem Reichskanzler befand, bei der der Staatssekretär des Reichsmarineamts Admiral Hollmann zugegen war, erschien plötzlich in erregter Stimmung der Staatssekretär Freiherr Marschall mit einem Blatt Papier in der Hand. Er erklärte, die Erregung im Volke, ja auch im Reichstag sei so gewachsen, daß es unumgänglich nötig sei, ihr nach außen hin Ausdruck zu geben. Das geschehe

am besten durch ein Telegramm an Krüger, zu dem er den Entwurf in der Hand hielt. Ich sprach mich dagegen aus und wurde darin von Admiral Hollmann unterstützt. Der Reichskanzler verhielt sich bei dieser Debatte zunächst passiv. Da ich die Unkenntnis der englischen Volkspsyche seitens des Auswärtigen Amtes und des Freiherrn Marschall kannte, versuchte ich, diesem die Folgen, die ein solcher Schritt im englischen Volk auslösen werde, klar zu machen; auch hierbei sekundierte mir Admiral Hollmann. Marschall war aber nicht zu überzeugen.

Da endlich ergriff der Reichskanzler das Wort und bemerkte, daß ich mich als konstitutioneller Herrscher nicht in Gegensatz zum Volksbewußtsein und zu meinen verfassungsmäßigen Ratgebern stellen dürfe. Sonst drohe die Gefahr, daß die sehr erregte Stimmung des in seinem Gerechtigkeitsgefühl -- auch seinem Mitgefühl für die Niederlande — stark getroffenen deutschen Volkes über die Ufer schlagen und sich auch gegen mich persönlich wenden werde. Schon jetzt seien Bemerkungen im Volke im Umlauf: Der Kaiser sei ja doch ein halber Engländer und habe heimliche englische Sympathien, er stehe ganz unter dem Einfluß seiner Großmutter, der Königin Victoria, die „Onkelei" aus England müsse endlich aufhören, der Kaiser müßte aus der englischen Vormundschaft heraus usw. Daher müsse er, der Reichskanzler, wenn er auch die Berechtigung meiner Einwürfe nicht verkenne, aus allgemeinem politischen Interesse, wie vor allem im Interesse meines Verhältnisses zu meinem Volk, darauf bestehen, daß ich das Telegramm unterzeichne. Er wie Herr v. Marschall als meine verfassungsmäßigen Berater übernähmen für das Telegramm und seine Konsequenzen die volle Verantwortung.

Admiral Hollmann, vom Reichskanzler ersucht, seinen Standpunkt zu teilen und auch seinerseits mir gegenüber zu vertreten, lehnte dies mit dem Bemerken ab, daß die angelsächsische Welt unbedingt den

Kaiser mit dem Telegramm belasten werde, da man Seiner Majestät älterem Ratgeber eine solche Provokation niemals zutrauen, sondern sie als eine „impulsive" Handlung des „jugendlichen" Kaisers deuten werde.

Darauf versuchte auch ich nochmals, die Herren von ihrem Plan abzubringen. Der Reichskanzler und Marschall bestanden aber darauf, daß ich unterzeichne, unter Betonung ihrer Verantwortlichkeit für die Folgen. Diesen Vorstellungen glaubte ich mich nicht versagen zu sollen. Ich unterschrieb.

Den ganzen Vorgang hat mir Admiral Hollmann nicht lange vor seinem Tode noch einmal mit allen Details, wie er hier geschildert ist, ins Gedächtnis zurückgerufen.

In einer Veröffentlichung des damaligen Vertreters der Times Sir Valentine Chirol in den Times vom 11. Sept. 1920 erzählt dieser, daß Herr v. Marschall ihm unmittelbar nach Absendung der Depesche erklärt habe, die Depesche gäbe nicht die persönliche Auffassung des Kaisers wieder; sie sei eine „Staats-Aktion", für die der Kanzler und er selbst die volle Verantwortung trügen.

Nach der Veröffentlichung der Krügerdepesche ging der Sturm in England los, wie ich es vorausgesagt hatte. Ich erhielt aus allen Kreisen Englands, zumal aus aristokratischen, auch von mir unbekannten Damen der Gesellschaft, eine wahre Flut von Briefen mit allen denkbaren Vorwürfen, die sogar vor persönlichen Schmähungen und Beleidigungen nicht halt machten. Angriffe und Verleumdungen seitens der Presse setzten ein, und bald war die Legende von der Entstehung der Depesche so feststehend wie das Amen in der Kirche. Hätte Marschall seine zu Chirol geäußerte Darlegung des wirklichen Sachverhalts auch im Reichstage kundgegeben, dann wäre ich persönlich nicht in solchem Maße in die Sache hineingezogen worden. –

Im Februar 1900, als der Burenkrieg im Gange war, erhielt ich, während ich mich gerade nach der Vereidigung der Rekruten in

Wilhelmshaven mit der Flotte bei Helgoland zu Exerzitien der Linienschiffe befand, aus der Wilhelmstraße via Helgoland die telegraphische Meldung, daß Rußland und Frankreich an Deutschland den Vorschlag gerichtet hätten, jetzt, wo England engagiert sei, ihm gemeinsam in den Arm zu fallen und seinen Seeverkehr lahmzulegen. Ich sprach mich dagegen aus und befahl Ablehnung des Angebots.

Da ich annahm, daß Paris und Petersburg die Sache in London so darstellen würden, als ob Berlin den beiden Stellen jenen Vorschlag gemacht habe, telegraphierte ich sofort von Helgoland aus an die Königin Victoria und an den Prinzen von Wales (Edward) das Faktum des franco-russischen Angebots und seiner Ablehnung durch mich. Die Königin erwiderte mit herzlichem Dank, der Prinz von Wales mit dem Ausdruck seines Erstaunens. Späterhin ließ Ihre Majestät mich unter der Hand wissen, daß kurze Zeit nach Eintreffen meines Helgoländer Telegramms über das Angebot von Paris und Petersburg auch die von mir vorausgesehene umgekehrte Darstellung in London wirklich eingetroffen war, und daß sie froh gewesen wäre, auf Grund meiner Mitteilung ihrer Regierung die Intrigen aufdecken und sie über die Loyalität der Haltung Deutschlands beruhigen zu können; sie werde mir den treuen Freundschaftsdienst für England in schwerer Zeit nicht vergessen! –

Als Cecil Rhodes bei mir vorsprach, um die Durchführung der Cape-to-Cairo-Railway and Telegraph-Line durch das Hinterland von Deutsch-Ostafrika zu erwirken, wurden seine Wünsche, im Einverständnis mit dem Auswärtigen Amt und dem Reichskanzler, von mir bewilligt unter der Bedingung der Heranführung einer Stichbahn über Tabora und des Gebrauchs deutschen Materials im deutschen Gebiet. Beides wurde von Rhodes bereitwilligst zugesagt. Er war dankbar für die Erfüllung seines Lieblingswunsches durch Deutschland, nachdem kurz zuvor König Leopold von Belgien ihn mit seinem Gesuch abgewiesen hatte.

Rhodes war voller Bewunderung für Berlin und die gewaltigen deutschen Industrieanlagen, die er täglich besuchte. Schließlich sagte er: Er bedauere, nicht schon früher in Berlin gewesen zu sein, um die Kraft und Leistungsfähigkeit Deutschlands kennen zu lernen und Fühlung mit der Deutschen Regierung und führenden Männern aus den Handelskreisen zu nehmen. Er habe bereits vor dem Jameson-Zuge nach Berlin kommen wollen, sei aber damals in London daran gehindert worden. Hätte er uns früher über seine Absicht, die Erlaubnis zur Durchführung der Cape-to-Cairo-Line sowohl durchs Burenland wie durch unsere Kolonien zu erwirken, orientieren können, dann würde ihm die deutsche Regierung wahrscheinlich durch Zureden bei Krüger, der sich nicht zur Erteilung jener Erlaubnis verstehen wollte, haben helfen können. Der „stupid Jameson-raid" wäre dann niemals gemacht, die Krügerdepesche niemals geschrieben worden. Im übrigen setzte er hinzu: Die Krügerdepesche sei ganz berechtigt gewesen! Er habe sie mir gar nicht übel genommen. Da man bei uns ja über den Zweck und die wirklichen Absichten nicht orientiert sein konnte, so habe jener Vorstoß wohl wie ein „act of piracy"*) ausgesehen, und so etwas hätte die Deutschen natürlich ganz mit Recht aufgeregt. Er habe nur den Geländestreifen für seinen Schienenweg haben wollen – wie Deutschland ihn eben in seinem Hinterland konzediert habe –; dieses Verlangen sei nicht unbillig gewesen und wäre sicher von uns unterstützt worden. Ich solle mir übrigens über die Depesche keine grauen Haare wachsen lassen und mich um das Geschrei der englischen Presse nicht weiter kümmern. – Rhodes kannte die Entstehung der Krügerdepesche nicht und wollte mich als deren vermeintlichen Urheber trösten.

Darauf empfahl mir Rhodes noch, die Bagdadbahn zu bauen und Mesopotamien unter gleichzeitiger Bewässerung zu erschließen.

---

*) „Raubzug".

Das sei Deutschlands Aufgabe, so wie die seinige die „Cape-to-Cairo-Line". Da die Durchführung der Linie durch unser Gebiet auch von der Überlassung der Samoa-Inseln an uns abhängig gemacht worden war, hat sich Rhodes für deren Abtretung an uns in London lebhaft eingesetzt. –

In der inneren Politik hat Fürst Hohenlohe als Kanzler eine milde Hand walten lassen, was dem allgemeinen Gefüge nicht dienlich gewesen ist. Zum Vatikan hat er infolge seiner alten Bekanntschaft mit Herrn v. Hertling gute Beziehungen zu etablieren verstanden. Seine Milde und Nachsicht wurde auch auf die Reichslande, für die er als Sachverständiger von früher her besonderes Interesse hatte, übertragen. Es wurde ihm aber schlecht dafür gedankt; denn das Franzosentum, dadurch indirekt begünstigt, gebärdete sich dort immer anmaßender. Fürst Hohenlohe liebte Vermittlung, Ausgleich und Versöhnung als Mittel anzuwenden, auch den Sozialisten gegenüber, oft bei Gelegenheiten, wo energisches Eingreifen besser am Platze gewesen wäre.

Meine Orientreise nach Stambul und Jerusalem hat er lebhaft begrüßt. Er war erfreut über die Festigung der Beziehungen zu der Türkei und betrachtete das daraus resultierende Projekt der Bagdadbahn als ein Deutschlands würdiges großes Kulturwerk.

Die Reise nach England 1899, die ich mit meiner Frau und zwei Söhnen auf Wunsch der Königlichen Großmutter unternahm, die bei ihrer zunehmenden Altersschwäche ihren ältesten Enkel noch einmal sehen wollte, fand beim Kanzler die wärmste Unterstützung. Er erhoffte von dieser Reise einmal eine Abschwächung der Folgen des seinerzeit von ihm lanzierten Krügertelegramms, andererseits die Klärung wichtiger Fragen durch meine Aussprache mit englischen Staatsmännern. Die Königin hatte, um irgendwelchen Ungehörigkeiten seitens der englischen Presse vorzubeugen, die durch den Burenkrieg und die zum Teil unberechtigten Angriffe gewisser deutscher

Blätter gereizt dementsprechend antwortete, den Verfasser des „Life of Prince Consort", Sir Theodore Martin, beauftragt, die englische Presse von dem Wunsche Ihrer Majestät zu unterrichten, daß dem Kaiserlichen Enkel ein würdiger und freundlicher Empfang zuteil werde. Das ist auch geschehen. Der Besuch verlief harmonisch und befriedigte nach jeder Richtung. Ich hatte mit den verschiedenen führenden Männern wichtige Aussprachen.

Die Krügerdepesche ist in der ganzen Zeit des Besuches nicht einmal zur Erwähnung gekommen. Hingegen hat die Königliche Großmutter ihrem Enkel nicht verschwiegen, wie unsympathisch ihr der Burenkrieg gewesen ist. Sie machte aus ihrer Mißbilligung und Abneigung gegen Mr. Chamberlain und sein ganzes Wesen kein Hehl und dankte mir noch für meine schnelle scharfe Ablehnung des russo-französischen Einmischungsangebots und die sofortige Benachrichtigung darüber. Es war klar zu erkennen, wie sehr die Königin ihre schöne Armee liebte und wie sie daher schmerzlich von deren anfänglichen Rückschlägen betroffen war, die zu nicht unerheblichen Verlusten geführt hatten. Der greise Feldmarschall Herzog von Cambridge prägte darüber das hübsche Wort: „The British nobleman and officer have shown that they can die bravely as gentlemen."*)

Bei der Abreise entließ die Königin ihren Enkel mit herzlichen und anerkennenden Empfehlungen an ihren sehr verehrten Vetter — much cherished cousin —, den Reichskanzler, von dessen Klugheit und Erfahrung sie hoffe, daß zwischen unseren beiden Ländern fernerhin ein gutes Verhältnis bestehen möge.

Meine Berichterstattung befriedigte den Fürsten Hohenlohe in jeder Hinsicht über den Erfolg der Reise, während ich von einer gewissen Presse und vielen aufgeregten „Burenfreunden" die heftigsten

*) „Der britische Adel und Offizier hat bewiesen, daß er als Edelmann tapfer zu sterben weiß."

Angriffe erfahren habe. Dem Deutschen fehlt eben das, was dem englischen Volk eingeimpft und durch lange politische Selbstzucht anerzogen ist: Wenn ein Kampf im Gange ist, sei es auch nur auf dem Felde der Diplomatie, so folgt der Engländer implicite der Fahne. Er handelt nach dem Worte: „You can't change the jokey while running."*) –

Im Herbst 1900 trat Fürst Hohenlohe vom Kanzlerposten zurück, da die Arbeitslast dem hochbetagten Herrn doch zu schwer wurde. Auch war ihm der ewige Zank und Streit der Parteien untereinander unsympathisch. Das Reden vor ihnen im Reichstag widerstrebte ihm. Ebenso unsympathisch war ihm die zum Teil zügellose Presse, die, mit Bismarckschen Zitaten arbeitend, vermeintliche Bismarcksche Traditionen zu wahren dachte und besonders im Burenkriege das Verhältnis zu England stark gefährdet hat.

Die bei des Fürsten Hohenlohe Wahl und Antritt gehegte Hoffnung, daß Fürst Bismarck ihm weniger Schwierigkeiten bereiten werde, hatte sich nur teilweise erfüllt. Durch meine Aussöhnung mit Bismarck, die durch seinen feierlichen Einzug in Berlin und sein Absteigen im alten Hohenzollernschloß zum äußeren Ausdruck kam, war die Atmosphäre ja wesentlich entspannt und der Fürst milder gestimmt worden, aber seine Anhänger und die aus Fronde zu ihm Haltenden vermochten von ihrem Treiben immer noch nicht zu lassen. Andererseits brachte es, während ich zur Feier des 80. Geburtstages Bismarcks nach Friedrichsruh reiste, die politische Vertretung des Volkes fertig, dem Altreichskanzler die Huldigung zu verweigern. Das mußte den feinbesaiteten Fürsten Hohenlohe tief verletzen und mit Unwillen erfüllen. Der Tod seines großen Vorgängers hat ihn wie mich tief bewegt, und wir haben mit dem deutschen Volke den Fürsten Bismarck als einen der größten Söhne

---

*) „Man kann den Jokei während des Rennens nicht wechseln."

Preußens und Deutschlands aufrichtig betrauert, wenn er uns auch unsere Arbeit nicht immer leicht gemacht hat. Ich ließ es mir nicht nehmen, von meiner Nordlandreise herbeizueilen, um den zu ehren, der als treuer Diener seines alten Herrn dem deutschen Volk zur Einigkeit verholfen hat und unter dem ich einst als Prinz mit Stolz hatte arbeiten dürfen.

Den Fürsten Hohenlohe soll unter anderem auch sein Sohn Alexander zum Rücktritt bewogen haben, der viel im Hause seines Vaters anwesend war – er hieß in der Gesellschaft der „Kronprinz" – und sich wesentlich von seinem liebenswürdigen Vater unterschied.

Fürst Hohenlohe konnte als Reichskanzler auf eine Reihe von Erfolgen blicken: Die Überwindung der Kämpfe um das „Bürgerliche Gesetzbuch", die Reform des Militärstrafverfahrens, das Flottengesetz, Samoa, das Oberkommando Waldersees in China bei den Boxerkämpfen, Tsingtau und den Yangtse-Vertrag.

Am 15. Oktober 1900 verabschiedete er sich von mir. Wir waren beide recht bewegt. Denn nicht nur der Kanzler, der treue Mitarbeiter schied von seinem Kaiser, sondern auch der Oheim vom Neffen, der voll dankbarer Hochachtung zu dem Greis emporsah, der im Alter von 75 Jahren – einem Alter, in dem andere längst sich zur Ruhe und Beschaulichkeit zurückzuziehen pflegen, – nicht gezögert hatte, dem Rufe des Kaisers zu folgen, um sich noch angestrengter Arbeit zu unterziehen und seine Zeit und Kraft dem deutschen Vaterlande zu widmen. Als er schon mein Zimmer verlassen wollte, faßte er noch einmal meine Hand mit der Bitte, ich möchte ihm in den Jahren, die er noch zu leben habe und die er in Berlin zu verbringen gedenke, dieselbe schlichte treue Freundschaft schenken, wie er sie zwischen Admiral Hollmann und mir so lange habe beobachten und bewundern können. Ich werde ihm stets ein treues Andenken bewahren.

B ű l o w

Am Tage nach dem Abschiede des Fürsten Hohenlohe traf der von mir zu seinem Nachfolger berufene Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Graf Bülow ein. Seine Wahl lag nahe, da er die vielen Fragen der immer lebhafter und verwickelter werdenden äußeren Politik, zumal die Beziehungen zu England, völlig beherrschte und sich auch bereits als geschickter Redner und schlagfertiger Debatter im Reichstage erwiesen hatte. Daß die zuletzt genannte Eigenschaft seinem Vorgänger fehlte, hatte sich des öfteren recht fühlbar gemacht. Als die Rücktrittsabsichten des Fürsten Hohenlohe im Bundesrat bekannt wurden, hatte mir der bayerische Gesandte in Berlin, Graf Lerchenfeld, sehr pointiert gesagt, ich möge nur um Himmelswillen nicht wieder einen Süddeutschen nehmen. Diese seien für die leitende Stelle in Berlin nicht geeignet; hier wüßten sich die Norddeutschen naturgemäß besser durchzusetzen: es sei also für das Reich besser, einen Norddeutschen zu wählen.

Persönlich war mir Bülow schon seit langem sowohl aus seiner Botschafterzeit in Rom, wie aus der Zeit seines Wirkens als Staatssekretär bekannt; ich hatte ihn schon damals oft in seinem Hause besucht und manche Unterredung mit ihm in seinem Garten gehabt. Er war mir näher getreten, als er mich auf der Orientreise begleitete und dort unter der Mitwirkung des Botschafters Freiherrn Marschall meine persönliche Fühlungnahme mit den führenden

Männern der türkischen Regierung vermitteln konnte. Das Verhältnis des neuen Kanzlers zu mir war also bereits fundiert und, da wir uns schon seit Jahren über alle politischen Probleme und Gebiete ausgesprochen hatten, gewissermaßen geklärt. Zudem stand er mir im Alter doch weit näher, als seine Vorgänger, die meist meine Großväter hätten sein können. Er war der erste „junge Kanzler", den das Deutsche Reich sah. Das erleichterte uns beiden die gemeinsame Arbeit.

Es ist, wenn ich in Berlin war, kaum ein Tag vergangen, an dem ich nicht mit Bülow einen längeren Morgengang im Garten des Reichskanzlerpalais unternommen habe, während dessen die Vorträge erledigt und die aktuellen Fragen berührt wurden. Oftmals sagte ich mich bei ihm zu Tisch an. Stets fand ich dort, vom Grafen und seiner liebenswürdigen Gemahlin auf das gastlichste empfangen, eine Reihe interessanter Männer, in deren geschickter Auswahl der Graf ein Meister war. Ebenso war er unübertrefflich in der gewandten Führung der Konversation und geistvollen Behandlung der verschiedenen auftauchenden Themata. Es war für mich immer ein Genuß, im Beisein der von sprudelndem Geist beseelten Persönlichkeit des Kanzlers mit vielen Professoren, Gelehrten und Künstlern sowie Staatsbeamten aller Art in ungezwungenen, außerdienstlichen Verkehr und anregenden Meinungsaustausch treten zu können. Der Graf war auch ein vortrefflicher Erzähler von Anekdoten, die er, sowohl gelesene wie selbsterlebte, in verschiedenen Sprachen vorbrachte. Er erzählte gern aus seiner Diplomatenzeit, besonders aus der Zeit seines Aufenthaltes in Petersburg.

Der Vater des Grafen war Intimus des Fürsten Bismarck und einer der ihm am nächsten stehenden Mitarbeiter gewesen. Auch der junge Bülow hatte seine Laufbahn unter dem großen Kanzler begonnen. Er war in Bismarckschen Ideen und Traditionen groß

geworden und von ihnen stark beeinflußt, ohne jedoch unselbständig an ihnen zu kleben.

In einem der ersten Gespräche, die ich mit Bülow als Reichskanzler führte, erkundigte er sich nach meiner Ansicht darüber, wie man am besten die Engländer zu behandeln und mit ihnen zu verkehren habe. Ich sagte ihm, daß meines Erachtens rückhaltlose Offenheit die Hauptsache im Verkehr mit ihnen sei. Der Engländer sei in Vertretung seines Standpunktes und seiner Interessen rücksichtslos bis zur Brutalität, er verstehe es daher sehr gut, wenn man ihm gegenüber dasselbe tue. Diplomatisieren oder gar „finassieren" dürfe man dem Engländer gegenüber nicht — das gehe nur bei lateinischen und slawischen Völkern —, weil er dann mißtrauisch werde und den Verdacht hege, man sei nicht ehrlich und wolle ihn heimlich übers Ohr hauen. Habe der Engländer erst einmal Verdacht gefaßt, dann sei trotz den schönsten Worten oder bereitwilligem Nachgeben nichts mehr zu machen. Ich könne daher dem Kanzler nur den Rat geben, sich in der Politik mit England nur der Geradheit zu befleißigen. Ich sagte das mit besonderem Nachdruck, weil gerade der geschmeidigen Diplomatennatur des Grafen Bülow das „Finassieren" sehr lag und ihm zur zweiten Natur geworden war.

Bei diesem Gespräch nahm ich auch die Gelegenheit wahr, den Kanzler vor der Person Holsteins zu warnen. Trotz meiner Warnung — die nur eine Wiederholung der mir seinerzeit von Bismarck gegebenen war — hat Bülow viel mit Holstein gearbeitet oder arbeiten müssen. Dieser merkwürdige Mann hatte sich allmählich, besonders seit der Zeit, in der das Auswärtige Amt nach Bismarcks Abgang gewissermaßen verwaist war, eine immer einflußreichere Stellung zu verschaffen gewußt, die er unter drei Kanzlern derart behauptet hat, daß er als unentbehrlich galt. Holstein war zweifellos mit großer Klugheit, die von einem phänomenalen Gedächtnis unterstützt wurde, und einer gewissen politischen Kombinationsgabe aus-

gestattet, die sich bei ihm freilich öfters bis zur Marotte steigerte. Zum guten Teil beruhte sein Ansehen auch darauf, daß er in weiten Kreisen, besonders bei den älteren Beamten, als der „Träger der Bismarckschen Traditionen" galt, der diese dem „jungen Herrn" gegenüber hochhielt. Seine Bedeutung lag vor allem in seiner weitreichenden Personalkenntnis im ganzen Bereich des auswärtigen Dienstes. Da er infolgedessen einen maßgebenden Einfluß auf alle Personalvorschläge besaß und damit die Karriere der jüngeren Beamten in der Hand hatte, erklärt es sich leicht, daß er nach und nach eine beherrschende Stellung im Auswärtigen Amt erlangt hat. Er strebte aber immer mehr danach, zugleich einen bestimmenden Einfluß auf die Leitung der auswärtigen Politik zu erlangen. Tatsächlich war er zeitweilig zum spiritus rector sowohl des Auswärtigen Amtes wie der auswärtigen Politik geworden.

Das Bedenkliche dabei war, daß er seinen weitreichenden Einfluß immer nur hinter den Kulissen ausübte und jeder offiziellen Verantwortlichkeit als Ratgeber aus dem Wege ging. Er zog es vor, im Dunkeln zu bleiben und zu wirken. Jeden verantwortlichen Posten – viele standen ihm offen –, jeden Titel, jede Beförderung schlug er aus. Er lebte ganz zurückgezogen. Lange Zeit habe ich vergeblich gesucht, ihn persönlich kennen zu lernen; ich versuchte es durch Einladungen zu Tische, aber Holstein lehnte jedesmal ab. Ein einziges Mal im Laufe vieler Jahre hat er sich herbeigelassen, im Auswärtigen Amt mit mir zu speisen. Charakteristisch für ihn ist, daß er dabei, während alle anderen Herren im Frack waren, im Gehrock erschien und sich damit entschuldigte, daß „er keinen Frack besitze". Die Heimlichkeit, mit der er sein Wirken so umgab, daß er nicht dafür verantwortlich erschien, zeigte sich zuweilen auch in der Art seiner Denkschriften. Sie waren zweifellos geistreich und bestechend, aber oft so verklausuliert und zweideutig wie die Orakel der Pythia zu Delphi. Es kam vor, daß, wenn man auf Grund ihres Inhaltes

einen Entschluß gefaßt hatte, Herr v. Holstein haarscharf nachwies, daß er genau das Gegenteil von dem gemeint habe, was man herausgelesen hatte.

Mir erschien jener starke Einfluß, den ein unverantwortlicher Ratgeber hinter den Kulissen, z. T. unter Umgehung der dafür berufenen und verantwortlichen Stellen, ausübte, bedenklich. Mehrmals ist es mir – besonders in der Ära Richthofen – widerfahren, daß mir ein fremder Botschafter, dem ich bei der Erörterung einer politischen Frage vorschlug, er möchte sie mit dem Staatssekretär besprechen, antwortete: „J'en parlerai avec mon ami Holstein."*) Schon, daß ein Beamter des Auswärtigen Amtes unter Umgehung seines Vorgesetzten mit fremden Botschaftern verhandelte, fand ich nicht richtig; aber daß er von diesen kurzweg per „ami" bezeichnet wurde, überschritt doch das Maß des mir nützlich Scheinenden.

Die Dinge hatten sich allmählich dahin entwickelt, daß Holstein tatsächlich ein gut Teil der äußeren Politik machte. Er hörte dabei allenfalls noch den Kanzler; was der Kaiser darüber dachte oder sagte, war für ihn ziemlich belanglos. Wurden Erfolge erzielt, so heimste sie das Auswärtige Amt ein; ging die Sache nicht nach Wunsch, dann war es die Schuld des „impulsiven jungen Herrn".

Trotz alledem schien auch Bülow den Herrn v. Holstein zunächst für unentbehrlich zu halten. Er hat lange mit ihm zusammen gearbeitet, bis auch für ihn der Druck, den dieser unheimliche Mann auf jeden ausübte, unerträglich wurde. Herr v. Tschirschky als Staatssekretär hat das Verdienst, die unhaltbaren Zustände endlich zum Bruch gebracht zu haben. Auf mein Befragen erklärte er mir, daß er Herrn v. Holsteins ferneres Bleiben für unmöglich halte, da dieser das ganze Auswärtige Amt durcheinander bringe, ihn selbst, den Staatssekretär, ganz auszuschalten suche und auch dem

---

*) „Ich werde das mit meinem Freunde Holstein besprechen."

Kanzler viel Schwierigkeiten bereite. Daraufhin befahl ich Herrn v. Tschirschky, die Verabschiedung Holsteins einzuleiten, die dann, nachdem sich der Kanzler von seinem inzwischen eingetretenen schweren gesundheitlichen Zusammenbruch erholt hatte, mit dessen Zustimmung erfolgte. Herr v. Holstein hat sich selbst dadurch charakterisiert, daß er sich, gleich nachdem er seinen Abschied erhalten, zu Herrn Harden begab und sich ihm für die Kampagne gegen den Kaiser zur Verfügung stellte. –

Das Jahr 1901 gab dem Grafen Bülow reichlich Gelegenheit, sich im Verhandeln mit England zu zeigen und zu bewähren. Graf Bülow selbst huldigte noch vielfach der Bismarckschen „Zwei Eisen im Feuer"-Theorie, d. h. mit einem anderen Lande sich freundlich zu arrangieren, aber immer mit Rußland gut zu stehen, und wurde darin von den vielen Pseudo-Bismarckianern unterstützt.

Mitten aus der Jubiläumsfeier des 200jährigen Krönungstages rief mich eine den bedenklichen Zustand der greisen Königin Victoria meldende Nachricht an das Sterbelager meiner Großmutter. Ich reiste mit meinem Oheim, dem Herzog von Connaught, der als Vertreter der Königin bei den Feierlichkeiten in Berlin weilte – er war der Lieblingssohn der Königin und mein besonderer Freund, ein Schwiegersohn des Prinzen Friedrich Carl –, mit Beschleunigung ab und wurde von dem damaligen Prinzen von Wales und der Königlichen Familie in London herzlich empfangen. Als mein Wagen aus dem Stationsgebäude im Schritt herausfuhr, trat aus der in lautloser Stille dicht gedrängt stehenden Menschenmenge ein schlichter Mann an den Wagenschlag heran, entblößte sein Haupt und sagte: „Thank you Kaiser!"*) Der Prinz von Wales, der spätere König Eduard VII., sagte dazu: „That is what they all think, every one of them, and they will never forget this

*) „Dank Dir, Kaiser!"

coming of yours."*) Das ist trotzdem geschehen und noch dazu recht schnell.

Nachdem die Königin in meinen Armen sanft hinübergeschlummert, war für mich der Vorhang über viele Jugenderinnerungen gefallen. Ihr Tod bedeutete einen Abschnitt in der englischen Geschichte und in Englands Beziehungen zu Deutschland. Ich nahm nun, soweit als angängig, Fühlung mit den maßgebenden Persönlichkeiten und erkannte überall eine durchaus sympathische, freundschaftliche Stimmung, die kein Hehl aus dem Wunsch nach guten Beziehungen mit Deutschland machte. Beim Abschiedsbankett wurden von König Eduard VII. und mir unvorbereitete, in Ton und Inhalt herzliche Reden gehalten, die auf die Zuhörer ihren Eindruck nicht verfehlten. Nach der Tafel drückte der englische Botschafter in Berlin mir die Hand und sagte: Meine Rede sei allen seinen Landsleuten zu Herzen gegangen, denn die Worte seien aufrichtig und schlicht gewesen, wie sie sich für die Engländer eigneten. Die Rede müsse sofort veröffentlicht werden, denn sie werde im ganzen Lande, das mein Kommen dankbar empfinde, Widerhall erwecken. Das werde für die Beziehungen beider Länder von Nutzen sein. Ich erwiderte, es sei Sache der britischen Regierung und des Königs, darüber zu entscheiden; ich persönlich hätte nichts gegen eine Veröffentlichung einzuwenden. Diese ist jedoch nicht erfolgt. Das britische Volk hat meine Worte, die der aufrichtige Ausdruck meiner Gefühle und Gedanken waren, nie erfahren. In einem späteren Gespräch mit mir in Berlin hat derselbe Botschafter das lebhaft beklagt, ohne den Grund des Unterbleibens angeben zu können.

Am Schlusse dieser Betrachtungen über meinen Aufenthalt in England darf die Tatsache nicht unerwähnt gelassen werden, daß ein Teil der deutschen Presse es leider an taktvoller Würdigung sowohl

*) „Das ist es, was sie alle hier denken, jeder im Volk; man wird es Dir niemals vergessen, daß Du gekommen bist."

des Schmerzes des englischen Königshauses und Volkes wie auch der Verpflichtungen fehlen ließ, die mir politische Rücksichten wie verwandtschaftliche Beziehungen auferlegten.

Nach meiner Heimkehr konnte ich dem Kanzler über meine guten Eindrücke berichten, insbesondere, daß die Stimmung in England für Annäherung und Verständigung anscheinend günstig sei. Bülow war, als wir in Homburg eingehend darüber und über die Auswertung der durch die Reise geschaffenen Situation konferierten, mit dem Ergebnis der Reise zufrieden. Ich vertrat die Ansicht, man solle unbedingt zu einem guten „Agreement" zu kommen suchen, wenn eine Allianz, die ich noch vorzöge, nicht zustande zu bringen sei. Ein festes Agreement genüge auch und läge den Engländern; schließlich könne sich daraus immer noch eine Allianz entwickeln.

Die Gelegenheit dazu bot sich unerwartet rasch. Als ich mich im Frühjahr 1901 in Homburg v. d. Höhe befand, trug mir Graf Metternich, der als Vertreter des Auswärtigen Amtes bei mir war, eines Tages eine Meldung aus Berlin vor, daß Mr. Chamberlain dort angefragt habe, ob Deutschland bereit sei, eine Allianz mit England einzugehen. Ich fragte sofort: „Gegen wen?", denn wenn England so plötzlich mitten im Frieden eine Allianz anböte, dann brauche es offenbar die deutsche Armee. Da sei es doch wichtig, zu erfahren, gegen wen und wofür deutsche Truppen auf Englands Geheiß an seiner Seite fechten sollten. Daraufhin kam aus London die Antwort: Gegen Rußland, weil es für Indien und Stambul bedrohlich werde.

Ich ließ zunächst in London auf die alte traditionelle Waffenbrüderschaft zwischen der deutschen und russischen Armee und auf die engen verwandtschaftlichen Bande zwischen den beiden Herrscherhäusern aufmerksam machen. Ferner wies ich auf die Gefahr eines Zwei-Fronten-Krieges beim Eingreifen Frankreichs an Rußlands Seite hin sowie auf die Tatsache, daß wir im fernen Osten mit

Frankreich und Rußland (1895 Shimonoseki) zusammengegangen seien, und daß jeder Grund fehle, jetzt mitten im Frieden einen Konflikt mit Rußland vom Zaun zu brechen. Die Überzahl der russischen Friedensformationen sei sehr groß und die Ostgrenze Preußens sei durch die russischen Dislokationen stark bedroht; unsere Ostmark vor dem russischen Einfall zu bewahren, werde England nicht in der Lage sein, da seine Flotte in der Ostsee wenig ausrichten und ins Schwarze Meer nicht einfahren könne. Mithin sei bei einem gemeinsamen Waffengange mit Rußland Deutschland der allein und recht stark gefährdete Teil, ganz abgesehen von der Gefahr des Eingreifens Frankreichs. Chamberlain ließ daraufhin wissen, es solle ein festes Bündnis geschlossen werden, bei dem England sich natürlich zur Hilfeleistung verpflichten werde.

Ich hatte auch darauf hingewiesen, daß die Validität eines Bündnisses erst dann sichergestellt sei, wenn das englische Parlament sein Placet dazu gegeben habe. Denn das Ministerium könne durch den im Parlament ausgedrückten Volkswillen beseitigt und dadurch seine Unterschrift aufgehoben und das Bündnis hinfällig werden Wir könnten den Chamberlainschen Vorschlag zunächst nur als seine rein persönliche Idee ansehen.

Chamberlain erwiderte darauf, daß er die parlamentarische Deckung schon erreichen werde; die Unionisten werde er dafür zu gewinnen wissen, man solle in Berlin nur erst einmal zeichnen. Es kam nicht dazu, da das Parlament nicht dafür zu haben war. So verlief der „Plan" im Sande. Bald darauf hat England das Bündnis mit Japan (Hayashi) geschlossen. Der russisch-japanische Krieg entbrannte, in dem Japan – weil es in seine eigenen Pläne paßte – die zuerst Deutschland zugedachte Rolle des Landsknechts für Englands Interessen spielte. Rußland ist dadurch vom Osten auf den Westen zurückgeworfen worden, wo es sich nun, statt mit China und Pacific, wieder mit Balkan, Stambul, Indien nützlich

beschäftigen konnte und Japan freie Hand in Korea und China lassen mußte. –

In das Jahr 1905 fällt die von mir sehr contre cœur unternommene Tangerreise, zu der es folgendermaßen gekommen ist. Ende März beabsichtigte ich, wie im Vorjahre, zur Erholung eine Mittelmeerreise zu unternehmen und dazu einen von Cuxhaven leer nach Neapel laufenden Dampfer zu benutzen. Die „Hamburg" wurde von Ballin dazu bestimmt. Auf seine Aufforderung, noch eine Anzahl von Gästen mitzunehmen, da der Dampfer ganz leer sei, lud ich eine Reihe von Herren ein, darunter Geheimrat Althoff, Admiral Mensing, Graf Pückler, den Gesandten v. Varnbüler, Professor Schiemann, Admiral Hollmann u. a.

Bald nach dem Bekanntwerden des Reiseprojekts teilte mir Bülow mit, man habe in Lissabon den lebhaften Wunsch, ich möchte dort Aufenthalt nehmen und dem Hof einen Besuch machen. Ich war damit einverstanden. Als der Zeitpunkt der Abreise sich näherte, trat Bülow mit dem weiteren Wunsche hervor, ich möchte auch Tanger anlaufen und durch den Besuch des marokkanischen Hafens die Stellung des Sultans den Franzosen gegenüber stärken. Ich lehnte das ab, weil mir die Marokkofrage zu viel Zündstoff zu enthalten schien und weil ich fürchtete, daß mein Besuch eher schädlich als nützlich wirken würde. Bülow aber kam immer wieder darauf zurück, ohne mich von der Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit des Besuches überzeugen zu können.

Auf der Fahrt hatte ich mit Freiherrn v. Schoen, der mich als Vertreter des Auswärtigen Amtes begleitete, mehrere Besprechungen über die Opportunität des Besuches. Wir kamen dahin überein, daß es besser sei, ihn zu unterlassen. Von Lissabon aus teilte ich diesen Entschluß dem Kanzler telegraphisch mit. Bülow antwortete mit der nachdrücklichen Forderung, daß ich der Meinung des deutschen Volkes und des Reichstages, die sich nun einmal für einen

solchen Schritt erwärmt hätten, Rechnung tragen müsse; es sei notwendig, daß ich nach Tanger führe.

Schweren Herzens gab ich nach, denn ich befürchtete, daß dieser Besuch bei der Lage der Dinge in Paris als Provokation aufgefaßt werden könnte und in London die Geneigtheit zur Unterstützung Frankreichs im Kriegsfalle bewirken würde. Da ich Delcassé im Verdacht hatte, daß er Marokko zum Kriegsgrund machen wollte, fürchtete ich, daß er den Tangerbesuch dazu benutzen könnte.

Der Besuch fand unter großen Schwierigkeiten auf der Reede von Tanger statt — nicht ohne freundliche Beteiligung von italienischen und südfranzösischen Anarchisten, Gaunern und Abenteurern. Auf einem kleinen Platz stand eine Menge von Spaniern mit Fahnen und großem Geschrei; das waren nach Aussage eines begleitenden Sicherheitsbeamten die versammelten spanischen Anarchisten.

Den ersten Beweis für die Wirkung des Besuches in Tanger erfuhr ich, als ich in Gibraltar ankam und von den Engländern sehr förmlich und frostig empfangen wurde, im Gegensatz zu der herzlichen Aufnahme im Vorjahre. Was ich vorausgesehen, wurde durch die Tatsachen bestätigt. In Paris herrschte Erbitterung und Wut, Delcassé versuchte zum Kriege zu hetzen; er drang nur deshalb nicht durch, weil sowohl der Marineminister wie der Kriegsminister erklärten, Frankreich sei noch nicht bereit. Die Richtigkeit meiner Befürchtungen ist späterhin auch durch das Gespräch Delcassé's mit dem Redakteur des „Gaulois" bestätigt worden, in dem der Minister der erstaunten Welt mitteilte, daß im Kriegsfalle England auf Frankreichs Seite getreten sein würde. So wäre ich durch den mir aufgenötigten Besuch in Tanger schon damals beinahe in die Lage gekommen, der Entfesselung eines Weltkrieges beschuldigt werden zu können. Konstitutionelles Denken und Handeln ist für den Fürsten, dem schließlich immer die Verantwortung aufgebürdet wird, oft eine harte Aufgabe.

Im Oktober 1905 hat der Pariser „Matin" mitgeteilt, daß Delcassé im Ministerrat erklärt habe, England habe für den Kriegsfall angeboten, 100000 Mann in Holstein zu landen und den Kaiser Wilhelm-Kanal zu besetzen. Dieses englische Angebot ist nachher noch einmal wiederholt worden mit dem Vorschlag, es in schriftlicher Form festzulegen. Auch der bekannte Abgeordnete Jaurès, der bei Kriegsausbruch 1914 im Sinne Iswolskischer Politik ermordet wurde, hat den Inhalt der im „Matin" veröffentlichten Mitteilungen Delcassé's schon vorher gekannt.

Der Sturz Delcassé's und seine Ersetzung durch Rouvier ist zum Teil dem Einfluß des Fürsten von Monako zuzuschreiben. Der Fürst hatte sich während der Kieler Woche durch Unterhaltungen mit mir, mit dem Reichskanzler und Regierungsbeamten von der Aufrichtigkeit unseres Wunsches überzeugt, mit Frankreich zu einem Ausgleich zu gelangen, um ein friedliches Nebeneinanderleben zu ermöglichen. Er stand in guten Beziehungen zum Botschafter Fürsten Radolin und bemühte sich eifrig für eine Annäherung zwischen den beiden Ländern. Der Fürst von Monako war selbst der Meinung, Delcassé sei eine Gefahr für die Aufrechterhaltung des Friedens; er werde hoffentlich bald stürzen und durch Rouvier ersetzt werden, der ein besonnener Politiker und durchaus geneigt sei, sich mit Deutschland zu verständigen. Er stehe Rouvier persönlich nahe und stelle sich dem deutschen Botschafter gern als Vermittler zur Verfügung.

Der Sturz Delcassé's trat ein, und Rouvier wurde Minister. Ich ließ nun sofort die Aktion einleiten, bei der ich auf des Fürsten von Monako Unterstützung rechnen durfte. Der Kanzler wurde angewiesen, ein „Rapprochement" mit Frankreich vorzubereiten. Den Fürsten Radolin, der seine Instruktionen in Berlin persönlich erhielt, wies ich noch besonders darauf hin, die Konstellation Rouvier gut auszunutzen, um alle Konfliktsmöglichkeiten zwischen den beiden Ländern zu beseitigen. Für das Verhältnis zu Rouvier würden ihm die

Informationen seitens des Fürsten von Monako, den er ja gut kenne, von Nutzen sein. Fürst Radolin ging mit Eifer und Freude an die lohnende Aufgabe.

Anfangs nahmen die Verhandlungen guten Fortgang, so daß ich schon die Hoffnung hegte, das wichtige Ziel werde erreicht und der üble Eindruck des Tangerbesuches durch eine Verständigung wieder verwischt werden können. Inzwischen wurden die Verhandlungen über Marokko weitergeführt und endigten nach unendlichen Mühen in der Berufung der Algeciras-Konferenz auf Grund des Rundschreibens des Fürsten Bülow, das betonte, daß der Meistbegünstigungsartikel Nr. 17 der Madrider Konvention maßgebend bleiben solle, und daß die von Frankreich allein angestrebten Reformen in Marokko, soweit solche nötig wären, nur im Einverständnis mit den Signatarmächten der Madrider Konferenz zulässig seien. Diese Vorgänge, die die allgemeine Aufmerksamkeit in Anspruch nahmen, ließen dann die Spezialaktion mit Rouvier in den Hintergrund treten. –

Hinsichtlich der inneren Politik hatte ich mich mit dem Kanzler dahin geeinigt, daß es dessen Hauptaufgabe sei, die unter Hohenlohe sehr zerfahrenen Parteiverhältnisse im Reichstag wieder zu ordnen und vor allem die durch die Nach-Bismarckianer oppositionell gewordenen Konservativen wieder hinter die Regierung zu scharen. Der Kanzler hat diese Aufgabe mit großer Geduld und Zähigkeit durchgeführt. Er brachte schließlich den berühmten „Block" zustande, der aus der großen Wahlniederlage der Sozialisten hervorging.

Die konservative Partei besaß viele Mitglieder, die direkte Beziehungen zum Hofe und auch zu mir persönlich hatten. Es war für diese Partei also leichter als für jede andere, sich über meine Pläne auf politischen und anderen Gebieten zu unterrichten und, bevor es zu Gesetzvorlagen kam, meine Vorschläge mit mir zu diskutieren. Ich habe nicht den Eindruck, daß dies in dem Maße, wie es möglich war, geschehen ist. In ungezwungenen Vorbesprechungen

hätte ich mich wahrscheinlich sowohl in der Frage des Mittelland-Kanals, dessen Bau bekanntlich von den Konservativen bekämpft wurde, wie über die minder wichtigen Fragen des Dombaus und des Berliner Opernhauses, die mir um der Kirche und der Kunst willen am Herzen lagen, mit den Herren geeinigt.

Nun ist es ja nichts Neues, wenn ich erwähne, daß es gar nicht so leicht war, mit den konservativen Herren umzugehen. Sie hatten auf Grund ihrer traditionellen Dienste im Staate große Erfahrungen und ein eigenes Urteil und waren so zu einer festgefügten staatspolitischen Überzeugung gekommen, an der sie in Treue und echt konservativ festhielten. Sie hatten große Staatsmänner, hervorragende Minister, ein glänzendes Offizierkorps, ein vorbildliches Beamtentum vorwiegend aus ihren Reihen geliefert; ihr Selbstbewußtsein war also nicht unbegründet. Dazu kam, daß ihre Königstreue unerschütterlich war. König und Vaterland waren ihnen zu Dank verpflichtet. Ihre Schwäche bestand darin, daß sie manchmal zu konservativ waren, d. h. die Forderungen der Zeit zu spät erkannten, Fortschritte zunächst bekämpften, obwohl es sich auch um Fortschritte für sie selbst handelte. Das mag man aus ihrer Vergangenheit verstehen, aber es behinderte gerade in meiner Regierungszeit, während der die Entwicklung des Reiches, insbesondere die Industrialisierung und der Handel rapide vorwärts drängten, den inneren Konnex mit mir, der ich jene Entwicklung nicht nur nicht eindämmen, sondern fördern wollte und mußte. Wenn ich sagte, daß es aus den angeführten Gründen nicht immer leicht war, mit den Konservativen zu verhandeln, so weiß ich sehr wohl, daß dasselbe von mir behauptet wird. Vielleicht liegt das daran, daß ich zwar meiner Tradition nach den Konservativen nahe stand, aber nicht parteipolitisch konservativ war. Ich war und bin für einen fortschreitenden Konservativismus, der das Lebensfähige konserviert, das Überalterte abstreift und das brauchbare Neue annimmt. Im übrigen habe ich, wo Vor-

besprechungen stattgefunden haben, die Wahrheit, und auch die unbequeme und bittere, wenn sie mir in taktvoller Form gebracht wurde, besser vertragen und beachtet, als man weiß.

Wenn also von mir und den Konservativen behauptet wird, beide wären schwierig in Verhandlungen gewesen, so hat diese Schwierigkeit denselben Ursprung. Es wäre mir gegenüber nur richtiger gewesen, den Weg zur Aussprache unter vier Augen öfters zu betreten. Ich war stets dafür zu haben. Und wenn wir uns bei der Kanalfrage nicht einigen konnten, so müßten gerade die Konservativen am besten verstehen und es achten, daß ich mich nicht zu dem schönen Vers bekannt habe: „Unser König absolut, wenn er unsern Willen tut." Wenn ich nämlich diesem für mich recht bequemen Grundsatz gehuldigt hätte, so hätten die Konservativen bei ihrer Auffassung vom starken, wirklich regierenden Königtum mich logischerweise bekämpfen müssen. Sicherlich haben die Konservativen es auch gewürdigt, daß ich ihrem ehrenwerten Grundsatz vom Männerstolz vor Königsthronen meinen Grundsatz vom Königsstolz vor dem konservativen Parteithron gegenüberstellte, wie ich das auch bei allen anderen Parteien getan habe. Die gelegentlichen Differenzen mit der konservativen Partei und mit einzelnen Konservativen können mich die Dienste nicht vergessen lassen, die gerade von Männern aus diesen Reihen dem Hause Hohenzollern, dem preußischen Staate und dem Deutschen Reiche geleistet worden sind.

Nun, Bülow ist schließlich das große Kunststück, die Konservativen und Liberalen zusammenzubringen und dadurch den hinter der Regierung stehenden Parteien eine große Mehrheit zu verschaffen, doch gelungen. Seine großen Fähigkeiten, die Gewandtheit, Staatskunst und kluge Menschenkenntnis des Kanzlers haben sich dabei im glänzendsten Lichte gezeigt. Das große Verdienst, das er sich mit diesem Erfolge erworben hat, gewann ihm des Vaterlandes und meine volle Anerkennung und Dankbarkeit, dazu mein erhöhtes Ver-

trauen. Der grenzenlose Jubel der Berliner über die Wahlniederlage der Sozialdemokraten führte zu der mir unvergeßlichen nächtlichen Demonstration vor dem Schlosse, bei der sich mein Auto, von vielen Tausenden jubelnder Menschen umbraust, im Schritt langsam den Weg bahnen mußte. Der Lustgarten füllte sich mit großen Volksmassen, auf deren stürmisches Verlangen die Kaiserin und ich auf dem Balkon erscheinen mußten, um die Huldigungen entgegen zu nehmen. –

Bei dem Besuche König Eduards VII. in Kiel (1904) war der Kanzler zugegen. Unter den vielen Gästen befand sich auch der frühere Oberhofmeister der Kaiserin Friedrich, Graf Seckendorff, ein von seinen vielen Besuchen in England her langjähriger Bekannter Eduards VII., der dem Grafen großes Vertrauen schenkte. Dieser vermittelte im Auftrage Bülows, mit dem er befreundet war, ein Gespräch des Königs mit dem Kanzler.

Es fand an Bord der englischen Königsyacht nach einem Frühstück statt, zu dem ich und der Kanzler geladen waren. Die beiden Herren saßen lange allein bei der Zigarre. Nachher berichtete mir Bülow den Inhalt des Gespräches. Bei der Erörterung des eventuellen Abschlusses eines Bündnisses zwischen Deutschland und England habe der König erklärt, daß das bei unseren beiden Ländern gar nicht nötig sei, weil kein wirklicher Grund zu Feindschaft oder Zerwürfnissen zwischen ihnen bestände. – Diese Ablehnung war ein offenbares Zeichen für die englische Einkreisungspolitik, die sich bald besonders deutlich und unangenehm auf der Algeciras-Konferenz geltend machte. Das hier offen zutage tretende pro-französische und Deutschland feindselige Wirken Englands erfolgte auf besonderen Befehl König Eduards VII., der als seinen „kontrollierenden Vertreter" den mit persönlichen Instruktionen versehenen Sir D. Mackenzie Wallace nach Algeciras delegiert hatte.

Aus Andeutungen, die der letztere seinen Bekannten gegeben hat, ging hervor, daß es des Königs Wille war, Deutschland scharfen

Widerstand zu leisten und Frankreich bei jeder Gelegenheit zu unterstützen. Als er darauf aufmerksam gemacht wurde, man könne ja nachher sich doch auch mit Deutschland über diese oder jene Frage auseinandersetzen und vielleicht einigen, erwiderte er, erst käme das anglo-russische Agrement: sei das unter Dach, dann werde man sich auch mit Deutschland „arrangieren". Das englische „Arrangieren" bestand in der Einkreisung Deutschlands. –

Das Verhältnis zwischen mir und dem Kanzler ist in dieser ganzen Zeit vertrauensvoll und freundschaftlich gewesen. Auch zur Kieler Woche kam der Kanzler wiederholt. Hier fand er unter anderem Gelegenheit, sich mit dem Fürsten von Monako und manchen auf dessen Yacht anwesenden einflußreichen Franzosen aussprechen zu können, unter denen wohl Monsieur Jules Roche der hervorragendste war, der beste Kenner aller europäischen Budgets und ein großer Goetheverehrer, der den „Faust" stets bei sich in der Tasche trug.

Im April 1906 erfolgte der bedauerliche Zusammenbruch des überarbeiteten Kanzlers im Reichstag. Ich eilte, sobald ich die Nachricht bekam, sofort dorthin und war froh, daß mir Geheimrat Renvers beruhigende Auskunft über den Zustand Bülows geben konnte. Als sich der Fürst im Sommer zu seiner Erholung in Norderney aufhielt, fuhr ich von Helgoland, wo ich inspiziert hatte, auf einem Torpedoboot nach der Insel und überraschte das Kanzlerpaar in seiner Villa. Ich brachte den Tag bei dem bereits in erfreulichem Maße wiederhergestellten und von der Seeluft und Sonne gebräunten Kanzler plaudernd zu. –

Im Spätherbst 1907 fuhren die Kaiserin und ich, einer Einladung König Eduards VII. entsprechend, nach Windsor zum Besuch, der bei sehr liebenswürdiger Aufnahme seitens der englischen Königsfamilie harmonisch verlief. Nach Abschluß des Besuches begab ich mich zu einem Erholungsaufenthalt auf das dem General Stuart-

Wortley gehörige Schloß Highcliffe, das an der Südküste Englands den Needles gegenüber gelegen ist.

Vor meiner Abreise nach England hatte der Kanzler, der sehr befriedigt über die englische Einladung war, längere Gespräche mit mir über die Mittel, mit England auf einen besseren „Grüßfuß" zu kommen, gehabt und mir verschiedene Wünsche und Vorschläge als Richtlinien mitgegeben, die ich in den Gesprächen mit Engländern innehalten möchte. Ich hatte im Laufe meines Aufenthaltes mehrfach Gelegenheit gehabt, die verabredeten Themata zu erörtern und die mitgegebenen Wünsche an den Mann zu bringen. Chiffretelegramme mit meinen Berichten über diese Gespräche gingen regelmäßig nach Berlin. Wiederholt erhielt ich vom Kanzler zustimmende Telegramme. Ich habe sie abends nach Tisch den Vertrauten, die meinen Aufenthalt teilten, gezeigt; so haben sie z. B. der Oberhofmarschall Graf Eulenburg und Fürst Max Egon Fürstenberg gelesen und sich mit mir über das Einverständnis des Kanzlers gefreut. Nach meiner Rückkehr aus England habe ich dem Kanzler ein Generalreferat erstattet, worauf er mir seinen Dank dafür aussprach, daß ich mich um die Verbesserung der Beziehungen der beiden Länder persönlich so bemüht und betätigt hätte.

Ein Jahr später erfolgte der Zwischenfall mit dem sogenannten „Interview", das im Daily Telegraph veröffentlicht wurde. Sein Zweck war die Besserung der deutsch-englischen Beziehungen. Ich hatte den mir vorgelegten Entwurf durch den Vertreter des Auswärtigen Amtes, Herrn v. Jenisch, dem Kanzler zur Prüfung übergeben lassen. Durch Anmerkungen hatte ich auf einige Stellen hingewiesen, die meiner Ansicht nach nicht hineingehörten und zu streichen seien. Das ist infolge mehrerer Versehen, die seitens des Auswärtigen Amtes bei der instanzmäßigen Behandlung gemacht wurden, nicht geschehen. Der Sturm in der Presse brach los. Der Kanzler sprach im Reichstag, verteidigte aber den angegriffenen Kaiser

nicht in dem Maße, wie ich es erwartet hatte, sondern erklärte, die in den letzten Jahren vorgekommenen Neigungen zur persönlichen Politik für die Zukunft verhindern zu wollen. Die konservative Partei unternahm es, in der Presse an den König einen offenen Brief zu richten, dessen Inhalt bekannt ist.

Ich weilte während dieser Vorgänge erst in Eckartsau bei dem österreichischen Thronfolger Franz Ferdinand, dann beim Kaiser Franz Joseph in Wien. Beide mißbilligten das Verhalten des Kanzlers. Von Wien begab ich mich nach Donaueschingen zum Besuche des Fürsten Fürstenberg. Die Presse hielt es für angemessen, an ihn die Aufforderung zu richten, er solle als ehrlicher aufrechter Mann dem Kaiser doch mal ordentlich die Wahrheit sagen. Als wir den ganzen Vorfall besprachen, riet mir der Fürst, ich möchte den Depeschenwechsel von 1907 aus Highcliffe im Auswärtigen Amt zusammenstellen und dem Reichstag zugehen lassen.

Ich habe unter dieser ganzen Angelegenheit seelisch schwer gelitten. Hinzu kam, daß gerade damals ein jäher Tod meinen Vertrauten und Jugendfreund, den Chef des Militär-Kabinetts Grafen Hülsen-Haeseler vor meinen Augen dahinraffte. Die treue, aufopfernde Freundschaft und Pflege seitens des Fürsten Fürstenberg und der Seinen habe ich in diesen schweren Tagen wohltuend empfunden. Auch Briefe und Kundgebungen aus dem Reich, die sich zum Teil unter scharfer Verurteilung des Kanzlers auf meine Seite stellten, waren mir ein Trost.

Nach meiner Rückkehr erschien der Kanzler, hielt mir eine Vorlesung über meine politischen Sünden und verlangte die Unterzeichnung des bekannten Aktenstücks, das nachher der Presse mitgeteilt wurde. Ich unterschrieb das Aktenstück schweigend, wie ich auch schweigend die Presseangriffe über mich und die Krone habe ergehen lassen.

Der Kanzler hat durch sein Verhalten dem festen Vertrauen und der aufrichtigen Freundschaft, die mich bis dahin mit ihm ver-

banden, einen schweren Stoß versetzt. Fürst Bülow selbst ist gewiß der Meinung gewesen, mit seiner Art, die Angelegenheit sowohl im Reichstage wie mir persönlich gegenüber zu behandeln, mir und der Sache am besten zu dienen, besonders weil die Wogen der öffentlichen Erregung damals sehr hoch gingen. Ich habe ihm darin nicht beipflichten können; um so weniger, als sein Auftreten mir gegenüber in der Daily-Telegraph-Sache in zu schroffem Gegensatze stand zu der Zuvorkommenheit und Anerkennung, die Bülow mir sonst bekundet hatte. Ich hatte mich an die liebenswürdigen Formen des Fürsten so gewöhnt, daß die mir jetzt zuteil gewordene Behandlung mir unverständlich war. Das bis dahin ausgezeichnete und freundschaftliche Verhältnis zwischen Kaiser und Kanzler war jedenfalls getrübt. Ich stellte den persönlichen Verkehr mit dem Kanzler ein und beschränkte mich auf den amtlichen und offiziellen. Nach Beratung mit dem Hausminister und dem Kabinettschef beschloß ich, den Vorschlag des Fürsten Fürstenberg, den Schriftwechsel aus Highcliffe zusammenstellen zu lassen, in die Tat umzusetzen und beauftragte das Auswärtige Amt damit. Die Ausführung scheiterte daran, daß das betreffende Material unauffindbar war.

Gegen Ausgang des Winters erbat sich der Kanzler eine Audienz. Ich ging mit ihm in der Bildergalerie des Schlosses auf und ab, zwischen den Bildern meiner Ahnen, der Schlachten des Siebenjährigen Krieges sowie der Kaiserproklamation in Versailles, und war erstaunt, als der Kanzler auf die Vorgänge vom Herbst 1908 zurückkam und sein Verhalten zu erklären unternahm. Darauf nahm ich Gelegenheit, die ganze Vergangenheit mit ihm durchzusprechen. Die offene Aussprache und die mich befriedigenden Erklärungen des Fürsten beseitigten die Spannung. Das Ergebnis war sein Verbleiben im Amte. Der Kanzler bat mich, ich möchte am Abend dieses Tages, um auch der Außenwelt zu dokumentieren, daß wieder alles in Ordnung sei, wie früher so oft das Essen bei ihm

einnehmen. Ich tat das. Ein angeregter Abend, von der sichtlich erfreuten Fürstin mit reizvoller Liebenswürdigkeit, vom Fürsten mit der gewohnten lebhaften, geistvollen Konversation getragen, beschloß den denkwürdigen Tag. Ein Spaßvogel hat nachher in einer Zeitung über die Audienz nach berühmtem Muster den Vers gedichtet: „Die Träne quillt, Germania hat mich wieder."

Mit dieser Aussöhnung habe ich auch zu erkennen geben wollen, daß ich die Sache über persönliche Empfindlichkeit zu stellen gewohnt bin. Trotz der mich schmerzenden Haltung des Fürsten Bülow im Reichstage habe ich selbstverständlich niemals seine hervorragenden staatsmännischen Qualitäten und die ausgezeichneten Dienste vergessen, die er dem Vaterlande geleistet hat. Seinem Geschick ist es gelungen, den Weltkrieg trotz mancherlei Krisen zu vermeiden, und zwar während der Zeit, in der ich mit Tirpitz unsere Schutzflotte baute. Das war eine große Leistung.

Ein ernstes Nachspiel zu der erwähnten Audienz folgte noch mit den Konservativen. Das Zivilkabinett machte dem Vorstand der Partei Mitteilung von der Audienz und ihrem Verlauf, mit dem Ersuchen, daß nun auch die Partei ihren „Offenen Brief" zurücknehmen möchte. Dieses Ersuchen, das lediglich im Interesse des Ansehens der Krone — nicht meiner Person — gestellt war, wurde von der Partei abgelehnt. Erst im Laufe des Krieges (1916) ist es durch einen Abgesandten der Partei im Großen Hauptquartier wieder zu einer Fühlungnahme gekommen.

Wenn schon die Konservativen nicht hinreichend für die Krone eingetreten waren, so hatten sich die Linksliberalen, Demokraten, Sozialisten erst recht durch einen Entrüstungssturm hervorgetan, der in ihren Parteipressen wahre Orgien feierte und laut nach Einschränkung der autokratisch-selbstherrlichen Gelüste usw. rief. Dieses Treiben dauerte den ganzen Winter an, ohne seitens der höheren Regierungskreise gehindert zu werden oder Wider-

spruch zu finden. Erst nach der Kanzleraudienz verstummte es wieder.

Später bildete sich nach und nach eine Abkühlung zwischen dem Kanzler und den Parteien heraus. Die Konservativen rückten von den Liberalen ab, der Block bekam Risse, Zentrum und Sozialisten brachten schließlich ihn, vor allem aber auch den Kanzler selbst zu Fall, wie es mir späterhin Graf Hertling wiederholt — noch zuletzt in Spa — geschildert hat. Er war stolz darauf, am Sturze Bülows tatkräftig mitgewirkt zu haben.

Als es nicht mehr gehen wollte, zog der Kanzler die Folgerung und empfahl mir die Wahl des Herrn v. Bethmann als fünften Kanzler des Reiches. Nach eingehenden Beratungen entschloß ich mich, dem Wunsche des Fürsten Bülow zu entsprechen und sein Entlassungsgesuch zu bewilligen unter Berufung des von ihm empfohlenen Nachfolgers.

Bethmann

Herr v. Bethmann Hollweg war mir schon aus meiner Jugendzeit wohlbekannt. Als ich im Jahre 1877 meine erste aktive Dienstzeit als Leutnant bei der 6. Kompagnie 1. Garde-Regiments z. F. absolvierte, lag diese einmal in Hohenfinow bei dem alten Herrn v. Bethmann, dem Vater des Kanzlers, einquartiert. Ich fühlte mich hingezogen zu dem sympathischen Familienkreise, dem die verehrungswürdige Frau v. Bethmann, eine geborene Schweizerin, mit Liebenswürdigkeit und feinem Geiste vorstand. Oft bin ich dann als Prinz und später als Kaiser nach Hohenfinow gekommen, um den alten Herrn zu besuchen. Dabei empfing mich jedesmal der junge Landrat des Kreises; wir ahnten damals beide nicht, daß er einst unter mir der Kanzler des Reiches werden sollte. Aus diesen Beziehungen hat sich nach und nach ein reger Verkehr entwickelt, durch den sich meine Wertschätzung der Arbeitskraft, der Fähigkeiten und des mir sympathischen vornehmen Charakters Bethmanns stetig gesteigert hat; sie hat ihn auf seiner ganzen Beamtenlaufbahn begleitet.

Bethmann hatte sich als Oberpräsident und als Staatssekretär des Reichsamts des Innern gut bewährt und war in letzterer Stellung auch bereits im Reichstag geschickt aufgetreten.

Das Einarbeiten des Kanzlers mit mir ging leicht vonstatten. Ich setzte auch bei Bethmann die Gewohnheit fort, ihn möglichst täglich zu besuchen und beim Umhergehen im Garten des Kanzler-

palais mit ihm die Politik, Tagesereignisse, besondere Vorlagen und Vorkommnisse eingehend zu erörtern und mir von ihm Vortrag halten zu lassen. Auch in des Kanzlers Hause verkehrte ich gern, war doch die Lebensgefährtin Bethmanns das Urbild einer echten deutschen Frau, deren schlichte Vornehmheit einem jeden Besucher Verehrung abgewann, während ihre gewinnende Herzensgüte eine warme Atmosphäre um sie verbreitete. Die vom Fürsten Bülow begonnene und von mir besonders geschätzte Gepflogenheit der kleinen Abendgesellschaften wurde von Bethmann fortgesetzt und ermöglichte mir auch weiterhin, mit Männern aus allen Kreisen und Berufsarten ungezwungen zu verkehren.

Bei den Reisen, die der Kanzler, um sich vorzustellen, machen mußte, gewann er sich durch seine vornehme Ruhe und seine gediegene Ausdrucksweise überall Sympathie. Das uns nicht feindlich gesinnte Ausland betrachtete ihn als einen Faktor politischer Stetigkeit und des Friedens, den aufrecht zu erhalten und zu stärken, ganz in meinem Sinne, sein eifrigstes Bestreben war.

In der auswärtigen Politik beschäftigte ihn von Anfang an die Stellung Englands zu Deutschland und die sich seit Reval immer mehr fühlbar machende Politik der „Einkreisung" König Eduards VII., die ihm ebenso Sorge bereitete wie die steigende Revanchelust und Feindschaft in Frankreich und die Unzuverlässigkeit Rußlands. Daß auf Italien militärisch nicht mehr zu rechnen war, wurde unter seiner Kanzlerschaft klar; die Bearbeitung durch Barrère machte dort die „Extratouren" chronisch.

Bei seinem Antritt fand Herr v. Bethmann die Situation mit Frankreich insofern geklärt, als am 9. Februar 1909 das deutsch-französische Marokko-Abkommen unterzeichnet worden war. Fürst Bülow hatte damit unter Anerkennung der politischen Vorherrschaft Frankreichs den Rückzug der deutschen Politik aus Marokko besiegelt. Der Standpunkt, der für die Reise nach Tanger und noch

für die Algeciras-Konferenz maßgebend gewesen war, wurde damit endgültig verlassen. Die hohe Befriedigung der französischen Regierung über diesen Erfolg kam in der Verleihung des Großkreuzes der Ehrenlegion an Fürst Radolin und Herrn v. Schoen zu einem für uns unerfreulichen Ausdruck.

Am selben Tage stattete König Eduard VII. mit der Königin Alexandra dem deutschen Kaiserpaar seinen ersten offiziellen Besuch in der Hauptstadt Berlin ab; 8 Jahre nach seiner Thronbesteigung! Berlin empfing den hohen Herrn mit Jubel (!!) und trug in keiner Weise Mißstimmung über seine unfreundliche Politik zur Schau. Der König machte gesundheitlich keinen günstigen Eindruck. Er war abgespannt, gealtert und litt obendrein an einem heftigen Katarrh. Der Einladung der städtischen Körperschaften Berlins zum zwanglosen Tee im Rathaus entsprach er trotzdem. Nach seinen Schilderungen, die auch von Berliner Herren bestätigt wurden, soll das Zusammensein in jeder Hinsicht zur beiderseitigen Befriedigung verlaufen sein. Ich teilte meinem Oheim die Unterzeichnung des deutsch-französischen Marokko-Abkommens mit; er nahm die Nachricht scheinbar mit Freude auf. Als ich hinzufügte: „I hope this agreement will be a steppingstone to a better understanding between the two countries"*), nickte der König beifällig mit dem Kopfe und sagte: „May that be so!"**) Hätte der König hieran mitgearbeitet, dann wäre meine Hoffnung wahrscheinlich nicht gescheitert. Für den Augenblick hatte der Besuch der englischen Majestäten aber immerhin eine freundlichere Atmosphäre erzeugt, die Herr v. Bethmann bei seinem Amtsantritt vorfand.

Während seiner Kanzlerschaft hat Herr v. Bethmann reichlich auswärtige Fragen zu behandeln gehabt, entsprechend den bekannten

*) „Ich hoffe, dieses Abkommen wird ein Schritt zu einer besseren Verständigung zwischen den beiden Ländern sein."

**) „Möchte es so sein!"

Ereignissen der Jahre 1909/14. Über diese Zeit ist bereits ein reichhaltiges Material von verschiedenen Seiten veröffentlicht worden, namentlich in dem Buche des Staatssekretärs v. Jagow: „Ursachen des Weltkrieges". In den „Belgischen Aktenstücken" ist von neutralem Standpunkte das Verhalten der deutschen Regierung in den verschiedenen Verwicklungen geschildert. Als Richtlinien für dieses Verhalten hatte ich festgelegt: „Zurückhaltung einerseits, andererseits Unterstützung des österreichisch-ungarischen Bundesgenossen, wo es sich um offensichtliche Bedrohung seiner Großmachtstellung handelt, unter Ratschlägen zur Mäßigung im Verfahren. »Ehrliche Makler«-Arbeit in vermittelnder Tätigkeit überall, wo der Friede gefährdet erscheint. Festes Eintreten für die eigenen Interessen." Daß angesichts der Einkreisungsgelüste der Gegner zielbewußter Ausbau der Armee und Marine als Verteidigungsmaßnahme nebenher ging, war bei der zentralen Lage Deutschlands mit seinen offenen, ungeschützten Grenzen ein pflichtmäßiges Gebot der Selbsterhaltung. Diese Geschichtsperiode ist auch in dem Buche von Stegemann gut behandelt. Ebenso schildern Friedjung, Helfferich u. a. die Vorkriegszeit interessant.

Der Tod des „Einkreisers" Eduard VII., von dem der belgische Gesandtschaftsbericht aus Berlin einst sagte, „der Friede Europas sei niemals mehr gefährdet, als wenn der König von England sich mit seiner Sicherung befasse", rief mich nach London, wo ich mit dem engverwandten Königshause die Trauer teilte, in die das Hinscheiden des Königs Dynastie und Nation versetzt hatte. Die ganze Königliche Familie empfing mich am Bahnhof, ein Zeichen ihrer Dankbarkeit für die durch mein Kommen bewiesene verwandtschaftliche Gesinnung. König Georg fuhr mit mir nach Westminster Hall, wo auf hochragendem Katafalk der kostbar geschmückte Sarg ruhte, bewacht von Haustruppen, Liniensoldaten und Mannschaften aus den indischen und Kolonial-Kontingenten, alle in der charakteristischen

Trauerhaltung, d. h. mit gesenkten Häuptern, die Hände gekreuzt auf den Kolben und Degengriffen der nach unten gekehrten Waffen. Mächtig ragte die alte graue Halle, von dem gewaltigen gotischen Holzdach überwölbt, über dem Katafalk empor, nur spärlich von einigen Sonnenstrahlen erhellt, die durch die schmalen Fenster fielen. Ein Strahl umflutete des Königs mit der englischen Krone gezierten Prunksarg und lockte ein wunderbares Spiel der Farben aus den Edelsteinen hervor. An dem Katafalk zogen lautlos unabsehbare Mengen von Männern, Frauen und Kindern aus allen Ständen und Schichten des Volkes, viele mit gefalteten Händen, vorüber, um dem so populären Herrscher ehrfurchtsvollen Abschiedsgruß zu weihen. Ein in seinem wunderbaren mittelalterlichen Rahmen tief ergreifendes Bild!

Ich trat mit dem König Georg an den Katafalk heran, legte einen Kranz nieder und sprach ein stilles Gebet, nach dem sich meine Rechte und die meines Königlichen Vetters ganz von selbst fanden und sich fest ineinander schlossen. Dies hat auf die Anwesenden einen tiefen Eindruck gemacht, so daß mir am Abend einer meiner Verwandten darüber sagte: „Your handshake with our King is all over London, the people are deeply impressed by it and take it as a good omen for the future." – „That is the sincerest wish of my heart"*) war meine Antwort.

Bei dem Ritt durch London hinter meines Oheims Sarg war ich Zeuge der gewaltigen, ergreifenden Trauerkundgebung, die trotz der ungeheuren Scharen – man schätzte sie auf mehrere Millionen – auf Straßen, Balkonen und Dächern nur Menschen in Schwarz und die Männer entblößten Hauptes zeigte; alles in musterhafter

*) „Der Händedruck, den Sie mit unserem König ausgetauscht haben, wird in ganz London besprochen; er hat auf das Volk einen tiefen Eindruck gemacht, und es betrachtet ihn als ein gutes Vorzeichen für die Zukunft." – „Das ist der aufrichtigste Wunsch meines Herzens."

Ordnung und lautloser Stille. Auf diesem dunklen feierlichen Hintergrund hob sich das Spalier der britischen Truppen um so farbenreicher ab. Prachtvoll nahmen sich die Bataillone der englischen Garde aus: Grenadiere, Scotsguards, Coldstreamguards und Irishguards in ihren vorzüglich sitzenden roten Röcken, weißem Lederzeug und schwarzen Bärenmützen. Alles ausgesuchter Ersatz von vortrefflichem Aussehen und ausgezeichneter militärischer Haltung, eine Freude für jedes soldatisch empfindende Herz. Das ganze Spalier stand ebenfalls in der oben schon beschriebenen Trauerhaltung.

Während der Tage meines Aufenthalts wohnte ich auf besonderen Wunsch König Georgs bei ihm in Buckingham Palace. Des verewigten Königs Witwe, die Königin Alexandra, hat mich mit rührender, liebenswürdiger Güte empfangen und viel mit mir über vergangene Zeiten geplaudert; meine Erinnerungen reichten bis in die Kinderjahre zurück, da ich schon als kleiner Knabe die Hochzeit meines verewigten Oheims miterlebt hatte.

Für die vielen fürstlichen Gäste und ihre Gefolge sowie für die Vertreter fremder Nationen wurde vom König ein Bankett gegeben, bei dem unter anderen auch Herr Pichon erschien. Er wurde mir vorgestellt. In dem Gespräch mit ihm konnte ich ihm die mir vom Reichskanzler mitgegebenen Wünsche übermitteln, die unsere Interessen in Marokko und einige andere politische Fragen betrafen, deren Erfüllung Herr Pichon bereitwillig zusagte. Alle sonstigen Kombinationen, die von verschiedenen Seiten an dieses Gespräch geknüpft worden sind, gehören in das Gebiet der Phantasie. –

Obwohl die Jahre 1909/14 außerordentliche Aufmerksamkeit auf die auswärtigen Ereignisse beanspruchten, wurde in ihnen doch auch der Ausbau im Innern nach Kräften gefördert und den Ansprüchen des schnell aufblühenden Handels, Verkehrs, der Landwirtschaft und Industrie Rechnung zu tragen versucht. Leider wurden die Arbeiten hierfür durch die arge Zerklüftung unter den Parteien sehr erschwert.

Der Kanzler hatte das Bestreben, alles, was erfüllbar war, auch durchzuführen. Aber seine Veranlagung zur Ergründung der Probleme und sein Wunsch, nur das vorzubringen, was er in seiner peinlichen Bedenklichkeit für völlig ausgereift hielt, wirkten im Laufe der Zeit doch recht hemmend. Es war schwer, ihn zu Entschlüssen zu bringen, solange er nicht von ihrer absoluten Einwandfreiheit überzeugt war. Das machte das Arbeiten mit ihm mühsam und erweckte bei Fernerstehenden den Eindruck der Unentschlossenheit, während es im Grunde mehr übergroße, zu weitgehende Gewissenhaftigkeit war. Dazu entwickelte sich mit der Zeit bei dem Kanzler eine starke und zunehmende Neigung zur Präponderanz, die sich bei Diskussionen öfters zu einer eigensinnigen, fast schulmeisterlichen Rechthaberei und Belehrung der Andersdenkenden steigerte. Das hat ihm viel Feinde geschaffen und mir das Leben oft schwer gemacht. Ein Jugendbekannter des Kanzlers, zu dem ich gelegentlich über diese Eigenschaft sprach, erwiderte lachend, das sei schon auf der Schule so gewesen. Da habe Herr v. Bethmann seine Mitschüler in der Klasse, zu denen auch mein Gewährsmann gehörte, unaufhörlich belehrt und geschulmeistert, so daß die Klasse ihm den Beinamen „die Gouvernante" gegeben habe. Diese Eigenschaft sei ein Unglück für ihn, da die meisten Menschen keine Gouvernante mehr haben wollten, aber sie sei ihm nun einmal in Fleisch und Blut übergegangen, und ablegen werde er sie nicht mehr.

Ein Beispiel dafür ist Bethmanns Verhältnis zu Herrn v. Kiderlen, den er trotz meinem energischen Abraten durchaus als Staatssekretär haben wollte. Herr v. K i d e r l e n war ein tüchtiger Arbeiter und ein starker Charakter, der sich stets seine Selbständigkeit zu wahren suchte. Er war etwa ein Jahr im Amte, als Herr v. Bethmann eines Tages zu mir kam, sich über Kiderlens Eigensinn und Unbotmäßigkeit beschwerte und bat, ich möchte ihm doch einmal ins Gewissen reden. Ich lehnte dieses Ansinnen mit dem Hinweis ab, daß der Kanzler Kiderlen gegen meinen Wunsch gewählt habe und

nun auch mit ihm auskommen müsse; die Aufrechterhaltung der Disziplin im Auswärtigen Amt sei Sache des Kanzlers: ich hätte keine Neigung, mich einzumischen.

Bethmanns Unzulänglichkeit als Kanzler ist inzwischen erwiesen. Er war im Grunde seines Wesens Pazifist und hatte sich in den Gedanken verrannt, mit England zu einer Verständigung zu kommen, koste es was es wolle. Ich verstehe durchaus, daß ein Mann von pazifistischer Grundrichtung so handelt, in der Hoffnung, auf diese Weise einen Krieg zu vermeiden. Sein Ziel entsprach durchaus meiner Politik. Die Art und Weise, auf die Bethmann es zu erreichen suchte, hielt ich für ungeeignet. Gleichwohl habe ich seine Bemühungen unterstützt. An einen wirklichen Erfolg habe ich allerdings nicht geglaubt. Im Laufe seiner Kanzlerschaft stellte sich schließlich immer mehr heraus, daß die Realitäten der Politik ihm recht fern lagen. Er wußte aber immer alles besser als alle anderen. Auch mich belehrte er ständig. Er hielt in dieser Selbstüberschätzung an seinen Gedankengängen unverrückbar fest, selbst wenn alles anders kam, als er es sich gedacht hatte.

Seine Vorträge waren stets ausgezeichnet vorbereitet, in der Form glänzend, daher eindrucksvoll und bestechend. Darin lag eine gewisse Gefahr. Seiner Meinung nach gab es immer nur die eine Lösung, die er vorschlug. Die scheinbare Gediegenheit und Gründlichkeit seiner Vorträge und Vorschläge, die Beleuchtung der Vortragsgegenstände von allen Seiten, die Berufung auf Experten, auf ausländische und inländische Staatsmänner und Diplomaten usw. erweckten leicht den Eindruck, als käme einzig und allein die Bethmannsche Lösung in Betracht. Trotz dieser gründlichen Vorbereitungen machte er Fehler über Fehler.

So hat er in der Tat unser Unglück mit verschuldet. Als ich 1914 von der Nordlandreise kam, hat er mir zwar nicht sein Portefeuille zur Verfügung gestellt, aber er hat zugegeben, daß allerdings

alle seine politischen Berechnungen fehlgeschlagen waren. Gleichwohl beließ ich ihn auch nach seiner Reichstagsrede und der englischen Kriegserklärung am 4. August 1914 im Amt, weil ich es für äußerst bedenklich hielt, im kritischsten Augenblick der deutschen Geschichte den obersten Reichsbeamten zu wechseln. Die geschlossene Stimmung des Volkes, die wir gegenüber der Herausforderung der Entente brauchten, hätte dadurch gestört werden können. Zudem behaupteten sowohl der Kanzler selbst wie auch der Chef des Zivilkabinetts, daß Bethmann die Arbeiterschaft hinter sich hätte. Ich wollte der Arbeiterschaft, die sich 1914 tadellos benahm, nicht den Staatsmann nehmen, zu dem sie — wie mir gesagt wurde — Vertrauen hatte.

Die mir immer wieder vom Chef des Zivilkabinetts und dem Vertreter des Auswärtigen Amtes gemeldete These, daß nur Bethmann die Arbeiterschaft hinter sich hätte, wurde schließlich noch ergänzt durch an mich erstattete Meldungen, nach denen der Kanzler auch das für den Friedensschluß erforderliche Vertrauen im Ausland besäße. So kam es, daß Bethmann immer wieder im Amte blieb, bis schließlich der Kronprinz die bekannte Feststellung bei den Parteiführern machte, aus der sich ergab, daß die erwähnte These ein Irrtum war. Dieser Irrtum wurde um so deutlicher für mich, als ich bei Bethmanns Abgange, bei dem noch andere Einwirkungen mitspielten, gerade in der Presse der Sozialdemokratie und der Demokratie die abträglichsten Urteile über ihn las.

Ich wünsche mit diesen offenen Bemerkungen Bethmann nicht zu belasten und andere zu entlasten, wenn aber über so wichtige Dinge gesprochen wird, so müssen persönliche Rücksichten schweigen. An Bethmanns vornehmer Gesinnung habe ich nie gezweifelt.

Es seien hier noch ein paar Worte über die Reform des preußischen Wahlrechts eingeschaltet, weil deren Behandlung durch Herrn v. Bethmann für seine Zauderpolitik kennzeichnend ist. Im

Laufe des Winters 1914/15, als nach dem glänzenden Sommerfeldzug der harte schwere Winter- und Grabenkampf die stehende Kriegführung brachte, machten die großartigen Leistungen der gesamten Truppen und der Geist, den ich bei Offizieren wie Mannschaften im Felde wie im Lazarett gefunden hatte, auf mich einen so tiefen Eindruck, daß ich bei mir beschloß, dem bewährten herrlichen „Volk in Waffen" bei der Heimkehr auch auf politischem Gebiete eine Freude und Anerkennung zu bereiten. Ich habe des öfteren in Gesprächen dieses Thema behandelt und dabei auf die Reform des preußischen Wahlrechts hingewiesen. Der Mann, der mit dem Eisernen Kreuz, vielleicht beider Klassen, heimkehre nach solchem Kampf, der dürfe bei der Wahl nicht mehr „klassifiziert" werden.

In diese Überlegung traf eine mir von Herrn v. Loebell unterbreitete Denkschrift hinein, in der aus ähnlichen Gründen eine Reform des preußischen Wahlrechts angeregt wurde. Die knappe, klare und überzeugende Darlegung gefiel mir so sehr, daß ich die Denkschrift, die zunächst nur allgemeine Gesichtspunkte, noch keine Details enthielt, verschiedenen Herren zu lesen gab. Ich freute mich, daß sie bei allen Befragten volle Anerkennung fand.

Ich ließ Herrn v. Loebell durch den Chef des Zivilkabinetts v. Valentini meinen Dank aussprechen und ihn veranlassen, eine detaillierte Ausarbeitung mit Vorschlägen einzureichen. Dies erfolgte im Frühjahr 1915. Die Denkschrift war sehr eingehend und behandelte verschiedene Möglichkeiten des Wahlmodus, ohne ein bestimmtes System vorzuschlagen. Sie wurde von mir gebilligt und durch den Kabinettschef dem Reichskanzler zugeschickt mit dem Befehl, sie im Laufe des Jahres durch das Staatsministerium durchberaten und dessen Votum bzw. eventuelle Vorschläge und die Ausarbeitung einer Gesetzesvorlage mir vorlegen zu lassen. Natürlich sollte das Gesetz erst nach dem Friedensschluß eingebracht werden.

Gleich darauf begab ich mich nach Pleß. Die Schlacht von

Gorlice-Tarnow mit ihrem den Feind niederschmetternden Sieg leitete den galizisch-polnischen Feldzug ein, der zur Wiedereroberung von Lemberg, Przemysl, zur Einnahme von Warschau, Iwangorod, Modlin, Brest-Litowsk usw. führte und mich voll in Anspruch nahm. Auch der „Lusitania"-Fall warf seine Schatten, und Italien brach das Bündnis — es ist daher nicht zu verwundern, daß die Denkschrift bei mir ins Hintertreffen geriet.

Auch der Winter und der Sommer 1916 mit ihren Kämpfen an allen Fronten, der furchtbaren Sommeschlacht und der glänzenden rumänischen Herbst- und Winterkampagne führten mich auf alle möglichen Punkte der West- und Ostfront bis nach Nisch, wo die erste denkwürdige Zusammenkunft mit dem Zaren der Bulgaren erfolgte, und nach Orsova, so daß ich zu so eingehender Beschäftigung mit der Reform, wie deren Wichtigkeit erforderte, nicht kommen konnte.

Im Frühjahr 1917 wandte ich mich an den Kanzler mit der Aufforderung, zu Ostern eine Ankündigung der Reform an das Volk zu entwerfen, da ich voraussetzte, daß das Staatsministerium die Denkschrift längst beraten habe. Der Kanzler vereinbarte in Homburg mit dem Kabinettschef und mir den Text des Erlasses, in dem er die Wahlform noch offen zu lassen vorschlug, da er damit noch nicht ganz im reinen sei. Es erschien der Ostererlaß, dem nach wie vor der Gedanke zugrunde lag, daß die Reform erst nach dem Friedensschluß Platz greifen solle, da ja der größte Teil der Wähler vor dem Feinde stand.

Parteien und Presse haben das ihrige dazu getan, meine ursprüngliche Absicht durch Zank und Streit, durch das Aufwerfen der Frage des Reichstagswahlrechts für Preußen und durch das Verlangen nach Einbringung der Vorlage schon während des Krieges, zu verschieben. So nahm die Frage ihren bekannten, wenig erfreulichen Verlauf, der sich durch die endlosen Verhandlungen im Landtage recht langwierig gestaltete. Erst nach dem Abgange des Herrn

v. Bethmann erfuhr ich durch Loebell, daß die Denkschrift vom Jahre 1915 dem Ministerium gar nicht vorgelegt worden war, sondern anderthalb Jahre unerledigt im Tischkasten gelegen hatte. Der Kanzler habe unter dem Eindruck der Wünsche aus dem Lande die verschiedenen vorgeschlagenen Formen fallen lassen und sich direkt auf das allgemeine (Reichstags-) Wahlrecht konzentriert, von dessen Kommen er wohl schon innerlich überzeugt gewesen sein werde.

Jedenfalls ist der ursprüngliche Grundgedanke durch Bethmanns Verschleppung und durch das Parteigezänk gründlich verhunzt worden. Ich hatte meinem siegreich heimkehrenden Heer, dem „Volk in Waffen", meinen tapferen Preußen, mit denen ich vor dem Feinde gestanden hatte, aus freier Entschließung eine Ehrengabe entgegenbringen wollen. –

Es war ein Ausfluß der starken Neigung Bethmanns zur Präponderanz, daß der Staatssekretär des Auswärtigen unter ihm bloßer Hilfsarbeiter blieb, so daß das Auswärtige Amt dem Reichskanzleramt quasi affiliiert war, was in der Benutzung der Presseabteilung besonders fühlbar wurde. Auch mir gegenüber nahm Bethmann eine starke Selbständigkeit für sich in Anspruch. Gestützt darauf, daß der Kanzler nach der Verfassung allein die Verantwortung für die auswärtige Politik zu tragen hat, schaltete und waltete er frei nach Belieben. Das Auswärtige Amt durfte mir nur mitteilen, was dem Kanzler paßte, so daß ich oft über wichtige Angelegenheiten nicht informiert worden bin.

Daß das überhaupt möglich war, liegt an der Reichsverfassung. Es ist hier wohl der Platz, ein Wort über das Verhältnis von Kaiser und Kanzler im allgemeinen einzufügen. Ich spreche im folgenden also nicht über mein Verhältnis zu Herrn v. Bethmann, sondern ganz unpersönlich über die Schwierigkeiten in dem Verhältnis des *Deutschen Kaisers* zu den *Reichskanzlern*, die ihren Grund in der Reichsverfassung hatten.

Ich hebe folgende Punkte hervor:

1. Nach der Reichsverfassung ist der Kanzler der Leiter und Vertreter der auswärtigen Politik des Reiches, er trägt für diese die volle Verantwortlichkeit und läßt sie durch das ihm unterstehende Auswärtige Amt ausführen, nachdem er dem Kaiser Vortrag gehalten hat.
2. Der Kaiser hat auf die auswärtige Politik nur insoweit Einfluß, als der Kanzler ihn einräumt.
3. Der Kaiser kann seinen Einfluß geltend machen im Wege der Diskussion, Information, Anregung, durch Vorschläge und die Berichterstattung über seine auf Reisen empfangenen Eindrücke, die dann als Ergänzung zu den politischen Berichten der Botschafter oder Gesandten der Länder, die er persönlich besuchte, gilt.
4. Der Kanzler kann auf solche Einwirkung des Kaisers eingehen, sie zur Grundlage seiner Entschlüsse machen, wenn er mit der Auffassung des Kaisers übereinstimmt. Im andern Falle bleibt er bei seiner Auffassung und führt sie durch (Krügerdepesche).
5. Verfassungsmäßig hat der Kaiser kein Mittel, den Kanzler und das Auswärtige Amt zur Annahme seiner Ansicht zu zwingen. Er kann den Kanzler nicht zu einer Politik veranlassen, die dieser nicht verantworten zu können glaubt. Besteht der Kaiser auf seiner Auffassung, so kann der Kanzler seinen Abschied anbieten oder fordern.
6. Auf der andern Seite besitzt der Kaiser kein verfassungsmäßiges Mittel, den Kanzler und das Auswärtige Amt an einer Politik zu hindern, die er für bedenklich oder falsch hält. Es bleibt ihm, wenn der Kanzler auf seiner Auffassung besteht, nur übrig, zum Kanzlerwechsel zu schreiten. – Jeder Kanzlerwechsel ist aber eine schwierige,

in das Leben der Nation tief eingreifende Prozedur und deshalb in Zeiten politischer Verwicklungen und Hochspannung äußerst bedenklich, eine ultima ratio, die um so gewagter ist, als die Zahl der für diesen anormal ausgewachsenen Posten geeigneten Männer sehr gering ist.

Die Stellung des Reichskanzlers, die auf die überragende Persönlichkeit des Fürsten Bismarck zugeschnitten war, hatte durch die sich immer mehr vergrößernden Reichsämter, deren aller Chef und verantwortlicher Vorgesetzter der Kanzler war, ein bedenkliches Übergewicht gewonnen. Beachtet man diese Tatsache, dann geht es schlechterdings nicht an, hinterher, wie es schon früher und besonders gegen Ende des Krieges und nach dem Kriege seitens kritischer Besserwisser und nörgelnder Umstürzler zu Haus wie seitens der Entente geschehen ist, den Kaiser kurzweg für alles allein verantwortlich zu machen. Das ist, ganz abgesehen von allem Persönlichen, ein Beweis völliger Unkenntnis der früheren deutschen Reichsverfassung. –

Der Besuch des Zaren in Potsdam im November 1910 verlief zur Zufriedenheit aller Beteiligten und wurde vom Kanzler und Herrn v. Kiderlen benutzt, mit dem neu ins Amt getretenen Herrn Sasonow Fühlung zu nehmen, den der Zar dazu mitgebracht hatte. Der russische Herrscher fühlte sich bei uns anscheinend wohl und nahm an der zu seinen Ehren veranstalteten Jagd, bei der er sich als passionierter Waidmann zeigte, lebhaften Anteil. Der Erfolg der Besprechungen der beiderseitigen Staatsmänner bot anscheinend gute Aussichten für die Zukunft, so daß beide Seiten, nachdem sie übereinander orientiert waren, beruhigt auf eine günstige Gestaltung unserer Beziehungen hofften.

Während meines Frühjahraufenthaltes auf Korfu begannen die Unruhen der Malissoren, die auch das Interesse der Griechen sehr in Anspruch nahmen. Man war in Korfu über den andauernden Waffenschmuggel, der von Italien über Valona nach Albanien ging,

gut orientiert und neigte in griechischen Kreisen der Ansicht zu, daß Machinationen von jenseits der Adria wie auch aus Montenegro an den Ereignissen nicht unbeteiligt seien. Auch habe das neue türkische Regime keine glückliche Hand in der Behandlung der Albanesen gehabt, die recht empfindlich und mißtrauisch seien. Der frühere Sultan Abdul Hamid habe das sehr wohl erkannt und es trefflich verstanden, sich gut mit den Albanesen zu stellen und sie in Ruhe zu halten. Man befürchtete aber keine weitergehenden Komplikationen aus den Ereignissen.

Zu Anfang 1911 erhielt ich eine sehr herzlich gehaltene schriftliche Einladung des Königs Georg von England, mit der Kaiserin der Enthüllung des Standbildes der Königin Victoria, unserer gemeinsamen Großmutter, beizuwohnen. Infolgedessen begab ich mich Mitte Mai mit der Kaiserin und unserer Tochter nach London. Der Empfang seitens der englischen Königsfamilie sowie der Bewohner Londons war herzlich. Die Enthüllungsfeier war geschickt inszeniert und sehr großartig. Der weite kreisrunde Platz vor Buckingham Palace war von Tribünen umgeben, die von eingeladenem Publikum überfüllt waren. Davor stand ein Truppenspalier aller Waffengattungen und Regimenter der britischen Armee in Paradeausrüstung, die Kavallerie und Artillerie zu Fuß. Am Denkmal waren sämtliche Fahnen der Truppen zusammengezogen. Die Königliche Familie mit ihren Gästen und den Gefolgen gruppierte sich vor dem Denkmal. König Georg hielt eine weihevolle Ansprache von guter Wirkung, in der er auch des deutschen Kaiserpaares Erwähnung tat. Die Hülle fiel unter Salut und Gruß. Die Königin in Marmor, auf einem Thron sitzend, von einer goldenen Victoria überragt, wurde sichtbar, ein Augenblick von packender Wirkung. Danach folgte der Vorbeimarsch der in der Parade stehenden Truppen, die Garden voraus, dann Hochländer, die in ihrer kleidsamen farbigen Tracht eine besonders malerische Note in das militärische Schauspiel

brachten, dann die übrigen Truppen. Der Vorbeimarsch vollzog sich auf dem kreisrunden Platze in einer andauernden Schwenkung; die äußeren Flügel mußten ausschreiten, die inneren verhalten, eine schwierige Aufgabe für die Truppe. Sie wurde glänzend gelöst; kein Mann kam aus der Richtung. Der Herzog von Connaught, welcher die ganzen militärischen Anordnungen getroffen hatte, erntete mit Recht ungeteilten Beifall. Die übrigen Tage des Aufenthaltes wurden zu Ausflügen benutzt, auch genossen wir die Gastfreundschaft hoher englischer Familien, wobei sich Gelegenheit bot, mit vielen Mitgliedern der Gesellschaft in Verkehr zu treten.

Einen besonderen Kunstgenuß bot der König seinen Gästen durch eine Theatervorstellung in Drury Lane. Es wurde ein bekanntes englisches Schauspiel „Money" gegeben von einer besonders dazu zusammengestellten Truppe, die aus den ersten Schauspielern und Schauspielerinnen Londons bestand. Als Überraschung fiel im Zwischenakt ein von einer Dame ad hoc gemalter Vorhang, der in Lebensgröße den König Georg und mich zu Pferde darstellte, wie wir militärisch salutierend aufeinander zureiten. Das Bild war mit viel Schwung gemalt und wurde vom Publikum lebhaft akklamiert. Das Spiel der Herren und Damen in „Money" war geradezu mustergültig, da ein jeder seine Rolle, auch die kleinste, in der Vollendung gab. Es war eine wirklich klassische Aufführung. An einem anderen Tage wurden in der Olympiabahn die Sportturniere der britischen Armee und Marine besichtigt, die sowohl hervorragende Einzelleistungen zu Fuß und zu Pferde, wie auch solche von geschlossenen Truppenteilen zur Darstellung brachten.

Ich habe mich hier bei der Schilderung der Denkmalsenthüllung wie auch der Beerdigung König Eduards VII. absichtlich mit den Äußerlichkeiten und dem Pomp beschäftigt, die bei derartigen Gelegenheiten in England üblich sind. Aus ihnen ersieht man, daß in einem parlamentarisch regierten, sogenannten demokratischen Lande

auf fast mittelalterliche Prachtentfaltung mehr Wert gelegt wurde, als im deutschen Kaiserreiche.

Das französische Verhalten in Marokko, das mit der Algecirasakte nicht mehr recht in Einklang zu bringen war, hatte wiederum die Aufmerksamkeit der Diplomaten auf sich gelenkt. Der Kanzler hatte mich daher gebeten, wenn sich Gelegenheit dazu böte, die Ansicht des Königs Georg über die Marokkanische Frage zu hören. Ich fragte ihn, ob er der Ansicht sei, daß die französische Handlungsweise sich noch mit der Algecirasakte vertrage. Der König meinte, eigentlich bestehe die Akte nicht mehr, und man tue wohl am besten, sie der Vergessenheit anheimzugeben. Die Franzosen machten ja im Grunde in Marokko nichts anderes, als was die Engländer seinerzeit in Ägypten auch getan hätten. England werde deshalb den Franzosen keine Schwierigkeiten in den Weg legen, sondern sie gewähren lassen; man solle sich mit dem fait accompli der Besetzung abfinden und sich wegen kommerzieller Sicherungen mit Frankreich arrangieren. – Der Besuch verlief bis zuletzt harmonisch, und die Einwohner aus allen Schichten Londons gaben ihrer Sympathie Ausdruck, sobald sie der Gäste ihres Königs ansichtig wurden.

So konnte das deutsche Kaiserpaar mit den besten Eindrücken heimkehren. Als ich diese dem Kanzler mitteilte, äußerte er große Zufriedenheit. Aus den Bemerkungen des Königs Georg entnahm er, daß England die Algecirasakte als nicht mehr bestehend betrachte und auch der Besetzung Marokkos keine Schwierigkeiten bereiten werde. Daraus entwickelte sich die von ihm und dem Auswärtigen Amte befolgte Linie, welche zum Agadirfall führte, dem letzten ebenfalls mißglückten Versuch, Einfluß in Marokko zu behalten. Die Lage spitzte sich zu während der Kieler Woche. Das Auswärtige Amt unterbreitete mir seine Absicht, den „Panther" nach Marokko zu schicken. Ich habe starke Bedenken gegen diese Maß-

regel geltend gemacht, mußte sie aber angesichts der dringlichen Vorstellungen des Auswärtigen Amtes zurückstellen. –

Das Jahr 1912 brachte in seiner ersten Hälfte die Sendung Sir Ernest Cassel's mit einer Verbalnote, in welcher England seine Neutralität im Falle eines auf Deutschland erfolgenden „unprovozierten" Angriffes anbot, falls Deutschland auf eine Beschränkung seines Kriegsschiffbaues und das versteckt angedeutete Fallenlassen seiner neuesten Marinevorlage eingehen würde. Infolge unserer entgegenkommenden Antwort wurde Lord Haldane mit den Verhandlungen betraut und nach Berlin entsandt. Die Verhandlungen scheiterten schließlich an der immer intransigenter werdenden Haltung Englands (Sir E. Grey), das zuletzt Lord Haldane desavouierte und seine eigene Verbalnote zurückzog, weil Grey befürchtete, durch ein deutsch-englisches Abkommen die Franzosen zu verletzen und das englisch-französisch-russische Einvernehmen zu gefährden.

Im einzelnen war der Verlauf folgender: Am Vormittag des 29. Januar 1912 ließ sich im Schloß zu Berlin Herr Ballin bei mir anmelden und um Audienz bitten. Ich nahm an, daß es sich um eine nachträgliche Geburtstagsgratulation handeln werde. Ich war daher nicht wenig erstaunt, als Ballin nach kurzem Glückwunsch mir meldete, daß er als Abgesandter von Sir Ernest Cassel erschienen sei, der in besonderer Mission soeben in Berlin eingetroffen sei und um Empfang bäte. Ich fragte, ob es sich um eine politische Sendung handle, und, wenn das der Fall sei, warum nicht der englische Botschafter die Audienz vermittle. Aus Ballins Antwort ging hervor, daß die Angelegenheit nach Andeutungen Cassel's sehr wichtig zu sein scheine, die Umgehung des Botschafters aber dadurch zu erklären sei, daß man in London den besonderen Wunsch ausgesprochen habe, die amtlichen diplomatischen Stellen mit der Angelegenheit nicht zu befassen, weder die englischen noch die deutschen. Ich erklärte mich zum sofortigen Empfang bereit, fügte aber hinzu,

daß ich, falls Cassel's Auftrag auf Fragen der Politik Bezug haben sollte, als konstitutioneller Herrscher sogleich den Kanzler hinzuziehen würde, da ich nicht in der Lage sei, allein ohne den Kanzler mit dem Vertreter einer fremden Macht zu verhandeln.

Ballin holte Cassel herbei, der mir ein Schriftstück überreichte, das mit „Billigung und Kenntnis der englischen Regierung" aufgesetzt worden sei. Ich las den kleinen Bogen durch und erstaunte nicht wenig, als ich ein formelles Neutralitätsangebot für den Fall künftiger kriegerischer Verwicklungen Deutschlands in den Händen hielt, abhängig gemacht von gewissen Beschränkungen auf dem Gebiete des Flottenbaues, die Gegenstand von gegenseitigen Besprechungen und Vereinbarungen bilden sollten. Ich ging mit Ballin ins Nebenzimmer (Adjutantenzimmer) und gab ihm das Schriftstück zu lesen. Nachdem er das getan hatte, sagten wir a tempo: „Eine Verbalnote!"

Es war offenbar, daß sich diese „Verbalnote" auf die vorliegende Novelle zu unserem Flottengesetz bezog und bestimmt war, sie auf irgendeine Weise zu verzögern oder zu hintertreiben. Jedenfalls befand ich mich vor einer eigentümlichen Situation, die auch Ballins Verwunderung erregte. Sie erinnerte mich an die Lage in Cronberg-Friedrichshof 1908, als ich das an mich persönlich gerichtete Ansinnen des englischen Unterstaatssekretärs Hardinge, unseren Flottenbau einzustellen, zurückweisen mußte. Jetzt erschien ein intimer Geschäftsfreund Eduards VII. – ohne vorherige Anmeldung auf amtlichem diplomatischen Wege – beim Deutschen Kaiser mit einer von der englischen Regierung inspirierten „Verbalnote", mit der ausdrücklichen Instruktion, sämtliche diplomatischen Instanzen beider Länder zu umgehen. Er überreichte ein Angebot der englischen Regierung, in kommenden kriegerischen Verwicklungen ihre Neutralität zu wahren gegen Abmachungen über Beschränkungen in unserem Schiffbau. Und dies geschah seitens Englands, des Mutterlandes des „Kon-

stitutionalismus"! Ballin sagte, als ich ihn hierauf hinwies: „Heiliger Konstitutionalismus! Wo bist du hin? Das ist ja »personal politics, with a vengeance«!"*) Ich einigte mich mit Ballin dahin, daß Herr v. Bethmann sofort zitiert werden müsse, um seinerseits sich zu informieren und zu dieser eigentümlichen Lage Stellung zu nehmen.

Telephonisch gerufen war Bethmann bald zur Stelle. Auch ihm verursachte die Situation zunächst ein gewisses Erstaunen; es war interessant, sein Mienenspiel zu beobachten, als er orientiert wurde. Der Kanzler schlug vor, zur ressortmäßigen Erledigung auch den Staatssekretär des Reichsmarineamts Admiral v. Tirpitz hinzuzuziehen, und empfahl, in derselben Art und Form, wie die von Cassel überreichte Note, eine Antwort in englischer Sprache aufzusetzen und sie Sir Ernest mitzugeben, der abends wieder reisen wollte. (Englisch wurde gewählt, weil man Unklarheiten und Mißverständnisse bei einer Übersetzung in London befürchtete.) Der Kanzler bat mich, da ich am besten Englisch verstände, die Note aufzusetzen; nach einigem Sträuben mußte ich mich dazu entschließen, das Schreiberhandwerk selbst zu versehen.

Nun ergab sich folgendes Bild: Ich saß am Schreibtisch im Adjutantenzimmer, die Herren standen um mich herum. Ich las einen Satz aus der Note vor und entwarf eine Antwort, die wieder verlesen wurde. Darauf setzte die Kritik von rechts und von links ein. Dem einen war es zu entgegenkommend, dem andern zu schroff; es wurde gemodelt, umgegossen, verbessert und gedrechselt. Besonders der Kanzler mit seiner philosophisch prüfenden, tief forschenden Gründlichkeit, die jedes Wort auf die Goldwage legte, damit es von allen Seiten beleuchtet nachher niemandem einen Anlaß zur Kritik bieten könnte, bereitete mir manche grammatikalische und

---

*) „Das ist ja persönliche Politik in höchster Potenz!"

stilistische Pein. Nach stundenlanger Arbeit war der Guß endlich gelungen und wurde, nachdem die Note ein paarmal von Hand zu Hand gegangen und dann noch ein halbes Dutzend Mal von mir verlesen worden war, unterschrieben.

Beim Auseinandergehen fragte der Kanzler Sir Ernest noch, wer von England aus zu den Verhandlungen zu erwarten sei. Cassel erwiderte, es werde jedenfalls ein Minister gesandt werden, welcher, sei ihm nicht bekannt, vielleicht Mr. Winston Churchill, der jetzige Marineminister, da es sich ja um eine Marineangelegenheit handle. Dann vereinbarte der Kanzler noch mit ihm, daß der inoffizielle Weg beibehalten werden und Ballin die Übermittlung aller die Angelegenheit betreffenden Nachrichten aus England übernehmen solle. Sir Ernest drückte seinen lebhaften Dank für liebenswürdigen Empfang und seine Zufriedenheit mit dem Tenor unserer Antwortnote aus. Später teilte mir Ballin noch einmal vom Hotel aus mit, daß Cassel sich in jeder Beziehung befriedigt über den Erfolg seiner Mission ausgesprochen habe und über den guten Eindruck, den er empfangen hätte, auch seiner Regierung berichten werde.

Als ich dann die Angelegenheit mit Admiral v. Tirpitz besprach, waren wir beide uns darüber einig, daß die Novelle in Gefahr komme, also scharf aufgepaßt werden müßte. Es wurde nun in aller Stille das Material geordnet, das Admiral v. Tirpitz bei den Verhandlungen vorzulegen haben würde: ein kleiner historischer Überblick über die Entwicklung der Flotte und deren sich erweiternde Aufgaben; das Flottengesetz in seinen Zielen, seinem Wesen sowie seine Durchführung und seine Erweiterung; schließlich die vorliegende Novelle, ihre Bedeutung und die Art ihrer Ausführung. Vom Kanzler wurde erbeten, daß die Hauptverhandlung im Schloß in meiner Gegenwart stattfinden solle. Mit Tirpitz verabredete ich noch, daß er, soweit er könne, englisch sprechen solle, bei schwierigen Ausdrücken würde ich eventuell dolmetschen.

Bis zur Bekanntgabe des Unterhändlers seitens Englands erging man sich in Vermutungen, und Ballin berichtete über Kombinationen, bei denen verschiedene Namen, sogar der Grey's, genannt wurden. Endlich kam durch Ballin die Nachricht, daß Haldane — ausgerechnet der Kriegsminister, früher Advokat — mit der Verhandlung betraut worden sei und demnächst eintreffen werde. Allgemeines Erstaunen! Man denke sich mutatis mutandis, daß Deutschland an Stelle von Admiral v. Tirpitz den Kriegsminister (v. Heeringen damals) zur Besprechung einer Flottenfrage nach London geschickt hätte! Bei der Besprechung dieses Punktes mit Bethmann und Tirpitz wurden verschiedene Mutmaßungen laut. Der Kanzler meinte, Haldane sei in England als Goetheforscher und Kenner der deutschen Philosophie, auch als des Deutschen mächtig bekannt, es sei also wohl eine Höflichkeit gegen uns, die sich in seiner Wahl kund tue. Tirpitz bemerkte, daß Haldane ja früher einige Zeit in Berlin gewesen sei und bei General v. Einem im Kriegsministerium gearbeitet, also die hiesigen Verhältnisse kennen gelernt habe. Ich wies darauf hin, daß das alles wohl in Betracht komme, daß aber durch Haldane's Wahl, da er die Marine doch nur oberflächlich kennen könne, die Angelegenheit zu einer für England rein politischen gestempelt sei. Sehr wahrscheinlich richte sich das Ganze gegen die Marinepolitik Deutschlands überhaupt und gegen die Novelle im besonderen. Man werde deshalb gut tun, diesen Punkt nicht aus den Augen zu lassen, damit sich nicht unversehens ein fremder Eingriff in unser Selbstbestimmungsrecht hinsichtlich der Stärke unserer Wehrkraft aus der ganzen Affäre herauskristallisiere.

Haldane kam an. Er wurde als Kaiserlicher Gast aufgenommen. Ballin, der ihn begleitete, löste nun auch das Rätsel von Haldane's Wahl auf Grund von Nachrichten, die ihm aus England zugegangen waren. Als Cassel, nach London heimgekehrt, der Regierung über seinen Empfang berichtet und die Antwortnote übergeben hätte, wäre

der Eindruck so günstig gewesen, daß dort an dem befriedigenden Verlauf und Abschluß des Abkommens nicht mehr gezweifelt wurde. Es habe sich nunmehr zwischen den Ministern, zumal zwischen Churchill und Grey, ein edler Wettstreit darüber entsponnen, wer nach Berlin solle, um seinen Namen unter dieses große historische Dokument zu setzen – wenn es nämlich gelungen wäre, Deutschland zur vollständigen Preisgabe der weiteren Ausgestaltung seiner Flotte zu bestimmen. Churchill habe gemeint, er sei der gegebene Mann, da er die Marine habe. Aber Grey und Asquith gönnten dem Kollegen den Ruhm nicht. Daher stand eine Zeitlang Grey im Vordergrunde – wieder ein Beweis, daß die Politik und nicht so sehr die Zahl der Schiffe dabei die Hauptrolle spielen sollte. Nach einiger Zeit aber beschloß man, daß es Grey's ganzer Person und Stellung doch würdiger sei, erst zum Schluß der Verhandlungen zu erscheinen und seinen Namen unter das Abkommen zu setzen und – wie es in Ballins englischen Informationen lautete – „to get his dinner from the Emperor and to come in for his part of festivities and fireworks"*), auf gut Deutsch: die „bengalische Beleuchtung" einzuheimsen. Da nun Churchill diese keinesfalls bekommen sollte, so mußte für die Verhandlungen eine Persönlichkeit gewählt werden, die Asquith und Grey nahestand und, deren volles Vertrauen besitzend, bereit war, die Verhandlungsarbeit bis zum Beginn der „bengalischen Beleuchtung" auf sich zu nehmen, und die außerdem in Berlin schon bekannt und in Deutschland nicht fremd war. Churchill war das freilich auch nicht, denn er war einige Male bei den Kaisermanövern in Schlesien und Württemberg als Kaiserlicher Gast zugegen gewesen. Ballin verbürgte sich für die Zuverlässigkeit seiner Londoner Quelle.

---

*) „sein Festessen vom Kaiser zu bekommen und bei den Festlichkeiten und Feuerwerken auf seine Rechnung zu kommen"

Ehe die Verhandlungen begannen, machte ich den Staatssekretär v. Tirpitz noch darauf aufmerksam, daß Haldane, obgleich augenblicklich Kriegsminister, sich wohl vorbereitet haben werde und sicherlich von der englischen Admiralität, in der der Geist Fisher's walte, eingehend instruiert worden sei. Fisher hatte in sein Handbuch für englische Seeoffiziere neben anderen beherzigenswerten Vorschriften einen Satz aufgenommen, der für den Admiral, seine Behörde und ihren Geist charakteristisch ist und wörtlich lautet: „If you tell a lie, stick to it."*) Außerdem, sagte ich zu Tirpitz, dürfe man nicht vergessen, welch fabelhaftes Anpassungsvermögen die Angelsachsen besäßen; es befähige sie zur Übernahme von Posten, die ihrem sonstigen Lebens- und Bildungsgange fern lägen. Auch sei in England das Interesse für die Marine allgemein so intensiv, daß fast jeder Gebildete bis zu gewissem Grade für Marinefragen sachverständig sei.

Bei den Verhandlungen zeigte sich Haldane vortrefflich informiert und als geschickter, zäher Debatter, wobei seine brillanten Advokateneigenschaften in die Erscheinung traten. Das Gespräch dauerte mehrere Stunden und führte zu einer generellen Klärung sowie zu einer vorläufigen Einigung über Verschiebung von Bauterminen usw. Die Einzelheiten seines Verlaufs sind im Reichsmarineamt in den Akten niedergelegt. Tirpitz war hervorragend.

Nachdem noch einige Besprechungen — auch unter Teilnahme Ballins — stattgefunden hatten, reiste Haldane zurück. Ballin meldete mir, Haldane habe sich ihm gegenüber in jeder Hinsicht befriedigt über den Ausgang seiner Mission ausgesprochen und der Meinung Ausdruck verliehen, daß in etwa 8—14 Tagen das Konzept zu dem Abkommen an uns werde übersandt werden können.

Die Zeit verstrich. Der Zeitpunkt für das Einbringen der Novelle rückte näher. Tirpitz schlug vor, falls das Abkommen vor-

*) „Wenn Du lügst, dann bleib' auch fest dabei."

her zum Abschluß käme, die Novelle entsprechend zu ändern, andernfalls sie unverändert einzubringen. Endlich traf, zwar nicht der Entwurf zum Abkommen, aber eine allerhand Fragen und Orientierungswünsche enthaltende Schrift ein, deren Beantwortung viele Besprechungen und Erwägungen erforderte. Allmählich befestigte sich in mir der Verdacht, daß es den Engländern mit dem Abkommen nicht ernst sei. Denn Rückfrage reihte sich an Rückfrage, Details wurden hervorgesucht, die mit dem Abkommen direkt nichts zu tun hatten. England nahm allmählich von seinen Angeboten und Zusagen mehr und mehr zurück, und ein Entwurf zum Abkommen kam nicht.

In Berlin setzte nun vom Auswärtigen Amt und von berufener und unberufener Seite ein Kesseltreiben gegen die Novelle, gegen Tirpitz und gegen mich ein. Auch der Kanzler, der in der Hoffnung lebte, das Abkommen zustande zu bringen und seinen Namen unter ein Instrument setzen zu können, das Deutschland aus der „Einkreisung" befreien und mit England in ein geregeltes besseres Verhältnis bringen sollte, trat für das Fallenlassen der Novelle ein. Das hätte aber nichts anderes bedeutet, als einer auswärtigen Macht eine ungeheure Einflußnahme auf Fragen der deutschen Landesverteidigung einzuräumen und dadurch das Selbstbestimmungsrecht der Nation und unsere Schlagfertigkeit für den Fall eines uns aufgezwungenen Krieges zu gefährden. Deutschland hätte sich damit, ohne irgendeine Gegenleistung garantiert zu erhalten, von seinem schärfsten Gegner vorschreiben lassen, was dieser — in seinem eigenen Interesse — für gut befinden würde, uns noch eben zuzubilligen.

Bei dieser unklaren Lage entstanden Meinungsverschiedenheiten und heftige Kämpfe, die gerade von den Kreisen, die von der Marine de facto wenig verstanden, recht scharf und nicht immer ganz sachlich geführt worden sind. Admiral v. Tirpitz hat in diesem für ihn und mich so schweren Winter, mit klarem Blick die Lage und den Gegner durchschauend, als ein echter, vaterlandsliebender Offizier

im Kampfe seinen Mann gestanden, von mir aus voller Überzeugung nach besten Kräften gestützt. Alle Instanzen stimmten darin überein, daß kein fremdes Land darüber mitzubestimmen haben dürfe, was wir für unseren Schutz zu tun hätten oder nicht.

Die Hoffnung auf das Zustandekommen des Abkommens schrumpfte mehr und mehr zusammen. England zeigte immer weniger Interesse und bröckelte wichtige Bestandteile seiner ersten Verbalnote ab. So erkannten Admiral v. Tirpitz und ich, daß der ganze Vorschlag nur ein „Manöver" gewesen war.

Der Kampf um die Novelle wurde immer heißer. Da traf es sich, daß ich in Cuxhaven Dr. Burchard, dem Präsidenten des Senats von Hamburg, begegnete, der von mir als Urbild des aristokratischen Bürgers einer Hansastadt verehrt und auch über politische Fragen öfters zu Rate gezogen wurde. Ich schilderte ihm den ganzen Verlauf der Angelegenheit und die Kämpfe in Berlin um die Einbringung oder Nichteinbringung der Novelle. Dann bat ich ihn, mir so rückhaltlos wie stets seine Ansicht zu sagen, was er im Interesse des Staatswohls für das Richtige halte, da mir daran liege, ein objektives, von den in Berlin kämpfenden Gegensätzen unbeeinflußtes Urteil zu hören.

Dr. Burchard antwortete in seiner klaren, scharf pointierten, überzeugenden Art: Das Festhalten an der Novelle sei einfach meine Pflicht gegen Volk und Vaterland. Wer gegen ihre Einbringung spräche, versündige sich an ihnen. Was wir für unsere Verteidigung für nötig hielten, müsse unbedingt geschaffen werden. Vor allem aber dürfe niemals geduldet werden, daß ein fremder Staat sich erdreiste, bei uns hineinreden zu wollen. Das englische Angebot sei eine „Finte", um uns zu veranlassen, die Novelle fallen zu lassen. Das dürfe unter keinen Umständen geschehen. Das deutsche Volk würde es nicht verstehen, wenn man sein Selbstbestimmungsrecht preisgebe. Die Novelle müsse unbedingt eingebracht werden. Er werde im Bundesrat

für ihre Annahme eintreten (das ist in einer glänzenden, fortreißenden Rede geschehen) und auch sonst in Berlin dafür wirken. Die Engländer würden zwar schimpfen, das sei aber egal, das täten sie doch schon seit langem; einen Krieg würden sie deswegen gewiß nicht anfangen. Admiral v. Tirpitz tue nur seine Pflicht und Schuldigkeit, ich möchte ihn nach jeder Richtung stützen. Der Kanzler müsse seinen Widerstand aufgeben, er riskiere sonst, daß man ihm wegen „Engländerei" zuletzt noch die Fenster einwerfen werde. — So der Vertreter der großen Handelsstadt, die bei einem Kriege mit England zuerst bedroht war. Aus ihm sprach echter Hanseatengeist.

Merkwürdigerweise ist mir dieses Urteil Dr. Burchards über das englische Angebot neuerdings in Holland von einem Holländer bestätigt worden, dem Engländer seinerzeit die englische Absicht mitgeteilt haben. Tirpitz und ich hatten es richtig erkannt: das Neutralitätsangebot war ein politisches Manöver.

Bald kamen nun auch Nachrichten von Ballin, daß die Sache in England nicht zum Besten stehe. Nach eingelaufenen Informationen sei ein Streit über das Abkommen entstanden, man sei mit Haldane nicht zufrieden und behaupte, daß er sich von Tirpitz habe übertölpeln lassen! Das verriet deutlich den Ärger darüber, daß Tirpitz nicht auf den Leim kroch und die Novelle einfach fallen ließ, und daß Haldane nicht die Novelle auf dem Teebrett zum afternoontea dem Ministerium hatte servieren können. Von einem „Übertölpeln" seitens Deutschlands kann nicht die Rede sein. Aber der Vorwurf gegen Haldane berechtigt zu dem Verdacht, daß dessen Instruktionen dahin gingen, er solle die Deutschen „übertölpeln". Wenn seine Landsleute der Ansicht waren, das Umgekehrte sei eingetreten, dann kann man Admiral v. Tirpitz nur wärmsten Dank dafür zollen, daß er den deutschen Standpunkt richtig gewahrt hat, zum Heile unseres Vaterlandes.

Gegen Ende März spitzten sich die Kämpfe um die Novelle derart zu, daß der Kanzler schließlich am 22., als ich aus der Charlottenburger Gruft trat, im Park um seine Entlassung bat. Nach eingehender Aussprache und nachdem ich ihm Dr. Burchards Urteil mitgeteilt hatte, zog der Kanzler sein Abschiedsgesuch zurück.

Als ich einige Zeit danach Herrn v. Bethmann in seinem Garten besuchte, fand ich ihn ganz gebrochen mit einer Depesche aus London in der Hand. Sie enthielt die glatte Desavouierung der von Cassel überreichten Verbalnote, die Zurücknahme sowohl des Neutralitäts- wie jedes anderen Angebots und am Schlusse noch die Admonition an mich, Herrn v. Bethmann als Reichskanzler zu belassen, da er in besonderem Maße das Vertrauen der britischen Regierung besitze! Tränen der Empörung schimmerten in den Augen des in seinen Hoffnungen schwer enttäuschten Kanzlers. Das ihm von einer fremden Regierung, mit der Deutschland und er soeben schmerzliche Erfahrungen gemacht hatten, gespendete Lob kränkte ihn tief. Er bot zum zweiten Male seine Entlassung an; ich nahm sie nicht an, sondern versuchte, ihn zu trösten. Sodann befahl ich, dem Botschafter in London die Frage zu stellen, wie er ein solches Schreiben überhaupt habe entgegennehmen und weiter befördern können.

Mit der Novelle war der Kanzler nunmehr einverstanden. Loyaler Weise wurde sie aber mit der Einschränkung gebracht, wie sie für den Fall des Abschlusses des Abkommens beabsichtigt war. In England hingegen baute man das volle Programm.

Diese „Episode Haldane" ist bezeichnend für die Politik Englands. Dieses ganze großangelegte Manöver wurde veranstaltet, lediglich um die Entwicklung der deutschen Flotte zu verhindern, während gleichzeitig in Amerika, das eine kaum nennenswerte Handelsflotte besaß, in Frankreich, dessen Kriegsflotte der deutschen an Zahl überlegen war, in Italien, in Rußland, das auch im Ausland bauen ließ, großartige Bauprogramme ausgeführt wurden, ohne

daß dies den geringsten Protest seitens Englands hervorrief. Und Deutschland, das zwischen Frankreich und Rußland eingekeilt war, mußte zum mindesten doch so gerüstet sein, daß es zur See in der Verteidigung gegen jene das Meer halten konnte. Zu diesem Zwecke war unser Flottenbau unbedingt nötig. Er war niemals gegen die 4—5fach stärkere englische Flotte gerichtet, die Englands Überlegenheit und Sicherheit garantierte, und deren Stärke zu erreichen kein vernünftiger Mensch in Deutschland je geträumt hat. Die Flotte war für uns nötig zur Küstenverteidigung und zum Schutze unseres Handels. Dazu reichen die kleinen Mittel, wie U-Boote, Torpedoboote und Minen nicht aus. Zudem waren an der Ostsee die Küstenbatterien so veraltet und miserabel bestückt, daß sie durch das Massenfeuer schwerer Artillerie moderner Großkampfschiffe in 48 Stunden rasiert worden wären. So war unsere Küste an der Ostsee eigentlich wehrlos. Zu ihrem Schutze war die Flotte nötig. Skagerrak hat es bewiesen, was sie bedeutete und wert war. Die Schlacht wäre für England vernichtend geworden, wenn nicht bis 1900 der Reichstag alle Anträge auf Verstärkung der Flotte abgelehnt hätte. Diese 12 verlorenen Jahre sind nicht wieder einzuholen gewesen.

Ehe wir von Haldane scheiden, sei noch auf eine andere Episode seines Wirkens hingewiesen. Im Jahre 1906 kam er mit Erlaubnis der deutschen Regierung nach Berlin, um sich über die preußische Wehrverfassung, Rekrutierung, den Generalstab usw. zu unterrichten. Er wurde im Kriegsministerium beschäftigt, wo ihn der Minister, General v. Einem, persönlich orientierte. Nachdem er etwa 2—3 Wochen dort gearbeitet hatte, kehrte er sehr befriedigt nach England zurück.

Als nach dem Ausbruch des Weltkrieges der Goethefreund Haldane als „Prodeutscher" boykottiert und so feindselig behandelt wurde, daß er sich öffentlich nicht mehr sehen lassen durfte, ließ er zu seiner Verteidigung durch den bekannten Literaten und Journalisten Mr.

Begbie eine Apologie seiner Amtszeit als Kriegsminister schreiben; das Buch trägt den Titel „Vindication of Great Britain". Es werden darin seine Verdienste um die Formierung eines regelrechten Generalstabes und um die Kriegsvorbereitung des britischen Heeres für den Weltkrieg in ein helles Licht gestellt. Dabei wird betont, wie geschickt er seinerzeit die Erlaubnis, im Preußischen Kriegsministerium zu arbeiten, ausgenutzt habe, um in Deutschland militärisch zu lernen und nach unserem Muster die Neuorganisation des britischen Heeres und Generalstabes für den bevorstehenden Kampf gegen seine damaligen deutschen Gastgeber bis ins Kleinste vorzubereiten. Hier zeigt sich der schlaue, gewandte Advokat, der unter dem Schutz der Gastfreundschaft eines fremden Landes dessen militärische Einrichtungen studiert, um aus dem gewonnenen Material und Kenntnissen Waffen gegen jenes zu schmieden. Ganz charakteristisch ist das Buch dem Andenken König Eduards VII. gewidmet, dessen Vertrauter, Sendling und Werkzeug Haldane war. In Berlin sah man damals in Haldanes Mission eine „Annäherung" Englands, nach der man immer strebte; de facto war sie eine „Auskundschaftung" des deutschen Vetters unter dessen eigenem Dach. Den Dank quittierte England mit dem Weltkriege, den Haldane mit vorbereiten half. In diesem Falle hatte Haldane die Deutschen „übertölpelt"!

Das ist der Hergang der Mission Haldane's. Späterhin ist von allerhand Politikastern in Presse und Publikum kurzweg behauptet worden, die aussichtsreiche „Annäherung" Englands an Deutschland durch Haldane sei durch den Starrsinn des Kaisers und des Admirals v. Tirpitz, durch ihr Festhalten an der Novelle gegen den Willen aller „vernünftigen Ratgeber" gescheitert! –

In jener Zeit trat die Frage der Bildung eines selbständigen Albanesenstaates und die von den Mächten zu treffende Wahl eines Oberhauptes für dieses Gebilde auch an mich heran. Mancher

kronlüsterne Kandidat hatte sich schon beim Mächteareopag gemeldet, ohne angenommen zu werden, mancher von den Mächten in Aussicht genommene wurde von den Albanesen abgelehnt. Ich stand der Frage an und für sich kühl gegenüber und war der Meinung, man müsse — wie bei jeder „Staatenbildung" — möglichst der historischen Entwicklung, besonders auch den eigentümlichen geographischen Verhältnissen und den Sitten des Volkes Rechnung tragen.

Ein einheitliches Reich mit einem Herrscher und einer Dynastie hat es in diesem merkwürdigen Volke nie gegeben. In Tälern, die von hohen Gebirgszügen eingefaßt und abgeschlossen sind, wohnend leben die Albanesenstämme ziemlich gesondert von einander. Ihr politischer Habitus ist dem Clanswesen der Schotten nicht unähnlich. Christen und Mohammedaner sind gleichmäßig vertreten. Die Blutrache ist eine uralt überlieferte geheiligte Institution; nicht minder das Rauben und Stehlen von Vieh. Die Landwirtschaft ist noch wenig entwickelt, der Ackerbau in den Anfängen, die dazu benutzten Geräte sind vorsündflutlich. Das Recht wird vom Stammesoberhaupt im Freien unter dem Dorfbaum gesprochen, wie einst bei den alten Deutschen. Waffen trägt jeder Mann; die meisten sind vorzügliche Schützen. Erscheint das Stammesoberhaupt auf einem Umritt in seinem Gau in einer Ortschaft, so erwartet die Bevölkerung von ihm Segen in klingender Münze, die zuweilen vom hohen Rosse herab ausgeteilt wird. Das ist natürlich bei einem Regierungsantritt erst recht der Fall, und es wird gar übel vermerkt, wenn es nicht geschieht.

Bis zum Balkankrieg traten viele Albanesen in türkische Dienste, wo sie es zu hohen Würden bringen konnten, da sie ihres Fleißes und scharfen Verstandes wie ihrer zähen Energie wegen sehr geschätzt waren. Sie stellten der Verwaltung des türkischen Staates eine große Anzahl von Beamten, auch einen gewissen Prozentsatz in Diplomatie und Armee. Mit Stolz dienten die vornehmen jungen Alba-

nesen in einer prachtvollen Palastgardekompagnie des Sultans, die an Größe, martialischem Aussehen und männlicher Schönheit der Soldaten ihresgleichen suchte. Sie waren zum Teil Verwandte des Sultans, da dieser vornehme Albaneserinnen aus den wichtigsten Stämmen in seinem Harem hatte, um — durch die Blutbande geschützt — vor der Blutrache der Stämme sicher zu sein und auch alles zu erfahren, was die Gemüter der Fürsten etwa bewegen konnte. Die auf diesem Wege an ihn gelangenden Wünsche, wie z. B. Waffen- und Munitionssendungen, Schulhäuser, Straßenbauten usw. wurden dann in unauffälliger Weise gewährt. Auf diese Weise ist es dem Sultan gelungen, die sonst turbulenten Albanesen auf „verwandtschaftlichem" Wege in Ruhe und Anhänglichkeit zu erhalten.

Auf Grund dieser Kenntnis der Verhältnisse suchte ich meinen Einfluß dahin geltend zu machen, daß möglichst ein mohammedanischer Fürst, eventuell ein ägyptischer Prinz, gewählt werde, unter Berücksichtigung einer vollen Börse, die in Albanien besonders vonnöten ist. Mein Rat wurde vom „Mächteareopag", dem es gar nicht auf die Interessen der Albanesen, sondern darauf ankam, möglichst viel Grund und Gelegenheit zu haben, in Albanien pro domo im Trüben zu fischen, nicht gewürdigt.

Sehr wenig erbaut war ich daher, als die Wahl auf den Prinzen Wilhelm von Wied fiel. Ich schätzte ihn als vornehme, ritterliche, feinfühlige Natur hoch, hielt ihn aber für jenen Posten für ungeeignet. Der Prinz war mit den Verhältnissen auf dem Balkan viel zu wenig vertraut, um diese dornenvolle Aufgabe mit Erfolg übernehmen zu können. Es war mir überhaupt unsympathisch, daß ein deutscher Fürst sich dort blamieren sollte. Denn, daß die Entente einem solchen in jeder Beziehung Schwierigkeiten bereiten würde, war von vornherein klar. Auf Anfrage seitens des Prinzen äußerte ich daher meinem Vetter freimütig alle meine Bedenken unter Betonung der Schwierigkeiten, die ihn erwarteten, und riet dringend

ab. Befehlen konnte ich ihm nicht, da der Fürst zu Wied als Chef des Hauses das letzte Wort zu sprechen hatte.

Nach seiner Annahme der ihm von den Mächten angebotenen Kandidatur empfing ich den Prinzen im Beisein des Kanzlers. Eine gewisse Unschlüssigkeit in der Haltung des Prinzen, der seiner neuen Aufgabe keineswegs mit Enthusiasmus entgegensah, bestärkte mich und den Kanzler, nochmals eindringlich davon abzuraten, daß der junge Kandidat auf den neu erfundenen albanesischen „Thron" steige. Aber ohne Erfolg. Die ehrgeizige, mystisch angeregte Gattin des Prinzen erblickte in Albanien die Erfüllung ihrer Wünsche. Und: ce que femme veut, Dieu le veut! *) Auch Carmen Sylva hat fördernd mitgewirkt und ließ sogar einen Artikel in der Presse erscheinen, der anfing: „Märchenland will seinen Fürsten haben ..."

So nützten alle noch so wohlgemeinten Warnungen nichts. Ich hatte dem Prinzen noch dringend ans Herz gelegt, Albanien nicht vor der Regelung der Finanzfrage zu betreten. Denn was mich zu dem Vorschlag eines reichen Fürsten bewogen hatte, trat nunmehr ein. Der Prinz war nicht sehr vermögend, und nun mußten die Mächte eine „Dotation" spenden, über deren Höhe bzw. Raten ein unerquicklicher Zank ausbrach. Endlich kam eine Abschlagszahlung.

Eine Gefahr für den neuen Fürsten und sein etwaiges System lag in der Person Essad Paschas, eines unzuverlässigen, intriganten, geldgierigen Landsknechtes, der selbst Aspirationen auf die Fürstenstellung hegte und über eine gewisse Macht an bewaffneten Anhängern verfügte. Er war von Anfang an ein Gegner des neuen Fürsten. Unter der Hand konspirierte er mit Italien, das dem Prinzen von Wied nichts weniger als wohlgesinnt war. Nun wäre es ganz natürlich und selbstverständlich gewesen, wenn der neue Fürst ihm bekannte, treu ergebene Männer aus Deutschland in seine Umgebung

---

*) Frauenwille — Gotteswille.

genommen hätte. Auch das geschah nicht. Ein Engländer und ein Italiener wurden als „Sekretäre" seiner Person attachiert. Sie hatten nichts Besseres zu tun, als gegen seine Interessen zu arbeiten, ihn schlecht zu beraten und gegen ihn zu intrigieren.

Während der Zeit der Vorbereitungen des Prinzen Wied erschien die vortrefflich geschriebene Broschüre eines österreichischen Generalstabsoffiziers über seine Reise durch Albanien. Lebhaft und anschaulich schilderte der Offizier das Land mit seinen geographischen und klimatischen Schwierigkeiten, die Bevölkerung und ihre Sitten, die ganze Armut und Rückständigkeit des Landes. Er wies darauf hin, daß ein zukünftiger Fürst unter keinen Umständen an der Küste wohnen bleiben dürfe, sondern sich der Bevölkerung zeigen und im Lande umherreisen müsse. Bei den primitiven Verkehrsverhältnissen müsse der Landesherr den ganzen Tag zu Pferde sitzen und durch das Land reiten, den berühmten — aus allen orientalischen Erzählungen und Sagen bekannten — „Beutel Zechinen" am Sattelbogen, um in den Orten, die er aufsuchte, sofort durch den erwarteten Geldregen die Gemüter für sich einzunehmen. Unter den Stämmen des Landes müsse er einige auf alle Weise fest an sich ketten, so daß ihm eine bewaffnete Macht, auf die er sich verlassen könne, zu Gebote stände. Nur dann könne er seinen Willen durchsetzen und Gegner, die sich auflehnen wollten, in die Schranken weisen. Das sei bei dem gänzlichen Mangel einer Truppe oder Armee im europäischen Sinne das einzige Mittel!

Daraus ergab sich, daß der Fürst für das erste ein Nomaden- und Reiterleben führen und dazu sich ein fliegendes Zeltlager und Zubehör mit den nötigen Pferden bilden mußte. Geeignete Leute wären in seiner Eskadron 3. Garde-Ulanen-Regiments hinreichend zu finden gewesen, da viele seiner Ulanen, die sehr am Prinzen hingen, sich bereit erklärt hatten, ihn als Freiwillige zu begleiten. Sie hätten ihm sicher bessere Dienste geleistet und mehr genützt

wie die landfremden Vorbereitungen für die Ergreifung der Herrschaft.

Jene Broschüre empfahl ich meinem Vetter angelegentlichst zu studieren und die Ratschläge zu befolgen, vor allem bezüglich des Wohnsitzes, der möglichst fern von den Kriegsschiffen der Mächte zu wählen sei, damit er nicht unter ihrem Zwange handeln müsse und bei den Albanesen den Verdacht erwecke, als brauche der Fürst sie zum Schutze gegen seine Untertanen. Ob der Fürst die Broschüre gelesen hat? Sein späteres Verhalten stand jedenfalls im Gegensatz zu ihren und meinen Ratschlägen.

Das Fürstenpaar reiste nach Albanien ab, und es kam so, wie ich es vorhergesehen hatte. Nach Berichten über die Ankunft der Herrschaften soll die Fürstin – obwohl eine Deutsche – die versammelten Albanesen vom Balkon herab auf Französisch angeredet haben, weil sie kein Deutsch verstünden! Der „Hof" blieb in Durazzo unter den Kanonen der fremden Schiffe. Der Fürst reiste nicht zu Roß im Lande umher, streute keine Zechinen aus, auch nicht am Ankunftstage vom Balkon, beseitigte Essad nicht rechtzeitig, und so endete das Abenteuer, wie es vorauszusehen war.

Ich habe bei der Beschreibung meiner Auffassung und meines Verhaltens bei der Angelegenheit der Wahl des Fürsten von Albanien länger verweilt, weil von allen möglichen Seiten falsche Gerüchte verbreitet worden sind in der Absicht, mir Motive anzudichten, die mir völlig fern lagen. Ich habe auch in diesem Falle auf Befragen unter Waltenlassen des gesunden Menschenverstandes ehrlichen Rat erteilt. –

Das Jahr 1912 brachte noch die Zusammenkunft mit dem Zaren in Baltisch-Port, wohin ich mich auf Einladung Nikolaus' II. an Bord meiner Yacht begab. Unsere beiden Yachten ankerten nebeneinander, so daß der Verkehr von Schiff zu Schiff sich leicht bewerkstelligen ließ. Der Zar, seine Kinder und seine ganze Um-

gebung wetteiferten in Beweisen von Liebenswürdigkeit und Gastfreundschaft. Es wurden die russischen und deutschen Begleitschiffe abwechselnd gemeinsam besichtigt und die Mahlzeiten bald beim Zaren, bald bei mir eingenommen. Ein Vormittag wurde an Land bei Baltisch-Port zugebracht. Auf einer Wiese hatte das Inf.-Reg. „Wiborg" Nr. 85, dessen Chef ich war, Aufstellung genommen; es wurde zuerst in Paradeaufstellung, danach in Kompagnie- und Bataillons-Exerzitien besichtigt, die ebenso zur Zufriedenheit ausgeführt wurden, wie der zum Schluß stattfindende Parademarsch. Das Regiment, zu 4 Bataillonen, machte einen vortrefflichen Eindruck. Es war in Feldausrüstung – braungraue Blusen und Mütze – ausgerückt, welch letztere, von allen keck auf dem einen Ohr getragen, den sonnenverbrannten, martialischen Gesichtern der kräftigen jungen Soldaten einen verwegenen Anstrich verlieh, der jedes Soldatenauge erfreuen mußte.

Bei dieser glänzenden und ungewöhnlich liebenswürdigen Aufnahme wurde mir indessen keinerlei Andeutung über den kurz vorher abgeschlossenen Balkanbund gemacht.

Es war mein letzter Besuch in Rußland vor Ausbruch des Krieges. – – –

Meine Mitarbeiter auf dem Gebiete der Verwaltung

Es dürfte nicht unbekannt sein, daß ich an der Mitarbeit Exzellenz v. Stephan's und dem Verkehr mit ihm besondere Freude gehabt habe. Er war derjenige Mann der alten Schule, der so gut zu mir paßte, daß meine Gedanken und Anregungen bei ihm immer Verständnis fanden und dann von ihm aus Überzeugung voll Schwung und Kraft durchgeführt wurden. Von eiserner Energie, nie erlahmender Arbeitskraft und -freudigkeit, dabei immer voll frischen Humors, mit raschem Blick für neue Möglichkeiten, um Auskunftsmittel nie verlegen, sehr gut auf den Gebieten der Politik und Technik beschlagen, war er wie geboren zu schöpferischer Mitarbeit. Ich hatte unbedingtes Vertrauen zu ihm, das niemals getäuscht worden ist, und habe viel durch den Verkehr mit dem anregenden, klugen Ratgeber gelernt.

Das Postwesen kam auf eine ungeahnte Höhe und erregte die Bewunderung der ganzen Welt. Die große Erfindung des Telephons wurde ausgenutzt, in weitgehender Weise in den Dienst des öffentlichen Verkehrs gestellt und zu dessen Erleichterung ausgebaut. Auch auf dem Gebiete des Bauwesens tat Stephan einen entscheidenden Schritt, der meine Billigung und Unterstützung fand.

Alle großen Staatsbauten unterliegen dem Votum der überprüfenden „Akademie des Bauwesens", die damals eine langsam arbeitende, umständliche und rückständige Behörde war. Ich selbst

hatte schon meine Erfahrungen mit ihr gemacht. Der „Weiße Saal", der nur ein Provisorium gewesen war — zum ersten Male flüchtig für ein indisches Maskenfest „Lallah Rokh" zu Ehren der Großfürstin Charlotte, der Tochter Friedrich Wilhelms III., und ihres Gemahls, des späteren Zaren Nikolaus I. instand gesetzt — war ziemlich stillos hergerichtet. Das Material erwies sich bei der von mir befohlenen Untersuchung als unecht und schlecht. Der Saal war in hohem Maße baufällig und stark gefährdet, so daß ein Neubau erforderlich wurde. Unter Anteilnahme und Mitwirkung der Kaiserin Friedrich entstanden Projekte, Pläne, zuletzt ein großes Modell seitens des Baurats Ihne — des modernen Schlüter, wie Kaiserin Friedrich ihn zu bezeichnen pflegte —, die allseitige Billigung erfuhren. Nur die Bauakademie leistete langwierigen Widerstand und meinte, daß der „Weiße Saal" in seiner „alten historischen Schönheit" zu erhalten sei und einer Änderung nicht bedürfe. Als dann der Neubau vollendet war, fand er indessen auch den Beifall der vorher so kritischen Herren.

Mit der Akademie des Bauwesens war nun auch Herr v. Stephan in Streit geraten. Er hatte viele Postämter, besonders in den großen Städten, um- oder neuzubauen und bekam bei der furchtbaren Langsamkeit und Umständlichkeit jener Behörde gar keine oder ablehnende Antworten. Schema F war dort vorherrschend. Herr v. Stephan jedoch vertrat die Ansicht, das junge deutsche Reich müsse auch durch seine Bauten kraftvollen Eindruck erwecken, daher müßten die Reichspostgebäude entsprechend aufgeführt werden. Sie müßten sich auch nach dem Gesamtstil der betreffenden Stadt richten oder mindestens den ältesten und bedeutendsten Bauwerken im Städtebild sich anschließen. Ich konnte mich mit diesen Grundsätzen nur einverstanden erklären.

Schließlich kam es zum Bruch mit der erwähnten Akademie des Bauwesens. Exzellenz v. Stephan verlor die Geduld und meldete mir,

er habe sich für sein Ressort und seine Bauten von der Überprüfung der Akademie losgemacht, selbst eine Kommission aus eigenen Architekten und Beamten zu jenem Zweck zusammengesetzt und bäte mich, die wichtigsten Gebäudepläne meinerseits noch einer Prüfung zu unterziehen. Das habe ich gern getan.

Stephan war ein begeisterter Jäger; so hatte ich Gelegenheit, mich auch auf den Hofjagden an dem Verkehr mit diesem frischen, sich stets gleichbleibenden treuen Beamten und Ratgeber zu erfreuen. —

Unter den Ministern, die ich besonders hochschätzte, war vor allem Exzellenz v. Miquel. Er führte als mein Finanzminister die große Finanzreform für Preußen durch, die das Land auf eine gesunde Basis gestellt und ihm mit zu seiner Blüte verholfen hat. Der Umgang mit diesem feinen politischen Kopf gewährte mir hohen Genuß, reiche Belehrung und Anregung. Es war erstaunlich, wie Miquel auf allen möglichen Gebieten bewandert war. Seine Unterhaltung war frisch, launig und scharf in der Beleuchtung und Ergründung des Themas. Dabei zog sich als roter Faden ein markierter historischer Einschlag durch seine Ausführungen. Er war geschichtlich und in den alten Sprachen ganz fabelhaft orientiert, so daß er bei seinen Vorträgen oft bis in die Römerzeiten zurückgreifen und aus seinem Wissensschatz — nicht aus Büchmann — lateinische Zitate für seinen Stoff anzuführen wußte. Selbst wenn er belehrte, war er bei seiner glänzenden Dialektik niemals langweilig, sondern fesselte seine Zuhörer bis zum letzten Augenblick.

Exzellenz Miquel war es auch, der mich zu den großen Kanalprojekten ermunterte und mir Beistand leistete, als die preußischen Konservativen gegen den Mittellandkanal fochten und ihn zu Falle brachten. Er stärkte den König und bestimmte ihn, in diesem Kampf nicht nachzulassen, bis der Sieg gewonnen war. Er wußte, wie ich, welchen Segen die Kanäle in Holland und das großartige Kanalnetz in Frankreich den Ländern gebracht haben und welche Entlastung

sie für die immer mehr beanspruchten Eisenbahnen bedeuten. Im Weltkrieg hätten wir eine großartige Ost-West-Transportader für Munition, Verwundete, Belagerungsmaterial, Verpflegung und dergleichen gehabt, die den dadurch entlasteten Bahnlinien gestattet hätte, den Transport von Mannschaften in noch höherem Grade zu bewerkstelligen, und die auch die Kohlenknappheit vermindert hätte. Aber auch für die Zeiten des Friedens, für die der Kanal bestimmt war, bot er die größten Vorteile.

Miquel war eine für die deutsche Kaiseridee und das deutsche Kaisertum der Hohenzollern besonders entflammte Persönlichkeit; bei seiner geistvollen Behandlung dieses Themas fand er an mir einen aufmerksamen Zuhörer. Er war ein Mann, der auf der alten Tradition fußend großdeutsch, kaiserlich dachte und vollkommen den Erfordernissen und Ansprüchen der neuen Zeit bei richtiger Einschätzung ihres jeweiligen Wertes gewachsen war. —

Dem Ausbau des Eisenbahnnetzes galt gleich von Anfang an meine Sorge. Aus den Vorträgen über Landesverteidigung und den Klagen des Generalstabes sowie aus eigener Anschauung kannte ich die ganz unerhörte Vernachlässigung Ostpreußens in bezug auf Bahnen. Dieser Zustand war geradezu gefahrdrohend geworden im Hinblick auf die zwar allmählichen, aber andauernden russischen Truppenverstärkungen gegenüber unserer Grenze und auf die Ausgestaltung des russischen Bahnnetzes.

Schon Kaiser Wilhelm der Große hatte, als im Laufe seiner letzten Regierungsjahre die russischen Armeen unter dem Einfluß Frankreichs immer augenfälliger an die Ostgrenze des Königreichs Preußen disloziert wurden und namentlich die großen Massen der russischen Kavallerie auf Einbrüche in Preußen, Posen, Schlesien rechnen ließen, den Feldmarschall Moltke zum Vortrag über die Lage befohlen. Generalquartiermeister Graf Waldersee und ich wohnten diesem Vortrage bei. Das Resultat war der Entschluß, preußische

Truppen nach dem Osten zu verschieben und dort den Ausbau des vernachlässigten Bahnnetzes zu fördern. Die unter dem Kaiser Wilhelm I. befohlenen und begonnenen Maßnahmen erforderten geraume Zeit, zumal die Neubauten und besonders die großen, neuen Weichsel- und Nogat-Eisenbahnbrücken militärischerseits gegen starken Widerstand der Behörde (Maybach) durchgefochten werden mußten. Da die Eisenbahnen als „Staatsportemonnaie" angesehen wurden, wollte man nur „rentable" Bahnen bauen. Man stand deshalb den durch militärische, der Vaterlandsverteidigung dienende Wünsche begründeten Ausgaben wenig wohlwollend gegenüber, da dadurch die schönen Überschüsse herabgesetzt wurden, auf die so hoher Wert gelegt wurde. Vollständig sind die von Kaiser Wilhelm I. geplanten Maßnahmen erst im Laufe meiner Regierung durchgeführt worden. Wer eine Eisenbahnkarte aus dem Jahre 1888 zur Hand nimmt, wird erstaunt sein über den Mangel an Eisenbahnverbindungen im Osten und besonders in Ostpreußen, zumal wenn er sie mit einer Karte vom Jahre 1914 vergleicht, die den Ausbau in der Zwischenzeit erkennen läßt. Mit dem alten Netz wäre der Osten im Jahre 1914 verloren gewesen.

Minister v. Maybach hatte unstreitig große Verdienste um die Förderung und Entwicklung des Eisenbahnwesens. Er mußte den Wünschen und Anforderungen des sich rapide entwickelnden industriellen Westens Rechnung tragen, wobei allerdings auch militärische Wünsche so viel als möglich berücksichtigt wurden. Der Osten aber war unter ihm in bezug auf Linien und Brücken wie rollendes Material zu kurz gekommen. Im Mobilmachungsfall hätten damals Hunderte von Lokomotiven nach dem Osten gefahren werden müssen, um überhaupt Fahrtafeln zu ermöglichen, die nur einigermaßen den Anforderungen des Generalstabes entsprochen hätten. Als Verbindungen mit dem Osten existierten nur die beiden veralteten Gitterbrücken bei Dirschau und Marienburg. Der

Generalstab wurde dringlich, und so kam es zwischen Maybach und ihm zum Konflikte.

Erst Minister Thielen hat in dankenswerter, aufopfernder Arbeit in diesen Fragen Wandel geschaffen und, die militärischen Anforderungen richtig einschätzend, den Ausbau im Osten begünstigt. Er war ein tüchtiger, fleißiger, durch und durch zuverlässiger altpreußischer Beamter, mir treu ergeben und von mir hochgeschätzt. Er hat gemeinschaftlich mit Miquel treu an der Seite seines Herrn den Kampf um den Mittellandkanal geführt. Bezeichnend für ihn war das Wort, das er bei der Eröffnung des Elbe-Trave-Kanals in Lübeck in meiner Gegenwart zu einer großen Versammlung sprach: „Der Mittellandkanal muß und wird gebaut werden." Das Verhältnis zwischen ihm und mir ist bis zu seinem Ausscheiden ungetrübt geblieben.

Trotz des Ausbaues im Westen waren vom Mobilmachungs- und Aufmarschstandpunkt aus auch dort noch erhebliche Lücken im Eisenbahnnetz vorhanden, die schon lange Abhilfe erheischten. Der Rhein konnte bis Mainz nur auf einer Bahnbrücke passiert, der Main nur bei Frankfurt überschritten werden. Der Generalstab hatte längst Beseitigung dieses Übelstandes verlangt. Es traf sich gut, daß die allgemeinen Verkehrsbedürfnisse sich in derselben Richtung bewegten. Wenn z. B. jemand von Westen kommend nach den Taunusbädern oder auf die rechtsrheinische Linie wollte, so mußte er erst bis Frankfurt und von dort wieder rückwärts fahren, obwohl er bei Mainz fast Wiesbaden gegenüber vorbeigefahren war.

Minister Budde war der Mann, der für die Durchführung dieser Aufgaben ausersehen wurde. Als früherer Chef der Eisenbahnabteilung des Generalstabes war er durch seine außergewöhnliche Arbeitskraft, zähe Energie und schnelle Entschlußkraft mir schon lange bekannt; er hatte mir die Lücken unseres Eisenbahnwesens in bezug auf den schnellen Aufmarsch nach zwei Fronten des öfteren vorgetragen, immer unter dem Hinweise auf die russischen und fran-

zösischen Vorbereitungen, denen wir im Interesse der Verteidigung des Landes Gleichwertiges entgegenstellen müßten.

Der Ausbau hatte natürlich stets in erster Linie die Hebung und Erleichterung von Industrie und Handel im Auge, deren sich ins Ungemessene steigernden Anforderungen damit freilich noch nicht genügt wurde, da das große, die Bahnen entlastende Kanalnetz fehlte. Der mehr und mehr uns bedrohende Zwei-Frontenkrieg, dem bahntechnisch manches, schon aus finanztechnischen Gründen, noch nicht gewachsen war, führte aber zu der Notwendigkeit, das militärische Bedürfnis stärker zu berücksichtigen als bisher. Rußland baute mit französischen Milliarden ein enormes Bahnnetz gegen uns aus, während in Frankreich rastlos das Aufmarschnetz gegen Deutschland erweitert wurde durch Ausbau von drei und vier Gleisen, was bei uns noch etwas ganz Unbekanntes war.

Minister Budde ging ohne Säumen ans Werk. Die große zweite Eisenbahnbrücke bei Mainz über den Rhein entstand, ebenso die Brücke über den Main bei Costheim. Dazu die nötigen Kehren und Schleifen, durch welche die Verbindung mit der rechtsrheinischen Linie und Wiesbaden erreicht wurde, und der Ausbau des Dreieckes bei Biebrich-Mosbach. Glänzend bewährte sich das Talent Buddes in der Organisation und Disziplinierung des zu einem großen Heer angewachsenen Eisenbahnpersonals und in seiner vorausschauenden Fürsorge für seine Untergebenen.

Ich verehrte den frischen, tätigen Mann von Herzen und betrauerte seinen Verlust tief, als ein tückisches Leiden ihn zu früh mitten aus seiner Tätigkeit riß.

In Exzellenz v. Breitenbach gewann ich einen neuen bedeutenden Helfer und Mitarbeiter für meine Eisenbahnpläne. Im Laufe der Jahre wuchs dieser Mann sich zu einer hervorragenden Persönlichkeit aus. Vornehm und verbindlich, von umfassendem Wissen und weitem politischen Scharfblick, großer Arbeitskraft und

unermüdlichem Fleiß, hat er mir nahe gestanden. Sein Zusammenarbeiten mit dem Generalstab in militärischen Dingen geschah aus voller Überzeugung von der Notwendigkeit, unsere Verteidigungsfähigkeit gegen etwaige feindliche Angriffe stärken zu müssen. Drei neue Rheinbrücken bei Rüdesheim, Neuwied und der Loreley wurden in Angriff genommen; sie wurden erst während des Krieges vollendet und nach dem Kronprinzen, Hindenburg und Ludendorff benannt. Im Osten wurden große Bahnhofserweiterungen, Brücken und neue Linien gebaut, auch noch während des Krieges.

Im Westen wurden als weitere bedeutungsvolle Arbeiten von Breitenbach durchgeführt: die große Rheinbrücke bei Cöln als Ersatz für die alte Gitterbrücke, ferner eine neue Brücke am Bayenturm für den Güterverkehr, sowie neue Bahnen in der Eifel. Sodann wurde auf meine spezielle Anregung hin eine durchlaufende Linie von Gießen bis Wiesbaden durchgeführt mit Umbau der Bahnhöfe von Homburg und Wiesbaden und einer Schleife um Frankfurt und Höchst. Ferner wurden Züge mit durchgehenden Wagen von Vlissingen direkt nach dem Taunus eingelegt. Da man es niemals allen recht machen kann, waren wir – wie ich nebenbei erwähnen will – seitens der Frankfurter Hotelbesitzer starken Angriffen ausgesetzt. Sie waren ob dieser Ausschaltung Frankfurts und des früheren Umsteigezwanges natürlich nicht erfreut, da ihnen viele Kunden auf diese Weise verloren gingen, die früher gezwungen waren, eine Nacht in Frankfurter Hotels zu verbringen. Besonders gegen die Höchster Umgehungsschleife hatten diese Kreise eine sehr energische Opposition ins Werk gesetzt.

Der Sieg im Streit um den Mittellandkanal war endlich zugunsten meiner Pläne entschieden. Der Bau ging unter Breitenbach mit großen Schritten in Abteilungen vorwärts. Was von diesem Werk in Gebrauch genommen werden konnte, das hat den Erwartungen vollkommen entsprochen. Auch die außerordentlich

schwierige Erweiterung und Vertiefung des Kaiser Wilhelm-Kanals, die einem Neubau gleichkam, wurde in dieser Zeit durchgeführt, ebenso die große Seeschleuse von Emden. Diese Bauten zeitigten ganz ungewöhnliche Leistungen auf dem Gebiet des Brücken- und Schleusenbaus, die die Bewunderung der Welt verdienen, da sie z. B., was die Schleusen betrifft, den Panamakanal weit übertreffen. Die schwierigen Aufgaben sind von den Beamten glänzend und restlos gelöst worden. Auch soweit das Reich Bauherr war, wurden die Arbeiten unter meist maßgebender Mitwirkung des preußischen Verkehrsministeriums ausgeführt.

Ich habe viel im Hause Breitenbachs verkehrt, wo mir durch interessante Vorträge handelspolitischer und nationalökonomischer Art von einem Gremium bedeutender Kapazitäten Gelegenheit geboten wurde, durch Vermittlung des Ministers mit einer Reihe hervorragender Männer zu verkehren und wichtige Fragen zu erörtern. Alle größeren Bahnhöfe, Schleusen und Brücken sind mir vor ihrem Neu- oder Umbau durch den Minister in Plan und Ansicht vorgelegt und vorgetragen worden.

Ich habe mit Absicht des längeren bei diesem Thema verweilt, um daraus folgendes zu beweisen. Erstens den Einfluß, den ein Monarch auf die Entwicklung seines Landes durch persönliche Betätigung nehmen kann und soll. Zweitens: wie seine von jeder Parteirücksicht freie Wahl tüchtige Männer an die Spitze der Ressorts bringen kann. Drittens: wie durch die ehrliche Zusammenarbeit dieser Männer mit dem Herrscher, dessen volles Vertrauen sie besaßen, glänzende Leistungen gezeitigt worden sind. Alles in unserer gemeinsamen Arbeit war klar und ehrlich. Nur die Sache galt, nämlich das Wohl und die Entwicklung des Vaterlandes, seine Kräftigung und Ausrüstung für den Wettbewerb auf dem Weltmarkt. –

Mit dem K u l t u s m i n i s t e r i u m habe ich, wie es in der Natur der Sache lag, eingehende und andauernde Verbindung gehabt.

Herr v. Goßler und Herr v. Trott dürften wohl als die bedeutendsten und hervorragendsten Träger dieses Amtes zu bezeichnen sein, das in der Gestalt des genialen Ministerialdirektors Althoff einen fast einzigartigen Mitarbeiter besaß.

Aus den Erfahrungen meiner eigenen Schuljahre kannte ich die Schattenseiten der Gymnasialerziehung. Der vorwiegend philologische Charakter der Ausbildung führte auch in der ganzen Erziehung zu einer gewissen Einseitigkeit.

Ich hatte von 1874 bis 77 auf dem Gymnasium in Cassel beobachten können, daß zwar eine große Begeisterung für 1870/71 und für das neue Reich unter der Jugend vorhanden war, daß aber das richtige Verständnis für das Deutschtum, das Gefühl „civis Germanus sum" – wie ich es später bei der Grundsteinlegung der Saalburg meinem Volke ins Gewissen rief – noch vielfach fehlte. Solche Gesinnung zu schaffen und in der heranwachsenden Generation wach zu rufen, die Fundamente dazu fest in die jungen Herzen zu legen, dazu war die Lehrerschaft bei dem etwas verknöcherten, antik-philologischen Lehrplan kaum imstande. Der vaterländische Geschichtsunterricht, der ja gerade die jungen Herzen erglühen und die Liebe zur Heimat, zu deren Zukunft und Größe erstarken lassen soll, war stark vernachlässigt. Von der neueren Geschichte seit 1815 erfuhr man nur wenig. Es wurden junge Philologen ausgebildet, aber keine für praktische Mitarbeit am aufblühenden jungen Reich geeigneten deutschen Staatsbürger; mit anderen Worten: keine selbstbewußten Deutschen. In einem kleinen Lesezirkel mit meinen Klassengenossen habe ich des öfteren versucht, den großdeutschen Gedanken zu behandeln, um partikularistische und andere die deutsche Idee hindernde Gedanken zu eliminieren. Admiral Werners „Buch der deutschen Flotte" war eines der wenigen Werke, mit dem das lebendige Empfinden für das Deutsche Reich entflammt werden konnte.

Neben der Einseitigkeit der Schulbildung fiel mir besonders die Richtung auf, in der sich die Lebenspläne der damaligen Jugend bewegten. Es waltete vorherrschend die Überlegung, wie man als Beamter Karriere machen wollte, wobei der Jurist und Assessor immer als das erstrebenswerteste Ziel galten. Das rührte wohl daher, daß die Verhältnisse des alten Preußens im jungen Deutschen Reiche noch nachwirkten. Solange der Staat sozusagen aus Regierung und Verwaltung bestand, war jene Lebensrichtung der deutschen Jugend verständlich und berechtigt; sie war, als wir im Beamtenstaat lebten, für einen jungen Mann der gegebene Weg, dem Staate zu dienen. Die selbstbewußten, sportlich erstarkten britischen Jungens, wie ich sie in Eton kennen gelernt hatte, sprachen freilich schon damals von kolonialen Eroberungen, von Expeditionen zur Erforschung neuer Länder der Erde, von der Ausbreitung des britischen Handels und strebten danach, als Pioniere der Macht ihres Vaterlandes in praktischer freier Betätigung, nicht als staatlich Besoldete, Great Britain noch stärker und größer zu machen. England war eben längst ein Weltreich, als wir noch ein Beamtenstaat waren; deshalb konnte sich die englische Jugend weitere und größere Ziele stecken als die deutsche. Nachdem nun aber Deutschland auch in die Weltwirtschaft und in die Weltpolitik als nicht zu unterschätzender Faktor eingetreten war, hätte sich die Gedankenwelt der deutschen Jugend schneller umstellen sollen. Deshalb verglich ich in meiner späteren Regierungszeit mit Sorge im Herzen die stolzen jungen Briten, die viel weniger Latein und Griechisch gelernt hatten, als es bei uns gefordert wurde, mit meinen blassen, überstudierten Landeskindern. Gewiß hat es auch damals schon in Deutschland unternehmende Männer gegeben — leuchtende Namen dafür können genannt werden —, aber der Gedanke, nicht in einer bestimmten, amtlich bescheinigten Tour, sondern im freien Wettbewerb dem Vaterlande zu dienen, war noch nicht genügend Allgemeingut geworden. Deshalb

habe ich das englische Beispiel herangezogen, denn es erscheint mir richtiger, vorurteilslos das Gute zu nehmen, wo man es findet, als mit Scheuklappen durch die Welt zu gehen.

Aus solchen Erwägungen heraus erkämpfte ich als Kaiser für meine deutsche Jugend die Schulreform gegen einen verzweifelten Widerstand der Philologie innerhalb und außerhalb des Ministeriums und der Schulkreise. Die Reform ist leider nicht so geworden, wie ich sie erhoffte, und hat nicht zu dem Ergebnis geführt, das ich erwartet hatte.

Das Germanentum in seiner Herrlichkeit ist dem erstaunten deutschen Volk erst durch Chamberlain in seinen „Grundlagen des XIX. Jahrhunderts" klar gemacht und gepredigt worden. Aber, wie der Zusammenbruch des deutschen Volkes zeigt, erfolglos. Man hat zwar „Deutschland über alles" gesungen, aber man hat auf Befehl der Feinde das Kaisertum stürzen und das Reich zerschlagen lassen, hat sich unter die Führung von kulturell meilenweit tiefer stehenden russischen Verbrechern gestellt und damit dem eigenen schwer kämpfenden Heere den Dolchstoß in den Rücken versetzen lassen. Wären die Deutschen aller Schichten und Stände zur Freude und zum Stolze an ihrem Vaterlande erzogen gewesen, dann wäre eine solche Selbsterniedrigung eines großen Volkes undenkbar gewesen. Diese Erniedrigung, die sich gewiß unter besonderen, äußerst schwierigen Verhältnissen vollzog, ist um so weniger verständlich, als die deutsche Jugend, trotzdem sie überstudiert und nicht so sportgestählt war als die englische, im Weltkrieg glänzende, nirgends erreichte Leistungen vollbracht hat. Die Jahre 1914/18 haben gezeigt, was aus dem deutschen Volke werden könnte, wenn es seine trefflichen Eigenschaften richtig entwickelte. Der 4. August 1914, die Helden von Langemark, unzählige prächtige Gestalten aus allen Ständen in Not und Tod des langen Krieges zeigen, wessen der Deutsche fähig ist, wenn er das Philistertum beiseite wirft und sich mit der Begeisterung, die sich

bei ihm so selten rückhaltlos Bahn bricht, für eine große Sache einsetzt. Das deutsche Volk möge das Andenken an diese Verkörperungen seines besten Selbst nie vergessen und mit allen Kräften ihnen nachstreben, indem es den wahrhaft deutschen Geist unverlierbar in sich aufnimmt! –

Als Justizminister fand ich den geschätzten Vertrauten meines Vaters, Exzellenz v. Friedberg vor, den ich schon von meiner Jugend her als willkommenen Gast im Elternhaus kannte. Das hohe Ansehen, das dieser schlichte, leutselige Mann bei meinen Eltern genoß, besaß er auch bei mir.

In späteren Jahren habe ich viel und gern mit Exzellenz Beseler verkehrt, der mir auch durch Vorträge namhafter Juristen die Gelegenheit bot, in seinem Haus ungezwungen manch interessantes Rechtsproblem erörtert zu hören und mit juristischen Kapazitäten in Verbindung zu kommen. An und für sich empfand ich für die Juristen keine besondere Zuneigung, da in der Juristerei für meinen Geschmack oft zuviel Pedanterie, Weltferne und Doktrinarismus zutage tritt. Die Zusammenstellung des Bürgerlichen Gesetzbuches interessierte mich indessen sehr. Ich habe auch an Sitzungen, die damit zusammenhingen, teilgenommen und war stolz, daß dieses grundlegende deutsche Werk unter meiner Regierung zum Abschluß kam.

Als ich bei einem Besuch in England mit dem Lord Oberrichter von England gelegentlich eines Frühstücks bei Lord Haldane zusammentraf, fragte ich den großen Juristen, was er von der Rechtsprechung und -auslegung in Deutschland halte. Die Antwort lautete: „Sie urteilen zu viel nach dem Buchstaben, wir nach dem Sinne und Inhalt des Gesetzes." Ich habe oftmals betont, wie bedauerlich es sei, daß für die polizeilichen Fälle, Verkehrs-, Straßen- usw. Delikte, nicht das rasche Verfahren des englischen „Police Court" bei uns eingeführt werden könne. Denn in England werden die Strafen schon am nächsten Tage diktiert, während in Deutschland

oft Monate mit Beweisaufnahmen und Zeugenverhör vergehen und schließlich eine oft unbedeutende Strafe zu einem Zeitpunkt auferlegt wird, zu dem der Fall schon längst vergessen ist. Auch die schweren Strafen, denen in England die Presseverleumdungen unterliegen, hätte ich gern in Deutschland eingeführt.

Beim Finanzminister v. Scholz hatte ich als Prinz einige Zeit hospitiert und an Sitzungen teilgenommen, bei denen die berühmte Exzellenz Meinecke eine Rolle spielte. Meinecke war Unterstaatssekretär im Finanzministerium und hatte daher auch viel mit anderen Ministerien zu tun, weil die Finanzen überall wichtig waren. Er hatte eine gewisse Berühmtheit dadurch erlangt, daß er, stets lächelnd, immer die – nach seiner Meinung – besten Auswege aus schwierigen Lagen fand. Scholz war pflichttreu und tüchtig, aber es gelang ihm nicht, mir die trockene Materie von Steuern usw. besonders interessant und schmackhaft zu machen. Das änderte sich erst, als der vielgewandte Miquel das Ministerium übernahm. Von diesem geistvollen Manne habe ich schon gesprochen. Als er mir den Vortrag über die preußische Finanzreform hielt, legte er drei Projekte vor. Ein kleines, ein mittleres und ein großes. Ich entschied mich zur Freude des Ministers ohne Zaudern für das letztere. Herrscher und Minister erlebten eine große Befriedigung, als die Reform zur Durchführung kam. –

Der Minister des Innern, Herr v. Puttkamer, war während der 99 Tage, sehr zum Kummer des damaligen Kronprinzen, zum Abgang gezwungen worden. Er war ein tüchtiger, bewährter altpreußischer Beamter und königstreuer Pommer von echtem Schrot und Korn, durch und durch ein Edelmann. Die Fama wollte wissen, daß die Kaiserin Friedrich ihn durch eine Intrige gestürzt habe. Das ist unzutreffend. Die Kaiserin, dem englischen Liberalismus huldigend, mochte zwar den altpreußischen konservativen Herrn wohl nicht, hat aber an seinem Abgang keine Schuld. Fürst Bismarck hat ihn beseitigt, vielleicht in Rücksicht auf die Kaiserin Friedrich. –

Die Forstwirtschaft und deren praktische Förderung hat mir immer am Herzen gelegen, zumal dem Staat durch Neuaufforstungen neue Geldreserven geschaffen werden konnten.

Nächst Herrn v. Podbielski ist Freiherr v. Schorlemer der tüchtigste Minister für Landwirtschaft und Forsten gewesen. Hat Herr v. Podbielski dahin gestrebt, große Forstkomplexe im Osten zu schaffen, um durch eine zusammenhängende Waldzone den Ostwind abzuhalten und damit unser Klima zu verbessern sowie einen Naturschutz gegen russische Einfälle zu schaffen, so hat Herr v. Schorlemer die Erschließung der östlichen Forstreviere durch große Wegebauten und infolge der dadurch erleichterten Holzabfuhr die Konkurrenzfähigkeit gegen das russische Holz wesentlich gefördert. Beide Minister haben im Verein mit mir unser prachtvolles preußisches Forstpersonal zu heben und dessen Lebensbedingungen zu verbessern sowie sein Avancement zu fördern getrachtet, was diese mir besonders nahestehende, immer arbeitswillige und königstreue Beamtenschaft wohl verdiente; von ihrer Ehrlichkeit, ihrem Fleiß und ihrer Zuverlässigkeit hing auch die Zuführung großer Beträge zum Staatssäckel ab. Von der staatsmännischen Klugheit und Tüchtigkeit des stets zielklaren Herrn v. Schorlemer erwarte ich für den Wiederaufbau unseres Vaterlandes noch viel.*)

Auf dem Gebiete des Forstwesens habe ich von den Forstmeistern Freiherrn v. Hövel (Joachimstal, Schorfheide) und Freiherrn Speck v. Sternburg (Szittkehmen, Rominten) auf meinen Pürschfahrten mit diesen vorzüglichen Pürschjägern und Administratoren viel gelernt.

Ein russisches Kuriosum auf dem Gebiet der Wildpflege sei hier eingeschaltet. Der Zar, der von den starken Geweihen der Romintener Hirsche oft gehört hatte, wünschte in Spala (Polen) gleichfalls solche

*) Sein vor kurzem erfolgter Tod, der ihn aus segensreichem Schaffen herausriß, bedeutet für das Vaterland einen schweren Verlust.

zu bekommen. Um Rat zu diesem Zwecke zu erteilen, wurde Freiherr v. Sternburg im Sommer nach dem Jagdschloß Spala entsandt. Er wurde sehr zuvorkommend von einem General empfangen, der die dortige Jagd unter sich hatte und im Schlosse wohnte. Es fiel Sternburg auf, daß alle Räume, auch die nicht bewohnten Gemächer, stets geheizt waren. Als er auf den enormen Holzverbrauch aufmerksam machte, zuckte der General die Achseln und meinte: Man könne nie wissen, ob der Zar nicht doch einmal kommen würde. Ein Wildmeister, der Deutscher war, wurde Sternburg zugeteilt, weil der General im Revier sich nicht auskannte und von Wildpflege und Wildfütterung nichts verstand.

Auf den Fahrten bemerkte Sternburg manchen Platz, wo gute Wiesen zur Fütterung hergerichtet oder Futterplätze angelegt werden konnten. Er machte auf die Notwendigkeit solcher Anlagen aufmerksam, da er beobachtet habe, daß das Wild schon stark zu schälen begonnen und dadurch dem Baumbestand vielen Schaden zugefügt habe. Der Wildmeister schüttelte traurig den Kopf: Er habe das alles schon gemeldet, aber ohne Erfolg, da nämlich das Heu für das Wild vom Schwarzen Meer per Bahn bezogen werden müsse. Die Transporte kämen oft überhaupt nicht an oder sehr verspätet oder verdorben. Es werde aber nichts geändert, da zu viele Leute an diesen Transporten, die mit enormen Preisen bezahlt würden, verdienten. Zudem habe man, als er auf die vielen Holzreste, die beim Aufbrechen in dem Gescheide des Wildes gefunden wurden, als Beweis für dessen mangelhafte Ernährung und die Notwendigkeit der Schaffung von Fütterungen aufmerksam gemacht habe, eine Kommission von Tierärzten aus Petersburg kommen lassen, um diesen Fall zu untersuchen. Diese Kommission wohnte und tafelte wochenlang auf Zarenkosten in Spala. Sie schoß viel Wild, untersuchte es und hielt Sitzungen ab. Das Resultat war: Das Wild habe Holz im Magen, das beweise, daß es davon leben könne, daher seien Fütterungen überflüssig, das Heu vom Schwarzen

Meer genüge als Zuschuß. Dabei ist es denn auch trotz Sternburgs Besuch verblieben!!

Als ich diese Geschichte hörte, mußte ich unwillkürlich an eine Anekdote denken, die Fürst Bülow mit Vorliebe aus seiner Petersburger Zeit erzählte. Er hatte dort auch im Salon der Madame Durnowo verkehrt, in dem sich die Gesellschaft oft zu versammeln pflegte. Eines Tages beklagte sich ein hochstehender General der Gastgeberin gegenüber, daß er bei einer „Geldgeschichte" abgefaßt und hereingefallen sei und daß ihm daraus von „oben" viel Unannehmlichkeiten erwachsen wären. Anscheinend wünschte er durch seine wehleidige Schilderung Teilnahme für sein Pech zu erwecken, aber Madame Durnowo erwiderte ihm kurz in ihrer derben Art: „Mon cher général, quand on fait des saletés, il faut qu'elles réussissent!"*) —

Auch als Staatssekretär des Reichspostamts hat Herr v. Podbielski, den ich persönlich nach Ablehnung einer Reihe anderer Kandidaten ausgesucht hatte, würdig in die Fußtapfen Stephans tretend hervorragend gewirkt. Sehr praktisch veranlagt, mit Geschäftssinn und großer Geschäftskenntnis ausgestattet, in finanziellen Fragen gewandt und beschlagen, ein geborenes administratives Talent, dabei schlagfertig, mit kaustischem Witz begabt, guter Sprecher und Debatter, hat er mit Eifer und Geschick zum Teil bahnbrechend gewirkt, besonders in den Fragen des Weltpostverkehrs, der Funkentelegraphie usw. Dieser einstige Ziethenhusarenobrist hat sich im Dienst seines Vaterlandes einen Namen gemacht, der nimmer vergessen werden wird. Ein heiteres Gegenstück zu seiner Karriere ist die eines russischen Husarenkommandeurs unter Nikolai I. Der Zar hatte, schwer über den Heiligen Synod erzürnt, dessen Vorsitzenden fortgejagt. Kurz darauf besichtigte er das Leib-Garde-Husaren-Regiment, das vom Oberst Grafen Protassow vorgeführt wurde. Des Zaren allerhöchste Zufriedenheit über das vor-

---

*) „Mein lieber General, wenn man unsaubere Geschäfte macht, muß man wenigstens Glück dabei haben!"

zügliche Aussehen und Evolutionieren des schönen Regiments fand den für Kommandeur wie Truppe gleich überraschenden anerkennenden Ausdruck in den Worten: „Du hast Dein Regiment vortrefflich vorgeführt. Als Zeichen meiner Zufriedenheit ernenne ich Dich zum Procureur des Heiligen Synods. Den bringst Du mir in Ordnung.“

Eines vortrefflichen ehrenwerten Mannes sei hier noch Erwähnung getan, des Ministers Möller. Er war Bielefelder wie Hinzpeter und stand in andauernder freundschaftlicher Beziehung mit meinem alten Erzieher. Er war eine der Koryphäen der Nationalliberalen und im Reichstage wie Abgeordnetenhause bei allen Parteien sehr geachtet wegen seines aufrechten, vornehmen Westfalencharakters und seiner großen handelspolitischen Erfahrung. Als der Reichskanzler Fürst Bülow mir Möller zum Minister vorschlug, machte ich darauf aufmerksam, daß er Parteimann und Abgeordneter sei. Der Kanzler meinte, die Nationalliberalen würden durch Möllers Ernennung sich angenehm berührt fühlen. Ich bemerkte darauf, daß das Staatsministerium des preußischen Königs kein Parteiministerium sein solle und dürfe, sondern ganz unabhängig von den Parteien über denselben stehen müsse. Ich schätze Möller persönlich sehr, aber wenn dieser Minister werde, so würde bald jeder Parlamentarier die Ambition haben, ebenfalls Minister zu werden. Durch Möllers Ernennung werde also die Begehrlichkeit auch der anderen Parteien nach Ministersesseln geweckt und die Konsequenzen seien unabsehbar. Außerdem werde Möller im Parlament sehr fehlen, wo ich ihn gerade wegen seines Einflusses bei allen Parteien nicht missen wolle. Trotz dieser Einwürfe und meines Abratens bestand Bülow auf seinem Plan. Möller wurde Minister und stand als solcher in sehr guten Beziehungen mit mir. Verhältnismäßig bald trat aber ein, was ich vorausgesagt hatte: der Minister Möller wurde durch Umstände, die auch innerhalb seiner Partei eine Rolle spielten, zum Rücktritt genötigt.

Wissenschaft und Kunst

Das weite und vielseitige Gebiet, dessen Pflege dem Kultusministerium obliegt, Kunst, Wissenschaft, Forschung, Ärztewesen usw., habe ich stets mit lebhaftem Interesse beobachtet und zu fördern gesucht.

Besondere Freude hat mir die Förderung der Technischen Hochschulen bereitet. Die zunehmende Bedeutung der Technik zog immer größere Scharen der tüchtigsten Jugend nach diesen Bildungsstätten hin, und die Leistungen der dort tätigen Lehrer wie der aus jenen hervorgehenden jungen Ingenieure brachten dem deutschen Namen in der Welt immer neue Ehre.

Professor Dr. Slaby war unter den Lehrern in Charlottenburg einer der hervorragendsten Männer von Weltruf. Er hat bis zu seinem Tode im regsten Verkehr mit mir gestanden und mich durch fesselnde Vorträge über die neuesten Erfindungen auf dem Laufenden gehalten. Dies geschah nicht nur im Laboratorium, sondern auch im stillen Jagdhaus im märkischen Walde, wo ich mit der Kaiserin im kleinen Kreise den Worten Slaby's gespannt lauschen durfte. Auch als Mensch hat er mir nahe gestanden und mir durch seine schlichte klare Auffassung über alle möglichen Dinge dieser Welt, die er stets in anregender und fesselnder Weise wiederzugeben verstand, manch geistigen Genuß verschafft. Slaby ist mir viel gewesen, und ich habe dem klugen Manne immer dankbare Zuneigung bewahrt.

Unter dem Eindruck der Leistungen der Technischen Hochschulen und solcher Männer wie Slaby, Intze u. a. beschloß ich, den Hochschulen dieselbe Berechtigung der Vertretung im Herrenhause zu verleihen, wie die Universitäten sie besaßen. Allein die Universitäten erhoben beim Kultusminister energischen Einspruch dagegen; es folgte ein heftiger Kampf gegen den klassisch-wissenschaftlichen Gelehrtenstolz, bis ich durch einen Erlaß meinen Willen durchsetzte. Slaby erhielt die telegraphische Mitteilung von mir in seinem Laboratorium während seiner Vorlesung und verkündete sie den Studenten, die in Begeisterungsrufe ausbrachen. Die Technischen Hochschulen haben sich der Ehre würdig gezeigt.

Bei dem stets schärfer werdenden Kampf um den Weltmarkt und seine Absatzgebiete war es, um das Wissen der Koryphäen der deutschen Wissenschaft für jene Zwecke nutzbar zu machen, geboten, ihnen mehr Freiheit, Ruhe, Arbeitsmöglichkeit und Material zu verschaffen. Viele bedeutende Köpfe waren durch ihre Lehrtätigkeit in ihren Forschungen behindert, so daß ihnen für diese nur die Ferien zur Verfügung standen. Dieser Zustand ergab Überarbeitung und Überbürdung, die verhindert werden mußten. Zunächst sollte die Chemie Förderung erfahren. Minister v. Trott und Ministerialdirektor Althoff haben, mit klarem Verständnis die Situation erfassend, mir die Schaffung der „Kaiser Wilhelm-Gesellschaft" ermöglicht und ihre Statuten entworfen. Sie hat seit ihrem kurzen Bestehen Hervorragendes geleistet und mir Gelegenheit gegeben, bei den Generalversammlungen bedeutende Männer aller möglichen Disziplinen kennen zu lernen, mit denen ich dann in regelmäßigen Verkehr trat; ich besuchte auch ihre Laboratorien und konnte so den Fortgang ihrer Arbeiten verfolgen. Neue Laboratorien wurden gestiftet, andere aus den Beiträgen der Senatoren und Mitglieder unterstützt. Ich bin auf diese meine Schöpfung stolz gewesen, weil sie sich als nutzbringend für das Vaterland erwies und die Erfin-

dungen ihrer Forscher dem ganzen Volke zugute kamen. Es war ein Friedenswerk von großer, viel versprechender Zukunft, das bei Herrn v. Trott in vortrefflicher Hand lag. Leider hat der Krieg mir neben allen anderen auch diese Freude geraubt. Ich muß nun den Verkehr mit den Gelehrten meiner Gesellschaft missen und empfinde dies schwer. Möge diese Schöpfung zum Heil für die Forschung und zum Segen des Vaterlandes fortleben und fortarbeiten!

Einen schweren Kampf hatte ich zu bestehen, als ich die Berufung Professor Harnack's nach Berlin durchsetzte. Die rechtsstehenden Theologen und „Orthodoxen" erhoben scharfe Proteste. Nachdem ich mich bei Hinzpeter noch einmal eingehend erkundigt und dieser sein Urteil mit den Worten geschlossen hatte, daß es für Berlin und Preußen äußerst bedauerlich sein würde, falls ich nachgäbe, bestand ich auf der Berufung, und sie erfolgte. Jetzt kann man jenen Widerstand gar nicht mehr verstehen. Welch eine Persönlichkeit ist Harnack! Was für eine gebietende Stellung in der Geisteswelt hat er sich errungen! Welchen Nutzen und wieviel Wissen hat mir der rege und intime Verkehr mit diesem feurigen Geist gebracht! Was hat er als Leiter der Königlichen Bibliothek und als Dekan des Senats der Kaiser Wilhelm-Gesellschaft geleistet, in der er, der Theologe, die geistvollsten und inhaltreichsten Reden über die exakten Wissenschaften, über Forschungen und Erfindungen auf dem Gebiet der Chemie usw. hielt. An die Persönlichkeit Harnack's und sein Wirken werde ich immer gern zurückdenken.

Auch der Professor Erich Schmidt von der Universität Berlin hat mir nahe gestanden und oft bei mir verkehrt; ich verdanke den geistvollen Vorträgen dieses kerndeutschen Mannes manchen genußreichen Abend.

Mein besonderes Vertrauen gehörte dem Professor Schiemann. Ein aufrechter Balte, Vorkämpfer des Deutschtums gegen slawische Überhebung, scharfblickender Politiker und glänzender Historiker und

Schriftsteller, ist Schiemann von mir andauernd in rebus politicis und in bezug auf historische Fragen zu Rate gezogen worden. Ich verdanke ihm manche Orientierung, hauptsächlich über den Osten. Er hat viel in meinem Hause verkehrt, mich auch oft auf meinen Reisen begleitet — so z. B. nach Tanger — und auch wichtiges, vertrauliches Material in Gesprächen über noch unbekannte politische Vorgänge von mir mitgeteilt bekommen. Seine unerschütterliche Verschwiegenheit hat mein Vertrauen gerechtfertigt. Es war für mich eine Genugtuung, diesen bewährten Mann nach der Befreiung des Baltikums zum Kurator der Universität Dorpat machen zu können.

Die Übereinstimmung unserer politischen Anschauungen über Rußland wird durch einen Fall gut illustriert. Nach dem von mir im Verein mit Präsident Roosevelt 1905 vermittelten Frieden von Portsmouth zwischen Rußland und Japan wurde in Berlin amtlich (Auswärtiges Amt) und nichtamtlich viel kombiniert, welche politische Linie Rußland nun wohl einschlagen werde. Im allgemeinen waltete die Auffassung vor, daß Rußland sich aus Grimm über seine Niederlage dem Westen — also Deutschland — zuneigen werde, um hier neue Verbindung und Stärkung zu finden, mit Hilfe derer ein Revanchestreich gegen Japan behufs Wiedereroberung des verlorenen Gebiets und Prestiges geführt werden könnte. Ich vertrat eine ganz andere Ansicht, mit der ich jedoch in der amtlichen Welt nicht durchdrang. Ich betonte: die Russen seien Asiaten und Slawen. Als erstere hätten sie — trotz der Niederlage — Hinneigung zu Japan, als letztere verbänden sie sich gern mit dem, der ihnen seine Stärke gezeigt habe. Aus diesen Gründen schloß ich, daß Rußland in einiger Zeit — trotz dem Björkö-Abkommen — nicht mit Deutschland, sondern mit Japan zusammengehen und sich später auch gegen Deutschland wenden werde. Amtlich und nichtamtlich bin ich ob solcher Phantasien geradezu verhöhnt worden. Ich ließ Schiemann kommen und befragte ihn über dieses Thema, ohne meinen Standpunkt zu

erkennen zu geben. Ich war sehr befriedigt, als Schiemann mir als Antwort genau meine Ansichten auseinandersetzte. Lange Zeit haben Schiemann und ich in der Beurteilung dieser wichtigen Frage der äußeren Politik mit unserer Auffassung fast allein gestanden. Die Ereignisse haben uns recht gegeben. Die Berliner sogenannten Russenkenner und mit ihnen die amtliche Welt hatten sich geirrt. –

Gleich in meiner ersten Regierungszeit trat die Veranlassung zu mancherlei Bauten an mich heran.

Zunächst galt es, ein würdiges Grabmal für meine Großeltern zu schaffen. Da das alte Mausoleum in Charlottenburg nicht ausreichte, war ein Anbau notwendig. Leider waren die für solche „Extrabauten" von Kaiser Wilhelm dem Großen zurückgelegten Geldmittel – der sogenannte Extrabaufonds – während der 99 Tage anderweitig verwendet worden. So mußte ich die Krone mit Ausgaben für Bauten belasten, die nicht vorgesehen waren. Das Mausoleum meiner Eltern in Marly, zu dem ich gleichfalls Mittel bereitstellen mußte, wurde von der Kaiserin Friedrich nach eigenen Zeichnungen und Plänen errichtet.

Eine genaue Untersuchung der Königlichen Schlösser – auch der in den Provinzen – hatte, insbesondere bei dem Berliner Schlosse, eine solche Rückständigkeit in sanitärer, wohnlicher und sonstiger Beziehung ergeben, daß die Behebung der Schäden nicht weiter hinausgeschoben werden durfte. Ich habe nach sorgfältig aufgestellten, von mir selbst revidierten, korrigierten und kontrollierten Etats im Laufe meiner 30jährigen Regierung mit Hilfe von Architekten (Ihne), Künstlern usw. mit viel Mühe, Geduld, aber auch Freude, die alten Traditionen meiner Vorfahren achtend, die Schlösser wieder in Stand gesetzt. Für das Berliner Schloß hat Kaiserin Friedrich mit ihrem stilsicheren, scharfen Blick und Urteil viel mitgeholfen, die Schäden und Versäumnisse vergangener Zeiten zu beseitigen. Von allgemeinem Interesse dürfte die Auffassung meiner Mutter sein: „Ein jeder Stil

ist gut, solange er rein ist.“ — Den Eklektizismus der 90er Jahre bezeichnete Ihne als „à peu près-Stil“. Das letzte Werk des leider zu früh verstorbenen Herrn v. Ihne, die Wiederherstellung der Bildergalerie, ist erst in der ersten Kriegshälfte vollendet worden. Das mühsam hergestellte Schloß meiner Väter, auf das ich stolz war, ist dann von revolutionären Haufen beschossen, gestürmt, geplündert und verwüstet worden.

Diese künstlerischen Bauten, wie auch die schon erwähnte Restauration des Weißen Saales, gehören zu den Pflichten der Repräsentation, die jeder Staat hat, gleichgültig ob er absolutistisch, konstitutionell oder demokratisch geleitet wird. Sie sind ein Maßstab für die Kultur des Landes und fördern die Künstler und dadurch die Entwicklung der Kunst. —

Ein Gebiet, das mich in den Stunden der Erholung beschäftigt hat, war die Archäologie und die Ausgrabungstätigkeit. Ich hatte dabei einen leitenden Grundgedanken: die Feststellung der Wurzeln, aus denen sich die hellenische antike Kunst entwickelt hat, und das Schlagen oder Finden einer Brücke, um den Einfluß des Ostens auf den Westen in kultureller Beziehung zu ergründen. Die Assyriologie erschien mir besonders wichtig, weil von ihr eine Beleuchtung und Belebung des Alten Testamentes, also der Heiligen Schrift, zu erwarten war. Mit Freuden nahm ich daher den mir angebotenen Vorsitz der Deutschen Orient-Gesellschaft an und vertiefte mich in ihre Arbeiten, die ich nach Kräften förderte, wie ich auch nie einen ihrer öffentlichen Vorträge über die Ergebnisse der Forschungen versäumt habe. Ich verkehrte viel mit dem Vorstand und ließ mir ständig über die Ausgrabungen von Ninive, Assur, Babylon, in Ägypten und Syrien berichten. Für ihren Schutz und ihre Erleichterung bin ich oft persönlich bei der Türkischen Regierung eingetreten.

Der der Gesellschaft angehörende Professor Delitzsch hielt seinen bekannten, viel angefochtenen Vortrag über Babel und Bibel, der

leider ein noch zu unkundiges und fast unvorbereitetes Publikum vorfand und zu allerhand Mißdeutungen und Angriffen, auch seitens kirchlicher Kreise, Veranlassung gegeben hat. Ich habe mich eifrig bemüht, für Aufklärung zu sorgen. Da ich erkannte, daß die Assyriologie, die so viele bedeutende Männer, auch Geistliche beider Konfessionen, beschäftigte, von der Allgemeinheit in ihrer Bedeutung noch nicht verstanden und gewürdigt wurde, ließ ich durch meinen bewährten Freund und glänzenden Theaterintendanten, den Grafen Hülsen-Haeseler, das Stück „Assurbanipal" in Szene setzen, das nach langer Vorbereitung unter Aufsicht der Deutschen Orient-Gesellschaft aufgeführt wurde. Zu der Generalprobe wurden Assyriologen aller Länder eingeladen. Man sah in den Logen in bunter Reihe Professoren, protestantische und katholische Geistliche, Juden und Christen beieinandersitzen. Von vielen hörte ich Dank dafür, daß ich durch diese Aufführung einmal gezeigt habe, wie weit die Forschungsarbeit schon gediehen war, und gleichzeitig dem großen Publikum die Bedeutung der Assyriologie näher gebracht hätte.

Auch der Aufenthalt auf Korfu gewährte mir die Freude, der Archäologie zu dienen und mich persönlich mit Ausgrabungen zu beschäftigen. Der zufällige Fund des Reliefhauptes einer Gorgo in der Nähe der Stadt Korfu veranlaßte mich, die Arbeiten selbst in die Hand zu nehmen. Ich berief zu meiner Unterstützung den bewährten Ausgraber und Kenner griechischer Altertümer Professor Dörpfeld, der die Leitung der Ausgrabungen übernahm. Der ebenso wie ich für das Hellenentum der Antike begeisterte Gelehrte ist im Laufe der Jahre für mich zu einem treuen Freunde und unschätzbaren Quell für Belehrung über die Baukunst, Stilfragen usw. bei den alten Griechen und Achäern geworden.

Es war ein Genuß, wenn Dörpfeld die alten Homerischen Lieder vortrug und auslegte und auf der Landkarte, nach den Angaben und Beschreibungen des Dichters, die alten achäischen — durch die do-

rische Wanderung zerstörten — Ansiedelungen wieder feststellen konnte. Die Namen der alten Ortschaften scheinen von den entwurzelten Einwohnern häufig auf ihre neuen Siedlungen übertragen worden zu sein. Das erschwert die Feststellung der Lage der alten Orte. Gleichwohl hatte Dörpfeld eine Reihe von ihnen, mit dem Homer als „Bädeker" in der Hand auf Grund der genauen geographischen Beschreibungen Homers die Gegend erkennend, wiedergefunden. Das fesselte mich dergestalt, daß ich gemeinsam mit der Kaiserin in Dörpfelds Begleitung eine Fahrt zu Wasser unternahm, um selbst die Probe aufs Exempel zu machen. Wir fuhren nach Leukas (Ithaka) und besuchten dort nacheinander die aus der Odyssee bekannten Orte, wobei Dörpfeld den betreffenden beschreibenden Text aus dem Homer vorlas. Überrascht mußte ich zugeben, daß Gegend und Beschreibung einander vollkommen entsprachen.

Die von mir unter Dörpfelds Leitung begonnenen Ausgrabungen auf Korfu haben wichtige Ergebnisse für die Archäologie gezeitigt, da sie ein sehr hohes Alter frühester dorischer Kunst nachwiesen. Das Gorgorelief hat bereits zu vielen Kombinationen — wahrscheinlichen und unwahrscheinlichen, leider auch mit überflüssiger Polemik verbundenen — Veranlassung gegeben. Es scheint sich hier ein Pfeiler zu der von mir gesuchten Brücke zwischen Asien und Europa herauszukristallisieren. Ich habe regelmäßig Berichte an die Archäologische Gesellschaft gesandt, auch den bewährten Professor Caro aus Athen mit herangezogen und war mit der Vorbereitung von Vorträgen für den Winter 1914/15 beschäftigt, die vor der Gesellschaft gehalten werden sollten. An sie wollte man weitgehende Diskussionen über die vielen strittigen Fragen anschließen, die ich einer Lösung sine ira et studio zuführen zu können hoffte. Ich hatte die Freude, fast regelmäßig in Korfu von englischen und amerikanischen Archäologen besucht zu werden, die, frühere Schüler Dörpfelds, sich eifrig an der Beleuchtung der oft auftauchenden schwierigen Probleme beteiligten.

Da sie in Kleinasien beschäftigt waren, so war es für mich hochinteressant, zu hören, welche Wichtigkeit sie — auf Grund ihrer Funde — dem asiatischen Einfluß auf die frühhellenische Kunst beimaßen und wie sie in den Korfioter Funden Anklänge an den Osten erkannten. Im Jahre 1914 besuchte Professor Duhn aus Heidelberg die Ausgrabungen in Korfu und pflichtete nach eingehendem Studium Dörpfelds und meiner Auffassung bei. Über das Ergebnis meiner Ausgrabungen auf Korfu werde ich mich in einer besonderen Schrift äußern.

Solcher Gestalt war die Beschäftigung des Deutschen Kaisers, der, auf Raub und Eroberung sinnend, blutdürstig den Weltkrieg herbeigeführt haben soll, im Frühjahr 1914! Derweilen ich in Korfu über Gorgonen, dorische Säulen und Homer forschte und diskutierte, wurde im Kaukasus und in Rußland schon gegen uns mobil gemacht! Und der Zar hatte zu Jahresbeginn auf die Frage nach seinen Reisedispositionen erwidert: „Je resterai chez moi cette année, parce que nous aurons la guerre!"*)

---

*) „Ich werde in diesem Jahr zu Haus bleiben, weil wir Krieg bekommen."

Mein
Verhältnis zur Kirche

Über mein Verhältnis zur Kirche ist viel geschrieben und geredet worden. – Ich hatte schon als Prinz, während ich in Bonn studierte, den nachteiligen Einfluß des Kulturkampfes in seinem letzten Stadium zu beobachten Gelegenheit gehabt. Die konfessionelle Kluft wirkte so trennend, daß ich z. B. vom rheinisch-westfälischen ultramontanen Hochadel auf einer Jagd direkt boykottiert wurde. Im nationalen Interesse nahm ich mir schon damals vor, dahin zu wirken, daß ein modus vivendi, der ein friedliches Nebeneinanderleben der beiden Konfessionen ermöglichen sollte, herbeigeführt würde. Der Kulturkampf als solcher ist ja schon vor meinem Regierungsantritt beigelegt worden.

Ich habe mit Geduld und Sorge stets ein gutes Verhältnis zum Episkopat zu erhalten getrachtet und mit einzelnen Kirchenfürsten in recht guten Beziehungen gestanden. So besonders mit Kardinal Kopp, Erzbischof Simar, Dr. Schulte, Fürstbischof Bertram, Bischof Thiel und last not least mit Erzbischof Faulhaber und Kardinal v. Hartmann. Sie alle sind Männer weit über dem Durchschnitt und eine Zierde des deutschen Episkopats, dessen Patriotismus für Kaiser und Reich im Kriege zum Ausdruck kam. Darin liegt ein Beweis, daß es mir gelungen war, die Nebel des Kulturkampfes wieder zu zerstreuen und auch den katholischen Untertanen die Freude am Reich zu ermöglichen, nach dem Grundsatze: suum cuique.

Besonders eng war ich zeitlebens mit dem Fürstbischof von Breslau Kardinal Kopp verbunden. Er hat mir immer loyal gedient; mein Verhältnis zu ihm war durchaus vertrauensvoll. Wertvoll für mich war seine Vermittlung mit dem Vatikan, bei dem er großes Ansehen genoß, obgleich er durchaus den deutschen Standpunkt wahrte.

Wenig bekannt in der Öffentlichkeit dürfte das freundschaftliche Vertrauensverhältnis sein, das zwischen dem Papst Leo XIII. und mir bestanden hat. Ein dem Papst nahestehender Prälat hat mir später erzählt, daß ich mir bei meinem ersten Besuch das Vertrauen des Papstes erworben habe durch die absolute Offenheit, mit der ich ihm entgegengetreten bin und mit der ich ihm auch Dinge gesagt habe, die man ihm sonst gern vorenthielt.

Die Empfänge beim Papst spielten sich unter ungeheurer Prachtentfaltung ab. Schweizer- und Nobelgarden in glänzenden Uniformen, Diener, Kammerherren und geistliche Würdenträger in großer Zahl: ein kleines äußeres Bild der Macht der römisch-katholischen Kirche.

Nachdem ich durch die Höfe, Hallen und Säle geschritten war, in denen alle diese Menschen Aufstellung genommen hatten, saß ich dann in seinem kleinen einfenstrigen Arbeitszimmer dem Papste selbst gegenüber. Der würdige Herr mit dem feinen edelgeformten Greisenkopf, dessen große kluge Augen den Besucher durchdringend anblickten, hat einen bedeutenden Eindruck auf mich gemacht. Wir haben viele schwebende Fragen erörtert. Ich freute mich herzlich darüber, daß der Papst mit Anerkennung und Dank die Stellung hervorhob, die die katholische Religion und ihre Anhänger in Deutschland einnehmen, und daran die Versicherung schloß, er werde an seiner Stelle dazu beitragen, daß die deutschen Katholiken keinem anderen Deutschen an Vaterlandsliebe und Treue nachstehen sollten.

Wo er konnte, hat Papst Leo XIII. mir Freundlichkeiten erzeigt. So hat er bei einem meiner Besuche in Rom mein Gefolge und meine Dienerschaft durch eine besondere Audienz ausgezeichnet. Er

hat zur Einweihung des von mir gestifteten Portals der Metzer Kathedrale als päpstlichen Legaten den Fürstbischof Kopp entsandt und mir die Aufmerksamkeit erwiesen, die zur Feier dieses Tages vollzogene Ernennung des Erzbischofs Fischer (Cöln) zum Kardinal mir zur Bekanntgabe mitzuteilen u. dgl.

Zu seinem 25jährigen Papstjubiläum (1903) ließ ich Leo XIII. meine Glückwünsche aussprechen durch eine besondere Mission, die der dem Papst seit langen Jahren nahestehende Generaladjutant Freiherr von Loë führte.

Nicht lange nachher — wenige Monate vor seinem Tode — konnte ich dem Papst meinen dritten und letzten Besuch abstatten. Trotz seiner großen Schwäche kam der Dreiundneunzigjährige mir entgegen und streckte mir beide Hände hin. Ich habe über diesen Besuch, der sich durch große Herzlichkeit von beiden Seiten aus= zeichnete, damals sogleich Aufzeichnungen gemacht, die mir unlängst wieder in die Hand kamen.

Der Papst sagte unter anderem, er könne die Grundsätze, nach denen ich regiere, nur mit voller Anerkennung billigen. Er habe meine Regierungsart mit Interesse verfolgt und mit Freude erkannt, daß ich meine Herrschaft auf der Grundlage des festen Christentums aufgebaut habe. Sie werde von so hohen religiösen Grundsätzen geleitet, daß er nicht anders könne, als den Segen des Himmels für mich, die Dynastie und das Deutsche Reich zu erflehen und seinen apostolischen Segen zu erteilen.

Interessant war mir, daß der Papst mir bei dieser Gelegenheit sagte, Deutschland müsse das Schwert der katholischen Kirche werden. Ich wendete ein, daß das alte römische Reich deutscher Nation doch nicht mehr bestehe, daß die Voraussetzungen andere geworden wären. Aber er blieb dabei.

Dann fuhr der Papst fort, er müsse mir wiederum warmen Dank dafür sagen, daß ich unablässig um das Wohl auch meiner katho=

lischen Untertanen bemüht sei. Er habe das von so vielen Seiten gehört, daß er Wert darauf lege, mir persönlich zu sagen, wie dankbar sowohl er wie die deutschen Katholiken für diese Fürsorge seien. Er könne mir versichern, daß meine katholischen Untertanen in guten und in bösen Tagen in absoluter Treue zu mir stehen würden. „Ils resteront absolument et infailliblement fidèles.“*)

Ich habe mich dieser Anerkennung aus so hohem berufenen Munde herzlich gefreut und geantwortet, ich betrachte es als Pflicht eines christlichen Souveräns, ohne Unterschied der Konfession für seine Untertanen nach besten Kräften zu sorgen. Ich könne versichern, daß unter meiner Regierung jedermann ungehindert seine Religion ausüben und seinen Pflichten gegen sein kirchliches Oberhaupt obliegen könne. Das sei ein Lebensgrundsatz von mir, von dem ich nie abweichen werde. –

Dadurch, daß ich von vornherein meinen katholischen Landsleuten zeigte, daß ich ihnen in der Ausübung ihrer Religion jede Freiheit lassen wollte, wurde bald eine ruhigere Stimmung im Lande erzeugt, und die Nachwehen des Kulturkampfes verschwanden mehr und mehr. Allein ich verhehlte mir nicht, daß trotz aller Höflichkeit und allem Zuvorkommen die Kirchenfürsten – mit alleiniger Ausnahme von Kardinal Kopp – in mir doch den Ketzer sahen, und ich mußte damit rechnen, daß im katholischen Süden und Westen des Reiches dieser Gedanke nie ganz verschwinden würde. Es ist mir wiederholt dankbar bestätigt worden, daß die Katholiken es unter meiner Regierung so gut hätten, wie sie es nur wünschen könnten. Aber das immer intransigenter werdende Verhalten der Kirche auf dem Gebiete der Mischehen sowie des Zentrums in der Politik waren doch ein Fingerzeig dafür, daß unter der ruhigen Oberfläche die antiketzerische Tendenz fortwirkte. –

---

*) „Sie werden sich in jeder Lage als unbedingt treu erweisen.“

Um so intensiver beschäftigte mich der Gedanke an den festen Zusammenschluß der protestantischen Kirchen, zunächst Preußens, dann Deutschlands, schließlich Europas. Mein Verkehr mit dem Oberkirchenrat, den Generalsuperintendenten usw. war sehr lebhaft, um den Weg zu diesem Zusammenschluß zu finden. Die Eisenacher Konferenz habe ich mit Interesse begrüßt und verfolgt. Zur Kirchenweihe in Jerusalem habe ich alle Generalsuperintendenten versammelt und auch Deputationen aus Schweden, Norwegen usw. begrüßen können. Ebenso bei der Domweihe in Berlin, wo unter vielen anderen Deputationen auch die englische Kirche durch den als Schriftsteller wie Prediger gleich bedeutenden Bischof von Ripon, W. Boyd Carpenter, den Seelsorger der Königin Victoria von England, vertreten war. Bei jeder Gelegenheit suchte ich Ausgleich, Annäherung und Zusammenschluß herbeizuführen. Allein es kam zu keinem positiven Ergebnis. Trotzdem die Union in Preußen sich gut bewährt hatte, standen sich in anderen Teilen des Vaterlandes Lutheraner und Reformierte fremd gegenüber. Manche Landesherren wachten eifrig über ihr Recht ihren Kirchen gegenüber und waren darum einem engeren Zusammenschluß der Landeskirchen abhold. So hat trotz meinen Bemühungen die deutsche protestantische Kirche sich lange nicht zum Zusammenschluß und zu gemeinsamem Widerstand gegen die ihr feindlichen Kräfte zu entwickeln vermocht. Erst die Not, in die die Kirche durch den politischen Umsturz geraten ist, hat das zustande gebracht. Am Himmelfahrtstage 1922 ist zu meiner großen Freude die Gründung des „Deutschen Evangelischen Kirchenbundes" in der Schloßkirche zu Wittenberg feierlich vollzogen worden.

In der Zeit meiner ersten militärischen Dienstjahre in Potsdam hatte ich die Unzulänglichkeit der Predigten, die häufig nur trockene Dogmatik behandelten, hingegen die Person Christi allzu sehr zurücktreten ließen, stark empfunden. In Bonn lernte ich dann D. Dryander kennen, der auf mich für mein ganzes Leben einen tiefen

Eindruck gemacht hat. Die Predigt war bei ihm von der Dogmatik befreit, die Person Christi wurde in den Mittelpunkt gestellt und das „praktische Christentum" in den Vordergrund gerückt. Ich zog ihn später nach Berlin und bald an den Dom und mein Schloß. So hat Dryander mich, mir geistig nahestehend, mit geistlichem Zuspruch jahraus, jahrein treu begleitet bis über den 9. November hinaus. Die kirchlichen Angelegenheiten sind häufig zwischen uns beiden besprochen, die Aufgaben und die Zukunft der protestantischen Kirche eingehend behandelt worden. Die milde, doch kraftvolle, klare und von echt evangelischer Stärke getragene Auffassung Dryanders machte ihn zu einer Säule und Zierde seiner Kirche und zu einem treuen, mit seinem Kaiser innig verbundenen Mitarbeiter an ihr und ihrer Fortentwicklung. Seit dem 9. November ist auch Exzellenz Dryander Verfolgungen ausgesetzt gewesen; er hat ruhig standgehalten. Seines Königs Hoffen, Glauben und Vertrauen geht mit ihm und der evangelischen Kirche. Die Kirche muß das niedergebrochene Volk innerlich wieder aufrichten mit dem Glaubenssatz: Ein' feste Burg ist unser Gott!

Nicht unerwähnt lassen möchte ich den Einfluß der auf meine Veranlassung übersetzten Schrift des englischen Missionars Bernard Lucas „Conversations with Christ" sowie die Jesuspredigten von Pastor Schneller (Jerusalem) und die Andachtsammlungen „Der alte Gott lebt noch" und „Aus tiefer Not" des Oberkonsistorialrats Conrad. Diese Schriften haben der Kaiserin und mir durch ihre lebendige Art, den Hörer und Leser zu packen und zu fesseln, manche Anregung und Trost gegeben.

Daß ich die religiösen und kirchlichen Fragen mit voller Objektivität sine ira et studio behandeln konnte, verdanke ich meinem vortrefflichen Erzieher Professor Dr. Hinzpeter, einem westfälischen Calvinisten. Er hat seinen Zögling mit der Bibel aufwachsen und leben lassen unter Beiseitestellung aller dogmatisch-polemischen Fragen,

sodaß Polemik in der Religion mir fremd geblieben ist und ein Begriff wie das selbstherrliche „orthodox" mich abstößt. Meinen eigenen religiösen Standpunkt habe ich seinerzeit in dem schon damals der Öffentlichkeit bekannt gewordenen, am Schlusse dieses Kapitels teilweise abgedruckten Briefe an meinen Freund Hollmann dargelegt. –

Das Herz meiner katholischen Untertanen vermochte ich zu erfreuen, als ich 1898 das von mir vom Sultan erworbene Grundstück der „Dormition" aus Anlaß meines Aufenthaltes in Jerusalem den dortigen deutschen Katholiken zum Geschenk machte. Der würdige treue Pater Schmidt, der Vertreter des katholischen Vereins in Jerusalem, stattete mir an Ort und Stelle bei der Übernahmefeier in herzlichen Worten den Dank der deutschen Katholiken ab. Als ich die zukünftige Bebauung und Besetzung der Niederlassung mit ihm besprach, riet der erfahrene alte Jerusalemkenner, keinen der dortigen Mönchsorden zu wählen, da sie alle mehr oder minder in die Intrigen und Kämpfe um die „loci sacri" verwickelt seien. Nach meiner Heimkehr erschien eine Abordnung der deutschen Malteserritter unter Graf Praschma, um auch ihrerseits Dank darzubringen. Der von einem sehr begabten Cölner Baumeister entworfene Plan der Kirche, dem Stil des Landes geschickt angepaßt, wurde mir zur Ansicht vorgelegt. Nach ihrer Vollendung bestimmte ich, daß die Beuroner Benediktiner die Dormition übernehmen sollten; 1906 bezogen sie das neben der neuen Marienkirche erbaute Kloster.

Zu den Benediktinern der Beuroner Kongregation, deren Erzabt Wolter ich in Sigmaringen kennen gelernt hatte, pflegte ich durch viele Jahre nähere Beziehungen. Der Orden hat im Mittelalter stets in gutem Verhältnis zu den deutschen Kaisern gestanden, von denen fast keiner unterlassen hat, bei den Romreisen auch das herrlich gelegene Monte Cassino zu besuchen. Als die Benediktiner um eine Niederlassung am Rhein baten, sorgte ich dafür, daß dem Orden

die prächtige — damals unbenutzte — romanische Abtei Maria Laach übergeben wurde. Der Orden, der feine Künstler — darunter den Pater Desiderius — unter seinen Mitgliedern besitzt, hat die Abtei aus Vernachlässigung und Verfall durch herrliche Innendekoration zu neuer Blüte emporgebracht. Oft habe ich Maria Laach besucht und mich an dem Fortschreiten der Ausgestaltung erfreut, wie auch an dem Verkehr mit den klugen Äbten und dem herzlich schlichten Empfang seitens der treuen Brüder.

In dem Erzabt Msgr. Krug lernte ich bei meinem Besuch des Klosters Monte Cassino einen Mann von ungewöhnlichen geistigen Gaben und umfassender Bildung kennen, der viel in der Welt herumgekommen war; er konnte sich ebenso fließend auf Italienisch, Englisch, Französisch ausdrücken wie in seiner deutschen Muttersprache. In seiner Ansprache an König Victor Emanuel von Italien und mich erwähnte er, daß fast alle deutschen Kaiser und vor ihnen die Langobardenkönige Monte Cassino besucht haben. Er übergab mir eine prachtvolle Sammlung von Kopien von Urkunden Kaiser Friedrichs II. aus der Bibliothek des Ordens; ich habe diese Gabe mit dem Geschenk der Werke Friedrichs des Großen erwidert. In der Umgebung der Klöster des Ordens floriert der Feldbau, der mit allen Neuerungen auf diesem Gebiet dem langsamen Landvolk von den Laienbrüdern beigebracht wird. In den Land- und Stadtgemeinden werden Kirchengesang und Orgelspiel, in denen die Ordensbrüder es zu einer hohen Kunst gebracht haben, liebevoll gepflegt. Auch die Goldschmiedekunst floriert im Orden, ebenso wie die Kunststickerei bei den Benediktinerinnen. Das nach den Forschungen von Msgr. Wilpert gezeichnete Labarum (die Standarte) Kaiser Konstantins des Großen ließ ich in natürlicher Größe anfertigen. Ein Exemplar schenkte ich dem Papste, ein anderes meiner Schloßkapelle in Berlin. Letzteres ist in den Revolutionstagen durch den Pöbel aus der Kapelle gestohlen worden! Die Metallarbeiten waren sämtlich von Brüdern,

die Stickereien von Schwestern des Ordens vorzüglich gearbeitet. Im Jahre 1917 habe ich die Schwestern in ihrem Kloster St. Hildegardis oberhalb Rüdesheim besucht.

Mein Brief an Admiral Hollmann war veranlaßt durch die Erregung, die ein von Prof. Delitzsch in der Deutschen Orient-Gesellschaft — deren Vorstandsmitglied Admiral Hollmann war — gehaltener Vortrag über „Babel und Bibel" hervorgerufen hatte. Der erste Teil des Briefes, der sich des näheren mit Prof. Delitzsch's Ausführungen beschäftigt, ist bei dem folgenden Abdruck weggelassen worden.

15. Februar 1903.

Mein lieber Hollmann!

. . . .

. . . .

Ich möchte nun noch einmal auf meinen persönlichen Standpunkt bezüglich der Offenbarungslehre oder -anschauung zurückkommen, wie ich ihn Ihnen, mein lieber Hollmann, und anderen Herren auch des öfteren schon auseinandergesetzt habe. Ich unterscheide zwei verschiedene Arten der Offenbarung: eine fortlaufende, gewissermaßen historische, und eine rein religiöse, auf die spätere Erscheinung des Messias vorbereitende Offenbarung.

Zur ersten ist zu sagen: Es ist für mich keinem, auch nicht dem leisesten Zweifel unterworfen, daß Gott sich immerdar in Seinem von Ihm geschaffenen Menschengeschlecht andauernd offenbart. Er hat dem Menschen „Seinen Odem eingeblasen", d. h. ein Stück von sich selbst, eine Seele gegeben. Mit Vaterliebe und -interesse verfolgt Er die Entwicklung des Menschengeschlechts; um es weiter zu führen und zu fördern, „offenbart" Er sich bald in diesem oder jenem großen Weisen oder Priester oder König, sei

es bei den Heiden, Juden oder Christen. Hammurabi war einer, Moses, Abraham, Homer, Karl der Große, Luther, Shakespeare, Goethe, Kant, Kaiser Wilhelm der Große. Die hat Er ausgesucht und Seiner Gnade gewürdigt, für ihre Völker auf dem geistigen wie physischen Gebiet nach Seinem Willen Herrliches, Unvergängliches zu leisten. Wie oft hat mein Großvater dieses nicht ausdrücklich betont, er sei ein Instrument nur in des Herrn Hand. Die Werke der großen Geister sind von Gott den Völkern geschenkt, damit sie an ihnen sich fortbilden, weiterfühlen können durch das Verworrene des noch Unerforschten hienieden. Gewiß hat Gott der Stellung und Kulturstufe der Völker entsprechend den Verschiedenen sich verschieden „geoffenbart", und tut das auch noch heute. Denn so wie wir am meisten durch die Größe und Gewalt der herrlichen Natur der Schöpfung überwältigt werden, wenn wir sie betrachten, und über die in ihr offenbarte Größe Gottes bei ihrer Betrachtung staunen, ebenso sicherlich können wir bei jedem wahrhaft Großen und Herrlichen, was ein Mensch oder ein Volk tut, die Herrlichkeit der Offenbarung Gottes darinnen mit Dank bewundernd erkennen. Er wirkt unmittelbar auf und unter uns ein!

Die zweite Art der Offenbarung, die mehr religiöse, ist die, welche zur Erscheinung des Herrn führt. Von Abraham an wird sie eingeleitet, langsam aber vorausschauend, allweise und allwissend, denn die Menschheit war sonst verloren. Und nun beginnt das staunenswerteste Wirken, Gottes Offenbarung. Der Stamm Abrahams und das sich daraus entwickelnde Volk betrachten als Heiligstes mit eiserner Konsequenz den Glauben an einen Gott. Sie müssen ihn hegen und pflegen. In der ägyptischen Gefangenschaft zersplittert, werden die zerteilten Stücke von Moses zum zweiten Male zusammengeschweißt, immer noch bestrebt, ihren „Monotheismus" festzuhalten. Es ist das direkte

Eingreifen Gottes, das dieses Volk wiedererstehen läßt. Und so geht es weiter durch die Jahrhunderte, bis der Messias, der durch die Propheten und Psalmisten verkündet und angezeigt wird, endlich erscheint. Die größte Offenbarung Gottes in der Welt! Denn Er erschien im Sohne selbst; Christus ist Gott; Gott in menschlicher Gestalt. Er erlöste uns, Er feuert uns an, es lockt uns Ihm zu folgen, wir fühlen Sein Feuer in uns brennen, Sein Mitleid uns stärken, Seine Unzufriedenheit uns vernichten, aber auch Seine Fürsprache uns retten. Siegesgewiß, allein auf Sein Wort bauend, gehen wir durch Arbeit, Hohn, Jammer, Elend und Tod, denn wir haben in Ihm Gottes offenbartes Wort und Er lügt niemals.

Das ist meine Ansicht über diese Frage. Das Wort ist insbesondere für uns Evangelische Alles durch Luther geworden, und als guter Theologe mußte doch Delitzsch nicht vergessen, daß unser großer Luther uns singen und glauben gelehrt: „Das Wort sie sollen lassen stahn!" Es versteht sich für mich von selbst, daß das Alte Testament eine große Anzahl von Abschnitten enthält, welche rein menschlich historischer Natur sind und nicht „Gottes geoffenbartes Wort". Es sind rein historische Schilderungen von Vorgängen aller Art, welche sich in dem Leben des Volkes Israel auf politischem, religiösem, sittlichem und geistigem Gebiet des Volkes vollziehen. Wie z. B. der Akt der Gesetzgebung am Sinai nur symbolisch als von Gott inspiriert angesehen werden kann, als Moses zu einer Auffrischung vielleicht altbekannter Gesetzesparagraphen (möglicherweise dem Kodex Hammurabi's entstammend) greifen mußte, um das in seiner Zusammensetzung lockere und wenig widerstandsfähige Gefüge seines Volkes zusammenzufassen und zu binden. Hier kann der Historiker aus Sinn oder Wortlaut vielleicht einen Zusammenhang mit den Gesetzen Hammurabi's, des Freundes Abrahams, konstruieren, der logisch vielleicht richtig

wäre; das würde aber niemals der Tatsache Eintrag tun, daß Gott Moses dazu angeregt und insofern sich dem Volke Israel geoffenbart hat.

Daher ist meine Auffassung, daß unser guter Professor hinfürder lieber die Religion als solche bei seinen Vorträgen in unserer Gesellschaft anzuführen und zu behandeln vermeidet, dagegen, was die Religion, Sitten etc. der Babylonier etc. in Beziehung zum Alten Testament bringt, ruhig schildern möge. –

Für mich ergibt sich daraus die nachstehende Schlußfolgerung:

a) Ich glaube an Einen, Einigen Gott.

b) Wir Menschen brauchen, um ihn zu lehren, eine Form, zumal für unsere Kinder.

c) Diese Form ist bisher das Alte Testament in seiner jetzigen Überlieferung gewesen. Diese Form wird unter der Forschung und den Inschriften und Grabungen sich entschieden wesentlich ändern; das schadet nichts, auch daß dadurch viel vom Nimbus des auserwählten Volks verloren geht, schadet nichts. Der Kern und Inhalt bleibt immer derselbe, Gott und Sein Wirken!

Nie war Religion ein Ergebnis der Wissenschaft, sondern ein Ausfluß des Herzens und Seins des Menschen aus seinem Verkehr mit Gott.

Mit herzlichstem Dank und vielen Grüßen

stets Ihr treuer Freund
gez.: Wilhelm I. R.

Heer und Flotte

Meine engen Beziehungen zur Armee sind bekannt. Ich folgte auf diesem Gebiet der Überlieferung meines Hauses. Preußens Könige sind nicht kosmopolitischen Phantasien nachgejagt, sondern sie haben erkannt, daß der Wohlstand eines Landes nur gedeihen kann, wenn eine reale Macht Gewerbefleiß und Handel schützt. Wenn ich in manchen Kundgebungen die Mahnung aussprach, „das Pulver trocken", „das Schwert scharf" zu halten, so war das gleicherweise an die Adresse von Feind und Freund gerichtet. Der Feind sollte es sich dreimal überlegen, bevor er mit uns anzubinden wagte. Im deutschen Volke wollte ich männlichen Geist pflegen. Die Stunde, in der wir die Früchte unseres Fleißes gegen feindliche Eroberungslust zu verteidigen haben würden, sollte ein starkes Geschlecht finden.

Daneben habe ich die erzieherische Aufgabe des Heeres hoch gewertet. Die allgemeine Wehrpflicht wirkt in einem Maße, wie nichts anderes, sozial. Sie bringt Reiche und Arme, Söhne von Land und Stadt zusammen. Sie ließ die jungen Leute, deren Lebenswege sonst weit auseinander gehen, sich gegenseitig kennen und verstehen lernen. Das Gefühl, einem Gedanken zu dienen, einte sie. Und was haben wir aus unserer männlichen Jugend gemacht! Aus blassen Stadtjungens wurden stramme, gesunde, sportgestählte Männer; durch schwere Arbeit steif gewordene Glieder wurden gewandt und elastisch.

Ich bin — um das bekannte Wort des Königs Friedrich Wilhelm III. zu gebrauchen — vom Brigadekommandeur gleich König geworden. Bis dahin habe ich die Stufenleiter der Offizierlaufbahn durchgemacht. Gern denke ich heute noch daran zurück, mit welchem Stolze ich am 2. Mai 1869 bei der Frühjahrsparade vor meinen Großvater zum ersten Male in Reih und Glied stand. Die Beziehungen zum einzelnen Manne sind mir immer wertvoll gewesen. Deshalb schätzte ich die Dienststellungen, in denen ich diese Beziehungen pflegen konnte, besonders hoch. Meine Tätigkeit als Kompagnie-, Eskadron- und Batterie-Chef sowie als Regimentskommandeur ist mir unvergeßlich.

Bei meinen Soldaten habe ich mich heimisch gefühlt. Mein uneingeschränktes Vertrauen gehörte ihnen. Die schmerzlichen Erfahrungen des Herbstes 1918 haben dieses Vertrauen nicht geschmälert. Ich vergesse nicht, daß ein Teil des deutschen Volkes nach den 4 Jahren unerhörter Leistungen und Entbehrungen zu krank geworden war, um den Verführungen der äußeren und inneren Feinde widerstehen zu können. Die Besten deckte zudem der grüne Rasen. Der Rest war durch die unerhörten, nie für möglich gehaltenen Vorgänge der Revolution so konsterniert, daß er sich zur Tat nicht aufraffen konnte.

Die allgemeine Wehrpflicht war die beste Schule für die körperliche und sittliche Ertüchtigung unseres Volkes. Sie schuf uns freie, ihres Wertes bewußte Männer. Aus diesen Männern ergänzte sich ein vortreffliches Unteroffizierkorps, und dieses wieder lieferte uns eine Beamtenschaft, wie sie in ihrer Tüchtigkeit, Unbestechlichkeit und Pflichttreue kein anderes Volk der Erde aufzuweisen hatte. Auch gerade aus diesen Kreisen bekomme ich jetzt Zeichen der Treue, die mir immer wieder wohltun. Meine alte 2. Kompagnie des Ersten Garderegiments zu Fuß hat in guten und bösen Tagen an dem Ergehen ihres alten Hauptmanns teilgenommen. Zuletzt sah ich sie

geschlossen – noch 125 Mann – unter dem braven Feldwebel Hartmann bei meinem 25jährigen Regierungsjubiläum 1913.

Das Offizierkorps nahm, entsprechend seiner hohen Aufgabe als Erzieher und Führer des Volkes in Waffen, eine besondere Stellung im Staate ein. Die Selbstergänzung, die mit der Einrichtung der Offizierswahl in die Hände der einzelnen Offizierkorps gelegt war, verbürgte die notwendige Homogenität. Schädliche Auswüchse von Kastengeist waren vereinzelt. Wo sie sich fühlbar machten, wurden sie sogleich abgestellt. Ich habe viel und gern in den Offizierkorps verkehrt und mich in ihnen als Kamerad gefühlt. – Gewiß war der materialistische Zug unserer Zeit auch am Offizierkorps nicht spurlos vorübergegangen. Aber im ganzen muß man sagen, daß in keinem anderen Stande Selbstzucht, Pflichttreue und Einfachheit so gepflegt wurden wie in den Offizierkorps.

Eine Prüfung, wie sie in keinem anderen Beruf erfolgt, ließ nur die Tüchtigsten und Besten in maßgebende Stellungen gelangen. Die kommandierenden Generale waren Männer von hohem Wissen und Können und – was mehr sagen will – Charaktere. Es ist schwer, aus ihrer Zahl einzelne herauszugreifen.

Hat meinem Herzen der Frontsoldat auch immer besonders nahe gestanden, so muß ich doch die Schule hervorheben, die der Generalstab für das Offizierkorps bedeutete. Ich erwähnte bereits, daß der Generalfeldmarschall Graf Moltke es verstanden hatte, sich durch sorgfältige Schulung Männer heranzubilden, die nicht nur technisch auf der Höhe standen, sondern auch zu verantwortungsfreudiger, selbständiger, weitblickender Tätigkeit befähigt waren. „Mehr sein als scheinen!“ steht im Vorwort des „Taschenbuches für den Generalstabsoffizier“. Zu dieser Ausbildung hat der Feldmarschall Graf Moltke den Grund gelegt. Seine Nachfolger, Graf Waldersee, der geniale große Graf Schlieffen und der General v. Moltke haben auf dieser Grundlage weiter gebaut. Das Ergebnis war der Generalstab, der

im Kriege unerreichte Leistungen vollbracht hat, auf die die Welt mit Bewunderung blickt.

Früh erkannte ich, daß die denkbar größte Ausgestaltung unserer hochentwickelten Technik ein unentbehrliches Hilfsmittel war und kostbares Blut sparen würde. Wo immer ich konnte, habe ich an der Vervollkommnung unserer Bewaffnung gearbeitet und die Maschine in den Dienst der Truppe gestellt.

Von Neuschöpfungen steht in vorderster Linie die schwere Artillerie des Feldheeres, bei deren Schaffung ich seinerzeit große Widerstände — und merkwürdigerweise besonders in den Reihen der Artillerie — zu überwinden hatte. Es ist mir eine große Genugtuung, sie durchgesetzt zu haben. Sie hat für die Führung der Operationen im großen Stil die Grundlage geschaffen. Es währte lange, bis unsere Gegner den Vorsprung, den wir auf diesem Gebiet hatten, einholen konnten.

Zu nennen ist weiter das Maschinengewehr, das sich aus bescheidenen Anfängen zum Rückgrat der infanteristischen Kampfkraft entwickelt hat. Der Ersatz des Einzelgewehrs durch die Maschine vervielfachte die Feuerkraft unter gleichzeitiger Verminderung der Verluste.

Nicht unerwähnt lassen will ich auch die Einführung der fahrbaren Feldküche, die ich zuerst gelegentlich eines Manövers in der russischen Armee gesehen hatte. Sie war für die Erhaltung der Schlagfähigkeit des Heeres von größter Bedeutung, da die Möglichkeit ausreichender Ernährung unsere Mannschaft frisch und gesund erhielt.

Alles Menschenwerk bleibt Stückwerk. Aber man kann ohne Übertreibung sagen, daß die deutsche Armee, die 1914 ins Feld zog, ein Instrument darstellte, das seinesgleichen nicht gehabt hat.

Fand ich bei meinem Regierungsantritt die Armee in einer Verfassung, bei der auf der vorhandenen Grundlage nur weitergebaut

zu werden brauchte, so war damals noch die Marine in der ersten Entwicklung begriffen.

Nachdem alle erdenklichen Versuche des Staatssekretärs Admiral Hollmann, den widerspenstigen Reichstag zu einer langsam sich entwickelnden, systematischen Verstärkung der deutschen Seemacht zu bewegen, gescheitert waren, vornehmlich an den billigen Schlagworten des Abgeordneten Richter und an der Verständnislosigkeit der durch sie betörten Linksliberalen, bat er mich um seine Entlassung. Ich gewährte sie ihm mit Bewegung, da mir der schlichte, treue Mann, der Sohn einer echten, guten Berliner Bürgerfamilie, mit seinem aufrichtigen Charakter, seinem Pflichtbewußtsein und seiner Anhänglichkeit wert geworden war. Mein auf dieser Wertschätzung beruhendes Verhältnis zu ihm hat bis zu des Admirals plötzlichem Tode noch viele Jahre hindurch weiter bestanden und mich oft veranlaßt, den treuen Mann mit dem prächtigen Berliner Witz sowohl in seinem Hause aufzusuchen und dort mit den Herren des Vorstands der Deutschen Orient-Gesellschaft zu verkehren, wie auch ihn im kleinen Kreise bei mir zu sehen oder als geschätzten Reisebegleiter mitzunehmen. Er ist einer der treuesten meiner Getreuen gewesen, sich stets gleichbleibend in seiner Selbstlosigkeit, niemals etwas für sich verlangend. Glücklich die Stadt, die solche Bürger hervorbringen kann! Ich bewahre diesem bewährten Vertrauten ein dankbares Andenken.

Admiral Tirpitz wurde Hollmanns Nachfolger. Er war bei seinen ersten Vorträgen, die den Grund zum ersten Flottengesetz legten, mit mir vollkommen darüber im reinen, daß der Flottenbau auf die bisherige Art und Weise im Reichstage nicht zur Annahme zu bringen sei. Wie schon hervorgehoben, war die Opposition unüberzeugbar. Der Ton, in dem die von Richter geführten Debatten sich abspielten, war des Ernstes des Gegenstandes unwürdig. Es sei daran erinnert, daß die durch die Polen unter Herrn v. Koscielski durchgebrachte Korvette im Hause spottweise „Koscielska" getauft

wurde. Man entblödete sich nicht, mit Spott zu operieren, während es sich um die Zukunft des Vaterlandes handelte. Das mußte anders werden. Der Vertreter der Marine mußte sowohl am Regierungstisch wie im Hause eine geschlossene Phalanx hinter sich haben, die sich aus Überzeugung energisch für ihn und die Sache einsetzte. Deshalb war es nötig, daß die in rebus navalibus noch ziemlich unkundigen Reichsboten erst einmal mit den Einzelheiten der großen Aufgabe vertraut gemacht wurden. Ferner galt es, eine allgemeine Bewegung im Volke auszulösen, das noch gleichgültige „große Publikum" für die Marine zu interessieren und zu erwärmen, damit aus dem Volke selbst heraus ein Druck auf die Abgeordneten erfolgte. Dazu war eine energische Propaganda durch eine gut organisierte und geleitete Presse sowie durch bedeutende Männer der Wissenschaft von den Universitäten und Technischen Hochschulen erforderlich.

Die ganze Behandlung der Materie im Reichstage mußte von Grund aus geändert werden. Die Zänkereien über einzelne Schiffe und Docks mußten wegfallen. Beim Militäretat wurde ja auch nicht über den Bestand der Armee verhandelt, wenn nicht Neuformationen in Frage standen. Daher mußte auch der Bestand der Flotte, wie der der Armee, ein für allemal gesetzlich fixiert und dadurch ihre Daseinsberechtigung anerkannt und geschützt werden; ihre Einheiten mußten ein für allemal der Debatte entzogen sein. Ferner mußten sowohl das Offizier- wie das Unteroffizierkorps verstärkt und ausgebildet werden, um für den Dienst auf den neuen Schiffen bereit zu sein. Im Anfang meiner Regierung traten jährlich höchstens 60—80 Kadetten ein; in den letzten Jahren vor dem Kriege meldeten sich mehrere Hundert zum Eintritt. Zwölf kostbare Jahre waren durch das Versagen des Reichstags verloren. Sie waren nicht wieder einzubringen, da eine Flotte noch viel weniger als eine Armee im Handumdrehen geschaffen werden kann.

Das Ziel, dessen Erreichung erstrebt werden sollte, war in dem Passus des Gesetzes enthalten, der den „Risikogedanken" zum Ausdruck brachte. Auch die stärkste gegnerische Flotte sollte es sich ernstlich überlegen, ehe sie sich mit der deutschen einließ, aus Rücksicht auf die durch den Kampf zu befürchtenden schweren Verluste, die den Gegner in die Gefahr brachten, für andere Aufgaben zu schwach zu werden. Beim Skagerrak hat der „Risikogedanke" sich glänzend bewährt. Der Feind hat trotz seiner ungeheuren Überlegenheit keine zweite Schlacht mehr gewagt. Trafalgar war schon verblaßt, seine Lorbeeren durften nicht ganz zerzaust werden.

Als Grundlage für das Flottengesetz wurde die Zahl der vorhandenen Einheiten (Schiffe) — es handelte sich vornehmlich um Linienschiffe — genommen, obwohl diese mit Ausnahme der vier Schiffe der Brandenburg-Klasse nicht viel mehr als altes Eisen wert waren.

Das Flottengesetz ist von vielen Laien als eine Flottenvermehrung — den Zahlen nach — angesehen worden. In Wirklichkeit war das ein Trugschluß. Denn die sogenannte bestehende Flotte war überhaupt gar keine Flotte mehr, sie starb — wie Hollmann bei seinem Abgange sagte — langsam an Altersschwäche dahin; sie wies fast die ältesten Schiffe auf, die sich in ganz Europa noch im aktiven Dienste befanden.

Als nun das Flottengesetz allmählich wirksam wurde, eine rege Bautätigkeit einsetzte und Stapelläufe registriert wurden, da freuten sich die Leute, die von der „rage du nombre" beherrscht waren, über die wachsende Zahl der Schiffe. Als ihnen aber dann klar gemacht werden mußte, daß, wenn die neuen Schiffe erst fertig seien, die alten sofort ausfallen müßten, so daß de facto die Zahl der Schiffe mit Kampfwert sich zunächst nicht vermehrte, waren sie enttäuscht. Wären in den verlorenen 12 Jahren rechtzeitig die notwendigen Schiffbauten ausgeführt worden, so hätte das Flotten-

gesetz eine ganz andere, brauchbare Basis vorgefunden. Wie die Dinge jetzt lagen, handelte es sich tatsächlich um einen völligen Neubau der ganzen deutschen Flotte überhaupt; die hohe Zahl der Schiffe, bei der die notwendig auszurangierenden mitgezählt wurden, war bloß Schein. Darum errechneten sich die Engländer, die nur zählten — weil das für die Propaganda gegen Deutschland paßte —, nicht aber Alter oder Typ der Schiffe berücksichtigten, eine viel zu hohe Schiffszahl und nährten durch solche irreführende Angaben künstlich die sogenannte Sorge vor dem Wachsen der deutschen Flotte.

Admiral Tirpitz ging nun nach dem von mir genehmigten Programm ans Werk. Mit eiserner Energie und rücksichtslosem Einsatz seiner Kräfte und Gesundheit wußte er bald Fluß und Schwung in die Flottenfrage zu bringen. Auf meinen Befehl begab er sich auch mit dem Entwurf zum Flottengesetz nach Friedrichsruh zum Fürsten Bismarck, um diesen von der Notwendigkeit einer deutschen Seemacht zu überzeugen.

Die Presse wirkte zur Vorbereitung der Einbringung des Flottengesetzes eifrig mit, und Nationalökonomen, Handelspolitiker usw. stellten ihre Federn in den Dienst der großen vaterländischen Sache, deren Notwendigkeit nun doch allmählich in weiten Kreisen erkannt wurde.

Inzwischen halfen auch die Engländer — wenn auch gänzlich unbeabsichtigt — mit, die Chancen für die Annahme des Flottengesetzes zu vergrößern. Der Burenkrieg war ausgebrochen und hatte im deutschen Volke große Sympathien für den kleinen Staat und Entrüstung über seine Vergewaltigung ausgelöst. Da kam die Nachricht von der gänzlich unberechtigten Aufbringung zweier deutscher Dampfer an der ostafrikanischen Küste durch englische Kriegsschiffe. Die Empörung war allgemein. Die Nachricht vom Aufbringen des zweiten Dampfers erhielt der Staatssekretär Graf Bülow gerade als Tirpitz und ich zufällig bei ihm waren. Sobald Bülow die

Depesche vorgelesen hatte, zitierte ich das alte englische Sprichwort: »It's an ill wind that blows nobody good«*), und Tirpitz rief aus: „Jetzt haben wir den Wind, den wir brauchen, um unser Schiff in den Hafen zu bringen; das Flottengesetz geht durch. Euere Majestät müßten dem englischen Kommandanten noch einen Orden verleihen, zum Dank für die Durchbringung des Flottengesetzes." Der Reichskanzler bestellte Sekt, und so tranken wir drei mit Dank an die englische Marine, die sich so hilfreich erwiesen, in hellem Vergnügen auf das Gesetz, seine Annahme und die zukünftige deutsche Flotte.

Viele Jahre später speiste ich auf der Rückreise von Lowther Castle, wo ich beim Lord Lonsdale zur Jagd gewesen war, auf Einladung von Lord Rosebery – dem großen liberalen Politiker und früheren auswärtigen Minister, auch bekannten Napoleonforscher –, in dessen schönem, nicht weit von der gewaltigen Forthbrücke am Meer gelegenen Landhaus Dalmeny Castle. Unter den Gästen befand sich u. a. der aus dem Burenkrieg bekannte General Sir Jan Hamilton (ein Schotte), den ich im Kaisermanöver als Gast kennen gelernt hatte, der Lord Provost (Bürgermeister) von Edinburg und ein Kapitän der englischen Flotte, der Kommandant der dortigen Naval Station war.

Letzterer saß neben Admiral Freiherrn v. Senden mir schräg gegenüber und fiel mir durch sein merkwürdig verlegenes Wesen auf, das er während seiner halblaut mit dem Admiral geführten Konversation an den Tag legte. Nach Tisch stellte Freiherr v. Senden mir den Kapitän vor, wobei dieser vor Verlegenheit sich noch linkischer benahm und durch den unruhigen Ausdruck seiner Augen in seinem blassen Gesicht meine Aufmerksamkeit erweckte. Nachdem die Unterhaltung über verschiedene maritime Dinge beendet war, fragte

*) „Kein Wind ist so schlecht, daß er nicht irgend jemand etwas Gutes brächte."

ich den Freiherrn v. Senden, was eigentlich mit dem Manne los sei. Der Admiral lachte und sagte, er habe bei Tisch aus seinem Nachbarn herausgebracht, daß er der Kommandant gewesen sei, der die beiden deutschen Dampfer im Burenkrieg gekapert habe; nun habe er Angst, daß ich das erfahren könne. Senden habe ihm aber gesagt: da irre er sich total; wenn Seine Majestät erfahren würde, wer er sei, dann könne er sicher darauf rechnen, daß er sehr gut behandelt und noch Dank ernten werde. „Dank? Wofür?" lautete des Briten Frage. „Dafür, daß Sie dem Kaiser das Zustandekommen des Flottengesetzes so sehr erleichtert haben!" —

Eine Hauptsache für die Durchführung des Flottengesetzes — wie auch bei allen späteren Novellen und für die ganze Bauentwicklung überhaupt — war die Frage, ob die deutsche Schiffbauindustrie in der Lage sein werde, mit dem Programm Schritt zu halten und es überhaupt durchzuführen. Auch hier setzte Admiral v. Tirpitz mit rastloser Energie ein. Die deutschen Werften gingen, von ihm ermuntert und angefeuert, mit deutschem Wagemut getrost an die große Aufgabe heran. Sie haben diese geradezu glänzend gelöst und dabei ihre ausländischen Konkurrenten weit überholt. Das vorzügliche technische Können der deutschen Ingenieure sowie die bessere Bildung des deutschen Arbeiterstandes kamen hierbei zur vollen Geltung.

Beratungen, Konferenzen, Vorträge bei mir, Dienstreisen nach allen Werften waren für Tirpitz, den unermüdlichen, das tägliche Brot. Aber die gewaltige Mühe und Arbeit wurde reich belohnt. Das Volk wachte auf, fing an, über den Wert der Kolonien (eigene Rohstoffversorgung ohne Vermittlung des Auslandes!) und Handelsbeziehungen nachzudenken und sich für Handel, Schiffahrt und Reederei usw. zu erwärmen. Die spottlüsterne Opposition unterließ schließlich ihre Witze. Tirpitz führte schlagfertig eine scharfe Klinge im Gefechte, spaßte nicht und ließ nicht mit sich spaßen, so daß den

Gegnern das Lachen verging. Besonders dem Abgeordneten Richter erging es übel, als Tirpitz ihn mit einem patriotischen Wort aus den 40er Jahren vom alten Harkort — dessen Wahlkreis Richter vertrat — über die Notwendigkeit einer deutschen Flotte glänzend abführte und auf den Sand setzte. Da lachte die andere Seite des Hauses.

So kam der große Tag. Das Gesetz ward nach Kampf und Reden mit großer Majorität angenommen. Der Bestand der deutschen Flotte war gesichert, der Flottenbau war unter Dach.

Durch Bau und erhöhte Indiensthaltung kam nun bald ein Geschwader zustande. Um dasselbe zu manövrieren, zu führen und auszubilden bedurfte es eines neuen Reglements und Signalbuches; bei meinem Regierungsantritt war es nur für eine Division — vier Schiffe — ausgearbeitet, weil damals mehr Einheiten in der deutschen Flotte nicht zusammenfuhren, d. h. in Dienst gehalten wurden. Und selbst diese stellten im Herbst außer Dienst, so daß die deutsche Flotte im Winter (abgesehen von den Auslandskreuzern) eigentlich überhaupt nicht existierte. Alle Mühe, die im Sommerhalbjahr auf die Ausbildung der Mannschaften, Offiziere, Unteroffiziere, des Maschinen- und Heizerpersonals wie auf Takelage und Haltung der Schiffe verwendet wurde, ging mit der Außerdienststellung im Herbst wieder verloren. Im Frühjahr bei der Indienststellung mußte wieder ganz von vorn angefangen werden. Die Folge davon war, daß eine Kontinuität in der Ausbildung, ein engerer Zusammenhang der Besatzung untereinander sowie zum Schiff — mit einem Wort der „Schiffsgeist" — überhaupt nicht aufrecht zu erhalten war. Nur bei den Auslandskreuzern, die auf Station waren, war das der Fall. So befahl ich nach Einbau der nötigen Heizungen u. dgl. die Indiensthaltung auch für den Winter, was eine wahre Wohltat für die Entwicklung der Flotte war.

Um die nötige Zahl an Einheiten zusammen zu bekommen, die für die Neubearbeitung des Reglements nötig waren, hatte Admiral

Tirpitz schon früher alle vorhandenen Schifftypen — inklusive Kanonenboote und Avisos — in Ermangelung von Linienschiffen zu „markierten" Divisionen zusammenziehen und mit ihnen evolutionieren lassen, so daß, als der Nachschub von Linienschiffen in Erscheinung trat, der Grund zum Reglement bereits gelegt war. Dieses wurde nun mit größtem Eifer durch Mitwirkung aller beteiligten Instanzen ständig weiter ausgebaut und hielt mit dem Wachstum der Flotte Schritt.

An der Ausgestaltung der wichtigen Torpedowaffe wurde mit Eifer gearbeitet. Es erfüllte uns seinerzeit mit freudigem Stolz, daß eine deutsche Torpedoboots-Division der erste geschlossene Torpedoboots-Verband war, der die Nordsee durchquerte: Sie fuhr unter dem Kommando meines Bruders, des Prinzen Heinrich, zu den Festlichkeiten anläßlich des 50jährigen Regierungsjubiläums der Königin Victoria (1887).

Auch der Ausbau Helgolands und seiner Befestigungen zu einem Stützpunkt für kleine Kreuzer und Torpedoboote, sowie später für U-Boote, wurde in die Hand genommen, nachdem die nötigen Schutzbauten zur Erhaltung der Insel von Staatswegen geleistet worden waren; wobei das Reich und Preußen sich gründlich zankten.

Durch das Wachstum der Flotte wurde die Verbreiterung des Kaiser Wilhelm-Kanals erforderlich. Nach energischen Kämpfen setzten wir für die neuen Schleusen die größtmöglichen Abmessungen durch, die der Entwicklung des „Dreadnoughts" auf lange Zeit Rechnung trugen. Hierbei hat die weise Voraussicht des Admirals sich glänzend bewährt. Das fand eine unerwartete Bestätigung durch einen Fremden. Der Oberst Goethals, Erbauer des Panamakanals, erbat durch die amerikanische Regierung die Erlaubnis, den Kaiser Wilhelm-Kanal und seine neuen Schleusen besichtigen zu dürfen. Sie wurde ihm bereitwilligst erteilt. Nach einem Essen bei mir mit Admiral v. Tirpitz fragte der Admiral den von unseren Bauten

sehr begeisterten amerikanischen Ingenieur nach den Abmessungen der Panamaschleusen. Es ergab sich, daß die Schleusen des Panamakanals bedeutend geringere Abmessungen hatten als die des Kaiser Wilhelm-Kanals. Auf meine erstaunte Frage, wie das möglich sei, erwiderte Goethals, das Naval-Department habe auf seine Anfrage die Maße für die Linienschiffe so angegeben. Admiral v. Tirpitz bemerkte darauf, daß diese Maße für die Zukunft bei weitem nicht ausreichend seien und die neueren „Dreadnoughts" und „Superdreadnoughts" die Schleusen nicht würden passieren können; mithin werde der Kanal bald für amerikanische und andere Großkampfschiffe unbenützbar sein. Der Oberst gab zu, daß dieser Fall bei den neuesten auf Stapel gesetzten Typen bereits eingetreten sei und gratulierte Seiner Exzellenz, daß er den Mut gehabt hatte, die großen Schleusen beim Kaiser Wilhelm-Kanal anzufordern und durchzusetzen, die er mit Bewunderung und Neid gesehen habe.

Ebenso wurden die sehr zurückgebliebenen und veralteten Kaiserlichen Werften (die alten „Klempnerwerkstätten", wie Tirpitz sie nannte) zu modernen Musterbetrieben um- und ausgebaut und auch ihre sozialen Einrichtungen für das Wohl der Arbeiter mustergültig entwickelt. Nur wer, wie ich, die Entstehung und Entwicklung aller dieser Faktoren, die zum Aufbau — eigentlich Neuschöpfung — der Flotte notwendig waren, von den ersten Anfängen an verfolgt und miterlebt hat, kann sich ein einigermaßen zutreffendes Bild von der enormen Arbeitsleistung des Admirals v. Tirpitz wie seiner gesamten Behörde machen.

Auch die Behörde Reichsmarineamt war eine Neuschöpfung. Seit der Aufhebung des alten „Oberkommandos" standen die beiden Hauptzweige der Marineleitung: Admiralstab und Reichsmarineamt, selbständig nebeneinander und (wie bei der Armee) unmittelbar unter dem Obersten Kriegsherrn, so daß sich keine Zwischeninstanz mehr zwischen dem Kaiser und seiner Marine befand.

Als Admiral Fisher für die englische Flotte, überfallartig die Welt überraschend, mit der „Dreadnought" einen völlig neuen Typ erdacht hatte und damit für England endgültig eine unerreichbare Übermacht geschaffen zu haben glaubte, der die übrigen Mächte ähnliches entgegen zu setzen nie imstande sein würden, waren naturgemäß alle Marinegemüter in großer Bewegung. Allerdings war der Gedanke nicht von Fisher ausgeheckt, sondern stammte — mehr in Form einer Anregung an die Konstrukteure der Welt — von dem berühmten italienischen Ingenieur Cuniberti, der eine Entwurfsskizze im Illustrierten Flottenatlas von Fred Jane veröffentlicht hatte. Ich war bei der ersten Besprechung über die Einführung des „Dreadnought"-Typs (Großkampfschiff) seitens Englands sofort mit Admiral v. Tirpitz darin einig, daß durch ihn sämtliche „Prä-Dreadnoughts" entwertet und außer Kurs gesetzt wären, insbesondere die deutschen Schiffe, die der Abmessungen unserer alten Schleusen halber stets wesentlich kleiner hatten gehalten werden müssen, als die der anderen Flotten, besonders der englischen. Admiral v. Tirpitz machte darauf aufmerksam, daß jener Gesichtspunkt natürlich auch für die englische Flotte selbst gelte, sobald die anderen Staaten Fisher's Beispiel folgen würden. Damit habe England selbst das ungeheure Prä-Dreadnought-Material, auf dem seine gewaltige Überlegenheit beruhte, entwertet und müsse nun von vorn anfangen, eine ganze neue Flotte von Großkampfschiffen zu bauen, im Konkurrenzkampf gegen die ganze Welt, die dasselbe tun werde. Das werde enorm teuer werden. Und in Großkampfschiffen den berüchtigten „Zwei Mächte-Standard" aufrecht zu erhalten, werde England solche Ausgaben verursachen, daß es noch mehr wie bisher neidisch auf die Neubauten anderer, denen es mißgünstig gesinnt sei, sehen und sich agitatorisch gegen sie wenden werde. Das gelte besonders von uns. Das helfe aber nichts. Mit den jetzigen Typen unserer Flotte seien Großkampfschiffe nicht mehr zu be-

kämpfen; wir seien gezwungen, nolens volens auf diesem Gebiete zu folgen. Der Krieg hat Admiral v. Tirpitz durchaus Recht gegeben. Sämtliche Nichtgroßkampfschiffe mußten außer Dienst gestellt werden.

Als das erste deutsche Großkampfschiff in Dienst gestellt wurde, erhob sich großer Lärm im Britenland. Es wurde allmählich bekannt, daß Fisher und seine Konstrukteure fest darauf gerechnet hatten, Deutschland könne keine Großkampfschiffe bauen. Um so größer war nun die Enttäuschung. Jene Annahme ist unverständlich. Denn schon damals hatte der deutsche Schiffbau die großen Schnelldampfer — an Tonnengehalt unseren Linienschiffen weit überlegen — gebaut, die den englischen Linien eine schmerzlich fühlbare Konkurrenz machten. Unsere Großkampfschiffe haben sich beim Skagerrak den englischen Gegnern nicht nur gleichwertig, sondern überlegen gezeigt sowohl an Schwimmfähigkeit wie im Vertragen von Treffern.

Der U-Bootbau konnte vor dem Kriege leider nicht so gefördert werden, wie es meinem Wunsche entsprochen hätte. Einerseits sollte der Marineetat während der Ausführung des Flottengesetzes nicht allzu sehr belastet, vor allem aber sollten erst noch mehr Erfahrungen gesammelt werden. Tirpitz war der Ansicht, daß die Typen, mit denen andere Staaten ihre Versuche machten, zu klein, nur zur Küstenverteidigung geeignet seien. Deutschland müsse „seegehende", das freie Meer halten könnende Boote bauen. Dazu sei ein großer Typ nötig, der müsse aber erst systematisch entwickelt werden. Das nahm lange Zeit in Anspruch und verlangte viele eingehende Versuche mit Modellen. So kam es, daß 1914 zunächst nur eine geringe Zahl von seefertigen Booten vorhanden war. Immerhin hätte man auch mit den vorhandenen Kräften noch mehr auf England drücken können, wenn der Kanzler nicht so besorgt gewesen wäre, England dadurch zu reizen. Die Zahl und Leistungsfähigkeit der Boote ist

dann während des Krieges rasch gewachsen. Bei der Wertung der Zahlen muß man aber immer beachten, daß im Kriege zu rechnen ist: 1/3 in Aktion, 1/3 auf Hin- und Rückfahrt, 1/3 in Reparatur. Die Leistungen der U-Boote haben sich die Bewunderung der ganzen Welt und den heißen Dank des Vaterlandes erworben.

Unvergessen muß dem Admiral v. Tirpitz die großartig gelungene Schöpfung der Handelskolonie Tsingtau bleiben. Hier bewährte sich sein glänzendes Talent für Administration und Organisation auf allen Gebieten. Sie haben aus dem Ort, der vorher fast unbekannt und ganz bedeutungslos war, einen Handelsplatz geschaffen, der in wenigen Jahren einen Handelsumsatz von 50 bis 60 Millionen bewältigte.

Der aus seiner amtlichen Stellung sich ergebende Verkehr mit Parlamentariern, der Presse und den Kreisen der Großindustrie und des Welthandels erhöhte mit der Zeit das Interesse des Admirals an politischen Vorgängen, insbesondere an den auswärtigen Fragen. Bei solchen mußte ja immer mit der Verwendung von Schiffen gerechnet werden. Der klare Weitblick des das Ausland von seinen Reisen kennenden Seemanns befähigte Tirpitz zu raschen Entschlüssen, die sein feuriges Temperament gern schnell in die Tat umgesetzt sehen wollte. Der Widerstand und das langsame Arbeiten der Beamtengeister vermochten ihn stark zu reizen. Eine gewisse, durch mancherlei Erfahrungen vielleicht bestärkte, Neigung zum Mißtrauen verführte ihn öfters dazu, berechtigten oder unberechtigten Verdacht gegen einzelne Menschen zu hegen. Das gab Tirpitz etwas stark Zurückhaltendes in seinem Wesen und „hemmte des Herzens freudige Bewegung" bei anderen. Auch konnte er, wenn er auf Grund neuer Überlegungen oder neuer Tatsachen seinen bisher vertretenen Standpunkt änderte, seine neue Ansicht recht entschlossen geltend machen. Daraus resultierte, daß das Zusammenarbeiten mit ihm sich nicht immer ganz amön und leicht gestaltete.

Die gewaltigen Erfolge seiner Leistungen, auf die er mit Recht stolz war, verliehen ihm ein Gefühl der Macht seiner Persönlichkeit, das auch seine Freunde zuweilen spüren mußten.

Während des Krieges gewann die politische Ader bei Tirpitz so sehr die Oberhand, daß es schließlich zu Differenzen kam, die letzten Endes zu seinem Ausscheiden führten. Denn der Reichskanzler v. Bethmann verlangte die Entlassung des Großadmirals mit dem Hinweise, daß die Reichsstaatssekretäre seine Untergebenen seien, und daß die Politik von ihm allein geführt werden müsse.

Schweren Herzens ließ ich diesen tatkräftigen, willensstarken Mann gehen, der meine Pläne in genialer Weise durchgeführt hat und mir ein unermüdlicher Mitarbeiter gewesen ist. Meines Kaiserlichen Dankes wird Tirpitz stets sicher sein. Es ist nur zu wünschen, daß diese Kraft dem in Not und Bedrängnis befindlichen armen deutschen Vaterland bald wieder helfend zur Seite stehen möge. Sie wird können und wagen, was viele andere nicht wagen. Jedenfalls gilt vom Admiral v. Tirpitz das Dichterwort: Höchstes Glück der Erdenkinder ist doch die Persönlichkeit!

Die Kritik, die der Großadmiral in seinem lesenswerten Buche an mir üben zu müssen glaubt, kann mein Urteil über ihn nicht beeinträchtigen.

Kriegsausbruch

Nach dem Eintreffen der Nachricht von der Ermordung meines Freundes, des Erzherzogs Franz Ferdinand, gab ich die Kieler Woche auf und reiste nach Hause, weil ich beabsichtigte, mich zu der Beisetzung nach Wien zu begeben. Von dort wurde ich aber gebeten, von diesem Vorhaben abzustehen. Nachträglich hörte ich, daß hierfür u. a. auch die Rücksicht auf meine persönliche Sicherheit mitgesprochen habe, die ich natürlich zurückgewiesen haben würde. In tiefer Sorge über die Wendung, die die Dinge nehmen konnten, beschloß ich nun, meine geplante Nordlandreise aufzugeben und zu Haus zu bleiben. Der Reichskanzler und das Auswärtige Amt waren der entgegengesetzten Auffassung und wünschten gerade, ich solle die Reise ausführen, weil das auf ganz Europa eine beruhigende Wirkung ausüben werde. Ich habe mich lange dagegen gesträubt, angesichts der unsicheren Zukunft mein Land zu verlassen. Aber der Reichskanzler v. Bethmann erklärte mir kurz und bündig, wenn ich den nun einmal schon bekannten Reiseplan jetzt noch aufgeben würde, so werde das dazu führen, die Lage ernster erscheinen zu lassen, als sie bisher sei, und möglicherweise zum Ausbruch des Krieges beitragen, für den ich dann verantwortlich gemacht werden könne. Alle Welt warte nur auf die erlösende Nachricht, daß ich trotz der Lage ruhig auf Reisen gegangen sei. Ich konferierte mit dem Chef des Generalstabes darüber; als auch dieser eine ruhige Auffassung der Lage zeigte und selbst um Sommerurlaub nach Karlsbad bat, entschloß ich mich schweren Herzens abzufahren.

Der vielbesprochene sogenannte Potsdamer Kronrat vom 5. Juli hat in Wirklichkeit niemals stattgefunden. Er ist eine Erfindung

Böswilliger. Ich habe selbstverständlich vor meiner Abreise, wie das immer zu geschehen pflegte, einzelne Minister empfangen, um mir über den Stand ihrer Ressort-Angelegenheiten Bericht erstatten zu lassen. Auch ein Ministerrat hat nicht getagt, und von Kriegsvorbereitungen ist bei keiner einzigen Besprechung die Rede gewesen.

Meine Flotte lag, wie auf der Erholungs-Sommerreise üblich, in den norwegischen Fjorden. Ich wurde während des Aufenthaltes in Balholm vom Auswärtigen Amt nur spärlich mit Nachrichten versehen und war hauptsächlich auf die norwegische Presse angewiesen, aus der ich zu erkennen glaubte, daß die Lage ernster wurde. Ich telegraphierte wiederholt an Kanzler und Auswärtiges Amt, daß ich es für ratsam hielte, nach Hause zurückzukehren, wurde aber jedesmal gebeten, meine Reise nicht abzubrechen. Als ich erfuhr, daß die englische Flotte nach der Revue von Spithead nicht auseinandergegangen, sondern konzentriert geblieben war, telegraphierte ich nochmals nach Berlin, daß ich meine Rückkehr als nötig ansehe. Meine Auffassung wurde dort nicht geteilt. Als mir dann aber aus der norwegischen Presse – nicht etwa von Berlin aus – zunächst das österreichische Ultimatum an Serbien und gleich darauf die serbische Note an Österreich bekannt wurde, trat ich ohne weiteres die Heimreise an und befahl der Flotte, nach Wilhelmshaven zu gehen. Bei der Abfahrt erfuhr ich aus norwegischer Quelle, daß ein Teil der englischen Flotte heimlich nach Norwegen ausgelaufen sein sollte, um mich (noch im Frieden!) abzufangen.

Es ist bezeichnend, daß dem englischen Botschafter Sir Edward Goschen am 26. Juli im Auswärtigen Amt erklärt wurde, die von mir aus eigenem Antriebe angetretene Rückreise sei bedauerlich, da dadurch aufregende Gerüchte entstehen könnten.

In Potsdam eingetroffen, fand ich den Kanzler und das Auswärtige Amt im Konflikt mit dem Chef des Generalstabes, weil General v. Moltke die Ansicht vertrat, der Krieg werde unbedingt

ausbrechen, während die beiden ersteren fest auf ihrer Auffassung bestanden, es werde nicht dazu kommen, der Krieg würde sich vermeiden lassen, wenn ich nur nicht mobil machen ließe. Dieser Streit dauerte die ganze Zeit über an. Erst als General v. Moltke meldete, daß die Russen bereits ihre Grenz-Kordon-Häuser angesteckt, die Grenzbahngeleise aufgerissen und rote Mobilmachungszettel angeschlagen hätten, ging auch den Diplomaten in der Wilhelmstraße ein Licht auf. Ihre Widerstandskraft und sie selbst brachen zusammen. Sie hatten an den Krieg nicht glauben *wollen*.

Hieraus geht deutlich hervor, wie wenig wir im Juli 1914 auf den Krieg gefaßt waren, geschweige denn, daß wir ihn vorbereitet hätten. Als im Frühjahr 1914 Zar Nikolaus II. von seinem Hofmarschall über sein Frühjahrs- und Sommer-Programm befragt wurde, antwortete er: „Je resterai chez moi cette année, parce que nous aurons la guerre."*) (Diese Tatsache soll dem Reichskanzler v. Bethmann gemeldet worden sein, ich habe damals nichts davon gehört und sie erst im November 1918 erfahren.) Das ist derselbe Zar, der mir zu zwei verschiedenen Malen, in Björkö und in Baltisch-Port, ganz unaufgefordert und für mich überraschend sein feierliches Ehrenwort (word of honour of a sovereign), durch Handschlag und Umarmung bekräftigt, gegeben hat: er werde aus Dankbarkeit für die treue und freundnachbarliche Haltung des Deutschen Kaisers im russisch-japanischen Kriege, den England allein Rußland eingebrockt habe, niemals gegen ihn das Schwert ziehen, wenn etwa ein Krieg in Europa ausbrechen sollte, am allerwenigsten als Bundesgenosse von England. Dieses Land hasse er, denn es habe ihm und Rußland zu schweres Unrecht angetan, indem es ihm Japan auf den Hals gehetzt habe.

Zu derselben Zeit, als der Zar sein Sommerkriegsprogramm aussprach, beschäftigte ich mich in Korfu mit Ausgrabungen von Alter-

*) „Ich werde in diesem Jahre zu Haus bleiben, weil wir Krieg bekommen."

tümern, dann reiste ich nach Wiesbaden und schließlich nach Norwegen. Ein Herrscher, der Krieg will und ihn vorbereitet, um seine Nachbarn zu überfallen, wozu es langer heimlicher Mobilmachungsvorbereitungen und Konzentrationen bedarf, der befindet sich nicht monatelang außer Landes und läßt nicht seinen Generalstabschef auf Sommerurlaub nach Karlsbad gehen. Die Feinde haben unterdessen planmäßig Vorbereitungen zum Überfall getroffen.

Die ganze diplomatische Maschine bei uns hat versagt. Man sah den heraufziehenden Krieg nicht, weil das Auswärtige Amt mit seinem Standpunkt des „surtout pas d'histoires!" von dem Gedanken des Friedens à tout prix dergestalt hypnotisiert war, daß es den Krieg als mögliches Mittel der Entente-Staatskunst aus seinen Berechnungen gänzlich ausgeschaltet hatte und deshalb die Kriegsanzeichen in ihrer Bedeutung nicht richtig einschätzte. Auch hierin liegt übrigens ein Beweis für die Friedfertigkeit Deutschlands. Jener Standpunkt des Auswärtigen Amtes brachte es in einen gewissen Gegensatz zum Generalstab und Admiralstab, die pflichtmäßig warnten und zur Abwehr vorbereiten wollten. Dieser Gegensatz hat noch lange nachgewirkt. Die Armee konnte dem Auswärtigen Amt nicht vergessen, daß sie durch seine Schuld überrascht worden war. Und die Diplomaten waren pikiert, daß es trotz ihrer Kunst zum Kriege gekommen war.

Unzählig sind die Zeugnisse dafür, daß schon im Frühjahr und Sommer 1914, als bei uns noch niemand an den Angriff der Entente dachte, der Krieg in Rußland, Frankreich, Belgien und England vorbereitet worden ist. Die wesentlichsten der mir bekannt gewordenen Beweise hierfür habe ich in die von mir zusammengestellten „Vergleichenden Geschichtstabellen" aufgenommen. Aus ihrer großen Zahl möchte ich hier nur einige anführen. Wenn ich dabei nicht alle Namen nenne, so geschieht das aus begreiflichen Gründen. Dieses ganze Material ist mir natürlich erst nachträglich, z. T. während des Krieges, größtenteils erst nach dem Kriege, bekannt geworden.

1. Schon im April 1914 begann die Ansammlung von Goldreserven in den englischen Banken. Deutschland dagegen führt noch im Juli Gold und Getreide aus, auch nach den Entente-Ländern.

2. Im April 1914 berichtet der deutsche Marineattaché in Tokio Korvettenkapitän v. Knorr: „Er sei geradezu betroffen über die Gewißheit, mit der dort alles den Krieg der Tripelallianz gegen Deutschland in naher Zeit für sicher halte ... Es liege etwas in der Luft wie eine Art Beileid über ein noch nicht ausgesprochenes Todesurteil."

3. Ende März 1914 hält der General Schtscherbatschew, Direktor der Kriegsakademie in Petersburg, an seine Offiziere eine Ansprache, in der es u. a. hieß: „Der Krieg mit den Dreibundmächten sei infolge der gegen Rußlands Interessen gerichteten österreichischen Balkanpolitik unvermeidlich geworden ... Höchstwahrscheinlich werde er noch in diesem Sommer zum Ausbruch kommen. Rußland sei die Ehre geworden, sofort die Offensive zu ergreifen."

4. Im Bericht des belgischen Gesandten in Berlin über eine aus Petersburg eingetroffene japanische Militärmission – April 1914 – heißt es u. a.: „In den Regimentsmessen hatten die japanischen Offiziere ganz offen von einem nahe bevorstehenden Kriege gegen Österreich-Ungarn und Deutschland reden hören. Man sagte dabei, daß die Armee bereit sei, ins Feld zu rücken, und der Augenblick sei ebenso günstig für die Russen, wie für ihre Verbündeten, die Franzosen."

5. Nach den in der Revue des Deux Mondes 1921 veröffentlichten Denkwürdigkeiten des damaligen französischen Botschafters in St. Petersburg, Herrn Paléologue, haben am 22. Juli 1914 in Tsarskoje Selo die Großfürstinnen Anastasia und Militza zu ihm geäußert: „Ihr Vater, der König von Montenegro, hätte ihnen in einem Chiffretelegramm mitgeteilt, »daß wir vor Monatsende (russischen Stils, also vor dem 13. August neuen Stils) Krieg haben werden ... Von Österreich wird nichts übrig bleiben ... Ihr wer-

det Elsaß-Lothringen wiedernehmen ... Unsere Heere werden sich in Berlin treffen ... Deutschland wird vernichtet werden«."

6. Der frühere serbische Geschäftsträger in Berlin Boghitschewitsch berichtet in seinem 1919 erschienenen Buche „Kriegsursachen" eine Äußerung, die der damalige französische Botschafter in Berlin Cambon am 26. oder 27. Juli 1914 zu ihm getan habe: „Wenn Deutschland es auf einen Krieg ankommen lassen will, so wird es auch England gegen sich haben. Die englische Flotte wird Hamburg forcieren. Wir werden die Deutschen glatt schlagen." Boghitschewitsch sagt, er habe von dieser Unterredung die „Gewißheit" mitgenommen, daß der Krieg, falls nicht schon früher, so doch gewiß bei der Begegnung Poincaré's mit dem russischen Kaiser in Petersburg beschlossen worden war.

7. Ein hochgestellter Russe, Mitglied der Duma und guter Bekannter von Sasonow, erzählte mir später von dem geheimen Kronrat unter Vorsitz des Zaren im Februar 1914, was mir auch durch andere russische, in meinen „Geschichtstabellen" aufgeführte Quellen bestätigt worden ist: In diesem Kronrat hielt Sasonow einen Vortrag, in welchem er dem Zaren vorschlug, Konstantinopel zu nehmen. Da der Dreibund das nicht zugeben würde, werde daraus ein Krieg gegen Deutschland und Österreich folgen. Italien werde von diesen abfallen; auf Frankreich könne man unbedingt rechnen, auf England wahrscheinlich. Der Zar habe zugestimmt und den Befehl gegeben, die nötigen Vorarbeiten zu beginnen. Der russische Finanzminister Graf Kokowzow hat dagegen eine Denkschrift an den Zaren gerichtet – diese ist mir nach dem Brester Frieden durch Graf Mirbach mitgeteilt worden –, in der er dem Zaren ein festes Zusammengehen mit Deutschland empfahl und vor dem Kriege warnte, der unglücklich verlaufen und zur Revolution und zum Sturze der Dynastie führen werde. Der Zar ist diesem Rate nicht gefolgt, hat vielmehr den Krieg betrieben.

8. Derselbe Herr erzählte mir folgendes: Zwei Tage nach Kriegsausbruch sei er zu Sasonow zum Frühstück geladen gewesen. Dieser sei ihm freudestrahlend entgegengekommen und habe ihn, sich die Hände reibend, gefragt: „Nun, lieber Baron, sie müssen doch zugeben, daß ich mir den Moment des Krieges vortrefflich gewählt habe?" Als der Baron ihn etwas besorgt fragte, wie denn England sich dazu stellen werde, schlug der Minister lachend auf seine Tasche und flüsterte dem Baron mit listigem Augenzwinkern zu: „Ich habe etwas in meiner Tasche, was in den nächsten Tagen ganz Rußland erfreuen und die Welt in Erstaunen setzen wird: ich habe die englische Zusage erhalten, daß England mit Rußland gegen Deutschland gehen wird!"

9. Russische Gefangene der sibirischen Korps, die in Ostpreußen gefangen genommen wurden, sagten aus: Sie seien im Sommer 1913 mit der Bahn in die Umgegend von Moskau transportiert worden, weil dort ein Manöver vor dem Zaren stattfinden solle. Das Manöver fand nicht statt. Die Truppen wurden aber nicht zurückbefördert, sondern für den Winter in der Umgegend von Moskau disloziert. Im Sommer 1914 wurden sie in die Gegend von Wilna vorgefahren, weil dort ein großes Manöver vor dem Zaren stattfinden solle. In und bei Wilna seien sie aufmarschiert und dann seien plötzlich die scharfen Patronen (Kriegsmunition) ausgegeben und ihnen mitgeteilt worden, nun sei Krieg gegen Deutschland. Warum und weshalb, das wußten sie nicht zu sagen.

10. In einem im Winter 1914/15 in der Presse veröffentlichten Bericht eines Amerikaners über seine Reise im Kaukasus im Frühjahr 1914 wird erzählt: Als er zu Anfang Mai 1914 im Kaukasus eingetroffen sei, seien ihm auf seiner Fahrt nach Tiflis lange Kolonnen von Truppen aller Waffengattungen in Kriegsausrüstung begegnet. Er habe befürchtet, es sei im Kaukasus ein Aufstand ausgebrochen. Als er bei der Paßrevision in Tiflis sich bei den Behörden

danach erkundigte, erhielt er den beruhigenden Bescheid, der Kaukasus sei ganz ruhig, er könne reisen, wohin er wolle, es handle sich nur um Übungsmärsche und Manöver. Nach Abschluß seiner Reise Ende Mai 1914 habe er sich in einem kaukasischen Hafen einschiffen wollen, aber alle Schiffe seien derart mit Truppen besetzt gewesen, daß er nur mit Mühe noch eine Kajüte für sich und seine Frau erhalten konnte. Die russischen Offiziere erzählten ihm, sie würden in Odessa landen und von da in die Ukraine marschieren zu einem großen Manöver.

11. Der Fürst Tundutow, Ataman der Kalmückenkosaken, zwischen Zaryzin und Astrachan residierend, vor und während des Krieges persönlicher Adjutant des Großfürsten Nikolai Nikolajewitsch, kam im Sommer 1918 in das Hauptquartier in Bosmont, um Verbindung mit Deutschland zu suchen, da die Kosaken keine Slawen und durchaus Feinde der Bolschewiken seien. Er erzählte, er sei von Nikolai Nikolajewitsch vor Kriegsausbruch zum Generalstab entsandt gewesen, um den Großfürsten über die dortigen Vorgänge auf dem laufenden zu halten. Auf diese Weise sei er Zeuge des berüchtigten Telephongespräches zwischen dem Zaren und dem Chef des Generalstabes General Januschkewitsch gewesen. Der Zar habe unter dem tiefen Eindruck des ernsten Telegrammes des Deutschen Kaisers beschlossen, die Mobilmachung zu inhibieren. Er habe Januschkewitsch telephonisch befohlen, die Mobilmachung nicht auszuführen bzw. rückgängig zu machen. Dieser habe diesen klaren Befehl nicht ausgeführt, sondern bei dem Minister des Auswärtigen Amtes Sasonow, mit dem er seit Wochen in Verbindung gestanden, intrigiert und zum Kriege gehetzt habe, telephonisch angefragt, was er nun tun solle. Sasonow habe darauf geantwortet: Der Befehl des Zaren sei Unsinn, der General solle die Mobilmachung nur ausführen, er (Sasonow) werde den Zaren morgen schon wieder herumkriegen und ihm das dumme Telegramm des Deutschen Kaisers ausreden. Daraufhin meldete Januschkewitsch dem Zaren, die Mobilmachung

sei schon im Gange und nicht mehr rückgängig zu machen. Nun fügte Fürst Tundutow hinzu: Das war eine Lüge, denn ich habe selbst neben Januschkewitsch den Mobilmachungsbefehl auf seinem Schreibtisch liegen sehen, er war also noch gar nicht abgesandt.

Bei diesem Vorgange ist psychologisch interessant, daß Zar Nikolaus, der den Weltkrieg vorbereiten half und die Mobilmachung schon befohlen hatte, im letzten Moment noch umschwenken wollte. Es scheint, daß mein ernstes warnendes Telegramm ihn zum ersten Male die ungeheure Verantwortung deutlich erkennen ließ, die er mit seinen kriegerischen Maßnahmen auf sich lud. Deshalb wollte er die völkermordende Kriegsmaschine, die er soeben in Bewegung gesetzt hatte, stoppen. Das wäre noch möglich, der Friede noch zu retten gewesen, wenn nicht Sasonow die Ausführung vereitelt hätte.

Auf meine Frage, ob der Großfürst, der als Deutschenhasser bekannt war, sehr zum Kriege gehetzt habe, erwiderte der Fürst: Der Großfürst habe allerdings eifrig für den Krieg gewirkt, aber ein Hetzen sei überhaupt überflüssig gewesen, weil sowieso eine starke Kriegsstimmung gegen Deutschland im ganzen russischen Offizierkorps geherrscht habe. Dieser Geist sei hauptsächlich aus der französischen Armee auf die russischen Offiziere übertragen worden. Man habe den Krieg eigentlich schon im Jahr 1908/09 (Bosnische Frage) machen wollen, aber Frankreich sei damals noch nicht fertig gewesen. Auch 1914 sei Rußland eigentlich noch nicht ganz fertig gewesen; Januschkewitsch und Suchomlinow hätten den Krieg erst für 1917 geplant. Aber Sasonow und Iswolski sowie die Franzosen waren nicht mehr zu halten. Jene fürchteten die Revolution in Rußland und den Einfluß des Deutschen Kaisers auf den Zaren, durch den der Zar vielleicht vom Kriegsgedanken abgebracht werden könnte. Die Franzosen aber, die für den Augenblick der englischen Hilfe sicher waren, befürchteten, England könnte sich später auf ihre Kosten mit Deutschland verständigen. Auf meine Frage, ob denn der Zar die Kriegs-

stimmung gekannt und geduldet habe, antwortete der Fürst: Es sei bezeichnend, daß der Zar aus Gründen der Vorsicht ein für allemal verboten habe, deutsche Diplomaten oder Militärattachés zum Mittag- oder Abendessen im Offizierkorps einzuladen, an denen er persönlich teilnahm.

12. Beim Vormarsch im Jahre 1914 fanden unsere Truppen in Nordfrankreich und an der belgischen Grenze große Depots (stores) von englischen Soldatenmänteln vor. Nach Aussage der Einwohner sind diese Mäntel schon in den letzten Jahren im Frieden an Ort und Stelle niedergelegt worden. Die englischen Infanteristen, die im Sommer 1914 von uns zu Gefangenen gemacht wurden, hatten meist keine Mäntel und gaben auf die Frage: warum? ganz naiv an: „We are to find our great coats in the stores at Maubeuge, Le Quesnoy etc. in the north of France and in Belgium."*) Ebenso stand es mit den Karten. Es wurden in Maubeuge von unseren Leuten große Mengen englischer Militärkarten von Nordfrankreich und Belgien gefunden; Exemplare sind mir vorgelegt worden. Die Ortsnamen waren auf französisch und englisch gedruckt und am Rande alle Bezeichnungen für den Gebrauch der Soldaten übersetzt, z. B. moulin = mill, pont = bridge, maison = house, ville = town, bois = wood usw. Diese Karten stammten aus dem Jahre 1911 und waren in Southampton gestochen. Die Depots waren seitens Englands mit der Erlaubnis der französischen und belgischen Regierungen schon vor dem Kriege mitten im Frieden angelegt worden. Was wäre wohl in Belgien, dem „neutralen Lande", für ein Sturm der Entrüstung losgebrochen, und welchen Lärm hätten England und Frankreich darüber geschlagen, wenn wir in Spa, Lüttich, Namur im Frieden Depots von deutschen Soldatenmänteln und Karten hätten anlegen wollen! –

Unter den Staatsmännern, die neben Poincaré besonders zur Entfesselung des Weltkrieges beigetragen haben, dürfte die Gruppe

*) „Wir sollten unsere Mäntel in den Depots zu Maubeuge, Le Quesnoy usw. in Nordfrankreich und Belgien vorfinden."

Sasonow—Iswolski an erster Stelle stehen. Iswolski hat, wie man sagt, in Paris stolz an seine Brust pochend erklärt: Den Krieg habe ich gemacht, „Je suis le père de cette guerre."*) Delcassé hat großen Anteil an der Schuld für den Weltkrieg, noch größeren Grey als der geistige Leiter der „Einkreisung", die er als „Vermächtnis" seines verstorbenen Königs getreulich fort- und durchführte. —

Es ist mir mitgeteilt worden, daß eine wesentliche Rolle bei der Vorbereitung des gegen die monarchischen Mittelmächte gerichteten Weltkrieges die langjährige, zielbewußte Politik der internationalen „Großorientloge" gespielt hätte. Die deutschen Großlogen aber hätten mit zwei Ausnahmen, in denen die nichtdeutsche Finanz herrscht und die im geheimen mit dem „Großorient" in Paris in Verbindung stehen, mit dem „Großorient" keinen Zusammenhang. Sie seien, wie mir der angesehene deutsche Freimaurer, der mir diesen ganzen, mir bis dahin unbekannten Zusammenhang meldete, versichert hat, durchaus loyal und treu gewesen. Im Laufe des Jahres 1917 habe in Paris eine internationale Tagung der Logen des „Großorient" stattgefunden, der später noch eine Besprechung in der Schweiz gefolgt sei. Auf dieser Tagung sei nachstehendes Programm festgesetzt worden: Zerstückelung von Österreich-Ungarn, Demokratisierung Deutschlands, Beseitigung des Hauses Habsburg, Abdankung des Deutschen Kaisers, Rückgabe Elsaß-Lothringens an Frankreich, Vereinigung Galiziens mit Polen, Beseitigung des Papstes und der katholischen Kirche wie überhaupt jeder Staatskirche in Europa.

Ich bin von hier aus nicht in der Lage, die sehr gravierenden Mitteilungen über die Organisation und das Wirken der Großorientlogen, die mir nach bestem Wissen und Gewissen gemacht wurden, nachzuprüfen. Geheime und öffentliche politische Organisationen haben im Leben der Völker und der Staaten wichtige Rollen gespielt, solange es Geschichte gibt. Manche haben segensreich gewirkt,

*) „Ich bin der Vater dieses Krieges."

die meisten destruktiv, wenn sie geheime Parolen führen müssen, die das Tageslicht zu fürchten haben. Die gefährlichsten derartiger Bünde umgeben sich mit dem Vorwande irgendwelcher idealen Bestrebungen, wie der Pflege der werktätigen Nächstenliebe, Hilfsbereitschaft für die Schwachen und Armen u. a. m., um unter solchem Deckmantel ihren eigentlichen verborgenen Zielen zuzustreben. Es ist jedenfalls erforderlich, dem Wirken der Großorientlogen nachzugehen, denn man kann zu dieser Weltorganisation endgültig erst Stellung nehmen, wenn sie gründlich erforscht ist. –

Auf die kriegerischen Operationen will ich in dieser Schrift nicht eingehen. Diese Arbeit will ich um so mehr meinen Offizieren und den Historikern überlassen, als ich, da ich ohne jede Akten schreibe, die Darlegung hier nur in ganz großen Umrissen ausführen könnte.

Wenn ich an die schweren vier Kriegsjahre zurückdenke, mit ihrem Hoffen und Zagen, mit ihren glänzenden Siegen und ihren Verlusten an kostbarem Blute, so steht bei mir im Vordergrunde das Gefühl heißen Dankes und unvergänglicher Bewunderung für die unvergleichlichen Leistungen des deutschen Volkes in Waffen. Dieser Dank gilt in erster Linie den genialen Führern in dem furchtbaren Ringen, vor allem dem Generalfeldmarschall v. Hindenburg, dem getreuen Eckart des deutschen Volkes, und seinem von ihm unzertrennlichen starken Berater, dem General Ludendorff. Mein Dank für jeden einzelnen meiner wackeren Soldaten ist aber nicht minder warm. Besonders gebührt er denen, die ihre Treue für Kaiser und Reich mit ihrem Blute besiegelt haben.

Wie der Heimat kein Opfer des Ausharrens und der Entbehrung zu groß war, so hat das Heer in Abwehr des uns freventlich aufgezwungenen Krieges nicht nur die erdrückende Übermacht von 28 Feindstaaten abgewehrt. Es hat zu Lande, zu Wasser und in der Luft Siege errungen, deren Glanz im Nebel der heutigen Zeit vielleicht etwas verblaßt erscheint, im Lichte der Geschichte aber dereinst

um so heller strahlen wird. Und damit nicht genug. Wo immer bei unseren Bundesgenossen Not eintrat – deutsches Eingreifen, oft mit schwachen Truppen, stellte stets die Lage wieder her und brachte oft namhafte Erfolge. Deutsche fochten auf allen Kampfplätzen des ausgedehnten Weltkrieges.

Fürwahr, die heldenmütige Tapferkeit des deutschen Volkes hätte ein besseres Los verdient, als daß sie dem tückischen Dolchstoße von hinten zum Opfer fiel. Es scheint deutsches Schicksal zu sein, daß Deutsche immer durch Deutsche besiegt werden. Jüngst las ich das leider nicht unberechtigte Wort: In Deutschland hat jeder Siegfried seinen Hödur hinter sich. –

Schließlich noch ein Wort über die deutschen „Kriegsgreuel" und zwei Beispiele dazu!

Nach dem Einrücken in Nordfrankreich habe ich sofort den Schutz der Kunstdenkmäler befohlen. Jeder Armee wurden Kunsthistoriker und Professoren zugeteilt, die umherreisten und die Kirchen, Schlösser, Burgen usw. besichtigten, aufnahmen und beschrieben. Unter anderen hat sich besonders der Konservator der Rheinprovinz, Professor Clemen hervorgetan, der mir im Felde Vortrag über den Schutz der Kunstdenkmäler zu halten hatte. Alle Sammlungen in Städten, Museen und Schlössern wurden katalogisiert und numeriert. Wo sie durch den Kampf bedroht schienen, wurden sie abtransportiert und in Valenciennes und Maubeuge in zwei prachtvollen großen Museen zusammengestellt und sorgsam behütet; bei jedem Stück war der Name des Besitzers vermerkt. Die alten Fenster der Kathedrale von St. Quentin wurden von deutschen Soldaten mit Lebensgefahr unter englischem Granatfeuer herausgeholt. Die Geschichte der Zerstörung der Kirche durch die Engländer ist durch einen deutschen katholischen Priester beschrieben, mit Photographien versehen veröffentlicht und auf meinen Befehl an den Papst gesandt worden.

In dem Schlosse von Pinon, das der Prinzessin de Poix ge-

hört, die bei der Kaiserin und mir in Berlin zu Gast gewesen war, lag das Generalkommando III. Armeekorps. Ich besuchte das Schloß und wohnte dort. Vorher waren Engländer einquartiert gewesen. Sie hatten greulich gehaust. Der kommandierende General v. Lochow mit seinem Stabe hatte große Mühe, das Schloß nach der englischen Verwüstung einigermaßen wieder in Ordnung zu bringen. Ich besuchte mit dem General die Privatgemächer der Prinzessin, die bis dahin von unseren Soldaten nicht betreten werden durften. Ich fand die ganze Garderobe der Prinzessin von den englischen Soldaten aus den Schränken gerissen und samt den Hüten auf dem Boden verstreut. Ich ließ alle Garderobestücke sorgsam säubern, in die Schränke hängen und verschließen. Ebenso war der Schreibtisch erbrochen und die Privatkorrespondenz der Prinzessin lag umher. Auf meinen Befehl wurden alle Briefe gesammelt, eingepackt, versiegelt in den Schreibtisch gelegt und eingeschlossen. Späterhin fand man das ganze Tafelsilber im Park vergraben. Wie die Dorfbewohner gestanden, war das schon Anfang Juli angeordnet worden. Also hatte die Prinzessin schon lange vor dem Kriege Kenntnis von dessen bevorstehendem Ausbruch! Ich befahl sofort die Katalogisierung des Silbers und dessen Aufbewahrung auf der Aachener Bank und Zurückgabe an die Prinzessin nach dem Kriege. Durch den Oberhofmarschall Freiherrn v. Reischach ließ ich der Prinzessin über die Schweiz Nachricht über Pinon, ihr Silber und meine Fürsorge für ihr Eigentum zukommen. Antwort ist nicht erfolgt. Dagegen hat die Prinzessin in der französischen Presse einen Brief veröffentlicht des Inhalts: Der General v. Kluck habe all ihr Silberzeug gestohlen.

Durch meine Fürsorge und die aufopfernde Arbeit der deutschen Kunstgelehrten und Soldaten – teilweise unter Gefahr für ihr Leben – sind den französischen Besitzern und den französischen Städten Kunstschätze im Werte von Milliarden erhalten worden. Das taten die Hunnen, die Boches!

Der Papst und der Frieden

Im Sommer 1917 empfing ich in Kreuznach den Besuch des päpstlichen Nuntius Pacelli, der von einem Kaplan begleitet war. Pacelli ist eine vornehme, sympathische Erscheinung, von hoher Intelligenz und vollendeten Umgangsformen, das Bild eines katholischen Kirchenfürsten. Er versteht so weit deutsch, daß er deutscher Konversation gut folgen kann, beherrscht die Sprache aber nicht so, daß er sie geläufig spricht. Die Konversation war französisch, doch bediente der Nuntius sich zuweilen einzelner deutscher Ausdrücke. Der Kaplan sprach fließend deutsch und beteiligte sich — auch unaufgefordert — an dem Gespräch, sobald er befürchtete, daß der Nuntius zu sehr von meinen Ausführungen beeinflußt werde.

Sehr bald drehte sich das Gespräch um die Frage der Friedensvermittlung und -herbeiführung, wobei allerhand Projekte und Möglichkeiten gestreift, erörtert und fallen gelassen wurden. Schließlich schlug ich vor, der Papst möge doch seinerseits einen Versuch machen, nachdem mein Friedensangebot vom 12. Dezember 1916 in so unerhörter Weise zurückgewiesen worden sei. Der Nuntius meinte, das werde keine großen Schwierigkeiten haben, der Papst habe sich ja bereits bei einigen Anregungen einen Refus geholt. Andererseits sei der Papst ganz verzweifelt über die Schlächterei und denke unablässig darüber nach, wie er dazu helfen könne, die europäische Kulturwelt von der Geißel des Krieges zu befreien. Jede Anregung in dieser Hinsicht würde dem Vatikan von hohem Wert sein.

Ich führte aus, daß der Papst als oberster Priester aller römisch-katholischen Christen und Kirchen zunächst versuchen sollte, seine Priester in allen Ländern dazu anzuhalten, erst einmal den Haß aus den Gemütern zu bannen, der das größte Hindernis für die Anbahnung des Friedens sei. Leider gehöre gerade die Geistlichkeit auf seiten der Entente in ganz erschreckender Weise zu den Trägern und Schürern des Hasses und Kampfes. Ich führte die vielen Meldungen der Truppen aus dem Anfang des Krieges an, wo Abbés und Curés mit der Waffe in der Hand gefangen wurden. Ich wies hin auf die Machinationen des Kardinals Mercier und des belgischen Klerus, dessen Mitglieder häufig die Spionage leiteten, auf die Predigt des protestantischen Bischofs von London, der von der Kanzel herab die Baralong-Mörder verherrlichte, u. dgl. Es sei daher ein großes Werk, wenn es dem Papst gelänge, in allen am Kriege beteiligten Ländern die römische Geistlichkeit einheitlich zur Verurteilung des Hasses und zur Empfehlung des Friedens – sei es von der Kanzel, sei es durch Hirtenbriefe – zu veranlassen, wie das seitens des deutschen Klerus bereits geschehe. Pacelli fand diesen Gedanken durchaus glücklich und beachtenswert, nur meinte er, es werde schwer sein, die verschiedenen Episkopate dazu zu bekommen. Ich erwiderte, ich könne mir bei der strammen Disziplin der Hierarchie der römischen Kirche nicht vorstellen, daß, wenn der Papst die Kirchenfürsten feierlich öffentlich auffordern würde, Versöhnlichkeit und Achtung des Gegners zu verkünden, der Episkopat irgendeines Landes das verweigern würde. Der Episkopat sei doch durch seine Stellung über den Parteien und weil Versöhnlichkeit und Nächstenliebe Grundvorschriften der christlichen Religion seien, geradezu verpflichtet, auf deren Befolgung einzuwirken.

Pacelli gab dies zu und versprach, den Gedanken in ernstliche Erwägung zu ziehen und an den Vatikan zu berichten. Im weiteren Verlauf des Gespräches kam der Nuntius auf die Frage, wie man

sich nun, außer dem von mir angeregten rein kirchlichen Schritt, die Einwirkung des Papstes auf die Herbeiführung von Friedensmöglichkeiten denken könnte. Ich wies darauf hin, daß Italien und Österreich zwei römisch-katholische Staaten seien, auf die der Papst leicht und nachdrücklich einwirken könne. Der eine Staat sei sein Vaterland und Wohnort, wo er vom Volk verehrt werde und direkten Einfluß auf die eigenen Landsleute habe. Österreich werde von einem Herrscher regiert, der sogar den Titel „apostolisch" führe, der selbst wie sein ganzes Haus unmittelbare Verbindungen mit dem Vatikan habe und zu den treuesten Söhnen der römischen Kirche gehöre. So meine ich, es müsse dem Papst nicht schwer fallen können, wenigstens zu versuchen, bei diesen beiden Ländern den Anfang zu machen, sie zum Friedensgespräch zu bringen. Das diplomatische Geschick und der weite Blick des Vatikans seien ja weltbekannt. Sei auf diese Weise erst einmal der Anfang gemacht, der doch gute Chancen böte, so würden die anderen Mächte sich der Einladung des Vatikans zu zunächst unverbindlichem Meinungsaustausch wohl kaum entziehen können. Der Nuntius meinte, es werde für den Vatikan schwer halten, die italienische Regierung dazu zu bekommen, da er ja keine direkte Beziehung zu ihr und keine Einwirkung auf ihre Mitglieder besäße. Vollends eine Einladung zu Besprechungen werde die italienische Regierung sich nie gefallen lassen.

Hier mischte sich der Kaplan in das Gespräch und erklärte einen solchen Schritt des Papstes für völlig ausgeschlossen, da daraus Folgen entstehen würden, die für den Vatikan geradezu gefährlich werden könnten. Die Regierung würde sofort die „Piazza"*) gegen den Vatikan mobil machen; dem dürfe der Vatikan sich nicht aussetzen. Als ich diesem Einwurf keinen Glauben schenken wollte, ereiferte der Kaplan sich immer mehr. Ich kennte, meinte er, die Römer nicht, die seien, wenn sie aufgehetzt wären, ganz schrecklich;

*) d. h. „die Straße" (eigentlich „den Platz").

sowie die „Piazza" in Bewegung käme, werde die Lage unangenehm. Dann könne man sich sogar auf einen Sturm auf den Vatikan gefaßt machen, durch den der Papst selbst in Lebensgefahr kommen könnte. Ich erwiderte, ich kenne den Vatikan doch auch genau; den könnte keine Volksmenge oder „Piazza" stürmen; außerdem habe der Papst eine starke Partei in Gesellschaft und Volk, die sofort zu seiner Verteidigung bereit stehen werde. Dem stimmte der Nuntius zu. Der Kaplan fuhr jedoch unbeirrt fort, die Schrecken der „Piazza" auszumalen und die Gefahren für den Papst auf das schwärzeste zu schildern. Darauf sagte ich: Wenn jemand den Vatikan einnehmen wolle, dann müsse er sich erst eine Batterie schwerer Mörser und Haubitzen, sowie Pioniere und Sturmtruppen zu regelrechter Belagerung kommen lassen; alles dies habe aber die „Piazza" nicht zur Verfügung. Daher sei es höchst unwahrscheinlich, daß sie etwas unternehmen werde. Außerdem erwähnte ich, daß ich gehört hätte, im Vatikan sei für solche Fälle bereits Vorsorge getroffen. Darauf schwieg der Priester.

Der Nuntius wendete hier ein, daß es für den Papst schwer sei, etwas greifbar Praktisches für den Frieden zu tun, ohne im weltlichen Italien Anstoß zu erregen und Widerstand zu finden, der ihn gefährde. Er sei eben leider nicht frei. Wenn der Papst eigenes Land oder wenigstens einen eigenen Bezirk besitzen würde, wo er autonom regieren und frei schalten und walten könnte, dann läge die Situation ganz anders; so aber sei er zu sehr vom weltlichen Rom abhängig und könne nicht so, wie er wolle. Ich bemerkte: Das Ziel, der Welt den Frieden zu bringen, sei so heilig und groß, daß der Papst unmöglich aus rein weltlichen Gründen sich davon abschrecken lassen dürfe, diese für ihn wie geschaffene Aufgabe zu lösen. Gelänge sie ihm, so werde die dankbare Welt gewiß nach dem Frieden seine Wünsche nach Unabhängigkeit bei der italienischen Regierung gern unterstützen. Das machte Eindruck auf den Nuntius,

und er meinte, ich hätte doch recht, der Papst müsse in der Frage etwas tun.

Ich machte hierauf den Nuntius auf folgenden Punkt aufmerksam: Der Nuntius werde beobachtet haben, wie die Sozialisten aller Länder sich mit Eifer auf alle mögliche Weise bemühten, die Friedensbestrebungen zu fördern. Wir hätten den deutschen Sozialisten stets die Erlaubnis gewährt, ins neutrale Ausland zu reisen, um auf Kongressen die Friedensfrage zu erörtern, da ich der Meinung sei, daß sie die Wünsche und Ansichten kennten, die in den unteren Volksschichten verbreitet seien. Keinem, der ehrlich und ohne Hintergedanken den Frieden zu fördern beabsichtige, werde bei uns ein Hindernis in den Weg gelegt. Die gleichen Friedenswünsche seien auch bei den Völkern der Entente und unter ihren Sozialisten verbreitet. Letztere würden jedoch durch Paßverweigerung daran gehindert, zu den Kongressen im neutralen Ausland zu gehen. Der Wunsch nach Frieden nehme in der Welt zu. Die Völker würden immer mehr von ihm durchdrungen, und wenn niemand unter den Regierenden sich fände, seine Hand dazu zu bieten – mein Versuch sei ja leider gescheitert –, dann würden die Völker schließlich die Sache selbst in die Hand nehmen. Das werde, wie die Geschichte beweise, nicht ohne bedenkliche Erschütterungen und Umwälzungen vor sich gehen, von denen die römische Kirche und der Papst nicht unberührt bleiben würden. Was solle ein katholischer Soldat sich denken, wenn er immer nur von den Bemühungen sozialistischer Männer um den Frieden höre, nie aber von einem Versuch des Papstes, ihn aus der Kriegsnot zu befreien? Tue der Papst nichts, dann bestehe die Gefahr, daß der Friede durch die Sozialisten erzwungen werde, und dann sei es mit der Machtstellung des Papstes und der römischen Kirche auch bei den Katholiken vorbei!

Dieses Argument schlug beim Nuntius durch. Er erklärte, daß er diese Auffassung sofort an den Vatikan berichten und sich dafür

einsetzen werde, daß der Papst handeln müsse. Höchst besorgt fuhr der Kaplan wieder dazwischen: Der Papst bringe sich dadurch in Gefahr, „la Piazza" werde ihm zu Leibe gehen! Ich erwiderte darauf: Ich sei ein Protestant, daher in des Kaplans Augen ein Ketzer; trotzdem müsse ich hier folgendes konstatieren: Der Papst werde von der katholischen Kirche und Welt als „Statthalter Christi auf Erden" bezeichnet. Ich hätte bei meinem Studium der Heiligen Schrift mich ernst und eingehend mit der Person des Heilandes befaßt und mich in sie zu vertiefen gesucht. Nun, der Herr habe jedenfalls niemals Angst vor der „Piazza" gehabt, obgleich ihm kein festungsartiger Bau mit Garden und Waffen zu Gebote gestanden habe; der Herr sei immer mitten in die „Piazza" hineingegangen und habe zu ihr gesprochen und schließlich sei er für diese feindliche „Piazza" in den Kreuzestod gegangen. Und nun solle ich glauben, daß sein „Statthalter auf Erden" Angst haben sollte, eventuell ein Märtyrer nach seines Herrn Vorbild zu werden, um der blutenden Welt den Frieden zu bringen, nur wegen der lumpigen römischen „Piazza"? Dazu dächte ich, der Protestant, viel zu hoch von einem römischen Priester, zumal vom Papst. Es könne für ihn nichts Herrlicheres geben, als mit seiner ganzen Person sich für die große Sache des Friedens rücksichtslos einzusetzen, selbst auf die in weiter Ferne stehende Gefahr hin, dafür ein Märtyrer zu werden!

Mit leuchtenden Augen ergriff der Nuntius meine Hand und sagte tiefbewegt: „Vous avez parfaitement raison! C'est le devoir du Pape, il faut qu'il agisse, c'est par lui que le monde doit être regagné à la paix. Je transmetterai vos paroles à Sa Sainteté."*) Der Kaplan wandte sich kopfschüttelnd ab und murmelte vor sich hin: „Ah, la Piazza, la Piazza!"

---

*) „Sie haben durchaus recht. Das ist die Pflicht des Papstes, er muß handeln, durch ihn muß die Welt den Frieden wieder erhalten. Ich werde Ihre Anregung Seiner Heiligkeit wörtlich übermitteln."

Kriegsende und Abdankung

Wenige Tage nach dem 8. August 1918 berief ich einen Kronrat, um Klarheit über die Lage zu gewinnen und die daraus zu ziehenden Schlüsse für die vom Grafen Hertling zu befolgende Politik ziehen zu können. Die Oberste Heeresleitung billigte den Gedanken, daß der Reichskanzler die Möglichkeit einer Annäherungsaktion an den Feind ins Auge fassen solle, betonte aber die Notwendigkeit, zuvor die Siegfriedstellung zu beziehen und den Feind dort gründlich abzuschlagen; dann erst könne man mit dem Verhandeln beginnen. Daraufhin wurde von mir befohlen, daß der Kanzler sich mit einer neutralen Macht — den Niederlanden — in Verbindung setzen solle, um zu erkunden, ob sie bereit sei, einen solchen Vermittlungsschritt zu tun.

Sehr erschwerend für den über Holland beabsichtigten Schritt war es, daß Österreich zu keinem klaren Einverständnis zu bringen war, sondern seine erbetene Erklärung endlos hinschleppte. Sogar eine mündliche Verabredung des Kaisers Karl mit mir wurde bald nachher unter Burians Einfluß von ihm wieder umgestoßen. Die niederländische Regierung war von mir schon benachrichtigt und hatte ihre Bereitschaft erklärt. Inzwischen hatte Österreich ohne unser Wissen das erste Sonderfriedensangebot gemacht und brachte dadurch den Stein ins Rollen. Kaiser Karl war wohl unter der Hand schon von sich aus mit der Entente in Fühlung getreten und längst

entschlossen, uns allein zu lassen. Er handelte nach dem von ihm zu seiner Umgebung geäußerten Plan: „Wenn ich zu den Deutschen gehe, dann stimme ich ihnen in allem zu, und wenn ich nach Hause komme, dann tue ich, was ich will." So kam es, daß meine Regierung und ich von Wien aus fortgesetzt getäuscht wurden, ohne daß wir etwas dagegen tun konnten, da man von dort immer durchfühlen ließ: Macht ihr Schwierigkeiten, dann lassen wir euch im Stich, d. h. unser Heer ficht nicht mehr an eurer Seite. Das aber mußte in der Lage, in der wir uns befanden, aus militärischen wie politischen Gründen wenn irgend möglich vermieden werden.

Der Abfall Ungarns und Österreichs hat die Krisis für uns gebracht. Hätte Kaiser Karl nur drei Wochen länger die Nerven behalten, dann wäre vieles anders gekommen. Andrassy hatte aber — nach seinem eigenen Eingeständnis — schon längst hinter unserem Rücken in der Schweiz mit der Entente verhandelt. Somit glaubte sich Kaiser Karl guter Behandlung seitens der Entente sicher.

Nach unserem Mißerfolge am 8. August hatte General Ludendorff erklärt, daß er einen militärischen Sieg nicht mehr verbürgen könne. Die Anbahnung von Friedensverhandlungen sei daher notwendig. Da es der Diplomatie nicht gelungen war, aussichtsreiche Verhandlungen anzuknüpfen, die militärische Lage dagegen sich infolge der revolutionären Wühlarbeit noch verschlechtert hatte, forderte Ludendorff nunmehr am 29. September an Stelle der Friedensverhandlungen die Anbahnung eines Waffenstillstandes.

In dieser kritischen Zeit setzte in der Heimat eine starke Bewegung dafür ein, für den nunmehr notwendigen Abschluß des Krieges eine neue Regierung zu bilden. Ich konnte mich dieser Bewegung deshalb nicht verschließen, weil es der alten Regierung in den 7 Wochen vom 8. August bis Ende September nicht gelungen war, Friedensverhandlungen mit Aussicht auf Erfolg anzubahnen.

Inzwischen waren die von der Front befohlenen Generale v. Gallwitz und v. Mudra bei mir erschienen. Sie entwarfen ein Bild der inneren Lage des Heeres, wobei auch die große Zahl der Drückeberger hinter der Front, die Fälle von Insubordination, das Erscheinen der roten Flagge in den Urlauberzügen, die aus der Heimat kamen, u. dgl. erwähnt wurden. Die Generale erblickten die Hauptursache der vorhandenen Übelstände in der ungünstigen Wirkung der in der Heimat herrschenden Stimmung auf die Truppen. Der allgemeine Wunsch nach Beendigung des Kampfes und nach Frieden habe von der Heimat auf die Etappe übergegriffen und mache sich auch bereits bei einzelnen Fronttruppenteilen bemerkbar. Die Generale vertraten die Ansicht, daß die Armee deshalb sofort hinter die Antwerpen-Maas-Linie zurückgenommen werden müßte.

Noch am selben Tage sandte ich telephonisch an den Feldmarschall v. Hindenburg den Befehl, sobald als möglich den Rückzug in die Antwerpen-Maas-Linie zu bewirken. Das Zurückgehen des ermüdeten, aber an keiner Stelle entscheidend geschlagenen Heeres in diese Stellung bedeutete nur die Einnahme einer wesentlich kürzeren und vom Gelände vielfach begünstigten Stellung, die freilich nicht ausgebaut war. Aber auch an der Somme hatten wir uns in Trichterstellungen geschlagen. Das Ziel mußte sein, die Operationsfreiheit wieder zu gewinnen, was meines Erachtens keineswegs aussichtslos war. Hatten wir doch im Laufe des Krieges mehrfach Rückzüge ausgeführt, um uns in militärisch günstigere Lagen zu versetzen.

Gewiß war das Heer nicht mehr das alte. Namentlich der Ersatz des Jahres 1918 war vielfach von revolutionärer Propaganda verseucht und benutzte oft das Dunkel der Nacht, um sich dem Feuer zu entziehen und in der Etappe zu verschwinden. Aber die Mehrzahl meiner Divisionen hat sich bis zuletzt tadellos geschlagen, Disziplin und militärischen Geist bewahrt. Sie waren dem Feinde an innerem Gehalt noch immer gewachsen. Denn trotz seiner Übermacht

an Zahl, Geschützen, Munition, Tanks und Flugzeugen blieben die feindlichen Truppen sofort liegen, wenn sie auf ernsthaften Widerstand stießen. So sind die Verbände unserer alten Frontsoldaten im Recht, wenn sie stolz das Motto „Im Felde und zur See unbesiegt!" auf ihr Panier geschrieben haben.

Was der deutsche Frontkämpfer und damit das deutsche Volk in Waffen in 4¼ Kriegsjahren geleistet hat, ist über alles Lob erhaben. Man weiß nicht, was man mehr bewundern soll, die Begeisterung, mit der die herrliche Jugend von 1914, ohne die Wirkung unseres Artilleriefeuers abzuwarten, freudig auf den Feind stürmte, oder die entsagungsvolle Pflichttreue und Beharrlichkeit, mit der unsere Feldgrauen, knapp ernährt und selten abgelöst, Jahr aus, Jahr ein, in der Nacht schippend, am Tage in Unterständen, Erdhöhlen hausend oder im Granattrichter liegend, dem Stahlgewitter der feindlichen Artillerie, Flieger und Tanks getrotzt haben. Und dieses Heer, das man für abgekämpft hätte halten sollen, war nach fast 4 Kriegsjahren noch zu Angriffserfolgen fähig gewesen, deren unsere Feinde trotz ihrer Riesenübermacht sich nirgends rühmen konnten. Trotzdem durfte man ihm nicht Übermenschliches zumuten. Wir mußten zurückgehen, um Atem schöpfen zu können.

Der Feldmarschall sträubte sich gegen den Rückzugsbefehl: aus politischen Gründen (Friedensverhandlungen usw.) solle man noch stehen bleiben; der Rücktransport von Material usw. müsse erst bewerkstelligt werden usw. —

Ich entschloß mich nunmehr, dem mir ausgesprochenen Wunsche des Heeres entsprechend, mich an die Front zu begeben, um mit meinen im schweren Kampfe stehenden Truppen zusammen sein und mich persönlich von ihrem Geist und Zustand überzeugen zu können.

Ich konnte diesen Entschluß um so eher ausführen, als ich, seitdem die neue Regierung eingesetzt war, von dieser wie vom Reichs-

kanzler in keiner Weise mehr in Anspruch genommen wurde, mein Aufenthalt zu Hause also zwecklos erschien. Die Noten an Wilson wurden von Solf, dem Kriegskabinett und Reichstag in stundenlangen Sitzungen beraten und abgefaßt, ohne daß ich darüber orientiert worden wäre, so daß ich schließlich bei der letzten Note an Wilson Solf durch meinen Kabinettschef in sehr deutlicher Weise zu verstehen gab, daß ich verlange, von der Note vor ihrem Abgange Kenntnis zu erhalten. Solf erschien und trug sie vor, stolz auf seine Antithese zwischen Waffenstreckung, die Wilson's Verlangen war, und Waffenstillstand, der beantragt wurde. Als ich dann auf die Abdankungsgerüchte aufmerksam machte und verlangte, das Auswärtige Amt müsse in der Presse gegen das Unwürdige der Zeitungspolemik Stellung nehmen, erwiderte Solf: Davon sprächen ja doch schon alle Leute an allen Straßenecken, auch in den besten Kreisen erörtere man diese Frage ganz ungeniert. Als ich meiner Empörung darüber Ausdruck verlieh, bemerkte Solf zu meinem Trost: Wenn Seine Majestät ginge, ginge er auch, er könne unter solchen Verhältnissen nicht weiterdienen. Ich ging oder vielmehr ich wurde von meiner eigenen Regierung gestürzt, und — Herr Solf blieb.

Als der Reichskanzler Prinz Max von meinem Entschluß zur Abreise nach der Front erfuhr, versuchte er, sie auf alle Weise zu verhindern. Er fragte, warum ich reisen wollte, und erhielt zur Antwort, daß ich die Rückkehr ins Feld für meine Pflicht als Oberster Kriegsherr hielte, nachdem ich fast einen Monat von der schwerringenden Armee getrennt gewesen sei. Auf den Einwurf des Kanzlers, ich sei zu Hause unentbehrlich, entgegnete ich, wir befänden uns im Kriege, und der Kaiser gehöre zu seinen Soldaten. Schließlich erklärte ich endgültig, ich würde reisen. Wenn die Waffenstillstandsnote Wilson's eintreffe, dann müsse sie ja doch im Hauptquartier bei der Armee besprochen werden und der Kanzler zu den Beratungen nach Spa kommen.

Ich begab mich zu der Armee in Flandern, nachdem ich in Spa dem Generalstab nochmals den bestimmten Befehl gegeben hatte, schleunigst in die Antwerpen-Maas-Stellung zurückzugehen, damit die Truppen endlich aus dem Kampfe heraus zur Ruhe kämen. Trotz der Einwendungen, das brauche Zeit, die Stellung sei noch nicht fertig, das Material müsse erst zurück usw., erhielt ich den Befehl aufrecht. Der Rückzug wurde eingeleitet.

In Flandern sah ich Abordnungen der verschiedenen Divisionen, sprach mit den Leuten, verteilte Dekorationen und wurde überall von Offizieren wie Mannschaften freudig begrüßt. Besonders begeistert waren die Soldaten eines Kgl. Sächsischen Rekrutendepots, die mir auf dem Bahnhofe, auf dem ich meinen Zug wieder bestieg, stürmische Huldigungen darbrachten. Während ich an Angehörige der Garde-Ersatz-Division Dekorationen austeilte, flog, von Abwehrgeschützen und Maschinengewehren heftig beschossen, ein feindliches Bombengeschwader direkt über uns weg und warf in der Nähe des Sonderzuges Bomben ab. Die höheren Führer meldeten übereinstimmend: Der Geist der Truppe vorn sei gut und zuverlässig; weiter rückwärts bei den Kolonnen sei das nicht in gleichem Maße der Fall. Das Schlimmste seien die Urlauber, die zu Hause offenbar bearbeitet und verseucht worden seien und von dort einen schlechten Geist mitbrächten. Die jungen Rekruten in den Depots seien gut.

In Spa, wohin ich mich nun begab, trafen andauernd Nachrichten aus der Heimat von der immer heftiger werdenden Agitation und Stimmung gegen den Kaiser ein und von der zunehmenden Schlaffheit und Hilflosigkeit der Regierung, die ohne Initiative und Kraft sich nur noch willenlos treiben ließ. In der Presse wurde sie spottend „Debattierklub" genannt; in führenden Blättern bezeichnete man den Prinzen Max als „Revolutionskanzler". Er lag, wie ich später erfuhr, über zehn Tage an Grippe zu Bett, unfähig, die Geschäfte wirklich zu führen. Exzellenz v. Payer und Solf re-

gierten mit dem andauernd tagenden sogenannten Kriegskabinett das Deutsche Reich. In solch kritischen Zeiten durfte meines Erachtens das gefährdete Staatsschiff nicht von Vertretern des Reichskanzlers gesteuert werden. Vertreter können eben nicht die Autorität haben, wie der verantwortliche Regierungschef. Autorität aber war gerade damals vonnöten. Es waren, soweit es mir bekannt ist, nicht einmal starke Vollmachten an den Vizekanzler gegeben worden. Die richtige, d. h. die pflichtmäßige Lösung wäre die wirkliche Ersetzung des Prinzen Max als Reichskanzler und die Berufung einer starken Persönlichkeit an seine Stelle gewesen. Da wir das parlamentarische Regierungssystem hatten, mußten die Parteien den Wechsel im Kanzleramte veranlassen und mir einen Nachfolger des Prinzen Max präsentieren. Das ist nicht geschehen.

Nun setzten Versuche der Regierung und des Reichskanzlers ein, um mich zur Abdankung zu bewegen. Der Minister des Innern, Drews, erschien im Auftrage des Kanzlers, um mich über die Stimmung zu orientieren. Er schilderte die bekannten Vorgänge in Presse, Hochfinanz und Publikum, und betonte, daß der Reichskanzler zur Abdankungsfrage selbst keine Stellung genommen, ihn jedoch zu mir gesandt habe. Er sollte mir also quasi suggerieren, selbst zu dem Schlusse zu kommen, daß ich abdanken müsse, damit es nicht so aussehe, als ob die Regierung einen Druck auf mich ausgeübt hätte. Ich legte dem Minister die verhängnisvollen Folgen der Abdankung dar und fragte ihn, wie er als preußischer Beamter eine solche Zumutung mit seinem Beamteneid seinem Könige gegenüber glaube vereinigen zu können. Drews wurde verlegen und entschuldigte sich mit dem Befehl des Reichskanzlers, der keinen anderen Mann habe finden können. Später teilte man mir mit, daß Drews einer der ersten Beamten gewesen ist, der von der Abdankung seines Herrn und Königs gesprochen hat.

Ich lehnte es ab abzudanken und erklärte, ich werde Truppen sammeln und mit ihnen zurückkehren, um der Regierung zu helfen,

die Ordnung im Lande aufrecht zu erhalten. Danach wurde Drews in meiner Gegenwart vom Feldmarschall v. Hindenburg und General Gröner empfangen, trug ihnen seinen Auftrag vom Reichskanzler vor und wurde von beiden Herren im Namen der Armee sehr scharf abgewiesen. Zumal Gröners Kennzeichnung des Prinzen Max war von einer solchen Deutlichkeit, daß ich Drews noch beschwichtigen und trösten mußte. Der Feldmarschall machte den Minister noch darauf aufmerksam, daß die Armee im Falle meiner Abdankung nicht mehr weiterkämpfen, sondern sich auflösen würde, zumal die Mehrzahl der Offiziere voraussichtlich den Abschied nehmen und das Heer dann ohne Führer sein würde.

Bald darauf erfuhr ich durch einen meiner Söhne, daß der Reichskanzler ihn zu bereden versucht habe, den Auftrag, den dann Drews übernahm, seinerseits auszuführen. Mein Sohn hat es mit Entrüstung abgelehnt, seinem Vater die Abdankung vorzuschlagen.

Inzwischen hatte ich den Zivilkabinettschef v. Delbrück nach Berlin gesandt, um dem Kanzler eine allgemeine, auch zur Veröffentlichung bestimmte Ordre vorzulegen, die meine vom Kanzler nicht publizierte Ansprache an das Ministerium ersetzen, breiter behandeln und meine Stellung zur Regierung und zur Neuorientierung vor der Öffentlichkeit klarlegen sollte. Der Kanzler unterließ zunächst auch die Veröffentlichung dieser Ordre. Erst mehrere Tage später hat er sich veranlaßt gesehen, sie zuzulassen, infolge eines Briefes, den, wie ich nachher erfuhr, die Kaiserin ihm geschrieben hatte. Herr v. Delbrück meldete mir dann, daß die Ordre in Berlin und in der Presse einen guten Eindruck gemacht, die Lage entspannt und Beruhigung gebracht habe, so daß die Abdankungsidee zu schwinden beginne und sogar die Rechtssozialisten die Verhandlung darüber zu vertagen beschlossen hätten.

In den folgenden Tagen mehrten sich die Nachrichten, daß in Berlin von den Sozialisten Unruhen geplant seien; der Kanzler

werde immer nervöser. Der Bericht, den Drews der Regierung nach seiner Rückkehr von Spa erstattet hat, war nicht ohne Eindruck geblieben. Die Herren wollten mich wohl los werden, aber vor den Folgen schreckten sie zunächst zurück. Ihr Standpunkt war ebenso unklar wie ihr Verhalten. Sie taten so, als ob sie keine Republik wollten, merkten aber gar nicht, daß ihr Handeln geradewegs zur Republik führen mußte. Ihr Verhalten ist auch vielfach dahin ausgelegt worden, daß sie dieses Ziel direkt im Auge gehabt hätten. Es gibt viele, die aus dem rätselhaften Benehmen des Kanzlers mir gegenüber schlossen, daß er auf meine Beseitigung hinarbeite, um selbst Präsident der Deutschen Republik zu werden, mit dem Zwischenstadium eines Reichsverwesers. Mit dieser Unterstellung tut man dem Prinzen Max zweifellos Unrecht. Derartige Gedankengänge sind bei einem Angehörigen eines alten deutschen Fürstengeschlechts ausgeschlossen.

General Gröner, der zur Orientierung nach Berlin gefahren war, meldete nach seiner Rückkehr, daß er von der Regierung und von der Stimmung im Lande recht üble Eindrücke erhalten habe. Es gehe der Revolution entgegen; die Regierung reiße bloß ein, schaffe nichts Positives; das Volk wolle unter allen Umständen endlich Frieden, ganz gleich, wie er aussähe; die Autorität der Regierung sei gleich Null, die Hetze gegen den Kaiser sei im vollen Gange, die Abdankung sei kaum mehr zu vermeiden. Die Truppen zu Hause seien unzuverlässig, bei Aufständen könne man unliebsame Überraschungen erleben. Durch die von der Kriminalpolizei beschlagnahmten Kurierkisten des russischen Bolschewiki-Botschafters sei sehr belastendes Material darüber zutage gefördert, daß von der russischen Botschaft aus im Verein mit der Spartakusgruppe schon seit langem die Bolschewiki-Revolution nach russischem Muster in aller Ruhe gründlich organisiert worden sei. (Das geschah mit Wissen des ständig gewarnten Auswärtigen Amtes, das aber alle War-

nungen verlachte oder mit dem Bemerken: man dürfe die Bolschewiki nicht reizen, abwies, sowie unter den Augen der Polizei, der das Auswärtige Amt andauernd in den Arm fiel.) Durch die verseuchten Urlauber sei das Gift bereits in die Armee getragen. Sie sei teilweise angefressen und werde sich, sobald sie durch Waffenruhe frei geworden sei, bei Rückkehr in die Heimat weigern, gegen die Aufständischen zu kämpfen. Daher müsse jeder Waffenstillstand, so schwer seine Bedingungen auch sein möchten, unbedingt und sofort angenommen werden; das Heer sei nicht mehr zuverlässig und die Heimat stehe vor der Revolution.

Am Morgen des 9. November*) ließ mir der Reichskanzler Prinz Max von Baden nochmals, wie schon am 7., mitteilen, die Sozialdemokraten, auch die sozialdemokratischen Staatssekretäre, verlangten meine Abdankung. Derselben Ansicht seien nun auch die übrigen Mitglieder der Regierung geworden, die bisher noch dagegen gewesen seien. Ebenso stehe es bei den Mehrheitsparteien im Reichstage. Er bitte mich daher, sofort abzudanken, da sonst in Berlin umfangreiche Straßenkämpfe mit Blutvergießen zu erwarten seien; im kleinen hätten solche schon begonnen.

Ich berief sofort den Feldmarschall v. Hindenburg und den Generalquartiermeister General Gröner. Dieser meldete wiederum, die Armee könne nicht mehr kämpfen und wolle vor allem Ruhe, daher müsse unbedingt jeder Waffenstillstand angenommen werden. Dieser müsse sobald als möglich abgeschlossen werden, da die Armee nur noch für 6—8 Tage Verpflegung habe und durch die Aufrührer, die alle Verpflegungsmagazine und Rheinbrücken besetzt hätten, von jedem Nachschub abgeschnitten sei. Unbegreiflicherweise

*) Über die Zuspitzung der Ereignisse bis zu dem verhängnisvollen 9. November und über diesen Tag selbst finden sich authentische Angaben eines Augenzeugen in dem lesenswerten Buche des von der Obersten Heeresleitung zu mir kommandierten Majors Niemann „Kaiser und Revolution" (Berlin 1922).

habe die aus Berlin nach Frankreich entsandte Waffenstillstandskommission — Erzberger, Gesandter Graf Oberndorff, General v. Winterfeldt —, die vorgestern abend die französischen Linien passierte, bisher keine Mitteilung über den Inhalt der Bedingungen in das Hauptquartier gelangen lassen.

Auch der Kronprinz mit seinem Chef Graf Schulenburg traf ein und nahm an der Beratung teil. Während unserer Besprechungen kamen mehrere telephonische Anfragen des Reichskanzlers, die stark drängten unter der Mitteilung, daß die Sozialdemokraten aus der Regierung ausgeschieden wären und daß Gefahr im Verzuge sei. Der Kriegsminister meldete: Unsicherheit bei Teilen der Truppen in Berlin; die 4. Jäger, 2. Kompagnie des Alexanderregiments, 2. Batterie Jüterbog seien zu den Aufständischen übergegangen; kein Straßenkampf.

Den Bürgerkrieg wollte ich meinem Volke ersparen. Falls meine Abdankung tatsächlich das einzige Mittel war, um Blutvergießen zu verhindern, so wollte ich der Kaiserwürde entsagen, nicht aber als König von Preußen abdanken, sondern als solcher bei meinen Truppen bleiben. Denn die militärischen Führer hatten erklärt, die Offiziere würden im Falle meiner völligen Abdankung in Massen abgehen und das Heer werde dann führerlos auf das Vaterland zurückströmen und es schädigen und gefährden.

Dem Reichskanzler war erwidert worden, mein Entschluß müsse erst reiflich erwogen und formuliert werden. Alsdann werde er dem Kanzler übermittelt werden. Als einige Zeit später diese Übermittelung stattgefunden hatte, kam die überraschende Antwort: ... mein Entschluß komme zu spät! Der Reichskanzler hatte von sich aus meine — noch gar nicht erfolgte — Abdankung sowie den Thronverzicht des überhaupt nicht befragten Kronprinzen kurzweg verkündet. Er hatte die Regierung an die Sozialdemokraten abgegeben und Herrn Ebert als Reichskanzler berufen. — Das alles

war gleichzeitig auch durch Funkspruch verbreitet worden. Die ganze Armee las es mit. So wurde mir die Entscheidung über mein Bleiben oder Gehen, über das Niederlegen der Kaiserwürde und die Beibehaltung der preußischen Königskrone kurzweg aus der Hand genommen. Die Armee wurde durch den fälschlichen Glauben, daß ihr König sie im kritischen Zeitpunkte verlassen hätte, aufs schwerste erschüttert.

Betrachtet man das Verhalten des Reichskanzlers Prinz Max von Baden im ganzen, so sieht man: Erst feierliche Erklärung, sich mit der neuen Regierung zum Schutze vor den Kaiserthron zu stellen; dann Unterdrückung der Ansprache, die in der Öffentlichkeit günstig hätte wirken können; Ausschaltung des Kaisers von jeder Mitarbeit; Preisgabe der Person des Kaisers durch Aufhebung der Zensur; kein Eintreten für die Monarchie in der Abdankungsfrage; dann Versuche, den Kaiser zur freiwilligen Abdankung zu bewegen, und schließlich Verkündigung der Abdankung durch Funkspruch über meinen Kopf hinweg. Diese ganze Entwicklung zeigt das staatsgefährliche Spiel, das Scheidemann, der den Kanzler ganz in der Hand hatte, getrieben hat. Er hat seine Ministerkollegen über seine wahren Absichten im unklaren gelassen, den Prinzen von einer Stufe zur andern getrieben unter schließlicher Berufung darauf, daß die Führer die Massen nicht mehr in der Hand hätten. So hat er den Prinzen dazu gebracht, den Kaiser, die Fürsten und das Reich preiszugeben, und ihn dadurch zum Zerstörer des Reiches gemacht. Dann stürzte Scheidemann den schwachen prinzlichen „Staatsmann".

Die Lage nach Eintreffen des Funkspruches war schwer. Zwar waren Truppen im Antransport nach Spa begriffen, um die ungestörte Weiterführung der Arbeit im Großen Hauptquartier zu gewährleisten. Aber die Oberste Heeresleitung war nunmehr der Auffassung, daß man nicht mehr unbedingt auf ihre Zuverlässigkeit rechnen könne, falls von Aachen und Cöln her aufrührerische Soldaten heran-

rücken sollten und unsere Leute dadurch vor die Frage gestellt würden, gegen eigene Kameraden kämpfen zu müssen. Daher empfahlen mir meine sämtlichen Berater, das Heer zu verlassen und einen neutralen Staat aufzusuchen, um einen solchen „Bürgerkrieg“ zu vermeiden.

Ich habe einen furchtbaren inneren Kampf durchgekämpft. Auf der einen Seite bäumte sich in mir als Soldaten alles dagegen auf, meine treugebliebenen tapferen Truppen zu verlassen. Auf der anderen Seite stand sowohl die Erklärung der Feinde, mit mir keinen für Deutschland erträglichen Frieden schließen zu wollen, wie die Behauptung meiner eigenen Regierung, daß nur durch mein Fortgehen ins Ausland der Bürgerkrieg zu vermeiden sei.

In diesem Kampfe stellte ich alles Persönliche zurück. Ich brachte bewußt meine Person und meinen Thron zum Opfer in der Meinung, dadurch den Interessen meines geliebten Vaterlandes am besten zu dienen. Das Opfer ist umsonst gewesen. Mein Fortgehen hat uns weder günstigere Waffenstillstands- und Friedensbedingungen gebracht, noch den Bürgerkrieg abzuwenden vermocht, dagegen die Zersetzung in Heer und Heimat in verderblichster Weise beschleunigt und vertieft.

Dreißig Jahre ist die Armee mein Stolz gewesen. Ich habe für sie gelebt und an ihr gearbeitet. Und nun nach über vier glänzenden Kriegsjahren mit unerhörten Siegen mußte sie unter dem von hinten gegen sie geführten Dolchstoß der Revolutionäre zusammenbrechen, gerade in dem Augenblick, als der Friede in Greifnähe stand! Und daß in meiner stolzen Flotte, meiner Schöpfung, die Empörung zuerst offen zutage getreten ist, hat mich am tiefsten ins Herz getroffen.

Es ist viel darüber geredet worden, daß ich die Armee verlassen habe und in das neutrale Ausland gegangen bin.

Die Einen sagen: Der Kaiser hätte sich zu einem Truppenteil der Kampffront begeben, mit ihm auf den Feind stürzen und in einem letzten Angriff den Tod suchen sollen. — Dadurch wäre aber nicht

nur der vom Volke heiß ersehnte Waffenstillstand, über den bereits die von Berlin zum General Foch entsandte Kommission verhandelte, unmöglich gemacht, sondern auch das Leben vieler, und gerade der besten und treuesten Soldaten, nutzlos geopfert worden.

Andere meinen: Der Kaiser hätte an der Spitze des Heeres in die Heimat zurückkehren sollen. – Eine friedliche Rückkehr war aber nicht mehr möglich; die Aufständischen hatten sich der Rheinbrücken und anderer wichtiger Anlagen im Rücken des Heeres bereits bemächtigt. Ich hätte zwar an der Spitze treuer, aus der Kampffront gezogener Truppen die Rückkehr erzwingen können. Aber damit wäre der Zusammenbruch Deutschlands besiegelt gewesen. Denn zum Kampfe mit dem zweifellos nachdrängenden Feinde wäre noch der Bürgerkrieg getreten.

Wieder Andere meinen: Der Kaiser hätte sich selbst den Tod geben sollen. – Das war schon durch meinen festen christlichen Standpunkt ausgeschlossen. Und würde man dann nicht gesagt haben: Wie feige! Jetzt entzieht er sich aller Verantwortung durch den Selbstmord. Dieser Weg schied auch deshalb aus, weil ich darauf bedacht sein mußte, in der vorauszusehenden schweren Zeit meinem Volke und Lande zu helfen und zu nützen. Gerade in der Aufhellung der Schuldfrage, die sich mehr und mehr als der Kernpunkt unseres künftigen Geschicks enthüllte, wußte ich mich besonders berufen, die Sache meines Volkes zu vertreten. Denn mehr wie jeder andere kann ich Zeugnis ablegen von Deutschlands Friedenswillen und von unserem reinen Gewissen.

Nach unendlich schweren Seelenkämpfen habe ich auf dringendstes Anraten meiner zurzeit anwesenden höchsten verantwortlichen Ratgeber den Entschluß gefaßt, außer Landes zu gehen, weil ich auf Grund der mir gemachten Meldungen glauben mußte, dadurch Deutschland am treuesten zu dienen, ihm günstigere Waffenstillstands- und Friedensbedingungen zu ermöglichen und ihm weitere Menschenverluste, den Bürgerkrieg, Not und Elend zu ersparen.

Der feindliche und der neutrale Gerichtshof

Als die Forderung der Entente, daß ich und die deutschen Heerführer ihr zur Aburteilung vor ihren Gerichten ausgeliefert würden, bekannt geworden war, habe ich sofort erwogen, ob ich, ehe das deutsche Volk und die deutsche Regierung sich zu diesem Ansinnen geäußert hätten, durch eine Selbststellung meinem Vaterlande nutzen könnte. Es war mir klar, daß nach der Absicht der Entente die Auslieferung das staatliche und völkische Ansehen Deutschlands für alle Zeiten so schwer erschüttern sollte, daß wir niemals wieder gleichberechtigt, gleich würdig, gleich bündnisfähig in die uns gebührende erste Reihe der Völker einrücken könnten. Ich kannte meine Pflicht, die Ehre und Würde Deutschlands nicht preiszugeben. Es kam darauf an, zu entscheiden, ob es möglich war, Voraussetzungen für eine Selbststellung zu schaffen, die einen Nutzen für das deutsche Volk brachten und jene Nachteile ausschalteten. In diesem Falle wäre ich ohne Zaudern bereit gewesen, den schon gebrachten Opfern ein weiteres hinzuzufügen.

Der Vorschlag der Selbststellung ist, wie ich weiß, auch in wohlmeinenden deutschen Kreisen ernsthaft erwogen worden. Wo es sich dabei um Auswirkungen psychologischer Depression oder um die Verkennung des Eindrucks handelte, den Selbstkasteiung, Selbsterniedrigung, unfruchtbares Martyrium der Entente gegenüber hervorrufen mußten, brauchte man nur den oben kurz gestreiften real-

politischen Ursprung der Ententeforderung heranzuziehen, um zu klarer Entscheidung, nämlich zu strikter Ablehnung zu gelangen.

Anders lag es bei den Erwägungen, die von der Annahme ausgingen, ich könne, indem ich die Verantwortung für alle großen Entscheidungen und Handlungen meiner Regierung, die im Zusammenhange mit dem Kriege stehen, vor aller Welt übernahm, das Schicksal des deutschen Volkes erleichtern helfen. Nicht an einen Akt unpolitischer Sentimentalität war gedacht, sondern im Gegenteil an eine Tat, die für mich viel Bestechendes hatte. Die formale Rücksicht, daß nach der damaligen Reichsverfassung nicht ich, sondern bekanntlich allein der Reichskanzler die Verantwortung trug, hätte mich dabei nicht gestört.

Wenn auch nur die geringste Aussicht bestanden hätte, durch einen solchen Schritt eine Verbesserung der Lage Deutschlands herbeizuführen, so wäre für mich persönlich ein Zweifel über mein Handeln nicht möglich gewesen. Meine persönliche Opferfähigkeit hatte ich ja schon bewiesen, indem ich außer Landes ging und meinem und meiner Väter Thron entsagte, weil mir irrtümlich und täuschend versichert worden war, daß ich dadurch meinem Volke bessere Friedensbedingungen ermöglichen und den Bürgerkrieg ersparen würde. Ich hätte diesen neuen Versuch, meinem Volke zu helfen, auf mich genommen, obwohl sich inzwischen die eine der mir gegenüber geltend gemachten Erwartungen, nämlich die Vermeidung des Bürgerkrieges, bereits als falsch herausgestellt hatte.

Die Möglichkeit, dem deutschen Volke durch eine solche Tat zu helfen, bestand aber nicht. Die Selbststellung hätte kein anderes Ergebnis gehabt wie die Erfüllung der Auslieferungsforderung des Feindes. Denn kein Gerichtshof der Welt kann zu einem gerechten Urteil gelangen, bevor nicht die Staatsarchive aller am Kriege beteiligt gewesenen Staaten geöffnet werden; wie das von deutscher Seite schon geschehen ist und noch weiter geschieht. Wer aber konnte

nach dem unerhörten Diktat von Versailles noch den Optimismus aufbringen, daran zu glauben, daß die Ententestaaten für jenen Gerichtshof ihre Geheimakten zur Verfügung gestellt hätten!

Deshalb kamen bei mir nach sorgsamer Prüfung die schon erwähnten gewichtigen Gründe der persönlichen und der nationalen Würde und Ehre zu der ihnen gebührenden ausschlaggebenden Bedeutung. Ich mußte das Ansinnen der Selbststellung ablehnen. Ich durfte nicht die Rolle des Vercingetorix spielen, der bekanntlich im Vertrauen auf die Großmut seiner Feinde diesen seine Person auslieferte, um dadurch für sein Volk ein besseres Los zu erlangen. Nach dem Verhalten unserer Feinde während des Krieges und der Friedensverhandlungen war nicht anzunehmen, daß die Entente sich etwa großmütiger zeigen würde, als Caesar, der den edlen Gallier in Ketten legen und später hinrichten ließ und dessen Volk doch nicht mit der Knechtschaft verschonte.

Im allgemeinen möchte ich bemerken, daß es sich immer als falsch erwiesen hat, wenn man Ratschläge des Feindes befolgt oder sich solchen Ratschlägen nähert. Auch die wohlgemeinten Vorschläge der Selbststellung aus deutschen Kreisen sind immerhin, wenn auch vielleicht teilweise unbewußt, auf dem Boden der feindlichen Forderungen gewachsen. Deshalb schon waren sie abzulehnen. So bleibt der einzige Weg eine internationale unparteiische Instanz, die nicht einzelne Persönlichkeiten aburteilt, sondern alle Vorgänge, die zum Weltkriege führten, bei allen am Kriege beteiligten Staaten nach Öffnung nicht nur der deutschen, sondern aller Staatsarchive prüft und auf Grund des Ergebnisses das Urteil fällt. Deutschland kann mit diesem Verfahren nur einverstanden sein. Wer sich dagegen sträubt, spricht sich selbst das Urteil.

Meine Auffassung über das hier erörterte Thema geht aus dem nachstehend abgedruckten Briefe hervor, den ich unter dem 5. April 1921 an den Feldmarschall v. Hindenburg gerichtet habe und den

dieser inzwischen der Öffentlichkeit übergeben hat. Zum besseren Verständnis ist auch der vorangegangene Brief des Feldmarschalls wiedergegeben.*)

* * *

Hannover, den 30. März 1921.

Euerer Kaiserlichen und Königlichen Majestät

bitte ich für das gnädige Interesse an der Krankheit meiner Frau ehrfurchtsvollsten Dank unterbreiten zu dürfen. Die Sorge ist noch nicht behoben.

Aus der Heimat habe ich wenig Erfreuliches zu berichten. Die Unruhen in Mitteldeutschland sind ernster, als sie von der preußischen Regierung hingestellt werden. Hoffentlich gelingt es, ihrer bald Herr zu werden.

Immer drückender lasten auf dem deutschen Volke die Auswirkungen des Versailler Friedensdiktates, dessen Ziel, die Vernichtungspolitik unserer Feinde, von Tag zu Tag unverhüllter hervortritt. Zur Begründung dieser Zwangspolitik muß das Märchen von der deutschen Schuld am Kriege herhalten.

Den Wortführer des Feindbundes, Herrn Lloyd George, stört es wenig, daß er am 20. Dezember v. J. erklärt hat, kein Staatsmann habe im Sommer 1914 den Krieg gewollt. Alle Völker seien in ihn hineingeglitten oder hineingestolpert. In seiner Rede auf der Londoner Konferenz am 3. März sagt er ruhig: Die deutsche Verantwortlichkeit für den Krieg sei grundlegend. Sie sei die Basis, auf der das Gebäude des Vertrages von Versailles errichtet worden wäre. Wenn diese Anerkenntnis verweigert oder aufgegeben werde, sei der Vertrag hinfällig.

---

*) Die für das in Frage stehende Thema wichtigsten Stellen sind im Druck hervorgehoben.

Die Schuldfrage bildet nach wie vor den Angelpunkt für die Zukunft des deutschen Volkes. Furchtbar rächt sich das in Versailles den deutschen Vertretern wider ihre Überzeugung abgepreßte Zugeständnis unserer angeblichen „Schuld" am Kriege. Nicht minder rächt sich das unwahre Zugeständnis von Deutschlands „Mitschuld", das der Minister Simons auf der Londoner Konferenz abgegeben hat.

Ich fühle in tiefster Seele mit Euerer Majestät. In meiner langen militärischen Dienstzeit habe ich das Glück und die Ehre gehabt, zu Euerer Majestät in nahe persönliche Beziehungen zu treten. Ich weiß, daß Euerer Majestät Arbeit während Ihrer ganzen Regierungszeit der Erhaltung des Friedens gegolten hat. Ich kann ermessen, wie maßlos schwer es für Euere Majestät ist, von positiver Mitarbeit für das Vaterland ausgeschaltet zu sein.

Die „Vergleichenden Geschichtstabellen", die Euere Majestät aufgestellt haben, und von denen Euere Majestät auch mir seinerzeit einen Abdruck zustellen ließen, sind ein guter Beitrag zur Entstehungsgeschichte des Krieges und geeignet, manche unrichtige Vorstellung zu beseitigen. Ich habe es bedauert, daß Euere Majestät die Tabellen nicht der Öffentlichkeit übergeben, sondern sie auf einen engen Kreis beschränkt haben. Nachdem die Tabellen jetzt durch Indiskretionen und zum Teil in unvollständigen Auszügen in der Auslandspresse veröffentlicht sind, scheint mir nunmehr ihre vollständige Veröffentlichung in der deutschen Presse empfehlenswert.

Zu meiner großen Freude höre ich, daß in dem Befinden Ihrer Majestät in der letzten Zeit eine Besserung eingetreten ist. Gott helfe weiter!

In tiefster Ehrfurcht, in unbegrenzter Treue und Dankbarkeit Euerer Kaiserlichen und Königlichen Majestät alleruntertänigster

gez. v. Hindenburg, Generalfeldmarschall.

Haus Doorn, den 5. April 1921.

Mein lieber Feldmarschall!

Haben Sie warmen Dank für Ihren Brief vom 30. v. M. — Sie haben recht. Das ist das Schwerste für mich: im Auslande leben müssen, mit glühender Seele die furchtbaren Geschicke unseres teuren Vaterlandes, dem meine ganze Lebensarbeit gegolten hat, verfolgen und von der Mitarbeit ausgeschlossen sein.

Sie haben während der dunklen, unseligen Novembertage 1918 mir zur Seite gestanden. Wie Sie wissen, habe ich mich zu dem schweren, furchtbaren Entschluß, außer Landes zu gehen, nur auf Ihre und meiner übrigen berufenen Ratgeber dringende Vorstellung durchgerungen, daß es nur allein auf diesem Wege möglich sei, unserem Volke günstigere Waffenstillstandsbedingungen zu verschaffen und ihm einen blutigen Bürgerkrieg zu ersparen. Das Opfer ist umsonst gewesen. Nach wie vor wollen die Feinde für die angebliche Schuld des „Kaiserlichen Deutschlands" das deutsche Volk büßen lassen.

In dem Bestreben, alle persönlichen Rücksichten dem Wohle Deutschlands unterzuordnen, halte ich mich völlig zurück. Ich schweige zu allen Lügen und Verleumdungen, die über mich verbreitet werden. Ich halte es für unter meiner Würde, mich gegen Angriffe und Schmähungen zu verteidigen.

Dieser Zurückhaltung entsprechend habe ich auch die von Ihnen erwähnten „Geschichtstabellen" streng objektiv gehalten und nur einem engen Kreise von Bekannten zugänglich gemacht; auf welche Weise sie jetzt durch irgendeine Indiskretion (oder Diebstahl?) in die Öffentlichkeit gekommen sind, ist mir völlig unverständlich. Die Absicht, die mich bei Abfassung der historischen Tabellen leitete, war die: durch eine systematische Aufzählung nüchterner Tatsachen streng geschichtliches Material zusammen zu tragen, das den Leser in die Möglichkeit versetzen sollte, über die Vorgeschichte des Krieges sich selbst

ein Urteil zu bilden. Meine besten, überzeugendsten Quellen habe ich — nebenbei bemerkt — in der nach dem Kriege entstandenen Literatur gerade von Angehörigen der feindlichen Staaten gefunden. Darum freue ich mich, daß Sie meinen bescheidenen Beitrag zur Geschichte nützlich finden. Für Ihre Anregung, der deutschen Presse die inzwischen vervollständigten Tabellen zugänglich zu machen, danke ich Ihnen; ich werde ihr entsprechen.*)

Die Wahrheit wird sich Bahn brechen; machtvoll, unaufhaltsam, wie eine Lawine. Wer sich ihr nicht wider besseres Wissen verschließen will, muß erkennen, daß während meiner 26jährigen Regierungszeit vor dem Kriege die deutsche Außenpolitik lediglich auf die Erhaltung des Friedens gerichtet war. Sie erstrebte einzig und allein den Schutz des von West und Ost bedrohten heiligen Heimatbodens sowie die friedliche Entwicklung unseres Handels und unserer Volkswirtschaft. Hätten wir je kriegerische Absichten gehabt, so hätten wir 1900 losgeschlagen, als England durch den Burenkrieg, oder 1905, als Rußland durch den Japanischen Krieg gebunden war, und uns ein nahezu sicherer Sieg gewinkt hätte. Aber sicherlich hätten wir uns nicht gerade das Jahr 1914 ausgesucht, wo uns eine erdrückende Übermacht geschlossen gegenüberstand. Auch muß sich jeder Unbefangene sagen, daß Deutschland von dem Kriege gar nichts zu erwarten hatte, während unsere Feinde davon alles für ihre seit langem zu unserer Vernichtung festgesetzten Ziele erhofften.

Daß mein und meiner Regierung heißes Bemühen in den kritischen Juli- und Augusttagen 1914 ausschließlich der Erhaltung des Weltfriedens gegolten hat, wird durch die neuesten literarischen und aktenmäßigen Veröffentlichungen von deutscher und besonders von feindlicher Seite mehr und mehr erhärtet. Den durchschlagendsten

*) Das ist inzwischen erfolgt. Die „Vergleichenden Geschichtstabellen von 1878 bis zum Kriegsausbruch 1914" sind im Dezember 1921 im Verlage von K. F. Koehler in Leipzig erschienen.

Beweis dafür bringt das Wort Sasonows: „Die Friedensliebe des Deutschen Kaisers bürgt uns dafür, daß wir den Zeitpunkt für den Krieg selbst bestimmen können.“ Was bedarf es da noch weiteren Zeugnisses für unsere Unschuld? Das bedeutet: Die Absicht, einen Überfall auf einen Ahnungslosen zu machen. Gott ist mein Zeuge, daß ich, um dem Kriege vorzubeugen, bis an die äußerste Grenze dessen gegangen bin, was ich mit Rücksicht auf die Sicherheit und Unversehrtheit meines teuren Vaterlandes verantworten konnte.

Von einer Schuld Deutschlands am Kriege kann nicht die Rede sein. Es besteht heute kein Zweifel mehr, daß nicht Deutschland, sondern der Feindbund den Krieg planmäßig vorbereitet und absichtlich herbeigeführt hat.

Zur Verdunkelung dieses Vorgehens hat der Feindbund in dem schmachvollen Friedensvertrag das unwahre „Schuldbekenntnis“ Deutschlands erzwungen und meine Gestellung vor einen feindlichen Gerichtshof verlangt. Sie, mein lieber Feldmarschall, kennen mich zu gut, um nicht zu wissen, daß mir für mein geliebtes Vaterland kein Opfer zu groß ist. Doch ein Gerichtshof, in dem der Feindbund gleichzeitig Ankläger und Richter wäre, würde nicht ein Organ des Rechtes, sondern ein Instrument politischer Willkür sein und nur dazu dienen, durch meine selbstverständliche Verurteilung die uns auferlegten unerhörten Friedensbedingungen nachträglich zu rechtfertigen. Natürlich war daher das feindliche Ansinnen meinerseits zurückzuweisen. Aber auch meine Gestellung vor ein wie immer zusammengesetztes neutrales Gericht kann für mich nicht in Frage kommen. Ich erkenne wegen der Anordnungen, die ich als Kaiser und König, also als verfassungsmäßig unverantwortlicher Repräsentant der deutschen Nation, nach bestem Wissen und Gewissen getroffen habe, das strafrechtliche Urteil irgendeines irdischen Richters, wie hoch er auch

immer gestellt sein mag, nicht an, da ich dadurch die Ehre und Würde des von mir vertretenen deutschen Volkes preisgeben würde.

Ein Schuld- und Strafverfahren, das sich ausschließlich gegen das Oberhaupt eines der am Kriege beteiligten Staaten richtet, entkleidet diesen Staat jeder Gleichberechtigung mit den anderen Staaten und damit seines Ansehens in der Gemeinschaft der Völker. Außerdem würde es von vornherein den von den Feinden beabsichtigten Eindruck erwecken, als ob es sich bei der ganzen „Schuldfrage" nur um dieses eine Staatsoberhaupt und die eine von ihm vertretene Nation handelte. Dazu kommt noch, daß eine unparteiische Beurteilung der „Schuldfrage" ausgeschlossen ist, wenn das Verfahren nicht auch auf die Staatsoberhäupter und leitenden Staatsmänner der feindlichen Mächte erstreckt und deren Verhalten der gleichen Kritik unterstellt wird. Denn das Verhalten des einzelnen Staates bei Ausbruch des Krieges kann selbstverständlich nur unter Berücksichtigung des Vorgehens seiner Gegner richtig bewertet werden.

Eine wirkliche Aufklärung der „Schuldfrage", woran Deutschland sicher kein geringeres Interesse hätte als seine Feinde, könnte nur in der Weise erfolgen, daß durch eine internationale, unparteiische Instanz nicht einzelne Persönlichkeiten strafrechtlich abgeurteilt, sondern alle Vorgänge, die zum Weltkriege geführt haben, ebenso wie alle sonstigen Völkerrechtsverletzungen festgestellt würden, um danach das Verschulden der beteiligten Persönlichkeiten auf seiten aller kriegführenden Mächte richtig zu bemessen.

Ein solcher loyaler Vorschlag ist von deutscher Seite nach Beendigung des Krieges in amtlicher Form gemacht, aber, soweit mir bekannt, von den Feinden teils ablehnend beantwortet, teils überhaupt

keiner Antwort gewürdigt worden. Deutschland hat überdies seine Archive gleich nach dem Kriege ohne jede Einschränkung geöffnet, während der Feindbund sich bisher wohl gehütet hat, solchem Beispiel zu folgen. Die in Amerika jetzt in Veröffentlichung befindlichen Geheimdokumente aus den russischen Archiven sind erst der Anfang dazu.

Schon dieses Verhalten des Feindbundes neben überwältigendem einlaufenden Belastungsmaterial gibt den Fingerzeig dafür, wo die „Schuld am Kriege" in Wirklichkeit zu suchen ist! Für Deutschland aber erweist es sich um so mehr als gebieterische Pflicht, mit allen Mitteln alles irgendwie für die „Schuldfrage" in Betracht kommende Material zu sammeln, zu sichten und zu veröffentlichen, um dadurch die wirklichen Ursachen des Krieges zu entlarven.

Im Befinden I. M. ist leider eine Verschlechterung eingetreten. Mein Herz krampft sich in schmerzvollster Sorge zusammen.

Gott mit uns!

Ihr dankbarer

gez. Wilhelm.

Die Schuldfrage

Die Geschichte kennt kein Beispiel, das man mit dem Weltkriege 1914/18 vergleichen könnte. Sie kennt aber auch kein Beispiel für die Verwirrung, die über die Ursachen entstanden ist, die zum Weltkriege führten. Das ist um so erstaunlicher, weil der große Krieg eine hochkultivierte, aufgeklärte, politisch geschulte Menschheit vorfand, und weil die Ursachen zum Weltkriege klar und offen liegen. Auch die scheinbare Kompliziertheit in der Julikrise 1914 kann darüber nicht hinwegtäuschen. Der damalige Telegrammwechsel zwischen den Kabinetten der Großmächte und den Herrschern, die Tätigkeit der Staatsmänner und hervorragender Privatmänner bei mündlichen Verhandlungen mit wichtigen Persönlichkeiten der Entente waren gewiß von größter Wichtigkeit durch die entscheidende Bedeutung, die nahezu jedem Worte zukam, das aus verantwortlichem Munde gesprochen, und jeder Zeile, die geschrieben oder gedrahtet wurde. Aber die große Linie der Kriegsursachen wird dadurch nicht geändert, sie liegt fest und man darf sich nicht scheuen, sie immer wieder mit Ruhe und Sachlichkeit von dem verwirrenden Beiwerk der Vorgänge, die den Kriegsausbruch begleiteten, freizulegen.

Die allgemeine Lage des Deutschen Reiches hatte sich in der Vorkriegszeit immer glänzender und infolgedessen außenpolitisch immer schwieriger gestaltet. Ein niemals dagewesener Aufschwung in Industrie, Handel und Weltverkehr hatte Deutschland wohlhabend gemacht. Die Kurve unserer Entwicklung blieb nach oben gerichtet. Die damit verbundene friedliche Eroberung eines namhaften Teiles des Weltmarktes, auf den deutscher Fleiß und unsere Leistungen ge-

rechten Anspruch hatten, konnte älteren Weltvölkern, vor allem England, nicht angenehm sein. Das ist ein ganz natürlicher Vorgang, dem nichts Verwunderliches anhaftet. Es macht niemandem Freude, wenn sich plötzlich ein Konkurrent etabliert und man zusehen muß, wie die alte Kundschaft zu ihm abwandert. Ich kann also aus der Verstimmung Englands über Deutschlands Fortschritte auf dem Weltmarkte keinen Vorwurf gegen das Britenreich konstruieren.

Wenn es England verstanden hätte, unter Anwendung besserer Handelsmethoden die deutsche Konkurrenz abzuschlagen oder niederzuhalten, so wäre das sein gutes Recht gewesen, gegen das Einwendungen nicht hätten erhoben werden können. Der Tüchtigere gewann eben das Spiel. Es kann im Leben der Völker nicht als verwerflich gelten, wenn im friedlichen Wettbewerb von beiden Seiten mit gleichartigen, also friedlichen Mitteln, aber mit aller Energie, mit Kühnheit und Organisationskunst zum Besten des eigenen Volkes gearbeitet wird. Etwas ganz anderes ist es dagegen, wenn der eine Teil durch den Fleiß und die Leistung, wie durch überlegene Geschäftsmethoden des anderen seinen Aktivposten in der Weltbilanz bedroht sieht und nun, weil er nicht die Tüchtigkeit des jungen Konkurrenten zu entfalten vermag, mit Gewalt, also nicht mit friedlichen, sondern mit kriegerischen Mitteln gegen den friedlichen Wettbewerb vorgeht, um ihn aufzuhalten oder zu vernichten.

Unsere Lage wurde schwieriger, weil wir genötigt waren, zum Schutze unseres Wohlstandes, der nicht zuletzt auf den 19 Milliarden jährlicher deutscher Ausfuhr und Einfuhr basierte, eine Flotte zu bauen. Die Unterstellung, wir hätten die Flotte gebaut, um die weit überlegene englische anzugreifen und zu vernichten, ist absurd, denn wir hätten bei dem tatsächlichen Kräfteverhältnis zur See nicht siegen können. Wir kamen ja auf dem Weltmarkte wunschgemäß vorwärts; wir hatten über nichts zu klagen. Weshalb hätten wir also den Erfolg unserer friedlichen Arbeit aufs Spiel setzen sollen?

In Frankreich war seit 1870/71 der Revanchegedanke sorgsam genährt worden. In der belletristischen wie in der politischen und militärischen Literatur, im Offizierkorps, in den Schulen, in Vereinigungen, in den politischen Kreisen wurde er in allen möglichen Variationen gepflegt. Ich kann diese Stimmung verstehen. Vom gesunden nationalen Standpunkt aus gesehen ist es schließlich ehrenvoller, wenn ein Volk eine erlittene Schlappe wieder gut machen will, als wenn es diese einsteckt. Elsaß-Lothringen aber ist seit vielen Jahrhunderten deutsches Land. Von Frankreich war es geraubt, wir hatten es 1871 als uns gehörig zurückgenommen. Deshalb war ein Revanchekrieg, der die Eroberung urdeutschen Gebiets zum Ziele hatte, unrechtmäßig und unmoralisch. Ein Nachgeben unsererseits in diesem Punkte hätte unserem nationalen und rechtlichen Empfinden ins Gesicht geschlagen. Da Deutschland Elsaß-Lothringen niemals freiwillig an Frankreich zurückgeben konnte, war also der französische Revanchetraum nur durch einen siegreichen Krieg zu verwirklichen, der die französischen Grenzpfähle bis an das linke Rheinufer vorschieben sollte. Deutschland hingegen hatte keinen Anlaß, die Errungenschaften von 1870/71 aufs Spiel zu setzen, es mußte also darauf hinwirken, den Frieden mit Frankreich zu erhalten, um so mehr als die Konstellation der Mächte gegen den deutsch-österreichischen Zweibund immer deutlicher hervortrat.

In Rußland lagen die Dinge so, daß das gewaltige Zarenreich nach einem Zugang zum südlichen Meer drängte. Dieses Streben ist natürlich und nicht zu verurteilen. Ferner bestand der russisch-österreichische Gegensatz, hauptsächlich um Serbien, der insofern Deutschland mitbetraf, als Deutschland und Österreich-Ungarn im Bunde waren. Außerdem befand sich das zarische Rußland in einer andauernden inneren Gärung, und jede zarische Regierung fand es nützlich, eine Möglichkeit für äußere Konflikte bereit zu halten, um durch äußere Schwierigkeiten jederzeit von den inneren ablenken zu

können, ein Ventil für den inneren Konfliktsstoff zu besitzen. Es kam hinzu, daß der enorme Anleihenbedarf Rußlands fast ausschließlich in Frankreich gedeckt wurde. Über 20 Milliarden französischer Goldfranken, über deren Verwendung Frankreich teilweise verfügte, wanderten nach Rußland. Es handelte sich dabei ausnahmslos um strategische und kriegvorbereitende Maßnahmen. An der goldenen Kette der französischen Milliarden wurde das Zarenreich nicht nur finanziell an Frankreich gekettet; es wurde dem französischen Revanchegedanken dienstbar.

So ergab es sich, daß England, Frankreich und Rußland, allerdings aus verschiedenen Gründen, ein gemeinsames Ziel hatten, nämlich: Deutschland niederzuzwingen. England aus handelspolitischen, Frankreich aus revanchepolitischen, Rußland als Trabant Frankreichs sowie aus innerpolitischen Gründen und um an das südliche Meer zu gelangen. So mußten sich diese drei Großstaaten finden. Den Zusammenschluß dieser Bestrebungen zu gemeinsamem planmäßigen Handeln nennen wir die Einkreisungspolitik.

Hierzu kommt noch das erst kürzlich bekannt gewordene, bereits im Kapitel „Hohenlohe" ausführlich erörterte Gentleman's agreement, von dem ich während meiner Regierungszeit überhaupt keine Kenntnis gehabt habe. Als ich von ihm erfuhr, habe ich mich sofort bei Herrn v. Bethmann danach erkundigt. Er schrieb mir einen etwas gewundenen Brief: Irgend etwas sei wohl in den Akten des Auswärtigen Amtes darüber vorhanden; der damalige deutsche Botschafter in Washington, v. Holleben, hätte darüber vertraulich wohl etwas berichtet, aber er hätte die Quelle nicht angegeben; deshalb wäre vom Auswärtigen Amte der Sache keine Bedeutung beigemessen und sie nicht an mich weitergegeben worden. Jenes Agrement hat also tatsächlich auf die Politik Deutschlands keinen Einfluß gehabt. Aber es beweist nachträglich, daß die angelsächsische Welt sich schon im Jahre 1897 gegen uns zusammengeschlossen hat, und deckt dadurch

manche Schwierigkeiten der deutschen Politik auf. Es erklärt auch die Haltung Amerikas während des Krieges.

Die Entente cordiale hingegen war uns mit allen ihren Gründen und Zielen bekannt und hat den Kurs unserer Politik bestimmend beeinflußt.

Es ergab sich für Deutschland aus der Gruppierung England, Frankreich und Rußland, also dreier sehr starker Mächte, nur eine politische Konsequenz: Die von außen drohende Entscheidung über die Zukunft Deutschlands mit Waffengewalt mußte vermieden werden, bis wir wirtschaftlich, militärisch, zur See und nationalpolitisch uns eine derartige reale Weltstellung erworben hatten, daß es unseren Gegnern ratsam erscheinen mußte, von dem Risiko machtmäßiger Entscheidung abzusehen und uns an der restlichen Aufteilung und der Bewirtschaftung der Welt den unserem Können entsprechenden Anteil zu lassen. Wir wollten und durften unseren mühsam erarbeiteten Wohlstand nicht aufs Spiel setzen. So entstand der Gegensatz: Die Ziele der Entente konnten nur durch einen Krieg, die Ziele Deutschlands nur ohne Krieg erreicht werden. An diesem Grundgedanken muß festgehalten werden, er ist entscheidender als alles Beiwerk. Deshalb gehe ich hier nicht auf Einzelheiten ein, nicht auf belgische oder andere Berichte, nicht auf die Telegramme kurz vor Kriegsausbruch. Die gründliche Bearbeitung dieser Einzelheiten ist Sache der Forschung.

Unsere Lage ist von uns richtig erkannt worden. Wir haben entsprechend gehandelt.

Wir haben uns, um wieder mit England zu beginnen, jede Mühe einer Annäherung gegeben, wir sind auf die Forderung der Flottenbaueinschränkung eingegangen, wie ich das bei dem Bericht über Haldane's Besuch in Berlin schon ausgeführt habe. Ich habe meine verwandtschaftlichen Beziehungen zu verwerten versucht. Es war vergeblich. Die Betätigung König Eduards VII. findet eine

einfache Erklärung darin, daß er eben Engländer war und die von seiner Regierung ausgegebenen Pläne zu verwirklichen trachtete. Der politische Ehrgeiz des erst in vorgerücktem Alter zur Regierung gelangten Königs mag hinzugekommen sein. Wir haben jedenfalls alles nur Mögliche getan, um England entgegenzukommen. Es war vergebens, denn die deutschen Ausfuhrziffern wuchsen. Wir konnten natürlich nicht unseren Welthandel einschränken, um England zufriedenzustellen. Das wäre denn doch zuviel verlangt gewesen.

Es wird bei Betrachtung unserer Politik England gegenüber vielfach getadelt, daß wir seiner Zeit das Bündnisangebot, das der englische Kolonialminister Chamberlain uns brachte, abgelehnt hätten. Diese Angelegenheit lag indessen bei näherem Zusehen ganz anders, als sie zunächst frisiert wurde. Erstens brachte Chamberlain einen Brief des englischen Premiers Lord Salisbury an Bülow mit, in dem der Premierminister erklärte, Chamberlain handele nur für sich, das englische Kabinett stehe nicht hinter ihm. Nun könnte man darin eine diplomatisch zulässige Form sehen, die dem englischen Kabinett, das ja vom englischen Parlament abhing, freie Hand ließ. Es hat sich aber später herausgestellt, das sei vorweg bemerkt, daß die liberale Gruppe in England damals einem deutsch-englischen Bündnisse ablehnend gegenüberstand. Weil es sich aber um eine diplomatische Form handeln konnte, nämlich, daß man Chamberlain vorschickte und dem englischen Kabinett, wie es in London so gern gemacht wird, vollkommene Freiheit des Handelns vorbehalten wollte, hat Bülow mit meinem Einverständnis doch ausführlich mit Chamberlain verhandelt. Dabei stellte sich einwandfrei heraus, daß die englisch-deutsche Vereinigung gegen Rußland gedacht war. Es wurde von Chamberlain direkt von einem dann zu führenden Kriege Englands und Deutschlands gegen Rußland gesprochen. Graf Bülow wies in vollem Einvernehmen mit mir die Störung des europäischen Friedens höflich, aber bestimmt zurück. Damit handelte er auch im

Sinne des großen Kanzlers. Denn Fürst Bismarck hat das Wort geprägt — ich habe es selbst im Bismarckschen Familienkreise wiederholt gehört: Deutschland dürfe niemals der Festlanddegen Englands werden. Wir haben also damals weiter nichts getan, als in konsequenter Linie unsere Politik durchgeführt, d. h. jedes Engagement abgelehnt, das zu einem Kriege führen konnte, der nicht unmittelbar der Verteidigung des Heimatbodens diente. Die Ablehnung des Chamberlainschen Angebots ist ein Beweis der deutschen Friedensliebe.

Frankreich gegenüber haben wir versucht, in ein leidliches Verhältnis zu gelangen. Das war schwer, denn wir galten ihm als der Erbfeind und die Forderungen der Revancheidee konnten von uns nicht erfüllt werden. Wir haben die Marokkodifferenz friedlich liquidiert; an Krieg um Marokko dachte kein maßgebender Mann in Deutschland. Wir haben es damals des lieben Friedens wegen hingenommen, daß Frankreich, gestärkt durch den mit England geschlossenen geheimen Austauschvertrag Ägypten-Marokko, über die sehr wesentlichen legitimen Interessen Deutschlands in Marokko hinwegging. Die Konferenz von Algeciras zeigte schon die Konturen des großen Krieges. Es ist gewiß nicht angenehm, politische Rückzüge, wie den in der Marokkoangelegenheit, antreten zu müssen; aber die deutsche Politik hat alles dem großen Gesichtspunkte untergeordnet, den Weltfrieden zu erhalten.

Wir haben es mit Höflichkeiten versucht, die uns zum Teil sogar übel genommen wurden. Ich erinnere nur an die Reise meiner Mutter, der Kaiserin Friedrich, nach Paris. Wir hatten eine leidliche Aufnahme erwartet, weil sie englische Prinzessin war und als Künstlerin zur französischen Kunst kam. Ich habe die Kaiserin Eugenie zweimal besucht, einmal von Aldershot aus in ihrem Schlosse Farnborough, das andere Mal auf ihrer Yacht in den norwegischen Gewässern bei Bergen. Diese Courtoisie erschien mir selbstverständlich, weil ich mich in ihrer Nähe befand. Als der französische General Bonnal mit einigen Offizieren in Berlin war, speisten die Herren beim

2. Garde-Regiment z. F. Ich nahm teil und brachte einen Trinkspruch auf die französische Armee aus. Das mag ungewöhnlich gewesen sein, aber es war von den besten Absichten getragen. Ich habe französische Künstlerinnen und Künstler herangezogen. Gewiß, das alles waren in der großen Politik nur kleine Hilfen, aber sie beweisen doch unseren guten Willen.

Mit Rußland habe ich mir die außerordentlichste Mühe gegeben. Meine inzwischen veröffentlichten Briefe sind natürlich nie ohne Wissen, sondern immer im Einvernehmen mit den Reichskanzlern abgegangen, vielfach auf deren Wunsch. Unter Alexander III. wäre Rußland wohl nie in einen Krieg gegen Deutschland eingetreten, denn er war zuverlässig. Kaiser Nikolaus war schwach und schwankend. Der Letzte, der bei ihm war, hatte recht, und der konnte ich natürlich nicht immer sein. Ich habe auch diesem Zaren gegenüber alles versucht, um die traditionelle Freundschaft zwischen Deutschland und Rußland wieder herzustellen. Dazu bewog mich außer der politischen Einsicht das Versprechen, das ich meinem Großvater auf dem Totenbette gegeben hatte. Ich habe dem Zaren Nikolaus wiederholt eindringlichst zu liberalen Reformen im Innern, zur Einberufung der sogenannten großen Duma geraten, die schon unter Iwan dem Schrecklichen existiert und funktioniert hat. Ich hatte damit nicht die Absicht, mich in innere russische Angelegenheiten zu mischen, sondern ich wollte im Interesse Deutschlands die Gefahren der inneren Gärung beseitigen, die oft schon aus den erwähnten Gründen der Ablenkung zu äußeren Konflikten geführt hatten. Wenigstens diese eine kriegsgefährliche innere russische Situation wollte ich beseitigen helfen. Ich konnte das um so eher versuchen, als dem Zaren und Rußland selbst damit ebenfalls gedient gewesen wäre. Der Zar hat nicht gehört, sondern er hat eine neue Duma geschaffen, die den Zweck gar nicht erfüllen konnte. Bei der alten Duma hätte er persönlich mit allen Vertretern seines weiten Reiches verhandeln und sprechen, ein Vertrauensverhältnis herstellen können.

Ich habe, als der Zar sich zum Kriege gegen Japan entschloß, ihm gesagt, daß ich ihm den Rücken freihalten und keinerlei Unbequemlichkeiten bereiten würde. Das hat Deutschland gehalten.

Als der Verlauf des Krieges nicht den Erwartungen des Zaren entsprach, die russischen und japanischen Heere sich schließlich ohne große Kampfhandlungen wochenlang gegenüber lagen, traf der jugendliche Bruder des Zaren, Großfürst Michael, zum Besuch in Berlin ein. Wir wurden nicht recht daraus klug, was er eigentlich wollte. Fürst Bülow, der damals Kanzler war, bat mich, den Großfürsten einmal zu fragen, wie es eigentlich mit Rußland stände; er, der Fürst, hätte schlechte Nachrichten, er glaube, es sei für Rußland höchste Zeit, Schluß zu machen. Ich übernahm den Auftrag. Der Großfürst war sichtlich erleichtert, als ich freimütig mit ihm sprach; er bestätigte, daß es für Rußland übel aussähe. Ich sagte ihm, mir schiene es, als ob der Zar bald Frieden schließen sollte, denn die mir vom Großfürsten geschilderte Unzuverlässigkeit der Truppen und des Offizierkorps schienen mir ebenso bedenklich wie die erneute Gärung im Innern. Großfürst Michael war dankbar dafür, daß ich ihm Gelegenheit gab, sich zu äußern. Er sagte, der Zar sei schwankend, wie immer, aber er müßte Frieden schließen und würde es auch tun, wenn ich dazu riete. Er bat mich, ihm in diesem Sinne einige Zeilen an den Zaren mitzugeben. Ich entwarf einen englischen Brief an Zar Nikolaus, ging zu Bülow, referierte über die Mitteilungen des Großfürsten und zeigte meinen Briefentwurf. Der Fürst bedankte sich und fand den Brief zweckmäßig. Der Großfürst unterrichtete den russischen Botschafter in Berlin, Grafen Osten-Sacken, und reiste, nachdem er sich wiederholt bedankt hatte, direkt zum Zaren, der dann die Friedensverhandlungen einleiten ließ. Graf Osten-Sacken sagte mir bei der nächsten Begegnung, daß ich dem Zaren und Rußland einen großen Dienst erwiesen hätte. Ich freute mich, daß dies anerkannt wurde, und durfte also hoffen, daß mein Verhalten zur Herstellung eines guten Ver-

hältnisses zu Rußland beitragen werde. Gleichzeitig beugte ich aber damit auch der Gefahr eines Übergreifens einer möglichen russischen Revolution während des russisch-japanischen Kriegszustandes über die deutschen Grenzen vor. Dank hat Deutschland dafür nicht geerntet, aber ein Beweis unserer Friedensliebe bleibt auch unser Verhalten während des russisch-japanischen Krieges.

In derselben Richtung bewegte sich mein Vorschlag, der zum Björkö-Abkommen führte (Juli 1905). Er sah ein Bündnis zwischen Deutschland und Rußland vor, zu dem den beiderseitigen Verbündeten sowie andern Staaten der Anschluß freistehen sollte. Die Ratifizierung scheiterte am Widerspruch der russischen Regierung (Iswolski-Gruppe).

Es bleibt noch übrig, über Amerika einige Worte zu sagen. Von dem schon erwähnten Gentleman's agreement abgesehen, das die prinzipielle Haltung Amerikas in einem Weltkriege auf Seiten Englands und Frankreichs festlegte, gehörte Amerika nicht zu der von König Eduard VII. auf Anordnung seiner Regierung geschaffenen Entente cordiale. Vor allem hat Amerika, soweit die Vorgänge sich bisher übersehen lassen, nicht bei der Herbeiführung des Weltkrieges mitgewirkt. Die unfreundliche Antwort, die Präsident Wilson der deutschen Regierung am Anfang des Krieges gab, mag mit dem Gentleman's agreement zusammengehangen haben. Es besteht aber kein Zweifel darüber, daß Amerikas Eintritt in den Krieg und vorher die gewaltigen Munitions- und überhaupt Kriegsbedarfslieferungen Amerikas an die Entente die Chancen der Zentralmächte, den Krieg durch die Waffen erfolgreich zu beenden, wesentlich beeinträchtigt haben.

Es ist aber geboten, auch Amerika gegenüber jede gefühlsmäßige Kritik zu vermeiden; man kann in der großen Politik nur mit realen Faktoren rechnen. Es stand Amerika (trotz dem Gentleman's agreement) frei, neutral zu bleiben oder auf unserer oder auf der andern Seite in den Krieg einzutreten. Man kann einem Staat nicht einen Vorwurf aus seiner souveränen Entschließung über Krieg

und Frieden machen, sofern nicht seine Entscheidung mit festen Verträgen in Widerspruch steht. Das ist hier nicht der Fall. Es muß aber doch erwähnt werden, daß John Kenneth Turner in seinem bereits erwähnten Buche »Shall it be again?« an der Hand umfangreichen Materials nachweist, daß alle Gründe Wilson's für Amerikas Eintritt in den Krieg Scheingründe waren, daß er vielmehr lediglich im Interesse der mächtigen Hochfinanz der Wallstreet handelte.

Der große Gewinn, den Amerika aus dem Weltkriege gezogen hat, liegt darin, daß die Vereinigten Staaten nahezu 50% des Goldes der ganzen Welt an sich ziehen konnten, so daß jetzt der Dollar an Stelle des englischen Pfund den Wechselkurs in der Welt bestimmt. Aber auch daraus ist keinerlei Vorwurf herzuleiten, denn auch jeder andere Staat, der dazu in der Lage gewesen wäre, hätte diesen Zuwachs an Gold und Prestige auf dem Weltgeldmarkte mit Freuden sich zugeführt. Für uns ist es gewiß bedauerlich, daß Amerika das Geschäft nicht auf Seiten der Zentralmächte machte.

Aber ebenso wie Deutschland mit vollem Rechte sich dagegen auflehnt, daß seine friedliche Arbeit von der Entente nicht mit friedlichen, sondern mit kriegerischen Mitteln bekämpft wurde, so kann und muß Deutschland auch (wie es in Publikationen schon versucht wird) gegen den amerikanischen Rechtsbruch bei dem Abschluß des Weltkrieges immer wieder protestieren. Ich persönlich bin nicht der Auffassung, daß das amerikanische Volk sich dazu hergegeben hätte; besonders die amerikanische Frauenwelt hätte das Verleugnen der 14 Punkte des Präsidenten Wilson nicht mitgemacht, wenn sie damals hätte aufgeklärt werden können. Amerika stand mehr als andere Länder unter dem falschen Eindruck der englischen Propaganda und hat deshalb den mit unerhörten Vollmachten ausgestatteten Präsidenten Wilson in Paris selbstherrlich handeln, d. h. seine 14 Punkte sich abhandeln lassen. Ebenso wie Herr Wilson die englische Blockade, gegen die er vorher protestiert hatte, nachher nicht mehr erwähnte, hat er es auch mit seinen 14 Punkten getan.

Die deutsche Regierung hatte die 14 Punkte Wilsons akzeptiert, obwohl sie schwer genug waren. Die Alliierten hatten die 14 Punkte ebenfalls angenommen, mit Ausnahme der Freiheit der Meere. Wilson hatte die 14 Punkte garantiert. Ich finde die wichtigsten von ihnen nicht im Versailler Instrument, sondern nur diejenigen, die dem Machtwillen der Entente entsprachen, und auch diese zum Teil noch stark verfälscht. Auf die Garantie Wilsons hin hat Deutschland die von ihm besetzten feindlichen Gebiete geräumt und seine Waffen abgegeben, sich also wehrlos gemacht. In dieser Vertrauensseligkeit und dem Fallenlassen der 14 Punkte durch Wilson auf der einen Seite und in dem Ausbruch der deutschen Revolution auf der andern liegt der Schlüssel zu unserer jetzigen Lage. Nach Turner sind die 14 Punkte schon bei Aufstellung der Waffenstillstandsbedingungen für Wilson nur noch ein Mittel gewesen, um Deutschland zur Waffenstreckung zu bringen. Sobald dieses Ziel erreicht war, habe er sie fallen lassen.

Ein sehr großer Teil des amerikanischen Volkes hat sich bereits gegen Herrn Wilson gestellt und wünscht nicht gleichzeitig mit ihm diskreditiert zu sein. Ich träume nicht etwa von einer spontanen Hilfe Amerikas für Deutschland, ich rechne nur mit der nüchternen Erkenntnis des amerikanischen Volkes, daß es die Riesenschuld seines damaligen Präsidenten an Deutschland wieder gutzumachen hat. Denn die Atmosphäre eines Sieges währt nicht ewig, und später wird man sich nicht nur in Deutschland, sondern auch anderswo in großen politischen Fragen an die Unzuverlässigkeit des amerikanischen Präsidenten erinnern und sie als amerikanische Unzuverlässigkeit in Rechnung stellen. Das liegt aber nicht im Interesse des amerikanischen Volkes. Die Belastung einer Staatspolitik mit dem Makel der Unzuverlässigkeit ist nicht vorteilhaft. Bei der späteren Beurteilung der amerikanischen Politik wird vergessen werden, daß der weltfremde Herr Wilson von Lloyd George und Clemenceau eingefangen worden ist. Ich habe, besonders bei den Kieler Wochen, viele Amerikaner und Amerikanerinnen kennen gelernt, deren

politische Einsicht und Weitsicht eine derartig flagrante Vertrauensverletzung, wie sie Herr Wilson beging, in Rücksicht auf das politische Ansehen Amerikas unmöglich billigen kann. Von diesen staatsegoistischen, nicht von irgendwie sentimentalen Rücksichten aus erhoffe ich von jenseits des Ozeans Erleichterung für unser Vaterland.

Zu diesem Unrecht der fallengelassenen 14 Punkte kommt hinzu, daß Herr Wilson als erster die Forderung des Rücktritts an das deutsche Herrscherhaus stellte, indem er durchblicken ließ, dem deutschen Volke werde dann ein besserer Friede gewährt werden. Bevor die Regierung des Prinzen Max sich die Forderung meiner Thronentsagung zu eigen machte mit der nämlichen Begründung wie Herr Wilson, daß Deutschland in diesem Falle bessere Bedingungen erhalten würde — die Vermeidung des Bürgerkrieges kam erst als zweites Druckmittel —, wäre es ihre Pflicht gewesen, sich irgendwie reale Garantien von seiten des Herrn Wilson zu verschaffen. Jedenfalls haben die Behauptungen, die immer dringender und drängender wurden, meinen Entschluß, außer Landes zu gehen, mit zur Reife gebracht, weil ich glauben mußte, meinem Vaterlande damit einen großen Dienst zu erweisen. Ich stellte meine und meines Hauses wahrlich nicht geringen Interessen zurück und überwand mich, allerdings unter den schwersten inneren Kämpfen, dazu, dem Wunsche der maßgebenden deutschen Stellen zu entsprechen. Es hat sich herausgestellt, daß die deutsche Regierung keinerlei reale Garantien besaß. Für mich mußte bei den damals sich überstürzenden Ereignissen die eindeutige und bestimmte Meldung des Reichskanzlers maßgebend sein. Deshalb habe ich auf eine Nachprüfung verzichtet.

Jetzt ist es klar, weshalb die Entente durch Herrn Wilson meinen Rücktritt forderte. Sie war sich vollkommen klar darüber, daß mit meiner Depossedierung militärische und politische Haltlosigkeit in Deutschland eintreten mußte, die es ermöglichte, nicht bessere, sondern härtere Bedingungen bei Deutschland durchzudrücken. Die Revolu-

tion war damals noch nicht als Helferin der Entente aufgetreten. Mein Verbleiben auf dem Throne würde also schon nach Ansicht der Entente für Deutschland vorteilhafter gewesen sein, als meine Thronentsagung. Ich selbst stimme dieser Auffassung der Entente zu, nachdem sich herausgestellt hat, daß die Regierung Max von Baden keinerlei substanziierte Unterlagen für ihre Behauptung hatte, meine Abdankung würde meinem Vaterlande vorteilhaftere Bedingungen bringen. Ich gehe noch weiter und sage, daß die Entente es überhaupt nicht gewagt hätte, einem intakten Deutschen Kaiserreiche derartige Bedingungen anzubieten. Einem Kaiserreiche gegenüber, dem nicht gerade im Endkampf um seine Existenz mit Hilfe deutscher Utopisten das parlamentarische System aufgezwungen gewesen wäre, dessen Monarchie nicht die Kommandogewalt über Heer und Flotte entwunden gewesen wäre, hätte man das nicht gewagt. Also auch in der Forderung meiner Abdankung seitens des Herrn Wilson unter Vorspiegelung besserer Bedingungen für Deutschland liegt eine schwere Schuld des amerikanischen Expräsidenten. Jedenfalls bietet sich auch hierin ein Ansatzpunkt für den gewaltigen Hebel, der den Vertrag von Versailles aus seinen Siegeln und Verschlüssen herausheben muß. In Deutschland sollte man aber niemals Herrn Wilson mit dem amerikanischen Volke verwechseln. –

Wenn ich im folgenden meine politischen Grundsätze darlege, so geschieht das ausschließlich, um die Beweisführung der deutschen Nichtschuld am Weltkriege stützen zu helfen.

Von meinem Regierungsantritt an ist die Grundlage der deutschen Politik auf den Ausgleich der vorgefundenen Gegensätze eingestellt worden. Die Gesamtanlage meiner Politik war also eminent friedlich. In der inneren Politik zeigte die von mir angestrebte Arbeiterschutz-Gesetzgebung diese friedliche ausgleichende Linie gleich zu Beginn meiner Regierung. Auf dem gleichen Grundsatz basierte der Aus-

bau der sozialen Gesetzgebung, die Deutschland in der staatlichen Fürsorge an die Spitze der zivilisierten Völker führte.

Der grundlegende Gedanke ausgleichender Politik führte im Innern so weit, daß bei der Armeestärke weit hinter der Möglichkeit zurückgeblieben wurde, die die allgemeine Wehrpflicht und die Bevölkerungszahl dem Deutschen Reiche boten. Hier, wie beim Flottenbau, wurden die Abstriche des Reichstages von der Krone und den Regierungen hingenommen. Damals schon blieb die Wehrhaftigkeit Deutschlands der Entscheidung der Volksvertretung überlassen. Ein Staat, der den Krieg wollte und vorbereitete, hätte eine ganz andere Taktik eingeschlagen.

Je deutlicher die Einkreisungs- und Angriffspolitik der Entente wurde, um so mehr hätte aus Gründen der Abwehr der Schutz unseres Wohlstandes gestärkt werden müssen. Dieser natürliche und pflichtmäßige Gedanke des Selbstschutzes im Sinne der Verteidigung für den Fall eines feindlichen Angriffs ist nur in kümmerlichem Maße zur Auswirkung gekommen.

Deutschlands Friedfertigkeit hat es in der Tat nicht zuwege gebracht, diesen Schutz zu Lande und zu Wasser seinem finanziellen und völkischen Können und dem Risiko entsprechend auszubauen, das ein Krieg für unseren Wohlstand mit sich bringen mußte. Wir leiden also jetzt nicht unter den Folgen einer uns angedichteten Angriffstendenz, sondern gerade unter den Folgen einer kaum glaublichen Friedensliebe und Vertrauensseligkeit.

Die ganz anders gearteten politischen Grundsätze der Entente habe ich schon ausgeführt, ebenso unsere unausgesetzten Anstrengungen, mit den einzelnen Ententeländern in gute Beziehungen zu kommen.

Ich möchte aber auch die Kleinarbeit nicht ganz unter den Tisch fallen lassen, die von Deutschland im Rahmen der großen Politik, immer mit dem gleichen Ziel des Ausgleichs bestehender Gegensätze, geleistet worden ist. Die Kieler Woche hat Gäste aus aller Herren Länder zu uns geführt. Auf dem neutralen Gebiete des Sports

wurde der Ausgleich ebenso von uns gesucht, wie auf dem Gebiete der Wissenschaft durch den Professorenaustausch. Ausländischen Offizieren wurde bereitwilligst Einblick in unsere Heereseinrichtungen gewährt. Man mag das letztere rückblickend als Fehler bezeichnen, aber dies alles sind doch untrügliche Beweise unseres ehrlichen Willens, mit Allen in Frieden zu leben.

Deutschland hat außerdem **keine** einzige der **Gelegenheiten benutzt**, die sich ihm boten, **um mit sicherer Aussicht auf Erfolg Krieg zu führen.**

Ich habe schon beim russisch-japanischen Kriege die wohlwollende Neutralität Deutschlands Rußland gegenüber hervorgehoben.

Wir hätten, als England im Burenkrieg stark engagiert war, gegen England oder aber gegen Frankreich fechten können, das damals auf die englische Hilfe hätte verzichten müssen. Wir haben es nicht getan. Ebenso hätten wir während des russisch-japanischen Krieges nicht nur gegen Rußland, sondern auch gegen Frankreich kämpfen können. Wir haben es nicht getan.

Neben der schon erwähnten Marokkokrisis, bei der wir Kriegsgedanken ablehnten, haben wir in der diplomatischen Überwindung der bosnischen Krise unseren Friedenswillen kundgetan.

Wenn man zusammenfassend diese ganz klaren politischen Vorgänge überblickt und die Äußerungen von Entente-Staatsmännern, wie Poincaré, Clemenceau, Iswolski, Tardieu und anderen heranzieht, so fragt man sich erschüttert, wie ein Friedensvertrag auf der Schuld Deutschlands am Weltkriege aufgebaut und durchgeführt werden kann. Dieser Fehlspruch wird vor dem Richterstuhl der Weltgeschichte nicht standhalten. –

Ein Franzose, Louis Guetant, Lyoner Delegierter des Verbandes für die Menschenrechte, hat kürzlich folgendes ausgesprochen:

„Betrachten wir einmal die Dinge ohne Vorurteil, in voller Unabhängigkeit und Offenheit, ohne uns darum zu kümmern, in

welches Lager der Zufall unserer Geburt uns verschlagen hat. Da drängt sich uns zuerst folgende Erwägung auf: Der Krieg von 1914 ist eine Folge des Krieges von 1870. Denn seit jenem Zeitpunkte hat uns, mehr oder weniger verhüllt, der Gedanke an die Revanche nicht mehr verlassen.

Den Krieg von 1870 aber hat die französische Regierung angestrebt und erklärt. Das französische Kaisertum hatte ihn ja so nötig, um gegen die inneren Schwierigkeiten und seine immer zunehmende Unbeliebtheit in der Öffentlichkeit anzukämpfen. Gambetta selbst, der wilde Tribun der Opposition, ruft aus: »Wenn das Kaisertum uns das linke Rheinufer verschafft, söhne ich mich mit ihm aus!« Es handelt sich also um einen Eroberungskrieg. Was die eroberten Völkerschaften dazu sagen werden, davon ist nicht die Rede. »Wir werden ihren Willen unter den unseren beugen«, so will es das Recht des Siegers!

Und nun sollte plötzlich die Gelegenheit hierzu Frankreich entschlüpfen. Angesichts der durch seine Kandidatur hervorgerufenen politischen Schwierigkeiten und Kriegsgefahren erklärt Prinz Leopold sich bereit, zurückzutreten. Das ist schlimm! Ohne Vorwand kein Krieg!

Es erging Frankreich, wie dem Milchmädchen in der Fabel mit dem zerbrochenen Topf, nur daß es statt: »Fahr wohl, Kalb, Kuh, Schwein, Hühnervolk« nun hieß: »Fahr wohl, blutiger Gewinn, Ruhm, Sieg, linkes Rheinufer, ja sogar Belgien«, denn dieses lag ja auch am linken Rheinufer, nach dem Frankreich trachtete. Nein, das wäre zu hart, die Enttäuschung wäre zu groß gewesen, die Gelegenheit mußte wieder herbeigeführt werden. Die ganze chauvinistische Presse, die ganze großsprecherische Sippe bemühte sich darum, und bald war ein Ausweg gefunden. Gramont, der Minister des Äußern, beauftragte den Botschafter Benedetti, König Wilhelm in Ems, wo dieser zur Kur weilte, aufzusuchen und von ihm ein schriftliches Versprechen zu fordern, daß für den Fall, daß Prinz Leopold über seinen

Verzicht anderen Sinnes werden sollte, er, Wilhelm, als Familienoberhaupt dagegen Stellung nehmen werde.

Der Verzicht des Prinzen Leopold wurde Frankreich in untadelhaft rechtskräftiger Form angezeigt und von der spanischen Regierung offiziell angenommen. Ein Zweifel über seine Echtheit konnte nicht bestehen. Trotzdem hetzten die Pariser Zeitungen fast ausnahmslos zum Kriege. Wer, wie Robert Mitchell im »Constitutionell«, seiner Freude über die Friedensaussichten Ausdruck verlieh und sich für befriedigt erklärte, wurde auf der Gasse beschimpft. Gambetta rief ihm zu: »Sie sind befriedigt?! Welch niederträchtiger Ausdruck!« Man raubte die Nummern seiner Zeitung aus den Kiosken, man tauchte sie in den Fluß und warf sie ihm ins Gesicht! Emile de Girardin schrieb ihm: »Die Gelegenheit ist einzig, unverhofft, wenn das Reich sie versäumt, ist es verloren!« Damals begann die Vorbereitung zum Kriege von 1914!"

Auch solche Stimmen, die weder in Frankreich noch in England vereinzelt sind, müssen immer wieder als Belege dafür herangezogen werden, daß wir nicht die Schuld tragen. –

Gewiß sind unsere politischen und diplomatischen Operationen im Laufe der Jahrzehnte nicht fehlerlos angelegt und durchgeführt worden. Aber wo Fehler von uns gemacht wurden, gingen sie doch stets aus der übergroßen Sorge um die Erhaltung des Weltfriedens hervor. Solche Fehler sind keine Schuld.

Ich betrachte z. B., wie ich bereits ausführte, schon den Berliner Kongreß als einen Fehler, denn er verschlechterte unser Verhältnis zu Rußland. Der Kongreß war ein Sieg Disraeli's, ein anglo-österreichischer Sieg über Rußland, der die russische Wut gegen Deutschland lenkte. Aber was ist nachdem nicht alles geschehen, um Rußland auszusöhnen! Ich habe es teilweise aufgezählt. Und die Absicht, die Fürst Bismarck mit dem Berliner Kongreß verfolgte, war, wie ich nachgewiesen habe, lediglich die Verhinderung eines allgemeinen großen Krieges.

Auch der Kanzler v. Bethmann Hollweg, der von mir die strikte Ordre hatte, den Frieden, wenn irgend möglich, zu erhalten, hat 1914 Fehler gemacht, er war staatsmännisch der Weltkrise in keiner Weise gewachsen. Man kann aber nicht, weil die Gegner unsere Fehler ausnutzten, uns die Schuld am Kriege zuschieben. Den Krieg wollte Bethmann verhindern, wie wir alle. Das geht schon daraus hervor, daß er in seinem politischen Beharrungsvermögen bis zum 4. August mit England in dem Irrglauben weiter verhandelte, er könne England aus der Entente heraushalten.

Ich erinnere bei dieser Gelegenheit auch an den Irrtum, in dem sich der deutsche Botschafter in London Fürst Lichnowsky befand. Bald nachdem er Botschafter geworden war, sagte sich König Georg zum Essen in der deutschen Botschaft an. Dem Beispiel des Königs folgte automatisch die erste Gesellschaft Londons. Der Fürst und die Fürstin wurden sehr ausgezeichnet und gesellschaftlich glänzend behandelt. Daraus schloß der deutsche Botschafter, daß unser Verhältnis zu England sich gebessert hätte, bis Sir Edward Grey ihm kurz vor dem Kriege kühl erklärte, der Fürst dürfe aus gesellschaftlicher Bevorzugung und persönlich guter Behandlung keine politischen Schlüsse ziehen. In dieser Äußerung offenbart sich der Unterschied zwischen dem englischen und dem deutschen Empfinden. Der Deutsche nahm gesellschaftliches Entgegenkommen als den Ausdruck politischen Entgegenkommens, weil der Deutsche gewohnt ist, Abneigung und Zuneigung auch in den äußeren Umgangsformen zum Ausdruck zu bringen. Er macht aus seinem Herzen keine Mördergrube. Der Engländer trennt diese Dinge, er hat eher ein Vergnügen daran, wenn der andere Form und Inhalt verwechselt, bzw. die Form als den Ausdruck der Gesinnung und politischer Ansichten ansieht. Vom englischen Standpunkte aus war die erwähnte Äußerung Sir Edward Grey's eine große Offenheit.

Die viel erörterte, von mir schon gestreifte Nichterneuerung des Rückversicherungsvertrages mit Rußland ist nicht als so einschneidend

anzusehen, daß sie Krieg oder Frieden beeinflußt hätte. Der Rückversicherungsvertrag hätte meines Erachtens das Rußland Nikolaus' II. nicht abgehalten, den Weg zur Entente zu gehen, unter Alexander III. war er überflüssig. Die Ansicht des Fürsten Bismarck, der russische Botschafter, Graf Schuwaloff, hätte wohl mit ihm, nicht aber mit seinem Nachfolger den Rückversicherungsvertrag erneuert, ist natürlich die ehrliche, subjektive Auffassung des Fürsten. Sachlich hält sie den damaligen beiderseitigen Erwägungen nicht stand. Der Unterstaatssekretär des Fürsten, Graf Berchem, z. B. hat sich in einem Bericht an den Fürsten amtlich geäußert, daß der Vertrag nicht erneuert werden könnte; also auch nicht durch Schuwaloff. Ich war der Ansicht, daß nicht der alte, sondern nur ein neuer, anders gearteter Vertrag möglich war, zu dessen Abfassung nämlich Österreich hinzugezogen werden mußte, ähnlich dem alten Drei-Kaiser-Verhältnis. Aber, wie gesagt, Verträge mit Nikolaus II. wären mir nicht unbedingt haltbar erschienen, zumal nachdem sich auch die Stimmung in der sehr einflußreichen russischen Generalität gegen Deutschland gewendet hatte.

Von der klaren Erkenntnis, daß Deutschland ausschließlich durch die Erhaltung des Weltfriedens zu der notwendigen realen Weltstellung und Weltgeltung gelangen konnte, war unser Handeln bestimmt worden. Dies wurde noch durch persönliche Momente unterstützt. Ich habe nie kriegerischen Ehrgeiz besessen. Mein Vater hatte mir in meiner Jugend furchtbare Schilderungen der Schlachtfelder von 1870 und 71 gegeben, ich spürte keine Neigung, solches Elend in riesenhaft vergrößertem Maßstabe über das deutsche Volk und über die ganze zivilisierte Menschheit zu bringen. Der greise Feldmarschall Graf Moltke, den ich hoch verehrte, hatte die prophetische Warnung hinterlassen: Wehe dem, der die Brandfackel des Krieges in Europa wirft! Und ein politisches Vermächtnis des großen Kanzlers war es für mich, daß Fürst Bismarck gesagt hat, Deutschland dürfe niemals einen Präventivkrieg führen, Deutschland sei saturiert.

So ergaben politische Einsicht, persönliche Anlage, die Vermächtnisse der beiden großen Männer Bismarck und Moltke und der Wille des deutschen Volkes, friedlicher Arbeit nachzugehen und sich nicht in Abenteuer zu stürzen, den Kurs der deutschen Politik auf die Erhaltung des Weltfriedens. Das, was in übelwollenden Kreisen über das Bestehen einer deutschen Kriegspartei gesagt worden ist, ist eine bewußte oder unbewußte Unwahrheit. Es gibt in jedem Lande Elemente, die in schweren Lagen aus ehrlicher Überzeugung oder aus weniger hohen Motiven den Appell an das Schwert befürworten, aber niemals haben solche Kreise Einfluß auf den Gang der deutschen Politik gehabt. Die Anschuldigungen besonders, die gegen den Generalstab erhoben worden sind, als habe er zum Kriege getrieben, sind gänzlich haltlos. Der preußische Generalstab hat in harter, treuer Arbeit seinem Könige und dem Vaterlande gedient und Deutschlands Wehr in langer Friedensarbeit stark erhalten, wie es seine Pflicht war, aber der politische Einfluß, den er ausübte, war gleich Null. Das Interesse an der Politik war bekanntlich in der preußisch-deutschen Armee nie besonders groß. Zurückblickend könnte man sogar sagen, daß es besser für uns gewesen wäre, wenn man sich in den leitenden militärischen Kreisen etwas mehr mit der auswärtigen Politik beschäftigt hätte.

Wie nun bei dieser ganz klaren Lage der Frieden von Versailles auf der Schuld Deutschlands am Weltkriege aufgebaut werden konnte, müßte als ein unlösbares Rätsel erscheinen, wenn man nicht inzwischen die ungeheuerliche Wirkung eines neuartigen Kriegsmittels hätte erkennen können, nämlich der großangelegten, mit Kühnheit und Skrupellosigkeit durchgeführten politischen Propaganda Englands gegen Deutschland. Ich kann mich nicht dazu verstehen, diese Propaganda mit Schlagworten, wie „Gemeinheit" usw. abzutun, denn sie ist eine Leistung, die man trotz ihrer widerlichen Art nicht unbeachtet lassen darf und die uns mehr Schaden getan hat, als

die Waffe des Gegners. Uns Deutschen ist ein solches Instrument der Unaufrichtigkeit, der Verdrehung und Heuchelei nicht sympathisch; es liegt dem deutschen Volkscharakter nicht. Wir bestreben uns, auch unsere Gegner mit der Waffe der Wahrheit zu überzeugen. Aber der Krieg ist eine harte Kunst; es kommt darauf an, zu siegen. Es ist ja auch nicht sympathisch, mit schweren Geschützen auf zivilisierte Menschen, auf schöne, alte Städte zu schießen, und dennoch mußte es von beiden Seiten geschehen. Wir hätten übrigens während des Krieges eine Propaganda so großen Stils wie unsere Gegner schon deshalb nicht entfalten können, weil diese den Rücken frei hatten, während wir umlagert waren. Die meisten Deutschen haben auch nicht die Gabe, eine Propaganda auf die verschiedene Mentalität der verschiedenen Nationen, auf die sie wirken soll, zuzuschneiden. Aber wie die Engländer uns mit ihrer furchtbaren Waffe der Tanks überlegen waren, der wir gleichartiges nicht entgegen zu stellen hatten, so waren sie es auch mit der sehr wirksamen Propagandawaffe. Diese Waffe wirkt auch jetzt noch fort, und gegen sie müssen wir uns noch immer und immer wieder verteidigen. Denn es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß der Fehlspruch von Versailles nicht mit der Schuld Deutschlands am Weltkriege hätte begründet werden können, wenn nicht die Propaganda vorher ihre Schuldigkeit getan und — z. T. mit Unterstützung der deutschen Pazifisten — die Hirne von über 100 Millionen Menschen so auf die Schuld Deutschlands eingestellt hätte, daß der Fehlspruch von Versailles vielen begründet erschien.

Inzwischen ist es anders geworden. Die Schranken zwischen den Völkern sind gefallen, und allmählich erwacht unter diesen die Erkenntnis, wie ihre Gutgläubigkeit irre geleitet worden ist. Die Reaktion wird vernichtend für die Urheber des Versailler Friedens sein, aber sie wird Deutschland helfen. Es ist wohl selbstverständlich, daß von den eingeweihten Staatsmännern, Politikern, Publizisten der Entente nicht ein einziger von der Schuld Deutschlands am Welt-

kriege wirklich überzeugt ist. Sie alle kennen die wirklichen Zusammenhänge. Und es haben sich gewiß noch niemals um ein einziges gemeinsames Geheimnis so viele Auguren angelächelt wie bei der Schuldfrage am Weltkriege. Man kann geradezu von einem Chor der Auguren sprechen. Das liegt mit daran, daß 28 Staaten gegen Deutschland im Kriege standen. Aber auch mit dem schlauesten Augurenlächeln wird am Ende nicht Weltgeschichte gemacht. Die Wahrheit wird ihre Bahn ziehen und damit wird Deutschland zu seinem Rechte kommen.

Die einzelnen Bestimmungen des Versailler Vertrages sind in sich gegenstandslos, weil sie weder von der Entente noch von Deutschland innegehalten werden können. Man kann ja schon seit Monaten beobachten, welche Schwierigkeiten nicht nur Deutschland, sondern auch den Siegern aus einem so überspannten Instrument erwachsen. In vielem ist der Vertrag schon durch die Entente selbst durchlöchert. Das hat einen sehr einfachen Grund. Es ist bei dem heutigen hochentwickelten Zustand der Welt, der auf einem freien, nur durch die Produktion selbst geregelten planmäßigen Austausch der materiellen und der geistigen Güter beruht, ganz unmöglich, daß sich irgendwo drei Männer hinsetzen — und mögen sie noch so hervorragend sein — und nun einer Welt paragraphierte Gesetze vorschreiben. Das aber besorgt der Versailler Vertrag nicht nur für Deutschland, sondern indirekt auch für die Entente und für Amerika; denn alle wirtschaftlichen Fragen sind nur beiderseitig, nicht einseitig zu lösen. Das Leben der Völker regelt sich stets und ganz besonders in unserem Zeitalter nicht nach Paragraphen, sondern einzig und allein nach den Bedürfnissen der Völker. Es kann durch Überspannung machtmäßiger Entscheidungen wohl vorübergehend den Völkerbedürfnissen Gewalt angetan werden; dann leiden aber beide Teile darunter. In diesem Stadium befindet sich die Welt augenblicklich. Solche Zustände können nicht von Dauer sein. Weder Geschütze, noch Tanks, noch Flugzeuggeschwader können sie verewigen.

Der Abbau ist deshalb im Beginnen; denn wenn der Friede von Versailles ein so einsichtiges, weltbeglückendes, tadelloses Instrument wäre, dann brauchte man sich nicht fortwährend zu neuen Konferenzen, Aussprachen, Zusammenkünften über dieses „wunderbare" Instrument zusammenzufinden. Die Notwendigkeit immer neuer Interpretationen liegt eben darin, daß die Bedürfnisse des Lebens hochkultivierter und zivilisierter Nationen bei der Redaktion des Friedens außer Acht gelassen wurden.

Man soll indessen nicht pharisäisch sein: bis zu einem gewissen Grade ist nach einem Weltringen um Leben und Tod die Überspannung der Bedingungen durch den obsiegenden Teil eine natürliche Folge des befreienden Gefühls, der Todesgefahr entronnen zu sein. Ich weiß trotzdem, daß Deutschland im Falle eines für uns glücklichen Kriegsausganges ganz andere, d. h. billige und erträgliche Bedingungen gestellt hätte. Die Friedensschlüsse von Brest und Bukarest — übrigens gar nicht mit dem von Versailles vergleichbar — können nicht gegen uns herangezogen werden. Sie wurden mitten im Kriege abgeschlossen und mußten uns Bedingungen einräumen, die uns bis zum Schlusse des Krieges sicherten. In einem allgemeinen Frieden hätte der Ostfriede ganz anders ausgesehen. Er wäre bei einem für uns glücklich beendeten Kriege von uns selbst revidiert worden. Damals, als er geschlossen wurde, war es notwendig, die militärischen Erfordernisse voranzustellen.

Aber die Aufklärung über den Fehlspruch von Versailles ist auf dem Marsche, und die Bedürfnisse des heutigen Völkerlebens werden für die Sieger und für die Unterlegenen ihre gebieterische Sprache sprechen.

Den Jahren schwerster Prüfung wird die Befreiung von einem Joch folgen, das einem großen, starken, ehrlichen Volke zu Unrecht aufgezwungen worden ist. Dann wird wieder jeder froh und stolz sein, daß er ein Deutscher ist.

Der Umsturz und Deutschlands Zukunft

Was unsere Feinde über mich sagen, ist mir gleichgültig. Ich erkenne sie als Richter über mich nicht an. Wenn ich sehe, wie dieselben Leute, die mir früher in übertriebenem Maße Weihrauch gestreut haben, mich heute mit Schmutz bewerfen, so kann ich höchstens ein Gefühl des Mitleids empfinden. Was ich aus der Heimat Bitteres über mich höre, enttäuscht mich. Gott ist mein Zeuge, daß ich immer das Beste für mein Land und mein Volk gewollt habe, und ich glaubte, daß jeder Deutsche das erkannt und gewürdigt hätte. Ich habe mich stets bestrebt, mein politisches Handeln, alles, was ich als Herrscher und als Mensch tat, in Übereinstimmung mit den Geboten Gottes zu halten. Manches ist anders gekommen, als ich wollte — mein Gewissen ist rein. Das Wohl meines Volkes und meines Reiches war das Ziel meines Handelns.

Mein persönliches Schicksal trage ich mit Ergebenheit, denn der Herr weiß, was Er tut und was Er will. Er weiß, weshalb Er mich diese Prüfung durchmachen läßt. Ich werde alles geduldig tragen und abwarten, was Gott weiter mit mir vorhat. Mich schmerzt nur das Schicksal meines Landes und meines Volkes. Mich schmerzt die harte Leidenszeit meiner deutschen Landeskinder, die ich — gezwungen, im Auslande zu leben — nicht mit ihnen tragen kann. Das ist der Schwertstreich durch meine Seele, das ist bitter für mich. Auch hier in der Einsamkeit fühle und denke ich nur für das deutsche Volk, wie ich durch Aufklärung und Rat bessern und helfen könnte. Auch herbe Kritik vermag niemals meine Liebe zu Land und Volk zu be-

einträchtigen. Ich bleibe den Deutschen treu, ganz gleichgültig, wie sich der Einzelne jetzt zu mir stellt. Denen, die im Unglück zu mir stehen, wie einst im Glück, bin ich dankbar. Sie helfen mich aufrichten; sie lindern das an mir zehrende Heimweh nach meiner geliebten deutschen Heimat. Die, die sich aus ehrlicher Überzeugung gegen mich stellen, kann ich achten. Die andern mögen sehen, wie sie vor Gott, ihrem Gewissen und der Geschichte bestehen. Ihnen wird es nicht gelingen, mich von den Deutschen zu scheiden. Ich kann Land und Volk immer nur als Ganzes sehen. Wie ich am 4. August 1914 bei der Reichstagseröffnung im Kaiserschloß zu Berlin sagte: „Ich kenne keine Parteien mehr, ich kenne nur noch Deutsche", so ist es geblieben.

Der Kaiserin hat der Umsturz das Herz gebrochen. Sie alterte vom November 1918 an zusehends und konnte den körperlichen Leiden nicht mehr die frühere Widerstandskraft entgegenstellen. So begann bald ihr Siechtum. Am schwersten trug sie das Heimweh nach der deutschen Erde, nach dem deutschen Volke. Trotzdem suchte sie noch mich zu trösten. –

Der Umsturz hat ungeheure Werte vernichtet. Er wurde in dem Augenblick durchgeführt, als der Daseinskampf des deutschen Volkes abgeschlossen werden sollte und alle Kräfte sich zum Wiederaufbau zusammenschließen mußten. Er war ein Verbrechen am Volke. Ich weiß sehr wohl, daß viele, die zur sozialdemokratischen Fahne standen, die Revolution nicht wollten. Auch einzelne sozialdemokratische Führer wollten sie zu diesem Zeitpunkte nicht; mancher von ihnen war bereit, mit mir zu arbeiten. Aber diese Sozialdemokraten haben es nicht verstanden, die Revolution zu verhindern; darin liegt ihre Mitschuld an den heutigen Verhältnissen. Dies um so mehr, als die Sozialistenführer den revolutionären Massen näher standen als die Vertreter des monarchischen Staates, also mehr Einfluß ausüben konnten. Aber die Führer hatten schon in der Vorkriegszeit den revolutionären Gedanken in die Massen getragen und gepflegt, und die Sozialdemokratie war seit jeher ein offener Feind der früheren, der monarchischen Staats-

form und strebte programmäßig nach deren Beseitigung. Sie hat Wind gesät und Sturm geerntet. Zeitpunkt und Art des Umsturzes ist auch manchen Führern nicht recht gewesen. Aber gerade sie haben in der entscheidenden Stunde die Führung den zügellosesten Elementen überlassen und haben ihren Einfluß zur Erhaltung des Staates nicht aufgeboten. Die Regierung des Prinzen Max mußte die alte Staatsform schützen. Sie hat ihre heilige Pflicht nicht erfüllt, weil sie sich in Abhängigkeit von den sozialistischen Führern begeben hatte, die bereits ihren Einfluß auf die Massen an die radikalen Elemente verloren hatten. Die Hauptschuld fällt also auf die Führung. Deshalb wird die Geschichte nicht die deutsche Arbeiterschaft mit dem Fluch des Umsturzes belasten, sondern deren Führer, soweit sie die Revolution gemacht oder nicht verhindert haben, und die Regierung des Prinzen Max von Baden. Die deutsche Arbeiterschaft hat sich unter mir im Felde glänzend geschlagen und auch zu Hause jahrelang für Munition und Kriegsgerät gesorgt. Das darf nicht vergessen werden. Später erst bröckelten Teile von ihr ab. Das war aber Schuld der Agitatoren und Umstürzler, nicht des anständigen, patriotischen Teiles der Arbeiterschaft. Die gewissenlosen Hetzer sind die wahrhaft Schuldigen an dem völligen Zusammenbruche Deutschlands. Das wird eines Tages auch von der Arbeiterschaft erkannt werden.

Die Gegenwart Deutschlands ist schwer. An der Zukunft des gesunden, starken Volkes zweifle ich nicht. Ein Volk, das einen so unerhörten Aufstieg genommen hat, wie das deutsche von 1871 bis 1914, eine Nation, die sich gegen 28 Staaten im Verteidigungskriege über vier Jahre erfolgreich behauptet hat, ist nicht vom Globus zu streichen. Die Weltwirtschaft kann uns nicht entbehren.

Um aber die Stellung in der Welt wieder zu erlangen, die Deutschland zukommt, darf man nicht auf Hilfe von außen warten oder rechnen. Sie kommt doch nicht. Höchstens wäre ein Helotentum erreichbar. Auch die Hilfe, die die deutsche Sozialdemokratie von

der internationalen erhoffte, ist ausgeblieben. Der internationale Programmteil der sozialistischen Lehre hat sich als ein furchtbarer Irrtum herausgestellt. Die Arbeiter der Entente sind gegen das deutsche Volk ins Feld gezogen, um es zu vernichten. Von internationaler Solidarität der Massen war nirgends eine Spur. Dieser Irrtum ist auch einer der Gründe des für Deutschland schlechten Kriegsausganges. Die englische und französische Arbeiterschaft war von ihren Führern richtig, d. h. national orientiert, die deutsche falsch, nämlich international.

Das deutsche Volk darf sich auf keinen anderen, sondern nur auf sich selbst verlassen. Wenn selbstbewußtes nationales Empfinden in alle Schichten unseres Volkes wiederkehrt, dann wird der Aufstieg beginnen. Alle Klassen der Bevölkerung müssen im nationalen Empfinden einig sein, wenn ihre Wege sich auch auf anderen Gebieten des staatlichen Lebens trennen mögen. Das ist die Stärke Englands, Frankreichs, ja der Polen. Dann wird auch das Gefühl der Zusammengehörigkeit aller Volksgenossen, das Bewußtsein der Würde unserer edlen Nation, der Stolz, ein Deutscher zu sein, und jene echt deutsche Ethik wiederkehren, die eine der geheimen Kräfte war, die Deutschland so groß gemacht haben. Deutschland wird wieder wie vor dem Kriege in der Gesellschaft der Kulturvölker die Rolle des Staates der größten Arbeitsleistung spielen. Es wird wieder in friedlichem Wettbewerb auf den Gebieten der Technik, der Wissenschaft und der Kunst siegreich vorangehen und nicht nur sich selbst, sondern allen Nationen der Erde das Beste bieten. Ich glaube an die Beseitigung des Fehlspruchs von Versailles durch die Einsicht der vernünftigen Elemente des Auslandes und durch Deutschland selbst. Ich glaube an das deutsche Volk und an die Fortsetzung seiner friedlichen Mission auf der Welt, die durch einen furchtbaren Krieg unterbrochen wurde, den Deutschland nicht gewollt, also auch nicht verschuldet hat.

Ende.

Anmerkungen und Register

(Vom Verlage zusammengestellt)

Druck von Breitkopf & Härtel in Leipzig

Im Verlag von K. F. Koehler in Leipzig

veröffentlichte

Kaiser Wilhelm II.

Vergleichende Geschichtstabellen von 1878 bis zum Kriegsausbruch 1914

*

Dieses streng objektive Tabellenwerk, dem der Kaiser kein Wort der Erläuterung hinzuzufügen brauchte, gibt einen erschütternden Beweis für Deutschlands Schuldlosigkeit am Ausbruch des Krieges. Unter der Wucht der Tatsachen werden diese Aufzeichnungen, die der Kaiser zunächst nur für sich selbst niederschrieb, zur Anklageschrift gegen die wahrhaft Schuldigen, die das deutsche Volk auf Grund der niederträchtigsten Lüge der Weltgeschichte in die Sklavenfesseln von Versailles gezwungen haben. Die Geschichtstabellen sind auch in einer

Volksausgabe

erschienen, die es allen Kreisen des deutschen Volkes ermöglicht, sich diese wertvolle wissenschaftliche Arbeit zu beschaffen. Die Tabellen bilden die Grundlage der Erinnerungen, sie gehören in die Bücherei jedes deutschen Hauses, wo sie nicht nur als wichtiges Dokument den kommenden Geschlechtern überliefert, sondern auch als Nachschlagewerk und zum eigenen Studium benutzt werden sollen.

Expertise

zur Frage nach dem tatsächlichen Ablauf der zweiten „*Wiederherstellung der Einheit Deutschlands*“ nach 1871

Der wohl beste Weg komplexe Strukturen zu durchschauen und zu verstehen scheint eine chronologische Aufbereitung der entsprechenden Ereignisse zu sein. Nur informierte Bürger neigen dazu, die richtige Entscheidung treffen zu können.

Auf der Basis der bereits am 17.07.2023 erstellten Kurz-Expertise und einem "Gespräch" mit ChatGPT – *das Fragen aufkommen ließ* – sehe ich mich genötigt, nunmehr einen „*Blick in die Bücher*“ zu werfen und substantiierter auszuführen. Der Knackpunkt scheint, neben unzähligen Fehlern, Vergehen und Verbrechen, im Zusammenhang mit dem „*Mauerfall*“ und dem „*Einigungsprozess*“, besonders der 17.07.1990, der 29.09.1990 und selbstverständlich der 03.10.1990 zu sein. Ersterer läßt sich aus den Büchern nicht entnehmen, wie auch Genschers „*UN-Anmeldung*“ vom 03.10.1990 – *die ebenfalls Fragen aufwerfen darf* –, und wird lediglich durch den Zeugen Niemeyer beschrieben. Der 29.09.1990 jedoch wird von den Russen anders „*bewertet*“ oder „*interpretiert*“, so ChatGPT, als von der westlichen „*Wertegemeinschaft*“. Diese Problematik und weitere sollten sich in der folgenden schlichten Übersicht klären und bestmöglich aufarbeiten lassen.

Zuletzt werden neben umfangreichen Erweiterungen hiermit ebenfalls eigene Fehler behoben, ohne dabei ausschließen zu können, daß dabei neue eingebaut werden, was insoweit bitte zu eigenen Recherchen anregen möge.

Zur Vorlage oder als Anlage gegenüber der Rechtspflege, Landräten und vor allem Bürgermeistern.

Anm.: *Erweiterung Hugo Preuß, Genehmigungsschreiben zum Grundgesetz, Genehmigte Fassung des Bonner Grundgesetzes, Plebiszit, Fazit und Abkürzungen (u.a. m.w.N., vgl. Anlage A1). Hamburg, den 31.07.2023*

Anm.: *Erweiterung um Grenzvertrag vom **14.11.1990** ohne Befragung der Polen und Gesamtdeutschen selbst und anders als in der Präambel niedergeschrieben gerade unter Mißachtung von Helsinki 1975 und Paris 1990. Nachtrag zum Interview zwischen SWR und Merkel v. 06.06.1990 zum Trick bzgl. dem Ländereinführungsgesetz, den 24./26.08.2023*

Zur Erinnerung

„*Es waren nicht **Hitler oder Himmler**, die mich verschleppt haben, geschlagen und meine Familie erschossen haben.*

*Es waren der **Schuster**, der **Milchmann**, der **Nachbar**, die eine Uniform [Macht] bekamen und dann glaubten, sie seien die Herrenrasse [**NAZI**sten].*“ – Karl Stoika, Auschwitzüberlebender

Divina Commedia (Göttliche Komödie) ca. 1307-1321; Inferno Canto III: Dante Alighieri;

Straff interpretiert respektive übersetzt: „*Neutralisten, Normopathen, Systemlinge, Regimelinge sind im Himmel und selbst in der Hölle nicht willkommen, denn **selbst Sünder schauen auf sie herab**.*“, Hinz, Alias MatrixHacker, Büdelsdorf den 15.03.2016

Datum	Rechtsakt, statt Akt des Rechtes	Wirkung / Quelle / Detail
22.07.1913	Unterzeichnet auf der Hohenzollern-Privat-Yacht; **§ 37 RuStAG** versperrt den Weg zum BuStAG, da **§ 26 BuStAG** anders nicht zu umgehen war/ist. Folge: Entweder-Oder (StA **ODER** Kolonie) und die **mittelbare Reichsangehörigkeit** ließ sich noch über **Art. 3 RVerf.** „***gemeinsames Indigenat***“ ableiten.	**Zweifachstatus**, da zusätzlich zu einer **Bundesstaatenangehörigkeit** eine **Bundesangehörigkeit** oben drauf kam, die m.W.v. 01.01.1914 insoweit wegfiel, daß diese lediglich indirekt aus Art. 3 RV abzuleiten war. **RGBl. 1913 Nr. 46 S. 583 ff. †**
12.08.1919	Mit Inkrafttreten der WRV entfällt jeder Status der Bundesstaaten, denn Hugo Preuß macht diese unlegitimiert zu „***deutschen Ländern***“.[1)] *„Allerdings hatte sich im Verfassungsausschuß bei der zweiten Lesung vereinzelter Widerspruch geltend gemacht, weil die Bezeichnung ‚Land‘ den ‚staatlichen‘ Charakter in Frage stelle; wenn man aber die* ***Länder*** *nicht mehr als* ***Staaten*** *anerkenne,* ***so falle damit der bundesstaatliche Charakter des Reiches, und es werde zum Einheitsstaat.***“ Folge: Statuslos **ODER** (RoStAG) „***unmittelbare Reichsangehörigkeit***“, die gemäß **Art. 278 VV**[2)] zur „***unmittelbaren*** ***deutschen*** ***Reichsangehörigkeit***“ werden mußte. **Wahlvolk versus RoStAG?** Verhält es sich mit diesen **Staatsverträgen**, wie mit denen der DDR und dem Vatikan ab 1929? **Überleitung?**	Ab 14.08.1919, zeitgleich tritt die BV in Kraft. Aus dem RuStAG wurde ein krankes RoStAG ohne Heimatboden. **Vorbereitung für VV, WRV und Hitler** (Lösener). Vgl. RGBl. 1918 Nr. 153 (Nr. 6528) S. 1303; Akten der Reichskanzlei, **BArch.:** R 43 / 2479 Bl. 2-5, Anl. 13 u. Erwiderung Bl. 8-9 [1)] vgl. dazu „***Reich und Länder***“ – „*Bruchstücke eines Kommentars zur Verfassung des Deutschen Reiches*“ – Dr. **Hugo Preuß**, 1928, aus dem Nachl. d. Verfassers, bzgl. I.-IV. „*Reich*“ u. „*Kaiser*“ S. 1-23 (Präambel) u. bzgl. VI. „*Reich*“, „*Bund*“, „*Länder*“ S. 26-28; [2)] vgl. dazu auch Rede Gustav Bauer v. 23.06.1919 zur Antwort auf Note bzgl. Ablehnung der **Art. 227-230 VV**: **Zustimmung oder Krieg!** (s.a.A1. S. 13)
05.02.1934	RGBl. I Nr. 14 S. 85 erzeugt als **zweite Verordnung** zum **Staatsgrundgesetz** über den „***Neuaufbau des Reichs***“ RGBl. I Nr. 11 S. 75 eine **jur. Fiktion** einer **unmittelbaren** „***deutschen Staatsangehörigkeit***“.	Der Erfinder Dr. Lösener bezeichnete diese „***Hitlerangehörigkeit***“ bereits 1943 als „***historische Verordnung***“ und „***politische Waffe gegen die Deutschen***“. Die **Waffe-StAG!**
05.03.1946	Befreiungsgesetz (BefrG) stellt den Besitz der „***Hitlerangehörigkeit***“ unter Strafe, so ersucht wurde. **Das Befreiungsgesetz ist der Anknüpfungspunkt im Art. 139 GG („“) und ist bis dato und entgegen Glaubenssätzen und zweifelhaften Maßnahmen zur Abschaffung desselben fortdauernd aktiv.**	E. Schullze v. 1947 über BefrG v. 05.03.1946 (vgl. Art. 139 GG, für Bayern: „***Gesetz zur Befreiung von [NAZIsmus gemäß Potsdamer Abkommen,] Nationalsozialismus und Militarismus***“ v. 05.03.1946 i.d.F.v. 01.01.1993, BayBS III S. 223, BayRS IV S. 446; www.blz.bayern.de bearbeitet v. K. Stollreither, ab 2009 v. Dr. S. Martin, **Stand 01.11.2017**)
18.10.1948	Urentwurf Präambel zum Bonner Grundgesetz: ***„Die nationalsozialistische Zwingherrschaft hat das deutsche Volk seiner Freiheit beraubt; Krieg und Gewalt haben die Menschen in Not und Elend gestürzt. Das staatliche Gefüge der in Weimarer geschaffenen*** *[Reichs]* ***Republik wurde zerstört. Dem deutschen Volk aber ist das unverzichtbare Recht auf freie Gestaltung seines nationalen Lebens geblieben. Die Besatzung Deutschlands*** *[Einheit der Bundesstaaten]* ***durch fremde*** *[Assoziierte]* ***Mächte hat die Ausübung dieses Rechtes schweren Einschränkungen unterworfen. […]“*** (Anm.: **Alle Führer** brauchten Krieg, bluten sollten dessen „*Unterthanen*“)	**BArch.:** Z 5 / 127, Bl. 96-135 (Drucks. Nr. 203). Parla. Rat (Entwürfe) S. 1-15 vgl. dazu auch „*1939 Der Krieg der viele Väter hatte*“, ISBN 978-3-95768-170-6 od. **Kanzlerrede in Danzig v. 19.09.1939** zum **Blutaugust 1939**; denn „***es ist nicht wichtig wer zuerst geschossen hat, sondern was dem ersten Schuss vorausging***“. Das Außen wirkte innen! **23.**08.1939 Hitler-Stalin-Pakt **25.**08.1939 Art. 1 Beistandspakt **England** **27.**08.1939 **Bromberger Blutsonntag** 30.08.1939 geh. Kommandosache Korpsbefehl „*für den Angriff*“ ü.d.p.G. **01.**09.1939 Nachts 4:45 Uhr XVII.A.K.
10.11.-05.12.1948 13.12.-18.12.1948	Der **Parla. Rat** stellt u.a. fest, daß „***die Bundesangehörigkeit noch nicht geregelt ist und es vorläufig nur [§ 2] die deutsche Staatsangehörigkeit*** *gibt*“ und empfiehlt daher von „*Staatsangehörigkeit zu sprechen*“ (Nr. 4 Art. 16 S. 142) oder schlicht „*Deutschen*“ (Nr. 4 Art. 11 S. 140).	**BArch.:** Z 5 / 127, Bl. 323-330 (Drucks. Nr. 291: Art. 138-149); Z 5 / 128, Bl. 1-3 (Drucks. Nr. 301: Art. 138a-149). **BArch.:** Z 5 / 128, Bl. 168-208 (Drucks. Nr. 370 Teil A: Art. 1-85). ISBN 3-7646-1945 Nr. 2 u. Nr. 4

12.05.1949	**Genehmigungsschreiben zum Grundgesetz** *„2. Indem wir [**Fremdmächte**] dazu zustimmen, daß diese Verfassung [Grundgesetz] dem **Deutschen Volk** [Teilvolk] zur **Ratifikation gemäß der Bestimmungen des Artikels 144 (1)** unterbreitet wird, sind wir überzeugt, daß Sie verstehen werden, daß wir [**Fremdmächte**] **verschiedene Vorbehalte machen müssen**.“*, vgl. WRV Bauer u. Schmid	**BArch.:** PA 5/Umdruck Nr. S. 71a. Maschinenschr. Vervielf. Drucks. Eines von Robertson, Koenig und Clay gez. Schreiben vom 12. Mai 1949[1];
23.05.1949	Genehmigte Fassung des Bonner Grundgesetzes *„Der Zusammenbruch des **Dritten Reichs** hatte ein verfassungsrechtliches Vakuum hinterlassen, für **den als Völkerrechtssubjekt** fortbestehenden [**Bundes**[1]]Staat gab es aber keine "Stunde Null". Deutschland[[2]] musste nicht neu gegründet, sondern lediglich **reorganisiert** und **rekonstitutionalisiert** werden (Hillgruber in: HstR, Bd. II, § 32 Rn. 6). Mit der **Errichtung der Bundesrepublik** wurde hiernach nicht ein neuer westdeutscher Staat gegründet, sondern ein **Teil Deutschlands**[[2]] **neu organisiert und neu konstitutionalisiert**.“*[3], womit auch die Siegermacht USA[3] wissentlich gegen international anerkanntes Völkerrecht und wohl auch gegen US-Militärrecht (heute 11.3, 11.4, 11.5) verstießen. *„Die Bundesrepublik versteht sich also – entgegen der landläufigen Redeweise – nicht als »Rechtsnachfolger« des Deutschen Reiches[[1]], sondern ist als Staat **identisch** mit dem [ewigen Bunde] **1867** zunächst als Norddeutscher Bund gegründeten [**bezeichnete**] und **seit 1871** als Deutsches Reich bezeichneten deutschen [Bundes]Staat[[1]] – bis 1990 in Bezug auf seine räumliche Ausdehnung allerdings nur **teilidentisch**, weil territorial begrenzt (vgl. BVerfGE 36, 1 [16]; 77, 137 [150, 154 ff.]; Frowein VVDStRL Bd. 49, 1990, S. 25).“*	**Teilreorganisation III. Reich** [1]) *„Kaiserreich“, „Bismarckreich“, „Zweites Deutsches Reiches“*, **Verfassungsbündnis v. 1871** des *„ewige[n] Bund[**es**]“*, zum **Schutz des Rechtes** im *„**Bundesgebiete**“* [2]) ***n. 1945 alles Drittes Reichs*** [3]) vgl. Carlo Schmid, SPD Rede v. 1948; Hopfauf in: Schmidt-Bleibtreu/Hofmann/ Henneke, Einleitung s.u. S. 8 Rn. 7; vgl. Dr. Friedrich Berbers Lehrbuch des Völkerrechts, 5. Kapitel S. 132 *„Die räumlichen Schranken des Kriegsrechts“* Bd. II § 25 *„Die kriegerische Besetzung“*, Kriegsrecht 1975; vgl. auch Bd. I § 57 *„Völkermordkonvention“* v. 09.12.1948 u. Bd. II § 20 *„Zwang“* u. *„Organ“*, Friedensrecht 1969; [4]) FORTY-FIRST CONGRESS Sess III CH. 61-62 p. 416 ff. s.a. 1874 [5]) Hopfauf in: Schmidt-Bleibtreu/ Hofmann/Henneke, Einleitung s.u. S. 8 Rn. 8 **Großer Kommentar zum GG v. Schmidt-Bleibtreu u.a. ist das Standardwerk für Studierende**
	Art. 23 GG **a.F.** lautete: *„Dieses Grundgesetz gilt zunächst im Gebiet der Länder Baden, Bayern, Bremen, **Groß-Berlin**, Hamburg, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein, Württemberg-Baden und Württemberg-Hohenzollern. **In anderen Teilen Deutschlands** ist es nach deren Beitritt in Kraft zu setzen.“*, kein Betritt mehr möglich, dann nur n. 146 GG	Blieb unbereinigt wirksam bis 17.07.1990 (nur Zeuge Niemeyer), bzgl. Saarland und Baden-Württemberg. Dagegen könnte der Einigungsvertrag v. 29.09.1990 sprechen. **Es bleibt jedoch bei der** *„deutschen Staatsangehörigkeit“*. **BGBl. III, 102-2 = RGBl. I 1934 Nr. 14 S. 85** m.W.a. 2000 **10 J. n.** *„Einigung“* **Teilwegfall**
02.12.1949	Schreiben Botschaftsrat a.D. Theodor Kordt an Ministerialdirigent Blankenhorn (ehem. NSDAP und rechte Hand Adenauers); Anlage (Gutachten) zum *„**asymptotischen Friedenszustand**“* weitergeleitet an Adenauer am 10.12.1949. **Putativfrieden ohne Vertrag!** https://www.bitchute.com/video/t4PVZafjqM7c/	**BArch.:** B 10 (Abt. 2), Bd. 1709 Anlage bereits in DzD II/2, S. 824-828 *„Die Besatzungsmächte, die die ‚supreme authority‘ weiter ausüben, die ja auf Kriegsrecht beruht. Bei Einführung des ‚**asymptotischen Friedenszustandes**‘ werden sich die Besatzungsmächte darauf berufen, **dass das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland nur im Zusammenhang mit dem Besatzungsstatut gültig ist.**“*
22.02.1955	Ausschlagung der *„**Hitlerangehörigkeit**“* möglich.	§§ 18 I, 19 I u. II BGBl. I 1955 Nr. 6 S. 6 7 v. 22.02.1955
18.09.1973	134. **UN Beitritt BRD** und **133.** UN Beitritt DDR	https://unric.org/de/mitgliedstaaten/
09.11.1989	Das **deutsche 9/11** als Soros Farbrevolution 1.0	Vorbereitet 1983-**88**
24.02.1990	Gespräch Kohl – Bush im Camp David (**Scrowcroft**) *„**Grenzfrage**“* und *„**Art. 23 GG und Berlin**[*]“*; *„Europa gewinne eine neue Dimension.“*; *„**Bis zum 31. Dezember 1992 werde die Europäische***	**BArch.:** BK, 21 – 30100 (56) Ge 28 (VS) Bd. 80, Bl. 113-118. – Vermerk des VLR I Kaestner, 27. Februar 1990. Erste von 2 Ausfertigungen. Az. 212 – 30132 A 5 – Am 15/4/90. Geheim. – Mit Vorlage

	Gemeinschaft *[EG]* ***den großen*** *[neuen]* ***Markt vollenden.***“; *„[…] Europäischen Parlament müßten wesentlich mehr nationale Kompetenzen übertragen [werden; vgl. späteren* ***Art. 23 GG n.F.****,* ***EU-§*** *zur Überleitung der Machtverhältnisse v. Berlin nach Brüssel oder laut ChatGPT ‚****EU-Beitrittsartikel****‘]“; „[…]* ***endgültige Grenzregelung einem Friedensvertrag vorbehalten*** *[…] er [****Kohl****]* ***von einem Friedensvertrag*** *mit Deutschland [?]* ***überhaupt nichts halte****.“; „Auch im polnischen Interesse müsse es liegen, daß eine* ***völkerrechtliche Entscheidung über die Grenze in Form eines Vertrages*** *[vgl. Weigel b. Schlesier-Treffen] zustande komme, den eine* ***gesamtdeutsche Regierung aushandele*** *und ein* ***gesamtdeutsches Parlament ratifiziere****. Er – der Bundeskanzler [****Kohl****] – könne hingegen nur für die Bundesrepublik Deutschland handeln, und* ***dies sei bereits geschehen****.“; „Präsident [H.W.] Bush betont die* ***amerikanische Entschlossenheit****, auch in Zukunft* ***involviert zu bleiben****.“*	des MD Teltschik über Chef BK an den Bundeskanzler (Az. 212 – 30132 A 5 – Am 15/4/90. Geheim): *„Hier lege ich einen Vermerk über o. a. Gespräch vor. Ich erbitte Ihre Zustimmung, daß die Bundesminister des Auswärtigen und der Verteidigung auszugsweise unterrichtet werden.“* Hs. Von Bundeskanzler Kohl vermerkt: *„Teltschik“*, zur auszugsweisen Unterrichtung der Bundesminister *„Ja“*. - Gesprächsdauer: 14:30 bis 17:00 Uhr. *) vgl. dazu Vierseitiges Abkommen, unterzeichnet am 3. September 1971 im Gebäude des Alliierten Kontrollrats in Berlin (United Nations/Nations Unies. Treaty Series/Recueil des Traités. Treaties and international agreements registered or filed and recorded with the Secretariat of the United Nations/Traités et accords internationaux enregistrés ou classés et inscrits au répertoire au Sécretariat de l'Organisation des Nations Unies. Vol. 880, 115-142; Bulltin. Sonderausgabe. Nr. 127. 3. September 1971, 1360-1365). Erklärung der Bundesregierung, 3. September 1971, und weitere ergänzende Dokumente ebd, 1359, 1366-1396.
12.03.1990	**Gespräch Kohl mit Rüstungskontroll-Beobachtungsgruppe des US-Senats** *„Er – der Bundeskanzler [****Kohl****] – sei* ***gegen eine Demilitarisierung und Neutralisierung*** *[vgl. Finland u. Schweiz] eines geeinten Deutschlands [ohne Ostdeutschland].* ***Es solle nicht aufgegeben werden, was in 40 Jahren*** *[BRD]* ***aufgebaut worden sei:*** *Das gelte auch für unsere Mitgliedschaft in NATO[W] und EG. Der* ***Weg über Art. 23 GG*** *[Betritt] sei zudem kein ‚****Anschluß****‘, wie dies immer wieder im Hinblick auf* ***Österreich 1938*** *insinuiert werde.* ***Es handle sich um eine*** *[putativ]* ***freie Entscheidung, die von der DDR*** *[nicht Mitteldeutschen]* ***zu treffen sei.****“; „****Senator Bumpers*** *führte aus, in den USA sei die Grenzfrage von besonderer Wichtigkeit und ihre Regelung werde die Lage beruhigen [vgl. Berber].* ***Am wichtigsten*** *im Zusammenhang mit der* ***Vereinigung Deutschlands*** *[de facto* ***BRD v. 1949 + DDR v. 1949****] sei für die USA die Mitgliedschaft in der* ***NATO****[W]. Er frage sich, wie miteinander vereinbart werden könne, daß einerseits die SU sich evtl. mit einer solchen Mitgliedschaft einverstanden erklären könne,* ***andererseits sich der vermutliche Gegenkandidat*** *[****Lafontaine****]* ***des Bundeskanzlers*** *[****Kohl****]* ***bei den Wahlen im Dezember für einen Austritt aus der NATO*** *ausspreche.“; „Der Bundeskanzler [****Kohl****]* ***unterstrich****, er sei* ***zu keinem Preis*** *dazu bereit, den* ***Austritt*** *Deutschlands [****BRD****]* ***aus der NATO****[W] in Kauf zu nehmen.“*	**BArch.:** BK, 212 – 30132 A 5 Am 23 Bd. 4. - Undatierter Vermerk des VLR Westdickenberg. VS-NfD. – Mit der Vorlage des MD Teltschik (mit Stempel: Hat AL 2 vorgelegen; unterzeichnet: *„Hartmann“*) über Chef BK an Bundeskanzler mit der Bitte um Billigung, 13. März 1990. Hs. von Bundeskanzler Kohl vermerkt: *„Teltschik erl.“* – Gesprächsdauer: 11:00 bis 12:00 Uhr (Anlage nach Terminkalender des Bundeskanzlers).
18.03.1990	*„Die Mehrheit der DDR-Bürgerinnen und -Bürger* ***wählte die Parteien****, die den* ***Beitritt nach Artikel 23*** *[a.F.] favorisierten.“* Es *„gewann“* mit 5.544.414 von 12.426.192 Stimmen (44,6 v.H.) das Drei-Parteien-Bündnis *„Allianz für Deutschland“* (**AfD**) aus CDU, Demokratischem Aufbruch und Deutscher Sozialer Union (DSU) mit insgesamt 48 Prozent. **Keine Mehrheit für Anschluß**	Keine **informierte Entscheidung** der DDR Bürger! Verblendung durch Kohls *„****blühende Landschaften****“*!!!
09.04.1990	*„Im ARD-Brennpunkt wird die DDR-Bevölkerung zu den*	

	Erwartungen an die Regierung befragt und der neue DDR-Ministerpräsident Lothar de Maizière vorgestellt.“; **Fazit:** „***uns geht es beschissener als zuvor***“	https://deutsche-einheit-1990.de/die-regierung-de-maiziere/
12.04.1990	Grundsätze der Koalitionsvereinbarung zwischen den Fraktionen der CDU, der DSU, dem DA, den Liberalen (FDP, BFD, F.D.P.) und der SPD. „*1. Die Regierung wurde am 12. April 1990 von der Volkskammer gewählt und konstituierte sich am selben Tage[-].*“ selbst. (vgl. Regierungsbilanz v. 02.10.1990)	**BArch.:** DA 1/19101 (pdf) https://deutsche-einheit-1990.de/wp-content/uploads/BArch-DA1-19101.pdf https://deutsche-einheit-1990.de/wp-content/uploads/regierungsbilanz.pdf https://webarchiv.bundestag.de/volkskammer/dokumente/protokolle/1002.pdf
19.04.1990	Non-paper der Regierung der UdSSR [Nr. 250] „*Es fällt auf, daß der Entwurf des genannten Dokuments [1. Staatsvertrag BRD-DDR] sowohl in seiner Form als auch in seinem Sachgehalt eher an ein **Ultimatum** erinnert als an einen Vertrag zwischen zwei gleichberechtigten Seiten: **Er sieht eine vollständige und unverzügliche Abtretung der Souveränität der DDR im Finanz-, Wirtschafts- und Sozialbereich an die BRD vor.***“; „*Sehr bemerkenswert ist auch, daß ein solcher Vertrag, wie in seiner Präambel festgestellt wird, zum ersten bedeutenden Schritt in Richtung auf die **staatliche Einheit der Deutschen auf der Grundlage des Artikels 23 des Grundgesetzes der BRD** werden soll. Damit wird allein schon die **Möglichkeit einer** Vereinbarung der DDR und der BRD auf **gleichberechtigter Grundlage** **durchkreuzt**. Statt dessen wird eine rechtliche Basis für die faktische **Einverleibung der DDR** geschaffen.*“	**BArch.:** BK, 212 – 35400 De 39 NA 2 Bd. 3. – Vom Sprachdienst des Auswärtigen Amtes überprüfter Übersetzungstext. – Inoffizielle Übersetzung mit Vorlage des MDg Hartmann an LSAD und GL 42, 19. April 1990 (BArch.: B 136/21664, 222 – 35023 Wä 1 Bd. 2): „*Anliegend übersende ich ein Non-Paper, das mir heute der sowjetische Geschäftsträger überreicht hat. Überprüfung der Übersetzung durch den Sprachdienst des Auswärtigen Amtes ist von mir veranlaßt. Zusatz Herrn LSAD: Chef BK bittet Sie um eine kurze Vorlage zu dem sowjetischen Papier*“, hs. Ergänzt: „***Sofort auf den Tisch!***“.
25.04.1990	**Attentat auf Oskar Lafontaine** „***Den Wahlkampf 1990 entschied nicht Helmut Kohl für sich, sondern das Messer der Adelheid.***“, MatrixHacker, Rendsburg 22.01.2019 um 00:21 Uhr	„*Am 25. April 1990 wurde **Lafontaine** bei einem **Wahlkampfauftritt** in **Köln-Mülheim** von der psychisch kranken **Adelheid Streidel** mit einem **Messerstich** nahe der Halsschlagader **lebensgefährlich verletzt.***“, Wikipedia v. 23.07.2023
05.05.1990	2+4 Runde 1 in Bonn	2+4 **Beamtenrunden** nicht enthalten
06.06.1990	**SWR Interview mit Angela Merkel**; „***Wir** [MdVK] haben geltende Verfassung und **mit dieser** [DDR] **Verfassung** ist es **nicht möglich** den **Staatsvertrag abzuschließen**. **Wir** [MdVK] wollen aber keine Übergangangsverfassung, von der Sie eingangs sprachen, die lehnen **wir** [MdVK] ab, den **Staatsvertrag** können **wir** [MdVK] aber **nur** verabschieden mit einer Verfassung, die auch **rechtlich kompatibel** mit dem Staatsvertrag ist. Insofern müssen **wir** [MdVK] bestimmte Dinge dort ändern und deshalb muß **man** [MdVK] sich **bestimmte Tricks** oder bestimmte Verfahren überlegen, wie **man** [MdVK] mit möglichst wenig Änderung **trotzdem den Staatsvertrag verabschieden** kann.*“	https://www.swr.de/swr2/wissen/archivradio/aeltestes-angela-merkel-interview-im-swr-archiv-ddr-regierungssprecherin-unter-lothar-de-maiziere-100.html Oder https://t.me/BuStAG/1501
22.06.1990	2+4 Runde 2 in Berlin	
06.07.1990	1. Verhandlungsrunde zum Einigungsvertrag „*Protokoll des Bundesministeriums des Inneren von der ersten Verhandlungsrunde zum Einigungsvertrag vom 8. Juli 1990.*“; „***MP de Maiziére** sprach sich dafür aus, die **Verhandlungen bis Ende August** und das **Ratifikations-verfahren noch im September** abzuschließen.*“, 2. Abs. 2 S. 4 (6042/6)	**BArch.:** DC 20 / 6042, pag. 3-9 (pdf) https://deutsche-einheit-1990.de/wp-content/uploads/BArch_DC-20_6042_pag-3-9.pdf **BArch.:** DC 20 / 6032, pag. 167-170 https://deutsche-einheit-1990.de/wp-content/uploads/BArch_DC-20_6032_pag-167-170.pdf

17.07.1990	2+4 Runde 3 in Paris mit **Löschung des Art. 23 GG** durch US-Außenminister **James Baker III.** (+Polen)	Löschung (s.Niemeyer) des wichtigen ~~Geltungsbereich des Grundgesetzes~~ UN-M49 Code
01.08.-03.08.1990	DDR-Verhandlungsdelegation – 2. Runde in Berlin/O **BK Merkel bereits dabei!** *„Ergebnisprotokoll aus den Akten des Arbeitsstabs Deutsche Einheit zu den* ***Verhandlungen zum Einigungsvertrag****“* vom 06.08.1990	https://deutsche-einheit-1990.de/wp-content/uploads/BArch_DC-20_6033_pag-211-213.pdf https://deutsche-einheit-1990.de/wp-content/uploads/BArch_DC-20_6033_pag-224-228.pdf
13.08.1990	Sondierungsgespräch mit den Drei Westmächten bzgl. Stationierung (West u. Berlin); *„GB und USA nehmen eine (offensichtlich abgestimmte)* ***kompromißlose Haltung*** *ein, die sich im Verlauf der Gespräche verhärtete.“*	**BArch.:** B 86 (Ref. 503), Bd. 1869 oder AzAP 1990 Bd. II Nr. 260 S. 1114
16.08.1990	Sondierungsgespräch mit den Drei Westmächten bzgl. Stationierung (West u. Berlin); ***„Rein sprachliche Veränderungen im Aufenthaltsvertrag[7] (z.B. Entfernung des besatzungsrechtlichen Zungenschlags in der Präambel) hielten GB und USA zwar für denkbar. Ein Abbau ihrer Vorrechte werde aber in beiden Ländern unmittelbare innenpolitische Konsequenzen haben und die grundsätzliche Bereitschaft zur Stationierung in Deutschland schwächen. Es sei besser, die Zahl der Truppen weiter zu reduzieren, als ihren Status zu verändern.“***	**BArch.:** B 86 (Ref. 503), Bd. 1869 oder AzAP 1990 Bd. II Nr. 260 S. 1114 [7]) vgl. BGBl. II 1955 S. 253-255
20.08.1990	DDR-Verhandlungsdelegation – 3. Runde in Bonn **BK Merkel bereits dabei!**	https://deutsche-einheit-1990.de/wp-content/uploads/BArch_DC-20_6033_pag-214-216.pdf
23.08.1990	Die DDR-**Volkskammer beschloss den Beitritt der Volkskammer** (vgl. dazu Rede MdB Gregor Gysi v. 18.03.2015 im BT) zum möglicherweise bereits weggefallenen „*Geltungsbereich des Grundgesetzes*“ putativ m.W.z. 03.10.1990. **294 JA, 62 NEIN, 7 Nieten** der 363 anwesenden Abgeordneten (73,5 v.H., 400); **Historische Rede des MdV Wolfgang Ullmann:** *„Wie dem ersten Staatsvertrag kann ich dem zweiten Staatsvertrag, dem sogenannten Einigungsvertrag, meine Zustimmung nicht geben. Da diese Ablehnung in der Öffentlichkeit als Ablehnung der deutschen Einheit diffamiert [stigmatisiert] wird, bin ich genötigt, meine* ***Gewissensfreiheit als Abgeordneter*** *durch folgende Erklärung zu wahren.* ***Ich lehne beide Staatsverträge ab****, weil sie der deutschen* ***Einheit*** *nicht dienen,* ***sondern*** *ihr* ***schaden****. Sie tun das, weil sie* ***verfassungswidrig****,* ***sozial schädlich*** *und* ***verantwortungswidrig*** *sind, der politischen Kultur, der Demokratie,* ***in einem entscheidenden Moment deutscher Geschichte schweren Schaden zugefügt haben****. Sie sind* ***verfassungswidrig****, weil das* ***Grundgesetz****, dessen Maßstäben wir uns hier ausdrücklich unterstellen,* ***nur einen Weg zur Vereinigung der deutschen Länder*** *[vgl. WRV; auf den Bundesstaaten]* ***kennt****, den durch die* ***verfassungsgebende Gewalt des Volkes selbst****, durch die* ***Praxis der demokratischen Selbstbestimmung****, durch* ***freie Entscheidung der Bürger und Bürgerinnen*** *[also nicht des Gesetzgebers] zu neuer praktizierter, politischer, sozialer und kultureller Gemeinsamkeit.* ***Bis jetzt ist auf dem Weg dieser beiden Staatsverträge alles getan worden, die Praxis solcher Selbstbestimmung unmöglich zu machen.*** *Dem Versuch der neuen und auch der erneuerten politischen Kräfte, sich durch eine* ***neue Verfassung*** *eine neue Grundlage für Selbstbestimmung und Gleichberechtigung im neuen Deutschland zu verschaffen, wurde der Weg verlegt. In der* ***Präambeländerung****, wie sie der zweite Staatsvertrag [Einigungsvertrag] für das [Berliner] Grundgesetz vorsieht,* ***wird völlig grundlos die Behauptung aufgestellt, die sich in der DDR erst konstituierenden Länder hätten ihr Selbstbestimmungsrecht schon ausgeübt****; man stützt sich dabei auf die Behauptung, diese Selbstbestimmung sei in der Wahl vom 18.03.*	Formal wurde kein **Beitritt** der DDR durch Volkskammer beschlossen, sondern lediglich nachträglich dahingehend handschriftlich abgeändert. Volkskammerbeschluß v. 22.08.1990 https://webarchiv.bundestag.de/volkskammer/dokumente/protokolle/1030.pdf#page=1&view=Fit https://deutsche-einheit-1990.de/deutsche-einheit/der-einigungsvertrag Primärquelle z. Ullmann-Rede unten z. Thema „*Einigungsprozess*“ vgl. dazu **Plebiszit 1949 mit 1990** und *„Wir haben hier doch* ***nur einen Schuppen****, einen Notbau, und einem Notbau gibt man nicht die Weihe, die dem festen Hause gebührt. Fälschen wir nicht den Charakter dieses Werkes, indem wir es zur Volksabstimmung stellen, bringen wir, indem wir ihm eine* ***Sanktionierung minderen Rechts*** *geben, zum Ausdruck, dass es* ***keine Verfassung*** *ist.*“, Dr. Carlo Schmid, SPD m.B.a. (Parl. Rat, Bd. 9, S. 597; *Stern* Staatsrecht, Bd. V, S. 1338; Dreier/*Dreier* Art. 144 Rn. 7 m.w.N.). **Provisoriumsargument** Hopfauf in: Schmidt-Bleibtreu/Hofmann/Henneke, Art. 144 S. 3372 Rn. 8)

	ausgeübt worden. ***Als ob eine Wahl das selbe sei, wie die Abstimmung nach Art. 20 Grundgesetz.*** *Dies* ***Abstimmungsrecht*** *ist bisher* *nicht* *praktiziert worden und es besteht die* ***Gefahr****, daß die herrschenden Mehrheiten eine Politik betreiben es* ***als erledigt anzusehen****. Dies gilt umso mehr als* ***Art. 23 des Grundgesetzes politisch handlungsfähige Länder voraussetzt****, die der Bundesrepublik [dem ‚Geltungsbereich des Grundgesetzes', da LKO] beitreten, die in der DDR aber noch gar* *nicht* ***existieren*** *und durch die Art ihrer finanziellen Ausstattung, die Beschneidung ihrer politischen Handlungsfähigkeit* ***auch in Zukunft diesen Status nicht erreichen werden****, ganz zu schweigen von der verfassungsrechtlichen Enormität, daß diese sich* ***bildenden Länder Abgeordnete entsenden und selbst keine Vertretung mehr haben****, zwischen dem 3. Oktober und dem 14. Oktober. Ich schließe mit der persönlichen Bemerkung, daß ich als ein Vertreter der Bürgerbewegung des vorherigen Herbstes, es* ***zutiefst beklage****, daß dieser Vorgang in einem politischen Klima sich vollzieht, die es mir nur erlauben meiner* ***demokratischen Gesinnung treu zu bleiben****,* ***indem ich diese beiden Staatsverträge ablehne****.*", **exzellent!**	
24.08.1990	1. Verhandlungsrunde zum Abzugsvertrag der SU	Vgl. dazu DIE EINHEIT, Dok. 143 bzw. DEUTSCHE EINHEIT, Dok. 398
25.08.1990	1. Verhandlungsrunde zum Abzugsvertrag der SU	
31.08.1990	2. Verhandlungsrunde zum Abzugsvertrag der SU	**BArch.:** B 14 (Ref. 201), Bd. 151221 oder AzAP 1990 Bd. II Nr. 286 S. 1222
31.08.1990	Deutscher Assoziierungsvertrag (Einigungsvertrag) – zwischen BRD und DDR über die **Liquidation der DDR** auf dem Hoheitsgebiet BRD (Art. 116 GG, vgl. Geltungsbereiche Konkordate Preußen u. Reich). Der Vertrag legte das Datum der Fusion (03.10.1990) fest. *„**Der Liquidationsvertrag** – Rezension der Bundestags-**drucksache 11/7760**: **Kein Vertrag** über eine Einigung, sondern die **Einigung über einen Vertrag** – **Irgendwann werden wir für diesen politischen Konstruktionsfehler zu zahlen haben** – Von Ulrich K. Preuß*", **taz**. Vom 14. 09.1990 https://taz.de/!1752202/ https://dserver.bundestag.de/btd/11/077/1107760.pdf https://dserver.bundestag.de/btd/11/073/1107350.pdf	Ab 29.09.1990 Liquidation der DDR https://deutsche-einheit-1990.de/wp-content/uploads/BArch_DC-20_6010_pag-1-47.pdf JöR n.F. Bd. 1 (1951) S. 217 ff.; zum Außerkrafttreten des Art. 23 gemäß Art. 4 Ziff. 2 Einigungsvertrag siehe Amtliche Begründung - **Denkschrift - zum Einigungsvertrag** (BT-Drucks. 11/7760, S. 355 ff.); Erläuterungen zu den Anlagen zum Einigungsvertrag (BT-Drucks. 11/7817 und BT-Drucks. 11/7831); Amtliche Begründung - **Denkschrift - zum Staatsvertrag über die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion** (BT-Drucks. 11/7350, S. 97 ff.); Stern/Schmidt-Bleibtreu, Einigungsvertrag und Wahlvertrag mit Vertragsgesetzen, Begründungen, Erläuterungen und Materialien, 1990.
01.09.1990	2. Verhandlungsrunde zum Abzugsvertrag der SU **Nr. 286 S. 1223 Fn. 11:** „*Bundesminister Genscher erklärte dem sowjetischen Botschafter Terechow am 4. September 1990, er habe Bundeskanzler Kohl am selben Tag ‚auf großes Interesse an Paraphierung deutsch-sowjetischen Vertrages hingewiesen und BK überzeugt zu paraphieren (**statt Brieflösung**). Er bäte die SU jedoch, die Paraphierung unter den Parteien vorzunehmen, die auch den Vertrag schließen werden, nämlich die Bundesrepublik und die Sowjetunion. Die Unterzeichnung könnte dann nach dem 3. Oktober 1990 stattfinden; auf **Terechows Einwurf** nach der **Rolle der DDR** präzisierte BM, daß die DDR beigetreten sein **werde**, während das Rechtssubjekt Bundesrepublik Deutschland*) fortbesteht.' Vgl. die Gesprächs-aufzeichnungen; B 1 (Ref. 010), Bd. 178924.*" „***allerdings sei noch nicht entschieden, ob die SU in Berlin*** *[nicht Groß-Berlin]* ***die gleichen Rechte*** *[keine Pflichten?]* ***wie USA, GB und F genießen werde. Ich erkläre, daß für die SU-Truppen in Berlin auf jeden Fall eine besondere***	**BArch.:** B 14 (Ref. 201), Bd. 151221 oder AzAP 1990 Bd. II Nr. 286 S. 1222-1224 *) vgl. ständige Rechtsprech. BVerfG fortbestand Bundesgebiet Völkerrechts-subjekt DR/ewiger Bund; stets nur ein Subjekt auf einem Raum (Boden) möglich

	Nichterhöhungsklausel im Vertrag (entsprechend der Regelung für USA, GB und F) erforderlich sei. K. stimmte dem zu (gesonderter Vertragsartikel). *“*	
06.09.1990	Kohl an Genscher (persönlich) zur Wehrpflicht *„Da Du ja in der Zwischenzeit* ***familiär mit der Bundeswehr verbunden*** *bist*[4]*, wird es Dir sicherlich möglich sein, in Erfahrungen zu bringen, wann Deine Äußerungen auf eine Abschaffung der Wehrpflicht und damit in eine Berufsarmee hinauslaufen. Daß Herr* **Möllemann** *[verstorben worden?] in gewohnter Weise* ***Deinem Denken bereits 3 Monate voraus*** *ist, erstaunt mich nicht.“*	Sammlung Bundeskanzler a.D. Dr. Helmut Kohl **oder** AzAP 1990 Bd. II Nr. 290 S. 1235-1236
05.09.-07.09.1990	Besuch saarländischer MP Lafontaine in Washington D.C.; vermutlich am 06.09.1990 Gespräche im US-Kongreß und am 07.09.1990 ein *„40-minütiges Gespräch mit Präsident Bush“* Sr. **Fn. 5:** *„Gesandter von Nordenskjöld, Washington, berichtete am 8. September 1990, der saarländische Ministerpräsident Lafontaine habe bei seinen Gesprächen im amerikanischen Kongreß dargelegt, ‚wenn es gelänge, neue integrierte Sicherheitsstrukturen, z.B. einen europäischen Truppenverband, zu schaffen, dann könne man überlegen, wie USA und Sowjetunion daran beteiligt werden könnten. Die Grundlage seiner Überlegungen sei, ob die zukünftige europäische Verteidigung noch auf der Basis nationaler Territorialarmeen oder aber übergreifender globaler Strukturen organisiert werden solle. Er habe zunächst sich für nationale Strukturen ausgesprochen, doch sei er jetzt mehr von übergreifenden Strukturen im Sinne der strukturellen Nichtangriffsfähigkeit überzeugt.‘ Das Mitglied im amerikanischen Repräsentanten-haus, Kanjorski, habe dagegen gefordert: ‚* ***Der US-Haushalt werde ab sofort durch die*** *[selbst erzwungene]* ***Golfaktion mit zusätzlichen 4 Mrd. US-Dollar pro Monat belastet. Wenn davon nicht die Hälfte bis ein Drittel von der Bundesrepublik und Japan*** *[Achsenmächte]* ***übernommen werde, müßten wir mit einer sehr negativen Reaktion rechnen.*** *‘“*	**BArch.:** B 5 (Ref. 012), Bd. 150209 Vgl. Drahtbericht Nr. 3293 oder AzAP 1990 Bd. II Nr. 292 S. 1239 Fn. 5
12.09.1990	2+4 Runde 4 in Moskau mit Unterzeichnung des **4+2** Vertrages durch **6 Parteien** (nicht 5).	gemäß Artikel 9 *„Dieser Vertrag* ***tritt*** *für das* ***Vereinte Deutschland****, die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, die Französische Republik, das Vereinigte Königreich [...] und die Vereinigten Staaten [...] am* ***Tag der Hinterlegung der letzten Ratifikations- oder Annahme-urkunde*** *durch diese Staaten* ***in Kraft****.“, am 15.03.1991*
20.09.1990	Ratifizierungsabstimmungen BRD & **DDR** *„Am 20. September 1990 stimmen Volkskammer und Bundestag dem Vertrag zu.* ***Neun Tage später tritt der Vertrag in Kraft.*** *“*	DDR Volkskammer: 299 JA, 80 Nein, 1 Enthaltung; BRD Bundestag: 440 JA, 47 Nein, 3 Enthaltungen. https://deutsche-einheit-1990.de/wp-content/uploads/Volkskammer-der-DDR_20-09-2015.pdf https://deutsche-einheit-1990.de/wp-content/uploads/BArch_DC-20_6062_pag-185.pdf
21.09.1990	BRD Bundesrat stimmte einstimmig zu.	
29.09.1990	Liquidation der DDR, **IG Farben AG erst 2012!!!**	**DDR aufgelöst!**

	*„Betr.: **Inkraftsetzung des Einigungsvertrages** mit der DDR […] Am Samstag, den 29. September 1990, haben die Bundesregierung und die Regierung der DDR durch entsprechende Noten einander mitgeteilt, daß die erforderlichen innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten des Einigungsvertrages[1] erfüllt sind. **Damit ist dieser am 29. September 1990 in Kraft getreten.**“*	**BArch.:** BK, 132 – 35400 De 12 NA 5 Bd. 33. – Mitverfasser: MR Germelmann. Az. 221 – 34905 Ve 69. Vorlage über Chef BK zur Unterrichtung. Kopien: AL 1, AL 2, AL 3, AL 4, AL 5. Abgezeichnet: ‚Bu[sse] 1.10.‘“ **DzD Deutsche Einheit 1989/90** Nr. 430 S. 1553
01.10.1990	Erklärung […] zur **Aussetzung der Wirksamkeit** der Vier-Mächte-Rechte und **-Verantwortlichkeiten** *„Erklären [in New York], dass die **Wirksamkeit ihrer Rechte und Verantwortlichkeiten** in bezug auf Berlin und Deutschland als Ganzes **mit Wirkung vom Zeitpunkt der Vereinigung Deutschlands** [03.10.1990] **bis zum Inkrafttreten des Vertrags über die abschliessende Regelung** [15.03.1991] in bezug auf Deutschland [Bundesstaaten] **ausgesetzt** wird. Als Ergebnis werden die **Wirksamkeit der entsprechenden, damit zusammanhängenden vierseitigen** [nicht eins, zwei, drei] **Vereinbarungen, Beschlüsse und Praktiken und die Tätigkeit aller entsprechenden Einrichtungen der Vier Mächte** ab diesem Zeitpunkt der Vereinigung Deutschlands **ebenfalls** ausgesetzt.“*	*„Die gem. Art. 7 I erfolgten Veränderungen im Innenverhältnis der vier Mächte bewirken im Außenverhältnis gegenüber Deutschland automatisch seine volle Souveränität. Dies wird in Art. 7 II ausdrücklich klargestellt: ‚Das **vereinte Deutschland** hat demgemäß volle Souveränität über seine inneren und äußeren Angelegen-heiten.‘[.] In dieser Vorschrift, die der Souveränitätserklärung im Deutschlandvertrag nachgebildet ist[77], haben erste Kommentatoren die zentrale Regelung des Vertrags-werkes gesehen. **Art. 7 I kommt aber nur deklaratorische Wirkung bei.** Die Souveränität eines Staates kann sich nicht aus Erklärungen anderer Staaten herleiten, sondern ergibt sich aus dem **Faktum seiner effektiven Unabhängigkeit**.[78]“*, Blumenwitz, NJW 1990, Heft 48 S. 3047
03.10.1990	Einigungsvertrag mit Vorbehalten und **Reaktivierung des Besatzungsstatuts** auf „*freiwilliger*“ Basis und Beginn der „***Aussetzung der Wirksamkeit der Vier-Mächte-Rechte und -Verantwortlichkeiten***“ bis zum 15.03.1991 (p. fehlende Ratifikationsurkunde DDR).	Bonner wird zum Berliner GG „*GG agiert ausschließlich innerhalb des Besatzungs-statut*“, putativ nun erst ohne **Art. 23 GG a.F.**.
03.10.1990	**Putativ-UN-Anmeldung** zum **erneuten** **134. UN Beitritt BRD**, nun als „***Groß-BRD***“ durch Herrn Genscher[NSDAP], mit der **UN geführten Bezeichnung** „*Deutschland*“, bei Vergabe des neuen **UN-M49 Code 276**[*)] und **Sonder-Staatenschlüssel 000** für „*Deutschland*“ (PA AA, Zwischenarchiv, Bd. 257754.).	UN-Res. 335 v. 22.06.1973 *) bis 02.10.1990 BRD 280 und DDR 278 https://unstats.un.org/unsd/methodology/m49/ https://archiv.diplo.de/arc-de/das-politische-archiv/das-besondere-dokument/deutsche-einheit-und-vereinte-nationen/1434106
12.10.1990	Attentat auf Wolfgang Schäuble	
13.10.1990	Hinterlegung der Ratifikations Annahme- oder Genehmigungsurkunde durch die BRD (nicht **DDR**)	15.03.1991; BGBl. II 1990, S. 1317 AA-Vertragssammlung Bd. 70 A 873
25.10.1990	Hinterlegung der Ratifikations Annahme- oder Genehmigungsurkunde durch die USA	15.03.1991; BGBl. II 1990, S. 1317 AA-Vertragssammlung Bd. 70 A 873
14.11.1990	**Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen über die Bestätigung der zwischen ihnen bestehenden Grenze**, mithin Verschenkung der Ostgebiete ohne Abstimmungen, ohne abgeschlossener Hinterlegung der Ratifizierungsurkunden der **4+1** sowie **Zerstörung der Argumente für die Anwendung des Art. 23 GG a.F.**.[*)]	https://isap.sejm.gov.pl/isap.nsf/download.xsp/WDU19920140054/O/D19920054.pdf *) Zu den Entschließungen des Bundestages und der Volkskammer zur deutsch-polnischen Grenze v. **21.06.1990**, vgl. Dok. 169 Anm. 5.
16.11.1990	Hinterlegung der Ratifikations Annahme- oder Genehmigungsurkunde durch UK	15.03.1991; BGBl. II 1990, S. 1317 AA-Vertragssammlung Bd. 70 A 873

15.01.1991	Mettenheim an Kastrop: „*Betr.* ***Deutsche Einheit und vatikanische Konkordatspolitik***“; „*1) Die deutsche Einheit hat die Frage der* ***Geltung*** *des* ***Reichskonkordat von 1933***[5] *und des* ***preußischen Konkordats von 1929***[6] *[d.h. Preußen existiert] für das Gebiet der ehemaligen DDR [nicht Staats~] zum Gegenstand aktueller Diskussion in der katholischen Kirche gemacht.*“	**BArch.:** B 26 (Ref. 223), Bd. 173611 oder AzAP Bd. I Nr. 13 S. 34 [5]) RGBl. II 1933 S. 679-690 vom 20.07.1933 **III. Reich** mit **Heiligem Stuhl** (**S**ancta **S**edes, Heiliger Sitz, vgl. „*Reichsführer **S**ancta **S**edes*“) [6]) Preuß.GS 1929 S. 152-160
23.01.1991	Gespräch **Kohl** mit „***Präsidenten von B'nai B'rith International, Schiner***“; „*Präsident Schiner gratuliert dem Bundeskanzler*[4] *zu[r] Wiederwahl.*[5] *Er selbst sei erst seit 90 Tagen im Amt*[6] *und habe –* ***aufgrund des Rates seiner Vorgänger*** *–* ***großen Wert darauf gelegt****, seine erste Reise außerhalb der USA nach Deutschland [Groß-BRD] zu unternehmen und den* ***engen Gesprächskontakt*** *mit der Bundesregierung und dem Bundeskanzler* ***persönlich weiterzuführen****. Der Bundeskanzler würdigt diese Bereitschaft und weist auf die bereits* ***bestehende gute Zusammenarbeit****, auch mit der* ***Konrad-Adenauer-Stiftung****, hin –* ***diese werde in Zukunft noch wichtiger!*** *Der Bundeskanzler erläutert sodann die heutigen Beschlüsse des Bundeskabinetts, zur* ***Demonstration unseres Engagements*** *und unseres* ***guten Willens*** *die Bundesminister* ***Genscher und Spranger*** *nach Israel zu entsenden und eine* ***humanitäre Hilfe in Höhe von 250 Mio. DM*** *zur Verfügung zu stellen.*[7]“; „*Angesichts mancher Angriffe der amerikanischen Ostküsten-Presse wegen unserer Haltung zum Golfkonflikt wolle er [**Kohl**] im Übrigen in Erinnerung rufen, dass die* ***Verfassungsbestimmungen****,* ***die eine verstärkte Mitwirkung verhinderten***[10]*, nicht zuletzt* ***auf Drängen von USA, GB und F in unser Grundgesetz aufgenommen*** *worden seien. Zu dessen Veränderung brauche er [**Kohl**] eine 2/3-Mehrheit – diese aber werde er [**Kohl**] nicht erreichen,* ***solange die Sozialisten sich verweigerten****.*“	**BArch.:** B 1 (Ref. 010), Bd. 178923 oder AzAP Bd. I Nr. 22 S. 72 [5]) Kohlwiederwahl (vgl. Hitler) am 17.01.1991 mit **378 JA und 257 NEIN bei 9 Nieten** [6]) Kent E. Schiner am 29.09.1990 in Dallas zum Präsidenten gewählt
04.02.1991	Hinterlegung der Ratifikations Annahme- oder Genehmigungsurkunde durch Frankreich	15.03.1991; BGBl. II 1990, S. 1317 AA-Vertragssammlung Bd. 70 A 873
15.03.1991	Hinterlegung der (letzten) Ratifikations Annahme- oder Genehmigungsurkunde durch die SU und **Ende** der „***Aussetzung der Wirksamkeit der Vier-Mächte-Rechte und -Verantwortlichkeiten***“.	15.03.1991; BGBl. II 1990, S. 1317 AA-Vertragssammlung Bd. 70 A 873
18.07.1992	Inkrafttreten der Verfassung des Landes Sachsen-Anhalt	Wikipedia, GVBl. LSA S. 600
06.06.1992	Inkrafttreten der Verfassung des Freistaats Sachsen	Wikipedia, SächsGVBl. S. 243
21.08.1992	Inkrafttreten durch Volksannahme der Verfassung des Landes Brandenburg am 14.06.1992	Wikipedia, GVBl. I S. 298
21.12.1992	Gesetz zur Wiederbefüllung des Art. 23 GG (**EU-§**)	Ab 25.12.1992 Art. 23 GG **n.F.**
30.10.1993	Inkrafttreten der Verfassung des Landes Thüringen	Wikipedia, GVBl. S. 625
15.11.1994	Inkrafttreten der Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern, der zuletzt nach **Art. 23 GG a.F.** „*beitrat*“.	Wikipedia, GVOBl. M-V S. 372 Länderbildung **nun erst** abgeschlossen!
...	**Umbau III. Reich zum IV. Reich (EU sui generis)**	

15.07.1999	Reform des RoStAG (**BGBl. III Gl.Nr. 102-1**) und Verknüpfung mit der „***historischen Verordnung***“ vom 05.02.1934 (**BGBl. III Gl.Nr. 102-2**), bei Wegfall derselben, jedoch **Erhalt des zweifelhaften Rechtsbegriffs** einer irgendwie gearteten „***deutschen*** *[Hitler]****Staatsangehörigkeit***“, mithin Vermischung von **ius soli** mit **ius sanguinis**. Allerdings überschreibt das StAG-Reformgesetz (**BGBl. III Gl.Nr. 102-1**) den **§ 37 RoStAG** mit Asylrechten, womit gewollt oder ungewollt, das **BuStAG wieder in Anwendung** kommt, denn es wurde **nie aufgehoben***. Seit 01.01.2000 (§ 37) unmittelbar (Asyl): „*(1)* ***Fähig*** *zur Vornahme von Verfahrenshandlungen nach diesem Gesetz* ***ist****,* ***wer das 16. Lebensjahr vollendet hat****, […]. § 80 Absatz 3 und § 82 des Aufenthaltsgesetzes gelten entsprechend. […]*“, und mittelbar (DE) nach **§ 3 StAG** steht, „*(1) Die* ***deutsche*** *[Hitler]****Staatsangehörigkeit*** *wird* ***erworben*** *1.* ***durch Geburt*** ***(§ 4)***“; „*(1)* ***Durch die Geburt erwirbt ein Kind die deutsche Staatsangehörigkeit****, wenn ein Elternteil die* ***deutsche Staatsangehörigkeit*** *besitzt.*“	Ab 01.01.2000 (Millennium-StAG) „*erbt*“ jedes Neugeborene **mittelbar** die unmittelbare „***Hitlerangehörigkeit***“. Egal welche Farbe, Herkunft oder Kulturkreis, denn … **Deutscher ist,** **der Deutscher ist.** *) „*4. Daß das B. u. StGes. [BuStAG] und das Gesetz vom 20. Dezember 1875 am 1. Januar 1914 außer Geltung getreten sind, ist im R. u. StGes. [RuStAG] nicht ausdrücklich erwähnt, vielmehr als selbstverständlich erachtet worden. Mittelbar ergibt sich dies aus § 37, der jene beiden Gesetze in allen Fällen für ersetzt erklärt, in denen andere Gesetze auf sie verweisen [bis 1.1.2000].*“ Vgl. C.H.Beck RuStAG v. Hans Freiherrn von Welser, Oberregierungsrat i.bay. St.M. des Innern v. 1914, München **4. Abschnitt §§ 36-38 S. 167 Pkt. 4.**

[Anm.: Fehlerbereinigt am 04.09.2023 bzgl. Fehlerteufel in 2 Zitaten und falscher Buchangabe in den Buchquellen (DzD ./. AzAP), vielen lieben Dank an Johanna]

Fazit

An vielen Anhaltspunkten kann leicht festgestellt werden, daß 1990 das **Weimarer Dritte Reich** **nicht abgeschlossen** worden ist, vielmehr haben die **BRD Organe** dabei geholfen selbiges **mitüberdauern** zu **lassen**.
Bestes Beispiel für diese Aussage ist und bleibt die „***Hitlerangehörigkeit***“, die mit 03.10.1990 – *wenigstens durch eine „**neue Bundesangehörigkeit**“* – hätte **zwingend abgelöst werden müssen**.

Versailles und Weimar bereiteten den Weg für irgendeinen „*Hitler*“ und **dieser eine Hitler** begann mit Unterstützung der Drs. Lösener und Frick einen **Verwaltungskrieg**, einen **Verwaltungsgenozid**, gegen die Deutschen selbst, den die **BRD-Verwaltungsorgane** nicht "nur" **totalitär fortsetzen**, sondern auf ganz Europa ausdehnen (vgl. **EU-Unionsangehörigkeit**).

*„Hitler hat diese o.g. ‚**Einheit Deutschlands**‘ also gerade nicht wiederhergestellt, sondern vielmehr **Weimar** zum „**Neuaufbau des Reichs**“ [**RGBl. I 1934 Nr. 11 S. 75**] genutzt. Er hat keine **Bundesstaaten** wiederhergestellt, sondern die ‚**deutschen Länder**‘, kommissarisiert oder schlicht **gleichgeschaltet und ‚verschmolzen‘.“ und** „Es verblieb also ab 30.01.1934 einzig die **unmittelbare Reichsangehörigkeit** [*`de facto`* d. VV/WRV deponierte **mittelbare** ‚**Reichsangehörigkeit**‘, s. 2. VO z. Nr. 11 S. 75 **§ 2 RGBl. I 1934 Nr. 14 S. 85**] ohne **Staatsangehörigkeit in den Bundesstaaten** [**Heimat n. BuStAG**]. „Seit dem 30.1.1934 gibt es **nur noch** eine [jur. Fiktion einer] **unmittelbare Reichsangehörigkeit**.“, so Lösener [1943], **was jedoch Fragen bezüglich seiner weiteren Ausführungen aufwirft**.“*, Hinz in: Strafantrag gg. Dr. Angela Merkel u.a. v. 27.07.2021, GStA Berlin **Az. 121 Zs 88/22** oder „*Verwaltungs-Akademie*“ Bd. 1 Gr. 2, „*12. Staatsangehörigkeit*“, Dr. Bernhard Lösener, S. 13 Abs. 1 letzter Satz.

Im Schicksalsjahr 1990 hätten alle Deutschen Stämme, gemäß Auftrag des **Bonner Grundgesetzes** nicht nur die BRD und DDR **auflösen** müssen, sondern ebenso das **Weimarer Dritte Reich**.

Am 03.10.1990 hat jedoch gerade keine zweite „*Wiederherstellung der Einheit Deutschlands*“ stattgefunden. Die Erste wurde nahezu einstimmig am 10.12.1870 im Reichstag beschlossen.

Das stellt nicht "nur" einen **dreisten Bruch des Bonner Grundgesetzes** dar, sondern vielmehr `de facto` und `de jure` die verdeckte **Fortsetzung des Weimarer Dritten Reichs** oder der „*Verschmelzung zum ‚**Einheitsstaat Deutschlands**‘*“, auf dem Weg zum „***Einheitsstaat EU***“, als `sui generis` **EU** auf Basis des `occupatio sui generis` **Groß-BRD** und nach dem Vorbild des **NS-„*EU-Projekts*“**; **ganz im Sinne eines Hitlers**.

Videoempfehlung

Thema „***Migrationswaffe***“ und „***Bestandserhaltungsmigration***“:
Filmemacher Imad Karim: „*Muslime wollen Deutschland übernehmen*“
https://auf1.tv/stefan-magnet-auf1/filmemacher-imad-karim-glaeubige-muslime-wollen-deutschland-uebernehmen/

Thema „*Einigungsprozess*“
Vor 30 Jahren: Schäuble und Krause signieren den Einigungsvertrag (Video ab 02:20:25)
https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/30844402_wegmarken_einheit6-202386

Unterschrift Autor, Verfasser

h i n z marco
IT-Justiz Systemadministrator a.D. (remonstriert am 16.02.2017, DE-2016-GLL-3103580692)

Abkürzungen

Abk.	Volltext
AA	Auswärtiges Amt
a.F.	alte Fassung
BArch.	Bundesarchiv, ehemals Staatsarchiv
BGBl.	Bundesgesetzblatt vor 19.04.1871 und erneut ab 28.11.1919 rückwirkend (**ewiger Bund 1867-2023**)
BGBl. I	Bundesgesetzblatt Teil I ab 23.05.1949 (Inland)
BGBl. II	Bundesgesetzblatt Teil II ab 23.05.1949 (Ausland)
BGBl. III	Bundesgesetzblatt Teil III (DDR-Sonderdruck), Sammlung des Bundesrechtes (**1867-1949**)
BK	Bundeskanzler
BRD	Bundesrepublik Deutschland als Teilreorganisation III. Reich auf Deutschland v. 23.05.1949
BuStAG	Bundes- und Staatsangehörigkeitsgesetz v. 1870; techn. **StA UND R** **+** Landeszugehörigkeit [„***uR***“]
BVerf.	Bundesverfassung v. 1871, ehemals Reichsverfassung vor vollzogenem Putsch vom 28.11.1918
GG	Grundgesetze (Bonner v. 1949 u. Berliner v. 1990, Basic Law 2)
Gl.Nr.	Gliederungsnummern zum BGBl. III, heutige FNA Nr.
Groß-BRD	Kohl-BRD ab 03.10.1990 ohne Geltungsbereich jedoch weiterhin mit verwaltetem Staatsgebiet III.Reich (Art. 116 GG a.F. u. n.F.) mithin noch „*friedliches Kriegsgebiet*“ resp. occopatio sui generis
NATO[W]	NATO = OTAN und **WOTAN** (Wagner, Götterdämmerung) = **Kriegsbündnis** zur Boykottierung des Brüssler Vertrages „*Vertrag über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Zusammenarbeit und **kollektive Selbstverteidigung**, unterzeichnet in Brüssel am 17. März 1948*“
MdB	Mitglied des Bundestages
MdPR	Mitglied des Parlamentarischen Rates
MdR	Mitglied des Reichstages
MdV	Mitglied der Volkskammer
m.W.a.	mit Wirkung ab
m.W.v.	mit Wirkung vom
m.W.z.	mit Wirkung zum
n.F.	neue Fassung
PR.	Parlamentarischer Rat 1948-1949
Parla. Rat	Parlamentarischer Rat 1948-1949
RGBl.	Reichsgesetzblatt zunächst vom 20.04.1871 bis 28.11.1918 (Kaiseramt-Putsch, strittig 9/11 ./. 28.11.)
RGBl. I	Reichsgesetzblatt Teil I ab 14.08.1919 bis 22.05.1949 (Inland), Weimarer Drittes Reich
RGBl. II	Reichsgesetzblatt Teil II ab 14.08.1919 bis 22.05.1949 (Ausland), Weimarer Drittes Reich
RoStAG	*Reichs*- oder *Staats*angehörigkeitsgesetz ab 14.08.1919 (Statuslos **o.** unmittelbare Reichsangehörige)
RuStAG	Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz v. 22.07.1913 (Staats- und mittelbare [*Art. 3 BVerf. v. 1871*] **oder** unmittelbare Reichsangehörige); techn. **D = (StA u. m. R) ODER D = uR** [***Schutzangehörige***]
RVerf.	Reichsverfassung v. 16.04.1871 m.W.z. 20.04.1871, ab 29.11.1918 wieder Bundesverfassung v. 1871
StA	Staatsanwaltschaft z.B. General-Staats-Anwaltschaft, o. Staats-Angehörigkeit
StAG	Staatsangehörigkeitsgesetz n. Reform R**o**StAG v. 15.07.1**999**
v.H.	von Hundert o. %
VV	Versailler Vertrag (UR-Grundgesetz o. erzwungenes Staatsgrundgesetz m. „*Sanktionierung minderen Rechts*“ für „***Schuppen***“, Hopfauf in: Schmidt-Bleibtreu/Hofmann/Henneke, Art. 144 S. 3372 Rn. 8)
WRV	Weimarer Reichsverfassung v. 11.08.1919 m.W.z. 14.08.1919

Anlage A1

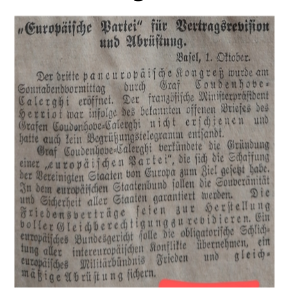
Auszüge aus der **Berliner Börsen-Zeitung** Nr. 463 vom Sonntag, den 02.10.1932, persönlich abphotographiert in der Nähe des Potsdamer Stadtbahnhof, am 29.09.2023 zwischen 13:46 Uhr und 14:24 Uhr, **vom wohl letzten noch existierenden Original**.


Berliner Börsen-Zeitung
Nr. 463.
Völkerbund — oder Bund der „Sieger"?
Hindenburg.
Um die Führung des Volkes.
„Freiwillige Mitarbeit, kein Zwang."

Völkerbund – oder Bund der „*Sieger*“?

Intrigen gegen die deutschen Ansprüche bei der Neubildung des Sekretariats. –Deutschland wird gegebenenfalls alle Konsequenzen ziehen! TU Genf, 1. Oktober.

In unterrichteten Genfer Kreisen bestärkt sich der Eindruck, daß in den letzten Tagen zwischen den Vertretern **Englands, Frankreichs und Italiens eine Übereinstimmung über die Neubildung der politischen Leitung des Völkerbundssekretariats** zustande gekommen ist. Nach diesen Plänen soll der gegenwärtige stellvertretende Generalsekretär des Völkerbundes, der Franzose Avenol, Generalsekretär des Völkerbundes werden. Dagegen soll Italien den Posten des stellvertretenden Generalsekretärs erhalten mit der Leitung der Finanz- und Wirtschaftsabteilung des Völkerbundssekretariats, für die die **deutsche Regierung** bisher Interesse gezeigt hatte. **Eine Berücksichtigung der berechtigten, seit Jahren angemeldeten deutschen Forderungen auf Einräumung eines mitbestimmenden Einflusses bei der politischen Leitung des Völkerbundssekretariats scheint in diesen Plänen nicht vorhanden zu sein.** Aus dieser Lage ergibt sich für Deutschland die ernste politische Erwägung seiner grundsätzlichen Stellungnahme zu den im November in einer außerordentlichen Vollversammlung stattfindenden Neuwahl des Generalsekretärs. Es besteht der begründete Eindruck, daß man glaubt, über die deutschen Ansprüche wieder hinweggehen zu können. Ueber den vom Reformausschuß vorgeschlagenen Grundsatz, daß in Zukunft jede Macht nur einen maßgebenden Posten im Völkerbundssekretariat besitzen soll, wird allem Anschein nach **glatt hinweggegangen**, da England und Frankreich nicht im mindestens daran denken, auf die verschiedenen von ihnen gegenwärtig besetzten maßgebenden Posten zu verzichten. Bei der Neubildung der politischen Leitung des Sekretariats in der jetzt von England, Frankreich und Italien geplanten Form **würde nicht nur die von Deutschland geforderte Stärkung des deutschen Einflusses als ständige Ratsmacht ausbleiben, sondern sogar eine entscheidende Schwächung eintreten**. Dazu ist ausdrücklich festzustellen, daß die Wahl eines Generalsekretärs **Einstimmigkeit** im Völkerbundsrat erfordert, also **nur mit Zustimmung Deutschlands** erfolgen kann. Die deutsche Regierung wird aber **unter keinen Umständen** einer Lösung zustimmen, die nicht endlich dem unbestreitbaren Anspruch Deutschlands als europäische Großmacht und ständige Ratsmacht auf maßgebende Mitbeteiligung an der politischen Leitung weitgehend entspricht. Eine Neuregelung der politischen Leitung ohne Berücksichtigung der deutschen Wünsche kann somit in keiner in Frage kommen. Die übrigen Mächte werden daher damit zu rechnen haben, daß die erforderliche **Einstimmigkeit** im Völkerbundssekretariat bei der Wahl des Generalsekretärs **nicht erzielt** wird. Deutschlands Stellung zum Völkerbund und seine Beteiligung an dessen finanziellen Lasten muß in Zukunft in **entscheidendem Maße davon abhängig gemacht werden, ob Deutschland im Völkerbund noch weiter als eine Macht zweiten Ranges behandelt wird. Es kann kein Zweifel bestehen, daß in der gesamten deutschen Völkerbundspolitik Entscheidungen von weittragender Bedeutung in absehbarer Zeit unvermeidlich geworden sind.** [*Anm.: Sperrschrift **Fett***]


„Europäische Partei" für Vertragsrevision und Abrüstung.

Basel, 1. Oktober.

Der dritte paneuropäische Kongreß wurde am Sonnabendvormittag durch Graf Coudenhove-Calerghi eröffnet. Der französische Ministerpräsident Herriot war infolge des bekannten offenen Briefes des Grafen Coudenhove-Calerghi nicht erschienen und hatte auch kein Begrüßungstelegramm entsandt.

Graf Coudenhove-Calerghi verkündete die Gründung einer „europäischen Partei", die sich die Schaffung der Vereinigten Staaten von Europa zum Ziel gesetzt habe. In dem europäischen Staatenbund sollen die Souveränität und Sicherheit aller Staaten garantiert werden. Die Friedensverträge seien zur Herstellung voller Gleichberechtigung zu revidieren. Ein europäisches Bundesgericht solle die obligatorische Schlichtung aller intereuropäischen Konflikte übernehmen, ein europäisches Militärbündnis Frieden und gleichmäßige Abrüstung sichern.

„Europäische Partei“ für Vertragsrevision und Abrüstung. Basel, 1. Oktober.

Der dritte **paneuropäische Kongreß** wurde am Sonnabendvormittag durch Graf **Coudonhove-Calerghi** eröffnet. Der französische Ministerpräsident **Herriot** war infolge des bekannten offenen Briefes des Grafen Coudonhove-Calerghi nicht erschienen und hatte auch kein Begrüßungstelegramm entsandt. Graf Coudenhove-Calerghi verkündete die Gründung einer „**europäischen Partei**“, die sich die Schaffung der **Vereinigten Staaten von Europa** zum Ziel gesetzt habe. In dem **europäischen Staatenbund** [*Anm.: vgl. Fürstenbund 1815*] sollen die Souveränität und Sicherheit aller Staaten garantiert werden. **Die Friedensverträge seien zur Herstellung voller Gleichberechtigung zu revidieren.** Ein europäisches Bundesgericht solle die obligatorische Schlichtung aller intereuropäischen Konflikte übernehmen, ein europäisches Militärbündnis Frieden und gleichmäßige Abrüstung sichern. [*Anm.: Sperrschrift **Fett** und **rot***]

„Wohin treibt Deutschland?*) Der Verantwortungswille dieser Tatschrift von Leopold Dingräve ist unverkennbar, und man kann ihr nur weiteste Verbreitung wünschen. Hier wird ehrlich um Klarheit, um unmittelbar einsatzfähige Erkenntnis der Wirklichkeit gerungen. Die Politik der „*Erwartung*“, die von irgendeinem früheren oder späteren Ereignis Heil und Rettung erhofft, wird ad absurdum geführt. Der Alltag gilt, das Jetzt und das Hier. Die Fiktion gewordene „*Obrigkeit*“ und die Partei-Erstarrung des politischen Bekenntnisses mit all ihrer Interessenverstrickung der „Führer“ und der Funktionäre werden rücksichtslos aufgedeckt. Dingräve will die lebendigen Wurzeln und Kräfte des Lebens und des Volkes. „*Die Welt wird endlich.*“ Es gibt kein Ausweichen mehr in fremde Räume, in chiliastische Träume und Ideologien. Dingräve meint mit den Worten „*Sozialismus*“ und „*Kapitalismus*“ gewiß nicht die Schlagwortkomplexe marxistischer Diktion, die er ausführlich widerlegt. Aber es ist bedauerlich, daß man noch feine Ausdrücke fand, die jene vorbestraften Begriffe verüberflüssigen könnten, ohne deshalb etwa der Verschleierung zu dienen. Die Worte Kapitalismus und Sozialismus sind irgendwie hohl geworden. Sie können kaum mehr als geeignet gelten, dem erlebten Ja und Nein wirklicher Lebens- und Volksnähe Ausdruck zu verleihen. Und schließlich geht es nur noch um diese Nähe, um „*die richtige Gestaltung des Miteinander Vorhandenseins*“. Für Dingräve gilt ja auch nichts anderes, wenn er von der „*dritten Front*“ spricht, denn das sind die, die fähig sind, diese Gestaltung vorzubereiten. Auch ihm geht es nur um das Wachstum aus organischen Gegebenheiten und Kräften, um den Aufbau „*von unten auf*", aus den Landschaften und aus der Jugend, zumal der bündischen, aus deren „*spontanen*[“] Arbeit gegen die „*Obrigkeit*“ bereits der freiwillige Arbeitsdienst entstand. Interessant ist Dingräves Stellung zum Nationalsozialismus. Er glaubt ihn gegen die Gefahr der „*Konfessionalisierung*“ gefeit, „*weil keine Zeit zum Hineinwachsen in diese Form mehr vorhanden ist, sondern er unmittelbar vor die Existenzfrage der Nation gestellt wird.*“ (S. 40.) Jedoch auch er sieht dort „*Zirkel*“ wirksam, deren innere Einstellung dem Streben entspricht, „*den Nationalismus in eine durchaus anerkannte und gepflegte politische Konfession zu drängen, um ihm seine echte Gefährlichkeit, seinen existenziellen Antrieb, seine geschichtliche Bedeutung zu nehmen.*“ (S. 40.) Aber ist nicht auch darüber hinaus die Exklusivität, mit der die Nationalsozialisten sich im Besitz des alleinseligmachenden Glaubens wähnen, als typisch „*konfessionell*“ zu bezeichnen? Die Gefahr einer „*ungepflegten*“ politischen Konfession ist schließlich nicht geringer als die einer „*gepflegten*“, und der Mangel an innerer Einheitlichkeit, muß sich, um der Disziplin willen, notwendig in betonter Konfessionalität auswirken. Hier muß die Klarheit aus ursprünglicheren Tiefen wachsen. Denn es geht nicht bloß um die „*Existenz*“, sondern um die Gestaltung des Lebens aus dem deutschen Wesen.

Jorg Lampe

*) Tat-Schriften, Eugen Diederichs-Verlag, Jena

Fazit

An vielen Anhaltspunkten kann leicht festgestellt werden, daß 1990 das **Weimarer Dritte Reich <u>nicht</u> abgeschlossen** worden ist, vielmehr haben die **BRD Organe** dabei geholfen selbiges **mitüberdauern** zu <u>lassen</u>.
Bestes Beispiel für diese Aussage ist und bleibt die *„**Hitlerangehörigkeit**“*, die mit 03.10.1990 – *wenigstens durch eine „**neue Bundesangehörigkeit**“* – hätte **zwingend abgelöst werden <u>müssen</u>**.

Versailles und Weimar bereiteten den Weg für <u>irgendeinen</u> *„Hitler“* und **dieser eine Hitler** begann mit Unterstützung der Drs. Lösener und Frick einen **Verwaltungskrieg**, einen **Verwaltungsgenozid**, gegen die Deutschen selbst, den die **BRD-Verwaltungsorgane** nicht "nur" **totalitär fortsetzen**, sondern auf ganz Europa ausdehnen (vgl. **EU-Unionsangehörigkeit**).

*„Hitler hat <u>diese</u> o.g. ‚**Einheit Deutschlands**‘ also gerade <u>nicht</u> wiederhergestellt, sondern vielmehr **Weimar** zum **„Neuaufbau des Reichs“ [RGBl. I 1934 <u>Nr. 11 S. 75</u>]** genutzt. Er hat <u>keine</u> **Bundesstaaten** wiederhergestellt, sondern die ‚**deutschen Länder**‘, kommissarisiert oder schlicht **gleichgeschaltet und ‚<u>verschmolzen</u>‘.**“* **und** *„<u>Es verblieb</u> also ab 30.01.1934 einzig die **<u>unmittelbare</u> Reichsangehörigkeit** [`de facto` d. VV/WRV deponierte **<u>mittelbare</u>** ‚**<u>Reichsangehörigkeit</u>**‘, s. 2. VO z. Nr. 11 S. 75 **§ 2 RGBl. I 1934 <u>Nr. 14 S. 85</u>**] <u>ohne</u> **Staatsangehörigkeit in den Bundesstaaten** [**<u>Heimat</u> n. BuStAG**]. „Seit dem 30.1.1934 gibt es **nur noch** eine [jur. Fiktion einer] **<u>unmittelbare</u> Reichsangehörigkeit.**“, so Lösener [1943], **was jedoch <u>Fragen</u> bezüglich seiner weiteren Ausführungen <u>aufwirft</u>.**“*, Hinz in: <u>Strafantrag gg. Dr. Angela Merkel u.a.</u> v. 27.07.2021, GStA Berlin **Az. 121 Zs 88/22** <u>oder</u> *„Verwaltungs-Akademie“* Bd. 1 Gr. 2, *„12. Staatsangehörigkeit“*, Dr. Bernhard Lösener, S. 13 Abs. 1 letzter Satz.

Im Schicksalsjahr 1990 hätten alle Deutschen Stämme, gemäß Auftrag des **Bonner Grundgesetzes** nicht nur die BRD und DDR **<u>auflösen</u>** <u>müssen</u>, sondern ebenso das **Weimarer Dritte Reich**.

Am 03.10.1990 hat jedoch gerade <u>keine</u> <u>zweite</u> *„Wiederherstellung der Einheit Deutschlands“* <u>stattgefunden</u>. Die <u>Este</u> wurde nahezu <u>einstimmig</u> am 10.12.1870 im Reichstag <u>beschlossen</u>.

Das stellt nicht "nur" einen **dreisten Bruch des <u>Bonner</u> Grundgesetzes** dar, sondern vielmehr `de facto` und `de jure` die <u>verdeckte</u> **Fortsetzung des Weimarer Dritten Reichs** oder der *„Verschmelzung zum ‚**Einheitsstaat Deutschlands**‘“*, auf dem Weg zum *„**Einheitsstaat EU**“*, als `sui generis` **EU** auf Basis des `occupatio sui generis` **Groß-BRD** und nach dem Vorbild des **NS-*„EU-Projekts“*; ganz <u>im Sinne eines Hitlers</u>**.

Videoempfehlung

Thema *„**Migrationswaffe**“* und *„**Bestandserhaltungsmigration**“*:
Filmemacher Imad Karim: *„Muslime wollen Deutschland übernehmen“*
https://auf1.tv/stefan-magnet-auf1/filmemacher-imad-karim-glaeubige-muslime-wollen-deutschland-uebernehmen/

Thema *„Einigungsprozess“*
Vor 30 Jahren: Schäuble und Krause signieren den Einigungsvertrag (Video ab 02:20:25)
https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/30844402_wegmarken_einheit6-202386

Unterschrift Autor, Verfasser

h i n z marco

-Justiz Systemadministrator a.D. (remonstriert am 16.02.2017, DE-2016-GLL-3103580692)

Auswärtiges Amt

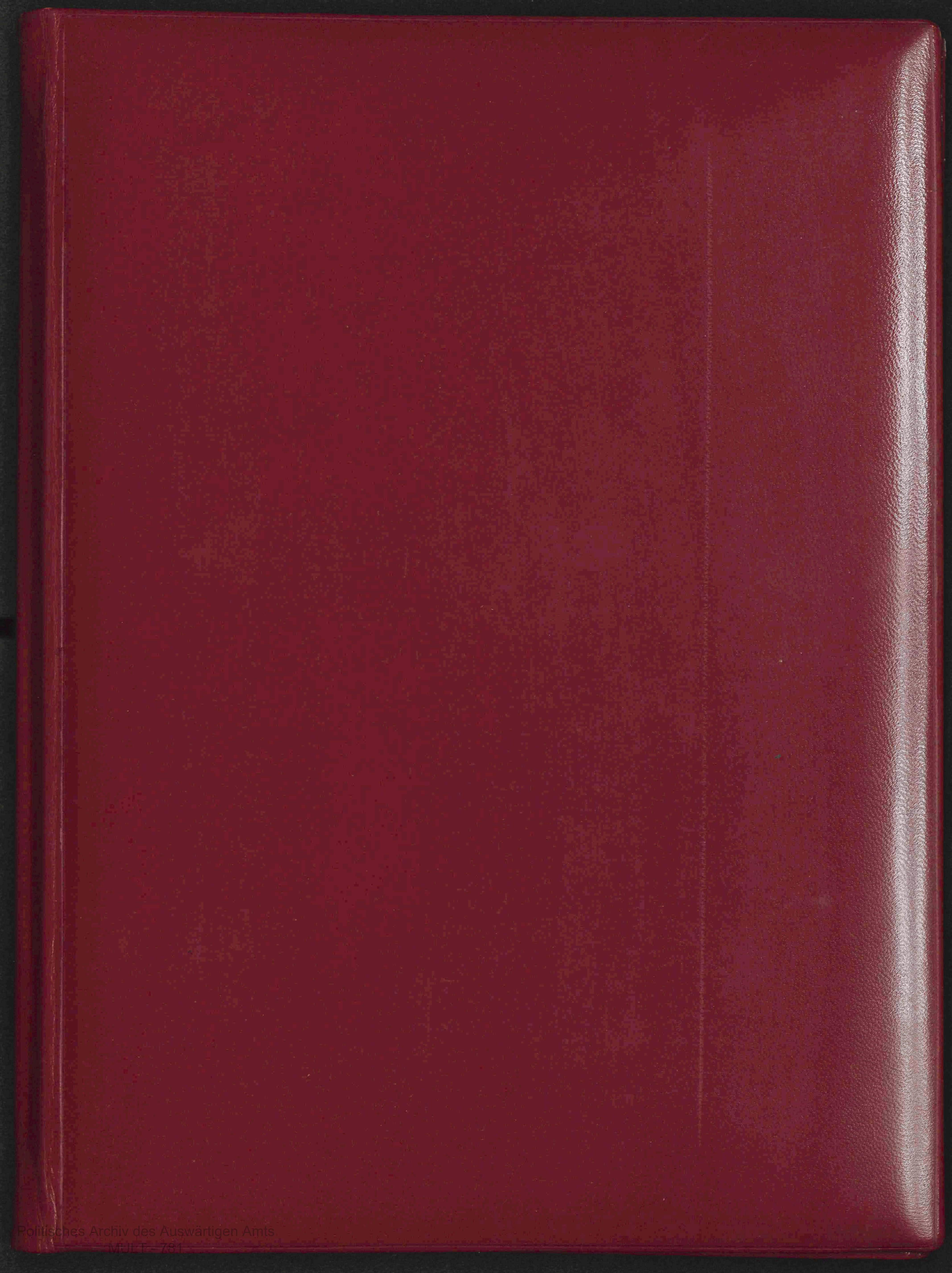
Vertrag vom 12. September 1990 über die abschließende Regelung in bezug auf Deutschland

„2+4-Vertrag“

mit Erklärung vom 01. Oktober 1990 zur Aussetzung der Wirksamkeit der Vier-Mächte-Rechte und -Verantwortlichkeiten

- Urschrift des Vertrags
- Deutsche Ratifikationsurkunde
- Amerikanische Ratifikationsurkunde
- Britische Ratifikationsurkunde
- Französische Ratifikationsurkunde
- Sowjetische Ratifikationsurkunde
- Urschrift der Erklärung

Quelle:
Politisches Archiv des Auswärtigen Amts, MULT - 781



VERTRAG ÜBER DIE ABSCHLIESSENDE REGELUNG IN BEZUG AUF DEUTSCHLAND

TREATY ON THE FINAL SETTLEMENT WITH RESPECT TO GERMANY

TRAITE PORTANT REGLEMENT DEFINITIF CONCERNANT L'ALLEMAGNE

ДОГОВОР ОБ ОКОНЧАТЕЛЬНОМ УРЕГУЛИРОВАНИИ В ОТНОШЕНИИ ГЕРМАНИИ

VERTRAG ÜBER DIE ABSCHLIESSENDE REGELUNG IN BEZUG AUF DEUTSCHLAND

Die Bundesrepublik Deutschland, die Deutsche Demokratische Republik, die Französische Republik, die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, das Vereinigte Königreich Großbritannien und Nordirland und die Vereinigten Staaten von Amerika -

IN DEM BEWUSSTSEIN, daß ihre Völker seit 1945 miteinander in Frieden leben,

EINGEDENK der jüngsten historischen Veränderungen in Europa, die es ermöglichen, die Spaltung des Kontinents zu überwinden,

UNTER BERÜCKSICHTIGUNG der Rechte und Verantwortlichkeiten der Vier Mächte in bezug auf Berlin und Deutschland als Ganzes und der entsprechenden Vereinbarungen und Beschlüsse der Vier Mächte aus der Kriegs- und Nachkriegszeit,

ENTSCHLOSSEN, in Übereinstimmung mit ihren Verpflichtungen aus der Charta der Vereinten Nationen freundschaftliche, auf der Achtung vor dem Grundsatz der Gleichberechtigung und Selbstbestimmung der Völker beruhende Beziehungen zwischen den Nationen zu entwickeln und andere geeignete Maßnahmen zur Festigung des Weltfriedens zu treffen,

EINGEDENK der Prinzipien der in Helsinki unterzeichneten Schlußakte der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa,

IN ANERKENNUNG, daß diese Prinzipien feste Grundlagen für den Aufbau einer gerechten und dauerhaften Friedensordnung in Europa geschaffen haben,

ENTSCHLOSSEN, die Sicherheitsinteressen eines jeden zu berücksichtigen,

ÜBERZEUGT von der Notwendigkeit, Gegensätze endgültig zu überwinden und die Zusammenarbeit in Europa fortzuentwickeln,

IN BEKRÄFTIGUNG ihrer Bereitschaft, die Sicherheit zu stärken, insbesondere durch wirksame Maßnahmen zur Rüstungskontrolle, Abrüstung und Vertrauensbildung; ihrer Bereitschaft, sich gegenseitig nicht als Gegner zu betrachten, sondern auf ein Verhältnis des Vertrauens und der Zusammenarbeit hinzuarbeiten, sowie dementsprechend ihrer Bereitschaft, die Schaffung geeigneter institutioneller Vorkehrungen im Rahmen der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa positiv in Betracht zu ziehen,

IN WÜRDIGUNG DESSEN, daß das deutsche Volk in freier Ausübung des Selbstbestimmungsrechts seinen Willen bekundet hat, die staatliche Einheit Deutschlands herzustellen, um als gleichberechtigtes und souveränes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen,

IN DER ÜBERZEUGUNG, daß die Vereinigung Deutschlands als Staat mit endgültigen Grenzen ein bedeutsamer Beitrag zu Frieden und Stabilität in Europa ist,

MIT DEM ZIEL, die abschließende Regelung in bezug auf Deutschland zu vereinbaren,

IN ANERKENNUNG DESSEN, daß dadurch und mit der Vereinigung Deutschlands als einem demokratischen und friedlichen Staat die Rechte und Verantwortlichkeiten der Vier Mächte in bezug auf Berlin und Deutschland als Ganzes ihre Bedeutung verlieren,

VERTRETEN durch ihre Außenminister, die entsprechend der Erklärung von Ottawa vom 13. Februar 1990 am 5. Mai 1990 in Bonn, am 22. Juni 1990 in Berlin, am 17. Juli 1990 in Paris unter Beteiligung des Außenministers der Republik Polen und am 12. September 1990 in Moskau zusammengetroffen sind -

sind wie folgt übereingekommen:

ARTIKEL 1

(1) Das vereinte Deutschland wird die Gebiete der Bundesrepublik Deutschland, der Deutschen Demokratischen Republik und ganz Berlins umfassen. Seine Außengrenzen werden die Grenzen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik sein und werden am Tage des Inkrafttretens dieses Vertrags endgültig sein. Die Bestätigung des endgültigen Charakters der Grenzen des vereinten Deutschland ist ein wesentlicher Bestandteil der Friedensordnung in Europa.

(2) Das vereinte Deutschland und die Republik Polen bestätigen die zwischen ihnen bestehende Grenze in einem völkerrechtlich verbindlichen Vertrag.

(3) Das vereinte Deutschland hat keinerlei Gebietsansprüche gegen andere Staaten und wird solche auch nicht in Zukunft erheben.

(4) Die Regierungen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik werden sicherstellen, daß die Verfassung des vereinten Deutschland keinerlei Bestimmungen enthalten wird, die mit diesen Prinzipien unvereinbar sind. Dies gilt dementsprechend für die Bestimmungen, die in der Präambel und in den Artikeln 23 Satz 2 und 146 des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland niedergelegt sind.

(5) Die Regierungen der Französischen Republik, der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland und der Vereinigten Staaten von Amerika nehmen die entsprechenden Verpflichtungen und Erklärungen der Regierungen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik förmlich entgegen und erklären, daß mit deren Verwirklichung der endgültige Charakter der Grenzen des vereinten Deutschland bestätigt wird.

ARTIKEL 2

Die Regierungen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik bekräftigen ihre Erklärungen, daß von deutschem Boden nur Frieden ausgehen wird. Nach der Verfassung des vereinten Deutschland sind Handlungen, die geeignet sind und in der Absicht vorgenom-

men werden, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören, insbesondere die Führung eines Angriffskrieges vorzubereiten, verfassungswidrig und strafbar. Die Regierungen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik erklären, daß das vereinte Deutschland keine seiner Waffen jemals einsetzen wird, es sei denn in Übereinstimmung mit seiner Verfassung und der Charta der Vereinten Nationen.

ARTIKEL 3

(1) Die Regierungen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik bekräftigen ihren Verzicht auf Herstellung und Besitz von und auf Verfügungsgewalt über atomare, biologische und chemische Waffen. Sie erklären, daß auch das vereinte Deutschland sich an diese Verpflichtungen halten wird. Insbesondere gelten die Rechte und Verpflichtungen aus dem Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen vom 1. Juli 1968 für das vereinte Deutschland fort.

(2) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland hat in vollem Einvernehmen mit der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik am 30. August 1990 in Wien bei den Verhandlungen über konventionelle Streitkräfte in Europa folgende Erklärung abgegeben:

> "Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland verpflichtet sich, die Streitkräfte des vereinten Deutschland innerhalb von drei bis vier Jahren auf eine Personalstärke von 370.000 Mann (Land-, Luft- und Seestreitkräfte) zu reduzieren. Diese Reduzierung soll mit dem Inkrafttreten des ersten KSE-Vertrags beginnen. Im Rahmen dieser Gesamtobergrenze werden nicht mehr als 345.000 Mann den Land- und Luftstreitkräften angehören, die gemäß vereinbartem Mandat allein Gegenstand der Verhandlungen über konventionelle Streitkräfte in Europa sind. Die Bundesregierung sieht in ihrer Verpflichtung zur Reduzierung von Land- und Luftstreitkräften einen bedeutsamen deutschen Beitrag zur Reduzierung der konventionellen Streitkräfte in Europa. Sie geht davon aus, daß in Folgeverhandlungen auch die anderen Verhandlungsteilnehmer ihren Beitrag zur Festigung von Sicherheit und Stabilität in Europa, einschließlich Maßnahmen zur Begrenzung der Personalstärken, leisten werden."

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik hat sich dieser Erklärung ausdrücklich angeschlossen.

(3) Die Regierungen der Französischen Republik, der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland und der Vereinigten Staaten von Amerika nehmen diese Erklärungen der Regierungen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik zur Kenntnis.

ARTIKEL 4

(1) Die Regierungen der Bundesrepublik Deutschland, der Deutschen Demokratischen Republik und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken erklären, daß das vereinte Deutschland und die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken in vertraglicher Form die Bedingungen und die Dauer des Aufenthalts der sowjetischen Streitkräfte auf dem Gebiet der heutigen Deutschen Demokratischen Republik und Berlins sowie die Abwicklung des Abzugs dieser Streitkräfte regeln werden, der bis zum Ende des Jahres 1994 im Zusammenhang mit der Verwirklichung der Verpflichtungen der Regierungen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik, auf die sich Absatz 2 des Artikels 3 dieses Vertrags bezieht, vollzogen sein wird.

(2) Die Regierungen der Französischen Republik, des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland und der Vereinigten Staaten von Amerika nehmen diese Erklärung zur Kenntnis.

ARTIKEL 5

(1) Bis zum Abschluß des Abzugs der sowjetischen Streitkräfte vom Gebiet der heutigen Deutschen Demokratischen Republik und Berlins in Übereinstimmung mit Artikel 4 dieses Vertrags werden auf diesem Gebiet als Streitkräfte des vereinten Deutschland ausschließlich deutsche Verbände der Territorialverteidigung stationiert sein, die nicht in die Bündnisstrukturen integriert sind, denen deutsche Streitkräfte auf dem übrigen deutschen Hoheitsgebiet zugeordnet sind. Unbeschadet der Regelung in Absatz 2 dieses Artikels werden während dieses Zeitraums Streitkräfte anderer Staaten auf diesem Gebiet nicht stationiert oder irgendwelche andere militärische Tätigkeiten dort ausüben.

(2) Für die Dauer des Aufenthalts sowjetischer Streitkräfte auf dem Gebiet der heutigen Deutschen Demokratischen Republik und Berlins werden auf deutschen Wunsch Streitkräfte der Französischen Republik, des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland und der Vereinigten Staaten von Amerika auf der Grundlage entsprechender vertraglicher Vereinbarung zwischen der Regierung des vereinten Deutschland und den Regierungen der betreffenden Staaten in Berlin stationiert bleiben. Die Zahl aller nichtdeutschen in Berlin stationierten Streitkräfte und deren Ausrüstungsumfang werden nicht stärker sein als zum Zeitpunkt der Unterzeichnung dieses Vertrags. Neue Waffenkategorien werden von nichtdeutschen Streitkräften dort nicht eingeführt. Die Regierung des vereinten Deutschland wird mit den Regierungen der Staaten, die Streitkräfte in Berlin stationiert haben, Verträge zu gerechten Bedingungen unter Berücksichtigung der zu den betreffenden Staaten bestehenden Beziehungen abschließen.

(3) Nach dem Abschluß des Abzugs der sowjetischen Streitkräfte vom Gebiet der heutigen Deutschen Demokratischen Republik und Berlins können in diesem Teil Deutschlands auch deutsche Streitkräfteverbände stationiert werden, die in gleicher Weise militärischen Bündnisstrukturen zugeordnet sind wie diejenigen auf dem übrigen deutschen Hoheitsgebiet, allerdings ohne Kernwaffenträger. Darunter fallen nicht konventionelle Waffensysteme, die neben konventioneller andere Einsatzfähigkeiten haben können, die jedoch in diesem Teil Deutschlands für eine konventionelle Rolle ausgerüstet und nur dafür vorgesehen sind. Ausländische Streitkräfte und Atomwaffen oder deren Träger werden in diesem Teil Deutschlands weder stationiert noch dorthin verlegt.

ARTIKEL 6

Das Recht des vereinten Deutschland, Bündnissen mit allen sich daraus ergebenden Rechten und Pflichten anzugehören, wird von diesem Vertrag nicht berührt.

ARTIKEL 7

(1) Die Französische Republik, die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, das Vereinigte Königreich Großbritannien und Nordirland und die Vereinigten Staaten von Amerika beenden hiermit ihre Rechte und Verantwortlichkeiten in bezug auf Berlin und Deutschland als Ganzes. Als Ergebnis werden die entspre-

chenden, damit zusammenhängenden vierseitigen Vereinbarungen, Beschlüsse und Praktiken beendet und alle entsprechenden Einrichtungen der Vier Mächte aufgelöst.

(2) Das vereinte Deutschland hat demgemäß volle Souveränität über seine inneren und äußeren Angelegenheiten.

ARTIKEL 8

(1) Dieser Vertrag bedarf der Ratifikation oder Annahme, die so bald wie möglich herbeigeführt werden soll. Die Ratifikation erfolgt auf deutscher Seite durch das vereinte Deutschland. Dieser Vertrag gilt daher für das vereinte Deutschland.

(2) Die Ratifikations- oder Annahmeurkunden werden bei der Regierung des vereinten Deutschland hinterlegt. Diese unterrichtet die Regierungen der anderen Vertragschließenden Seiten von der Hinterlegung jeder Ratifikations- oder Annahmeurkunde.

ARTIKEL 9

Dieser Vertrag tritt für das vereinte Deutschland, die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, die Französische Republik, das Vereinigte Königreich Großbritannien und Nordirland und die Vereinigten Staaten von Amerika am Tag der Hinterlegung der letzten Ratifikations- oder Annahmeurkunde durch diese Staaten in Kraft.

ARTIKEL 10

Die Urschrift dieses Vertrags, dessen deutscher, englischer, französischer und russischer Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist, wird bei der Regierung der Bundesrepublik Deutschland hinterlegt, die den Regierungen der anderen Vertragschließenden Seiten beglaubigte Ausfertigungen übermittelt.

TREATY ON THE FINAL SETTLEMENT WITH RESPECT TO GERMANY

The Federal Republic of Germany, the German Democratic Republic, the French Republic, the Union of Soviet Socialist Republics, the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland and the United States of America,

Conscious of the fact that their peoples have been living together in peace since 1945;

Mindful of the recent historic changes in Europe which make it possible to overcome the division of the continent;

Having regard to the rights and responsibilities of the Four Powers relating to Berlin and to Germany as a whole, and the corresponding wartime and post-war agreements and decisions of the Four Powers;

Resolved in accordance with their obligations under the Charter of the United Nations to develop friendly relations among nations based on respect for the principle of equal rights and self-determination of peoples, and to take other appropriate measures to strengthen universal peace;

Recalling the principles of the Final Act of the Conference on Security and Cooperation in Europe, signed in Helsinki;

Recognizing that those principles have laid firm foundations for the establishment of a just and lasting peaceful order in Europe;

Determined to take account of everyone's security interests;

Convinced of the need finally to overcome antagonism and to develop cooperation in Europe;

Confirming their readiness to reinforce security, in particular by adopting effective arms control, disarmament and confidence-building measures; their willingness not to regard each other as adversaries but to work for a relationship of trust and cooperation; and accordingly their readiness to consider positively setting up appropriate institutional arrangements within the framework of the Conference on Security and Cooperation in Europe;

Welcoming the fact that the German people, freely exercising their right of self-determination, have expressed their will to bring about the unity of Germany as a state so that they will be able to serve the peace of the world as an equal and sovereign partner in a united Europe;

Convinced that the unification of Germany as a state with definitive borders is a significant contribution to peace and stability in Europe;

Intending to conclude the final settlement with respect to Germany;

Recognizing that thereby, and with the unification of Germany as a democratic and peaceful state, the rights and responsibilities of the Four Powers relating to Berlin and to Germany as a whole lose their function;

Represented by their Ministers for Foreign Affairs who, in accordance with the Ottawa Declaration of 13 February 1990, met in Bonn on 5 May 1990, in Berlin on 22 June 1990, in Paris on 17 July 1990 with the participation of the Minister for Foreign Affairs of the Republic of Poland, and in Moscow on 12 September 1990;

Have agreed as follows:

ARTICLE 1

(1) The united Germany shall comprise the territory of the Federal Republic of Germany, the German Democratic Republic and the whole of Berlin. Its external borders shall be the borders of the Federal Republic of Germany and the German Democratic Republic and shall be definitive from the date on which the present Treaty comes into force. The confirmation of the definitive nature of the borders of the united Germany is an essential element of the peaceful order in Europe.

(2) The united Germany and the Republic of Poland shall confirm the existing border between them in a treaty that is binding under international law.

(3) The united Germany has no territorial claims whatsoever against other states and shall not assert any in the future.

(4) The Governments of the Federal Republic of Germany and the German Democratic Republic shall ensure that the constitution of the united Germany does not contain any provision incompatible with these principles. This applies accordingly to the provisions laid down in the preamble, the second sentence of Article 23, and Article 146 of the Basic Law for the Federal Republic of Germany.

(5) The Governments of the French Republic, the Union of Soviet Socialist Republics, the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland and the United States of America take formal note of the corresponding commitments and declarations by the Governments of the Federal Republic of Germany and the German Democratic Republic and declare that their implementation will confirm the definitive nature of the united Germany's borders.

ARTICLE 2

The Governments of the Federal Republic of Germany and the German Democratic Republic reaffirm their declarations that only peace will emanate from German soil. According to the constitution of the united Germany, acts tending to and undertaken with the intent to disturb the peaceful relations between nations, especially to prepare for aggressive war, are unconstitutional and a punishable offence. The Governments of the Federal Republic of Germany and the German Democratic Republic declare that the united Germany will never employ any of its weapons except in accordance with its constitution and the Charter of the United Nations.

ARTICLE 3

(1) The Governments of the Federal Republic of Germany and the German Democratic Republic reaffirm their renunciation of the manufacture and possession of and control over nuclear, biological and chemical weapons. They declare that the united Germany, too, will abide by these commitments. In particular, rights and obligations arising from the Treaty on the Non-Proliferation of Nuclear Weapons of 1 July 1968 will continue to apply to the united Germany.

(2) The Government of the Federal Republic of Germany, acting in full agreement with the Government of the German Democratic Republic, made the following statement on 30 August 1990 in Vienna at the Negotiations on Conventional Armed Forces in Europe:

> "The Government of the Federal Republic of Germany undertakes to reduce the personnel strength of the armed forces of the united Germany to 370,000 (ground, air and naval forces) within three to four years. This reduction will commence on the entry into force of the first CFE agreement. Within the scope of this overall ceiling no more than 345,000 will belong to the ground and air forces which, pursuant to the agreed mandate, alone are the subject of the Negotiations on Conventional Armed Forces in Europe. The Federal Government regards its commitment to reduce ground and air forces as a significant German contribution to the reduction of conventional armed forces in Europe. It assumes that in follow-on negotiations the other participants in the negotiations, too, will render their contribution to enhancing security and stability in Europe, including measures to limit personnel strengths."

The Government of the German Democratic Republic has expressly associated itself with this statement.

(3) The Governments of the French Republic, the Union of Soviet Socialist Republics, the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland and the United States of America take note of these statements by the Governments of the Federal Republic of Germany and the German Democratic Republic.

ARTICLE 4

(1) The Governments of the Federal Republic of Germany, the German Democratic Republic and the Union of Soviet Socialist Republics state that the united Germany and the Union of Soviet Socialist Republics will settle by treaty the conditions for and the duration of the presence of Soviet armed forces on the territory of the present German Democratic Republic and of Berlin, as well as the conduct of the withdrawal of these armed forces which will be completed by the end of 1994, in connection with the implementation of the undertaking of the Federal Republic of Germany and the German Democratic Republic referred to in paragraph 2 of Article 3 of the present Treaty.

(2) The Governments of the French Republic, the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland and the United States of America take note of this statement.

ARTICLE 5

(1) Until the completion of the withdrawal of the Soviet armed forces from the territory of the present German Democratic Republic and of Berlin in accordance with Article 4 of the present Treaty, only German territorial defence units which are not integrated into the alliance structures to which German armed forces in the rest of German territory are assigned will be stationed in that territory as armed forces of the united Germany. During that period and subject to the provisions of paragraph 2 of this Article, armed forces of other states will not be stationed in that territory or carry out any other military activity there.

(2) For the duration of the presence of Soviet armed forces in the territory of the present German Democratic Republic and of Berlin, armed forces of the French Republic, the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland and the United States of America will, upon German request, remain stationed in Berlin by agreement to this effect between the Government of the united Germany and the Governments of the states concerned. The number of troops and the amount of equipment of all non-German armed forces stationed in Berlin will not be greater than at the time of signature of the present Treaty. New categories of weapons will not be introduced there by non-German armed forces. The Government of the united Germany will conclude with the Governments of those states which have armed forces stationed in Berlin treaties with conditions which are fair taking account of the relations existing with the states concerned.

(3) Following the completion of the withdrawal of the Soviet armed forces from the territory of the present German Democratic Republic and of Berlin, units of German armed forces assigned to military alliance structures in the same way as those in the rest of German territory may also be stationed in that part of Germany, but without nuclear weapon carriers. This does not apply to conventional weapon systems which may have other capabilities in addition to conventional ones but which in that part of Germany are equipped for a conventional role and designated only for such. Foreign armed forces and nuclear weapons or their carriers will not be stationed in that part of Germany or deployed there.

ARTICLE 6

The right of the united Germany to belong to alliances, with all the rights and responsibilities arising therefrom, shall not be affected by the present Treaty.

ARTICLE 7

(1) The French Republic, the Union of Soviet Socialist Republics, the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland and the United States of America hereby terminate their rights and responsibilities relating to Berlin and to Germany as a whole. As a result, the corresponding, related quadripartite agreements, decisions and practices are terminated and all related Four Power institutions are dissolved.

(2) The united Germany shall have accordingly full sovereignty over its internal and external affairs.

ARTICLE 8

(1) The present Treaty is subject to ratification or acceptance as soon as possible. On the German side it will be ratified by the united Germany. The Treaty will therefore apply to the united Germany.

(2) The instruments of ratification or acceptance shall be deposited with the Government of the united Germany. That Government shall inform the Governments of the other Contracting Parties of the deposit of each instrument of ratification or acceptance.

ARTICLE 9

The present Treaty shall enter into force for the united Germany, the French Republic, the Union of Soviet Socialist Republics, the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland and the United States of America on the date of deposit of the last instrument of ratification or acceptance by these states.

ARTICLE 10

The original of the present Treaty, of which the English, French, German and Russian texts are equally authentic, shall be deposited with the Government of the Federal Republic of Germany, which shall transmit certified true copies to the Governments of the other Contracting Parties.

TRAITE PORTANT REGLEMENT DEFINITIF CONCERNANT L'ALLEMAGNE

La République fédérale d'Allemagne, la République démocratique allemande, les Etats-Unis d'Amérique, la République française, le Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord et l'Union des Républiques socialistes soviétiques

Conscients que leurs peuples vivent mutuellement en paix depuis 1945;

Ayant à l'esprit les changements historiques survenus récemment en Europe, qui permettent de surmonter la division du continent;

Prenant en considération les droits et responsabilités des Quatre Puissances relatifs à Berlin et à l'Allemagne dans son ensemble ainsi que les accords et décisions correspondants des Quatre Puissances au temps de la guerre et de l'après-guerre;

Résolus, conformément aux obligations qui leur incombent en vertu de la Charte des Nations Unies, à développer entre les nations des relations amicales fondées sur le respect du principe de l'égalité de droits des peuples et de leur droit à disposer d'eux-mêmes, et à prendre toutes autres mesures propres à consolider la paix du monde;

Rappelant les principes de l'Acte final de la Conférence sur la Sécurité et la Coopération en Europe, signé à Helsinki;

Reconnaissant que ces principes ont établi des bases solides pour l'édification d'un ordre de paix juste et durable en Europe;

Déterminés à tenir compte des intérêts de sécurité de chacun;

Convaincus de la nécessité de surmonter définitivement les antagonismes et de développer la coopération en Europe;

Confirmant leur disposition à renforcer la sécurité, en particulier en adoptant des mesures efficaces de contrôle des armements, de désarmement et de confiance; leur volonté de ne pas se considérer les uns les autres comme des adversaires mais d'oeuvrer en faveur d'une relation de confiance et de coopération; et par conséquent leur disposition à envisager positivement la mise en place d'arrangements institutionnels appropriés dans le cadre de la Conférence sur la Sécurité et la Coopération en Europe;

Saluant le fait que le peuple allemand, exerçant librement son droit à l'autodétermination, a affirmé sa volonté d'établir l'unité étatique de l'Allemagne pour servir la paix du monde en tant que membre égal et souverain d'une Europe unie;

Convaincus que l'unification de l'Allemagne en un Etat aux frontières définitives représente une contribution importante à la paix et à la stabilité en Europe;

Désireux de conclure le règlement définitif concernant l'Allemagne;

Reconnaissant que, par là et avec l'unification de l'Allemagne en tant qu'Etat démocratique et pacifique, les droits et responsabilités des Quatre Puissances relatifs à Berlin et à l'Allemagne dans son ensemble perdent leur fonction;

Représentés par leurs ministres des Affaires Etrangères qui, conformément à la déclaration adoptée à Ottawa le 13 février 1990, se sont réunis le 5 mai 1990 à Bonn, le 22 juin 1990 à Berlin, le 17 juillet 1990 à Paris avec la participation du ministre des Affaires Etrangères de la République de Pologne, et le 12 septembre 1990 à Moscou;

sont convenus de ce qui suit:

ARTICLE 1er

1) L'Allemagne unie comprendra le territoire de la République fédérale d'Allemagne, de la République démocratique allemande et de l'ensemble de Berlin. Ses frontières extérieures seront les frontières de la République fédérale d'Allemagne et de la République démocratique allemande et seront définitives à partir de la date d'entrée en vigueur du présent Traité. La confirmation du caractère définitif des frontières de l'Allemagne unie constitue un élément essentiel de l'ordre de paix en Europe.

2) L'Allemagne unie et la République de Pologne confirmeront la frontière existante entre elles par un traité ayant force obligatoire en vertu du droit international.

3) L'Allemagne unie n'a aucune revendication territoriale quelle qu'elle soit envers d'autres Etats et n'en formulera pas à l'avenir.

4) Les gouvernements de la République fédérale d'Allemagne et de la République démocratique allemande feront en sorte que la constitution de l'Allemagne unie ne comporte aucune disposition incompatible avec ces principes. Cela vaut en conséquence pour les dispositions contenues dans le préambule, l'article 23, phrase 2 et l'article 146 de la Loi fondamentale de la République fédérale d'Allemagne.

5) Les gouvernements des Etats-Unis d'Amérique, de la République française, du Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord et de l'Union des Républiques socialistes soviétiques prennent formellement acte des engagements et déclarations correspondants des gouvernements de la République fédérale d'Allemagne et de la République démocratique allemande, et déclarent que leur mise en oeuvre confirmera le caractère définitif des frontières de l'Allemagne unie.

ARTICLE 2

Les gouvernements de la République fédérale d'Allemagne et de la République démocratique allemande réaffirment leurs déclarations selon lesquelles seule la paix émanera du sol allemand. Selon la constitution de l'Allemagne unie, les actes susceptibles de troubler les relations pacifiques entre les nations ou entrepris dans cette intention, notamment en vue de préparer une guerre d'agression, sont anticonstitutionnels et constituent une infraction punissable. Les gouvernements de la République fédérale d'Allemagne et de la République démocratique allemande déclarent que l'Allemagne unie n'emploiera jamais aucune de ses armes que conformément à sa constitution et à la Charte des Nations Unies.

ARTICLE 3

1) Les gouvernements de la République fédérale d'Allemagne et de la République démocratique allemande réaffirment leur renonciation à la fabrication, à la possession et au contrôle d'armes nucléaires, biologiques et chimiques. Ils déclarent que l'Allemagne unie respectera également ces engagements. En particulier les droits et obligations découlant du Traité du ler juillet 1968 sur la non-prolifération des armes nucléaires continueront à s'appliquer à l'Allemagne unie.

2) Le gouvernement de la République fédérale d'Allemagne, en plein accord avec le Gouvernement de la République démocratique allemande, a déclaré à Vienne, le 30 août 1990, au cours des négociations sur les forces armées classiques en Europe, ce qui suit:

"Le gouvernement de la République fédérale d'Allemagne s'engage à réduire dans un délai de trois à quatre ans le niveau des effectifs en personnels des forces armées de l'Allemagne unie à 370.000 (forces terrestres, aériennes et navales). Cette réduction commencera au moment de l'entrée en vigueur du premier traité

FCE. Dans les limites de ce plafond global, un maximum de 345.000 hommes appartiendront aux forces terrestres et aériennes, qui, conformément au mandat agréé, sont seules l'objet des négociations sur les forces armées classiques en Europe. Le gouvernement fédéral considère son engagement de réduire les forces terrestres et aériennes comme une contribution allemande importante à la réduction des forces armées classiques en Europe. Il présume que dans les négociations de suivi les autres participants aux négociations contribueront également au renforcement de la sécurité et de la stabilité en Europe, y compris par des mesures de limitation des effectifs en personnels."

Le gouvernement de la République démocratique allemande s'est expressément associé à cette déclaration.

3) Les gouvernements des Etats-Unis d'Amérique, de la République française, du Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord et de l'Union des Républiques socialistes soviétiques prennent acte de ces déclarations des gouvernements de la République fédérale d'Allemagne et de la République démocratique allemande.

ARTICLE 4

1) Les gouvernements de la République fédérale d'Allemagne, de la République démocratique allemande et de l'Union des Républiques socialistes soviétiques déclarent que l'Allemagne unie et l'Union des Républiques socialistes soviétiques régleront par traité les conditions et la durée de la présence des forces armées soviétiques sur le territoire de l'actuelle République démocratique allemande et de Berlin, ainsi que le déroulement du retrait de ces forces armées, qui devra être achevé à la fin de l'année 1994, en relation avec l'exécution de l'engagement des gouvernements de la République fédérale d'Allemagne et de la République démocratique allemande mentionné au paragraphe 2 de l'article 3 du présent Traité.

2) Les gouvernements des Etats-Unis d'Amérique, de la République française et du Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord prennent acte de cette déclaration.

ARTICLE 5

1) Jusqu'à l'achèvement du retrait des forces armées soviétiques du territoire de l'actuelle République démocratique allemande et de Berlin conformément à l'article 4 du présent Traité, seules seront stationnées sur ce territoire, en qualité de forces armées de l'Allemagne unie, des unités allemandes de défense territoriale qui ne sont pas intégrées aux structures d'alliance auxquelles les forces armées allemandes sont affectées sur le reste du territoire allemand. Pendant cette periode et sous réserve des dispositions du paragraphe 2) du présent article, des forces armées d'autres Etats ne stationneront pas sur ce territoire et n'y mèneront aucune autre activité militaire.

2) Pendant la période de présence des forces armées soviétiques sur le territoire de l'actuelle République démocratique allemande et de Berlin, des forces armées des Etats-Unis d'Amérique, de la République française et du Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord demeureront, sur demande de l'Allemagne unie, stationnées à Berlin, par accord à cet effet entre le gouvernement de l'Allemagne unie et les gouvernements des Etats concernés. Le niveau des effectifs et des armements de toutes les forces armées non allemandes stationnées à Berlin ne sera pas plus élevé qu'au moment de la signature du présent Traité. Les forces non allemandes n'y introduiront pas de nouvelles catégories d'armement. Le gouvernement de l'Allemagne unie conclura avec les gouvernements des Etats dont les forces armées stationnent à Berlin des accords établissant des conditions justes tenant compte des relations existantes avec les Etats concernés.

3) Après l'achèvement du retrait des forces armées soviétiques du territoire de l'actuelle République démocratique allemande et de Berlin, des unités des forces armées allemandes affectées aux structures d'alliance de la même manière que les unités stationnées sur le reste du territoire allemand pourront également stationner dans cette partie de l'Allemagne, bien que sans vecteurs d'armes nucléaires. Ceci ne s'applique pas aux systèmes d'armes classiques qui peuvent avoir d'autres capacités en sus de leur capacités classiques mais qui, dans cette partie de l'Allemagne, sont équipés à des fins classiques et affectés seulement à celles-ci. Des forces armées et des armes nucléaires ou des vecteurs d'armes nucléaires étrangers ne seront pas stationnés dans cette partie de l'Allemagne et n'y seront pas déployés.

ARTICLE 6

Le droit de l'Allemagne unie d'appartenir à des alliances, avec tous les droits et obligations qui en découlent, n'est pas affecté par le présent Traité.

ARTICLE 7

1) Les Etats-Unis d'Amérique, la République française, le Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord et l'Union des Républiques socialistes soviétiques mettent fin par le présent Traité à leurs droits et responsabilités relatifs à Berlin et à l'Allemagne dans son ensemble. En conséquence, il est mis fin aux accords, décisions et pratiques quadripartites correspondants, qui s'y rattachent, et toutes les institutions des Quatre Puissances y afférentes sont dissoutes.

2) L'Allemagne unie jouira, en conséquence, de la pleine souveraineté sur ses affaires intérieures et extérieures.

ARTICLE 8

1) Le présent Traité sera soumis à ratification ou acceptation aussitôt que possible. En ce qui concerne l'Allemagne, la ratification sera effectuée par l'Allemagne unie. Le Traité s'appliquera par conséquent à l'Allemagne unie.

2) Les instruments de ratification ou d'acceptation seront déposés auprès du gouvernement de l'Allemagne unie.
Celui-ci informera les gouvernements des autres Parties contractantes du dépôt de chaque instrument de ratification ou d'acceptation.

ARTICLE 9

Le présent Traité entrera en vigueur pour l'Allemagne unie, les Etats-Unis d'Amérique, la République française, le Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord et l'Union des Républiques socialistes soviétiques le jour de dépôt du dernier instrument de ratification ou d'acceptation par ces Etats.

ARTICLE 10

L'original du présent Traité dont les textes allemand, anglais, français et russe font également foi, est déposé auprès du gouvernement de la République fédérale d'Allemagne qui transmettra aux gouvernements des autres Parties contractantes des copies certifiées conformes.

ДОГОВОР
ОБ ОКОНЧАТЕЛЬНОМ УРЕГУЛИРОВАНИИ В ОТНОШЕНИИ ГЕРМАНИИ

Германская Демократическая Республика, Федеративная Республика Германия, Соединенное Королевство Великобритании и Северной Ирландии, Соединенные Штаты Америки, Союз Советских Социалистических Республик и Французская Республика,

сознавая, что их народы с 1945 года живут в мире друг с другом;

принимая во внимание исторические изменения последнего времени в Европе, которые дают возможность преодолеть ее раскол;

учитывая права и ответственность четырех держав в отношении Берлина и Германии в целом, а также соответствующие соглашения и решения четырех держав военного и послевоенного времени;

преисполненные решимости в соответствии со своими обязательствами по Уставу Организации Объединенных Наций развивать дружественные отношения между нациями на основе уважения принципа равноправия и самоопределения народов, а также принимать другие соответствующие меры для укрепления всеобщего мира;

ссылаясь на принципы хельсинкского Заключительного акта Совещания по безопасности и сотрудничеству в Европе;

<u>признавая</u>, что эти принципы заложили прочную основу для создания справедливого и надежного мирного устройства в Европе;

<u>преисполненные решимости</u> учитывать интересы безопасности каждого;

<u>убежденные</u> в необходимости окончательно преодолеть антагонизм и развивать сотрудничество в Европе;

<u>подтверждая</u> свою готовность укреплять безопасность, в особенности путем принятия эффективных мер по контролю над вооружениями, разоружению и упреплению доверия, свою готовность не рассматривать друг друга как противников, а работать над установлением отношений доверия и сотрудничества, и соответственно с этим свою готовность позитивно рассмотреть возможность принятия подходящих мер по институционализации в рамках Совещания по безопасности и сотрудничеству в Европе;

<u>отмечая</u>, что немецкий народ, свободно осуществляя право на самоопределение, изъявил волю к строительству государственного единства Германии, с тем чтобы служить делу мира во всем мире в качестве равноправного и суверенного члена идущей по пути объединения Европы;

<u>убежденные</u> в том, что объединение Германии в государство с окончательными границами является значительным вкладом в дело мира и стабильности в Европе;

<u>имея целью</u> достижение окончательного урегулирования в отношении Германии;

признавая, что тем самым и с объединением Германии в демократическое и мирное государство теряют свое значение права и ответственность четырех держав в отношении Берлина и Германии в целом;

представленные своими министрами иностранных дел, которые в соответствии с заявлением от 13 февраля 1990 года, принятым в Оттаве, встречались 5 мая 1990 года в Бонне, 22 июня 1990 года в Берлине, 17 июля 1990 года в Париже с участием министра иностранных дел Республики Польша, 12 сентября 1990 года в Москве,

договорились о нижеследующем:

Статья I

1. Объединенная Германия будет включать территории Германской Демократической Республики, Федеративной Республики Германии и всего Берлина. Ее внешними границами окончательно станут границы Германской Демократической Республики и Федеративной Республики Германии со дня вступления в силу настоящего Договора. Подтверждение окончательного характера границ объединенной Германии является существенной составной частью мирного порядка в Европе.

2. Объединенная Германия и Республика Польша подтверждают существующую между ними границу в договоре, имеющем обязательный характер в соответствии с международным правом.

3. Объединенная Германия не имеет никаких территориальных претензий к другим государствам и не будет выдвигать таких претензий также и в будущем.

4. Правительства Германской Демократической Республики и Федеративной Республики Германии обеспечат, чтобы в конституции объединенной Германии не содержалось какихлибо положений, противоречащих этим принципам. Соответственно это относится к положениям, изложенным в преамбуле, во второй фразе статьи 23 и в статье I46 Основного закона Федеративной Республики Германии.

5. Правительства Соединенного Королевства Великобритании и Северной Ирландии, Соединенных Штатов Америки, Союза Советских Социалистических Республик и Французской Республики официально принимают к сведению соответствующие обязательства и заявления правительств Германской Демократической Республики и Федеративной Республики Германии и заявляют, что с их осуществлением будет подтвержден окончательный характер границ объединенной Германии.

Статья 2

Правительства Германской Демократической Республики и Федеративной Республики Германии подтверждают свои заявления о том, что с немецкой земли будет исходить только мир. Согласно конституции объединенной Германии действия, могущие и преследующие цель нарушить мир между народами, в особенности подготовка к ведению наступательной войны, являются антиконституционными и наказуемыми. Правительства

Германской Демократической Республики и Федеративной Республики Германии заявляют, что объединенная Германия никогда не применит оружие, которым она располагает, иначе как в соответствии с ее конституцией и Уставом Организации Объединенных Наций.

Статья 3

I. Правительства Германской Демократической Республики и Федеративной Республики Германии подтверждают свой отказ от производства, владения и распоряжения ядерным, биологическим и химическим оружием. Они заявляют, что объединенная Германия также будет придерживаться этих обязательств. В частности, права и обязательства, вытекающие из Договора о нераспространении ядерного оружия от I июля 1968 года, продолжают действовать в отношении объединенной Германии.

2. Правительство Федеративной Республики Германии в полном согласии с правительством Германской Демократической Республики сделало 30 августа 1990 года в Вене на переговорах по обычным вооруженным силам в Европе следующее заявление:

"Правительство Федеративной Республики Германии обязуется сократить вооруженные силы объединенной Германии в течение 3-4 лет до численности 370 000 человек (сухопутные войска, военно-воздушные и военно-морские силы). Это сокращение должно начаться с момента вступления в силу первого договора об обычных вооруженных силах

в Европе. В рамках этого совокупного верхнего предела не более 345 000 человек будут входить в сухопутные войска и военно-воздушные силы, которые в соответствии с согласованным мандатом одни являются предметом переговоров по обычным вооруженным силам в Европе. Правительство Федеративной Республики Германии видит в своем обязательстве о сокращении сухопутных и военно-воздушных сил значимый немецкий вклад в дело сокращения обычных вооруженных сил в Европе. Оно исходит из того, что в последующих переговорах другие их участники также внесут свой вклад в упрочение безопасности и стабильности в Европе, включая меры по ограничению численности войск."

Правительство Германской Демократической Республики полностью присоединилось к этому заявлению.

3. Правительства Соединенного Королевства Великобритании и Северной Ирландии, Соединенных Штатов Америки, Союза Советских Социалистических Республик и Французской Республики принимают эти заявления правительств Германской Демократической Республики и Федеративной Республики Германии к сведению.

С т а т ь я 4

I. Правительства Союза Советских Социалистических Республик, Германской Демократической Республики и Федеративной Республики Германии заявляют, что Союз Советских Социалистических Республик и объединенная Германия

урегулируют в договором порядке условия и сроки пребывания советских войск на территории нынешней Германской Демократической Республики и Берлина, а также осуществление вывода этих войск, который будет завершен к концу 1994 года, во взаимосвязи с реализацией обязательств правительств Германской Демократической Республики и Федеративной Республики Германии, изложенных в пункте 2 статьи 3 настоящего Договора.

2. Правительства Соединенного Королевства Великобритании и Северной Ирландии, Соединенных Штатов Америки и Французской Республики принимают это заявление к сведению.

С т а т ь я 5

1. Вплоть до завершения вывода советских войск с территории нынешней Германской Демократической Республики и Берлина в соответствии со статьей 4 настоящего Договора на данной территории будут размещаться в качестве вооруженных сил объединенной Германии исключительно немецкие формирования территориальной обороны, не интегрированные в союзнические структуры, которым немецкие вооруженные силы приданы на остальной германской территории. С учетом урегулирования, содержащегося в пункте 2 настоящей статьи, войска других государств не будут в течение этого периода размещаться на этой территории или осуществлять там другую военную деятельность.

2. На срок пребывания советских войск на территории нынешней Германской Демократической Республики и Берлина войска Соединенного Королевства Великобритании и Северной Ирландии, Соединенных Штатов Америки и

Французской Республики будут в соответствии с пожеланием немецкой стороны на основе соответствующего договорного урегулирования между правительством объединенной Германии и правительствами указанных государств по-прежнему размещаться в Берлине. Численность личного состава и количество вооружений всех ненемецких войск, размещенных в Берлине, не будут больше, чем на момент подписания настоящего Договора. Новые категории оружия не будут вводиться туда ненемецкими вооруженными силами. Правительство объединенной Германии заключит с правительствами государств, разместивших войска в Берлине, договоры на справедливых условиях с учетом отношений, существующих с указанными государствами.

3. После завершения вывода советских войск с территории нынешней Германской Демократической Республики и Берлина в данной части Германии могут размещаться также формирования немецких вооруженных сил, приданные военным союзническим структурам таким же образом, как и формирования на остальной германской территории, но без носителей ядерного оружия. Это не распространяется на системы обычных вооружений, которые могут обладать другими способностями, помимо обычных, но которые в данной части Германии оснащены для обычной роли и предназначены только для таковой. Иностранные войска и ядерное оружие или его носители не будут размещаться в данной части Германии и развертываться там.

Статья 6

Право объединенной Германии на участие в союзах со всеми вытекающими из этого правами и обязательствами настоящим Договором не затрагивается.

Статья 7

I. Соединенное Королевство Великобритании и Северной Ирландии, Соединенные Штаты Америки, Союз Советских Социалистических Республик и Французская Республика настоящим прекращают действие своих прав и ответственности в отношении Берлина и Германии в целом. В результате прекращают свое действие соответствующие связанные с ними четырехсторонние соглашения, решения и практика и распускаются все соответствующие институты четырех держав.

2. В соответствии с этим объединенная Германия обретает полный суверенитет над своими внутренними и внешними делами.

Статья 8

I. Настоящий Договор подлежит ратификации или принятию так скоро, как это возможно. Ратификация с немецкой стороны проводится объединенной Германией. Данный Договор тем самым имеет силу для объединенной Германии.

2. Ратификационные грамоты или документы о принятии сдаются на хранение правительству объединенной Германии. Оно информирует правительства других Договаривающихся Сторон о сдаче на хранение каждой ратификационной грамоты или документа о принятии.

Статья 9

Настоящий Договор вступает в силу для объединенной Германии, Соединенного Королевства Великобритании и Северной Ирландии, Соединенных Штатов Америки, Союза Советских Социалистических Республик и Французской Республики в день сдачи на хранение этими государствами последней ратификационной грамоты или документа о принятии.

Статья IO

Подлинник настоящего Договора, тексты которого на английском, немецком, русском и французском языках имеют одинаковую силу, сдается на хранение правительству Федеративной Республики Германии, которое передаст правительствам других Договаривающихся Сторон заверенные копии.

ZU URKUND DESSEN haben die unterzeichneten, hierzu gehörig Bevollmächtigten diesen Vertrag unterschrieben.

GESCHEHEN zu Moskau am 12. September 1990

IN WITNESS WHEREOF, the undersigned plenipotentiaries, duly authorized thereto, have signed this Treaty.

DONE at Moscow this twelfth day of September 1990.

EN FOI DE QUOI, les plénipotentiaires soussignés, dûment habilités à cet effet, ont signé le présent Traité.

FAIT à Moscou, le 12 septembre 1990

В УДОСТОВЕРЕНИЕ ЧЕГО нижеподписавшиеся, должным образом уполномоченные, подписали настоящий Договор.

СОВЕРШЕНО в Москве, 12 сентября 1990 г.

Für die Bundesrepublik Deutschland
For the Federal Republic of Germany
Pour la République fédérale d'Allemagne
За Федеративную Республику Германию

Für die Deutsche Demokratische Republik
For the German Democratic Republic
Pour la République démocratique allemande
За Германскую Демократическую Республику

Für die Französischen Republik
For the French Republic
Pour la République francaise
За Французскую Республику

Für die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
For the Union of Soviet Socialist Republics
Pour l'Union des Républiques socialistes soviètiques
За Союз Советских Социалистических Республик

Für das Vereinigte Königreich Großbritannien und Nordirland
For the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland
Pour le Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord
За Соединенное Королевство Великобритании и Северной Ирландии

Für die Vereinigten Staaten von Amerika
For the United States of America
Pour les Etats-Unis d'Amérique
За Соединенные Штаты Америки

VEREINBARTE PROTOKOLLNOTIZ
ZU DEM
VERTRAG ÜBER DIE ABSCHLIESSENDE REGELUNG IN BEZUG AUF DEUTSCHLAND
VOM 12. SEPTEMBER 1990

Alle Fragen in Bezug auf die Anwendung des Wortes "verlegt", wie es im letzten Satz von Artikel 5 Abs. 3 gebraucht wird, werden von der Regierung des vereinten Deutschland in einer vernünftigen und verantwortungsbewußten Weise entschieden, wobei sie die Sicherheitsinteressen jeder Vertragspartei, wie dies in der Präambel niedergelegt ist, berücksichtigen wird.

AGREED MINUTE TO THE TREATY ON THE
FINAL SETTLEMENT WITH RESPECT TO
GERMANY OF 12 SEPTEMBER 1990

Any questions with respect to the application of the word "deployed" as used in the last sentence of paragraph 3 of Article 5 will be decided by the Government of the united Germany in a reasonable and responsible way taking into account the security interests of each Contracting Party as set forth in the preamble.

MINUTE AGREEE AU TRAITE PORTANT REGLEMENT DEFINITIF CONCERNANT L'ALLEMAGNE SIGNE LE 12 SEPTEMBRE 1990.

Toutes questions concernant l'application du mot "déployés" utilisé dans la dernière phrase de l'article 5, paragraphe 3, seront tranchées par le gouvernement de l'Allemagne unie d'une manière raisonnable et responsable prenant en compte les intérêts de sécurité de chaque partie contractante ainsi qu'il est affirmé dans le préambule.

СОГЛАСОВАННАЯ ПРОТОКОЛЬНАЯ ЗАПИСЬ К ДОГОВОРУ
ОБ ОКОНЧАТЕЛЬНОМ УРЕГУЛИРОВАНИИ В ОТНОШЕНИИ
ГЕРМАНИИ ОТ 12 СЕНТЯБРЯ 1990 ГОДА

Любые вопросы, связанные с применением слова "развертываться", как оно используется в последнем предложении пункта 3 статьи 5, будут решаться Правительством объединенной Германии разумно и ответственно, с учетом интересов безопасности каждой из Договаривающихся Сторон, как об этом говорится в Преамбуле.

Für die Bundesrepublik Deutschland
For the Federal Republic of Germany
Pour la République fédérale d'Allemagne
За Федеративную Республику Германию

Für die Deutsche Demokratische Republik
For the German Democratic Republic
Pour la République démocratique allemande
За Германскую Демократическую Республику

Für die Französischen Republik
For the French Republic
Pour la République francaise
За Французскую Республику

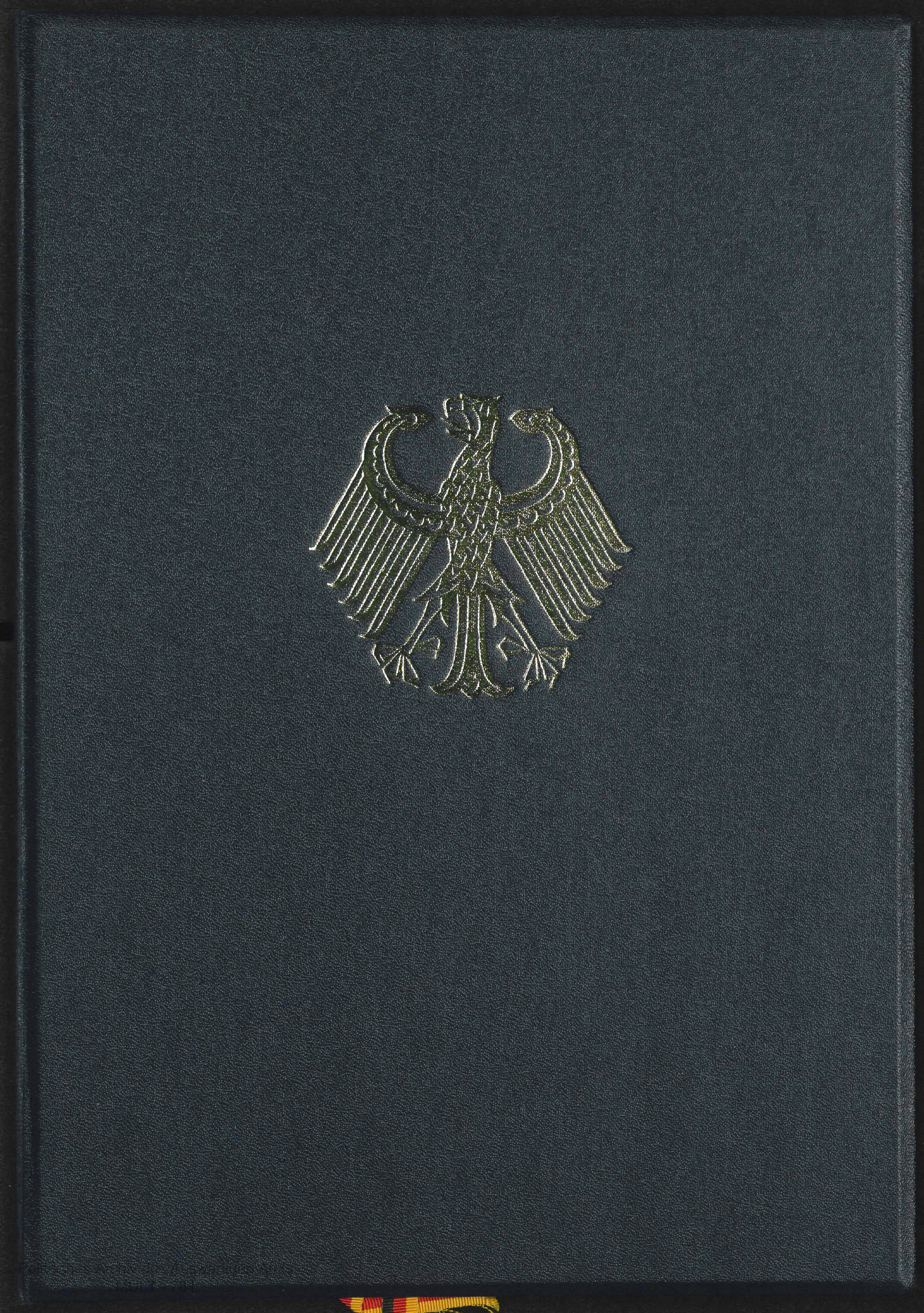
Für die Union der Sozialistischen
Sowjetrepubliken
For the Union of Soviet Socialist Republics
Pour l'Union des Républiques socialistes
soviètiques
За Союз Советских Социалистических Республик

Für das Vereinigte Königreich Großbritannien
und Nordirland
For the United Kingdom of Great Britain and
Northern Ireland
Pour le Royaume-Uni de Grande-Bretagne et
d'Irlande du Nord
За Соединенное Королевство Великобритании и
Северной Ирландии

Für die Vereinigten Staaten von Amerika
For the United States of America
Pour les Etats-Unis d'Amérique
За Соединенные Штаты Америки

James A. Baker III





Ratifikationsurkunde

der

Bundesrepublik Deutschland

zu dem Vertrag

über die abschließende Regelung in bezug auf

Deutschland

Nachdem der in Moskau am 12. September 1990 von der

Bundesrepublik Deutschland

unterzeichnete

Vertrag über die abschließende Regelung
in bezug auf Deutschland sowie die vereinbarte
Protokollnotiz zu diesem Vertrag,

deren Wortlaut beigefügt ist, in gehöriger Gesetzesform die verfassungsmäßige Zustimmung gefunden haben, erkläre ich hiermit, daß ich den Vertrag und die Protokollnotiz bestätige.

Bonn, den 13. OKTOBER 1990

Der Bundespräsident

Der Bundesminister des Auswärtigen




E PLURIBUS
UNUM



GEORGE BUSH

President of the United States of America

TO ALL TO WHOM THESE PRESENTS SHALL COME, GREETING:

CONSIDERING THAT:

The Treaty on the Final Settlement with Respect to Germany and Related Agreed Minute were signed at Moscow September 12, 1990; and

The Senate of the United States of America by its resolution of October 10, 1990, two-thirds of the Senators present concurring therein, gave its advice and consent to ratification of the Treaty and Related Agreed Minute;

NOW, THEREFORE, I, George Bush, President of the United States of America, ratify and confirm the said Treaty and Related Agreed Minute.

IN TESTIMONY WHEREOF, I have signed this instrument of ratification and caused the Seal of the United States of America to be affixed.

DONE at the city of Washington
this eighteenth day of
October in the year of
our Lord one thousand
nine hundred ninety
and of the Independence
[illegible]ed States of
[illegible]
fifteenth.

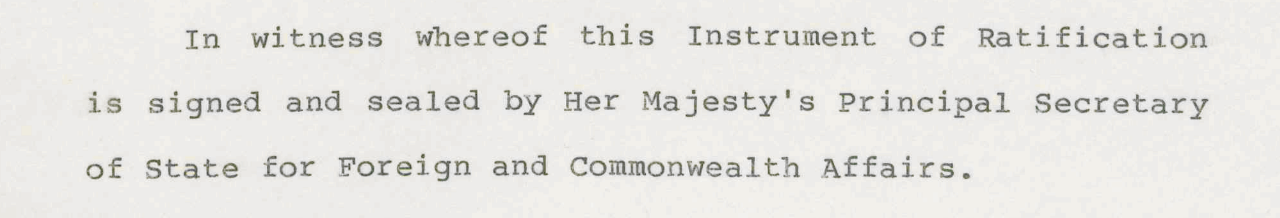
By the President:

Secretary of State



WHEREAS a Treaty on the Final Settlement with respect to Germany was signed at Moscow on the Twelfth day of September, One thousand Nine hundred and Ninety, by representatives of the Government of the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland and the Governments of the Federal Republic of Germany, the German Democratic Republic, the French Republic, the Union of Soviet Socialist Republics and the United States of America;

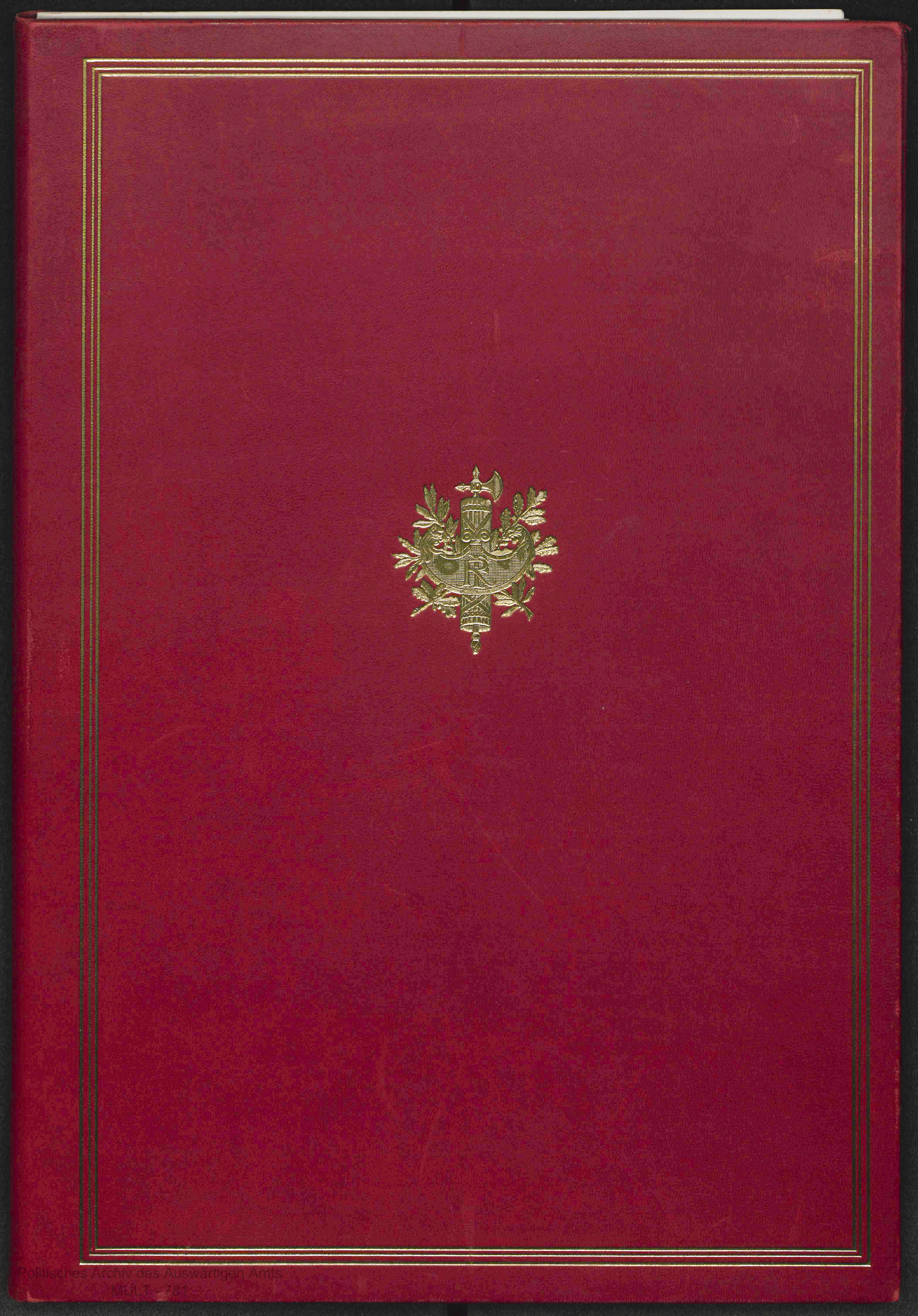
NOW THEREFORE the Government of the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland, having considered the Treaty aforesaid, hereby confirm and ratify the same and undertake faithfully to perform and carry out all the stipulations therein contained.



In witness whereof this Instrument of Ratification is signed and sealed by Her Majesty's Principal Secretary of State for Foreign and Commonwealth Affairs.

Done at London the Seventh day of November, One thousand Nine hundred and Ninety.

Douglas Hurd



Ratifications

du Président de la République Française,

DU TRAITE

PORTANT REGLEMENT DEFINITIF

CONCERNANT L'ALLEMAGNE,

SIGNE A MOSCOU LE 12 SEPTEMBRE 1990

François Mitterrand

Président de la République Française,

À tous ceux qui ces présentes Lettres verront,

Salut :

UN TRAITE
PORTANT REGLEMENT DEFINITIF
CONCERNANT L'ALLEMAGNE
AYANT ETE SIGNE A MOSCOU LE 12 SEPTEMBRE 1990,
TRAITE DONT LA TENEUR SUIT :

AYANT vu et examiné LE dit TRAITE, NOUS L'avons approuvé et approuvons en toutes et chacune de SES parties, en vertu des dispositions qui y sont contenues et conformément à l'article 52 de la Constitution.

DÉCLARONS qu'IL EST accepté, ratifié et confirmé et PROMETTONS qu'IL SERA inviolablement observé.

EN FOI DE QUOI, Nous avons donné les présentes, revêtues du Sceau de la République.

À Paris, le 14 janvier 1991

F. Mitterrand

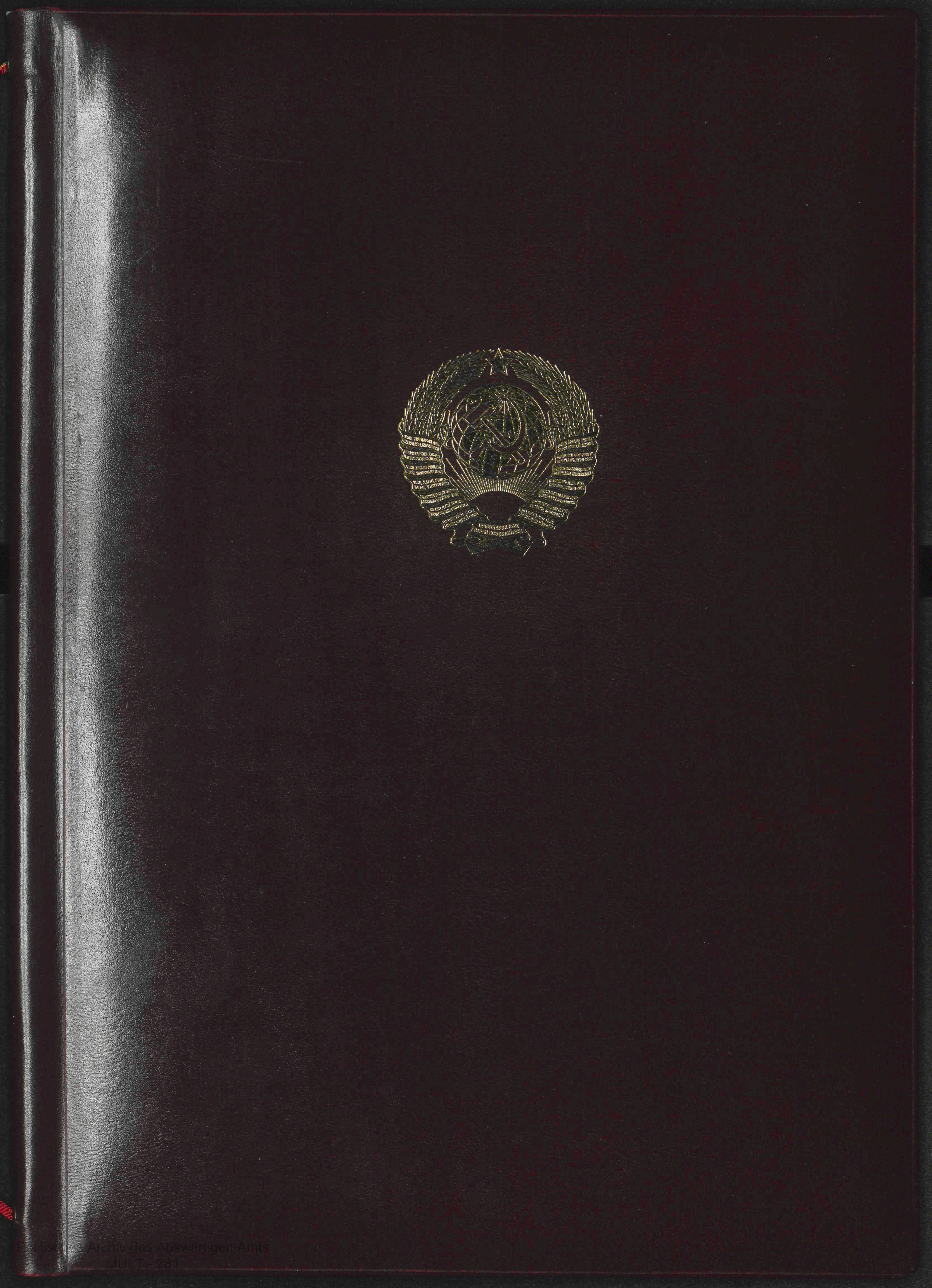
[Par] le Président de la République,

Le Ministre D'ETAT

MINISTRE DES AFFAIRES ETRANGERES

Roland Dumas

M. Rocard





Президент

Союза Советских Социалистических Республик

объявляет, что

Верховный Совет Союза Советских Социалистических Республик Постановлением от « 4 » марта 1991 года ратифицировал нижеследующий акт : Договор об окончательном урегулировании в отношении Германии, подписанный в Москве 12 сентября 1990 года,

и заявляет, что все изложенное будет неукоснительно и добросовестно выполняться.

В удостоверение чего Президент Союза Советских Социалистических Республик подписал настоящую Ратификационную Грамоту и скрепил ее своей печатью.

Москва, Кремль

„12" марта 1991 г.

Президент
Союза Советских Социалистических
Республик

Скрепил

Министр Иностранных Дел СССР

Übersetzung
105 - 505.42 - 91/1659

Wappen

DER PRÄSIDENT

der Union

der Sozialistischen Sowjetrepubliken

verkündet, daß

der Oberste Sowjet der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken durch Beschluß vom 4. März 1991 folgenden Vertrag:

den in Moskau am 12. September 1990 unterzeichneten Vertrag über die abschließende Regelung in bezug auf Deutschland ratifiziert hat,

und erklärt, daß dessen vollständiger Wortlaut strikt und gewissenhaft erfüllt wird.

Zur Bestätigung dessen hat der Präsident der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken diese Ratifikationsurkunde unterzeichnet und mit seinem Siegel versehen.

gez. M. Gorbatschow
Präsident
der Union der Sozialistischen
Sowjetrepubliken

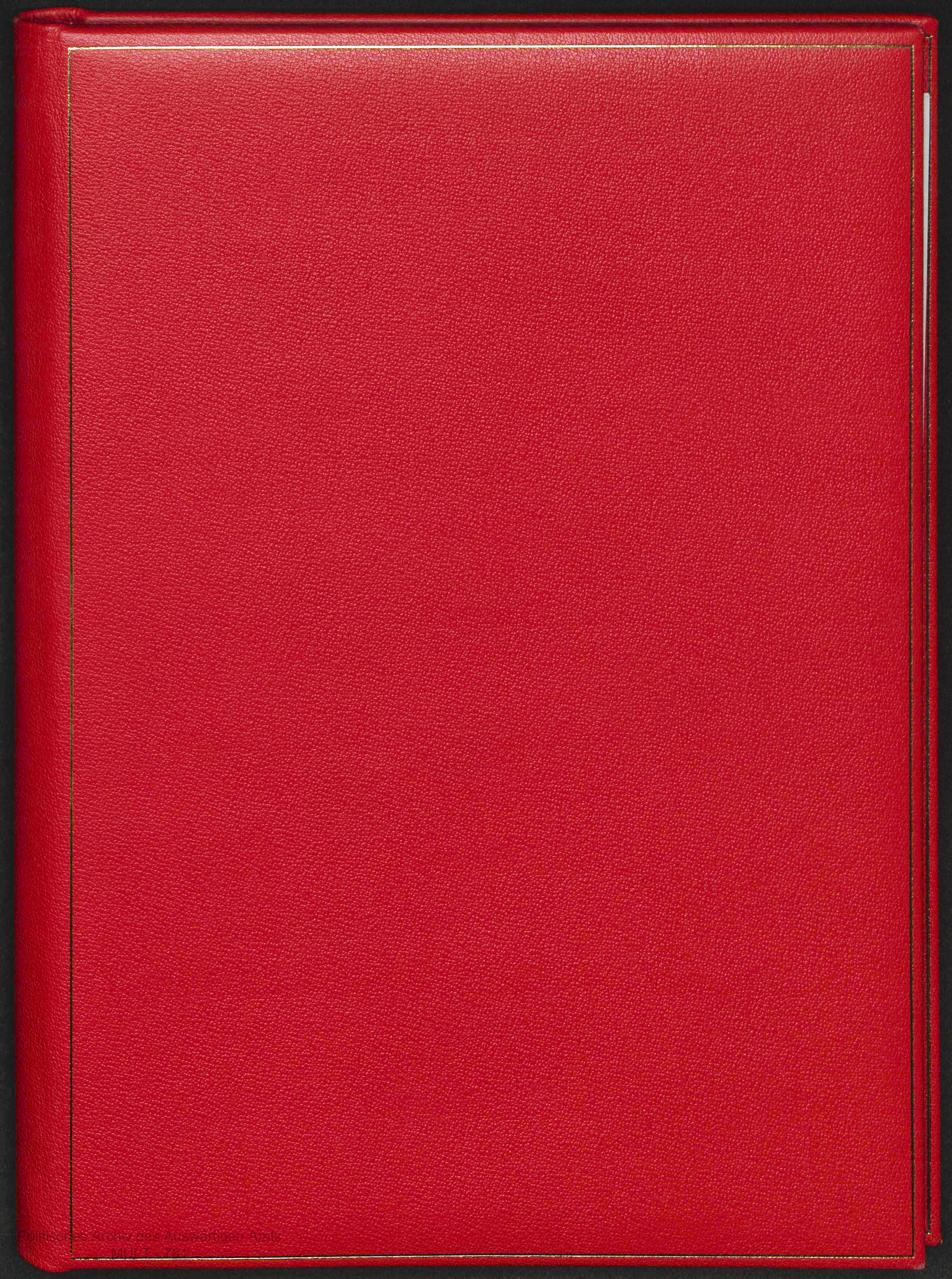
Moskau, Kreml
12. März 1991

Siegel

Gegenzeichnung

Der Minister für
Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR

gez. A. Bessmertnych



DECLARATION SUSPENDING THE OPERATION OF QUADRIPARTITE RIGHTS AND RESPONSIBILITIES

DÉCLARATION SUSPENDANT L'EXERCICE DES DROITS ET RESPONSABILITÉS QUADRIPARTITES

ERKLÄRUNG ZUR AUSSETZUNG DER WIRKSAMKEIT DER VIER-MÄCHTE-RECHTE UND-VERANTWORTLICHKEITEN

ЗАЯВЛЕНИЕ ОТНОСИТЕЛЬНО ПРИОСТАНОВКИ ДЕЙСТВИЯ ЧЕТЫРЕХСТОРОННИХ ПРАВ И ОТВЕТСТВЕННОСТИ

The Governments of the French Republic, the Union of Soviet Socialist Republics, the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland and the United States of America,

Represented by their Ministers for Foreign Affairs meeting at New York on 1 October 1990,

Having regard to the Treaty on the Final Settlement with respect to Germany signed at Moscow on 12 September 1990, which provides for the termination of their rights and responsibilities relating to Berlin and to Germany as a whole,

Declare that the operation of their rights and responsibilities relating to Berlin and to Germany as a whole shall be suspended upon the unification of Germany, pending the entry into force of the Treaty on the Final Settlement with respect to Germany. As a result, the operation of the corresponding, related quadripartite agreements, decisions and practices and all related Four Power institutions shall likewise be suspended upon the unification of Germany.

The Government of the Federal Republic of Germany, represented by its Minister for Foreign Affairs, and the Government of the German Democratic Republic, represented by its Minister for Education and Science, take note of this declaration.

Les gouvernements des Etats-Unis d'Amérique, de la République française, du Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord et de l'Union des Républiques socialistes soviétiques,

Représentés par leurs ministres des Affaires étrangères réunis à New York le premier octobre 1990,

Prenant en considération le Traité portant règlement définitif concernant l'Allemagne, signé à Moscou le 12 septembre 1990, qui prévoit qu'il sera mis fin à leurs droits et responsabilités relatifs à Berlin et à l'Allemagne dans son ensemble,

Déclarent que l'exercice de leurs droits et responsabilités relatifs à Berlin et à l'Allemagne dans son ensemble sera suspendu dès l'unification de l'Allemagne, dans l'attente de l'entrée en vigueur du Traité portant règlement définitif concernant l'Allemagne. En conséquence, la mise en oeuvre des accords, décisions et pratiques quadripartites correspondants, qui s'y rattachent et les activités de toutes les institutions y afférentes des Quatre Puissances seront dans les mêmes conditions suspendues dès l'unification de l'Allemagne.

Le gouvernement de la République fédérale d'Allemagne, représenté par son ministre des Affaires étrangères, et le gouvernement de la République démocratique allemande, représenté par son ministre de l'Education et de la Science, prennent note de cette déclaration.

Die Regierungen der Französischen Republik, der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, des Vereinigten Königreichs Grossbritannien und Nordirland und der Vereinigten Staaten von Amerika,

Vertreten durch ihre Aussenminister, die am 1. Oktober 1990 in New York zusammengetroffen sind,

Unter Berücksichtigung des am 12. September 1990 in Moskau unterzeichneten Vertrags über die abschliessende Regelung in bezug auf Deutschland, der die Beendigung ihrer Rechte und Verantwortlichkeiten in bezug auf Berlin und Deutschland als Ganzes festlegt,

Erklären, dass die Wirksamkeit ihrer Rechte und Verantwortlichkeiten in bezug auf Berlin und Deutschland als Ganzes mit Wirkung vom Zeitpunkt der Vereinigung Deutschlands bis zum Inkrafttreten des Vertrags über die abschliessende Regelung in bezug auf Deutschland ausgesetzt wird. Als Ergebnis werden die Wirksamkeit der entsprechenden, damit zusammenhängenden vierseitigen Vereinbarungen, Beschlüsse und Praktiken und die Tätigkeit aller entsprechenden Einrichtungen der Vier Mächte ab dem Zeitpunkt der Vereinigung Deutschlands ebenfalls ausgesetzt.

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch ihren Aussenminister, und die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik, vertreten durch ihren Minister für Bildung und Wissenschaft, nehmen diese Erklärung zur Kenntnis.

Правительства Французской Республики, Союза Советских Социалистических Республик, Соединенного Королевства Великобритании и Северной Ирландии и Соединенных Штатов Америки,

представленные своими министрами иностранных дел на встрече в Нью-Йорке I октября 1990 года,

в том, что касается Договора об окончательном урегулировании в отношении Германии, подписанного в Москве I2 сентября 1990 года, в котором предусматривается прекрашение их прав и ответственности в отношении Берлина и Германии в целом,

заявляют, что действие их прав и ответственности в отношении Берлина и Германии в целом приостанавливается с объединением Германии до вступления в силу Договора об окончательном урегулировании в отношении Германии. Как следствие этого, действие соответствующих, связанных с этим четырехсторонних соглашений, решений и практики, и деятельность всех связанных с этим институтов четырех держав в равной мере также приостанавливается с объединением Германии.

Правительство Федеративной Республики Германии, представленное своим министром иностранных дел, и Правительство Германской Демократической Республики, представленное своим министром образования и науки, принимают настоящее заявление к сведению.

Pour le gouvernement de la République française

За Правительство Французской Республики

For the Government of the French Republic

Für die Regierung der Französischen Republik

Roland Dumas

Pour le gouvernement de l'Union des Républiques socialistes soviétiques

За Правительство Союза Советских Социалистических Республик

For the Government of the Union of Soviet Socialist Republics

Für die Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken

Э. Шеварднадзе

Pour le gouvernement du Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord

За Правительство Соединенного Королевства Великобритании и Северной Ирландии

For the Government of the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland

Für die Regierung des Vereinigten Königreichs Grossbritannien und Nordirland

Douglas Hurd.

Pour le gouvernement des Etats-Unis d'Amérique

За Правительство Соединенных Штатов Америки

For the Government of the United States of America

Für die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika

Pour le gouvernement de la République fédérale d'Allemagne

За Правительство Федеративной Республики Германии

For the Government of the Federal Republic of Germany

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland

Pour le gouvernement de la République démocratique allemande

За Правительство Германской Демократической Республики

For the Government of the German Democratic Republic

Für die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik

Vertrag über die abschließende Regelung in bezug auf Deutschland

Treaty on the Final Settlement with respect to Germany

Traité portant règlement définitif concernant l'Allemagne

Договор об окончательном урегулировании в отношении Германии

Die Bundesrepublik Deutschland,
die Deutsche Demokratische Republik,
die Französische Republik,
die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken,
das Vereinigte Königreich Großbritannien und Nordirland
und die Vereinigten Staaten von Amerika –

in dem Bewußtsein, daß ihre Völker seit 1945 miteinander in Frieden leben,

eingedenk der jüngsten historischen Veränderungen in Europa, die es ermöglichen, die Spaltung des Kontinents zu überwinden,

unter Berücksichtigung der Rechte und Verantwortlichkeiten der Vier Mächte in bezug auf Berlin und Deutschland als Ganzes und der entsprechenden Vereinbarungen und Beschlüsse der Vier Mächte aus der Kriegs- und Nachkriegszeit,

entschlossen, in Übereinstimmung mit ihren Verpflichtungen aus der Charta der Vereinten Nationen freundschaftliche, auf der Achtung vor dem Grundsatz der Gleichberechtigung und Selbstbestimmung der Völker beruhende Beziehungen zwischen den Nationen zu entwickeln und andere geeignete Maßnahmen zur Festigung des Weltfriedens zu treffen,

eingedenk der Prinzipien der in Helsinki unterzeichneten Schlußakte der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa,

in Anerkennung, daß diese Prinzipien feste Grundlagen für den Aufbau einer gerechten und dauerhaften Friedensordnung in Europa geschaffen haben,

entschlossen, die Sicherheitsinteressen eines jeden zu berücksichtigen,

überzeugt von der Notwendigkeit, Gegensätze endgültig zu überwinden und die Zusammenarbeit in Europa fortzuentwickeln,

in Bekräftigung ihrer Bereitschaft, die Sicherheit zu stärken, insbesondere durch wirksame Maßnahmen zur Rüstungskontrolle, Abrüstung und Vertrauensbildung; ihrer Bereitschaft, sich gegenseitig nicht als Gegner zu betrachten, sondern auf ein Verhältnis des Vertrauens und der Zusammenarbeit hinzuarbeiten, sowie dementsprechend ihrer Bereitschaft, die Schaffung geeigneter institutioneller Vorkehrungen im Rahmen der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa positiv in Betracht zu ziehen,

in Würdigung dessen, daß das deutsche Volk in freier Ausübung des Selbstbestimmungsrechts seinen Willen bekundet hat, die staatliche Einheit Deutschlands herzustellen, um als gleichberechtigtes und souveränes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen,

The Federal Republic of Germany,
the German Democratic Republic,
the French Republic,
the Union of Soviet Socialist Republics,
the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland
and the United States of America,

Conscious of the fact that their peoples have been living together in peace since 1945;

Mindful of the recent historic changes in Europe which make it possible to overcome the division of the continent;

Having regard to the rights and responsibilities of the Four Powers relating to Berlin and to Germany as a whole, and the corresponding wartime and post-war agreements and decisions of the Four Powers;

Resolved in accordance with their obligations under the Charter of the United Nations to develop friendly relations among nations based on respect for the principle of equal rights and self-determination of peoples, and to take other appropriate measures to strengthen universal peace;

Recalling the principles of the Final Act of the Conference on Security and Cooperation in Europe, signed in Helsinki;

Recognizing that those principles have laid firm foundations for the establishment of a just and lasting peaceful order in Europe;

Determined to take account of everyone's security interests;

Convinced of the need finally to overcome antagonism and to develop cooperation in Europe;

Confirming their readiness to reinforce security, in particular by adopting effective arms control, disarmament and confidence-building measures; their willingness not to regard each other as adversaries but to work for a relationship of trust and cooperation; and accordingly their readiness to consider positively setting up appropriate institutional arrangements within the framework of the Conference on Security and Cooperation in Europe;

Welcoming the fact that the German people, freely exercising their right of self-determination, have expressed their will to bring about the unity of Germany as a state so that they will be able to serve the peace of the world as an equal and sovereign partner in a united Europe;

La République fédérale d'Allemagne,
la République démocratique allemande,
les Etats-Unis d'Amérique,
la République française,
le Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord
et l'Union des Républiques socialistes soviétiques

Conscients que leurs peuples vivent mutuellement en paix depuis 1945;

Ayant à l'esprit les changements historiques survenus récemment en Europe, qui permettent de surmonter la division du continent;

Prenant en considération les droits et responsabilités des Quatre Puissances relatifs à Berlin et à l'Allemagne dans son ensemble ainsi que les accords et décisions correspondants des Quatre Puissances au temps de la guerre et de l'après-guerre;

Résolus, conformément aux obligations qui leur incombent en vertu de la Charte des Nations Unies, à développer entre les nations des relations amicales fondées sur le respect du principe de l'égalité de droits des peuples et de leur droit à disposer d'eux-mêmes, et à prendre toutes autres mesures propres à consolider la paix du monde;

Rappelant les principes de l'Acte final de la Conférence sur la Sécurité et la Coopération en Europe, signé à Helsinki;

Reconnaissant que ces principes ont établi des bases solides pour l'édification d'un ordre de paix juste et durable en Europe;

Déterminés à tenir compte des intérêts de sécurité de chacun;

Convaincus de la nécessité de surmonter définitivement les antagonismes et de développer la coopération en Europe;

Confirmant leur disposition à renforcer la sécurité, en particulier en adoptant des mesures efficaces de contrôle des armements, de désarmement et de confiance; leur volonté de ne pas se considérer les uns les autres comme des adversaires mais d'œuvrer en faveur d'une relation de confiance et de coopération; et par conséquent leur disposition à envisager positivement la mise en place d'arrangements institutionnels appropriés dans le cadre de la Conférence sur la Sécurité et la Coopération en Europe;

Saluant le fait que le peuple allemand, exerçant librement son droit à l'autodétermination, a affirmé sa volonté d'établir l'unité étatique de l'Allemagne pour servir la paix du monde en tant que membre égal et souverain d'une Europe unie;

Германская Демократическая Республика,
Федеративная Республика Германия,
Соединенное Королевство Великобритании и Северной Ирландии,
Соединенные Штаты Америки,
Союз Советских Социалистических Республик
и Французская Республика,

сознавая, что их народы с 1945 года живут в мире друг с другом;

принимая во внимание исторические изменения последнего времени в Европе, которые дают возможность преодолеть ее раскол;

учитывая права и ответственность четырех держав в отношении Берлина и Германии в целом, а также соответствующие соглашения и решения четырех держав военного и послевоенного времени;

преисполненные решимости в соответствии со своими обязательствами по Уставу Организации Объединенных Наций развивать дружественные отношения между нациями на основе уважения принципа равноправия и самоопределения народов, а также принимать другие соответствующие меры для укрепления всеобщего мира;

ссылаясь на принципы хельсинкского Заключительного акта Совещания по безопасности и сотрудничеству в Европе;

признавая, что эти принципы заложили прочную основу для создания справедливого и надежного мирного устройства в Европе;

преисполненные решимости учитывать интересы безопасности каждого;

убежденные в необходимости окончательно преодолеть антагонизм и развивать сотрудничество в Европе;

подтверждая свою готовность укреплять безопасность, в особенности путем принятия эффективных мер по контролю над вооружениями, разоружению и укреплению доверия, свою готовность не рассматриватьдруг друга как противников, а работать над установлением отношений доверия и сотрудничества, и соответственно с этим свою готовность позитивно рассмотреть возможность принятия подходящих мер по институционализации в рамках Совещания по безопасности и сотрудничеству в Европе;

отмечая, что немецкий народ, свободно осуществляя право на самоопределение, изъявил волю к строительству государственного единства Германии, с тем чтобы служить делу мира во всем мире в качестве равноправного и суверенного члена идущей по пути объединения Европы;

in der Überzeugung, daß die Vereinigung Deutschlands als Staat mit endgültigen Grenzen ein bedeutsamer Beitrag zu Frieden und Stabilität in Europa ist,

mit dem Ziel, die abschließende Regelung in bezug auf Deutschland zu vereinbaren,

in Anerkennung dessen, daß dadurch und mit der Vereinigung Deutschlands als einem demokratischen und friedlichen Staat die Rechte und Verantwortlichkeiten der Vier Mächte in bezug auf Berlin und Deutschland als Ganzes ihre Bedeutung verlieren,

vertreten durch ihre Außenminister, die entsprechend der Erklärung von Ottawa vom 13. Februar 1990 am 5. Mai 1990 in Bonn, am 22. Juni 1990 in Berlin, am 17. Juli 1990 in Paris unter Beteiligung des Außenministers der Republik Polen und am 12. September 1990 in Moskau zusammengetroffen sind –

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

(1) Das vereinte Deutschland wird die Gebiete der Bundesrepublik Deutschland, der Deutschen Demokratischen Republik und ganz Berlins umfassen. Seine Außengrenzen werden die Grenzen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik sein und werden am Tage des Inkrafttretens dieses Vertrags endgültig sein. Die Bestätigung des endgültigen Charakters der Grenzen des vereinten Deutschland ist ein wesentlicher Bestandteil der Friedensordnung in Europa.

(2) Das vereinte Deutschland und die Republik Polen bestätigen die zwischen ihnen bestehende Grenze in einem völkerrechtlich verbindlichen Vertrag.

(3) Das vereinte Deutschland hat keinerlei Gebietsansprüche gegen andere Staaten und wird solche auch nicht in Zukunft erheben.

(4) Die Regierungen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik werden sicherstellen, daß die Verfassung des vereinten Deutschland keinerlei Bestimmungen enthalten wird, die mit diesen Prinzipien unvereinbar sind. Dies gilt dementsprechend für die Bestimmungen, die in der Präambel und in den Artikeln 23 Satz 2 und 146 des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland niedergelegt sind.

(5) Die Regierungen der Französischen Republik, der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland und der Vereinigten Staaten von Amerika nehmen die entsprechenden Verpflichtungen und Erklärungen der Regierungen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik förmlich entgegen und erklären, daß mit deren Verwirklichung der endgültige Charakter der Grenzen des vereinten Deutschland bestätigt wird.

Artikel 2

Die Regierungen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik bekräftigen ihre Erklärungen, daß von deutschem Boden nur Frieden ausgehen wird. Nach der Verfassung des vereinten Deutschland sind Handlungen, die geeignet sind und in der Absicht vorgenommen werden, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören, insbesondere die Führung eines Angriffskrieges vorzubereiten, verfassungswidrig und strafbar. Die Regierungen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik erklären, daß das vereinte Deutschland keine seiner Waffen jemals einsetzen wird, es sei denn in Übereinstimmung mit seiner Verfassung und der Charta der Vereinten Nationen.

Convinced that the unification of Germany as a state with definitive borders is a significant contribution to peace and stability in Europe;

Intending to conclude the final settlement with respect to Germany;

Recognizing that thereby, and with the unification of Germany as a democratic and peaceful state, the rights and responsibilities of the Four Powers relating to Berlin and to Germany as a whole lose their function;

Represented by their Ministers for Foreign Affairs who, in accordance with the Ottawa Declaration of 13 February 1990, met in Bonn on 5 May 1990, in Berlin on 22 June 1990, in Paris on 17 July 1990 with the participation of the Minister for Foreign Affairs of the Republic of Poland, and in Moscow on 12 September 1990;

Have agreed as follows:

Article 1

(1) The united Germany shall comprise the territory of the Federal Republic of Germany, the German Democratic Republic and the whole of Berlin. Its external borders shall be the borders of the Federal Republic of Germany and the German Democratic Republic and shall be definitive from the date on which the present Treaty comes into force. The confirmation of the definitive nature of the borders of the united Germany is an essential element of the peaceful order in Europe.

(2) The united Germany and the Republic of Poland shall confirm the existing border between them in a treaty that is binding under international law.

(3) The united Germany has no territorial claims whatsoever against other states and shall not assert any in the future.

(4) The Governments of the Federal Republic of Germany and the German Democratic Republic shall ensure that the constitution of the united Germany does not contain any provision incompatible with these principles. This applies accordingly to the provisions laid down in the preamble, the second sentence of Article 23, and Article 146 of the Basic Law for the Federal Republic of Germany.

(5) The Governments of the French Republic, the Union of Soviet Socialist Republics, the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland and the United States of America take formal note of the corresponding commitments and declarations by the Governments of the Federal Republic of Germany and the German Democratic Republic and declare that their implementation will confirm the definitive nature of the united Germany's borders.

Article 2

The Governments of the Federal Republic of Germany and the German Democratic Republic reaffirm their declarations that only peace will emanate from German soil. According to the constitution of the united Germany, acts tending to and undertaken with the intent to disturb the peaceful relations between nations, especially to prepare for aggressive war, are unconstitutional and a punishable offence. The Governments of the Federal Republic of Germany and the German Democratic Republic declare that the united Germany will never employ any of its weapons except in accordance with its constitution and the Charter of the United Nations.

Convaincus que l'unification de l'Allemagne en un Etat aux frontières définitives représente une contribution importante à la paix et à la stabilité en Europe;

Désireux de conclure le règlement définitif concernant l'Allemagne;

Reconnaissant que, par là et avec l'unification de l'Allemagne en tant qu'Etat démocratique et pacifique, les droits et responsabilités des Quatre Puissances relatifs à Berlin et à l'Allemagne dans son ensemble perdent leur fonction;

Représentés par leurs ministres des Affaires Etrangères qui, conformément à la déclaration adoptée à Ottawa le 13 février 1990, se sont réunis le 5 mai 1990 à Bonn, le 22 juin 1990 à Berlin, le 17 juillet 1990 à Paris avec la participation du ministre des Affaires Etrangères de la République de Pologne, et le 12 septembre 1990 à Moscou;

sont convenus de ce qui suit:

убежденные в том, что объединение Германии в государство с окончательными границами является значительным вкладом в дело мира и стабильности в Европе;

имея целью достижение окончательного урегулирования в отношении Германии;

признавая, что тем самым и с объединением Германии в демократическое и мирное государство теряют свое значение права и ответственность четырех держав в отношении Берлина и Германии в целом;

представленные своими министрами иностранных дел, которые в соответствии с заявлением от 13 февраля 1990 года, принятым в Оттаве, встречались 5 мая 1990 года в Бонне, 22 июня 1990 года в Берлине, 17 июля 1990 года в Париже с участием министра иностранных дел Республики Польша, 12 сентября 1990 года в Москве,

договорились о нижеследующем:

Article 1er

1) L'Allemagne unie comprendra le territoire de la République fédérale d'Allemagne, de la République démocratique allemande et de l'ensemble de Berlin. Ses frontières extérieures seront les frontières de la République fédérale d'Allemagne et de la République démocratique allemande et seront définitives à partir de la date d'entrée en vigueur du présent Traité. La confirmation du caractère définitif des frontières de l'Allemagne unie constitue un élément essentiel de l'ordre de paix en Europe.

2) L'Allemagne unie et la République de Pologne confirmeront la frontière existante entre elles par un traité ayant force obligatoire en vertu du droit international.

3) L'Allemagne unie n'a aucune revendication territoriale quelle qu'elle soit envers d'autres Etats et n'en formulera pas à l'avenir.

4) Les gouvernements de la République fédérale d'Allemagne et de la République démocratique allemande feront en sorte que la constitution de l'Allemagne unie ne comporte aucune disposition incompatible avec ces principes. Cela vaut en conséquence pour les dispositions contenues dans le préambule, l'article 23, phrase 2 et l'article 146 de la Loi fondamentale de la République fédérale d'Allemagne.

5) Les gouvernements des Etats-Unis d'Amérique, de la République française, du Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord et de l'Union des Républiques socialistes soviétiques prennent formellement acte des engagements et déclarations correspondants des gouvernements de la République fédérale d'Allemagne et de la République démocratique allemande, et déclarent que leur mise en œuvre confirmera le caractère définitif des frontières de l'Allemagne unie.

Статья 1

1. Объединенная Германия будет включать территории Германской Демократической Республики, Федеративной Республики Германии и всего Берлина. Ее внешними границами окончательно станут границы Германской Демократической Республики и Федеративной Республики Германии со дня вступления в силу настоящего Договора. Подтверждение окончательного характера границ объединенной Германии является существенной составной частью мирного порядка в Европе.

2. Объединенная Германия и Республика Польша подтверждают существующую между ними границу в договоре, имеющем обязательный характер в соответствии с международным правом.

3. Объединенная Германия не имеет никаких территориальных претензий к другим государствам и не будет выдвигать таких претензий также и в будущем.

4. Правительства Германской Демократической Республики и Федеративной Республики Германии обеспечат, чтобы в конституции объединенной Германии не содержалось каких-либо положений, противоречащих этим принципам. Соответственно это относится к положениям, изложенным в преамбуле, во второй фразе статьи 23 и в статье 146 Основного закона Федеративной Республики Германии.

5. Правительства Соединенного Королевства Великобритании и Северной Ирландии, Соединенных Штатов Америки, Союза Советских Социалистических Республик и Французской Республики официально принимают к сведению соответствующие обязательства и заявления правительств Германской Демократической Республики и Федеративной Республики Германии и заявляют, что с их осуществлением будет подтвержден окончательный характер границ объединенной Германии.

Article 2

Les gouvernements de la République fédérale d'Allemagne et de la République démocratique allemande réaffirment leurs déclarations selon lesquelles seule la paix émanera du sol allemand. Selon la constitution de l'Allemagne unie, les actes susceptibles de troubler les relations pacifiques entre les nations ou entrepris dans cette intention, notamment en vue de préparer une guerre d'agression, sont anticonstitutionnels et constituent une infraction punissable. Les gouvernements de la République fédérale d'Allemagne et de la République démocratique allemande déclarent que l'Allemagne unie n'emploiera jamais aucune de ses armes que conformément à sa constitution et à la Charte des Nations Unies.

Статья 2

Правительства Германской Демократической Республики и Федеративной Республики Германии подтверждают свои заявления о том, что с немецкой земли будет исходить только мир. Согласно конституции объединенной Германии действия, могущие и преследующие цель нарушить мир между народами, в особенности подготовка к ведению наступательной войны, являются антиконституционными и наказуемыми. Правительства Германской Демократической Республики и Федеративной Республики Германии заявляют, что объединенная Германия никогда не применит оружие, которым она располагает, иначе как в соответствии с ее конституцией и Уставом Организации Объединенных Наций.

Artikel 3

(1) Die Regierungen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik bekräftigen ihren Verzicht auf Herstellung und Besitz von und auf Verfügungsgewalt über atomare, biologische und chemische Waffen. Sie erklären, daß auch das vereinte Deutschland sich an diese Verpflichtungen halten wird. Insbesondere gelten die Rechte und Verpflichtungen aus dem Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen vom 1. Juli 1968 für das vereinte Deutschland fort.

(2) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland hat in vollem Einvernehmen mit der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik am 30. August 1990 in Wien bei den Verhandlungen über konventionelle Streitkräfte in Europa folgende Erklärung abgegeben:

„Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland verpflichtet sich, die Streitkräfte des vereinten Deutschland innerhalb von drei bis vier Jahren auf eine Personalstärke von 370 000 Mann (Land-, Luft- und Seestreitkräfte) zu reduzieren. Diese Reduzierung soll mit dem Inkrafttreten des ersten KSE-Vertrags beginnen. Im Rahmen dieser Gesamtobergrenze werden nicht mehr als 345 000 Mann den Land- und Luftstreitkräften angehören, die gemäß vereinbartem Mandat allein Gegenstand der Verhandlungen über konventionelle Streitkräfte in Europa sind. Die Bundesregierung sieht in ihrer Verpflichtung zur Reduzierung von Land- und Luftstreitkräften einen bedeutsamen deutschen Beitrag zur Reduzierung der konventionellen Streitkräfte in Europa. Sie geht davon aus, daß in Folgeverhandlungen auch die anderen Verhandlungsteilnehmer ihren Beitrag zur Festigung von Sicherheit und Stabilität in Europa, einschließlich Maßnahmen zur Begrenzung der Personalstärken, leisten werden."

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik hat sich dieser Erklärung ausdrücklich angeschlossen.

(3) Die Regierungen der Französischen Republik, der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland und der Vereinigten Staaten von Amerika nehmen diese Erklärungen der Regierungen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik zur Kenntnis.

Artikel 4

(1) Die Regierungen der Bundesrepublik Deutschland, der Deutschen Demokratischen Republik und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken erklären, daß das vereinte Deutschland und die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken in vertraglicher Form die Bedingungen und die Dauer des Aufenthalts der sowjetischen Streitkräfte auf dem Gebiet der heutigen Deutschen Demokratischen Republik und Berlins sowie die Abwicklung des Abzugs dieser Streitkräfte regeln werden, der bis zum Ende des Jahres 1994 im Zusammenhang mit der Verwirklichung der Verpflichtungen der Regierungen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik, auf die sich Absatz 2 des Artikels 3 dieses Vertrags bezieht, vollzogen sein wird.

(2) Die Regierungen der Französischen Republik, des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland und der Vereinigten Staaten von Amerika nehmen diese Erklärung zur Kenntnis.

Artikel 5

(1) Bis zum Abschluß des Abzugs der sowjetischen Streitkräfte vom Gebiet der heutigen Deutschen Demokratischen Republik und Berlins in Übereinstimmung mit Artikel 4 dieses Vertrags werden auf diesem Gebiet als Streitkräfte des vereinten Deutschland ausschließlich deutsche Verbände der Territorialverteidigung stationiert sein, die nicht in die Bündnisstrukturen integriert sind, denen deutsche Streitkräfte auf dem übrigen deutschen Hoheits-

Article 3

(1) The Governments of the Federal Republic of Germany and the German Democratic Republic reaffirm their renunciation of the manufacture and possession of and control over nuclear, biological and chemical weapons. They declare that the united Germany, too, will abide by these commitments. In particular, rights and obligations arising from the Treaty on the Non-Proliferation of Nuclear Weapons of 1 July 1968 will continue to apply to the united Germany.

(2) The Government of the Federal Republic of Germany, acting in full agreement with the Government of the German Democratic Republic, made the following statement on 30 August 1990 in Vienna at the Negotiations on Conventional Armed Forces in Europe:

"The Government of the Federal Republic of Germany undertakes to reduce the personnel strength of the armed forces of the united Germany to 370,000 (ground, air and naval forces) within three to four years. This reduction will commence on the entry into force of the first CFE agreement. Within the scope of this overall ceiling no more than 345,000 will belong to the ground and air forces which, pursuant to the agreed mandate, alone are the subject of the Negotiations on Conventional Armed Forces in Europe. The Federal Government regards its commitment to reduce ground and air forces as a significant German contribution to the reduction of conventional armed forces in Europe. It assumes that in follow-on negotiations the other participants in the negotiations, too, will render their contribution to enhancing security and stability in Europe, including measures to limit personnel strengths."

The Government of the German Democratic Republic has expressly associated itself with this statement.

(3) The Governments of the French Republic, the Union of Soviet Socialist Republics, the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland and the United States of America take note of these statements by the Governments of the Federal Republic of Germany and the German Democratic Republic.

Article 4

(1) The Governments of the Federal Republic of Germany, the German Democratic Republic and the Union of Soviet Socialist Republics state that the united Germany and the Union of Soviet Socialist Republics will settle by treaty the conditions for and the duration of the presence of Soviet armed forces on the territory of the present German Democratic Republic and of Berlin, as well as the conduct of the withdrawal of these armed forces which will be completed by the end of 1994, in connection with the implementation of the undertaking of the Federal Republic of Germany and the German Democratic Republic referred to in paragraph 2 of Article 3 of the present Treaty.

(2) The Governments of the French Republic, the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland and the United States of America take note of this statement.

Article 5

(1) Until the completion of the withdrawal of the Soviet armed forces from the territory of the present German Democratic Republic and of Berlin in accordance with Article 4 of the present Treaty, only German territorial defence units which are not integrated into the alliance structures to which German armed forces in the rest of German territory are assigned will be stationed in that territory as armed forces of the united Germany. During that

Article 3

1) Les gouvernements de la République fédérale d'Allemagne et de la République démocratique allemande réaffirment leur renonciation à la fabrication, à la possession et au contrôle d'armes nucléaires, biologiques et chimiques. Ils déclarent que l'Allemagne unie respectera également ces engagements. En particulier les droits et obligations découlant du Traité du 1er juillet 1968 sur la non-prolifération des armes nucléaires continueront à s'appliquer à l'Allemagne unie.

2) Le gouvernement de la République fédérale d'Allemagne, en plein accord avec le gouvernement de la République démocratique allemande, a déclaré à Vienne, le 30 août 1990, au cours des négociations sur les forces armées classiques en Europe, ce qui suit:

«Le gouvernement de la République fédérale d'Allemagne s'engage à réduire dans un délai de trois à quatre ans le niveau des effectifs en personnels des forces armées de l'Allemagne unie à 370.000 (forces terrestres, aériennes et navales). Cette réduction commencera au moment de l'entrée en vigueur du premier traité FCE. Dans les limites de ce plafond global, un maximum de 345.000 hommes appartiendront aux forces terrestres et aériennes, qui, conformément au mandat agréé, sont seules l'objet des négociations sur les forces armées classiques en Europe. Le gouvernement fédéral considère son engagement de réduire les forces terrestres et aériennes comme une contribution allemande importante à la réduction des forces armées classiques en Europe. Il présume que dans les négociations de suivi les autres participants aux négociations contribueront également au renforcement de la sécurité et de la stabilité en Europe, y compris par des mesures de limitation des effectifs en personnels.»

Le gouvernement de la République démocratique allemande s'est expressément associé à cette déclaration.

3) Les gouvernements des Etats-Unis d'Amérique, de la République française, du Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord et de l'Union des Républiques socialistes soviétiques prennent acte de ces déclarations des gouvernements de la République fédérale d'Allemagne et de la République démocratique allemande.

Article 4

1) Les gouvernements de la République fédérale d'Allemagne, de la République démocratique allemande et de l'Union des Républiques socialistes soviétiques déclarent que l'Allemagne unie et l'Union des Républiques socialistes soviétiques régleront par traité les conditions et la durée de la présence des forces armées soviétiques sur le territoire de l'actuelle République démocratique allemande et de Berlin, ainsi que le déroulement du retrait de ces forces armées, qui devra être achevé à la fin de l'année 1994, en relation avec l'exécution de l'engagement des gouvernements de la République fédérale d'Allemagne et de la République démocratique allemande mentionné au paragraphe 2 de l'article 3 du présent Traité.

2) Les gouvernements des Etats-Unis d'Amérique, de la République française et du Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord prennent acte de cette déclaration.

Article 5

1) Jusqu'à l'achèvement du retrait des forces armées soviétiques du territoire de l'actuelle République démocratique allemande et de Berlin conformément à l'article 4 du présent Traité, seules seront stationnées sur ce territoire, en qualité de forces armées de l'Allemagne unie, des unités allemandes de défense territoriale qui ne sont pas intégrées aux structures d'alliance auxquelles les forces armées allemandes sont affectées sur le

Статья 3

1. Правительства Германской Демократической Республики и Федеративной Республики Германии подтверждают свой отказ от производства, владения и распоряжения ядерным, биологическим и химическим оружием. Они заявляют, что объединенная Германия также будет придерживаться этих обязательств. В частности, права и обязательства, вытекающие из Договора о нераспространении ядерного оружия от 1 июля 1968 года, продолжают действовать в отношении объединенной Германии.

2. Правительство Федеративной Республики Германии в полном согласии с правительством Германской Демократической Республики сделало 30 августа 1990 года в Вене на переговорах по обычным вооруженным силам в Европе следующее заявление:

„Правительство Федеративной Республики Германии обязуется сократить вооруженные силы объединенной Германии в течение 3–4 лет до численности 370 000 человек (сухопутные войска, военно-воздушные и военно-морские силы). Это сокращение должно начаться с момента вступления в силу первого договора об обычных вооруженных силах в Европе. В рамках этого совокупного верхнего предела не более 345 000 человек будут входить в сухопутные войска и военно-воздушные силы, которые в соответствии с согласованным мандатом одни являются предметом переговоров по обычным вооруженным силам в Европе. Правительство Федеративной Республики Германии видит в своем обязательстве о сокращении сухопутных и военно-воздушных сил значимый немецкий вклад в дело сокращения обычных вооруженных сил в Европе. Оно исходит из того, что в последующих переговорах другие их участники также внесут свой вклад в упрочение безопасности и стабильности в Европе, включая меры по ограничению численности войск."

Правительство Германской Демократической Республики полностью присоединилось к этому заявлению.

3. Правительства Соединенного Королевства Великобритании и Северной Ирландии, Соединенных Штатов Америки, Союза Советских Социалистических Республик и Французской Республики принимают эти заявления правительств Германской Демократической Республики и Федеративной Республики Германии к сведению.

Статья 4

1. Правительства Союза Советских Социалистических Республик, Германской Демократической Республики и Федеративной Республики Германии заявляют, что Союз Советских Социалистических Республик и объединенная Германия урегулируют в договором порядке условия и сроки пребывания советских войск на территории нынешней Германской Демократической Республики и Берлина, а также осуществление вывода этих войск, который будет завершен к концу 1994 года, во взаимосвязи с реализацией обязательств правительств Германской Демократической Республики и Федеративной Республики Германии, изложенных в пункте 2 статьи 3 настоящего Договора.

2. Правительства Соединенного Королевства Великобритании и Северной Ирландии, Соединенных Штатов Америки и Французской Республики принимают это заявление к сведению.

Статья 5

1. Вплоть до завершения вывода советских войск с территории нынешней Германской Демократической Республики и Берлина в соответствии со статьей 4 настоящего Договора на данной территории будут размещаться в качестве вооруженных сил объединенной Германии исключительно немецкие формирования территориальной обороны, не интегрированные в союзнические стоуктуры,

gebiet zugeordnet sind. Unbeschadet der Regelung in Absatz 2 dieses Artikels werden während dieses Zeitraums Streitkräfte anderer Staaten auf diesem Gebiet nicht stationiert oder irgendwelche andere militärische Tätigkeiten dort ausüben.

period and subject to the provisions of paragraph 2 of this Article, armed forces of other states will not be stationed in that territory or carry out any other military activity there.

(2) Für die Dauer des Aufenthalts sowjetischer Streitkräfte auf dem Gebiet der heutigen Deutschen Demokratischen Republik und Berlins werden auf deutschen Wunsch Streitkräfte der Französischen Republik, des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland und der Vereinigten Staaten von Amerika auf der Grundlage entsprechender vertraglicher Vereinbarung zwischen der Regierung des vereinten Deutschland und den Regierungen der betreffenden Staaten in Berlin stationiert bleiben. Die Zahl aller nichtdeutschen in Berlin stationierten Streitkräfte und deren Ausrüstungsumfang werden nicht stärker sein als zum Zeitpunkt der Unterzeichnung dieses Vertrags. Neue Waffenkategorien werden von nichtdeutschen Streitkräften dort nicht eingeführt. Die Regierung des vereinten Deutschland wird mit den Regierungen der Staaten, die Streitkräfte in Berlin stationiert haben, Verträge zu gerechten Bedingungen unter Berücksichtigung der zu den betreffenden Staaten bestehenden Beziehungen abschließen.

(2) For the duration of the presence of Soviet armed forces in the territory of the present German Democratic Republic and of Berlin, armed forces of the French Republic, the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland and the United States of America will, upon German request, remain stationed in Berlin by agreement to this effect between the Government of the united Germany and the Governments of the states concerned. The number of troops and the amount of equipment of all non-German armed forces stationed in Berlin will not be greater than at the time of signature of the present Treaty. New categories of weapons will not be introduced there by non-German armed forces. The Government of the united Germany will conclude with the Governments of those states which have armed forces stationed in Berlin treaties with conditions which are fair taking account of the relations existing with the states concerned.

(3) Nach dem Abschluß des Abzugs der sowjetischen Streitkräfte vom Gebiet der heutigen Deutschen Demokratischen Republik und Berlins können in diesem Teil Deutschlands auch deutsche Streitkräfteverbände stationiert werden, die in gleicher Weise militärischen Bündnisstrukturen zugeordnet sind wie diejenigen auf dem übrigen deutschen Hoheitsgebiet, allerdings ohne Kernwaffenträger. Darunter fallen nicht konventionelle Waffensysteme, die neben konventioneller andere Einsatzfähigkeiten haben können, die jedoch in diesem Teil Deutschlands für eine konventionelle Rolle ausgerüstet und nur dafür vorgesehen sind. Ausländische Streitkräfte und Atomwaffen oder deren Träger werden in diesem Teil Deutschlands weder stationiert noch dorthin verlegt.

(3) Following the completion of the withdrawal of the Soviet armed forces from the territory of the present German Democratic Republic and of Berlin, units of German armed forces assigned to military alliance structures in the same way as those in the rest of German territory may also be stationed in that part of Germany, but without nuclear weapon carriers. This does not apply to conventional weapon systems which may have other capabilities in addition to conventional ones but which in that part of Germany are equipped for a conventional role and designated only for such. Foreign armed forces and nuclear weapons or their carriers will not be stationed in that part of Germany or deployed there.

Artikel 6

Das Recht des vereinten Deutschland, Bündnissen mit allen sich daraus ergebenden Rechten und Pflichten anzugehören, wird von diesem Vertrag nicht berührt.

Article 6

The right of the united Germany to belong to alliances, with all the rights and responsibilities arising therefrom, shall not be affected by the present Treaty.

Artikel 7

(1) Die Französische Republik, die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, das Vereinigte Königreich Großbritannien und Nordirland und die Vereinigten Staaten von Amerika beenden hiermit ihre Rechte und Verantwortlichkeiten in bezug auf Berlin und Deutschland als Ganzes. Als Ergebnis werden die entsprechenden, damit zusammenhängenden vierseitigen Vereinbarungen, Beschlüsse und Praktiken beendet und alle entsprechenden Einrichtungen der Vier Mächte aufgelöst.

(2) Das vereinte Deutschland hat demgemäß volle Souveränität über seine inneren und äußeren Angelegenheiten.

Article 7

(1) The French Republic, the Union of Soviet Socialist Republics, the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland and the United States of America hereby terminate their rights and responsibilities relating to Berlin and to Germany as a whole. As a result, the corresponding, related quadripartite agreements, decisions and practices are terminated and all related Four Power institutions are dissolved.

(2) The united Germany shall have accordingly full sovereignty over its internal and external affairs.

Artikel 8

(1) Dieser Vertrag bedarf der Ratifikation oder Annahme, die so bald wie möglich herbeigeführt werden soll. Die Ratifikation erfolgt auf deutscher Seite durch das vereinte Deutschland. Dieser Vertrag gilt daher für das vereinte Deutschland.

(2) Die Ratifikations- oder Annahmeurkunden werden bei der Regierung des vereinten Deutschland hinterlegt. Diese unterrichtet die Regierungen der anderen Vertragschließenden Seiten von der Hinterlegung jeder Ratifikations- oder Annahmeurkunde.

Article 8

(1) The present Treaty is subject to ratification or acceptance as soon as possible. On the German side it will be ratified by the united Germany. The Treaty will therefore apply to the united Germany.

(2) The instruments of ratification or acceptance shall be deposited with the Government of the united Germany. That Government shall inform the Governments of the other Contracting Parties of the deposit of each instrument of ratification or acceptance.

reste du territoire allemand. Pendant cette période et sous réserve des dispositions du paragraphe 2) du présent article, des forces armées d'autres Etats ne stationneront pas sur ce territoire et n'y mèneront aucune autre activité militaire.

2) Pendant la période de présence des forces armées soviétiques sur le territoire de l'actuelle République démocratique allemande et de Berlin, des forces armées des Etats-Unis d'Amérique, de la République française et du Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord demeureront, sur demande de l'Allemagne unie, stationnées à Berlin, par accord à cet effet entre le gouvernement de l'Allemagne unie et les gouvernements des Etats concernés. Le niveau des effectifs et des armements de toutes les forces armées non allemandes stationnées à Berlin ne sera pas plus élevé qu'au moment de la signature du présent Traité. Les forces non allemandes n'y introduiront pas de nouvelles catégories d'armement. Le gouvernement de l'Allemagne unie conclura avec les gouvernements des Etats dont les forces armées stationnent à Berlin des accords établissant des conditions justes tenant compte des relations existantes avec les Etats concernés.

3) Après l'achèvement du retrait des forces armées soviétiques du territoire de l'actuelle République démocratique allemande et de Berlin, des unités des forces armées allemandes affectées aux structures d'alliance de la même manière que les unités stationnées sur le reste du territoire allemand pourront également stationner dans cette partie de l'Allemagne, bien que sans vecteurs d'armes nucléaires. Ceci ne s'applique pas aux systèmes d'armes classiques qui peuvent avoir d'autres capacités en sus de leur capacités classiques mais qui, dans cette partie de l'Allemagne, sont équipés à des fins classiques et affectés seulement à celles-ci. Des forces armées et des armes nucléaires ou des vecteurs d'armes nucléaires étrangers ne seront pas stationnés dans cette partie de l'Allemagne et n'y seront pas déployés.

Article 6

Le droit de l'Allemagne unie d'appartenir à des alliances, avec tous les droits et obligations qui en découlent, n'est pas affecté par le présent Traité.

Article 7

1) Les Etats-Unis d'Amérique, la République française, le Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord et l'Union des Républiques socialistes soviétiques mettent fin par le présent Traité à leurs droits et responsabilités relatifs à Berlin et à l'Allemagne dans son ensemble. En conséquence, il est mis fin aux accords, décisions et pratiques quadripartites correspondants, qui s'y rattachent, et toutes les institutions des Quatre Puissances y afférentes sont dissoutes.

2) L'Allemagne unie jouira, en conséquence, de la pleine souveraineté sur ses affaires intérieures et extérieures.

Article 8

1) Le présent Traité sera soumis à ratification ou acceptation aussitôt que possible. En ce qui concerne l'Allemagne, la ratification sera effectuée par l'Allemagne unie. Le Traité s'appliquera par conséquent à l'Allemagne unie.

2) Les instruments de ratification ou d'acceptation seront déposés auprès du gouvernement de l'Allemagne unie. Celui-ci informera les gouvernements des autres Parties contractantes du dépôt de chaque instrument de ratification ou d'acceptation.

которым немецкие вооруженные силы приданы на остальной германской территории. С учетом урегулирования, содержащегося в пункте 2 настоящей статьи, войска других государств не будут в течение этого периода размещаться на этой территории или осуществлять там другую военную деятельность.

2. На срок пребывания советских войск на территории нынешней Германской Демократической Республики и Берлина войска Соединенного Королевства Великобритании и Северной Ирландии, Соединенных Штатов Америки и Французской Республики будут в соответствии с пожеланием немецкой стороны на основе соответствующего договорного урегулирования между правительством обьединенной Германии и правительствами указанных государств по-прежнему размещаться в Берлине. Численность личного состава и количество вооружений всех ненемецких войск, размещенных в Берлине, не будут больше, чем на момент подписания настоящего Договора. Новые категории оружия не будут вводиться туда ненемецкими вооруженными силами. Правительство объединенной Германии заключит с правительствами государств, разместивших войска в Берлине, договоры на справедливых условиях с учетом отношений, существующих с указанными государствами.

3. После завершения вывода советских войск с территории нынешней Германской Демократической Республики и Берлина в данной части Германии могут размещаться также формирования немецких вооруженных сил, приданные военным союзническим структурам таким же образом, как и формирования на остальной германской территории, но без носителей ядерного оружия. Это не распространяется на системы обычных вооружений, которые могут обладать другими способностями, помимо обычных, но которые в данной части Германии оснащены для обычной роли и предназначены только для таковой. Иностранные войска и ядерное оружие или его носители не будут размещаться в данной части Германии и развертываться там.

Статья 6

Право обьединенной Германии на участие в союзах со всеми вытекающими из этого правами и обязательствами настоящим Договором не затрагивается.

Статья 7

1. Соединенное Королевство Великобритании и Северной Ирландии, Соединенные Штаты Америки, Союз Советских Социалистических Республик и Французская Республика настоящим прекращают действие своих прав и ответственности в отношении Берлина и Германии в целом. В результате прекращают свое действие соответствующие связанные с ними четырехсторонние соглашения, решения и практика и распускаются все соответствующие институты четырех держав.

2. В соответствии с этим объединенная Германия обретает полный суверенитет над своими внутренними и внешними делами.

Статья 8

1. Настоящий Договор подлежит ратификации или принятию так скоро, как это возможно. Ратификация с немецкой стороны проводится объединенной Германией. Данный Договор тем самым имеет силу для объединенной Германии.

2.Ратификационные грамоты или документы о принятии сдаются на хранение правительству объединенной Германии. Оно информирует правительства других Договаривающихся Сторон о сдаче на хранение каждой ратификационной грамоты или документа о принятии.

Artikel 9

Dieser Vertrag tritt für das vereinte Deutschland, die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, die Französische Republik, das Vereinigte Königreich Großbritannien und Nordirland und die Vereinigten Staaten von Amerika am Tag der Hinterlegung der letzten Ratifikations- oder Annahmeurkunde durch diese Staaten in Kraft.

Article 9

The present Treaty shall enter into force for the united Germany, the French Republic, the Union of Soviet Socialist Republics, the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland and the United States of America on the date of deposit of the last instrument of ratification or acceptance by these states.

Artikel 10

Die Urschrift dieses Vertrags, dessen deutscher, englischer, französischer und russischer Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist, wird bei der Regierung der Bundesrepublik Deutschland hinterlegt, die den Regierungen der anderen Vertragschließenden Seiten beglaubigte Ausfertigungen übermittelt.

Article 10

The original of the present Treaty, of which the English, French, German and Russian texts are equally authentic, shall be deposited with the Government of the Federal Republic of Germany, which shall transmit certified true copies to the Governments of the other Contracting Parties.

Zu Urkund dessen haben die unterzeichneten, hierzu gehörig Bevollmächtigten diesen Vertrag unterschrieben.

Geschehen zu Moskau am 12. September 1990

In witness whereof, the undersigned plenipotentiaries, duly authorized thereto, have signed this Treaty.

Done at Moscow this twelfth day of September 1990.

Article 9

Le présent Traité entrera en vigueur pour l'Allemagne unie, les Etats-Unis d'Amérique, la République française, le Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord et l'Union des Républiques socialistes soviétiques le jour de dépôt du dernier instrument de ratification ou d'acceptation par ces Etats.

Article 10

L'original du présent Traité dont les textes allemand, anglais, français et russe font également foi, est déposé auprès du gouvernement de la République fédérale d'Allemagne qui transmettra aux gouvernements des autres Parties contractantes des copies certifiées conformes.

En foi de quoi, les plénipotentiaires soussignés, dûment habilités à cet effet, ont signé le présent Traité.

Fait à Moscou, le 12 septembre 1990

Статья 9

Настоящий Договор вступает в силу для объединенной Германии, Соединенного Королевства Великобритании и Северной Ирландии, Соединенных Штатов Америки, Союза Советских Социалистических Республик и Французской Республики в день сдачи на хранение этими государствами последней ратификационной грамоты или документа о принятии.

Статья 10

Подлинник настоящего Договора, тексты которого на английском, немецком, русском и французском языках имеют одинаковую силу, сдается на хранение правительству Федеративной Республики Германии, которое передаст правительствам других Договаривающихся Сторон заверенные копии.

В удостоверение чего нижеподписавшиеся, должным образом уполномоченные, подписали настоящий Договор.

Совершено в Москве, 12 сентября 1990 г.

Für die Bundesrepublik Deutschland
For the Federal Republic of Germany
Pour la République fédérale d'Allemagne
За Федеративную Республику Германию
Hans-Dietrich Genscher

Für die Deutsche Demokratische Republik
For the German Democratic Republic
Pour la République démocratique allemande
За Германскую Демократическую Республику
Lothar de Maizière

Für die Französische Republik
For the French Republic
Pour la République française
За Французскую Республику
Roland Dumas

Für die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
For the Union of Soviet Socialist Republics
Pour l'Union des Républiques socialistes soviétiques
За Союз Советских Социалистических Республик
E. Schewardnadse

Für das Vereinigte Königreich Großbritannien und Nordirland
For the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland
Pour le Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord
За Соединенное Королевство Великобритании и Северной Ирландии
Douglas Hurd

Für die Vereinigten Staaten von Amerika
For the United States of America
Pour les Etats-Unis d'Amérique
За Соединенные Штаты Америки
James Baker

Vereinbarte Protokollnotiz zu dem Vertrag über die abschließende Regelung in bezug auf Deutschland vom 12. September 1990

Agreed Minute to the Treaty on the Final Settlement with respect to Germany of 12 September 1990

Minute agréée au Traite portant règlement définitif concernant l'Allemagne signé le 12 septembre 1990

Согласованная протокольная запись к договору об окончательном урегулировании в отношении Германии от 12 сентября 1990 года

Alle Fragen in bezug auf die Anwendung des Wortes „verlegt", wie es im letzten Satz von Artikel 5 Abs. 3 gebraucht wird, werden von der Regierung des vereinten Deutschland in einer vernünftigen und verantwortungsbewußten Weise entschieden, wobei sie die Sicherheitsinteressen jeder Vertragspartei, wie dies in der Präambel niedergelegt ist, berücksichtigen wird.

Any questions with respect to the application of the word "deployed" as used in the last sentence of paragraph 3 of Article 5 will be decided by the Government of the united Germany in a reasonable and responsible way taking into account the security interests of each Contracting Party as set forth in the preamble.

Toutes questions concernant l'application du mot »déployés« utilisé dans la dernière phrase de l'article 5, paragraphe 3, seront tranchées par le gouvernement de l'Allemagne unie d'une manière raisonnable et responsable prenant en compte les intérêts de sécurité de chaque partie contractante ainsi qu'il est affirmé dans le préambule.

Любые вопросы, связанные с применением слова „развертываться", как оно используется в последнем предложении пункта 3 статьи 5, будут решаться Правительством объединенной Германии разумно и ответственно, с учетом интересов безопасности каждой из Договаривающихся Сторон, как об этом говорится в Преамбуле.

Für die Bundesrepublik Deutschland
For the Federal Republic of Germany
Pour la République fédérale d'Allemagne
За Федеративную Республику Германию
Hans-Dietrich Genscher

Für die Deutsche Demokratische Republik
For the German Democratic Republic
Pour la République démocratique allemande
За Германскую Демократическую Республику
Lothar de Maizière

Für die Französische Republik
For the French Republic
Pour la République française
За Французскую Республику
Roland Dumas

Für die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
For the Union of Soviet Socialist Republics
Pour l'Union des Républiques socialistes soviétiques
За Союз Советских Социалистических Республик
E. Schewardnadse

Für das Vereinigte Königreich Großbritannien
und Nordirland
For the United Kingdom of Great Britain
and Northern Ireland
Pour le Royaume-Uni de Grande-Bretagne
et d'Irlande du Nord
За Соединенное Королевство Великобритании
и Северной Ирландии
Douglas Hurd

Für die Vereinigten Staaten von Amerika
For the United States of America
Pour les Etats-Unis d'Amérique
За Соединенные Штаты Америки
James Baker

**Vertrag
über die abschließende Regelung
in Bezug auf Deutschland
(Zwei-plus-Vier-Vertrag)**

Moskau, 12. September 1990

Inkrafttreten: 15. März 1991 gemäß Artikel 9

„Dieser Vertrag tritt für das Vereinte Deutschland, die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, die Französische Republik, das Vereinigte Königreich Großbritannien und Nordirland und die Vereinigten Staaten von Amerika am Tag der Hinterlegung der letzten Ratifikations- oder Annahmeurkunde durch diese Staaten in Kraft.“

Fundstelle: Bundesgesetzblatt II 1990, S. 1317

AA-Vertragssammlung Band 70 A 873

Stand: 26. September 2011

Vertragspartei	Unterzeichnung	Hinterlegung der Ratifikations- Annahme- oder Genehmigungs-urkunde	in Kraft seit
Frankreich [1)]	12.09.1990	04.02.1991	15.03.1991
Deutschland	12.09.1990	13.10.1990	15.03.1991
Sowjetunion [1) 2)]	12.09.1990	15.03.1991	15.03.1991
Vereinigtes Königreich [1)]	12.09.1990	16.11.1990	15.03.1991
Vereinigte Staaten [1)]	12.09.1990	25.10.1990	15.03.1991

[1)] Die Außenminister Frankreichs, der Sowjetunion, des Vereinigten Königreichs und der Vereinigten Staaten haben am 1. Oktober 1990 in New York folgende gemeinsame Erklärung unterzeichnet, die von den Regierungen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik durch Unterzeichnung zur Kenntnis genommen wurde:
„Erklärung zur Aussetzung der Wirksamkeit der Vier-Mächte-Rechte und –Verantwortlichkeiten
Die Regierungen der Französischen Republik, der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland und der Vereinigten Staaten von Amerika, vertreten durch ihre Außenminister, die am 1. Oktober 1990 in New York zusammengetroffen sind,
unter Berücksichtigung des am 12. September 1990 in Moskau unterzeichneten Vertrags über die abschließende Regelung in Bezug auf Deutschland, der die Beendigung ihrer Rechte und Verantwortlichkeiten in Bezug auf Berlin und Deutschland als Ganzes festlegt,
erklären, dass die Wirksamkeit ihrer Rechte und Verantwortlichkeiten in Bezug auf Berlin und Deutschland als Ganzes mit Wirkung vom Zeitpunkt der Vereinigung Deutschlands bis zum Inkrafttreten des Vertrags über die abschließende Regelung in Bezug auf Deutschland ausgesetzt wird. Als Ergebnis werden die Wirksamkeit der entsprechenden, damit zusammenhängenden vierseitigen Vereinbarungen, Beschlüsse und Praktiken und die Tätigkeit aller entsprechenden Einrichtungen der Vier Mächte ab dem Zeitpunkt der Vereinigung Deutschlands ebenfalls ausgesetzt.“

[2)] Vertragspartei ist seit der Auflösung der Sowjetunion die Russische Föderation

Das

Buch des Gesetzes

für das

Preußische Volk.

Eine fortlaufende Sammlung

sämmtlicher neuen allgemeinen

Preußischen

Gesetze und gesetzlichen Verordnungen

seit der Revolution.

Herausgegeben und mit Erläuterungen versehen

von

Held.

Erster Band.

Berlin, 1849.

Verlag von Albert Sacco.

Vorwort.

Mit der denkwürdigen Revolution des März 1848 hat für Preußen nicht allein eine neue Aera der Gesetzgebung begonnen, sondern Preußen ist auch ein constitutioneller Staat geworden, dessen Bürger das Recht haben, an der Gesetzgebung des Landes, ja selbst an den richterlichen Functionen Theil zu nehmen.

Dadurch hat das öffentliche Leben des Volkes einen Charakter angenommen, der es jedem Staatsbürger zu einer unerläßlichen Pflicht macht, die Gesetze des Staats vollkommen zu kennen. — Denn nur wer die Gesetze des Staats vollkommen kennt, ist fähig, ein wirklicher constitutioneller Staatsbürger zu sein! —

Brauchen wir hiernach auch noch zu sagen, welch einen großen Vortheil die Kenntniß der Gesetze für den geschäftlichen Verkehr hat? — Nein! denn dieser Vortheil ist in die Augen springend.

Wir glauben daher, uns den Dank des Volkes zu verdienen, indem wir hiermit eine fortlaufende Sammlung sämmtlicher seit der Revolution erschienenen

und noch ferner erscheinenden preußischen Gesetze und der darauf ruhenden ministeriellen Ausführungs-Verordnungen veranstalten, eine Sammlung, welche mit der Zeit zu einem vollständigen allgemeinen preußischen Gesetzbuche werden wird, und deren Vorzüge nicht blos in der Vollständigkeit und Billigkeit, sondern auch darin bestehen, daß die Gesetze und Verordnungen — da wo es zum Verständniß für den Bürger und Landmann nöthig erscheint — mit Erläuterungen versehen sind.

Berlin, im Januar 1849.

Held.



I.

Gesetz
über die Presse
vom 17. März 1848.

Wir Friedrich Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preußen ꝛc. ꝛc.

haben bereits im vergangenen Jahre bei der deutschen Bundesversammlung eine auf Censurfreiheit beruhende Preßgesetzgebung in Antrag gebracht. Nachdem inzwischen der Bundesbeschluß vom 3. März d. J. ergangen, ein für alle deutsche Bundesstaaten gemeinsames Preßgesetz aber, wie Wir es im Interesse deutscher Einheit gewünscht hätten, für jetzt nicht zu erzielen gewesen ist, verordnen Wir, unter Vorbehalt eines nach Anhörung des Vereinigten Landtages zu erlassenden Preßgesetzes, auf den Antrag Unseres Staats-Ministeriums, was folgt:

§. 1.

Die Censur wird hierdurch aufgehoben.

Alle auf die Censur bezüglichen Bestimmungen, Anordnungen, Einrichtungen und Strafvorschriften treten außer Kraft.

§. 2.

Die Entscheidung darüber: ob in Druckschriften, oder vermittelst mechanisch vervielfältigter Bildwerke ein Verbrechen oder Vergehen verübt worden, und wer dafür strafbar sei, steht den ordentlichen Gerichten zu. Dieselben haben hierbei lediglich nach den Vorschriften der in Unseren Staaten geltenden Strafgesetze sich zu achten.

Sämmtliche zur weiteren Verbreitung noch vorräthige Exemplare von Schriften oder Bildwerken, welche rechtskräftig für verbrecherisch erachtet worden, sind ganz oder theilweise zu vernichten. Auch hierüber haben die Gerichte zu erkennen.

§. 3.

Auf jeder Druckschrift muß am Schlusse der Name und Wohnort des Druckers, auf jedem mechanisch vervielfältigten Bildwerke am Fuße der Name und Wohnort desjenigen, der die Vervielfältigung bewirkt hat, angegeben werden.

Außerdem muß auf der Schrift oder dem Bildwerke, wenn sie, es sei mit oder ohne Uebertragung des Verlagsrechts, durch den Buch- oder Kunsthandel verbreitet werden sollen, der Name und Wohnort der mit der Verbreitung beauftragten Handlung genannt sein.

§. 4.

Für periodisch erscheinende Schriften gelten folgende Bestimmungen:

1) Wer fortan eine Zeitschrift in kürzeren als monatlichen Fristen herausgeben will, ist verpflichtet, vor der Herausgabe:
   a) in einem dem Oberpräsidenten einzureichenden Prospektus die Gegenstände, mit welchen sich die Zeitschrift beschäftigen, die Zeitabschnitte, in denen sie erscheinen soll, so wie den Titel bestimmt anzugeben,
   und
   b) eine Kaution zu bestellen, deren Höhe, wenn das Blatt sechsmal oder öfter wöchentlich erscheinen soll, wie folgt bestimmt wird:
      für Städte, welche nach dem Gesetze vom 30. Mai 1820 „wegen Entrichtung der Gewerbesteuer" zur ersten Abtheilung gehören, auf 4000 Thlr.;
      für Städte der zweiten Abtheilung auf 2000 Thlr.;
      für Städte der dritten Abtheilung auf 1000 Thlr.;
      für die zur vierten Abtheilung gehörenden Ortschaften auf 500 Thlr.

   Für ein Blatt, welches weniger als sechsmal wöchentlich erscheint, wird die Kaution auf die Hälfte der oben gedachten Summen bestimmt.

   Die Kaution ist bei der Regierungs-Hauptkasse und zwar in Preußischen Staatsschuldscheinen, zum Nennwerthe zu hinterlegen.

   Befreit von der Kautionsbestellung bleiben: die bei Erlaß dieses Gesetzes bestehenden periodischen Blätter, sowie diejenigen, welche ausschließlich mathematischen, naturwissenschaftlichen, geographischen, medizinischen, musikalischen oder rein gewerblichen Gegenständen gewidmet sind. [1])

2) Ausgeschlossen von dem Rechte zur Herausgabe periodischer Schriften sind nur diejenigen, welche wegen eines von ehrloser Gesinnung zeugenden Verbrechens rechtskräftig zu einer Strafe verurtheilt sind.

3) Eine periodische Schrift, welche wider die Bestimmung unter 2., oder ohne vorangegangene Erfüllung der unter 1. vorgeschriebenen Bedingungen erscheint, ist von der Polizeibehörde zu unterdrücken. [2])

4) Wird der Herausgeber oder der Verleger eines bei Erlaß dieses Gesetzes bereits bestehenden periodischen Blattes, welches in kürzeren als monatlichen Fristen erscheint, oder der Vertreter des Herausgebers wegen eines vermittelst des Blattes begangenen Verbrechens oder Vergehens rechtskräftig verurtheilt, so hat der Richter zugleich auf Bestellung einer Kaution zu erkennen und diese nach den Vorschriften unter 1b. abzumessen. Bis zur Bestellung der vom Richter erkannten Kaution darf das Blatt nicht erscheinen. [3])

5) Beim Rückfall hat der Richter, mit Rücksicht auf die Schwere des begangenen Verbrechens oder Vergehens, neben der dafür zu erkennenden Strafe, die ursprünglich (1b.) oder in Folge eines Urtels (4.) bestellte Kaution ganz oder einen Theil derselben für verfallen zu erklären, und zugleich zu bestimmen, ob die Kaution zu ergänzen, oder die fernere Herausgabe des Blattes zu verbieten sei. [4])

6) Der Herausgeber einer in kürzeren als Monatsfristen erscheinenden Zeitschrift ist verpflichtet, Entgegnungen, zu welchen sich die betheiligte Staatsbehörde veranlaßt findet, in das nächste Stück des Blattes kostenfrei aufzunehmen, und sol-

---

1) Die No. 1 des §. 4 ist durch §. 1 der Verordnung v. 6. April 1848 gänzlich aufgehoben worden.

2) Da No. 1 aufgehoben worden ist, so fällt damit auch die darauf ruhende Bestimmung der No. 3 hinweg.

3) Der §. 1 der Verordnung vom 6. April 1848 schreibt wegen der Aufhebung der No. 1 des §. 4 vor: daß die Vorschrift der No. 4 des §. 1 dieses Gesetzes auch auf neue Zeitungen Anwendung finden soll.

4) Offenbar sind die Nrn. 1, 2, 3, 4 und 5 des §. 4 dieses Gesetzes durch den Art. 24 der Verfassung vom 5. Decbr. 1848 vollständig aufgehoben worden.

chen Entgegnungen den Platz anzuweisen, an welchem sich der angreifende Artikel befunden hat.

Dasselbe gilt von Entgegnungen solcher Privatpersonen, welche in der Zeitschrift Angriffe erlitten haben.

Uebersteigt der Umfang der Entgegnung den Umfang des Artikels, auf welchen die Entgegnung sich bezieht, so sind für die mehreren Zeilen Einrückungsgebühren zu zahlen.

7) Am Ende jedes Stückes einer Zeitschrift ist der Herausgeber, sowie der Verleger, wenn dieser vom Herausgeber verschieden ist, und der Drucker namhaft zu machen.

§. 5.

Der Verleger einer nicht periodischen Druckschrift, sowie Derjenige, in dessen Kommission eine nicht periodische Druckschrift erscheint, ingleichen Derjenige, welcher eine solche Schrift, ohne sie in Kommission zu geben, im Selbstverlage erscheinen läßt, ist verpflichtet, zugleich mit der Herausgabe des Werkes eine schriftliche Anzeige, welche den Titel des Werkes enthalten muß, bei der Orts-Polizei-Behörde einzureichen, auch derselben auf Verlangen ein Exemplar der Druckschrift vorzulegen [5]).

§. 6.

Wer eine der in den §§. 3, 4 und 5 enthaltenen Bestimmungen verletzt, verfällt in eine von den ordentlichen Gerichten zu erkennende Geldbuße von 5 bis 100 Thlr., oder im Unvermögensfalle in eine verhältnißmäßige Gefängnißstrafe.

§. 7.

Die Polizei-Behörden sind berechtigt, zur Verbreitung bestimmte Druckschriften oder Bildwerke, durch welche nach ihrem Ermessen ein Strafgesetz verletzt ist, vorläufig in Beschlag zu nehmen; sie müssen jedoch innerhalb 24 Stunden nach der Beschlagnahme die gerichtliche Verfolgung beantragen.

Das Gericht hat über die Fortdauer oder Aufhebung der verhängten vorläufigen Beschlagnahme schleunigst zu befinden.

§. 8.

In Ansehung des Debits der im Auslande erscheinenden Zeitungen verbleibt es bis dahin, daß ein allgemeines deutsches Preßgesetz vereinbart sein wird, bei den bestehenden Vorschriften [6]).

§. 9.

Alle Strafen, welche wegen Uebertretung der bisherigen Censur-Vorschriften verwirkt und noch nicht verbüßt sind, werden hierdurch niedergeschlagen, und jedes dieserhalb eingeleitete Verfahren wird aufgehoben.

Urkundlich unter Unserer Höchsteigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem Königlichen Insiegel.

Gegeben Berlin, den 17. März 1848.

Friedrich Wilhelm.

Prinz von Preußen.

v. Rother. Eichhorn. v. Thile. v. Savigny. v. Bodelschwingh.
Gr. zu Stolberg. Uhden. Frh. v. Canitz. v. Düesberg. v. Rohr.

---

5) Dieser §. 5 ist durch Art. 24 der Verfassung als aufgehoben anzusehen.

6) Auch die §§. 7 und 8 sind durch Art. 24 der Verfassung als aufgehoben anzusehen.

II.

Verordnung,

die Aufhebung der Mahlsteuer betreffend;

vom 4. April 1848.

Wir Friedrich Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preußen rc. rc.

verordnen auf den Antrag Unseres Staats-Ministeriums für den ganzen Umfang Unserer Monarchie, was folgt:

§. 1.

Die auf Grund des §. 1 b. des Gesetzes über Einrichtung des Abgabenwesens vom 30. März 1820 und des Gesetzes wegen Entrichtung einer Mahl- und Schlachtsteuer von demselben Tage zur Hebung kommende Mahlsteuer hört in denjenigen Städten, deren verfassungsmäßige Vertreter bei der vorgesetzten Regierung darauf antragen werden, an dem von Unserem Finanz-Minister zu bestimmenden Tage auf.

§. 2.

An Stelle der Mahlsteuer tritt eine direkte Steuer, deren Form der Wahl der betreffenden Kommune unter Genehmigung Unserer Minister des Innern und der Finanzen überlassen bleibt. Dieselbe ist in denjenigen Städten, wo direkte Kommunal-Steuern bereits bestehen, als Zuschlag zu den letzteren, wo dergleichen Steuern noch nicht bestehen, oder wo die Einrichtung der Steuern die Aufbringung der neuen Steuer im Wege des Zuschlages nicht oder nur zum Theil gestattet, nach Maßgabe eines von der Kommunal-Behörde der vorgesetzten Regierung einzureichenden, von Unseren Ministern des Innern und der Finanzen zu genehmigenden Regulativs zu erheben. Handarbeiter, Tagelöhner und alle ihren Erwerbsverhältnissen nach in ähnlicher Lage befindliche Personen sind von Entrichtung der Steuer befreit. Den Kommunen bleibt es überlassen, diese Befreiung näher festzustellen.

§. 3.

Die Steuer bildet für eine jede Stadt ein festes Kontingent, dessen Betrag zwei Drittheilen des im Durchschnitt der drei Jahre 1844, 1845 und 1846 in der Stadt aufgekommenen Rohertrags der Mahlsteuer gleichkommt [1]).

---

1) Die Verordnung beabsichtigt hier eine Steuerermäßigung von einem Drittel zu Gunsten der arbeitenden Klassen, indem sie zugiebt, daß statt der Mahlsteuer eine directe Communalsteuer eintreten könne, wozu die ärmeren Klassen auch schon ohne die ausdrückliche Bestimmung des §. 2 verhältnißmäßig weit weniger beitragen können, als es bei der Mahlsteuer geschieht, und indem sie ferner als Betrag dieser Mahlsteuer nur zwei Drittheile desjenigen Ertrages verlangt, den die Mahlsteuer aufgebracht hat. Dieser Ertrag aber soll dadurch festgestellt werden, daß die Commune von den Jahren 1844, 1845 und 1846 den jährlichen Ertrag ihrer Mahlsteuer durchschnittlich berechnet und anzugeben hat.

§. 4.

Das Veranlagungsgeschäft geschieht durch die Kommunalbehörde. Wegen des hierbei sowie bei Reclamationen gegen die Veranlagung zu beobachtenden Verfahrens kommen die in den bestehenden beziehungsweise in den neu zu erlassenden Kommunal-Steuerregulativen enthaltenen Vorschriften zur Anwendung.

§. 5.

Die Erhebung der Steuer liegt den Städten ob, welche dafür 4 Prozent von dem Kontingente in Abzug bringen. Die Kommunalbehörde führt am 1sten jeden Monats ein Zwölftheil des von der Stadt aufzubringenden Kontingents an die Staatskasse ab. Rückstände und Ausfälle werden aus der Kommunalkasse vorgeschossen und erforderlichen Falls durch Wiederumlagen gedeckt [2]).

§. 6.

Wenn einzelne Städte die Fortdauer der Mahlsteuer vorziehen, so ist der Kommunalbehörde ein Drittheil des Rohertrages dieser Steuer Behufs Verbesserung der Lage der arbeitenden Klassen durch Ausführung öffentlicher Arbeiten oder auf andere den örtlichen Verhältnissen entsprechende Art zu überweisen [3]).

§. 7.

Gegenwärtige Verordnung tritt außer Kraft, sobald die mit der künftigen Volksvertretung zu vereinbarende anderweitige Regulirung des Abgabenwesens auf verfassungsmäßige Weise Bestimmung getroffen ist.

So geschehen Potsdam, 4. April 1848.

Friedrich Wilhelm.

Camphausen. Graf v. Schwerin. v. Auerswald. Dr. Bornemann.
v. Arnim. Hansemann. v. Reyher.

---

2) Umlage heißt die Vertheilung einer verlangten Summe (der Auflage) auf alle Diejenigen, welche zur Beschaffung derselben verpflichtet sind.

3) Durch diesen §. will die Verordnung den Vortheil der §§. 2 und 3 auch den arbeitenden Klassen derjenigen Kommunen zuwenden, welche die Aufhebung der Mahlsteuer nicht beantragen sollten. — Freilich kann in diesem Falle durch das angegebene Mittel jener Vortheil nur sehr indirect erzielt werden.

III.

Verordnung

über einige Grundlagen der preußischen Verfassung;

vom 6. April 1848.

Wir Friedrich Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preußen ꝛc. ꝛc.

verordnen, nach Anhörung Unserer zum Vereinigten Landtage versammelten getreuen Stände, auf den Antrag Unseres Staats-Ministeriums, was folgt:

§. 1.

In Erweiterung der Unserem Volke verliehenen Freiheit der Presse werden die im §. 4 No. 1 des Gesetzes vom 17. März d. J. enthaltenen Vorschriften über die Cautions-Bestellung für die Herausgabe neuer Zeitungen aufgehoben. Die Vorschrift §. 4 No. 4 findet auch auf neue Zeitungen Anwendung [1]).

§. 2.

Die Untersuchung und Bestrafung aller Staatsverbrechen erfolgt fortan durch die ordentlichen Gerichte, und es wird jeder durch Ausnahme-Gesetze dafür eingeführte besondere Gerichtsstand hierdurch aufgehoben. In dem Bezirke des Appellations-Gerichtshofes zu Köln tritt auch bei politischen und Preßverbrechen, sowie bei politischen und Preßvergehen, die Zuständigkeit der Geschworenen-Gerichte ein.

§. 3.

Die Verordnungen vom 29. März 1844, betreffend das gerichtliche und Disziplinar-Strafverfahren gegen Beamte, sowie das bei Pensionirungen zu beobachtende Verfahren, treten in Beziehung auf den Richterstand außer Kraft.

§. 4.

Alle Preußen sind berechtigt, sich friedlich und ohne Waffen in geschlossenen Räumen zu versammeln, ohne daß die Ausübung dieses Rechtes einer vorgängigen polizeilichen Erlaubniß unterworfen wäre. Auch Versammlungen unter freiem Himmel können, insofern sie für die öffentliche Sicherheit und Ordnung nicht gefahrbringend sind, von der Obrigkeit gestattet werden.

---

1) Der ganze §. ist durch Art. 24 der Verfassung als aufgehoben zu erachten.

Ebenso sind alle Preußen berechtigt, zu solchen Zwecken, welche den Strafgesetzen nicht zuwiderlaufen, sich ohne vorgängige polizeiliche Erlaubniß in Gesellschaften zu vereinigen.

Alle das freie Vereinigungsrecht beschränkenden, noch bestehenden gesetzlichen Bestimmungen werden hiermit aufgehoben.

§. 5.

Die Ausübung staatsbürgerlicher Rechte ist fortan von dem religiösen Glaubensbekenntnisse unabhängig.

§. 6.

Den künftigen Vertretern des Volks soll jedenfalls die Zustimmung zu allen Gesetzen, sowie zur Festsetzung des Staats-Haushalts-Etats, und das Steuerbewilligungsrecht zustehen.

Urkundlich unter Unserer Höchsteigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem Königlichen Insiegel.

Gegeben Potsdam, den 6. April 1848.

Friedrich Wilhelm.

Camphausen. Graf v. Schwerin. v. Auerswald. Arnim. Bornemann.
Hansemann. v. Reyher.

IV.

Wahlgesetz

für die zur Vereinbarung der preußischen Staats-Verfassung zu berufende Versammlung;

vom 8. April 1848.

Wir Friedrich Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preußen 2c. 2c.

verordnen, nach Anhörung Unserer zum Vereinigten Landtage versammelten getreuen Stände, auf den Antrag Unseres Staats-Ministeriums, was folgt:

§. 1.

Jeder Preuße, welcher das 24ste Lebensjahr vollendet und nicht den Vollbesitz der bürgerlichen Rechte in Folge rechtskräftigen richterlichen Erkenntnisses verloren hat, [1]) ist in der Gemeinde, worin er seit sechs Monaten seinen Wohnsitz oder Aufenthalt hat, stimmberechtigter Urwähler, insofern er nicht aus öffentlichen Mitteln Armen-Unterstützung bezieht.

§. 2.

Die Urwähler einer jeden Gemeinde wählen auf jede Vollzahl von fünfhundert Seelen ihrer Bevölkerung Einen Wahlmann. Erreicht die Bevölkerung einer Gemeinde nicht fünfhundert, übersteigt aber dreihundert Seelen, so ist sie dennoch zur Wahl Eines Wahlmannes berechtigt. Erreicht aber die Bevölkerung einer Gemeinde nicht dreihundert Seelen, so wird die Gemeinde durch den Landrath mit einer oder mehreren zunächst angrenzenden Gemeinden zu Einem Wahlbezirke vereinigt. In Gemeinden von mehr als tausend Seelen erfolgt die Wahl nach Bezirken, welche die Gemeinde-Behörden in der Art zu begrenzen haben, daß in einem Bezirke nicht mehr als fünf Wahlmänner zu wählen sind. Bewohnte Besitzungen, welche nicht zu einem Gemeinde-Verbande gehören und nicht wenigstens 300 Seelen enthalten, werden durch den Landrath behufs der Urwahlen der zunächst gelegenen Stadt- oder Landgemeinde zugewiesen.

§. 3.

Jeder ist nur in dem Wahlbezirk zum Wahlmann wählbar, worin er als Urwähler stimmberechtigt ist.

---

1) Der Vollbesitz der bürgerlichen Rechte ist einzig und allein abhängig von dem Rechte, die preußische Nationalkokarde zu tragen. Dies Recht kann nur durch ein rechtskräftiges richterliches Erkenntniß abgesprochen werden.

§. 4.

Die Wahl der Wahlmänner erfolgt durch Stimmzettel nach absoluter Stimmenmehrheit der Erschienenen.

§. 5.

Jeder Preuße, der das 30ste Lebensjahr vollendet und den Vollbesitz der bürgerlichen Rechte nicht verwirkt hat (§. 1), ist im ganzen Bereiche des Staats zum Abgeordneten wählbar.

§. 6.

Für jeden landräthlichen Kreis, so wie für jede Stadt, welche zu keinem landräthlichen Kreise gehört, soll ein Abgeordneter und Ein Stellvertreter gewählt werden. — Erreicht die Bevölkerung des Kreises oder der Stadt sechzig Tausend Seelen, so werden Zwei Abgeordnete gewählt, und es tritt für jede fernere Vollzahl von vierzig Tausend Seelen Ein Abgeordneter hinzu, so daß für hundert Tausend Seelen Drei, für hundertvierzig Tausend Seelen Vier Abgeordnete u. s. w. gewählt werden.

§. 7.

Die Zahl der Bevölkerung bestimmt sich überall nach der im Jahre 1846 stattgehabten amtlichen Zählung.

§. 8.

In den Städten werden die Urwahlen der Wahlmänner durch Beauftragte des Magistrats, und da, wo kein Magistrats-Kollegium besteht, des Bürgermeisters geleitet. Ueber die Leitung der Urwahlen auf dem Lande wird mit Rücksicht auf die bestehende Verschiedenartigkeit der ländlichen Gemeindeeinrichtungen Unser Staats-Ministerium das Erforderliche in dem über die Ausführung des Wahlgesetzes zu erlassenden Reglement (§. 12) feststellen. Die Wahlen der Abgeordneten und Stellvertreter werden in den Kreisen durch die Landräthe, und in den Städten, welche zu keinem landräthlichen Kreise gehören, durch Beauftragte des Magistrats, beziehungsweise des Bürgermeisters geleitet.

§. 9.

Die Wahl der Abgeordneten und Stellvertreter erfolgt durch selbstgeschriebene Stimmzettel nach absoluter Stimmenmehrheit aller Erschienenen, und zwar bei den Kreiswahlen in dem Hauptorte des Kreises. Wo mehr als drei Abgeordnete zu wählen sind, soll die Wahl nach Bezirken erfolgen, welche die zur Leitung der Wahl berufenen Behörden abzugrenzen haben.

§. 10.

Die gewählten Abgeordneten stimmen in der zu berufenden Versammlung nach ihrer eigenen unabhängigen Ueberzeugung und sind an Aufträge oder Instructionen nicht gebunden.

§. 11.

Die Prüfung der Richtigkeit der Wahl ist Sache der künftigen Versammlung.

§. 12.

Die zur Ausführung dieses Gesetzes sonst noch erforderlichen Anordnungen hat Unser Staats-Ministerium in einem zu erlassenden Reglement zu treffen.

§. 13.

Die auf Grund des gegenwärtigen Gesetzes zusammentretende Versammlung ist dazu berufen, die künftige Staatsverfassung durch Vereinbarung mit der Krone

festzustellen, und die seitherigen reichsständischen Befugnisse namentlich in Bezug auf die Bewilligung von Steuern und Staatsanleihen für die Dauer ihrer Versammlung interimistisch auszuüben.

Urkundlich unter Unserer Höchsteigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem Königlichen Insiegel.

Gegeben Potsdam, den 8. April 1848.

Friedrich Wilhelm.

Camphausen. Graf v. Schwerin. v. Auerswald. Arnim. Bornemann. Hansemann. v. Reyher.

V.

Reglement

zur Ausführung des Wahlgesetzes vom 8. April 1848 für die zur Vereinbarung der preußischen Staatsverfassung zu berufende Versammlung;

vom 8. April 1848.

§. 1.

Die Landräthe und in den Städten, welche zu keinem landräthlichen Kreise gehören, die Magistrate, und da, wo kein Magistrat besteht, die Bürgermeister, haben unverzüglich nach Maßgabe der Bestimmung des §. 2 des Wahlgesetzes vom 8. April d. J. die nöthigen Einleitungen zur Begrenzung der Bezirke für die Urwahlen zu treffen.

§. 2.

Sie haben also festzustellen: 1) zu welchem Wahlbezirk diejenigen Gemeinden und zu einem Gemeinde-Verbande nicht gehörigen Besitzungen, deren Bevölkerung nicht 300 Seelen erreicht, vereinigt werden sollen. (Der so gebildete Wahlbezirk steht in Beziehung auf die Zahl der zu wählenden Wahlmänner einer Gemeinde von derselben Volkszahl gleich.) 2) die Zahl der auf die einzelnen Wahlbezirke fallenden Wahlmänner nach den gesetzlichen Verhältnissen. Wie viel Wahlbezirke in dem zu einem landräthlichen Kreise gehörenden Gemeinden von mehr als 1000 Einwohnern gebildet werden sollen, bestimmen die Gemeinde-Behörden unter Aufsicht des Landraths. Da kein Bezirk mehr als fünf Wahlmänner wählen soll, so ergiebt sich, daß kein Bezirk volle 3000 Einwohner enthalten darf.

§. 3.

In den Städten, in welchen die Städte-Ordnung von 1808 oder 1831 eingeführt ist, wird die Wahl durch Beauftragte des Magistrats, in den übrigen Städten durch Beauftragte des Bürgermeisters geleitet. In den Landgemeinden ist in der Regel die Orts-Polizei-Obrigkeit oder die Ortsbehörde mit der Leitung der Wahl zu beauftragen. Da, wo dies in kleinen Gemeinden Schwierigkeit findet, und bei Zusammenlegung mehrerer Ortschaften zu einem Wahlbezirk bleibt es dem Ermessen des Landraths überlassen, auch einen anderen wahlberechtigten Einwohner des Wahlbezirks zum Wahl-Kommissar zu ernennen.

§. 4.

In jeder Gemeinde wird sofort von der Orts-Behörde ein namentliches Verzeichniß aller nach §. 1 des Wahlgesetzes vom 8. April d. J. stimmberechtigten Wähler

aufgestellt und zu Jedermanns Einsicht in einem zu bestimmenden Lokal ausgelegt, auch daß solches geschehen, öffentlich bekannt gemacht. Wer sich darin übergangen glaubt, hat seine Einwendungen binnen drei Tagen nach der Bekanntmachung anzugeben und zu bescheinigen. Die Entscheidung über die Reclamation steht für diesmal dem Landrath, resp. Magistrat oder Bürgermeister zu.

§. 5.

Die Wahlen in allen Wahlbezirken werden im ganzen Umfang der Monarchie am 1. Mai d. J. abgehalten. Wenn in demselben Orte mehrere Wahlbezirke sind, so werden sie in demselben überall zur nämlichen Stunde vorgenommen.

§. 6.

Die Wähler sind zur Wahl durch öffentliche Bekanntmachung in ortsüblicher Weise vorzuladen.

§. 7.

Abwesende können in keiner Weise durch Stellvertreter oder sonst an der Wahl Theil nehmen.

§. 8.

In der Versammlung werden zunächst die Wählerlisten vorgelesen, die erschienenen Wähler als anwesend verzeichnet und jeder nicht stimmberechtigte Anwesende zum Abtreten veranlaßt.

§. 9.

Aus der Mitte der Anwesenden ernennt der Wahl-Kommissar einen Protokollführer und 2 bis 8 Stimmzähler und verpflichtet sie mittelst Handschlags an Eidesstatt.

§. 10.

Der Wahl-Kommissar läßt durch die Stimmzähler gestempelte Stimmzettel an die einzelnen Wähler austheilen.

§. 11.

Jeder Wähler schreibt auf den ihm übergebenen Zettel den Namen des von ihm gewünschten Wahlmannes. Zettel, auf welchen mehr als Ein Name oder der Name einer nicht wählbaren Person geschrieben steht, oder aus welchen der Gewählte nicht unzweifelhaft zu erkennen ist, ebenso ungestempelte Zettel sind ungültig. Wähler, welche nicht schreiben können, lassen ihren Stimmzettel durch einen oder mehrere vom Wahl-Kommissar hierzu bestimmte Stimmzähler schreiben.

§. 12.

Die Stimmzettel werden von den Stimmzählern gesammelt und in das vor dem Wahl-Kommissar und dem Protokollführer stehende Gefäß gelegt.

§. 13.

Die uneröffneten Zettel werden laut gezählt. Sollte diese Zählung durch ein mit der Zahl der Anwesenden im Mißverhältniß stehendes Resultat Bedenken erregen, so sind Wahl-Kommissar und Stimmzähler befugt, die Abstimmung für ungültig zu erklären und eine neue anzuordnen.

§. 14.

Nach vollendeter Einsammlung der Stimmzettel können später erschienene Wähler an dieser Abstimmung nicht mehr Theil nehmen, sind dagegen von den nach ihrem Erscheinen beginnenden Abstimmungen nicht ausgeschlossen und werden zu diesem Behufe nachträglich als anwesend verzeichnet.

§. 15.

Die Stimmzettel werden durch einen Stimmzähler unter Vorzeigung an die übrigen und in Gegenwart der Versammlung laut verlesen, vom Protokollführer bei dem Namen des Kandidaten vermerkt und vorweg laut gezählt.

§. 16.

Derjenige, welcher die absolute Stimmenmehrheit erhalten hat, ist für gewählt zu erklären.

§. 17.

Zur absoluten Stimmenmehrheit gehört mehr als die Hälfte der gültigen Stimmzettel.

§. 18.

Hat sich eine absolute Mehrheit nicht ergeben, so sind diejenigen 5 Kandidaten, welche die meisten Stimmen erhalten haben, auf eine engere Wahl zu bringen. Wird auch bei dieser Wahl keine absolute Mehrheit erreicht, so sind diejenigen beiden Kandidaten, welche die meisten Stimmen in der engeren Wahl erhalten haben, auf eine zweite engere Wahl zu bringen. Tritt in dieser letzten Wahl Stimmen-Gleichheit ein, so entscheidet das Loos, welches durch die Hand des Wahl-Kommissars gezogen wird. Bei Ausmittelung derjenigen Kandidaten, welche nach den vorstehenden Vorschriften auf eine engere Wahl zu bringen sind, entscheidet bei Stimmen-Gleichheit ebenfalls das Loos.

§. 19.

Bei engeren Wahlen sind die Stimmzettel mit anderen Namen als den auf die engere Wahl gebrachten Kandidaten ungültig.

§. 20.

Ueber die Gültigkeit einzelner Stimmzettel entscheiden Wahl-Kommissar und Stimmzähler.

§. 21.

In Wahlbezirken, wo mehr als Ein Wahlmann zu wählen ist, findet vorstehendes Verfahren mit der Maaßgabe statt, daß für jeden Wahlmann eine besondere Wahlhandlung vorzunehmen ist[1]).

§. 22.

Das Wahl-Protokoll, welches nach den anliegenden Formularen aufzunehmen ist, wird vom Wahl-Kommissar, den Stimmzählern und dem Protokollführer unterzeichnet, und dem Landrathe resp. Magistrat oder Bürgermeister eingereicht, welchen die Prüfung der Wahl in formeller Beziehung zusteht.

§. 23.

Wenn gegen die formelle Gültigkeit einer Wahl Bedenken obwalten, so sind dieselben der Versammlung der Wahlmänner vorzulegen, welche darüber entscheidet, und sodann mit Ausschließung des Wahlmannes, dessen Wahl für ungültig erklärt ist, unmittelbar zu ihrem ordentlichen Wahlgeschäft fortschreitet.

---

1) Das Reglement hat hier offenbar eine Lücke, indem die Bestimmung fehlt, daß Stimmzettel, auf welchen sich der Name einer schon gewählten und als Wahlmann verkundeten Person befindet, als ungiltig zu erachten sind. — Dies ist in so fern von Wichtigkeit, als die absolute Mehrheit sich nicht nach den abgegebenen, sondern in Gemäßheit des §. 17 nach den giltigen Stimmzetteln bestimmt. — In dieser Beziehung konnte man zwar den §. 11 als maßgebend anführen, weil derselbe den Stimmzettel, auf welchem der Name einer nicht wählbaren Person steht, für ungiltig erklärt. Allein offenbar kann ein schon gewählter Wahlmann nicht unter die Kategorie der nicht wählbaren Personen gebracht werden; und somit füllt also der §. 11 die angedeutete Lücke nicht aus.

§. 24.

Der Landrath resp. Magistrat oder Bürgermeister stellt aus den eingereichten Wahlverhandlungen ein Verzeichniß der Wahlmänner auf und ladet dieselben zur Wahl des oder der vom Wahlkreis zu wählenden Abgeordneten und Stellvertreter schriftlich ein.

§. 25.

Die Wahl der Abgeordneten und Stellvertreter wird im ganzen Umfang der Monarchie am 8. Mai d. J. vorgenommen.

§. 26.

Bei der Wahl der Abgeordneten und Stellvertreter kommen die Vorschriften der §§. 7 bis 21 zur Anwendung, mit Ausnahme der §§. 9 und 18, an deren Stelle folgende Bestimmungen treten.

§. 27.

Die Stimmzähler und der Protokollführer werden von den anwesenden Wahlmännern aus ihrer Mitte durch absolute Stimmenmehrheit gewählt und vom Wahl-Kommissar mittelst Handschlags an Eidesstatt verpflichtet.

§. 28.

Hat sich auf einen Kandidaten die absolute Stimmenmehrheit vereinigt, so ist derselbe als gewählt zu erklären. Hat sich keine absolute Stimmenmehrheit ergeben, so wird zu einer weiteren Abstimmung geschritten. Dabei kann keinem Kandidaten die Stimme gegeben werden, welcher bei der ersten Abstimmung keine oder nur Eine Stimme gehabt hat. Die zweite Abstimmung wird unter den übrigbleibenden Kandidaten in derselben Ordnung wie die erste vorgenommen. Jeder Stimmzettel ist ungültig, welcher einen andern als die in der Wahl gebliebenen Kandidaten enthält. Wenn auch die zweite Abtheilung keine absolute Mehrheit ergiebt, so fällt je in der folgenden Abstimmung derjenige, welcher die wenigsten Stimmen hatte, aus der Wahl, bis die absolute Mehrheit sich auf einen Kandidaten vereinigt hat. Stehen sich Mehrere in der geringsten Stimmzahl gleich, so entscheidet unter ihnen das Loos, welcher aus der Wahl fällt.

§. 29.

Wenn die Abstimmung nur zwischen 2 Kandidaten noch stattfindet, und jeder derselben die Hälfte der gültigen Stimmen auf sich vereinigt hat, entscheidet das Loos, welches durch die Hand des Wahl-Kommissars gezogen wird.

§. 30.

In den Versammlungen, sowohl der Urwähler als Wahlmänner, dürfen keine Diskussionen stattfinden, noch Beschlüsse gefaßt werden, vorbehaltlich der im §. 23 der Versammlung der Wahlmänner überwiesenen Prüfung.

§. 31.

Sämmtliche Verhandlungen über die Wahl sowohl der Wahlmänner als Abgeordneten werden vom Landrath resp. Magistrat oder Bürgermeister dem Ober-Präsidenten eingereicht, welcher dieselben, mit seinem Gutachten versehen, dem Minister des Innern zur weiteren Mittheilung an die Abgeordneten-Versammlung vorzulegen hat.

Berlin, den 8. April 1848.

Königliches Staats-Ministerium.

Camphausen. Graf von Schwerin. von Auerswald. Dr. Bornemann. Arnim. Hansemann. von Reyher.

VI.

Verordnung
über die Wahl der preußischen Abgeordneten zur deutschen National-Versammlung;
vom 11. April 1848.

Wir Friedrich Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preußen &c. &c.

verordnen, in Gemäßheit des von der deutschen Bundes-Versammlung in der Sitzung vom 7. April d. J. gefaßten Beschlusses wegen Einberufung einer deutschen National-Versammlung auf den Antrag Unseres Staats-Ministeriums, was folgt:

§. 1.

Jeder großjährige Preuße, welcher nicht den Vollbesitz der bürgerlichen Rechte in Folge rechtskräftigen richterlichen Erkenntnisses verloren hat, ist in der Gemeinde, worin er seinen Wohnsitz oder Aufenthalt hat, stimmberechtigter Urwähler, insofern er nicht aus öffentlichen Mitteln Armen-Unterstützung bezieht.

§. 2.

Die Urwähler einer jeden Gemeinde wählen auf jede Vollzahl von fünfhundert Seelen ihrer Bevölkerung Einen Wahlmann. Erreicht die Bevölkerung einer Gemeinde nicht fünfhundert, übersteigt aber dreihundert Seelen, so ist sie dennoch zur Wahl Eines Wahlmannes berechtigt. Erreicht aber die Bevölkerung einer Gemeinde nicht dreihundert Seelen, so wird die Gemeinde durch den Landrath mit einer oder mehreren zunächst angrenzenden Gemeinden zu Einem Wahlbezirke vereinigt. In Gemeinden von mehr als tausend Seelen erfolgt die Wahl nach Bezirken, welche die Gemeinde-Behörden in der Art zu begränzen haben, daß in Einem Bezirke nicht mehr als fünf Wahlmänner zu wählen sind. Bewohnte Besitzungen, welche nicht zu einem Gemeinde-Verbande gehören und nicht wenigstens 300 Seelen enthalten, werden durch den Landrath behufs der Urwahlen der zunächst gelegenen Stadt- oder Landgemeinde zugewiesen.

§. 3.

Jeder ist nur in dem Wahlbezirk zum Wahlmann wählbar, worin er als Urwähler stimmberechtigt ist.

§. 4.

Die Wahl der Wahlmänner erfolgt durch Stimmzettel nach absoluter Stimmenmehrheit der Erschienenen.

§. 5.

Jeder großjährige Deutsche, der den Vollbesitz der bürgerlichen Rechte nicht verwirkt hat (§. 1.), ist im ganzen Bereiche des Staats zum Abgeordneten wählbar.[1])

§. 6.

Die Zahl der von Preußen nach Maaßgabe des Bundes-Beschlusses vom 7. April d. J. zu wählenden Abgeordneten wird auf die Provinzen nach den Verhältnissen ihrer Bevölkerungen der zum deutschen Bunde gehörigen Landestheile vertheilt.

§. 7.

Die Ober-Präsidenten haben in jeder Provinz so viel Wahl-Bezirke von möglichst gleicher Einwohner-Zahl zu bilden, als Abgeordnete zu wählen sind. In jedem solchen Bezirke ist Ein Abgeordneter und Ein Stellvertreter zu wählen.

§. 8.

Die Zahl der Bevölkerung bestimmt sich überall nach der im Jahr 1846 stattgehabten amtlichen Zählung.

§. 9.

In den Städten werden die Urwahlen der Wahlmänner durch Beauftragte des Magistrats und da, wo kein Magistrats-Kollegium besteht, des Bürgermeisters geleitet. Ueber die Leitung der Urwahlen auf dem Lande wird mit Rücksicht auf die bestehende Verschiedenartigkeit der ländlichen Gemeinde-Einrichtungen Unser Staats-Ministerium das Erforderliche in dem über die Ausführung dieser Verordnung zu erlassenden Reglement (§. 12) feststellen. Die Wahlen der Abgeordneten und Stellvertreter werden durch vom Ober-Präsidenten zu bestimmende Wahl-Kommissäre geleitet.

§. 10.

Die Wahl der Abgeordneten und Stellvertreter erfolgt durch selbstgeschriebene Stimmzettel nach absoluter Stimmen-Mehrheit aller Erschienenen, und zwar nach der näheren Festsetzung des Ober-Präsidenten in einem der Hauptorte des Wahl-Bezirks.

§. 11.

Die Abgeordneten stimmen in der zu berufenden Versammlung nach ihrer eigenen unabhängigen Ueberzeugung und sind an Aufträge oder Instruktionen nicht gebunden.

§. 12.

Die zur Ausführung dieses Gesetzes sonst noch erforderlichen Anordnungen hat Unser Staats-Ministerium in einem zu erlassenden Reglement zu treffen.

Urkundlich unter Unserer Höchsteigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem Königlichen Insiegel.

Gegeben Berlin, den 11. April 1848.

Friedrich Wilhelm.

Camphausen. Graf v. Schwerin. v. Auerswald. Dr. Bornemann.
v. Arnim. Hansemann. v. Reyher.

---

1) Die Beurtheilung über den Vollbesitz der bürgerlichen Rechte bei dem zu wählenden Deutschen muß hierbei abhängig sein von den darüber obwaltenden Bestimmungen seines speciellen Vaterlandes.